This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

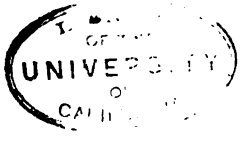
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA
JAMES K. MOFFITT FUND
No.
Let there be light!


UNIVERSITY

Die Kabinetsregierung

in Preußen

und

Johann Wilhelm Lombard.

Ein Beitrag

zur

Geſchichte des preußiſchen Staates

vornehmlich in den Jahren 1797 bis 1810

von

Hermann Hüffer.

Mit zwei Portraits in Lichtdruck.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1891.

UNIVERSITY

DD 416
L6H7

MOFFITT

UNIVERSITY

Vorwort.

Auf den folgenden Blättern wird der Versuch gemacht, die Biographie eines Mannes mit der Geschichte einer staatlichen Institution, ihrer Entstehung, Ausbildung, ihren Wirkungen und ihrer Umwandlung zu verbinden. Der Form nach überwiegt das Biographische, dem Inhalt nach das allgemein Geschichtliche. Ich wünschte, daß das letztere mehr Leben und Anschaulichkeit, das erstere volleres Verständnis und einen bedeutsamen Hintergrund durch die Verbindung gewänne.

Das preußische Kabinet unter Friedrich Wilhelm III. ist für die Entwickelung des Staates von solcher Wichtigkeit und von allen gleichnamigen Bildungen in anderen Ländern so verschieden, daß geschichtliche Untersuchungen sich nicht leicht einem merkwürdigeren Gegenstande zuwenden können als diesem engsten, unverantwortlichen, aber doch aus Beamten zusammengesetzten Rat des Königs. Wollte man seine Einwirkung auf alle Zweige der inneren Verwaltung nach dem in einer langen Reihe von Bänden vorliegenden Kabinetsjournal im einzelnen verfolgen, so würde eine Finanz-, Kultur- und Rechtsgeschichte des preußischen Staates daraus hervorgehen. Noch stärker und eindringlicher äußert sich der Einfluß des Kabinets auf die auswärtigen Angelegenheiten; ja, wenn von einer Kabinetsregierung in Preußen die Rede ist, pflegt man vor allem an die diplomatischen Verwickelungen und die Katastrophe der Jahre 1805 und 1806 sich zu erinnern.

Seit Leopold v. Ranke 1877 die Denkwürdigkeiten Hardenbergs herausgab, hat sich ein niemals erloschenes Interesse mit

170578

verstärkter Lebhaftigkeit den Unglücksfällen Preußens zugewendet, vor allem der Frage: Wer trägt die Schuld? wer die Verantwortung? Und von jeher pflegte man als Hauptschuldigen, wenn nicht das Kabinet in seiner Gesamtheit, das hervorstechendste Mitglied desselben, Johann Wilhelm Lombard, zu nennen. In unmittelbarer Nähe des Monarchen sollte er die Wege eingeschlagen haben, welche zu immer größerer Abhängigkeit von Napoleon und zu beinahe unvermeidlichem Verderben führten. Er hatte das Unglück, die Katastrophe nicht lange zu überleben. „De mortuis nil nisi bene" ist ein Wunsch, der öfter ausgesprochen als erfüllt wird; in den späteren, glücklichen Tagen wurde Lombard nur erwähnt, um die Nachteile der Organisation, zu deren Hauptträgern man ihn zählte, recht augenfällig zu machen. Auch der Grundsatz: „Viel Feinde, viel Ehre", konnte ihm nicht fruchten; denn unter seinen Feinden erblickte man die Männer, welche die Nation mit Recht als die Hauptförderer ihrer Erhebung verehrte. Stein und Hardenberg begegnen sich in der Verurteilung Lombards, und offizielle Denkschriften scheinen die Schmähungen schmutziger Pamphletisten aus den traurigsten Tagen unseres Vaterlandes zu bestätigen. Nicht allein seine politischen Grundsätze, sondern auch seine Persönlichkeit, seine Sitten, sein Charakter wurden in der härtesten Weise beurteilt; Bezeichnungen wie „frivoler Wüstling, entnervter Roué, leerer Dichterling, windiger Halbfranzose" wiederholen sich in neueren wie in älteren Schriftwerken, und um den Beamten wie den Privatmann gleichmäßig zu brandmarken, wurde ihm häufig auch noch der Name eines Verräters beigelegt, der die Geheimnisse des Staates und seines königlichen Wohlthäters für Geld dem Feinde preisgegeben habe.

Bei einem Manne, dessen öffentliches und Privatleben in so enge Verbindung gebracht werden, ist auch dieses letztere der Betrachtung wert. Muß es doch beinahe unerklärlich scheinen, daß ein Monarch wie Friedrich Wilhelm III., so ausgezeichnet durch Sittlichkeit und häusliche Tugenden, einen Menschen von solchem Charakter in seiner Nähe geduldet, ja seines besonderen

Vertrauens gewürdigt hätte. Aber so häufig der Name Lombard genannt, so hoch sein Einfluß geschätzt oder sogar überschätzt wird, so wenig war noch vor zehn Jahren über seine persönlichen Verhältnisse bekannt. In den zumeist verbreiteten biographischen Wörterbüchern fehlte jede Nachricht über ihn; es kostete Mühe, nur seinen Geburts- und Sterbetag festzustellen. Um so mehr mußte ich es als einen Vorteil erkennen, daß mir im Herbste 1881 Lombards nachgelassene Papiere von seiner Schwiegertochter, der Geheimen Rätin Karoline Lombard[1], und ihrem Sohne, Herrn Eduard Lombard in Köln, übergeben wurden. Diese Papiere sind wesentlich privater Natur; Lombards Witwe hat, wie es scheint, nach seinem Tode das meiste von eigentlich politischem Charakter entweder zurückgegeben oder vernichtet. Dagegen hat sie alle Briefe, die sie von Lombard, sei es aus der Zeit des Brautstandes, sei es in späteren Jahren, erhielt, mit liebevoller Sorgfalt bewahrt. In gleicher Weise hat der älteste Sohn, der als Geheimer Revisionsrat in frühem Alter zu Berlin verstorbene August Lombard, kein Blättchen, das er seit den Kinderjahren vom Vater oder der Mutter erhielt, verkommen lassen. Für das Privatleben eines Mannes findet sich selten eine ergiebigere Quelle. Sie erweckte in mir den Wunsch, ich möchte sagen, ein Gefühl der Verpflichtung, das Charakterbild des so Vielgeschmähten richtiger, als bisher geschehen, zu zeichnen. Jedenfalls war Lombard kein Mensch gewöhnlichen Schlages; von der Anziehungskraft, welche gemeiniglich einer poetischen oder künstlerischen Begabung innewohnt, kommt ihm etwas zu gute. Er war so tief in den Staub gezogen, daß sein Emporsteigen zu einer hervorragenden Stellung als ein zur Lösung reizendes Rätsel erschien, und seine Erlebnisse sind so mannigfaltig, daß sie ein teilnehmendes Interesse mehr als die regelmäßige Laufbahn mancher an Fähigkeit und Leistungen über ihm stehender Männer ansprechen

[1] Die ausgezeichnete, noch in dem Alter von 78 Jahren geistig regsame Frau starb kurz nachher, am 17. November 1881.

können. Als Begleiter Friedrich Wilhelms II., als Kabinetsrat Friedrich Wilhelms III., als Sekretär der Akademie, als Litterat und politischer Schriftsteller steht er zudem mit den entscheidenden Ereignissen der Zeit, mit bedeutenden Richtungen des Staatslebens und der Litteratur in so enger Verbindung, daß nicht leicht eine Persönlichkeit gleichermaßen geeignet scheint, in den Mittelpunkt einer allgemeineren Darstellung gerückt zu werden.

Dazu reichten aber, wie sich denken läßt, die Papiere des Nachlasses nicht aus. Für Herkunft und Jugendzeit fand sich die Ergänzung in den sorgfältig geordneten Kirchenbüchern der französischen Gemeinde in Berlin, welcher die Familie Lombard angehörte; für die öffentliche Thätigkeit bot das Geheime Staatsarchiv ein reiches, beinahe unerschöpfliches Material. Freilich ist manches, was man dort suchen möchte, verloren gegangen. Es fehlt das Journal für die politische Abteilung des Kabinets, und im November 1806 hat Graf Haugwitz in Graudenz auf der Flucht vor den Franzosen die diplomatische Korrespondenz des letzten Jahres zu einem beträchtlichen Teile den Flammen übergeben. Immer bleiben noch viele Hundert Dokumente von Lombards Hand: Depeschen, die er in früher Jugend dechiffriert, andere Depeschen, die er im Auftrag eines Vorgesetzten selbst entworfen hat, politische Denkschriften und besonders eine große Anzahl von Schreiben, in welchen er auf Befehl oder im Namen des Königs die Entscheidungen des Kabinets dem Ministerium übermittelt. Öfters fragt man bei diesen Äußerungen des höchsten Willens, wie der Schreibende über den Inhalt der Schriftstücke wohl gedacht, wie weit er darauf eingewirkt, ihn befördert oder nicht habe hindern können. Auch darüber fehlt es nicht an Zeugnissen. Neben den amtlichen finden sich in großer Zahl vertrauliche Schreiben, und besonders diese letzteren wurden gerade, als ich meine Arbeiten auf dem Archiv begann, aus einer Quelle vermehrt, über welche einige Worte noch gestattet sein mögen.

Auf einer Reise in Italien im Herbst 1874, welche mich nach Lucca und auf die nahe gelegenen, jetzt meinem Bruder

Wilhelm gehörigen Besitzungen des Marchese Girolamo Lucchesini bei San Pancrazio führe, hörte ich, daß auf der Villa Cavallari, einer Dependenz der Hauptbesitzung, der litterarische Nachlaß des bekannten preußischen Diplomaten noch vorhanden sei. In das Zimmer tretend, gewahrte ich mit immer größerem Erstaunen, welche Fülle historischer Urkunden Jahrzehnte hindurch in der Verborgenheit sich hier erhalten habe. Einige Hefte von geringerem Umfang, geschichtliche Untersuchungen, Beiträge zu den Zeitschriften gelehrter Gesellschaften, Rätselspiele und theatralische Entwürfe, stammen aus Lucchesinis späteren Jahren, die er nach dem Austritt aus preußischen Diensten in seiner Heimat verlebte. Den bei weitem größeren Teil bilden Schriftstücke, die 1807 aus Deutschland mitgebracht waren. Zu Anfang unseres Jahrhunderts hegte man über das staatliche Eigentum an diplomatischen Papieren noch nicht die strenge Auffassung, welche seitdem maßgebend geworden ist. Lucchesini war nicht bloß Diplomat und Staatsmann, er war Gelehrter und Schriftsteller und gewiß schon früh mit dem Gedanken beschäftigt, seine staatsmännische Laufbahn selber darzustellen. Gerade wie Hardenberg hat er eine große Zahl von Urkunden, die zur Ausführung seines Planes dienen sollten, in seinem Besitz behalten, obgleich sie eigentlich in das Gesandtschaftsarchiv gehörten. Sie füllten nicht weniger als zwölf Cartons im größten Folio. Den Schatz zu heben, hatte ich damals nicht die Muße und auch nicht die Berechtigung, da die Ablieferung der Papiere an die Familie Lucchesini in Deutschland vereinbart worden war. Aber niemals konnte ich seitdem den Wunsch unterdrücken, daß eine so bedeutende Quelle meinen eigenen Studien oder, noch besser, daß sie durch Überweisung an den würdigsten Aufbewahrungsort, das Geheime Staatsarchiv in Berlin, einer allgemeinen Benutzung zugänglich würde[1]. Nach beiden Richtungen ging dieser

[1] Ich habe diesen Wunsch schon geäußert in der Augsburger Allg. Zeitung vom 25. April 1880 in einer Besprechung der „Storia d'Italia dal 1789 al 1799“ von Augusto Franchetti, Mailand 1878. Der Verfasser dieses vorzüglichen Werkes gehörte zu den wenigen, denen das Vorhandensein der Lucchesinischen Papiere bekannt war.

Wunsch im Frühling 1882 in Erfüllung. Der damalige Besitzer des Lucchesinischen Nachlasses, Herr Oberst Graf Theodor v. Schlieffen, Schwiegersohn des als Hofmarschall Sr. K. Hoheit, des Prinzen Karl, in Berlin verstorbenen einzigen Sohnes des Gesandten, hatte die Gewogenheit, die zwölf Cartons dem Geh. Staatsarchiv zu übersenden und mir zu gestatten, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen. Bald nachher wurden sie dauernd für das Geh. Staatsarchiv erworben und durch zweckmäßige Neuordnung für wissenschaftliche Arbeiten erst recht nutzbar gemacht. Es ließ sich voraussehen, daß die umfangreiche Hinterlassenschaft eines so bedeutenden Mannes nicht ohne historischen Wert sein würde; aber der Erfolg übertraf bei weitem die Erwartungen. Die offiziellen Depeschen bilden nicht einmal den wichtigsten Teil, obgleich sie manche Lücke ausfüllen, insbesondere von den in Graudenz verbrannten Dokumenten wenigstens einige im Entwurf uns wieder erstatten. Was dieser Aktenmenge den eigentlichen Wert giebt, ist die große Zahl halb vertraulicher, halb amtlicher Korrespondenzen, in denen wenige der in Preußen bedeutenden Staatsmänner aus den Jahren 1790 bis 1806 unvertreten oder unerwähnt bleiben. Ganz besonders haben die nahen Beziehungen zu Joh. Wilh. Lombard und seinem jüngeren Bruder in zahlreichen Briefen ihren Ausdruck gefunden, und gerade Menschen, die so hart beurteilt wurden, wird man gerne auch einmal miteinander und von sich selber reden hören.

Von dem Ergebnis meiner Nachforschungen gab ich damals in einem akademischen Programm und einzelnen kürzeren Aufsätzen Nachricht[1]. Der größere Plan, welcher indessen noch

[1] Vgl. das akademische Programm „Zwei neue Quellen zur Geschichte Friedrich Wilhelms III. Aus dem Nachlaß Johann Wilhelm Lombards und Girolamo Lucchesinis." Bonn 1882 — ferner „Aus dem Nachlasse J. W. Lombards; Briefe aus dem Hauptquartier Friedrich Wilhelms II. während des Feldzugs gegen Frankreich im Jahre 1792. Herausg. in der „Deutschen Revue", Februar und März 1838 — endlich den Artikel „Lombard" in der Allgemeinen Deutschen Biographie XIX 141 ff. Leipzig 1884.

Erweiterungen erfahren hatte, ließ sich erst in den beiden letzten Jahren wieder aufnehmen, nachdem aus den Archiven noch manches veröffentlicht war, was die Ausführung erleichterte. Zu der Aufgabe dieses Buches gehörte unumgänglich eine Darstellung der diplomatischen Beziehungen Preußens zu Frankreich, welche den Schlüssel der Zeitgeschichte geben und zugleich das Eigentümliche der Kabinetsregierung am deutlichsten hervortreten lassen. Was, als die ersten, Bignon in Frankreich, Ludwig Häusser in Deutschland darüber mitgeteilt hatten, erhielt eine wesentliche Ergänzung durch die Denkwürdigkeiten des Fürsten Hardenberg[1]. Sie verdienten es, von dem Meister der Geschichtschreibung veröffentlicht zu werden. Ein großer Staatsmann, auch der Rede und des schriftlichen Ausdrucks mächtig, teilte hier über eine der wichtigsten Perioden des Staats und seines Lebens eine Fülle neuer Thatsachen und Urkunden mit. Durchaus erscheint er als eine bedeutende Persönlichkeit, nicht ohne Fehler, aber vornehm angelegt, ein Weltmann von den feinsten Formen und doch nicht ohne Gemüt und Herzenswärme, mit weitem, klarem Blick und raschem, thatkräftigem Entschluß. Unzweifelhaft verfolgt Hardenberg den bestimmten Zweck, sich selbst zu rechtfertigen und in das hellste Licht zu stellen; dadurch wird er öfters zu weit und in die Irre geführt und im Zorne gegen Gegner ungerecht. Im übrigen möchte ich diese Denkwürdigkeiten für die zuverlässigsten halten, die mir jemals vor Augen kamen. Sie besitzen den Vorzug, bald nach den Ereignissen geschrieben zu sein, als die Frische der Erinnerung noch nicht abgenommen hatte, mit Heranziehung der wichtigsten Ur-

[1] Denkwürdigkeiten des Staatskanzlers Fürsten von Hardenberg, herausg. von Leopold v. Ranke. 5 Bände. Leipzig 1877. Der 1. und 4. Band enthalten die biographischen und allgemein geschichtlichen Ausführungen, mit denen Ranke den Abdruck der Denkwürdigkeiten im 2. und 3. Bande begleitet hat. Sie sind unter dem Titel: „Hardenberg und die Geschichte des preußischen Staates von 1793–1813 als Band 46–48 in Rankes sämtliche Werke, Leipzig 1879–1881, aufgenommen. Der 5. Band bringt eine Reihe merkwürdiger von Hardenberg gesammelter Aktenstücke. In der Folge werden auch der 2., 3. und 5. Band unter Rankes Namen angeführt.

kunden, deren Beigabe auch dem Leser das Urteil erleichtert, und auf Grund eines Tagebuches, dem wir eine in Memoiren so häufig vermißte Genauigkeit der Daten verdanken. Leider ist es erst in wenigen Bruchstücken bekannt geworden und der ausgiebigen Benutzung noch für längere Zeit verschlossen.

Aber Hardenbergs Aufzeichnungen beschränken sich auf die Jahre 1804—1807. Dagegen soll das von der Verwaltung der preußischen Staatsarchive veröffentlichte Urkundenwerk über die Beziehungen Preußens und Frankreichs in den Jahren 1795 bis 1815 den ganzen Zeitraum der Revolution und des ersten Kaiserreichs umfassen[1]. Wie der erste Band in dem Depeschenwechsel des ersten preußischen Gesandten Sandoz-Rollin für die Jahre 1795—1800 eine wichtige Quelle eröffnet, so bietet der zweite für die Geschichte der Annäherung, des erzwungenen Bündnisses und des Bruches in den Erlassen des Königs, den Korrespondenzen zwischen Haugwitz, Hardenberg, Lucchesini, Lombard und andern hervorragenden Persönlichkeiten ein unschätzbares Material aus dem Berliner Geh. Staatsarchiv. Dazu kommen die nicht minder wertvollen Berichte der französischen Gesandten aus dem Archiv des Ministeriums des Auswärtigen in Paris, das sich auch in diesem Falle mit der Bereitwilligkeit, die mich selber früher verpflichtete, dem deutschen Forscher geöffnet hat. Aus so reichlich fließenden Quellensammlungen, die noch durch zahlreiche gedruckte Mitteilungen und eigene archivalische Studien vermehrt werden konnten, ließ sich das Wechselspiel der Diplomaten, insbesondere die Katastrophe mit weit größerer Sicherheit als vordem zur Anschauung bringen.

Auch über die Bedeutung, den Einfluß, die Thätigkeit des Kabinets und der darin beteiligten Personen geben Hardenbergs

[1] Publikationen aus den Königl. Preußischen Staatsarchiven. Bd. 8 und 29: Preußen und Frankreich von 1795—1807. Diplomatische Korrespondenzen, herausg. von Paul Bailleu. Leipzig 1881 und 1887. — Bd. 6: Geschichte der Preußischen Politik 1807—1813. Von Paul Haffel; 1. Teil. 1807—1808. Leipzig 1881. Mit der Fortsetzung ist Herr Dr. Bailleu beschäftigt.

Aufzeichnungen Auskunft; ja von dem leidenschaftlichen Ansturm im Jahre 1806, welchem das Kabinet doch nur unter dem Eindruck der kriegerischen Ereignisse unterlag, gewinnen wir erst durch Hardenberg eine deutliche Erkenntnis. Im übrigen war das meiste dem Geh. Staatsarchiv erst zu entnehmen. Lombards Thätigkeit und die Zeit, in welcher er wirksam war, konnte nicht als Anfangspunkt dienen, unerläßlich war ein Rückblick auf die Entstehung des Kabinets unter Friedrich Wilhelm I. und seine Dienstleistung unter Friedrich dem Großen. Freilich in dem Titel: „Die Kabinetsregierung" könnte eine Beschränkung gefunden werden. Unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. gab es wohl eine Regierung *aus* dem Kabinet, die von dem Monarchen persönlich, ganz auf eigene Verantwortung, durch Befehle, allein von ihm unterzeichnet, geführt wurde. Aber von einer Regierung *des* Kabinets, in dem Sinne, daß die in dem Kabinet beschäftigten Beamten allerdings ohne Verantwortlichkeit, aber doch in wirksamster Weise durch ihren Einfluß auf den König und das Vertrauen, das er ihnen schenkte, an der Regierung sich beteiligten, davon läßt sich eigentlich nur in den zehn ersten Jahren Friedrich Wilhelms III. und allenfalls unter Friedrich Wilhelm II. reden. Sowenig als den Anfang konnte aber diese Zeit den Abschluß der Betrachtung bilden. Es sollte auch gezeigt werden, wie durch die geistige Kraft hochbegabter Männer Preußen vor dem Untergange bewahrt und die Grundlage eines neuen kräftigen Lebens gewonnen wurde; wie dann aus den veralteten Formen des vorigen Jahrhunderts eine Neugestaltung des Staatswesens sich entwickelte, in welcher die unsicher begrenzten Amtsbefugnisse der Kabinetsräte in die Hände verantwortlicher Staatsminister übergingen. Nicht mit Unrecht leben die Reformen Steins und Hardenbergs in der dankbaren Erinnerung der Nachwelt. In jener Zeit der scheinbar tiefsten Erniedrigung sind in ernster, mühsamer Arbeit die Keime eingesenkt worden, deren Frucht in vollem Maße erst in den letzten Jahrzehnten Preußen und Deutschland zu gute kam, und man kann mit Recht behaupten,

daß die neuere Geschichte unseres Vaterlandes im Sommer 1807 in Königsberg und Memel ihren Anfang nimmt. Jetzt, da wir uns des Erfolges freudig bewußt sind, können wir auch die vergangenen Zeiten des Unglücks und die Persönlichkeiten, welche dabei beteiligt oder dafür verantwortlich waren, ruhiger und billiger beurteilen. Daß neben Haugwitz und Lucchesini auch Lombard diesen Vorteil nicht entbehren soll, hat sich schon seit einem Jahrzehnt bemerken lassen[1]; auch das vorliegende Buch könnte dazu beitragen. Freilich die Mängel des Systems wie der Personen treten bei der genaueren Betrachtung nur in ein deutlicheres Licht; aber man erkennt zugleich, was zur Erklärung und Entschuldigung gereichen kann, die besseren Seiten ihres Wirkens, die Schwierigkeiten und die Macht der Zeitverhältnisse, mit denen sie zu kämpfen hatten. Und wen sollte nicht der Nachweis erfreuen, daß ein preußischer König nicht mit einem so verabscheuungswürdigen Menschen, wie Lombard oft geschildert wurde, ein Jahrzehnt lang in engster Verbindung stand?

Ich hätte meine Arbeit nicht zum Ziele führen können, wäre mir nicht mannigfache Förderung zu teil geworden. Der verewigte Kaiser Friedrich III. hatte sich bereits als Kronprinz durch eigene Nachforschung von dem, was sich auf die Thätigkeit des Kabinets, insbesondere auf Lombard und Lucchesini bezieht, eingehende Kenntnis verschafft. Als wirksame Anregung wird es mir vergönnt sein die gnädige Teilnahme zu erwähnen, mit welcher der unvergeßliche Fürst mich zu dieser Arbeit ermunterte. Auf dem Geh. Staatsarchiv war es vor allem der Geh. Staatsarchivar, Herr Dr. Bailleu, welcher meinen Wünschen in immergleicher Bereitwilligkeit mit Rat und That entgegenkam. Herr Archivrat Dr. Friedlaender hatte die Güte, die teils von mir,

[1] Vorzüglich sind hier zu nennen: „Hardenberg und das Geheime Kabinet Friedrich Wilhelms III. vom Potsdamer Vertrag bis zur Schlacht von Jena.“ Von Dr. Friedrich Noack, mit einem Vorwort von W. Oncken. In den „Gießener Studien auf dem Gebiet der Geschichte“. Bd. II. Gießen 1881. — Ferner: „Das Zeitalter der Revolution, des Kaiserreichs und der Befreiungskriege.“ Von Wilhelm Oncken. 2. Bd. Berlin 1886.

teils von einem jüngeren Freunde, Herrn Dr. August Lang, auf dem Archive angefertigten Auszüge in den Druckbogen zu vergleichen. Herrn Geh. Legationsrat Dr. Paul Kayser verdanke ich wertvolle Auszüge aus den Akten des Ministeriums des Auswärtigen, und dem Archivar der Königl. Akademie der Wissenschaften, Herrn Geheimenrat Kunstmann, das meiste von dem, was sich auf Lombards Ernennung zum Mitglied und zum ständigen Sekretär der Akademie bezieht. Herr Professor Reinhold Koser verpflichtete mich durch eine Reihe von Mitteilungen über den Geschäftskreis und die Beamten des Kabinets unter Friedrich dem Großen, und Herr Professor Adolf Wohlwill durch interessante Bruchstücke aus den Berichten K. Fr. Woltmanns im städtischen Archiv zu Bremen.

Die beiden Portraits, welche diesem Buche zur Zierde gereichen, befinden sich im Besitz einer Enkelin Lombards, Tochter seines zweiten Sohnes Eduard, in Naumburg. Als Maler wird Chodowiecki genannt. Ob darunter Daniel Nikolaus Chodowiecki (1726—1801) zu verstehen sei, oder sein Sohn Wilhelm (1765 bis 1805), Lombards Jugendfreund, der in der Weise seines berühmten Vaters arbeitete, ließ sich noch nicht feststellen. Vielleicht findet man in den anmutigen Zügen des weiblichen Kopfes eine bessere Empfehlung für das Ehepaar als in allem, was in diesem Buche zu seinen Gunsten gesagt werden konnte.

Bonn im Juli 1890.

Hermann Hüffer.

UNIVERSITY

Inhaltsverzeichnis.

Erstes Kapitel.

Lombards Jugendjahre . . . . . S. 1—15

Die französische Kolonie in Berlin S. 1. — Die Familie Lombard S. 2. — J. W. Lombard. Jugendgedichte. S. 3. — Verbindung mit Bitaubé S. 4—5. — Das Drama Virginie. Empfehlung Ermans S. 6. — Anstellung als Kabinetssekretär S. 7. — Übersetzung des Ossian S. 8. — Verheiratung mit Dorothea Gilly S. 9—11. — Lombard mit Friedrich Wilhelm II. in Reichenbach S. 12. — Sendung in die Türkei S. 13—14. — Geburt des ersten Sohnes August S. 15.

Zweites Kapitel.

Der Feldzug in der Champagne und die späteren Regierungsjahre Friedrich Wilhelms II. . . . . . S. 16—43

Friedrich Wilhelm II. und die französische Revolution S. 16. — Der Feldzug in der Champagne S. 17. — Schulenburg, Mencken, Beyer S. 18. — Lombard in Koblenz und Trier S. 19. — Plünderungen in Tiercelet S. 20. — Das Lager in Chenière S. 21. — Einzug in Verdun S. 22. — Lombards Hoffnungen in Landres S. 23. — Schulenburg durch Luccheſini ersetzt S. 24. — Kanonade von Valmy S. 25. — Unterhandlungen mit Dumouriez S. 26. — Lombard gefangen S. 27—29. — Lombard gegen George wieder ausgeliefert S. 30. — Irrige Angaben Goethes, der Emigranten S. 31 bis 32. — Luccheſini im Hauptquartier. Rückzug der Preußen S. 33. — Lombards Brief vom 8. Oktober 1792 über die Ursachen des Rückzugs S. 34—35. — Verhandlungen zu Merl S. 36. — Lombard der bevorzugte Begleiter des Königs. Borelly und Chanvier aus Berlin verwiesen S. 37. — Lombard in Frankfurt, Beyer, Mencken S. 38. — Lombard bei dem Könige im Sommer 1793 S. 39. — Lombards zweiter Sohn Eduard; die Brüder Adolf und Peter S. 40. — Peter Lombard und Frau v. Genlis S. 41—42. — Lombards Beziehungen zu der Gräfin Lichtenau S. 43.

Drittes Kapitel.

Die Kabinetsregierung in Preußen . . . . . S. 44—93

I. Friedrich Wilhelm III. S. 44. — Rückblick. Der preußiſche Staatsrat S. 45. — Friedrich Wilhelms I. Generaldirektorium und Kabinetsordres S. 46. — Das „Departement der auswärtigen affairen“ unter Friedrich Wilhelm I. S. 47. — Miniſterium und Kabinetsminiſter unter Friedrich II. S. 48—49. — Das Kabinet. Beamte: Eichel, Coeper, Laspeyres u. a. S. 50—51. — A. L. Mencken S. 52—53. — Geſchäftsgang im Kabinet Friedrichs II. S. 54. — Vorteile und Nachteile S. 55—56. — **II.** Denkſchrift Wöllners über das Kabinet, Frühling 1786 S. 57—60. — Inſtruktion für das Generaldirektorium vom 28. September 1786 S. 61. — Geſchäftsgang des Kabinets, Inſtruktion vom 5. November 1786 S. 62—63. — Einfluß Wöllners S. 64. — Bedrängniſſe Menckens S. 65—66. — Er wird geheimer Umtriebe mit Leuchſenring verdächtigt S. 67. — Mencken mit dem Könige in der Champagne S. 68. — Mencken und Zerboni S. 69. — Stellung Lombards S. 70—71. — Miniſterium des Auswärtigen, Hertzberg, Haugwitz, Hardenberg S. 72—74. — **III.** Friedrich Wilhelm III. als Kronprinz. Svarez S. 75. — „Gedanken über die Regierungskunſt“ S. 76. — Gutachten Menckens über das Kabinet S. 77—78. — Menckens Brief an Köckritz vom 11. Oktober 1797 S. 79. — Anonyme Denkſchrift über das Kabinet S. 80. — Friedrich Wilhelms III. Schreiben an Köckritz S. 81. — Rüchel an Köckritz, 23. November 1797 S. 82. — Rüchels Denkſchrift über das Kabinet S. 83. — Fr. K. v. Moſer über Kabinetsregierung S. 84—86. — Mencken und Beyme als Geh. Kabinetsräte S. 87—88. — Haugwitz verwendet ſich für Lombard S. 89. — Entlaſſung Wöllners S. 90. — Schulenburg, Haugwitz, Finckenſtein S. 91. — Bedeutung des Kabinets unter Friedrich Wilhelm III. S. 92—93.

Viertes Kapitel.

Die Anfänge Friedrich Wilhelms III. und der Entſchädigungsvertrag vom 23. Mai 1802 . . . . . S. 94—120

I. Friedrich Wilhelm III. für Erhaltung des Friedens; Sieyès, Kinkel und andere Diplomaten in Berlin S. 94—95. — Denkſchriften von Haugwitz, Lombard, Rüchel über die Koalition S. 96—97. — Konferenz zu Petershagen 2. Juni 1799 S. 98. — Abbruch der Verhandlungen mit England und Rußland S. 99. — Steigender Einfluß Lombards S. 100. — Seine Freundſchaft mit Haugwitz S. 101. — Fruchtloſe Verhandlung mit dem Direktorium, Herbſt 1799,

S. 102. — Eingreifen des Kabinets S. 103—104. — Lombards Unterredung mit Otto S. 105. — Seine Ernennung zum Geheimen Kabinetsrat, 7. Januar 1800 S. 106. — III. Bonaparte erster Konsul, Duroc in Berlin S. 107. — Stimmung Lombards und der französischen Kolonie S. 108. — Luccheſini und Peter Lombard in Paris S. 109. — Der Vertrag vom 23. Mai 1802 S. 110. — Friedrich Wilhelm und Zar Alexander in Memel S. 111. — Belohnungen der Brüder Lombard und Luccheſinis S. 112. — Woronzow über Lombard und den preußiſchen Hof S. 113. — Lombard an Talleyrand, 25. November 1802 S. 114. — Litterariſche Intereſſen. Peter Lombard und Frau v. Genlis S. 115—116. — Lombards Überſetzung der Äneide S. 117. — Bemühung um Aufnahme in das franzöſiſche Inſtitut S. 118. — Wahl zum Mitglied der Berliner Akademie S. 119. — Litterariſche Verbindung mit Bignon S. 120.

Fünftes Kapitel.

Lombards Sendung nach Brüſſel (Juli 1803) und die Wegführung Rumbolds (Oktober 1804) . . . . . S. 121—152

I. Politiſche Stellung Preußens S. 121. — Die Franzoſen beſetzen Hannover S. 122. — Denkſchriften des Grafen Haugwitz S. 123. — Lombards Sendung nach Brüſſel S. 124. — Unterredungen mit Bonaparte S. 125—127. — Ergebniſſe der Sendung S. 128—130. — Preußens Bemühungen für die Sicherung Norddeutſchlands S. 131. — Lombards ſteigender Einfluß. Vikarie in Minden, Expektanz in Herford S. 132. — Glückliche Familienverhältniſſe S. 133. — Anfeindungen. Das Verhältnis zu Haugwitz getrübt S. 134. — Peter Lombard Rat im Miniſterium des Auswärtigen S. 135. — III. Haugwitz beurlaubt April 1804. Eintritt Hardenbergs S. 136. — Die preußiſche Politik unverändert. Ludwig XVIII., das franzöſiſche Kaiſertum S. 137—138. — Haugwitz im Juli von den Geſchäften entbunden S. 139—140. — Metternich über Hardenberg, Luccheſini, die Brüder Lombard und Beyme S. 141 bis 142. — Die Wegführung Rumbolds S. 143. — Stimmung in Berlin S. 144. — Schreiben des Königs an Napoleon S. 145. — Inſtruktion für Luccheſini S. 146. — Der König befragt Haugwitz S. 147. — Nachgiebige Antwort Napoleons, 10. November S. 148. — Freude in Berlin S. 149—150. — Lombards Dankſchreiben von Hardenberg verbeſſert S. 151—152.

Sechstes Kapitel.

Preußen und die dritte Koalition. — Der Potsdamer Vertrag vom 3. November 1805 . . . . . S. 153—176

I. Preußens Stellung nicht befestigt S. 153. — Vergebliche Bemühungen Metternichs und Winzingerodes in Berlin S. 154. — Instruktion für Zastrow vom 12. April 1805 S. 155. — Die dritte Koalition S. 156. — Lombards leidende Gesundheit, Tod der Schwägerin in Halle S. 157. — Zusammenkunft in Fürth S. 158. — Lombards Reise nach Pisa S. 159. — Nowosiltzow in Berlin S. 160—161. — Hardenberg dem Bündnis mit Frankreich geneigt S. 162. — Haugwitz, Lombard und Beyme für Neutralität S. 163. — Napoleons Forderungen unannehmbar S. 164. — Vorkehrungen gegen den Einmarsch der Russen S. 165. — Der König lehnt eine Unterredung mit dem Zaren ab S. 166. — II. Duroc und Laforest in Berlin S. 167. — Die fränkischen Fürstentümer in den früheren Kriegen. Ansicht des Königs S. 168—169. — Einmarsch Bernadottes S. 170. — Lombard und die französischen Gesandten S. 171. — Kriegsrat am 7. Oktober S. 172. — Friedenswünsche des Königs. Rückkehr des Grafen Haugwitz S. 173. — Alexander in Berlin S. 174. — Der Vertrag vom 3. November S. 175—176.

Siebentes Kapitel.

Die Verträge zu Schönbrunn und zu Paris, 15. Dezember 1805 und 15. Februar 1806 . . . . . S. 177—199

Haugwitzens Sendung an Napoleon S. 177. — Audienz in Brünn S. 178—179. — Vertrag vom 15. Dezember 1805. Parteien in Berlin S. 180. — Berichte Laforests S. 181. — Wirkung der Schlacht bei Austerlitz S. 182. — Laforest tritt mit Lombard wieder in Verkehr, 10. Dezember S. 183. — Rückkehr Haugwitzens. Lombard und Beyme für Annahme des Vertrages, Hardenberg dagegen S. 184. — Annahme mit Modifikationen, 4. Januar 1806 S. 185. — Haugwitz mit Peter Lombard nach Paris, 14. Januar S. 186. — Zweideutiges Schreiben Talleyrands vom 16. Januar S. 187. — Konferenz vom 24. Januar. Abrüstung S. 188—189. — Hardenberg erhebt keinen Widerspruch S. 190. — Napoleons Feindseligkeit gegen Hardenberg S. 191. — Besetzung Hannovers S. 192. — Haugwitz in Paris ungnädig empfangen S. 193. — Forderungen der Franzosen. Der Vertrag vom 15. Februar S. 194. — Unruhe in Berlin S. 195. — Lombards Unterredung mit Laforest am 21. Februar S. 196—197. — Annahme des Vertrags am 26. Februar S. 198—199.

Achtes Kapitel.

Rußland und Preußen. Hardenbergs Rücktritt. Die Steinsche Denkschrift gegen das Kabinet, April 1806 . . . . S. 200—230

I. Der Herzog von Braunschweig in Petersburg S. 200. — Plan einer geheimen Deklaration S. 201. — Hardenberg soll mit Alopäus unterhandeln S. 202—203. — **II.** Mißtrauen Napoleons S. 204. — Er fordert Hardenbergs Entlassung S. 205. — Hardenbergs Note an Harrowby S. 206. — Hardenbergs Polemik gegen den Moniteur S. 207. — Wortwechsel zwischen Hardenberg und Beyme S. 208. — Hardenbergs Rücktritt S. 209. — Schwierige Stellung des Grafen Haugwitz S. 210. — Berufung Kellers S. 211. — Hardenbergs Klagen über das Kabinet S. 212—213. — **III.** Vereinigung gegen das Kabinet S. 214. — Rückblick. Das Generaldirektorium S. 215. — Provinzialminister, Staatsrat, Konferenzen S. 216. — Das Kabinet S. 217. — Der Geschäftsgang von Lombard verteidigt S. 218. — Die Mitglieder Kleist, Beyme, Lombard, Köckritz S. 219. — Luccheſinis Urteil S. 220—222. — Beamte des Generaldirektoriums, der Minister vom Stein S. 223 bis 224. — Er wünscht Preußens Beitritt zur Koalition S. 225. — Steins Denkschrift gegen das Kabinet S. 226—227. — Charakteristik der Mitglieder S. 228. — Notwendigkeit des Realsystems S. 229—230.

Neuntes Kapitel.

Der Bruch mit Frankreich und die Denkschrift der Prinzen gegen das Kabinet, Sommer 1806 . . . . . S. 231—265

I. Steins Denkschrift der Königin übergeben S. 231—232. — Die politische Lage. Krieg mit England S. 233. — Streit über Werden, Essen und Elten S. 234. — Der Rheinbund S. 235. — Drohende Gerüchte aus Paris, Westfalen und Süddeutschland S. 236—237. — Luccheſinis Depesche über die Rückgabe Hannovers S. 238—239. — Preußische Mobilmachung am 9. August S. 240. — Laforests Unterredung mit Haugwitz S. 241—242. — Ein Brief Luccheſinis in Paris aufgefangen S. 243. — Luccheſini durch Knobelsdorff ersetzt S. 244. — **III.** Hardenbergs Brief an Wittgenstein gegen das Kabinet S. 245. — Ansicht der Königin, trübe Stimmung des Königs S. 246. — Rüchels „Skizze des Augenblicks“ S. 247. Lombards Apologie S. 248—252. — Der Prinz Louis Ferdinand S. 253—254. — Denkschrift der Prinzen am 2. September dem Könige überreicht S. 255—257. — Unzufriedenheit des Königs

S. 258—259. — Geheime Deklaration zwiſchen Preußen und Rußland. S. 260—261. — Der Dubrilſche Vertrag in Petersburg verworfen S. 262. — Napoleon verſtärkt ſeine Truppen in Süddeutſchland. Lucchesinis Abſchiedsaudienz S. 263. — Preußen beſchließt den Krieg. Mangelhafte Vorbereitung S. 264—265.

Zehntes Kapitel.

Von Jena bis Tilſit . . . . . S. 266—330

I. Lombards Brief aus Naumburg an ſeine Frau; ſein Teſtament S. 266. — Abſagebrief des Königs an Napoleon 26. Septbr. S. 267 bis 268. — Gentz im Hauptquartier; ſein Tagebuch S. 269. — Seine Unterredungen mit Haugwitz und Lombard S. 270. — Prüfung des preußiſchen Manifeſtes S. 271—272. — Wert und Beurteilungen des Manifeſtes S. 273—274. — Lombard verteidigt ſein Privatleben und ſeine Amtsführung S. 275—277. — Trübe Ahnungen S. 278 bis 279. — Lombard und Gentz in Weimar S. 280. — Das Gefecht bei Saalfeld S. 281. — Die Schlacht bei Jena. Lombard in Berlin S. 282. — Lombards Verhaftung in Stettin 20. Oktbr. S. 283 bis 285. — Der König nicht ſogleich benachrichtigt S. 286. — Lombards Freigebung. Erlaſſe des Königs an die Behörden und an Lombard S. 287—288. — Lombard in Kolberg und in Köslin S. 289. — **II.** Lucchesini verhandelt mit Duroc; Forderungen Napoleons S. 290. — Kapitulation von Prenzlau, Konferenz zu Graudenz am 6. November S. 291—292. — Konferenz zu Oſterode, 20. November. Der Waffenſtillſtand abgelehnt S. 293—294. — Mängel der Verwaltung S. 295. — Rücktritt des Grafen Haugwitz S. 296. — Stein lehnt das Miniſterium des Auswärtigen ab S. 297. — Denkſchrift Beymes vom 10. Dezember S. 298. — Stein, Hardenberg, Rüchel zum Conſeil berufen S. 299. — Sie fordern Abſchaffung des Kabinets S. 300. — Zaſtrow Miniſter des Auswärtigen. Erneuerte Ablehnung Steins S. 301. — Anordnung des Conſeils vom 19. Dezember S. 302. — Stein weigert den Beitritt S. 303. — Verhandlung mit Rußland S. 304. — Gefecht bei Pultusk, 27. Dezember S. 305. — Zerwürfnis des Königs mit Stein S. 306. — Steins Entlaſſung, 4. Januar 1807, S. 307. — Beurteilung der Streitpunkte S. 308—310. — **III.** Lombards Reiſe nach Königsberg, Dezember 1806. Briefwechſel in deutſcher Sprache S. 311 bis 312. — Zuſammenkunft mit Schulenburg, Peter Lombard, Beyme, dem Könige S. 313—315. — Ausſichten. Beyme trotzt der Verfolgung S. 316—317. — Parteigetriebe in Königsberg S. 318. — Lombard beurlaubt, 19. Dezember S. 319. — Leben in Königsberg S. 320—321. — Jubel über das Treffen bei Pultusk. Ge-

danken in der Neujahrsnacht S. 322. — **IV.** Der König in Memel S. 323. — Beyme versöhnt sich mit Hardenberg, Februar 1807. Die Schlacht bei Eylau S. 324. — Napoleons Anträge zurückgewiesen S. 325. — Hardenbergs Denkschrift vom 5. März S. 326. — Ankunft des Zaren 2. April. Hardenberg leitender Minister 26. April S. 327. — Zastrows Verabschiedung S. 328. — Schlacht bei Friedland, der Friede von Tilsit 9. Juli S. 329. — Rücktritt Hardenbergs S. 330.

Elftes Kapitel.

Lombard als Sekretär der Akademie. Die „Matériaux" und die politische Litteratur der Jahre 1807—1809 . . . . S. 331—397

I. Lucchesinis Rückkehr nach Italien S. 331. — Lombard und seine Familie in Köslin S. 332. — Tod Peter Lombards, April 1807 S. 333. — Lombard wünscht sein Amt wieder anzutreten, 8. August S. 334. — Er wird entlassen und zum Sekretär der Akademie ernannt, 18. August S. 335—336. — Gegenvorstellung der Akademie S. 337. — Lombard eröffnet die Sitzungen der Akademie. Abhandlung über eine Stelle des Plutarch S. 338. — **II.** Die öffentliche Meinung in Berlin vor und nach dem Kriege S. 339. — Gentz, Buchholz, Heinrich v. Bülow, G. Merkel S. 340—341. — Französische Censur; Julius Lange und der Telegraph S. 342. — Rückblick. Zerboni und Hans v. Held S. 343. — Das schwarze Buch. Helds Verurteilung und Unzufriedenheit S. 344. — Fr. v. Cölln S. 345. — Die „Vertrauten Briefe" S. 346—347. — Die „Neuen Feuerbrände", das „Intelligenzblatt" und verwandte Schriften S. 348—350. — Ende, Wert und Einfluß der Veröffentlichungen Cölln S. 351. — Urteile der Hallescheu und Jenaischen Litteraturzeitung S. 352. — Gegenschriften: die „Wassereimer", das „Vaterland" u. dgl. S. 353. — Zerwürfnis zwischen Held und Cölln. Das „schwarze Register" S. 354—355. — Buchholz und Massenbach S. 356. — Die „Lichtstrahlen" S. 357. — Massenbach im Streit mit Müffling und Blücher S. 358. — „Gallerie preußischer Charaktere" S. 359. — Die Urheber Buchholz, Massenbach, Held S. 360—362. — Cölln ein Gegner der „Gallerie" S. 363. — Gentzens Erbitterung, seine Briefe an Ompteda und Rühle v. Lilienstern S. 364—365. — Spätere Erpressungsversuche Massenbachs S. 366. — Die Hallesche und Jenaische Litteraturzeitung über die „Gallerie" S. 367. — Nachahmungen. Die „Charakteristik Friedrich Wilhelms III." S. 368. — Mängel der Gegenschriften S. 369. — **III.** Lombards Beurteilung in den Schmähschriften. Der Graf d'Antraigues S. 370. — Äußerungen Cölns, Merkels,

der „Gallerie“ und anderer S. 371—372. — Lombards „Matériaux“. Inhalt der drei Teile S. 373—377. — Das Nachwort S. 378. — Gesichtspunkte, Wert und Bedeutung der Schrift S. 379. — Beurteilungen: Gentz, Archenholz, Politisches Journal S. 380. — Cölln, Buchholz, die Litteraturzeitungen S. 381—383. — Fr. v. Raumer S. 384. — Hardenberg S. 385—386. — Massenbachs Sendschreiben an Rüchel, Blücher und Lombard S. 387—388. — Erwiderung Lombards S. 389—390. — Der geschichtliche Wert der „Matériaux“ von Clausewitz und anderen gewürdigt S. 391. — IV. Lombards Gesundheit erschüttert. Aufenthalt in Teplitz, Juli 1808 S. 392—393. — Zusammentreffen mit Gentz S. 394. — Gentz als Verfasser des Manifestes angefeindet S. 395. — Lombard in der Akademie; er bittet um seine Entlassung und erhält sie am 30. Oktober 1809 S. 396. — Begegnung mit der Königin S. 397.

Zwölftes Kapitel.

Stein und Hardenberg 1807—1810 . . . . . S. 398—448

I. Beyme nach dem Rücktritt Hardenbergs im Sommer 1807 S. 398. — Die kombinierte Immediatkommission. Die Militär-Reorganisations-Kommission S. 399. — Neubildung des Staatswesens S. 400. — Ankunft Steins, 30. September. Beyme Präsident des Kammergerichts in Berlin; er bleibt in Memel S. 401. — Stein leitender Minister. Die Nassauer Denkschrift S. 402 bis 403. — Das Edikt vom 9. Oktober S. 404. — Hardenbergs Denkschrift über die Reorganisation des Staats vom 12. September. Gutachten Altensteins S. 405. — Steins Promemoria vom 15. Oktober und Bericht vom 23. November S. 406—407. — Stein in Berlin. Beymes Unentbehrlichkeit vom Könige anerkannt, 12. Mai 1808 S. 408. — Steins Rückkehr. Auflösung des alten Kabinets, Juni 1808 S. 409. — Beyme und Zastrow in Berlin S. 410. — Brief Steins an Wittgenstein aufgefangen. Gutachten vom 7. Juni. Verordnung vom 25. August S. 411. — Generaldepartement und Generalkonferenz S. 412. — Die Städteordnung. Der Vertrag vom 8. September S. 413. — Napoleons Erbitterung gegen Stein S. 414. — Freunde und Gegner Steins S. 415. — Hardenbergs Zusammenkunft mit dem Könige. Denkschrift vom 12. November S. 416. — Steins Entlassung S. 417. — Die Verordnung vom 24. November 1808 S. 418. — Der Staatsrat S. 419. — Das Kabinet S. 420. — Die Fachministerien S. 421. — Besetzung der Ministerstellen. Dohna, Altenstein, Beyme, Goltz, Scharnhorst S. 422—423. — Schön wird Departementschef für Handel und Gewerbe. Testament des Freiherrn vom Stein S. 424. — Stein

von Napoleon geächtet S. 425. — III. Steins Nachfolger. Kabinetsordre an Beyme vom 25. November S. 426. — Das Publikandum vom 16. Dezember 1808 S. 427. — Publikandum vom 18. Februar 1809 betreffs des Kriegsministeriums S. 428. — Kabinetsordre vom 6. Dezember 1808. Der Staatsrat nicht berufen und nicht ersetzt S. 429. — Der Geschäftsgang des neuen Kabinets von Boyen geschildert S. 430—433. — Mangelnde Einheit im Staatsministerium S. 433. — Denkschriften Beymes, 25. August 1809 und 31. März 1810 S. 434. — Leistungen des Ministeriums Dohna-Altenstein S. 435. — Die Abtretung Schlesiens vorgeschlagen S. 436. — Rückberufung Hardenbergs, April 1810 S. 437—438. — Entlassung der Minister. Hardenberg Staatskanzler, 4. Juni 1810 S. 439. — Schön und Niebuhr treten zurück. Das Edikt über die Finanzen vom 27. Oktober S. 440—441. — Verordnung über die Verfassung der Staatsbehörden vom 27. Oktober. Der Staatsrat S. 442. — Stellung und Erfolge Hardenbergs S. 443—444. — Das Ministerium S. 445. — Denkmünze für Hardenbergs 70. Geburtstag. Neuere Entwicklung. Der Staatsrat S. 446. — Hardenbergs Ausgang. Die Minister; das Kabinet S. 447—448.

Dreizehntes Kapitel.

Lombards letzte Lebensjahre . . . . . S. 449—467

Brief Haugwitzens an Lombard vom 31. Dezember 1809 S. 449. — Lombards Antwort S. 450. — August Lombard in Heidelberg. Briefwechsel mit den Eltern S. 451. — Über Beymes Entlassung S. 452—453. — Empfehlung der alten Sprachen S. 454. — Lombard in Teplitz, Juli 1810 S. 455. — August Lombard und Beyme in der Schweiz. Lombard über die Hardenbergschen Reformen S. 456. — Brustleiden S. 457—458. — Lombard an den König, 22. Mai 1811 S. 459. — Der König verdoppelt die Pension, 30. Mai. Wohlwollen Hardenbergs S. 460. — Reise über Heidelberg nach Zürich S. 461. Lombard in Nizza, Oktober 1811 S. 462. — Zunehmen der Krankheit. Briefwechsel S. 463—465. — August Lombard besteht die juristische Prüfung S. 466. — Tod Lombards, 28. April 1812 S. 467.

Vierzehntes Kapitel.

Lombards Charakterbild . . . . . S. 468—489

Lombards Befähigung mehr litterarischer als politischer Art S. 468. — Als Kabinetsrat war er weder zu Intriguen geneigt noch von entscheidendem Einfluß S. 469. — Freundschaft mit Haug-

witz; Lombard sucht zwischen ihm und Hardenberg zu vermitteln S. 470. — Der Vorwurf der Bestechlichkeit ganz unbegründet S. 471—472. — Mit den französischen Gesandten kein zu vertraulicher Verkehr S. 473. — Zuträger und Horcher in Berlin. Der Geheimerat Ephraim S. 474—476. — Lombard als Verfasser von Staatsschriften. Briefe des Königs an Alexander und Napoleon S. 477. — Poetische Begabung. Jugendgedichte S. 478. — Ossian, Pfau, Ode zur Vermählung des Prinzen Wilhelm S. 479. — Äneide. Das Trauerspiel Alexis S. 480—481. — Fabeln. Übersetzung Horazischer Satiren S. 482. — Der Vorwurf unsittlichen Lebenswandels von Le Coq zurückgewiesen S. 483. — Urteil Steins S. 484. — Urteil Menckens S. 485. — Hochschätzung im Freundeskreise. Achtung des Königs S. 486. — Brief Ancillons an die Witwe, 4. Juni 1812 S. 487. — Lombards Söhne die ersten Berliner Freiwilligen S. 488. — Treues Andenken der Witwe S. 489.

Beilagen.

I.

Empfehlungsschreiben des Oberkonsistorialrats Erman für Lombard an Friedrich II., 6. März 1786, S. 493.

II.

Lombard an Lucchesini, Schumla, 29. November 1790. Verhältnis des Grafen Lusi und des Obersten von Götze. S. 493—495.

III.

Lombard an seine Frau, Haans, 24. September 1792. Bericht über seine Gefangenschaft, Gespräche mit Dumouriez. Auswechselung gegen George S. 495—498.

IV.

Lucchesini an Friedrich Wilhelm II., Frankfurt, 21. Dezember 1792. Lob und Empfehlung Lombards S. 498.

V.

Lombard an den Geheimen Rat Laspeyres, Frankfurt, 26. Dezember 1792. Stellung Menckens und Beyers im Kabinet. S. 499.

VI.

Disposition Friedrichs II. vom 13. Februar 1768. Verteilung der Geschäfte im Kabinet S. 499—500.

VII.

Schreiben Wöllners über die Einrichtung des Kabinets, vermutlich an Bischoffwerder. Frühling 1786. Erforderniſſe zur Vollkommenheit des Kabinets. Der Kabinetsrat Eichel. Mängel des Geſchäftsbetriebes unter Friedrich II. Verbeſſerungsvorſchläge. S. 501—506.

VIII.

Bericht des Miniſters Grafen von der Schulenburg an den König vom 30. Mai 1792. Über Leuchſenrings Umtriebe und ſein Verhältnis zu Mencken. S. 506—507.

IX.

Denkſchrift einer dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm naheſtehenden Perſon: „Über die Führung der Geſchäfte im Kabinet". Herbſt 1797. Geſchäftsgang unter Friedrich dem Großen, unter Friedrich Wilhelm II. Vorſchläge für die Zukunft. S. 507—511.

X.

Der Geh. Kabinetsrat Mencken an Köckritz, den 11. Oktober 1797. Klagen über ſeine Geſundheit. Charakteriſtik Beyers und Lombards. Siebmann und Soſtmann zur Anſtellung empfohlen. S. 511—512.

XI.

Denkſchrift Menckens über die Einrichtung des Kabinets. Beilage des Briefes vom 11. Oktober 1797. Geſchäftsführung Friedrichs des Großen. Vorteile und Mängel. Vorſchläge für die neue Einrichtung des Kabinets und den Geſchäftsgang. S. 512—517.

XII.

General Rüchel an Köckritz, 23. November 1797. Freude über das Regierungsprogramm Friedrich Wilhelms III. Vorſchläge für Anſtellungen S. 518—519.

XIII.

Denkſchrift Rüchels: „Einige Gedanken über die Führung des großen Geſchäftsganges und die Klaſſifikation der Geſchäfte im Kabinet". Beilage zu dem Briefe an Köckritz vom 23. November. S. 519—522.

XIV.

Die Beſtallung Beymes als Geh. Kabinetsrat, 21. Februar 1798. S. 522—524.

XV.

Haugwitz an Friedrich Wilhelm III., Berlin, 3. März 1798. Anſtellung eines beſondern Kabinetsrats für die auswärtigen Angelegenheiten. Empfehlung Lombards. S. 524—525.

XVI.

Aufzeichnung des Generals Rinkel, März 1799. Persönlichkeiten des Berliner Hofes. S. 525—526.

XVII.

Lombards Präbende in Herford. S. 526—527.

XVIII.

Peter Lombard an Lucchesini, Berlin, 10. Juni 1806. Berufung und schlechter Erfolg des Grafen Keller. S. 527—530.

XIX.

Aus dem Briefwechsel zwischen Lombard und Hardenberg, 1804 bis 1806. Nr. 1—13. S. 530—537.

XX.

Die Denkschrift Steins in der doppelten Fassung, April und Mai 1806. S. 537—540.

XXI.

Peter Lombard an Lucchesini, Berlin, 8. August 1806. Die politische Lage; der Dubrilsche Vertrag; der norddeutsche Bund. S. 540—541.

XXII.

Über Lucchesinis Bericht vom 29. Juli und das Schreiben an Haugwitz vom 6. August 1806. S. 541—542.

XXIII.

Protokolle über Lombards Verhaftung. S. 542—546.

XXIV.

Peter Lombard an Lucchesini, Graudenz, 7. November 1806. Über die Verhaftung seines Bruders in Stettin. S. 546—547.

XXV.

Beurlaubung und Pension Lucchesinis und anderer Staatsbeamten. Schulenburg, Hoym, der „ehemalige Lakai" Rauch. S. 547—550.

XXVI.

Lombard an den König, 22. Mai 1811. Gesuch um Erhöhung der Pension. S. 550—551.

XXVII.

Ancillon an Lombards Witwe, Berlin, 4. Juni 1812. — Charakteristik des Verstorbenen. Wert seines litterarischen Nachlasses. S. 551—552.

XXVIII.

Über die Formen des Schriftwechsels zwischen Regierung und Gesandten in neuester Zeit. Anfrage des Geh. Kabinetsrats Albrecht vom 26. Februar 1818. Bericht des Hofrats Heim vom 28. Februar 1818. Cirkularerlaß Hardenbergs vom 12. Mai 1818. Cirkularerlaß vom 2. Juni 1843. S. 552—554.

XXIX.

Das Kabinet seit dem Tode Hardenbergs. Die Beamten 1818 und 1824: Albrecht, Müller, Witzleben, Neumann, Lindheim S. 555—556. Abteilungen des Civilkabinets, die Minister Lottum und Fürst Wittgenstein S. 556—557. Erlebnis des Ministers v. Werther. Urteil des Wirkl. Geh. Rats v. Le Coq über Friedrich Wilhelm III. S. 557. Form und Inhalt der Kabinetsordres S. 558. Das Kabinet unter Friedrich Wilhelm IV., vor und nach 1848; Thile, Alvensleben, Bodelschwingh, Illaire, Reumont, M. Niebuhr u. a. S. 558—559. Das Militärkabinet 1859; das Marinekabinet 1889 S. 560. Veränderte Bedeutung des Kabinets. Der Erlaß vom 8. September 1852 S. 560. Obliegenheiten des Geheimen Kabinetsrats S. 561. Die Armeebefehle. Erlaß vom 18. Januar 1861 S. 562. Die Kabinetsordre im jetzigen Sprachgebrauch S. 563.

XXX.

Der Geh. Kabinetsrat Karl Christian Müller. Biographische Angaben. Schreiben Friedrich Wilhelms IV. an Müller vom 5. Juli 1844 S. 563—565.

Zusätze und Verbesserungen.

S. 31 Anm. Z. 9 v. u. Lombards Äußerung über George findet sich in seinem Briefe vom 8. Oktober, Deutsche Revue a. a. O. S. 317.

S. 54 Z. 7 v. u. Statt Rep. 9, L 3. 6 lies Rep. 9, L 3 b.

S. 65 Z. 13 v. o. statt 18. April lies 28. April.

S. 65 Z. 12 v. u. Menckens Beförderung wird schon in der Instruktion vom 5. November 1786 verfügt, das Patent vom 7. November datiert.

S. 74 Z. 5 v. u. Statt Akta lies Akta betreffend.

S. 83 Z. 9. v. o. statt im Monologue lies ein Monologue.

S. 106 Z. 5 v. u. Die auf Lombard bezüglichen Akta befinden sich im Geheimen Staats-Archiv Rep. 9 L 3 b.

S. 118 Z. 12 v. o. Lombard hatte das für Bonaparte bestimmte Exemplar seiner Übersetzung des 4. Buches der Äneide nach Paris an seinen Bruder Peter geschickt, der es durch Lavalette überreichen ließ. (Vgl. Bignon an Talleyrand, 27. März 1802.) Später überreichte Beurnonville einen Brief, der als Begleitschreiben dienen sollte. Bailleu a. a. O. II 78, 97.

S. 119 Anm. 2. Für das Jahr 1807 könnte man anführen, daß auch Lombards Freund, Paul Erman, in diesem Jahre von dem französischen Institut den „galvanischen Preis“ von 3000 Frs. erhielt.

S. 219 Anm. 1. Zastrow erhielt im Dezember 1794 die Stelle eines Generaladjutanten und den Vortrag der Militärsachen bis zum 20. November

1800. Er starb als Gouverneur von Neufchatel am 22. Juli 1830. Vgl. L. v. Zedlitz, Pantheon des preußischen Heeres. Berlin 1836. II 96 ff.

S. 259 Z. 3 v. u. statt Stahremberg lies Starhemberg.

S. 272 am Schluß der Z. 4 v. o. lies es statt er.

S. 289 Z. 14 v. o. lies Heinrich v. Bülow statt Friedrich v. Bülow-

S. 293 letzte Zeile lies II_1 3 statt II_8 3.

Zu S. 298 Z. 1 v. u. Steins ablehnende Antwort trägt im Original des Geheimen Staatsarchivs das Datum des 3. November, offenbar verschrieben statt 30. November oder 3. Dezember. Vgl. Lehmann, Stein, Scharnhorst und Schön. Leipzig 1877. S. 29. Dagegen braucht

S. 307 Z. 18 v. o. in dem Schreiben des Königs an Stein vom 3. Januar 1807 das Datum des 17. Dezember nicht als Schreibfehler des Königs aufgefaßt zu werden. Gemeint ist allerdings die Ordre vom 19. Dezember, diese war aber am 17. im Entwurfe an Stein gelangt.

S. 311 Z. 1 u. 2 v. u. lies Großneffe statt Urgroßneffe.

S. 335 Z. 7 v. o. lies 18. statt 16. August.

S. 448 Z. 2 v. o. Schon nach dem „Königl. Befehl vom 24. April 1812 wegen einiger näheren Bestimmungen der Verordnung vom 27. Oktober 1810" soll der Staatskanzler, da der Staatsrat aus mehreren Gründen noch nicht in Wirksamkeit treten kann, wöchentlich einmal sämtliche Minister und Departementschefs wie auch den Staatssekretär unter seinem Vorsitz versammeln. Ges.-Sammlung 1812 S. 43.

S. 538 letzte Z. lies nicht übereinstimme statt übereinstimme.

S. 548 Z. 17. Hardenberg berichtet (Ranke a. a. O. III 247): Der Marquis Luccheſini reiste, als er auf die Anfrage, ob er dem König nach Memel folgen solle, den Bescheid erhielt, daß solches nicht nötig sei, nach Lucca ab.

Zu S. 556 Z. 18 v. u. Raumers Angabe bezüglich des Obersten von Lindheim wird im wesentlichen durch eine gütige Mitteilung aus dem Kriegsministerium bestätigt. Lindheim wurde im März 1833 mit dem Vortrage betraut; die Notifikationen von Beförderungen an die Kriegskanzlei sind seit jener Zeit von ihm unterzeichnet. Am 14. Mai 1834 wird er Vorstand der persönlichen Abteilung des Kriegsministeriums, am 12. Juni 1840 Generaladjutant, aber am 22. Juli 1841 von diesem Amt und der Leistung des Vortrags entbunden und in die Reihe der diensthuenden Generaladjutanten zurückversetzt. Sein Nachfolger war vom 22. Juli 1841 bis 8. Juli 1848 der Generalmajor und Generaladjutant von Neumann.

Zu S. 558. Zur Ergänzung der Angaben über das Militärkabinet kann ich folgendes beifügen:

In den Jahren 1818—1848 fiel die Abteilung für die persönlichen Angelegenheiten des Kriegsministeriums mit der Abteilung des Königlichen Geheimen Kabinets für die Militärangelegenheiten oder dem Militärkabinet im wesentlichen zusammen. Akten über die Einführung eines besonderen Militärkabinets sowie über den Wegfall dieser Bezeichnung im Staatshandbuch seit 1848 sind im Kriegsministerium nicht vorfindlich.

Nach einer Zuschrift der Redaktion des Staatskalenders — des Wirklichen Geh. Ober-Reg.-Rats Costenoble — vom 30. November 1858 sollte gemäß einer Mitteilung des Generals Freiherrn von Manteuffel auf Befehl Sr. K. H. des Prinzregenten das Militärkabinet in dem Staatskalender, wie solches bis zum Jahre 1848 geschehen, wieder Aufnahme finden.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Erstes Kapitel.

Lombards Jugendjahre.

In der Geschichte der preußischen Hauptstadt nimmt die französische Gemeinde oder „die französische Kolonie" eine eigene Stelle ein. Gegründet von Reformierten, welche der mißleitete Glaubenseifer Ludwigs XIV. in die Fremde trieb, hatte sie durch spätere Einwanderungen aus Frankreich und der Schweiz reichlichen Zuwachs erhalten und der neuen Heimat ein Kapital von Gütern und Kenntnissen, von Arbeitskraft und Fähigkeiten zugebracht, dessen Wert sich kaum überschätzen läßt. Es wiederholte sich, was man öfters zu bemerken glaubte: daß Menschen in der Fremde ihre Fehler ablegen, ihre Vorzüge bewahren, und daß verschiedene Nationalitäten zu beiderseitigem Vorteil sich verschmelzen können. Die Verschmelzung war freilich im Laufe des vorigen Jahrhunderts noch keineswegs vollendet; die Kolonie, wenn auch mit treuer Hingebung dem neuen Vaterlande angehörig und durch häufige Verbindungen mit den einheimischen Familien verwachsen, hing mit ungeminderter Vorliebe an ihrer Nationalität. In Schule und Kirche, im häuslichen Umgang und im Briefwechsel bewahrte man französische Sitten und französische Sprache, die zu einer Zeit, wo sie allerorten den Verkehr der gebildeten Stände beherrschte, dem, der sie im fremden Lande durch Geburt besaß, außerordentliche Vorteile bot.

Zu der franzöſiſchen Kolonie gehörte auch die Familie Lombard. Sie ſtammte aus dem Dauphiné und war nicht lange nach der Aufhebung des Edikts von Nantes unter den erſten Auswanderern nach Berlin gekommen. Schon im 17. und häufiger in der erſten Hälfte des 18. Jahrhunderts findet ſie in den Kirchenbüchern Erwähnung, nicht gerade als reich und vornehm, aber dem beſſeren Handwerkerſtande angehörig; mehrere ihrer Mitglieder werden als Weber und Garnſpinner aufgeführt. Lombards Vater war Haarkräusler (maître perruquier); er ſtarb, nur 46jährig, am 7. Februar 1780. Die Mutter, Suſanne Salome Monod, aus Bern gebürtig, war, wie es ſcheint, über ihren Stand gebildet; ſie konnte in den erſten Kreiſen der Hauptſtadt Sprachunterricht erteilen, was um ſo nötiger ſein mochte, als ihr nach dem frühen Tode des Vaters die Erziehung mehrerer Töchter und die Sorge für vier unmündige Söhne zufiel[1]. „O toi, qui me fut lieu de père“, redet ihr zweiter Sohn ſie in einem Jugendgedichte an, das nicht aufhören mag, ihre Sorgfalt und Güte, ihren Mut, ihre immer gleiche Heiterkeit in mancherlei Stürmen und Bedrängniſſen zu rühmen. Dieſer Sohn, Johann Wilhelm, war am 1. April 1767 ge-

[1] Das Kirchenbuch nennt als Gemeindemitglieder ſchon im Jahre 1698: „Jean Lombard, cardeur de laine du Dauphiné; Daniel, porteur de chaise“; 1699: „Jean, ouvrier en laine; Theodore, faiseur de bas de Nismes; la veuve de Louis Lombard du Languedoc“. Lombards Mutter, geb. 1737, war in erſter Ehe verheiratet mit „Pierre Girard, dit de Villars, commissaire du roi“. Lombards Brüder waren Adolf Ludwig, geb. 11. Oktober 1765, geſt. 24. Auguſt 1822; Albert, geb. 15. Dezember 1768 (der Todestag iſt nicht feſtzuſtellen); Peter, geb. 21. September 1775, geſt. im April 1807. Andere Notizen über die Familie Lombard bei R. Béringuier, Die Stammbäume der Mitglieder der franzöſiſchen Kolonie in Berlin. Berlin 1887. S. 193 u. 209; der an letzterer Stelle genannte Eduard Lombard iſt der zweite Sohn des Geh. Kabinetsrats. Vgl. auch Béringuier, Die Kolonieliſte von 1699, Berlin 1888, und über die Geſchichte der Kolonie: M. Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernſche Koloniſation, Leipzig 1874, S. 40 ff., 477 ff., 493 ff. Die Zahl der franzöſiſchen Koloniſten in Berlin hielt ſich im vorigen Jahrhundert zwiſchen 5 und 6000.

boren. Er zeichnete sich früh durch eine auffallend rasche Entwicklung aus und durch sein Talent, in der Muttersprache zu dichten. Es fanden sich die Mittel, ihm auf dem französischen Gymnasium (collège) eine Erziehung zu geben. Eins seiner frühesten Gedichte verherrlicht den Besuch, welchen der damalige Justizminister und „Chef des geistlichen reformierten und französischen Departements", Freiherr von Dörnberg[1], bei der öffentlichen Prüfung im Jahre 1782 dem Gymnasium abstattete; aber auch, wenn es sonst zu Hause oder bei den nahe befreundeten Familien Ancillon, Erman, Henry ein wichtiges oder erfreuliches Ereignis zu feiern galt, war die Feder des Knaben stets bereit. Bekanntlich haben diese drei Familien eine Reihe von Generationen hindurch bedeutende und angesehene Geistliche zu ihren Mitgliedern gezählt. Einflüsse von solcher Seite mögen auch Lombard wie seine Freunde, Friedrich Ancillon und Paul Erman, bewogen haben, sich dem geistlichen Stande zu widmen. Schon am 6. Januar 1783, also noch nicht sechzehnjährig, trat er in das mit der Kolonie verbundene theologische Seminar. „Etudiant en théologie" nennt er sich als Autor des ersten litterarischen Erzeugnisses, das er in die Öffentlichkeit gab.

Es war im Jahre 1785, dem Jahre der großen Überschwemmung, in welcher der von Goethe und Herder gefeierte Herzog Leopold von Braunschweig, der Bruder der Herzogin Amalie von Sachsen-Weimar, am 27. April zu Frankfurt in den Fluten der Oder seinen Tod fand, wie man damals allgemein annahm, als Retter im Wettstreite mit Bürgers „bravem Mann", oder, wie später behauptet worden ist, weil er von einem tollkühnen Wagnis, der Fahrt durch die halbzerstörten Brückenbogen, sich nicht abhalten ließ[2]. Lombard hat diese Begebenheit poetisch

[1] Vgl. über ihn A. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverfassung und Rechtsverwaltung. Berlin 1888. II 256, 314.

[2] Aus den zahlreichen Schriften über diesen Vorfall sei hier der Aufsatz von M. Bernays „Zur Erinnerung an Herzog Leopold von Braunschweig" in der Münchener Allg. Zeitung, 1885, Nr. 270—273 hervorgehoben.

dargeſtellt; wie ſich denken läßt, in der Geſtalt, die für den Herzog am vorteilhafteſten und für die Muſen am wohlgefälligſten war. Er ſchildert die Gefahren, die Verzweiflung der bedrohten Menſchen und den heldenmütigen Tod des Prinzen mit wortreicher Breite, aber nicht ohne Lebhaftigkeit und Gefühl. Das Gedicht wurde als eigene Flugſchrift, nicht weniger als 44 Seiten füllend, unmittelbar nach dem Ereignis im Juni 1785 gedruckt. Unter Lombards Gedichten iſt es das erſte, welchem dieſe Ehre widerfuhr; dagegen enthält eine noch aufbewahrte handſchriftliche Sammlung bereits Verſchiedenes aus den Jahren 1782 und 1783 und noch weit mehr aus dem Jahre 1784. Am 6. Januar beſingt er den Geburtstag ſeiner Mutter, am 23. September die ſilberne Hochzeit des Konſiſtorialrats Erman; am 1. Februar vollendete er eine Heroide „Dom Carlos an die Königin Eliſabeth", am 1. Dezember ein epiſches Gedicht „Zorangu et Coraide". Daneben finden ſich Überſetzungen anakreontiſcher Oden und der Epiſode von Niſus und Euryalus aus dem 9. Buch der Äneide. Wer ihn zu dieſen Arbeiten angeregt, zeigt ein langes poetiſches Schreiben: „Epître à Mr. Bitaubé pendant son séjour à Paris" vom 11. Juli 1785. Dieſer in mehr als einer Beziehung merkwürdige Mann, gleichfalls der Sprößling einer hugenottiſchen Familie, war am 27. November 1732 in Königsberg geboren und ſchon am 29. Mai 1766 auf d'Alemberts Empfehlung von Friedrich II. in die Berliner Akademie aufgenommen. Im nächſten Jahre erſchien ſein bedeutendſtes Gedicht „Joſeph", das auch in Frankreich einige Zeit als klaſſiſch verehrt wurde, und ſeit 1780 ſeine Überſetzung der Ilias und der Odyſſee in verſchiedenen Abteilungen und in mehreren Auflagen[1]. Lombards Epiſtel iſt voll von perſönlichen Beziehungen. Bitaubé, ſchreibt er, habe ſeine ſchon in der Wiege erſtickte Muſe aus dem Grabe wieder aufgeweckt und ihr den Unterricht der Grazien erteilt, aber ein

[1] Über Paul Jérémie Bitaubé vgl. H. Hermann in der Zeitſchrift für preußiſche Geſchichte und Landeskunde, 1883, XX, 402.

neidischer Gott habe ihm jetzt die Freiheit geraubt und seine Sklaverei mit Bitternissen getränkt. Selbst das Studium kann die Schauer seines Kerkers nicht mildern; er verflucht das Gelübde, wodurch er selbst sich in diese verhaßten Schlingen gestürzt hat. Wie gern kehrte er von dem Wortschwall unwissender Scholastiker und langweiliger Prediger zu den geistreichen Autoren zurück, welchen die Hand der Grazien die Unsterblichkeit verleiht. Nach ihnen sehnt er sich wie Joseph nach Selima. Er hört die Schlachtgesänge Homers, sein Blut wallt bei dem Gedanken an Achilles; aber wer kann sich zwischen schwarzen, finsteren Mauern, wohin die Sonne nur selten dringt, die strahlende Ebene des Xanthus vorstellen? Wohin er die Blicke wendet, sieht er nur schwerfällige Henker des gesunden Menschenverstandes, welche die furchtsamen Grazien verscheuchen. Vor seinen Augen verzehren die Würmer dreißig verfaulte Bände von Kommentaren, die er verabscheut. Dort machen Wyttenbach und seine verhaßten Gesellen aus einer erhabenen Religion ein Gewirre von Unsinn, und um ihnen zu entfliehen, bleibt ihm nichts als ein dunkler Winkel, den wie den Hof der Bastille eine vierfache Mauer umschließt. Indessen kann Bitaubé an den lachenden Ufern der Seine den herrlichen Glanz und die Spiele Melpomenes bewundern und das glückliche Volk wiedersehen, dessen feuriger Geist mit zu verführerischer Anmut ihn so lange von dem eisigen Preußen fern hält. Dort schmücken ihn die Freunde mit dem Lorbeer, den er selbst dem Homer gereicht, und jeder Tag bezeichnet einen neuen Erfolg. Alle diese Freuden werden ihn gleichwohl die Ufer der Spree nicht vergessen lassen, wo eine Gattin in Thränen seiner harrt, wohin ein König, der die Wissenschaft stets nicht weniger als die Waffen verehrte, ihn zurückruft, und wo der dankbarste Bewunderer oder, wenn der Ausdruck gestattet ist, der zärtlichste Freund ihn erwartet.

Wenn dies lange Gedicht nicht unwidersprechlich den Beruf seines Autors für die Poesie beweist, so beweist es ganz gewiß, daß er für die Theologie nicht berufen war. Gleichwohl verweilte er die üblichen drei Jahre im Seminar und verließ es zu

Anfang 1786 als proposant oder Kandidat für das Predigtamt[1]. Aber seine eigentliche Neigung oder Abneigung mag zugleich deutlich genug hervorgetreten sein. Sicher war es für ihn ein unschätzbarer Vorteil, daß er, wie später auch seine Freunde Friedrich Ancillon und Paul Erman, einem Stande entsagen konnte, der, wenn nicht mit innerer Neigung ergriffen, zu den unleidlichsten von allen gehört.

Am 6. März 1786 richtete sein väterlicher Freund, der Oberkonsistorialrat Erman, an Friedrich den Großen eine Bittschrift, in welcher Lombard für die erledigte Stelle eines Kanzlisten im königlichen Kabinet empfohlen wird. Seine glücklichen Anlagen, seine rasche Auffassung, sein Fleiß, seine Kenntnisse erhalten gleiches Lob wie sein fester Charakter und die Unsträflichkeit seines Wandels. Von allen Zöglingen des französischen Kollegiums, heißt es, welche den Kursus der schönen Wissenschaften und der Philosophie durchgemacht hätten, entspreche keiner in höherem Maße den Absichten des Königs; niemals werde er sich der Güte des besten und verehrungswürdigsten Herrschers unwürdig zeigen[2].

Lombard war dem Könige nicht mehr ganz unbekannt. Er hatte noch im Knabenalter ein Drama „Virginie" verfaßt, welches im Kreise seiner Bekannten so großen Beifall fand, daß der damalige Pfarrer an der Dorotheenstädtischen Kirche, Wilhelm Moulines, Mitglied der Akademie und einer der litterarischen Korrespondenten Friedrichs des Großen, sich veranlaßt fühlte, das jugendliche Erzeugnis dem Könige vorzulegen. Friedrich antwortet am 2. April: „Ich danke Ihnen für die Übersendung des Trauerspiels Virginie von Lombard. Die Lektüre wird mich in den Stand setzen, über das Verdienst dieses jungen Genies zu urteilen[3]." Leider ist eine weitere Äußerung des

[1] Notiz des Kirchenbuches: „Entré au Séminaire de Théologie le 6 Janvier 1783, le quitte en 1786 comme Proposant".

[2] Vgl. im Anhang Beilage Nr. I.

[3] Vgl. H. v. Sybel, „Zwei Lehrer Friedrich Wilhelms III. in der Philosophie", in den Monatsberichten der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 1879, S. 712.

Königs nicht bekannt, und das Drama selbst nicht mehr vorhanden; keinesfalls hatte es einen so durchschlagenden Erfolg, daß es den Verfasser in Zukunft jeder Prüfung überhoben hätte. Denn der König fühlte sich durch die warme Empfehlung von seiten Ermans noch nicht befriedigt. „Er soll ihn herschicken; erst sehen, ob er was nütze ist", erwidert er in seiner kurzen Weise auf der Bittschrift. Die Probe fiel aber günstig aus; denn nachdem Lombard am 11. März eine Anzahl königlicher Schreiben an Bitt- oder Frageſteller in französischer Sprache zu Papier gebracht, wahrscheinlich auch entworfen hatte, bemerkt der König auf einem der Blätter: „Fort bien, parlez-moi de ce drôle demain." Am 13. März ernennt er Lombard wegen seiner „Uns angerühmten Geschicklichkeit, Rechtschaffenheit und anderen guten Eigenschaften" zu seinem Kabinetskanzlisten. „Er soll", heißt es weiter, „in Unserm Kabinet und bei Unseren Geheimen Kabinetsräten früh und spät, nach Befinden der Arbeiten, sich fleißig einfinden, die Sachen, welche wir selbst oder Unsere Geheimen Kabinetsräte ihm aufzusetzen, zu mundieren oder abzuschreiben aufgeben werden, mit gehörigem Fleiß, Treue und Applikation expedieren, alles, was er dabei besonders von Unsern oder Staats-, Krieges- und Landes- geheimen Angelegenheiten in Erfahrung bringet, niemandem, dem es zu wissen nicht gebühret, weder mündlich noch schriftlich kommunizieren und offenbaren, sondern alles bis in sein Grab verschwiegen halten." Dafür werden ihm alle Prärogative eines Kabinetskanzlisten und ein Gehalt von 200 Thalern zugesprochen. Das Originalpatent, von dem Könige sowie den Kabinetsministern Finkenstein und Hertzberg unterschrieben, findet sich noch in Lombards Papieren; am 30. März wird er in Anwesenheit der Kabinetsräte Müller, Laspeyres und Stelter vereidigt. Ob er während der wenigen Monate, die bis zum 17. August, dem Todestage Friedrichs, noch vergingen, mit dem großen Mann in persönliche Berührung getreten sei, läßt sich nicht bestimmen. Sicher hat er aber durch ungewöhnliche Fähigkeiten sich bemerkbar gemacht; denn schon am 2. Dezember wird er von dem neuen Könige zum Geheimen

Kabinetssekretär, also zu einer Stellung befördert, welche sogar ausgezeichnete, durch längern Dienst bewährte Männer als einen Vorteil und als Vorstufe einer einflußreichen Wirksamkeit betrachteten. Von den Beamten des Kabinets trat ihm besonders der später zu so großer Bedeutung gelangende Kabinetssekretär Mencken nahe; einen väterlichen Freund fand er in dem Geheimen Rat Laspeyres, der schon als Mitglied der französischen Kolonie zu Lombard mancherlei Beziehungen hatte. Aber die Vorteile der neuen Stellung mußten durch angestrengte Arbeit verdient werden. Lombard hatte vorerst unter der Leitung Menckens die eingehenden Depeschen, soweit sie in Chiffern geschrieben waren, in gewöhnliche Schrift zu übertragen und die abgehenden Depeschen in Chiffern umzusetzen, eine Aufgabe, die nach dem damaligen Geschäftsgange einen großen Aufwand von Zeit und Mühe erforderte. Seine Neigung für Poesie mag nicht wenig darunter gelitten haben. Die früher erwähnte handschriftliche Sammlung bringt am 10. Juni 1786, also kurz nach seiner Anstellung, noch eine Ode „A la gloire", in welcher mehrere Strophen der Verherrlichung des Monarchen gewidmet sind. Aber sie bildet, man könnte sagen, den Schluß; denn es folgt nur noch ein unbedeutendes Trinklied und eine Erzählung „L'amour Platonique", die schon bei der Einleitung abbricht. Gleichwohl wird ihm einige Jahre später in dem bekannten biographischen Werke des Abbé Denina nachgerühmt, daß er unter den Mühen seiner amtlichen Stellung den Wissenschaften und der Litteratur nicht untreu geworden sei. Schon mit dreizehn Jahren habe er durch seine Gedichte die Kenner in Erstaunen gesetzt und in letzter Zeit mehrere Gesänge des Ossian in sehr schöne französische Verse, d. h. Alexandriner, übertragen, so daß seine Übersetzung mit der italienischen des Cesarotti und der deutschen von Denis wetteifern dürfe[1].

[1] Denina, La Prusse littéraire sous Frédéric II., Berlin 1790. 1791 bei Rottmann, II 420. Denina setzt hinzu: in der bescheidenen und

Denina hätte noch beifügen können, daß Lombard auch das große Werk des Generals von Pfau über den im Jahre 1787 unternommenen Kriegszug der Preußen nach Holland übersetzte; es erschien in prächtiger Ausstattung 1790 in Berlin[1]. Diese litterarischen Bestrebungen könnten unerheblich erscheinen, weil ihnen keine eigentliche litterarische Entwicklung gefolgt ist. Allein in der Geschichte einer merkwürdigen Persönlichkeit bleibt immer der Punkt, von dem sie ausgegangen ist, von Wichtigkeit, und bei Lombard lassen auch die späteren Arbeiten des Staatsmannes deutlich genug, zuweilen mehr, als man wünschen möchte, den Schriftsteller und Schöngeist erkennen.

Was aber in den Jahren, von welchen jetzt die Rede ist, noch mehr als Diplomatie und Litteratur seinen Geist beschäftigte, war eine Herzensneigung, welcher er bis zum letzten Hauche treu geblieben ist. Er war schon seit einiger Zeit zu Dorothea Gilly, der gleichalterigen Tochter eines der „Kolonie" angehörigen Wundarztes, in ein näheres Verhältnis getreten, welches im Frühling 1787 zu einer Verlobung führte. Beinahe die ganze Korrespondenz der Liebenden hat sich erhalten, mehr als hundert Briefe vom März 1787 bis Mai 1789, anziehend schon als Zeugnisse treuer Hingebung, echter Empfindung und jugendlicher Lebhaftigkeit, einzelne auch

---

schönen Vorrede erkläre sich Lombard im Widerspruch zu der Ansicht eines Gelehrten, dont l'autorité est infiniment respectable — des Sekretärs der Akademie Merian — dafür, daß die Gedichte im dritten Jahrhundert nach Christus verfaßt seien. Denina teilt diese Meinung nicht. — Die Übersetzung erschien unter dem Titel: Ossian, Essais d'une Traduction en vers français par J. W. Lombard. 8°. Berlin 1789, bei Rottmann.

[1] Histoire de la campagne des Prussiens en Hollande en 1787 par Théodore Philippe de Pfau, Major-Général et Quartier-Mestre-Général etc. Traduite de l'Allemand, enrichie de plans et de cartes. à Berlin de l'imprimerie royale. Et se vend chez H. A. Rottmann, libraire du Roi 1790. — In dem alphabetisch geordneten Werke: Neuestes gelehrtes Berlin von B. H. Schmidt und D. G. G. Mehring, 2 Teile, Berlin 1795, bei Fr. Maurer, wird unter Lombards Schriften auch ein Gedicht: A S. A. S. Monseigneur le Duc de Bronsvic sur la conquête de la Hollande 1788 angeführt.

so vortrefflich abgefaßt, daß sie beinahe unverändert in dem ersten Buche der „Neuen Heloise" eine Stelle erhalten könnten. Mit dem Vorbild teilen sie aber auch die Eigenschaft, daß sie, ausschließlich mit Herzens-Angelegenheiten beschäftigt, der Außenwelt nur eine ganz nebensächliche Erwähnung zugestehen und deshalb zu einer Biographie nicht entfernt soviel beitragen, als man nach ihrer Zahl erwarten sollte. Doch erhält man ein Bild von Lombards angestrengter Thätigkeit. Tage- und nächtelang kommt er nicht vom Schreibtische; nur selten kann er die Zeit zu einem Besuche in Berlin erübrigen. Aus allen Briefen spricht ein guter, liebenswürdiger Charakter, treu, offen, ohne Hintergedanken, leicht erregt, ebenso leicht begütigt, mehr Gemüt als berechnender Verstand, kurz eine Veranlagung, die weit mehr die Elemente eines Poeten als eines künftigen Diplomaten und Staatsmanns in sich trägt. Neben der Liebe für seine „Gillyette" bricht die Anhänglichkeit an seine Mutter in rührender Weise hervor; immer von neuem legt er seiner Braut ans Herz, sie möge ihr eine gute Tochter sein. Jedes Wort von ihr ist ihm bedeutend; während eines Unwohlseins der Mutter kommt er zwischen dringenden Arbeiten auf einige Stunden nach Berlin, versagt es sich aber, die Geliebte zu sehen, um der Mutter recht bestimmt zu beweisen, daß er bloß ihretwegen gekommen sei. Auch für seine jüngeren Geschwister fängt er schon an zu sorgen. Daneben treten die alten Gönner, der Oberkonsistorialrat Erman und der Geheime Rat Laspeyres, die Jugendfreunde Friedrich Ancillon und Paul Erman hervor; ferner ein junger Chodowiecky, Sohn des berühmten Malers, welcher durch seine Frau Jeanne Barez selbst der französischen Gemeinde angehörte, und in dessen Hause in Köpenick sich mehrere von den Ereignissen zutrugen, die, für die übrige Welt wenig bedeutend, für Liebende unschätzbar und unvergeßlich sind. Jugend und Stellung der Verlobten machten zunächst eine Verbindung noch unmöglich, und so dauert der Briefwechsel zwei Jahre hindurch ohne irgend ein Zeichen abnehmender Innigkeit. Im Herbste 1789 schienen die Hoffnungen sich

günstiger zu gestalten, als die Unruhe der Zeit mit neuen Hindernissen drohte. In einem Briefe vom 25. Oktober heißt es: „Schreibe mir, wer dir gesagt hat, ich wolle mich im Falle des Krieges nicht verheiraten. Ich weiß, du glaubst es nicht, aber ich möchte wissen, woher so etwas kommt; denn allen Personen, welchen ich mich darüber eröffnete, habe ich immer gesagt, daß die umlaufenden Gerüchte ein mächtiger Grund seien, meinen Entschluß zu beschleunigen." Die Gerüchte, von denen er redet, bezogen sich auf das Zerwürfnis Preußens mit Österreich und Rußland, welches eben damals einen Krieg in nahe Aussicht stellte. Soweit kam es freilich nicht; aber die drohende Gefahr mag in der That eine Beschleunigung geboten haben. In einem wenig später geschriebenen Briefe überläßt sich der Bräutigam der Freude, dem Ziele nahe zu sein. „Unsere Liebe, unsere Treue", schreibt er, „hat genügt, um alles, was unserm Glück im Wege stand, hinweg zu räumen. Wieviel Dank bin ich dem Himmel schuldig! wieviel dir für alle Beweise der Zärtlichkeit, die du mir während vier Jahren gegeben hast! wieviel deinem Vater und meiner Mutter, daß sie sich an die Stelle ihrer Kinder setzten und nicht mit den Augen *ihres* Alters, sondern unseres Alters gesehen haben. Mir ist, als wenn ich der ganzen Welt Dank schuldig wäre. Jetzt habe ich keine Worte, um auszudrücken, was ich empfinde; warte bis Sonntag und lies dann in meinen Augen, ob ich undankbar bin. Einstweilen versichere deinen Vater meiner innigen Erkenntlichkeit; sage ihm recht, daß die neuen Beweise seiner Güte, so sehr ich sie wegen ihrer Quelle und ihres Zweckes schätze, doch nicht nötig waren, um mir alle Gefühle einzuflößen, welche mir durch die Verbindung mit ihm zur Pflicht werden. Ich habe sie längst gehegt, und um sie in mir zu erwecken, genügte es, daß er dich mir gegeben hat, dich, in der ich alles finde, für die ich allein noch etwas wünschen kann. Ich brauche dir nicht erst zu sagen, unsere gute Mutter die ganze Größe meines und deines Glückes erkennen zu lassen; es ist der einzige Weg, auf dem wir unsere Schuld abtragen können."

Am 26. Februar 1790 führte er die Geliebte an den Altar und wenig später in eine kleine, behagliche Wohnung, die er zu dem Preise von jährlich 40 Thalern in Potsdam gemietet hatte. Wenn aber die politischen Verwickelungen die Verbindung nicht hinderten, so konnte doch ein Mann, der ihnen so nahe stand, von ihrem Einfluß nicht unberührt bleiben. Man darf schon sagen „nahe stand", denn wenn auch für diese früheste Zeit bestimmte Zeugnisse fehlen, wird es doch nach späteren Äußerungen unzweifelhaft, daß der junge Kabinetssekretär sehr bald durch Fleiß und Geschicklichkeit und vielleicht nicht weniger durch seine poetischen und gesellschaftlichen Talente die Zufriedenheit seiner Vorgesetzten und das persönliche Wohlwollen Friedrich Wilhelms II. sich erworben hatte. Schon seine Stellung hielt ihn in Potsdam in der Nähe des Königs, und in den Akten des Kabinets wie des Ministeriums des Auswärtigen bezeugen zahlreiche von Lombards Hand geschriebene oder entzifferte Korrespondenzen, daß er auch bei längeren Reisen gewöhnlich zu den Mitgliedern des Kabinets gehörte, welche den König begleiteten. So folgte er ihm nach Schlesien im Jahre 1789 und wiederum im nächsten Frühling, als der König in Schönwaldt zwischen Reichenbach und Glatz am 18. Juni sein Hauptquartier aufschlug, um die Streitigkeiten mit Österreich zur raschen Entscheidung zu bringen. Es ist bekannt, daß Josephs II. Nachfolger, Kaiser Leopold, die inneren und äußeren Gefahren seines Reiches durch kluge Nachgiebigkeit zu beseitigen, insbesondere den von Preußen drohenden Angriff durch freundliches Entgegenkommen abzuwenden suchte. Aus den verwickelten Verhandlungen des Reichenbacher Kongresses ging am 27. Juli das Ergebnis hervor, daß Preußen auf die Vergrößerungspläne des Grafen Hertzberg, Österreich auf die im letzten Feldzuge gegen die Türkei erlangten Vorteile verzichtete. Der status quo, der Zustand vor dem Anfange des Krieges, wurde für Österreich und die Pforte als Grundlage eines Friedens angenommen, den ein Kongreß in Sistowa mit Zuziehung Englands und Preußens im einzelnen feststellen sollte. Preußischer Gesandter in

Konstantinopel war seit dem Anfang des Jahres der Major von Knobelsdorff; die Beratungen des Kongresses erschienen aber so wichtig, daß dafür der geschickteste aller preußischen Diplomaten, der Marchese Lucchesini, bestimmt wurde, dessen Einfluß schon in Reichenbach gegenüber den Bestrebungen Hertzbergs eigentlich den Ausschlag gegeben hatte. Außerdem dachte man noch einen halb militärischen, halb diplomatischen Vertreter in das Lager des Großveziers an der Donau zu senden, teils um die Ausführung des Reichenbacher Vertrages zu überwachen, teils um dem Großvezier in dem noch immer fortdauernden Kriege gegen die Russen mit Rat beizustehen. Diese Aufgabe übernahm Graf Lusi, einer der Italiener, welche so zahlreich unter Friedrich II. in Preußen eine Stellung fanden; für diplomatische Geschäfte wurde ihm — gewiß ein Beweis großen Vertrauens — der erst 23jährige Lombard beigegeben. Dem jungen Ehemanne war es kein geringes Opfer, den kaum begründeten Hausstand wieder zu verlassen, aber die Hoffnungen, die sich sogleich und für die Zukunft mit dieser Sendung verknüpften, ließen ihm keine Wahl. Schon am 19. Juli, noch einige Tage vor Unterzeichnung der Reichenbacher Konvention, wurde für Lusi die lateinische Beglaubigung an den Großvezier ausgestellt; am 26. Juli war die Gesandtschaft in Wien, wo der Graf sich bei Hofe vorstellte; am 3. August ging es weiter durch Ungarn über Ödenburg, Esseg, Peterwardein, Temeswar, bis man am 20. August zu Giurgewo im türkischen Hauptquartier eintraf. Hier und in dem benachbarten Rustschuk fand ein Aufenthalt von mehreren Wochen statt. Große Annehmlichkeiten mag er nicht geboten haben. Sobald der Waffenstillstand zwischen Türken und Österreichern am 19. September unter Lusis Vermittelung zum Abschluß gekommen war, bat der Graf am folgenden Tage und abermals am 8. Oktober um die Erlaubnis zur Rückkehr. Die Befehle des Königs, meint er, seien erfüllt, der Großvezier werde wahrscheinlich für den Winter nach Konstantinopel gehen, und Lusis Rat den Türken wenig mehr nützen können. Aber

der König antwortet am 22. Oktober eigenhändig, vor dem Ausgange des Feldzuges dürfe der Gesandte die Armee nicht verlassen, und Hertzberg bemerkt traurig am folgenden Tage: „Sie wissen, daß man mich nicht oft mehr um Rat fragt oder auf mich hört. Wenn der Kongreß in Sistowa versammelt und Lucchesini in Thätigkeit getreten ist, wird es diesem nur ein Wort kosten, Ihren Wunsch zur Erfüllung zu bringen". Am 30. Oktober traf Lusi in Silistria ein und verhandelte mit dem Reis-Effendi über fernere Vorkehrungen gegen die Russen. Am 6. November folgte er der Armee noch weiter bis nach Bagarzik in der Nähe von Schumla und verlebte dann in jenen unwirtlichen Gegenden den November und die größere Hälfte des Dezembers, während Lucchesini bereits auf dem Kongreß zu Sistowa beschäftigt war. Endlich erhielt er die vom 28. November datierte Erlaubnis, nach Hause zu kommen, und es scheint, daß er keinen Augenblick gesäumt und die Rückkehr so sehr als irgend möglich beschleunigt habe; denn schon am 13. Januar 1791 kann er dem König aus Berlin über seine Reise und die Reisekosten eine Mitteilung machen[1].

Wenn auch Lombard in einer noch untergeordneten Stellung in den Gesandtschaftsberichten kaum Erwähnung findet, so war doch seine Thätigkeit keineswegs unbedeutend. Er besaß das unbedingte Vertrauen seines Vorgesetzten und konnte sich in mancherlei Weise ihm nützlich zeigen, nicht zum wenigsten dadurch, daß er zwischen ihm und dem Obersten v. Götze, dem eigentlichen militärischen Fachmann der Gesandtschaft, vermittelte oder Mißhelligkeiten wieder ausglich. Beinahe sämtliche Berichte Lusis, selbst die mehr vertraulichen Berichte an Hertzberg, sind von Lombard in Buchstaben oder Chiffern nieder-

[1] Nach den Berichten Lusis aus Wien 26. Juli, 3. August, Temesvar 9. August, Giurgewo 20. August, Rustschuck 4. 11. 20. September und 8. Oktober, Silistria 20. 30. Oktober, 6. November, Bagarzik 18. November, Schumla 30. November, 19. Dezember 1790, Berlin 13. Januar 1791, und den Königl. Erlassen aus Schönewaldt 19. Juli, Berlin 3. September, 22. 23. Oktober, 26. November 1790 im preuß. Geh. Staatsarchiv.

geschrieben, wahrscheinlich auch nicht selten verfaßt worden. Jedenfalls gewann er dadurch Einblick in eine der wichtigsten Beziehungen der preußischen Politik; auch die für ihn so bedeutende Verbindung mit Luccheſini, welche in Reichenbach ihre Grundlage erhalten hatte, wurde in dem brieflichen Verkehr zwischen Sistowa und Schumla befestigt[1]. Selbst bei den Türken wußte er sich beliebt zu machen, wenigstens erhielt er seinen Teil an den in jener Zeit üblichen Geschenken, unter anderem einen kostbaren Pelz, der noch heute ein Erbstück seiner Familie bildet. Gleichwohl bewahrte er an die Reise, an den Aufenthalt unter halbbarbarischen Menschen, in öden, durch den Winter jeden Reizes entkleideten Gegenden eine keineswegs angenehme Erinnerung. Auch seine Gesundheit scheint gelitten zu haben; in der Berechnung der Gesandtschaftsausgaben findet sich ein besonderer Posten für den Arzt, der ihn in einer Krankheit behandelt hatte.

Um so mehr schätzte er die Vorteile der ihm wiedergegebenen Häuslichkeit und eines innigen Familienlebens, das freilich am 22. April 1791 durch den Tod der Mutter getrübt wurde, aber am 17. April des folgenden Jahres durch die Geburt eines ersten Sohnes seinen vollen Inhalt erhielt. Wenn man spätern Äußerungen glauben darf, so hätte der Vater keinen Wunsch mehr gehegt als die Fortdauer dieser glücklichen Verhältnisse. Allein, wie zwei Jahre früher die Ereignisse im Osten, so störte jetzt die Umwälzung im Westen die jungen Gatten aus der Ruhe auf.

[1] Ein Schreiben Lombards an Luccheſini aus Schumla vom 29. November 1790 aus dem preuß. Geh. Staatsarchiv findet sich im Anhange Beilage Nr. II.

Zweites Kapitel.

Der Feldzug in der Champagne und die späteren Regierungsjahre Friedrich Wilhelms II.

Was bei dem Reichenbacher Kongreß noch kaum in Erwägung kam, war seitdem das entscheidende Moment der europäischen Politik geworden. Die Revolution hatte in Frankreich gesiegt, hatte in allen Ländern Europas, selbst in dem zunächst bedrohten Deutschland, selbst in der Hauptstadt des monarchischen Preußens Anhänger gefunden. Dagegen hatte die alle Regierungen bedrohende Gefahr Österreich und Preußen geeinigt. Bei der Zusammenkunft Kaiser Leopolds und Friedrich Wilhelms in Pillnitz (27. August 1791) war ein gemeinschaftlicher Krieg zu Gunsten des französischen Königtums freilich nur in unbestimmte Aussicht genommen, aber die Leidenschaft der revolutionären Parteien brachte ihn schon im Frühling 1792 zum Ausbruch. Die französische Kriegserklärung gegen Österreich (20. April) führte auch für Preußen den Kriegsfall herbei, und Friedrich Wilhelm, voll angeborenen Mutes, in dem Wunsche, als Schützer Deutschlands, als Retter des Königtums aufzutreten, war entschlossen, sich selbst neben dem Herzog von Braunschweig an die Spitze seines Heeres zu stellen. Freilich fehlte es unter der Bevölkerung und bis in die höchsten Beamtenkreise nicht an Personen, welche mit der neuen Richtung

der preußischen Politik wenig übereinstimmten. Gerade im April 1792 kam ein schlesischer Edelmann, Graf Haugwitz, nach Berlin. Er war dem König schon in früheren Jahren und besonders zur Zeit des Reichenbacher Kongresses nahe getreten und jetzt zum Gesandten in Wien ernannt. In der Unterredung mit Friedrich Wilhelm verhehlte er nicht die großen Bedenken gegen den bevorstehenden Krieg mit der Revolution, mit einem Feinde, dessen Kraft man noch gar nicht beurteilen könne; jedenfalls riet er, den Feldzug, wenn man ihn unternehmen wolle, mit ausreichenden Mitteln zu unternehmen[1]. Aber die entgegengesetzte Richtung überwog. An große Schwierigkeiten glaubte man nicht, und der Gedanke, daß man nur einen „militärischen Spaziergang" anzutreten habe, erhielt in der That nicht allein durch die übertriebenen Versprechungen der Emigranten, sondern durch die wahre Lage der Dinge eine Begründung. Denn alles und, mehr als alles übrige, das Kriegswesen befand sich in Frankreich im Zustande völliger Zerrüttung. Vor wenigen österreichischen Bataillonen waren die französischen Scharen, als sie unmittelbar nach der Kriegserklärung in Belgien einbrachen, in wilder Flucht über die Grenze zurückgelaufen. Hätte damals eine deutsche, einigermaßen beträchtliche Heeresmacht unter einer kräftigen Führung bereit gestanden, man sieht nicht, was ihr den Weg nach Paris verschließen konnte. Aber — und darin lag der große, für alles übrige entscheidende Fehler — man gab die besten Vorteile aus der Hand; die günstige Zeit für den Feldzug blieb ungenutzt; sie war schon vorüber, als der König im Juli sich an den Rhein begab.

Da er in Mainz mit dem jungen Kaiser Franz zusammentreffen, da in dem bezwungenen Frankreich alsobald eine Verhandlung über die Restauration des Königstums beginnen sollte, so durfte neben der militärischen eine diplomatische Begleitung

[1] Ranke, Entstehung des Revolutionskrieges, Sämtliche Werke XLV 162, und Notiz über die Memoiren des Grafen Haugwitz, a. a. O. XLVII 276. Leipzig 1879. 1880.

nicht fehlen. Von den Ministern war der Graf von der Schulenburg-Kehnert ausersehen, ein Mann noch nicht fünfzig Jahre alt, aber schon seit dem dreißigsten Jahre als Finanzminister, dann als Kriegsminister und seit dem 2. Mai 1791 als Kabinetsminister für die auswärtigen Angelegenheiten thätig; unter den Beamten des Kabinets fiel die Wahl auf die Geheimen Räte v. Beyer und Mencken, endlich auf Lombard. Am 10. Juli folgte der junge Kabinetssekretär dem Könige, welcher den Weg durch die neuerworbenen fränkischen Herzogtümer eingeschlagen hatte, nach Ansbach. Fünf Tage und vier Nächte ging die Reise beinahe ununterbrochen fort; sehnsüchtig erinnerte sich Lombard an Weib und Kind und an die häuslichen Freuden der letzten drei Monate, die er später die glücklichsten seines Lebens nennt. Erst als Mencken ihn auf dem Wege einholte, vermochte der Umgang mit dem vortrefflichen, schon nahe befreundeten Manne ihn einigermaßen zu erheitern. In Ansbach wartete seiner ein Übermaß amtlicher Arbeiten. Eigentlich war er zur Hülfeleistung bei dem Grafen Schulenburg bestimmt[1]; aber seine Regsamkeit, sein Talent, sich leicht in französischer Sprache auszudrücken, vor allem die Gunst des Königs gaben ihm bald eine über seine amtliche Stellung hinausgehende Bedeutung. Schon in Ansbach fand er nicht mehr die Zeit, das seiner Frau versprochene Tagebuch zu führen: aber so oft als immer möglich gab er von seinen Erlebnissen, von seinen Hoffnungen und Befürchtungen in Briefen Nachricht, welche für sein Leben und sogar für wichtige Ereignisse der Zeit eine wertvolle Quelle bilden[2].

Von der glänzenden Versammlung in Mainz, wo der König mit dem neugekrönten Kaiser Franz II. vom 19.—22. Juli die Maßregeln für den bevorstehenden Feldzug verabredete, kam Lombard am Abend des 21. nach Koblenz. Die preußischen

[1] Kabinetsordre vom 13. Mai 1792. Preuß. St.-A.

[2] Eine Übersetzung der Briefe findet sich in der „Deutschen Revue", herausg. von R. Fleischer, 8. Jahrg., Februar und März 1883, S. 234 ff., S. 293 ff., in meinem Aufsatz: „Aus dem Nachlaß J. W. Lombards".

Truppen, gegen 42 000 Mann, hatten in der Nähe der Stadt ein Lager bezogen. In den Straßen wimmelte es von Emigranten, welche seit zwei Jahren Koblenz zu ihrem Sammelpunkt und zum Schauplatz ihrer kriegerischen Rüstungen erkoren hatten. Auf Lombard machten sie den übelsten Eindruck. Er glaubte, den Auswurf der Nation vor sich zu sehen; Koblenz, meinte er, sei durch sie zum Sodom von Deutschland geworden. Ihre Unwissenheit, wenn die inneren Zustände Frankreichs zur Sprache kamen, erfüllte ihn mit Erstaunen; vernünftigen Gründen setzten sie nur prahlende Worte oder ein albernes Gelächter entgegen. Ihre Rachepläne, nach denen ihr Vaterland ein ungeheures Grab werden sollte, schienen ihm greulich; er hoffte, die Blüte des Adels und der Gutgesinnten sei in Frankreich zurückgeblieben, um dort die Ereignisse und die Gelegenheit zur That zu erwarten. Eines Abends, als er in der Dämmerung spazieren ging, begegneten ihm mehrere von Wein erhitzte Franzosen. Einer von ihnen, vielleicht weil er den Eindruck merkte, den sie auf Lombard machten, sagte zu seinen Kameraden: „Teufel, ich will wetten, das ist ein Demokrat!" „Meine Herren", erwiderte Lombard, „ich werde es bald sein, wenn alle Aristokraten Ihnen gleichen."

Am 23. Juli traf Friedrich Wilhelm, von einer jubelnden Menge begrüßt, in Koblenz ein und verlegte sein Hauptquartier nach Schönbornslust, einem nahegelegenen Schlosse des Kurfürsten, wohin an demselben Tage auch Lombard beschieden wurde. Unter seinem Fenster sah er die Zelte des Königs, in der Entfernung eines Kanonenschusses das Lager. Alles nahm nunmehr ein kriegerisches Aussehen an. Daß die Franzosen geschlagen würden, daran zweifelte niemand, obwohl man bereits anfing, zu erkennen, daß nicht lediglich ein militärisches Spiel, sondern ein eigentlicher Feldzug bevorstände. Am 30. brach die Armee auf; Lombard legte bei den langsamen Märschen einen großen Teil des Weges zu Fuß zurück. Die Elemente schienen für die Franzosen zu streiten; der heißen Witterung war andauernder Regen gefolgt, welcher die Straßen grundlos machte.

Aber Lombard, der nichts mehr als die Hitze fürchtete, erfreute sich einer guten Gesundheit, und für mancherlei Entbehrungen entschädigte die Gesellschaft Menckens. Am 5. August gelangte man nach Trier, wo die weiten Räume der Karthause das ganze Gefolge des Königs aufnahmen. Noch immer waren die Hoffnungen auf das höchste gespannt. Zahlreiche Überläufer meldeten, daß in dem gegenüberstehenden, von Lafayette befehligten Heere Mangel herrsche; die Hälfte der Soldaten erwarte nur die Ankunft der Preußen, um die Fahnen zu verlassen. Was man einzig befürchtete, war, die Franzosen möchten, einer Schlacht ausweichend, sich in ihre Festungen zurückziehen. Aber ehe nach längerem Zögern die Grenze am 19. August überschritten wurde, kam die Nachricht, daß durch die Revolution des 10. August Ludwig XVI. auch den Schein der königlichen Macht verloren habe und als Gefangener der trübsten Zukunft entgegensehe. Beim ersten Betreten des französischen Gebiets schwand dann auch die Hoffnung auf thätigen Beistand oder frohe Zustimmung der Bewohner. In den Dörfern und Höfen fand man nur Weiber und Kinder; die Männer waren in die Wälder geflohen, um aus dem Versteck die Feinde zu beunruhigen. Durch den Widerstand gereizt, durch eine mangelhafte Verpflegung erbittert, ließen sich auch die preußischen Soldaten nicht in Schranken halten. Gleich in Tiercelet, einem Dorfe, wo der König am ersten Abend sein Quartier nahm, sollte eine Plünderung beginnen, die nur mit Mühe durch Lombard und einige von ihm herbeigerufene Offiziere verhindert wurde; und kaum hatte am anderen Morgen der König das Dorf verlassen, als die Raubsucht der Soldaten offen hervorbrach. Die Thüren wurden eingeschlagen, die Möbel zertrümmert, das Vieh mutwillig hingeschlachtet; dem Manne, bei welchem der König gewohnt hatte, nahm man sogar das Geld, womit er von diesem beschenkt war, wieder ab. „Das ist gerade das rechte Mittel", schreibt Lombard, „aus ganz Frankreich eine einzige Partei zu bilden und zu bewirken, daß wir 24 Millionen Feinde bekämpfen müssen." Der König ließ zwar die Urheber des Unfugs strenge

zur Rechenschaft ziehen, aber die bösen Folgen blieben nicht aus. In dem Dorfe Chenière, wo man am 20. August für einige Tage Quartier nahm, waren die Häuser beinahe menschenleer, und die wenigen zurückgebliebenen Frauen verrieten durch ihr Benehmen, was man von den im Walde versteckten Männern zu erwarten habe. Lombard, der nebst seinen Gefährten mit einer kleinen Schutzwache außerhalb des Lagers in einem Bauernhause übernachtete, wagte nicht, sich zu Bette zu legen. Seit drei Tagen war er nicht aus den Kleidern gekommen, seit zwei Tagen lebte er nur von Brot und Branntwein[1]. Das Bild der Zerstörung und des Jammers, welches er vor Augen hatte, machte tiefen Eindruck auf sein leicht empfängliches Gemüt. Er nahm lebhaften Anteil an den Leiden der ihrer letzten Habe beraubten Landbewohner, denen man zum Ersatz nichts anderes als papierne Anweisungen auf die Kasse Ludwigs XVI. zu bieten hatte. Anderseits konnte er auch die Entbehrungen der armen Soldaten nicht ruhig mit ansehen, welche infolge der unzureichenden Verpflegung bei dem schlechten Wetter, auf grundlosen Wegen oft am Nötigsten Mangel litten. Was nur in seinen Kräften stand, that er, um hier wie dort zu helfen. Seine Wirte schützte er gegen Ausschreitungen der Soldaten, diente ihnen als Berater und Dolmetscher, wußte ihnen aber zugleich begreiflich zu machen, daß sie schon in ihrem eigenen Interesse dem Wachtposten das Notwendige nicht vorenthalten dürften. Von Brot und Branntwein bewahrte er stets einen kleinen Vorrat, um davon austeilen zu können. Als die geflohenen Bewohner im Vertrauen auf die bessere Manneszucht der Truppen allmählich zurückkehrten, trat er mit ihnen in freundlichen Verkehr. Sie schienen ihm gutgeartet, naiv, höflich, an Bildung den Landleuten seiner Heimat überlegen, aber wenig mit dem bekannt, was in Frankreich vorgegangen war. Dem ersten besten, meinte er, der ihnen von Freiheit und Gleichheit vorgeschwatzt, seien sie blindlings gefolgt in dem un-

[1] Chenière 20. August, Deutsche Revue S. 295.

bestimmten Gefühl, daß man sie bisher unterdrückt habe. So schienen sie jetzt auch den Worten Lombards bereitwillig Gehör zu geben. Mehr und mehr befestigte sich in ihm die Überzeugung, die Menschen seien leicht zu leiten, und wo sie sich nicht gut, glücklich und folgsam zeigten, liege die Schuld an denen, welche zu ihrer Leitung berufen seien.

Eine durchgreifende Besserung der französischen Zustände erwartete er nur von dem völligen Triumph der Verbündeten. Dieser schien in der That bevorzustehen. In dem Treffen bei Fontoy am 19. August und bei allen kleineren Zusammenstößen trat die Überlegenheit der preußischen Waffen unzweideutig hervor. Die Entfernung Lafayettes, der am 19. August mit den meisten höheren Offizieren sich aus dem Lager von Sedan über die belgische Grenze geflüchtet hatte, schien das verlassene Heer des letzten Haltes zu berauben. Am 23. August ergab sich Longwy, am 2. September sogar Verdun nach kurzer Beschießung. Der Festungsgürtel Ludwigs XIV. war durchbrochen, der Weg nach Paris schien geöffnet. Lombard giebt sich in einem Briefe vom 2. September den frohesten Hoffnungen hin. Nach so vielen Entbehrungen konnte er sich wieder in eine behaglichere Lage versetzen und fühlte seine Kräfte eher gestärkt als erschöpft. Gute Aufnahme fand er in dem Hause eines königlich Gesinnten, den die Ankunft der Preußen gerade zur rechten Zeit vor der Ausplünderung durch den Pöbel gerettet hatte. Überhaupt bezeugte die vornehmere Klasse eine unzweideutige Freude; auch aus dem niederen Volk erschienen viele mit weißen Kokarden, freilich unter dem Vorbehalt, wie Lombard richtig bemerkt, „sie bei erster Gelegenheit mit Füßen zu treten“. Er verkannte nicht, daß man von keiner Partei Hülfe zu erwarten habe, daß der alten Ordnung nur ein verschwindend geringer Teil des Volkes, die Privilegierten und die von ihnen Abhängigen, geneigt sei. Aber er unterschätzte die Kräfte des Widerstandes, wenn er annahm, daß einem fremden Eindringling nur die Jakobiner sich entgegenstellen würden, daß eine Armee ohne adelige Offiziere nichts zu leisten

vermöge, und daß die Entfernung von Paris das Haupthindernis des Unternehmens bilde.

Hätte man sich nur bemüht, diese Entfernung rasch zu verkürzen! Aber es dauerte neun Tage, bis das Heer am 11. September gegen das Waldgebirge der Argonnen aufbrach. Hier hatte Dumouriez gegen 50000 Mann versammelt in einer so festen Stellung, daß der Herzog von Braunschweig, statt von vorn anzugreifen, durch eine Umgehung ihn zu vertreiben suchte. Noch einmal schien das Glück den Verbündeten günstig. Am 12. September gelang es dem österreichischen Hülfscorps unter Clerfayt in Verbindung mit den Truppen des Generals Kalckreuth sich des nördlichsten Gebirgspasses Croix-aux-bois zu bemächtigen. Dumouriez' Stellung in dem Passe von Grandpré war dadurch gefährdet; rasch schickte er Truppen, um den verlorenen Punkt wieder in seine Gewalt zu bringen. Am Morgen des 14. drangen die Franzosen aus dem Gebirge gegen Kalckreuth vor, mußten aber nach einem hitzigen Gefecht sich zurückziehen. Lombard schrieb unterdessen in „der rauchigen Küche eines Sansculotten" seiner Frau einen langen Brief über die Ereignisse des Feldzugs. Es war in dem Dorfe Landres, wo der König dem Paß von Grandpré gegenüber sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. In der Ferne hörte man den Donner der Kanonen; Lombard unterbrach sein Schreiben, um zu Pferde zu steigen und von dem Gange des Gefechts mehr in der Nähe sich zu unterrichten. Er war voll Zuversicht; bis nach Paris, dachte er, würde der Weg nun offen stehen, so daß der König im Oktober dahin gelangen und als Sieger im November nach Potsdam zurückkehren könne.

Auch für Lombards persönliche Stellung schien sich damals eine vorteilhafte Aussicht zu eröffnen. Graf Schulenburg hatte das Vertrauen Friedrich Wilhelms besonders dadurch gewonnen, daß er den Krieg gegen Frankreich begünstigte. Aber schon bei den Verhandlungen mit Österreich in Mainz traten Schwierigkeiten hervor, welche den König verstimmten, und im Laufe der nächsten Woche wuchs seine Unzufriedenheit in einem Grade,

daß Schulenburg mit Berufung auf seine angegriffene Gesundheit um Erlaubnis bat, nach Berlin zurückzukehren. Mißmutig ließ der König ihn ziehen und setzte nun sein Vertrauen um so mehr auf Haugwitz und Lucchesini. Schon aus dem Lager zu Rübenach am 29. Juli hatte er an den letzteren, der damals noch als Gesandter in Warschau verweilte, den Befehl erlassen, sich möglichst bald in das Feldlager zu verfügen. Am 27. August aus Chenière mahnte ein zweites Schreiben zur Eile, damit die Verhandlungen mit Breteuil, dem Bevollmächtigten Ludwigs XVI., bald beginnen könnten[1]; und am 14. September traf Lucchesini bei dem Könige ein. Lombard hatte sich zu Schulenburg gut zu stellen gewußt; er meint, sein Benehmen, welches die größten Rücksichten gegen einen Mann von so hohem Rang und Verdienst mit Freimut und Unabhängigkeit zu verbinden suchte, habe den besten Erfolg gehabt. Noch weit mehr versprach er sich von der Ankunft seines alten Gönners. Die nächste Folge bestand jedoch nur darin, daß seine Arbeitslast sich beträchtlich vermehrte; denn Mencken wurde dem Marquis als Hülfsarbeiter beigegeben und folgte mit ihm in einiger Entfernung dem Hauptquartier, während Lombard allein in der Nähe des Königs beinahe die gesamte Korrespondenz zu besorgen hatte. Auch die Hoffnung auf eine rasche, glückliche Beendigung des Feldzuges verkehrte sich nur zu bald in das Gegenteil.

Der Herzog von Braunschweig, statt die erlangten Vorteile zur Vernichtung des Feindes zu benutzen, ließ unthätig zwei kostbare Tage verstreichen; am 16. September muß Lombard mißmutig seiner Frau berichten, der Feind sei in der Nacht entwischt. Dumouriez hatte sich rasch aus dem Paß von Grandpré auf die westliche Seite des Gebirges zurückgezogen. Eine Abteilung preußischer Husaren war stark genug, seine Truppen in fluchtartige Verwirrung zu versetzen, aber zu einem entscheidenden Schlage reichte sie nicht aus. Der französische

[1] Beide Briefe aus dem Nachlaß Lucchesinis im preuß. Geh. St.-A.

Befehlshaber konnte bei Ste. Menehould und Valmy bedeutende Verstärkungen unter General Kellermann an sich ziehen und dort in einer festen Stellung den Feind erwarten. Langsam folgten die Preußen nach; erst am 18. gelangten sie durch den Paß von Grandpré an die Aisne, am 19. nach Massige, also nun gleichfalls auf die Westseite des Gebirges. Der Herzog dachte den Feind durch geschickte Bewegungen aus seiner Stellung zu vertreiben, zum Rückzug nach Châlons zu nötigen und ihm dabei den entscheidenden Schlag zu versetzen. Sehr möglich, daß diese Absicht gelungen wäre, hätte man sie beharrlich durchgeführt; aber jetzt, nach so langem Warten im ungünstigsten Augenblick, brach die Ungeduld des Königs hervor. Ein falscher Bericht: die Franzosen wollten ihr Lager abbrechen und nach Châlons ausweichen, versetzte ihn, der noch immer die Zögerung bei Grandpré nicht verschmerzen konnte, aufs neue in Aufregung. Der Feind solle ihm nicht zum zweiten Male entkommen, rief er aus und bestand darauf, daß man, statt sich am Fuß des Gebirges zu halten, rechts ab nach Westen eine Richtung auf die Straße nach Châlons einschlug. Der Train wurde von Massige nach Les Maisons de Champagne bei Rouvroi zurückgeschickt, um dort eine Wagenburg zu bilden. Das Heer zog weiter, über zwei kleine Flüsse bis nach Somme Tourbe, bivouakierte und fand sich am Morgen des 20. September der Stellung von Ste. Menehould und Valmy und einem Feinde gegenüber, der durch die Vereinigung aller Streitkräfte auf 60 000 Mann gewachsen, also den Preußen um ungefähr ein Drittel überlegen war. Den ganzen Tag dauerte die berufene Kanonade von Valmy, ohne daß es zum Handgemenge gekommen wäre. Noch einmal lag die Möglichkeit eines raschen Erfolges in der Hand der preußischen Feldherren, da das Auffliegen mehrerer Pulverwagen unter den Truppen Kellermanns eine in ihrer schlecht gewählten Stellung doppelt gefährliche Verwirrung hervorrief. Schon hatte der König sich für den Angriff entschieden, als jetzt der Herzog seinen Widerspruch zur Geltung brachte. Die Gefahr des Mißlingens schien

ihm zu groß, und man muß gestehen, daß in einem solchen Falle die Lage der Armee und der Fürsten, die sie begleiteten, verzweifelt werden konnte. So war am Abend militärisch nichts entschieden. Auf preußischer Seite zählte man kaum 200, auf der Gegenseite etwa 400 Gefallene, und die in später Stunde eintreffenden Österreicher unter Clerfayt brachten den Preußen sogar bedeutende Verstärkung. Aber die moralische Wirkung war unberechenbar; Goethe bezeichnete sie — wenn man seiner Erinnerung glauben darf — bereits am Abend durch die bekannten Worte: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus." Für die Franzosen war es schon ein großer Erfolg, daß sie standgehalten hatten; für die Preußen war Nichtvorwärtsgehen mit dem Rückzug gleichbedeutend, weil die feindlichen Mittel sich in dem Maße verstärkten, in welchem die eigenen sich verminderten. Man hatte früher wohl die Hoffnung genährt, daß französische Generale sich mit der preußischen Armee zur Herstellung des Königtums vereinigen würden: jetzt, da die Gewalt nicht mehr ausreichte, wäre ein solcher Ausweg doppelt erwünscht gewesen. Auch Dumouriez zeigte sich aus mehr als einem Grunde zur Unterhandlung geneigt; war doch ein Separatfriede, welcher Preußen von Österreich getrennt hätte, schon damals ein wesentliches Ziel französischer Politik. So begann jener Austausch von Besuchen, Denkschriften, Meinungen und Anträgen, von dem soviel geredet worden ist, bei dem man insbesondere Lombard eine so eigentümliche Rolle zuteilte. Es ist das erste Mal, daß sein Name in der Geschichte der Revolutionszeit genannt wird, und er hat die Ehre teuer genug bezahlen müssen.

Was er während der Schlacht und in den folgenden Tagen erlebte, hat er am 24. September seiner Frau ausführlich mitgeteilt. Kein größerer Gegensatz, als wenn man dieses Schreiben mit dem Brief vom 14. September vergleicht: Siegeszuversicht in dem einen, getäuschte Hoffnung, beinahe Hoffnungslosigkeit in dem andern. Den Kummer über das allgemeine Unglück verstärkte die Erinnerung an eigenes Miß-

geſchick[1]. Am 19. September, als der König mit dem Heere gegen Valmy zog, war Lombard mit dem Train und den meiſten Civilperſonen bei dem Dorfe Les Maiſons de Champagne zurückgeblieben. Man verbrachte die Nacht im Bivouac, am andern Morgen hörte man früh den Anfang einer Kanonade, welche bald ſo heftig wurde, daß alles in die größte Unruhe geriet. Einige der Anweſenden machten den Vorſchlag, auszureiten, um zu erkunden, was vorgehe[2]. Lombard folgte ihnen, einige Chaſſeure und Huſaren ſchloſſen ſich an, und der Haufe wurde bald ſo groß, daß man nichts zu wagen glaubte, wenn man weiter vorginge. Lombard fing an, bedenklich zu werden; aber allein zurückzukehren ſchien noch gefährlicher. Endlich gelangte man auf einen Berg, wo man die Heere in Schlachtordnung und das Feuer der Batterieen deutlich wahrnehmen konnte. Lombards Gefährten beſtanden darauf, dort zu bleiben, ſein Widerſpruch war umſonſt; er entſchloß ſich endlich zur Rückkehr, obwohl er nur einen Gefährten fand, einen Quartiermeiſter der Artillerie, namens Rimpler. Kaum hatten die beiden eine halbe Meile zurückgelegt, als ſie, auf dem Kamm einer Anhöhe angelangt, von unten, nur noch einen Flintenſchuß entfernt, gegen zwanzig Reiter auf ſich loskommen ſahen. Rimpler wollte raſch umwenden, aber Lombard hielt ihn zurück. Die Pferde waren erſchöpft; bei der geringſten Bewegung würde ſich eine Salve von Kugeln auf ſie gerichtet haben. So blieb er ſtehen, und die ganze Bande drang mit erhobenem Säbel auf ihn ein: „Qui vive?“ ſchrien ſie ihm zu; „alles, was ihr wollt“, gab er zur Antwort; „ich bin euer Ge-

[1] Die folgende Erzählung im weſentlichen nach dem Briefe Lombards an ſeine Frau vom 24. September, in dem Bonner Univerſitätsprogramm „Zwei neue Quellen zur Geſchichte Friedrich Wilhelms III.“ 1882 S. 25 und im Anhang Beilage Nr. III.

[2] Die Berliniſche (Voſſiſche) Zeitung nennt in Nr. 121 vom 9. Oktober in der „Fortſetzung des Tagebuchs der Königl. Preußiſchen Armee in Frankreich“ den „Kriegsrat von Wegnern, den Kommiſſionsrat Volgand, den Kabinetsſekretär Lombard, zwei Proviantkommiſſarii, zwei Feldpoſtſekretärs und einige Feldjäger und Poſtillons“.

fangener." Sein ruhiger Ton machte Eindruck; die Husaren begnügten sich, ihn gefangen zu nehmen. Geldbeutel, Uhr, Ring, Sporen und Petschaft wurden ihre Beute. Sie führten Lombard zu dem Corps, von dem sie ausgeschickt waren, und das sich zu Lombards Erstaunen mitten zwischen der preußischen Armee und der Wagenburg befand. Beim Beginn der Schlacht hatte Dumouriez den General Leveneur beauftragt, mit 12 Bataillonen und 8 Eskadronen den linken Flügel des preußischen Heeres zu umgehen. Dies war ohne Mühe gelungen, und dem bei Les Maisons de Champagne zurückgebliebenen Troß, der nur unzureichende Bedeckung erhalten hatte, möchte es übel ergangen sein, wenn Leveneur seinen Vorteil kräftig benutzt hätte. Seine Patrouillen waren es, denen Lombard in die Hände fiel, und für den Gefangenen kam ein gefährlicher Augenblick, als er bei dem Leveneurschen Corps unter eine Abteilung freiwilliger Nationalgarden geriet. Sein blauer Rock, seine rote Weste, einige französische Worte, deren er sich bediente, ließen glauben, daß man einen Ausgewanderten vor sich habe, und die wütende, wenig an Zucht gewohnte Menge brach sogleich in laute Verwünschungen aus. Flinten wurden gegen ihn gerichtet; Rufe ertönten: „An die Laterne; haut ihm den Kopf ab; reißt ihm die Eingeweide aus dem Leibe!" Vergebens suchte Lombard sich Gehör zu verschaffen; der Lärm erstickte seine Stimme, und schon ergab er sich in sein Schicksal, als die Husaren, denen er in die Hände gefallen war, rasch die Sporen einsetzten und ihren Gefangenen mit verhängtem Zügel zu dem General Duval führten. Zum Glück für Lombard hatte dieser General, der unter Leveneur befehligte, schon am 14. September mit dem preußischen Hauptquartier verhandelt; kaum erfuhr er Lombards Namen und Stand, als er ihm mit Freundlichkeit begegnete und ihn in seiner Nähe behielt. Den ganzen Tag mußte der Gefangene mit der Truppe herumreiten, nachdem er schon acht Stunden ohne Speise und Trank zu Pferde gesessen hatte. Auch auf dem Bauernhofe, wo Duvals Quartier war, erhielt Lombard nur eine Viertelstunde zum Ausruhen und

mußte dann wieder aufsitzen, um sogleich zum General Dumouriez geführt zu werden. Es war die kalte, regnerische Nacht, welche Goethe in der „Campagne in Frankreich" so eindrucksvoll geschildert hat. Der Zug ging langsam, da man mehrere Wagen mit Verwundeten begleitete. Lombard, des Mantels und der Handschuhe beraubt, saß halb erstarrt, kaum der Sinne noch mächtig, auf dem Pferde. Den folgenden Tag blieb er in Haft, ohne jemanden zu sehen als Dumouriez' vertrauten Adjutanten Fortair, welcher Nachrichten über das preußische Hauptquartier herauszulocken suchte und vor allem sich versichern wollte, daß der Gefangene sich nicht einen falschen Charakter beilege. Die Zweifel über Lombards Persönlichkeit wurden jedoch bald auf anderem Wege beseitigt. Von allen, welche die Wagenburg am Morgen der Schlacht verlassen hatten, war bereits im preußischen Lager bekannt geworden, daß sie getötet oder gefangen seien; nur von Lombard wußte niemand etwas. Am 21. schickte der König den General Heymann zu den französischen Vorposten, um sich nach Lombard zu erkundigen und, falls er gefangen sei, seine Auslieferung zu begehren. Die nächste Wirkung war, daß Lombard mit ausgesuchter Höflichkeit behandelt wurde; man gab ihm eine angenehme Wohnung, eine Ehrenwache und lud ihn zur Tafel. Aber Lombard machte keinen Gebrauch davon; drei Tage, schreibt er, habe er vor Aufregung weder essen noch schlafen können.

Unterdessen war Dumouriez mit dem Gefangenen in persönlichen Verkehr getreten. Wir bemerkten schon, daß dem General daran gelegen war, Verhandlungen mit dem preußischen Hauptquartier anzuknüpfen, den König zum Rückzug und zur Trennung von den Österreichern zu bewegen und dadurch für einen Einfall in Belgien, seinen Lieblingsplan, die Möglichkeit zu gewinnen. In einer ausführlichen Denkschrift ließ er Fortair auseinandersetzen, daß der Krieg und das Bündnis mit Österreich den preußischen Interessen widersprächen, daß ein weiteres Vordringen in Frankreich der Sache Ludwigs XVI. nachteilig und ein glücklicher Erfolg gar nicht zu erwarten sei,

weil das französische Heer bereits 75 000 Mann zähle und sich täglich verstärke. Weit mehr empfehle sich eine Einigung zwischen Preußen und Frankreich, wie sie Dumouriez schon vor dem Ausbruch des Krieges als Minister des Auswärtigen vorgeschlagen habe. Um der Denkschrift freundliche Aufnahme zu verschaffen, sollte sie von Lombard, dem man die Freiheit schenkte, dem Könige überbracht werden. Lombard befand sich bereits auf dem Wege in das preußische Hauptquartier, als General Westermann, der, in den Pariser Straßenkämpfen emporgekommen, als Vertrauensmann Dantons im Lager verweilte, dazwischentrat. Ärgerlich, daß man den Sekretär des Königs von Preußen ohne Gegenforderung in Freiheit setze, eilte er Lombard nach und ließ ihn aus eigner Machtvollkommenheit nach Ste. Menehould zurückführen. Dumouriez, sowenig ihm die fremde Einmischung behagte, mußte sich entschließen, den einflußreichen Mann ins Vertrauen zu ziehen und ihm von der Botschaft des Königs sowie von der Denkschrift Kenntnis zu geben. Westermann erklärte sich einverstanden, verlangte aber, daß gegen Lombard ein Franzose ausgewechselt würde. In Verdun auf der Citadelle befand sich damals ein Gefangener, dem die Verwünschungen seiner eigenen Landsleute das härteste Schicksal bestimmten: es war George, der Bürgermeister von Varennes. Er hatte sich zwar an der Verhaftung Ludwigs XVI. im Juni 1791 nicht persönlich beteiligt, aber als Mitglied der Nationalversammlung eine öffentliche Danksagung für die Bewohner des Stadtbezirks beantragt und einige besonders thätige Nationalgardisten, darunter seinen Sohn, als Retter des Vaterlandes in öffentlicher Sitzung vorgestellt. Unvorsichtig war er auf seinem Posten zurückgeblieben und von einem eigens dazu ausgesandten preußischen Streifcorps schon am 2. September gefangen und nach Verdun geführt worden. „Die Emigranten", schreibt Goethe, der ihn hinter den Gittern des Gefängnisses sah, „behaupteten, er habe tausend Tode verdient[1]";

[1] Vgl. meinen Aufsatz: Zu Goethes Campagne in Frankreich, im Goethe-Jahrbuch (1883) IV 90 u. 99, und A. Chuquet, La première

um so eifriger benutzte Westermann die Gelegenheit, ihn zu befreien. Lombard wurde aufgefordert, dem Könige zu schreiben, daß man ihn nur gegen George auswechseln, ja daß er in allem das Schicksal dieses Mannes teilen werde. Wenn man die Anstifter der französischen Revolution zur Rechenschaft ziehen wolle, so werde Lombard für George verantwortlich sein. Der Gefangene schrieb, aber, wie sich denken läßt, bat er den König, seine politischen Absichten nicht dem Wohlwollen für eine so unbedeutende Person hintanzusetzen, sondern ihn seinem Schicksal zu überlassen. Friedrich Wilhelm legte jedoch zu großen Wert darauf, seinen geschickten Sekretär wieder bei sich zu haben, als daß er den Einreden aufgeregter Emigranten hätte Gehör geben sollen. Westermann, der den Brief Lombards und die Denkschrift noch am 22. überbracht hatte, fand eine nicht unfreundliche Aufnahme, die Freilassung Georges wurde bewilligt und dann auch Lombard, um kein Aufsehen zu erregen, in der Nacht vom 23. auf den 24. September in das Lager zurückgebracht[1].

Der Herzog von Braunschweig hatte befohlen, ihn gleich bei Lombards Ankunft zu wecken. Er ließ sich alles ausführlich erzählen; Lombard verbrachte den übrigen Teil der Nacht im Zimmer des Herzogs, auf dem Bette des Erbprinzen sitzend, der nicht müde wurde, ihn auszufragen. Es blieb noch die

invasion Prussienne, 11 Août — 2 Septembre 1792. Paris 1886. S. 261 ff. Goethe verwechselte aber George mit dem eigentlichen Urheber der Verhaftung, dem viel genannten Postmeister von Ste. Menehould, Drouet, der gleichfalls gefangen werden sollte, aber sich entfernt hatte. Auch später, wo er von der Auswechselung Lombards redet, den er zu einem Sekretär des Herzogs von Braunschweig macht, meint er, derselbe sei gegen den Postmeister von Ste. Menehould freigegeben. Selbst Lombard teilt den Irrtum, George sei „der Mann gewesen, der am meisten zu der Verhaftung des Königs beigetragen habe“; vgl. den angeführten Brief vom 24. September 1792 im Anhang Beilage Nr. III.

[1] Deutsche Revue S. 312. Am 2. Oktober berichten französische Kriegskommissare (Moniteur vom 4. Oktober 1792), sie hätten in Ste. Menehould den wieder befreiten George gesprochen. — Über Westermanns Eingreifen vgl Notes de Topino-Lebrun, publiées par Chardoillet, p. 25 und A. Chuquet, La Retraite de Brunswich. Paris 1887. S. 81 ff.

Besorgnis, wie der König das Abenteuer aufgenommen hätte. Aber Lombard wurde am 25. September, dem Geburtstage Friedrich Wilhelms, auf das freundlichste empfangen, erhielt wegen seiner Unvorsichtigkeit in wohlwollendem Tone einen Verweis, der mehr von Teilnahme als von Unwillen zeugte, und mußte abermals während einer starken Viertelstunde von den Einzelheiten des Vorganges berichten[1]. „Alle Welt", heißt es in einem Briefe an die Frau, „hat meinetwegen Besorgnisse an den Tag gelegt, welche mich lebhaft gerührt haben."

Das ist im wesentlichen die Darstellung, welche der Hauptbeteiligte selbst von seinem Erlebnis gegeben hat. Aber wie sehr weicht sie von andern beinahe gleichzeitigen Erzählungen ab! Bei dem unglücklichen Ausgang des Krieges, bei der Uneinigkeit, die bald zwischen den Verbündeten entstand, wurde, wie begreiflich, alles, was geschehen war, mit argwöhnischen Blicken angesehen. Die früher hoch begünstigten, jetzt beinahe in Verachtung gefallenen Emigranten verbreiteten eifrig das Gerücht, Lombard habe sich absichtlich, auf Befehl seiner Vorgesetzten fangen lassen, damit man durch ihn die Gelegenheit zur Anknüpfung von Unterhandlungen gewönne. Diese Behauptung, schon an sich unwahrscheinlich, wird durch den Brief, welchen Lombard am 24. September, unmittelbar nach den Ereignissen, schrieb, auf das bestimmteste widerlegt. Es bleibt aber die Frage, wie weit Lombard bei den späteren Verhandlungen thätig war. Er selbst sagt nichts darüber. Von seinen Unterredungen in Ste. Menehould erwähnt er nur, daß Dumouriez und sein Adjutant ihn durch verführerische Lockungen und die Drohung, kein Preuße werde lebendig die Grenze wieder überschreiten, in Frankreich zurückhalten wollten[2]. Aber sein Schweigen ist noch kein Gegenbeweis; denn er selbst erinnert am 8. Oktober seine Freunde an das lateinische Sprichwort, daß man nur Wahres, aber nicht alles, was wahr sei, sagen dürfe. Wir sehen jedoch, daß die Rolle, welche Dumouriez ihm

[1] Brief vom 8. Oktober, Deutsche Revue S. 319.
[2] Brief vom 9. November, Deutsche Revue S. 327.

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

zuteilen wollte, von Westermann vorweggenommen wurde, und in den preußischen Archivalien, welche gerade für die erste Woche nach der Schlacht von dem diplomatischen Meinungsaustausch in allen Einzelheiten Nachricht geben, wird sein Name ebensowenig genannt als in den französischen Korrespondenzen. Man könnte in der falschen Beurteilung seines ersten Auftretens, in den Anschuldigungen, die dabei gegen ihn erhoben wurden, eine Vorbedeutung künftiger Schicksale erkennen.

Eben weil Lombard nur in geringem Maße an den Verhandlungen beteiligt war, liegt es nicht in unserer Aufgabe, sie im einzelnen darzustellen. Dumouriez wußte den Schein zu erwecken, als sei er nicht abgeneigt, zu Gunsten Ludwigs XVI. etwas zu unternehmen, und Oberst Manstein, der Vertraute des preußischen Königs, ließ nur zu lange durch trügerische Vorspiegelungen sich hinhalten. Ein Glück, daß Lucchesini, aus Verdun herbeigerufen, am 26. September wieder im Hauptquartier eintraf[1] und, rasch die Verhältnisse durchschauend, dem Gaukelspiel ein Ende machte, bei welchem aller Vorteil auf seiten der Franzosen lag. Denn bis zum 29. hielten sie das deutsche Heer in Unthätigkeit und zugleich unweit des Schlachtfeldes in einer Stellung, wo Mangel an den nötigsten Bedürfnissen und die Unbilden eines unaufhörlichen Regenwetters den Truppen verderblicher wurden als eine verlorene Schlacht. Unterdessen konnte Dumouriez sich in einer Weise verstärken, daß man den Gedanken, ihn anzugreifen, aufgeben mußte. Der Rückzug war nicht zu vermeiden, und das schwerste Unheil hätte daraus erwachsen können, hätten nicht neue Unterhandlungen, wie die früheren nur zum Schein, aber jetzt durchaus zum Vorteil der Preußen geführt, eine stillschweigend angenommene Waffenruhe zur Folge gehabt. Ungehindert konnte das Heer

[1] Lucchesini an das Ministerium, 29. Septbr. 1792: J'arrivai ici après une course des plus pénibles le 26. In dem Abdruck der Depesche bei Ranke, Ursprung der Revolutionskriege, Sämtl. Werke XLV 295, und danach bei Chuquet, La Retraite de Brunswick S. 75, steht irrig „le 24".

zum zweiten Male, jetzt von Westen nach Osten, den Paß von Grandpré durchziehen und auf dem kürzesten Wege bei Stenay und Dun am 6. Oktober die Maas überschreiten. Zwei Tage später befand sich das Hauptquartier in dem Dorfe Consenvoy, nicht weit von Verdun; hier faßte Lombard, jetzt wieder in gesicherter Lage, das Ergebnis seiner Erfahrungen in einem langen Briefe zusammen, der als eine so frühe Würdigung des Feldzugs von 1792 geschichtliche Bedeutung ansprechen darf. Er verbirgt sich nicht, daß der ganze Feldzug verfehlt, die Franzosen Sieger seien. Die Haupturſache, führt er aus, lag in den Vorspiegelungen der Emigranten. Nach ihren Angaben sollte die Hälfte der Bevölkerung mit dem neuen System unzufrieden und bereit sein, für die Sache der Verbündeten zu den Waffen zu greifen; kein Regiment von Linientruppen würde übrigbleiben, kein General, der zu kommandieren verstände. Das hatte man geglaubt und deshalb alle notwendigen Maßregeln vernachlässigt. Aber ganz Frankreich — Lombard spricht es jetzt weit entschiedener aus als vor vier Wochen in Verdun — ganz Frankreich hat nur eine Stimme über die Revolution. Einige Adlige, einige Priester und einige Bediente, die von den einen und den andern leben, haben kein Gewicht. „Unter Hunderten ist vielleicht nicht einer, der sich das, was geschehen ist, deutlich vorstellen könnte. Aber das wissen sie, und das fühlen sie alle, daß sie mit Füßen getreten wurden und es nicht mehr werden, daß die Abgaben in einer gewaltsamen, erniedrigenden Weise eingezogen wurden, und daß sie jetzt nach ihrem Belieben bezahlen, daß man die gesamte dürftige Klasse in den Rang der Tiere stellte, und daß ihre gegenwärtigen Anführer aus vollem Halse schreien, sie wären nur ihresgleichen." So kam es, daß nach der Einnahme von Longwy und Verdun kein Franzose sich den Verbündeten anschloß. Anschaulich wird dann beschrieben, wie die Armee durch Regen, schlechte Wege, Krankheiten und Entbehrungen jeder Art so beträchtliche Einbußen erlitten habe, daß man bei Valmy nicht habe durchdringen können. Zudem seien Dumouriez und Kellermann keineswegs

verächtliche Generale, die leichte Reiterei ausgezeichnet und die Artillerie noch immer die beste in Europa. Nur die unvergleichliche Manneszucht der preußischen Truppen habe die Schwierigkeiten des Rückzugs überwinden können. Über die Führung hält auch Lombard einen Tadel nicht zurück. Er beklagt, daß man auf die leicht vorherzusehenden Hindernisse des Wetters, der schlechten Wege keine Rücksicht genommen, keine Magazine angelegt und durch übergroße Bedenklichkeit weit größere Verluste herbeigeführt habe, als ein mutiges Vorgehen verursacht hätte. Natürlich sucht er die Leistungen der preußischen Armee in das beste Licht zu stellen, aber selten wird man in gleichzeitigen Berichten ein so treffendes Bild der Gesamtlage und ein auch für den Gegner so billiges und gerechtes Urteil finden[1].

Zu einem solchen war Lombard stets geneigt gewesen. Er erinnert seine Freunde an frühere Gespräche, in denen er bei allem Abscheu vor der französischen Revolution niemals die Schönheit ihrer Idee geleugnet habe; sie sei ihm nur für Menschen als unausführbar erschienen, und auch jetzt noch halte er den Sturz „des sonderbaren Gebäudes" für unvermeidlich. Den Krieg habe er vor seinem Beginn für unpolitisch erklärt, aber den einmal angefangenen auch mit Ruhm und Nutzen beendigt sehen wollen. Niemals sei so sehr ein Gefühl der Verzweiflung über ihn gekommen als in Haans bei dem Beschluß, den Rückzug anzutreten. Auch jetzt noch hegt er keinen höheren Wunsch, als daß man vor dem Abzuge durch einen großen Schlag den Franzosen noch einmal zeigen möge, daß sie nicht ihrer Stärke, sondern den Elementen ihren Triumph verdankten. Merkwürdig ist es aber, wie in Lombards Briefen seine Wünsche immer bescheidener werden. Am 29. September, in Haans, tröstet er sich mit der Aussicht auf einen zweiten erfolgreichen Feldzug; auch am 8. Oktober meint er noch, es werde möglich sein, durch die Einnahme einiger Festungen in Frankreich festen Fuß zu behalten, wie denn auch der Herzog damals seinen

[1] Vgl. Brief vom 8. Oktober, Deutsche Revue S. 313—319.

ursprünglichen Gedanken, die Behauptung der Maaslinie, wieder aufgenommen hatte. Aber daneben läßt schon derselbe Brief deutlich genug die Hoffnung hervortreten, daß es zu einem zweiten Feldzuge gar nicht mehr kommen werde, und in einem Briefe vom 18. Oktober aus Tellancourt sind alle Wünsche nur auf Rückkehr und Frieden gerichtet. In der That erwies sich die Absicht des Herzogs bald als unausführbar, schon deshalb, weil die in Belgien angegriffenen Österreicher und die vom Rheine her bedrohten Hessen nicht an der Maas verweilen wollten; am 14. Oktober wurde Verdun, am 22. auch Longwy den Franzosen gegen das Versprechen eines ungestörten Rückzugs wieder eingeräumt. Und gleichzeitig traten auf einem anderen Schauplatze neue Verwicklungen hervor, in ihrem Ausgange noch gefährlicher als der Feldzug gegen die Republikaner. Die in Mainz begonnenen Verhandlungen über den Ersatz, welchen Preußen für die Kriegskosten forderte, hatten noch immer nicht zu einem Ergebnis geführt. Der König drang darauf, weil seine fernere Beteiligung am Kriege davon abhängen sollte. Haugwitz war infolgedessen aus Wien herbeigerufen, und sobald man am 23. September Luxemburg erreicht hatte, begann zwischen ihm, Lucchesini und den österreichischen Bevollmächtigten, Fürst Reuß und Spielmann, auf dem Schlosse zu Merl eine Unterhandlung, welche zunächst die zweite Teilung Polens, im weiteren Verlaufe eine dauernde Zwietracht zwischen den beiden deutschen Mächten zur Folge hatte. So sehr aber die Verhältnisse im Osten die Aufmerksamkeit des Königs bereits auf sich lenkten, so konnte er sich doch nicht entschließen, den westlichen Kriegsschauplatz zu verlassen; hatten die Franzosen doch Speyer, Mainz und sogar Frankfurt besetzt. Zunächst kam es darauf an, ihnen in Koblenz zuvorzukommen; und als dies in den letzten Tagen des Oktober gelungen war, als der König selbst am 5. November die Stadt, welche er drei Monate früher mit so großen Hoffnungen verlassen hatte, wieder erreichte, wollte er vor allem Frankfurt und die übrigen von den Franzosen eingenommenen Teile des rechten Rheinufers befreien. Sobald das neugeordnete Heer sich am

25. November in Bewegung gesetzt hatte, trat auch das Übergewicht der preußischen Waffen wieder hervor. Am 2. Dezember wurde Frankfurt durch einen glücklichen Überfall genommen. Hier schlug Friedrich Wilhelm, noch ungewiß, wie lange er verweilen werde, sein Hauptquartier auf.

Von der Gunst des Königs hatte der junge Sekretär neuerdings einen glänzenden Beweis erhalten. Ihn allein von allen Beamten des Kabinets wählte Friedrich Wilhelm zum Begleiter, als er von Koblenz ins Feld zog. So folgten für Lombard wieder mühevolle Tage des Lagerlebens; erst nach dem Einzug in Frankfurt schien in der großen, reichen Stadt eine Zeit der Ruhe und Erholung bevorzustehen. Aber Lombard wurde des Aufenthaltes nicht froh. Seine Wünsche richteten sich nach Potsdam, nach seinem geliebten Heim. Es ist rührend, wie er schon seit Anfang der Reise die Monate, ja die Tage bis zum Wiedersehen zählt. Mit dem Mißgeschick des Rückzugs wächst die Sehnsucht. Im Oktober hofft er auf das Ende des November, am 7. November auf den Anfang des Dezember; dann schiebt sich der ersehnte Zeitpunkt sogar auf den Schluß des Jahres hinaus. Die Weltgeschicke konnte er nach den letzten Erfolgen wieder heiterer ansehen. In Koblenz hatte ihn die Schlacht von Jemappes (6. November), der Verlust Belgiens, das Umsichgreifen aufrührerischer Gesinnungen am linken und sogar auf dem rechten Rheinufer mit Besorgnis erfüllt. Die Republikaner waren ihm nicht bloß „als lächerliche, sondern auch als gefährliche Narren" erschienen, und er hatte es gerecht gefunden, daß in Berlin zwei Franzosen, Borelly und Chanvier, der eine Mitglied der Akademie, der andere Königlicher Bibliothekar, wegen jakobinischer Reden ihrer Ämter entsetzt und ausgewiesen wurden[1]. In Frankfurt und in Hessen konnte er dagegen mit der Stimmung der Bewohner zufrieden sein. Allerorten wurden die Befreier freudig aufgenommen, ja nicht selten mit bewaffneter Hand unterstützt, und alles sah mit Er-

[1] Die Einzelheiten nach den Akten des Geh. Staatsarchivs in meinem Aufsatz in der Deutschen Revue S. 324.

wartung und Hoffnung dem Feldzug des künftigen Frühlings entgegen. Der König wollte sich selbst nochmals an die Spitze seines Heeres stellen; er entschloß sich, die Reise nach Potsdam aufzugeben und den Winter in Frankfurt zu bleiben. Für Lombard begann nun wieder ein Zeitraum angestrengtester Thätigkeit, vierzehn Tage hatte er die ganze Arbeit allein zu besorgen; französische Diplomatie, deutsche Diplomatie, Privatangelegenheiten, alle Expeditionen des Kabinets lagen ihm auf. Mitte des Monats langten freilich Beyer und Mencken von Koblenz an; aber der erstere, niemals ein starker Arbeiter, wünschte den Dienst zu verlassen und erhielt zunächst, wie auch Mencken, einen Urlaub; beide kehrten zu Ende des Jahres nach Berlin zurück. Lombard nennt sich einen Sklaven, fand jedoch, daß seine Beschäftigung wenigstens lehrreich und interessant sei. Auch war er nicht gesonnen, umsonst zu dienen; in einem Briefe vom 15. Dezember macht er seiner Frau Hoffnung, daß er nach der Rückkehr ihr Leben werde verschönern können, und am 21. Dezember reichte sein Gönner Luccheſini eine Denkschrift zu seinen Gunsten ein. Er meint, Lombard könne, wenn Mencken seinen Urlaub antrete, dessen Arbeit noch übernehmen; es sei jedoch billig, seinen Gehalt von nur 600 Thalern zu verbessern, indem man ihm 1000 Thaler von den 3000 Thalern zulege, die durch Beyers Rücktritt frei würden[1]. Aber die Hoffnung auf solche Vorteile entschädigte nicht für die überlange Trennung von Weib und Kind. In mehr als einem Briefe, besonders am 28. Dezember, als Mencken eben von ihm Abschied genommen hatte, bricht Lombard in einen Strom der zärtlichsten Klagen aus; er faßte sogar den für jene Zeit außerordentlichen Plan, seine Frau nach Frankfurt kommen zu lassen. Indessen arbeitete er weiter, über seine Kräfte; auch die Strapazen des Feldzugs mögen nachträglich ihre Wirkung geäußert haben. Anfangs Februar verfiel er in ein hitziges Fieber, und seine Frau, die, wie es scheint, Ende Januar in

[1] Luccheſinis Denkschrift auszüglich in der Beilage Nr. IV. Vgl. auch Lombards Brief an Laspeyres vom 26. Dezember 1792, Beilage Nr. V.

Frankfurt angelangt war, mußte statt der erwarteten Vergnügungen die Pflege des Kranken übernehmen[1]. Noch im Fieber liegend, entwickelt er in einem Schreiben an Luccheſini den Plan, wie man nach dem Vorbilde der Öſterreicher auch in Berlin eine freiwillige Beiſteuer zum Kriege anregen könne. Die franzöſiſche Kolonie werde, ſchon um den Verdacht einer Hinneigung zu Frankreich abzuweiſen, ſich eifrig beteiligen; ſei nur einmal ein kleiner Bach gegraben, ſo würden bald Ströme Goldes nach Frankfurt fließen. Danach war die Frage wohl am Platze, ob dem Marquis dieſe Idee als ausführbar oder als Fieberphantaſie erſcheine[2].

Nur langſam erholte ſich der Kranke. Mittlerweile rückte die Zeit heran, wo der Feldzug wieder beginnen ſollte. „Morgen", heißt es in einem Briefe vom 21. März an Laspeyres, „brechen wir auf, um das geräuſchvolle Lagerleben wieder anzufangen. Wenn ich mit einem faſt ganz entkräfteten Körper die Anſtrengungen, die es mir auferlegt, überwinde, ſo verdanke ich es nur der Güte des Königs, der ſich endlich entſchloſſen hat, Herrn Coulon — einen jüngeren Kollegen, den Lombard ſchon früher als Beiſtand erbitten wollte — hieher kommen zu laſſen." Lombards Briefe an ſeine Frau ſind leider aus dieſer Zeit nicht erhalten, an Laspeyres ſchreibt er nur weniges von Bedeutung[3]. Er begleitete den König in das Lager vor Mainz und nach Einnahme der Feſtung weiter in den Feldzug. Im Laufe des Sommers erkaltete der Eifer für den Krieg gegen Frankreich;

[1] Lombard an Laspeyres, 10. Februar 1793: La pauvre voyageuse a vu ses espérances bien déçues, et fait ici la garde — malade au lieu du plaisir, qu'elle se promettait de son séjour. Preuß. St.-A.

[2] Lombard an Luccheſini, 4. Februar 1793: Lombard wird an den père Erman ſchreiben, dem jeder in der Kolonie Achtung zollt. Son fils, professeur à l'académie des nobles, jeune homme du mérite le plus distingué, d'un caractère bouillant mais sage, courira, prêchera, échauffera les têtes des jeunes. Preuß. St.-A.

[3] Briefe an Laspeyres: Bodenheim 16. Juni, Marienborn 27. Juni, Marienborn 14. Juli, Dürkheim 12. Auguſt, Edenkoben 5. September; ein letzter Brief ohne Datum ſtellt die Rückkehr im November in Ausſicht. Preuß. St.-A.

mehr und mehr trat die Sorge für die polnischen Provinzen, die man im Januar besetzt hatte, aber erst am 25. September dem Reichstag zu Grodno abzwingen konnte, in den Vordergrund. Am 29. September verließ der König die Armee, mit ihm mag auch sein Sekretär gegen den 8. November in Berlin wieder eingetroffen sein.

Was Lombard in den nächsten Jahren erlebte, ist nur unvollständig bekannt. Obgleich er sich später gewiß nicht mit Unrecht als „demi-favori" Friedrich Wilhelms II. bezeichnet, blieb er doch während dessen Regierung in der bescheidenen Stellung eines Kabinetssekretärs, ohne in den diplomatischen Korrespondenzen selbständig hervorzutreten. Von den großen Schenkungen, welche den Günstlingen des Hofes aus der polnischen Beute zufielen, ist nichts an ihn gekommen. Sein Gehalt von 600 Thalern erscheint im Vergleich zu seiner Arbeit im Jahre 1792 unverhältnismäßig gering, und man muß zweifeln, ob es auf Luccheſinis Empfehlung erhöht wurde, da Beyers Entlassung zunächst noch nicht erfolgte.

In seinem Privatleben war das bedeutendste Ereignis, daß ihm am 23. Dezember 1796 ein zweiter Sohn geboren wurde, der den Namen Eduard erhielt. Schon in Lombards Jugendbriefen tritt die Sorge für Mutter und Geschwister als eine Herzenssache hervor. Sein ältester Bruder Adolf Ludwig bedurfte seines Beistandes nicht, er war zu Anfang der neunziger Jahre in Lissabon, seit 1798 in Kopenhagen Gesandtschaftssekretär[1]. Der zweite Bruder Albert machte durch seine Aufführung der Familie vielen Kummer und verschwindet bald. Peter, der Jüngstgeborene, war Lombards Liebling. Schon im Alter von 21 Jahren — am 6. Oktober 1796 — wurde er auf des Bruders und, wie es scheint, auch Luccheſinis Empfehlung Kanzleisekretär im Ministerium des Auswärtigen und bald vom Grafen Haugwitz in auffallender Weise bevor-

[1] Handbuch über den Königl. Preußischen Hof und Staat. Berlin bei G. Decker. 1797 S. 47, 1798 S. 46.

zugt[1]. Er war ein schöner, früh entwickelter junger Mann, der gern mit der Litteratur, auch wohl mit Versemachen sich beschäftigte; seine gesellschaftlichen Talente mögen nicht wenig beigetragen haben, ihm die Gunst des Grafen zu erwerben. Sie brachten ihn auch zu einer hochstehenden Dame in ein eigentümliches Verhältnis. Die bekannte Schriftstellerin Frau von Genlis, die Erzieherin der Prinzessinnen von Orleans, hatte nicht lange vor der Hinrichtung des Herzogs Frankreich verlassen und nach manchen Irrfahrten im Jahre 1796 in Berlin in der Erziehungsanstalt des Fräulein Bocquet ihren Aufenthalt genommen[2]. Da die Besitzerin mit Erman, Ancillon, Reclam, Mayet und den meisten angesehenen Familien der „Kolonie" in Verbindung stand, so fehlte es auch der geistvollen Französin nicht an anregendem Verkehr. Ihre eigenen Landsleute, die Emigranten, suchten sie dagegen zu verdächtigen; Friedrich Wilhelm soll geäußert haben, er würde Frau von Genlis nie aus seiner Bibliothek verbannen, aber auch niemals in seinen Staaten dulden. Eines Tages wurde sie durch einen Polizeiagenten überrascht, der den Auftrag hatte, sie nach Ablauf von zwei Stunden an die preußische Grenze zu begleiten. Erst im Herbst 1797, nach dem Regierungswechsel, konnte sie aus Hamburg wieder in die Pension des Fräulein Bocquet zurückkehren[3]. Des Vermögens gänzlich beraubt, suchte sie ihren

[1] Am 7. Februar 1797 erfolgt der Beschluß, daß er im Bureau des Kabinetsministeriums mitarbeiten solle. Unter den dahin gehörigen Beamten nennt ihn als Geheimen Sekretär das Staatshandbuch für 1798 S. 44. In einer auf dem Staatsarchiv befindlichen tabellarischen Übersicht der Beamten des Kabinetsministeriums, etwa aus dem Jahre 1798, wird er mit einem Gehalte von 780 Thalern aufgeführt.

[2] Mémoires de Mme. de Genlis. Bruxelles 1825. IV 170, 272, 278, 297.

[3] Mémoires IV 305, 307, 341. Daß die Ausweisung, wie sie erzählt, wegen angeblicher Verbindung mit dem französischen Gesandten Sieyès geschehen sei, ist unmöglich, weil Sieyès erst am 20. Juni 1798 nach Berlin kam. Wenn aber der von ihr (IV 308) erwähnte Nachbar Parandier, welcher ihr zur Reise einen Wagen lieh, der berüchtigte französische Agent war, der dem preußischen Ministerium so vielen Verdruß machte, so mögen

Unterhalt durch litterarische Arbeiten und französischen Sprachunterricht zu gewinnen; zu ihren eifrigsten Schülern gehörte Peter Lombard. „Er war von hübschem Äußern", erzählt sie in ihren Denkwürdigkeiten, „hatte eine leidenschaftliche Neigung für Künste und Litteratur, viele angenehme Talente, eine richtige und feine Auffassung und große Anlagen, gut französisch zu schreiben. Die Kenntnis meiner Schriften hatte ihn in solchem Grade für mich eingenommen, daß es mich schon bei den ersten Unterrichtsstunden in Verlegenheit setzte, um so mehr, als ich mir nichts merken lassen wollte. Seine Verwirrung und Aufregung nahmen mit jedem Tage zu; um die Natur seiner Gefühle zu ändern, sagte ich ihm, scheinbar ohne Absicht, ich könnte sehr wohl seine Großmutter sein, da ich 54 Jahre zählte. Er geriet vor Erstaunen ganz außer sich, denn ich sah viel jünger aus, und er hatte mir höchstens 40 bis 42 Jahre gegeben; aber er rechnete mir mein vorgerücktes Alter zum Verdienste an und behauptete, mein jugendliches Aussehen mache mich erst recht zu einem Wesen, das auf der Welt nicht seinesgleichen habe[1]." Sie schildert weiter, wie sie durch Lombards Liebesbriefe, die sie als Stilprobe korrigiert habe, belästigt worden sei; er selber stellt in späterer Zeit sein Verhältnis als ein rein kindliches dar. Sicher ist, daß es Jahre hindurch das freundlichste blieb. Auf einem Liebhabertheater, welches Stücke der Frau von Genlis zur Aufführung brachte und dem zuweilen auch Iffland und königliche Prinzen beiwohnten, zeichnete sich Lombard durch sein Talent auf das angenehmste aus; seine Gönnerin übte ihm selbst die Rollen ein. Sie nennt ihn unter den Personen, welche ihr durch treue Freundschaft die Leiden des Exils versüßten, und erzählt, wie es scheint, nicht ohne Befriedigung, er habe, als sie unter dem Konsulat nach Paris zurückkehren durfte, vor Kummer die Gelbsucht bekommen[2].

die Verdächtigungen nicht so unbegründet gewesen sein, wie Frau v. Genlis sie darzustellen sucht. Vgl. über Parandier meine „Diplomatischen Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution". Bonn 1868. I 298.

[1] Mémoires de Madame de Genlis V 46, 47.

[2] Mémoires IV 206; V 60 fg., 66.

Auch seinem älteren Bruder hat man Beziehungen zu einer vielgenannten Frau zugeschrieben, und zwar Beziehungen, die ihm nicht zur Ehre gereichen würden. Lombard soll der Gräfin Lichtenau nahe gestanden und in dem ihr huldigenden Kreise sich Genüssen hingegeben haben, die seine Gesundheit zerrütteten, seine geistigen Fähigkeiten abstumpften und die Kraft seines Willens schwächten. Dieser Behauptung widerspricht aber die Gräfin ausdrücklich, wenn sie in ihren Erinnerungen erzählt, sie sei Lombard während ihres ganzen Lebens nur ein einziges Mal im Hause des Grafen Haugwitz begegnet[1]. Dadurch wird freilich nicht bewiesen, und nach anderen Zeugnissen ist es nicht einmal wahrscheinlich, daß er den Verlockungen des Berliner Lebens jederzeit widerstanden habe. Aber wenn man bemerkt, daß von den späteren Schmähungen ein beträchtlicher Teil augenscheinlich unwahr, ja der gerade Gegensatz der Wahrheit ist, so muß auch das übrige, welches wenigstens an dem Mangel leidet, nicht bewiesen zu sein, in zweifelhaftem Lichte erscheinen. Lombards Leben und Handeln wurde bald darauf einer strengen Prüfung unterzogen, und daß sie nicht zu seinen Ungunsten ausfiel, fällt zu seinen Gunsten schwer in die Wagschale.

[1] Vgl. die „Apologie der Gräfin Lichtenau gegen die Beschuldigung mehrerer Schriftsteller, von ihr selbst entworfen". Leipzig und Gera 1808. S. 30. Der eigentliche Herausgeber war nach dem Zeugnis Manso's, „Geschichte des Preußischen Staates", Frankfurt a. M. 1819, I 134, der Prorektor Schummel in Breslau. — Unter den noch jetzt auf dem Geh. Staatsarchiv bewahrten Papieren der Gräfin Lichtenau, welche 1797 in Beschlag genommen wurden, befindet sich kein einziges Schriftstück Lombards.

Drittes Kapitel.

Die Kabinetsregierung in Preußen.

I.

Am 16. November 1797 erlag Friedrich Wilhelm II., erſt 53 Jahre alt, der Bruſtwaſſerſucht. Ein junger Fürſt von 27 Jahren, beinahe das Gegenteil ſeines Vaters, folgte ihm in der Regierung. Sparſamkeit, Sittenſtrenge, Häuslichkeit waren die hervorſtehenden Eigenſchaften ſeines Charakters. Man mußte in den Grundſätzen der Regierung und noch mehr in der perſönlichen Umgebung des Monarchen eine durchgreifende Veränderung erwarten. In der That richtete ſich die ausgeſprochene Ungnade des neuen Königs gegen die bevorzugten Günſtlinge ſeines Vorgängers. Wöllner und Biſchoffwerder traten alsbald vom politiſchen Schauplatz zurück; die Gräfin Lichtenau wurde der Güter, mit denen ſie ſo freigebig beſchenkt war, ja ſogar der Freiheit beraubt, und alles, was mit ihr in Verbindung geſtanden hatte, ungnädig angeſehen. Auch Lombards Stellung war bedroht. Aber die Gefahr ging vorüber; er blieb mit Ehren in ſeinem Amte, und ſeine politiſche Bedeutung ſteigerte ſich in einem Maße, daß die Geſchichte ihn von nun an nicht mehr außer acht laſſen darf. Um dieſe veränderte Stellung ſich deutlich zu veranſchaulichen, wird es nötig, auf

die Institution, mit welcher Lombards Name unauflöslich verbunden ist, und auf die Entwickelung der Kabinetsregierung in Preußen einen Blick zu werfen.

Als aus dem einfachen Geschäftsbetriebe des Mittelalters im sechzehnten Jahrhundert ein eigentliches Beamtentum sich entwickelt hatte, als die Kanzlei und der Geheime Rat zu ständigen, obersten Regierungsbehörden geworden waren, blieb für den Landesherrn doch das Bedürfnis bestehen, persönliche Angelegenheiten durch besondere Sekretäre zu erledigen. Immer gab es zudem Verhandlungen wichtiger und vertraulicher Art, besonders bei Fragen der äußeren Politik, welche raschen Entschluß und Geheimhaltung erforderten, also nicht dem gewöhnlichen Geschäftsgange einer größeren Versammlung sich unterwerfen ließen. In der ältesten Geheimen-Rats-Ordnung vom 13. Dezember 1604 behält der Kurfürst Joachim Friedrich die Behandlungsart der einzelnen in Frage kommenden Angelegenheiten seinem eigenen Ermessen vor. Alle an den Kurfürsten gerichteten Briefe sollen von dem Botenmeister dem Kammersekretär, von diesem uneröffnet dem Kurfürsten übergeben werden. Der Kurfürst wird sie selbst lesen und entweder sogleich eine Entscheidung treffen oder mit einzelnen Räten, die er zu sich kommen läßt, sich benehmen oder die Sache zu kollegialischer Behandlung in den Geheimen Rat schicken[1]. Dieses Verfahren wird im wesentlichen auch in der Geheimen-Rats-Ordnung Friedrich Wilhelms vom 4. Dezember 1651 beibehalten[2]. Der Kurfürst behandelte die auswärtige Politik meistens selbständig, wenn er auch einzelne wichtige Fragen oder Berichte der Ge-

[1] Isaacsohn, Geschichte des preußischen Beamtentums. Berlin 1878. II 26. Klaproth und Cosmar, Der Königl. Preußische und Churfürstlich Brandenburgische Wirklich Geheime Staats-Rath, Berlin 1805, S. 308.

[2] Isaacsohn a. a. O. II 360. Der Kurfürst wird „die einkommenden Posten in seinem Cabinet eröffnen, den einen oder anderen seiner Räte zu sich fordern und dann einem jeden das, was zu seiner Expedition gehört, einhändigen".

ſandtſchaften im Geheimen Rate erörtern ließ. Die Bedeutung dieſer Thätigkeit aus dem Kabinet nahm wieder ab, als ſein Nachfolger, Friedrich III., als König Friedrich I., die Leitung der Geſchäfte vornehmlich den Händen eines erſten Miniſters überließ; aber ſie führte zu einer ſtändigen Inſtitution mit ausgedehntem Wirkungskreis unter Friedrich Wilhelm I. Dieſer König iſt bekanntlich der Begründer des preußiſchen Beamtenweſens; was er ins Leben rief, hat beinahe ein Jahrhundert gedauert. Während er die Miniſterien der inneren Verwaltung und der Finanzen (1723) in einem Generaldirektorium vereinigte und neben ihnen das Militärweſen ſowie die Miniſterien für Juſtiz und auswärtige Angelegenheiten als geſonderte Verwaltungszweige beſtehen ließ, behielt er doch durchaus ſich ſelbſt die höchſte einheitliche Leitung vor in einem Maße, wie es in keinem Staate Europas damals geſchah und nur in einem Staate von beſchränktem Umfange geſchehen konnte. Der König beſtimmte nicht bloß die Grundſätze, nach denen verfahren werden ſollte, er griff überall ſelbſt ein. Die preußiſchen Miniſter waren gar nicht das, was man in anderen Staaten mit dieſem Namen bezeichnete, nämlich ſelbſt leitende Perſonen, die nur der königlichen Autorität für ihre Amtshandlungen bedurften; ſie waren Abteilungsdirigenten, in allem Weſentlichen von höherer Aufſicht und Anregung abhängig. Für den ununterbrochenen Verkehr mit den Behörden, für die zahlreichen Beſcheide oder Befehle, die er aus eigenem Antriebe an Privatperſonen erließ, brauchte aber der König eine kurze, bequeme Form. Die bis dahin üblichen feierlichen Kanzleiſchreiben, welche, ſtets von einem Staatsſekretär oder Miniſter kontraſigniert, den Monarchen im Plural der Majeſtät von ſich reden ließen, konnten dafür nicht gebraucht werden; an ihre Stelle trat die einfache Form eines Handſchreibens, welches ohne weitläufige Titulaturen allein von dem Könige unterzeichnet wurde. Vordem diente dieſe Form nur im Verkehr mit hohen Perſonen oder mit Ausländern; aber ſchon in den erſten Jahren Friedrich Wilhelms I. wird ſie auch bei Reſkripten, d. h. königlichen Ver-

fügungen an Behörden oder Privatperſonen üblich[1]. Es kam dahin, daß der König der wahre, allgemeine Miniſter des Staates wurde. Nur der Juſtiz war für ihre Thätigkeit freierer Spielraum gelaſſen und den Miniſtern für die auswärtigen Angelegenheiten ein dauernder Meinungsaustauſch mit dem Könige vergönnt. Friedrich Wilhelm I. hatte das Miniſterium des Auswärtigen mit großer Sorgfalt neu begründet und hier, wie in den übrigen Miniſterien, die Kollegialität eingeführt. Statt eines einzigen finden wir in den zwanziger Jahren drei Miniſter des Auswärtigen, von denen freilich der erſte, Ilgen, die beiden anderen, Printzen und Knyphauſen, an Einfluß bei weitem überragte. Er war es auch, der nach 55jährigem Staatsdienſt im Herbſt 1728 ſeinem Herrn für eine neue Organiſation des Miniſteriums und die Beſetzung der Stellen Vorſchläge unterbreitete, die Friedrich Wilhelm am 8. Dezember, zwei Tage nach dem Tode ſeines „habilen, allten, treuen Brandenburger Vatters", zur Ausführung brachte[2]. Da der König ſich über politiſche Angelegenheiten kein ſo entſcheidendes Urteil wie bezüglich der inneren zutraute, pflegte er mit den Miniſtern des „Departements der auswärtigen affairen" häufiger als mit den übrigen perſönlich zu verhandeln. Er beſchied ſie regelmäßig in ſein Kabinet; deshalb erhielten ſie den Namen Kabinetsminiſter im Unterſchiede von den übrigen, denen das königliche

[1] Genaueres enthält der wertvolle Aufſatz von M. Lehmann, „Der Urſprung des preußiſchen Kabinets", Hiſtor. Zeitſchr. LXIII 266. Die erſte nachweisbare Kabinetsordre iſt vom 3. Februar 1716 datiert. Eingehende Unterſuchungen über Entſtehung und Wirkſamkeit des Kabinets unter Friedrich Wilhelm I. haben wir von Herrn Dr. Otto Krauske in der Publikation der Acta Borussica zu erwarten. Die Reihenfolge der im Kabinet bis zu ſeiner Veränderung im Jahre 1808 thätigen Beamten denke ich, ſoweit ſie ſich herſtellen läßt, demnächſt in den „Forſchungen zur Brandenburgiſchen und Preußiſchen Geſchichte" zu veröffentlichen.

[2] Reinhold Koſer, „Die Gründung des Auswärtigen Amtes durch König Friedrich Wilhelm I. im Jahre 1728", in den „Forſchungen zur Brandenburgiſchen und Preußiſchen Geſchichte", II 168, Leipzig 1889.

Gemach sich nur selten öffnete. Denn meistens forderte der König schriftliche Berichte und gab auf dem Rande derselben oder durch besondere Kabinetsordre seinen Willen kund. Aber die geistige und körperliche Kraft des höchstbegabten Menschen hätte nicht ausgereicht, die Menge der Arbeiten, insbesondere der eingegangenen und abzusendenden Schriften mit eigenen Augen und Händen zu bewältigen. Der König brauchte Kabinetssekretäre, und als solche werden ausgezeichnete, später an höchster Stelle wirksame Männer, wie Creutz, — jedoch nur vom 25. Februar bis 4. März 1713 — Marschall, Boden genannt, denen nach Bedürfnis ein untergeordneter Kanzlist zur Hand gehen mochte. Unter Friedrich dem Großen blieb die frühere Einrichtung bestehen. Ja, bei dem Charakter, bei den Fähigkeiten des Monarchen wurde der Schwerpunkt der Verwaltung noch ausschließlicher als früher in das Kabinet verlegt. Mit dem Generaldirektorium verkehrte der König in der Regel schriftlich; nur einmal jährlich, im Juni, zu Anfang des Etatsjahres, hielt er mit sämtlichen Ministern eine Zusammenkunft, in welcher die Einnahmen und Ausgaben festgestellt, die wichtigsten Vorfälle aus dem vergangenen Jahre und die Pläne für das künftige erörtert wurden[1]. Selbst die Minister der auswärtigen Angelegenheiten wurden nur nach längeren Zwischenräumen und niemals alle gleichzeitig zum Könige beschieden; lediglich im Vergleich mit den übrigen behielt der Name eines Kabinetsministers noch immer seine Bedeutung.

Bei dem Tode Friedrich Wilhelms I. zählte das „Departement" sechs höhere Beamte, drei Minister: Graf Adrian Bernhard von Borck, Heinrich von Podewils und Wilhelm Heinrich von Thulemeier, und drei Geheime Räte: Weinreich, von Ilgen und Bockerodt, der letzte durch Scharfsinn, Geschäftserfahrung und schriftstellerisches Talent unter seinen Kollegen in eben dem Maße wie Podewils unter

[1] Die Beschreibung einer solchen „Ministerrevue" vom 1. Juni 1770 bei J. D. E. Preuß, Friedrich der Große. I 381. Berlin 1832.

den Ministern hervorragend. Thulemeier lebte nur bis zum 4. August 1740, der alte Graf von Borck bis zum 25. Mai 1741. Er wurde ersetzt durch Kaspar Wilhelm von Borcke, während ein Geheimer Rat, Duhan du Jandun, an Thulemeiers Stelle trat. Auch Borcke starb schon am 8. März 1747 und sein Nachfolger, der Freiherr Axel von Mardefeld, am 7. Dezember des nächsten Jahres [1]. Um so länger dauerte die Wirksamkeit des Grafen von Finckenstein, der am 2. Juni 1749, erst 35jährig, aber schon zu Hause und in der Fremde bewährt, in das Ministerium berufen wurde. Fünfzig Jahre, bis zum 3. Januar 1800, ist er im Amte geblieben, immer geistesfrisch, geehrt und geliebt von allen, die zu ihm in Beziehung traten. Als Podewils am 29. Juli 1760 gestorben war, stand der Graf sogar mehrere Jahre allein an der Spitze des Ministeriums, bis er am 5. April 1763 in Hertzberg einen Kollegen erhielt, dessen Thätigkeit bis in die folgende Regierung sich erstreckte. Der König schenkte Podewils, Finckenstein und Hertzberg volles Vertrauen; mit Finckenstein war er zudem durch Jugendfreundschaft verbunden. Aber die Verhandlungsweise blieb auch mit diesen die schriftliche und die Wirksamkeit der Minister dem Könige gegenüber durchaus eine untergeordnete. Es kam vor, daß sie von wichtigen Verhandlungen gar nichts erfuhren. Sie besorgten die Staatsschriften, traten mit den fremden, in Berlin weilenden Gesandten in Verkehr und führten sie, wenn die Geschäfte es verlangten, dem Könige zu [2]. Mit den preußischen Gesandten im

[1] Koser, Preußische Staatsschriften aus der Regierungszeit König Friedrichs II. Berlin 1877. I S. XXI fg., XXV ff., und Die Gründung des Auswärtigen Amtes S. 175.

[2] Ein anschauliches Bild dieses Verkehrs giebt die von Ernst Herrmann veröffentlichte Korrespondenz Friedrichs II. mit dem Grafen Solms, preußischen Gesandten in Petersburg während der Jahre 1763—1772, in der großen Sammlung der Russischen historischen Gesellschaft, Band XXII u. XXXVII, Petersburg 1878 u. 1883. Solms richtet seine Briefe mit wenigen Ausnahmen direkt an den König. Der König antwortet selbst oder läßt Finckenstein und Hertzberg in seinem Namen — ad contrasignandum — antworten und unterzeichnet mit ihnen. Nur selten schreiben und unterschreiben die Minister auf Befehl des Königs — ad mandatum — im eige-

Auslande korrespondierte Friedrich selbst, oder er ließ die Minister in seinem Namen nach seinen Anweisungen korrespondieren; nur ausnahmsweise gab er minder wichtige Angelegenheiten ihrem Gutbefinden anheim. Schon am 16. Juni 1741 wurde den Gesandtschaften vorgeschrieben, bei Widersprüchen zwischen den durch das Ministerium ihnen zugehenden königlichen Erlassen und den königlichen Kabinetsordres die letzteren zu befolgen. Meistens erhielten die Minister nur durch vertrauliche Schreiben eines Kabinetsbeamten von den Kabinetserlassen des Königs Kenntnis. Erst später, unter den folgenden Regierungen, wurde es Regel, daß man von diesen Kabinetserlassen und ebenso von den Depeschen, welche die Gesandten unmittelbar an den König richteten, für das Departement ein — nicht immer gleichlautendes oder vollständiges — Duplikat anfertigte[1].

Mittelpunkt des Ganzen blieb demnach unter Friedrich II. das Kabinet. Bei seiner Thronbesteigung fand der König drei Hauptbeamte, die Geheimen Räte Elias Schumacher, August Friedrich Eichel und Julius Gebhard Lautensack, den ersten vorzugsweise mit den politischen, den zweiten mit den militärischen, den dritten mit den Angelegenheiten der inneren Verwaltung betraut. Schumacher konnte aber nicht die volle Zufriedenheit des jungen Herrschers gewinnen; seit dem Juni 1741 bis zu seinem am 7. Oktober 1747 erfolgten Tode[2] kommt sein Name in den Akten der auswärtigen Politik nur selten noch zum Vorschein. Es ist Eichel, der, wie er zehn Jahre das Vertrauen Friedrich Wilhelms I. besessen hatte, auch bei Friedrich II. zu immer größerem Ansehen gelangte. Mehr und mehr vereinigte er alle Geschäfte des Kabinets in seiner Hand; nur für die eigentlich militärischen Angelegenheiten pflegte der König seine Generaladjutanten und das Generalauditoriat heranzuziehen. Mit unermüdlichem Eifer, mit unerschütterlicher Treue

nen Namen und noch seltener ganz selbständig. Von persönlichen Zusammenkünften mit dem Könige, allein oder in Begleitung eines fremden Gesandten, ist zuweilen, aber nicht häufig die Rede, z. B. XXXVII 505.

[1] Koser, Gründung des Auswärtigen Amtes S. 194.

[2] Koser, Preußische Staatsschriften I S. XVIII.

und Gewissenhaftigkeit stand Eichel seinem Amte vor, den fremden Gesandten unzugänglich, auch den Ministern gegenüber, wenn die Pflicht es gebot, verschwiegen, ein bescheidener, unterwürfiger Diener seines Herrn, aber doch nicht in dem Maße, daß er auf die höchsten Entscheidungen ohne Einfluß geblieben wäre. In alle wichtigen Verhandlungen, vielleicht mit Ausnahme einer einzigen, wurde er eingeweiht. Seine Arbeitskraft muß in Erstaunen setzen. Bis zum Dezember 1740 hatte er für Abschriften und für den Chifferndienst nur einen einzigen Kanzlisten, dann vorübergehend einen zweiten; erst am 15. August 1744 erhielt er in der Person des Geh. Sekretärs Ludwig Ernst Heinrich Coeper einen ständigen Hülfsarbeiter, und als „dieser rechtschaffene und nie wieder zu ersetzende Mann unter dem beständigen Chiffriren und Dechiffriren fast succombirte“[1], berief man am 11. Juni 1748 den Geh. Sekretär Heusinger als eigenen Dechiffreur. Am 4. Januar 1749 und 5. April 1750 traten noch zwei Geheime Sekretäre, Nölten und Wasserschleben, ein, mußten aber ihre Thätigkeit aufgeben, weil sie, wie es scheint, mit Eichel sich nicht zu stellen vermochten. Dagegen gewann das Kabinet am 21. Oktober 1750 in Theodor Laspeyres einen Arbeiter, der beinahe fünfzig Jahre lang, bis ins höchste Alter, mit ebensoviel Eifer als Geschicklichkeit den oft schweren Pflichten seines Amtes nachkam. Der Einfluß und die geistige Überlegenheit Eichels fielen so sehr ins Gewicht, daß während seines Lebens das Bedürfnis einer eigentlichen Geschäftsordnung gar nicht hervortrat und die Verteilung der Arbeiten wesentlich von seinem Belieben abhing. Um so fühlbarer wurde die Lücke, als er am 3. Februar 1768 zweiundsiebzigjährig starb[2]. Er

[1] Eichel an Podewils, 16. März 1749, bei Koser, Gründung des Auswärtigen Amtes S. 197.

[2] Schon am 5. Februar 1768 schreibt Friedrich seinem Bruder Heinrich: „J'ai perdu le bon vieux Eichel, ancien domestique de mon père, qui, à la vérité, depuis trois ans ne travaillait plus, mais qui cependant tenait l'ordre dans le bureau. Cela m'oblige à prendre de nouveaux arrangements, pour que le secret si nécessaire aux affaires

erhielt keinen Nachfolger, der ihm an Bedeutung nur einigermaßen gleichgekommen wäre[1]; aber schon am 18. Februar erließ der König eine „Dispositiön", welche den mühevollen Chifferndienst zwischen den Geheimen Räten Coeper und Laspeyres und einem neu ernannten Geheimen Sekretär Breton verteilte, die inneren oder Direktorial-Angelegenheiten dem Geheimen Rat Galster übergab und als Beweis besonderen Vertrauens bestimmte, daß die geheimen Ordres für die Armee ausschließlich durch Laspeyres und den in Militär-Finanzsachen beschäftigten Geh. Rat Müller besorgt werden sollten[2]. Da die Zahl der Kabinetsgeschäfte in den folgenden Jahren stetig zunahm, wurde auch die Arbeitsteilung immer genauer durchgeführt und das Kabinet allmählich zu einem Verwaltungsapparat, der als Nachbildung der Ministerien erscheinen konnte, nur daß er ohne jede selbständige Thätigkeit ausschließlich dem unmittelbaren Willen des Monarchen als Werkzeug diente.

Es ist hier nicht der Ort, den Wechsel der Kabinetsbeamten im einzelnen zu verfolgen. Erwähnt sei nur, daß in den letzten Jahren Friedrichs des Großen Anastasius Ludwig Mencken in das Kabinet eintrat, derselbe, der auf den früheren Blättern mehrmals genannt wurde und in der Geschichte des preußischen Beamtentums genannt werden müßte, wenn er auch nicht das Verdienst besäße, Großvater des deutschen Reichskanzlers zu sein. Er wurde am 2. August 1752 zu

---

importantes soit observé à l'avenir comme par le passé." Vgl. Oeuvres de Frédéric le Grand XXVI 310. Berlin 1855.

[1] Gleichwohl fühlte Friedrich II. sich bewogen, in dem berühmten Privattestamente vom 8. Januar 1769 die Kabinetsbeamten seinem Erben mit folgenden Worten zu empfehlen: „Je lui [scil. à mon héritier] recommande mes secrétaires privés, ainsi que tous ceux qui ont travaillé dans mon bureau; ils ont la routine des affaires, et pourront l'éclairer, dans les commencements de son règne, sur bien des choses dont ils ont des connaissances, et que les ministres même ignorent." Vgl. Oeuvres de Frédéric le Grand VI 218. Berlin 1847.

[2] Die Disposition, in einem Auszuge, welchen ich der Güte des Herrn Professors R. Koser verdanke, in der Beilage Nr. VI.

Helmstedt geboren, ein Sprößling der berühmten Gelehrtenfamilie, welcher Deutschland die acta eruditorum verdankt. Nachdem er in Helmstedt und Leipzig die Rechte studiert, dann in Berlin als Hauslehrer bei dem Bürgermeister Troschel ein Jahr verlebt hatte, fand er 1776 durch Hertzbergs Vermittlung Aufnahme in die „Diplomatische Pépinière", d. h. in die nach dem Muster der französischen Académie des nobles 1747 errichtete Pflanzschule für den diplomatischen Dienst. Schon 1777 folgte er als Legationssekretär dem Grafen Nostiz nach Stockholm. Da der Gesandte im September 1779 den Grafen Keller zum Nachfolger erhalten sollte, führte Mencken in der Zwischenzeit die Geschäfte, und es gelang ihm, ein Mißverständnis zwischen Gustav III. und der Königin-Mutter, einer Schwester Friedrichs II., auszugleichen: ein Erfolg, der für sein Leben entscheidend wurde.

Als der Geheime Rat Coeper am 28. Januar 1782 einem Schlagfluß erlegen war, beauftragte Friedrich tags darauf den Minister Finckenstein, ihm einen Kabinetssekretär für den Chifferndienst auszusuchen. Finckenstein bringt am 1. Februar einen Sekretär der geheimen Kanzlei, Hößler, in Vorschlag, fügt aber hinzu, wenn die Sache nicht dringlich sei, würde er Mencken vorziehen. Der König erklärte Eile für unnötig; so wurde Mencken aus Stockholm nach Potsdam beschieden, wo er am 26. März sich dem Könige vorstellte und Briefe der Königin-Mutter wie des Königs von Schweden überreichte. Der alte Fürst empfing ihn auf das freundlichste, setzte in einem längeren Gespräch seine Kenntnisse und zugleich seine Aufrichtigkeit auf die Probe und ermahnte ihn — es war eben der Minister Görne wegen Unterschlagungen verhaftet worden — mit ergreifenden Worten zur Ehrlichkeit. Menckens Person muß dem Könige gefallen haben. Am 28. März erhielt er seine Bestallung und, im Vorzug vor den älteren Kollegen Perrot und Beyer, einen Gehalt von 1500 Thalern, ja bei seiner seltenen Befähigung, sich in französischer wie in deutscher Sprache aus-

zudrücken, wurde ihm neben dem Chifferndienst bald auch der Entwurf von Kabinetsordres und Depeschen anvertraut[1].

Die Art, wie Friedrich der Große in dieser späteren Zeit die Geschäfte behandelte, wird von Personen, die ihm nahe standen, in folgender Weise geschildert[2]. Alle höheren und niederen Behörden, sogar Privatleute jeden Standes hatten das Recht, sich unmittelbar an den König zu wenden; die Zahl der eingehenden Berichte und Briefe war daher sehr beträchtlich. Was in Berlin einging, wurde jeden Abend durch einen Feldjäger nach Potsdam befördert und dem ersten Kabinetsrat übergeben, der es in einem verschlossenen Portefeuille am nächsten Morgen in der Frühe an den König gelangen ließ. Friedrich las die Berichte der Behörden selbst und bemerkte kurz die Entscheidung auf dem Rande; längere Verfügungen wurden einem Kabinetsrat diktiert, zuweilen auch zur Ausarbeitung übertragen. Andere Kabinetsräte hatten indessen die übrigen Briefe geordnet, gelesen und den Inhalt in kurze Auszüge gebracht; sie wurden der Reihe nach in das Kabinet berufen, um die ihnen zugefallenen Sachen vorzutragen. Der König diktierte seine Entscheidung und ließ dieselbe von den Kabinetsräten in die Form einer Kabinetsordre bringen, welche ihm regelmäßig schon am Nachmittag zur Unterschrift vorgelegt wurde. Selten unterblieb auf eine Eingabe die Antwort; regelmäßig erfolgte sie sogleich, wenn auch nicht endgültig, so daß jemand die Zeit des Eintreffens nach dem Laufe der Posten berechnen konnte und in Berlin selten länger als einen Tag sich gedulden mußte. Ununterbrochen, bis zum Sterbetage, blieb dieser Geschäftsgang

---

[1] Das einzelne über Menckens Anstellung in einem besonderen Aktenheft des Geh. Staatsarchivs, Rep. 9, L. 3. 6. Für die Biographie des ausgezeichneten Mannes bildet noch immer ein Artikel in Fr. Schlichtegroll, Nekrolog der Teutschen (Gotha 1802, I 101), die Hauptquelle.

[2] Christian Wilhelm v. Dohm, Denkwürdigkeiten meiner Zeit. Lemgo 1819. IV 110 ff. Ferner Denkschriften Wöllners 1786 und eines Ungenannten 1797 im preuß. Geh. Staatsarchiv und in den Beilagen Nr. VII und IX.

in Thätigkeit; durch nichts ließ der König von der Erfüllung einer Pflicht sich abhalten, die er als eine seiner wichtigsten betrachtete. Die Kabinetsordres zählten denn auch schon in den vierziger Jahren nach Tausenden[1], und man darf in der Folgezeit eher eine Vermehrung als eine Verminderung annehmen.

Gewiß war eine solche Regierungsweise mit Vorteilen verbunden, wenn ein Regent wie Friedrich der Große sie zur Anwendung brachte. Es war die vollkommenste Vereinigung der Staatskräfte in einer Hand Mit allen Unterthanen trat der König selbst in Berührung; in die größten und kleinsten Verhältnisse gewann er Einblick; in Ruhe und Einsamkeit erwog er, was notwendig war, und brauchte von anderen nur gerade soviel Rat anzunehmen, als er selbst für erforderlich hielt. Für die Unterthanen war es eine Beruhigung, daß ihre persönlichen Angelegenheiten an höchster Stelle bekannt wurden, und für die Beamten ein Antrieb zur Arbeitsamkeit und zugleich zur Vorsicht und Unparteilichkeit, daß sie unter den Augen des Monarchen wirkten. Aber daneben traten, selbst als Friedrich noch regierte, die Nachteile schon hervor. Auch dem thätigsten, pflichtgetreuesten Monarchen mußte es hin und wieder an Fähigkeit oder Neigung zur Arbeit fehlen; und das scharfsichtigste Auge sah nicht immer klar in dem Gewirre so vieler und so verschiedenartiger Angelegenheiten. Und indem der König der Berührung mit den verantwortlichen, durch ihr Amt verpflichteten Staatsdienern sich entzog, verstärkte er vielleicht übermäßig den Einfluß anderer Personen, die nicht in gleichem Maße seines Vertrauens würdig waren. Friedrich wählte seine Kabinetsräte — beinahe mit einziger Ausnahme Menckens — aus den bürgerlichen Subalternbeamten und belohnte sie niemals, wie sein Vater, mit dem Adel und höheren Ämtern. Er nannte sie seine Schreiber; bei ihren Vorträgen sollten sie sich jeder Einmischung, jedes eigenen Urteils enthalten. Aber ein geschickter Mann, der den König und die Verhältnisse genau kannte, vermochte gleich-

[1] Vgl. die Angaben bei Preuß a. a. O. I 352.

wohl der Darstellung von Thatsachen unmerklich eine Wendung zu geben, die auf eine gewünschte Entscheidung hinwirkte; er konnte eine günstige Stimmung erwecken und benutzen, wenn er eine Sache wieder in Anregung bringen wollte, und bei der Ausarbeitung der Kabinetsbefehle die für seine Ansicht vorteilhaftesten Ausdrücke wählen. Höchstens lief er Gefahr, daß der König, wenn er sich nicht befriedigt fühlte, ihm eine andere Redaktion zur Pflicht machte. Daß dem Kabinetsrat Eichel kein Minister an Bedeutung gleichkomme, haben fremde Diplomaten zu wiederholten Malen ausgesprochen[1]. Ihm vor allem schrieb man die Erhebung seines Freundes Jariges zum Großkanzler zu, und der Tochter dieses Freundes konnte er ein bedeutendes Vermögen hinterlassen. Eichel ist allerdings mit einem besonderen Maßstab zu messen, aber auch die späteren Kabinetsräte waren bedeutend genug, daß die Minister bestrebt sein mußten, ein freundliches Verhältnis mit ihnen zu unterhalten. Daß der König oftmals getäuscht worden sei, ist nicht anzunehmen; aber im Jahre 1774 fand er sich doch veranlaßt, den Geheimen Rat Galster wegen mißbrauchten Vertrauens und grober Täuschungen auf die Festung zu schicken[2]. Das Übelste war, daß die scheinbare Konzentration aller Staatskräfte noch keineswegs verbürgte, daß diese Kräfte auch in richtigem Verhältnis zu gemeinsamer Wirksamkeit sich vereinigen würden. Der König, durch die Überzahl unwichtiger Einzelheiten belästigt und auf den schriftlichen Verkehr mit den einzelnen Behörden angewiesen, gelangte nur mit Mühe zu einem allgemeinen Überblick, der ihm gestattete, eine Maßregel in ihren vielseitigen Wirkungen zu beurteilen. Denn jeder Staatsbeamte stellte begreiflicherweise die Sachen nur von seinem eigenen Gesichtspunkt, zum Vorteil seines eigenen Verwaltungszweiges dar, und wenngleich nicht selten auch die Vorsteher der anderen Departements, auf welche eine Sache einwirken konnte, befragt wurden,

[1] Koser, Preußische Staatsschriften I S. XIX.

[2] Vgl. Preuß a. a. O. I 350 und zu Gunsten Galsters IV 475; Dohm a. a. O. IV 119.

so konnten doch Gründe und Gegengründe nicht mit der Sicherheit gegeneinander abgewogen werden, wie es in einem vereinigten Rate möglich gewesen wäre.

Aus allen diesen Gründen schöpfte Dohm, einer der einsichtsvollsten Beurteiler Friedrichs II., die Überzeugung, die vorteilhafteste Art zu regieren bestehe darin, daß der Regent allgemeine Vorschriften mit Zuziehung eines Staatsrates erlasse, die Behörden in ihrer Thätigkeit nicht zu sehr beschränke, aber unter genauer Aufsicht halte und den Beschwerden der einzelnen immer zugänglich sei[1].

II.

Ähnliche Betrachtungen über die Mängel der Kabinetsregierung mögen auch in der Umgebung des Thronfolgers nicht selten laut geworden sein. Man weiß, daß Friedrich Wilhelm II. mit den Verwaltungsgrundsätzen seines Vorgängers nicht übereinstimmte und schon als „Prinz von Preußen" wesentliche Veränderungen in Aussicht nahm. Von seinem Vertrauten und Günstling Johann Christoph Wöllner ließ er sich in den Jahren 1784—1786 eine Reihe von Vorträgen über wichtige Fragen des Staatslebens halten und schriftlich aufzeichnen. Einer von diesen mit dem Datum des 28. April 1786 ergeht sich ausführlich über die Art, wie Friedrich aus seinem Kabinet die Geschäfte leitete[2]; Wöllner hat aber seine Bemerkungen noch einmal meistens wörtlich in einem Schreiben zusammengestellt, das er ungefähr um dieselbe Zeit an einen „liebsten Freund", wahrscheinlich den Obersten v. Bischoffwerder, richtete[3]. So wie die Regierungs-

[1] Dohm a. a. O. IV 132.

[2] Preuß, Zur Beurteilung des Staatsministers v. Wöllner, Zeitschr. für preuß. Geschichte und Landeskunde II 600. Berlin 1865.

[3] Das Promemoria findet sich im Geh. Staatsarchiv, Rep. 96, 208 C. Acta des Kabinets Friedrich Wilhelms II., und auszüglich in der Beilage Nr. VII. Es ist undatiert, aber noch zu Lebzeiten des Geh. Rats Stelter geschrieben, der am 29. Mai 1786, inmitten eines Vortrages beim Könige,

gewalt in Preußen, besonders unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen, sich entwickelt hatte, konnte es nicht leicht jemand in den Sinn kommen, dem Thronfolger eine andere Regierung vorzuschlagen als die persönliche aus dem Kabinet. Aber Wöllner glaubte, daß der Geschäftsgang sich wesentlich verbessern ließe. Zur Vollkommenheit des Kabinets rechnet er vier Stücke: tiefste Verschwiegenheit, vollständige Kenntnisnahme aller Sachen seitens des Landesherrn, Aufhören aller Protektion seitens der Kabinetsräte und Simplifizierung der Arbeit. Verschwiegenheit soll der König unter Androhung höchster Ungnade gleich bei der Beeidigung den Kabinetsbeamten anempfehlen; jeder Kabinetsrat haftet für seinen Sekretär. Vergehungen sind durch Kassation, Festung oder noch schwerere Strafen zu ahnden. Die Expeditionen dürfen nicht zu Hause, sondern nur im Schlosse in dem Zimmer vorgenommen werden, zu welchem der älteste Kabinetsrat den Schlüssel hat. „Dies ist in der That ein Hauptpunkt", setzt Wöllner hinzu, „denn sonsten sind wenigstens in Partikülier-Angelegenheiten alle Nachrichten vor die Gebühren zu haben; und ich weiß selbst bei Eichels Zeiten einige Fälle, wo man in Berlin des Morgens schon Abschriften von Kabinetsordres erhielt, die den Abend erst mit dem Jäger von Potsdam ankamen." Auch für die Gegenwart spricht er, „ohne den Denunzianten machen zu wollen", mancherlei Befürchtungen aus. Noch heftiger werden seine Ausfälle, wenn er von dem zweiten Punkte, nämlich von der Notwendigkeit redet, daß dem Landesherrn von den eingehenden Briefen nichts unterschlagen werde. „Der verstorbene Kabinetsrat Eichel", schreibt er, „war in diesem Stück ein sehr dreister und gefährlicher Mann. Er hatte viel Kopf und Talente und eine große Kenntnis der Staatsangelegenheiten und der jedesmaligen geheimen Triebfedern in den Kabineten der auswärtigen Höfe. Seine

vom Schlage tödlich getroffen wurde. Vgl. R. Koser, Die letzten Tage Friedrichs des Großen, Deutsche Rundschau 1886 XLVIII 199; ebenda S. 202 auch die letzten Kabinetsbescheide und die letzte Depesche, die der König noch am 15. August diktierte und mit zitternder Hand unterzeichnete.

Emissarien waren allenthalben, die der König damals gern bezahlte. Er hatte oft die wichtigsten Nachrichten, davon unsere eigene Gesandten und das auswärtige Departement nichts wußten. Sein durchdringender Blick umfaßte und durchforschte alles, und der König war stets durch ihn von allem zu rechter Zeit avertieret Das war seine gute Seite. Natürlicherweise mußte der König einen so nützlichen Mann schätzen und lieben und ihm sein Vertrauen schenken. Dies Vertrauen mißbrauchte er nie im großen, aber desto mehr im kleinen zu seinen Privatabsichten." Sein Herz, meint Wöllner, taugte nichts, er war ein höchst unmoralischer Mensch; er besaß nämlich einen unersättlichen Stolz, und diesem Götzen opferte er alles auf. „Bloß aus Stolz refüsierte er an Hertzbergs Stelle Minister bei dem auswärtigen Departement zu werden, denn es war ihm angenehmer, alle anderen Minister vor sich kriechen zu sehen als selbst Minister zu sein. Seine Kollegen im Kabinet beherrschte er despotisch und war über seine Autorität so eifersüchtig, um bei dem mindesten Anschein, daß der König zu diesem oder jenem im Kabinet auch ein Zutrauen hatte, sogleich ihren Untergang zu beschließen. Nölte und Wasserschleben wurden auf diese Weise Schlachtopfer der Gnade des Königs. Seine Unversöhnlichkeit gegen den, der seinem Stolz nicht Weihrauch streute, kannte jeder, und angesehene Leute sprachen oft laut aus, daß die Ungnade des Königs nicht so fürchterlich sei als die Ungnade von Eichel." „Ich entwerfe das Portrait von diesem großen Mann um deswillen so ausführlich, damit es desto begreiflicher werde, wie es möglich gewesen, daß zu denen Zeiten manche Sachen, die Eichel nicht vor dem Könige gebracht wissen wollte, auch schlechterdings niemals zu des Königs Kenntnis und Wissenschaft gelangten." Dies „dreiste Unternehmen", heißt es weiter, sei Eichel auch immer geglückt; nur ein einziges Mal habe ein Landedelmann den König angetroffen und sich beschwert, daß er auf zwölf Briefe keine Antwort erhalten, während dem Könige die Sache des Edelmannes ganz unbekannt gewesen sei. Das einzige Mittel zur Abhülfe bestehe darin,

„daß alle und jede eingehende Briefe vorhero gar nicht in die Hände eines Kabinetsrats kämen, als bis sie in den Händen des Königs gewesen". Der täglich von Berlin kommende Jäger müsse seine Brieftasche sofort auf dem Schloß in dem Vorzimmer abgeben, und das Postamt in Potsdam eben dieses mit den bei ihm einlaufenden Briefen thun. Die Briefe seien sogleich in dem königlichen Zimmer auf einen besonderen Tisch zu legen, und wenn es dem Könige gefiele, die Briefe zu numerieren und bei der Unterzeichnung der von den Kabinetsräten entworfenen Ordres sich immer auch den Originalbrief wieder vorlegen zu lassen, so sei dies eine Einrichtung, vor welcher selbst der dreiste Eichel zittern würde. Dadurch beuge man auch den Protektionen vor, in denen besonders Eichel und Galster sehr berühmt und zugleich unerträglich gewesen seien, und das Kabinet würde nicht zur Boutique werden.

Bis dahin hat die Denkschrift sich meistens mit Äußerlichkeiten und kleinlichen Dingen beschäftigt und vornehmlich von dem schmähsüchtigen, mißgünstigen Charakter ihres Verfassers Zeugnis gegeben. Größere Beachtung verdient, was Wöllner über die Vereinfachung des Geschäftsganges vorbringt. „Alle Kabinetsarbeiten", schreibt er, „müssen auf allgemeine Sätze reduziert und dergestalt simplifiziert werden, daß der König nicht nötig hat, die Zeit auf das Detail zu verwenden." Ausführlich und mit richtigem Blick setzt er dann auseinander, Friedrich der Große habe sich die Arbeit außerordentlich erschwert, indem er bei dem Finanzwesen das Generaldirektorium nicht auf dem Fuße eines Collegii gelassen, sondern erlaubt habe, daß jeder Finanzminister in seinem Departement für sich handeln könne. Dadurch seien gleichsam soviel Generaldirectoria entstanden, als es Finanzminister gebe; jeder einzelne habe besondere Anfragen zu thun und müsse besondere Ordres erhalten. Der Nachteil werde noch dadurch vergrößert, daß der König auch die Regie, das Forstdepartement sowie die von ihm neugegründeten Institute: die Bank, Seehandlung und Tabaksadministration, von dem Generaldirektorium unabhängig gemacht

und unmittelbar unter das Kabinet gestellt habe. Die von ihm eingeführten Militärinspektionen, welche ihm die Arbeit erleichtern sollten, hätten ihren Zweck verfehlt. Zu alledem komme noch die Neigung des Königs, nicht das Allgemeine, sondern stets das Detail zu ergreifen, und zwar in der Art, daß er beständig in Dingen habe Instruktionen geben wollen, die er unmöglich habe wissen können, wodurch die Leute vom Metier konfuse gemacht seien und daher unzählige Anfragen und Einwendungen an das Kabinet gerichtet hätten. Selbst in dem Wespennest der Justiz habe der König beständig herumgestört und mit Machtsprüchen den Lauf der Gerechtigkeit aufgehalten, wodurch denn nichts als Verwirrung und die Notwendigkeit entstanden sei, durch unzählige Kabinetsordres die endlosen Klagen von Particuliers zu beantworten. Der künftige König, meint Wöllner, könne sich die Arbeit um die Hälfte erleichtern, wenn er 1. im Generaldirektorium die von Friedrich Wilhelm I. eingeführte Kollegialität wieder herstelle, 2. die getrennten und unabhängigen Finanzinstitute wieder mit demselben vereinige, 3. für die militärischen Angelegenheiten, wie Bischoffwerder einmal vorgeschlagen, ein conseil de guerre etabliere und 4. bei der Justiz den Gesetzen stets freien Lauf lasse. Die Angelegenheiten der Particuliers müßten aus dem Kabinet stets an die Dikasterien gewiesen und von dem Könige nicht eher beantwortet werden, bis ein gutachtlicher Bericht eingelaufen sei.

Von dem Erfolg seiner Vorschläge konnte Wöllner auf mehr als einem Gebiet des Staatslebens sich überzeugen. Schon am 22. August, sechs Tage nach dem Regierungsantritt, verordnete Friedrich Wilhelm, daß im Generaldirektorium die kollegialische Beratungsweise wieder eintreten solle, und infolge seiner wiederholten Mahnungen kam am 28. September eine neue Instruktion zur Vollziehung. Danach sollten die wichtigeren Angelegenheiten im Plenum des Generaldirektoriums zur Entscheidung kommen und allein die Beschlüsse der Mehrheit, nur in Ausnahmefällen, bei unversöhnlicher Meinungsverschiedenheit auch die abweichenden

Ansichten dem Könige vorgetragen werden[1]. Die Forstsachen, die Bergwerks- und Hüttenangelegenheiten, das Obermedizinalkollegium, die Handels- und Industriesachen wurden an das Generaldirektorium gewiesen; die Bank und Seehandlung, die Münze und die Post mußten freilich ihre besondere Leitung behalten. Daß für die militärischen Angelegenheiten am 25. Juni 1787 ein Oberkriegskollegium ins Leben gerufen wurde, entsprach Wöllners eigenen Vorschlägen.

In Bezug auf den Geschäftsgang des Kabinets erkennt man die Wirkungen seiner Denkschrift in manchen Einzelheiten. Bei der Vereidigung der Kabinetsbeamten für die neue Regierung wird Verschwiegenheit in sehr starken Ausdrücken eingeschärft, und die eingehenden Briefe werden nicht mehr von den Kabinetsräten erbrochen, sondern geschlossen dem Könige überschickt. Damit verbindet sich eine genaue Verteilung der Kabinetsgeschäfte unter die einzelnen Beamten. Zur Zeit Friedrichs des Großen bestanden besondere Abteilungen für Militärangelegenheiten, Kameral- und Finanzsachen, Justiz-, geistliche und Armensachen, Kassen- und Gnadensachen, Dechiffrement und französische Korrespondenz; einem der Räte lag außerdem die Inspektion des Amtes Königs-Wusterhausen ob[2]. Die wachsende Menge der Geschäfte hatte auch eine beträchtliche Vermehrung der Kabinetsbeamten erforderlich gemacht. Bei dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms II. leisteten den Eid: die Kabinetsräte Friedrich Wilhelm Müller, Théodore Etienne Laspeyres, Julius Wilhelm Heinrich Beyer, Ludwig August Friedrich Mörs und die Kabinetssekretäre Jean François v. Perrot,

[1] Philippson, Geschichte des preußischen Staatswesens. Leipzig 1880, 1882, I 164, 166; II 307 ff.

[2] „Friedrich Wilhelm I hatte 14 Ämter rings um sein Jagdschloß Königs-Wusterhausen erworben und eine besondere Kammer zu ihrer Verwaltung gegründet." So erzählt in seinen „Lebenserinnerungen" (I 76. Leipzig 1861) Fr. v. Raumer, der seit 1806 in Wusterhausen die Verwaltung führte, welche aber damals vom Kabinet schon getrennt war. Vgl. Staatshandbuch 1806 S. 74.

Ludwig Anastasius Mencken, Jean Guillaume Lombard. Eine Instruktion vom 5. November 1786 ordnete die Geschäfte in folgender Weise: Müller besorgt alle versiegelten Briefe ins Schloß. Rücksichtlich der offenen, an seine Adresse eingehenden Berichte der Dikasterien bearbeitet er alle Justiz-, Lehens- und geistliche Sachen. Die Militärangelegenheiten, soweit sie nicht finanzieller Art sind, gehen an die Kriegskanzlei. Laspeyres bearbeitet die auswärtigen Sachen und einen Teil der Extrakte aus den Bittschriften, Beyer alle Finanzsachen ohne Unterschied, auch die militärischen, ferner die Sachen der mecklenburgischen Pfandämter; endlich die offenen Bittschriften. Mörs behält die Direktion des Amtes Wusterhausen. Perrot besorgt nach wie vor die Chiffres und hilft bei den französischen Expeditionen. Mencken soll die übrigen Gnadensachen — soweit sie nicht von Laspeyres bearbeitet werden — extrahieren und expedieren und zwar nicht in seinem Hause, sondern auf dem Schloß, bei den gewöhnlichen Zusammenkünften des Kabinets. Außerdem soll er dem Lombard anfänglich zu dessen Unterricht bei dem Chiffre assistieren. Von Lombard heißt es im siebenten Paragraphen: „Er bearbeitet mit dem v. Perrot den Chiffre konjunktim und expediert die kleinen französischen Briefe“ [1].

Diese Vorschriften wurden, wie sich annehmen läßt, in den ersten Jahren Friedrich Wilhelms II. dem Geschäftsgang des Kabinets zu Grunde gelegt. Äußerlich mögen Neuerungen nicht auffällig hervorgetreten sein, thatsächlich waren sie von wesentlicher Bedeutung. Der König, wenn auch thätig und voll guten Willens, besaß doch nicht den durchdringenden Blick und die unermüdliche Arbeitskraft seines Vorgängers; den unentbehrlichen Beistand suchte er aber nicht bei den Beamten seines Kabinets sondern bei Männern, die ihm durch persönliche Beziehungen schon in früheren Jahren nahegetreten waren. Die militärischen Angelegenheiten, auch die wichtigeren Fragen der auswärtigen Politik pflegte er mit seinem Günstling, dem Obersten Bischoff-

[1] Die Instruktion im preuß. Geh. Staatsarchiv.

werder, zu beraten, den er zum Generaladjutanten und insofern auch zum Mitgliede des Kabinets ernannt hatte. Für die innern Angelegenheiten wurde nur zu bald der Einfluß Wöllners entscheidend. In dem Getriebe jener Tage ist keine Persönlichkeit so widerwärtig als dieser Mann, der sein Emporkommen gewiß nicht weniger seinen schlechten Eigenschaften, seiner aufdringlichen Unverschämtheit, seiner neidischen Begehrlichkeit als seinen nicht unbedeutenden Fähigkeiten verdankte. Schon am 2. Oktober 1786 wurde er geadelt, wenig später zum Geheimen Oberfinanzrat und Chef des Baudepartements ernannt. Ohne den Titel eines Kabinetsrates hatte er doch im wesentlichen dessen Geschäfte und Einfluß. Die Berichte des Generaldirektoriums wurden ihm regelmäßig um sieben Uhr zugesandt; nachmittags vier Uhr hatte er darüber Vortrag zu halten. Beständig in der Umgebung des Königs, konnte er seinen Einfluß bei jeder günstigen Gelegenheit geltend machen, um so mehr, als er dabei von den übrigen, bei dem Könige in Gunst stehenden Personen, besonders von Bischoffwerder und der Ritz, unterstützt wurde. Auch als er am 3. Juli 1788 zum Justizminister und Chef des geistlichen Departements ernannt war, blieb er mit dem Könige in regem persönlichen Verkehr und bei den wichtigsten Fragen der innern Verwaltung sein Berater[1]; nicht selten schickte er eine Kabinetsordre, fertig, wie sie aus seinem Kopfe hervorgegangen war, zur Unterschrift. Unter den Kabinetsbeamten gab es keinen, der sich an Einfluß mit ihm vergleichen konnte. Mencken, unstreitig der geistig bedeutendste, war schon durch seine angegriffene Gesundheit gehindert, ein seinen Fähigkeiten entsprechendes Ansehen zu

[1] Preuß, Zur Beurteilung des Staatsministers v. Wöllner, Zeitschr. f. Preußische Geschichte III 90; Philippson a. a. O. I 182, 209. Daß Wöllner auch in Sachen der auswärtigen Politik zuweilen das Wort nahm, beweist der Immediatbericht vom 6. Oktober 1794 bei Philippson II 109, an welchen sich der von Lehmann, Histor. Zeitschr. LXII 285, mitgeteilte Immediatbericht des folgenden Tages unmittelbar anschließt. Wöllner verlangt jetzt Rückberufung des Rheinheeres, wie er 1792 kniefällig den König von dem Feldzuge gegen Frankreich abzumahnen suchte.

erwerben. Es gab nicht leicht ein mühsameres Geschäft als die Besorgung der Chiffern; und Mencken hatte sich auf einer Reise, die er im Gefolge Friedrichs des Großen machte, durch unaufhörliche, Tag und Nacht währende Anstrengung ein dauerndes Augenleiden zugezogen. Nach der Instruktion vom 5. November 1786 sollte Perrot und unter Menckens Anleitung Lombard die Arbeit des Dechiffrierens zufallen. Aber Perrot kehrte 1789 als Staatsrat in seine Heimat, das Fürstentum Neufchatel, zurück; und wir erinnern uns, wie Lombard im folgenden Jahre von der Reichenbacher Konferenz den Grafen Lusi in die Türkei begleitete. Ein junger Mann, Coulon, vormals Greffier und Assessor bei dem französischen Untergericht in Berlin und am 18. April 1789 zum Kabinetssekretär ernannt, leistete nur unzureichenden Ersatz. Die größte Last des Dechiffrierens fiel wieder auf Mencken. Am 23. August 1790 richtet er an den König die dringende Bitte um Erleichterung: er habe den besten Willen, wenigstens bis zum Ende der Reise die Arbeit fortzusetzen; aber seine ganz geschwächten Augen verböten ihm den Gebrauch von Brillen, die doch wegen seiner Kurzsichtigkeit beim Dechiffrieren unentbehrlich seien. Der König mochte annehmen, es handle sich nur um die gewöhnlichen Gesundheitsrücksichten der Diplomaten; denn Mencken hatte in seinem Schreiben auch eine dienstliche Unannehmlichkeit berührt. Er war allerdings am 5. November 1786 zugleich mit Perrot zum Geheimen Kriegsrat ernannt worden; aber der Vorzug, welchen Friedrich der Große ihm vor Beyer gegeben hatte, ließ sich unter Friedrich Wilhelm II. nicht behaupten. Denn je mehr das Ansehen Wöllners und Bischoffwerders überwog, desto mehr kam es ihrem Ordensbruder und Parteigenossen Beyer zu gute, während Mencken durch seine freiere politische und religiöse Gesinnung Anstoß erregte. Nach den jüngsten Bestimmungen war er in ein untergeordnetes Verhältnis zu Beyer gesetzt; er schreibt dem Könige, er fühle sich bekümmert und gedemütigt, weil er besorgen müsse, das Vertrauen seines Herrn verloren zu haben. Um das gekränkte Ehrgefühl zu beruhigen, stellte der König die

beiden Kabinetsräte wieder gleich, ohne jedoch Mencken von dem ihm auferlegten Mühsal zu entbinden. Aber dieser beteuerte in einem Brief vom 26. August einem Manne in der Umgebung des Königs, wahrscheinlich dem Kämmerer Ritz, daß es ihm physisch unmöglich sei, die Arbeit des Dechiffrierens fortzusetzen. Gern wolle er sich hin und wieder eine Unterordnung unter Beyer gefallen lassen, wenn nur jene unerträgliche Last von ihm genommen würde. Coulon sei zwar allein der ganzen Arbeit nicht gewachsen, aber es gebe ein sehr einfaches Auskunftsmittel. Man möge bei den minder wichtigen Depeschen sich mit dem einen im Ministerium dechiffrierten Wortlaut begnügen und nur die Depeschen der bedeutenderen Höfe von Coulon für das Kabinet nochmals dechiffrieren lassen.

Wenn auch für Mencken, wie sich annehmen läßt, eine Erleichterung eintrat, so blieb er doch nach wie vor mit den Chiffern beschäftigt. Im Herbst, als der diplomatische Verkehr infolge der großen europäischen Verwicklung sich vervielfältigte, erhielt er zudem die Aufgabe, ein neues System von Chiffern für die Korrespondenz der Gesandten in Wien, Petersburg, Konstantinopel, Warschau, London mit dem Könige und untereinander zu erfinden, eine Arbeit, schreibt er dem Könige am 1. September, die unendliche Mühe koste, besonders wenn sie einem einzigen auferlegt werde.

Offenbar wußte man um diese Zeit die Fähigkeiten des bedeutenden Mannes noch zu schätzen. Aber empfindlicher als durch die früher erwähnten Gegensätze hatte er unter der Auffassung zu leiden, welche mehr und mehr der französischen Revolution gegenüber bei Friedrich Wilhelm II. die Oberhand gewann. Mencken neigte, wie die beiden Minister von der Reck, Struensee und wahrscheinlich auch Lombard, der Ansicht zu, daß man die französischen Grundsätze in gemäßigter Form für das emporstrebende preußische Staatswesen verwerten könne; Friedrich Wilhelm wollte als Vorkämpfer des alten Europas gegen die Revolution in den Krieg ziehen. Sicher hat Mencken diesen Krieg mißbilligt; gleichwohl sollte er den König ins Feld be-

gleiten, als er plötzlich in eine Angelegenheit der bedenklichsten Art verwickelt wurde. Damals lebte in Berlin Franz Michael Leuchsenring, ein geborner Elsässer, längere Zeit Erzieher und Begleiter eines hessen-darmstädtischen Prinzen, das Urbild von Goethes „Pater Brey". Nachdem er durch seine Verbindungen wie durch seine Streitigkeiten mit hochgestellten und berühmten Personen schon viel von sich hatte reden machen, war er anfangs der achtziger Jahre nach der preußischen Hauptstadt gekommen, wo er im April 1784 von Friedrich dem Großen mit der Aufgabe betraut wurde, den späteren König Friedrich Wilhelm III. in der Dialektik zu unterrichten. Aber bald entzweite er sich mit den eigentlichen Erziehern des Prinzen, Behnisch und dem General Backhoff; man beschuldigte ihn, daß er gefährliche Lehren vortrage, und schon im Juni mußte er zurücktreten. Sein Amt wurde dem Prediger Moulines, demselben, welcher Lombards Virginie Friedrich dem Großen vorgelegt hatte, übertragen[1], und der neue Lehrer erwarb sich die volle Zufriedenheit des Königs wie des damaligen Thronfolgers. Unterdessen führte Leuchsenring ein Wanderleben in Deutschland, kehrte aber anfangs der neunziger Jahre nach Berlin zurück, jetzt für die Ideen der Revolution mit einem Enthusiasmus erfüllt, den er in leidenschaftlichen Reden und durch einen auffälligen Verkehr mit der französischen Gesandtschaft zur Schau trug. Um des unbequemen Menschen ledig zu werden, ließ sich der König bereit finden, ihm ein Reisegeld von 400 Thalern zu bewilligen und sogar seine Schulden im Betrage von mehr als 2000 Thalern zu bezahlen. Als er aber noch immer nicht von der Stelle wich und wiederholte Denunziationen gegen ihn einliefen, erfolgte am 25. Mai 1792 seine Ausweisung aus Preußen und die Beschlagnahme seiner Papiere. Mit der Untersuchung derselben wurde der Senatspräsident des Kammergerichts v. Kircheisen nebst einigen Räten unter dem

[1] H. v. Sybel, Zwei Lehrer Friedrich Wilhelms III., in den Monatsberichten der Königl. Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 1879. S. 718 ff.

Vorsitz des Ministers v. d. Schulenburg beauftragt. Die Deputation berichtete am 28. Mai, daß einige Briefe gegen Leuchsenrings Beschäftigung Verdacht erregen könnten, daß aber von gefährlichen Absichten und Verbindungen sich keine Spur fände[1]. Viel bedenklicher lautet ein ausführliches Schreiben Schulenburgs vom 30. Mai. Offenbar hatte man in den untersuchten Briefen nunmehr die Andeutung gefunden, daß Leuchsenring den Minister von der Reck und Mencken als seine Gesinnungsgenossen ansehe und von ihnen Förderung seiner Bestrebungen erwarte. Schulenburg schreibt, die Pläne jenes Elenden gingen weiter, als er bisher angenommen habe. Gern würde er dem Könige einen anderen Begleiter statt Menckens empfehlen, da der von Leuchsenring geäußerte Wunsch, Mencken möge die Reise mitmachen, Verdacht errege. Aber ein Ersatz sei nicht leicht zu finden, und wenn der König gestatte, daß Mencken mitgehe, so werde er — Schulenburg — ihn auf das genaueste überwachen. Auch zweifle er noch an seiner Schuld; denn Menschen von Leuchsenrings Kaliber verschössen oft ihr Pulver auf die bloße Hoffnung hin, Männer zu gewinnen, die ihnen noch sehr ferne ständen. Baron Reck und Mencken seien einer wie der andere Frondeurs; davon möge Leuchsenring ausgegangen sein. Gleichwohl sei Reck, wie der König selber wisse, einer der redlichsten Männer der Monarchie[2].

Mencken begleitete den König. Begreiflicherweise konnte sein Verhältnis zu Schulenburg sich nicht eben freundlich gestalten; Lombards Briefe aus der Champagne geben dafür den Beweis[3]. Von einem anderen Augenzeugen wird berichtet, Mencken habe sich nicht selten spöttisch über den Kriegszug ausgelassen[4], und wir sahen, daß er zu Ende des Jahres nach Berlin zurückkehrte. Mit Unrecht hat man daraus gefolgert, er sei gänzlich in Ungnade gefallen oder gar des Dienstes ent-

[1] H. v. Sybel a. a. O. S. 725.
[2] Vgl. Beilage Nr. VIII.
[3] Deutsche Revue, Jahrg. VIII S. 246.
[4] Schlichtegroll, Nekrolog I 342.

hoben worden; Friedrich Wilhelm war aber, wie auch Lombard schreibt, gereizt gegen ihn, und Mencken wird in den nächsten Jahren, schon wegen der längeren Abwesenheit des Königs, schwerlich Gelegenheit gefunden haben, die verlorene Gunst wieder zu gewinnen. In einem späteren Briefe sagt er von sich, er habe unter sehr entgegengesetzten Verhältnissen jederzeit seine Selbständigkeit zu behaupten und sich in dem Gefühle seiner eigenen Würde zu erhalten gewußt; niemals sei er gekrochen, habe sich nie weggeworfen, aber in Rücksicht seiner politischen Lage sich immer in den Verhältnissen eines Menschen betrachtet, der als Passagier eine Seereise mache und deshalb lernen müsse, seine Bewegungen nach dem Schwanken des Schiffes abzupassen[1]. Noch einmal wurde er unter der Regierung Friedrich Wilhelms II. zu einer wichtigen Arbeit berufen. Um die neuerworbenen polnischen Provinzen zu organisieren, setzte man 1796 eine Kommission in Berlin nieder, und Mencken erhielt — für ihn höchst unerwartet — den Auftrag, in Verbindung mit Struensee und Svarez eine Instruktion für dieselbe anzufertigen. Menckens Arbeit, von den edelsten Grundsätzen getragen, gehört zu dem Vorzüglichsten, was die Gesetzgebung jener Zeit hervorgebracht hat. Er selbst berichtet, sie sei „mit Enthusiasmus aufgenommen und gebilligt, von dem Könige persönlich in pleno eingeschärft, hiernächst mit Stumpfsinn beherzigt, mit Einseitigkeit debattiert, mit Ränken eludiert" und zum Schluß mit keiner Silbe erfüllt worden. Für Menckens Thätigkeit unter Friedrich Wilhelm II. bildet sie eine Art von Schlußpunkt[2].

Für Lombard bezeichnen gerade diese Jahre den Übergang zu erhöhter Gunst und steigendem Einfluß. Durch den Feldzug

[1] Mencken an Zerboni, 3. Februar 1799, bei Schlichtegroll a. a. O. S. 338.

[2] Über die Instruktion vgl. Philippson a. a. O. II 199 ff., Stölzel, Karl Gottlieb Svarez. Berlin 1885. S. 418. Mencken kam infolge dieser Thätigkeit später mit dem Gegner des Ministers Hoym, dem Kriegsrat Zerboni, in Verbindung, der ihm, als er aus dem Gefängnis befreit war, das

in der Champagne und am Rhein war er dauernd in die nächste Umgebung des Königs geführt; wahrscheinlich nahm er auch im folgenden Sommer an dem Zuge gegen Warschau teil. Denn wer hätte ihn ersetzen können? wer hätte gerade für die Kabinetsgeschäfte solche Fähigkeiten mitgebracht? Im Dezember 1794, als der Kabinetsrat Müller mit Tode abging, wurde die Verwaltung der von ihm geführten Kabinetskasse Lombard übertragen; eine Gehaltserhöhung mag sich damit verbunden haben, da auch der jüngere Kollege Coulon mit einer Zulage von jährlich 268 Thalern bedacht wurde. Von der so verschwenderisch verteilten polnischen Beute erhielt Lombard aber nichts, auch dem Range nach keine Beförderung. An Müllers Stelle wurde überhaupt kein neuer Kabinetsrat ernannt, sondern ein Zögling des französischen Seminars, Allouchery, am 25. April 1795 mit einem Gehalt von 400 Thalern als Kabinetssekretär angestellt. Wie Coulon sollte er vornehmlich die Dechiffrierung der Depeschen besorgen; doch blieb auch Lombard noch immer bei dem mühsamen Geschäft beteiligt.

Von der Thätigkeit des Kabinets in diesen späteren Jahren giebt eine gleichzeitige, für den Kronprinzen bestimmte Denkschrift die folgende, offenbar auf genauer Sachkenntnis beruhende Schilderung: Zu Anfang seiner Regierung erbrach der König alle Briefe selbst, schrieb auf die, deren Inhalt klar zu Tage lag, kurz seine Entscheidung und verteilte sie zu gleichen Teilen zur Expedition an die Kabinetsräte. Über solche, die eine nähere Beleuchtung erforderten, ließ er sich von dem Kabinetsrat v. Beyer mündlichen Vortrag halten; über Justizsachen wurde auch zuweilen der Kabinetsrat Mencken zum Vortrag gezogen. Alle Militärangelegenheiten wurden den Generaladjutanten [Bischoffwerder und Zastrow] teils durch Dekret, teils um darüber mündlichen Vortrag zu halten, zugeschickt. Der

---

Manuskript seines Buches „über das Bildungsgeschäft von Süd-Preußen“ zuschickte. Mencken dankt dafür in dem merkwürdigen Briefe vom 3. Februar 1799, bei Schlichtegroll a. a. O. S. 333 ff.

Kabinetssekretär Lombard hatte das Dechiffrement, alle auswärtigen Angelegenheiten und die französische Korrespondenz zu besorgen. Der mündliche Vortrag der Kabinetsräte unterblieb indes allmählich; „gegenwärtig werden sämtliche Civilangelegenheiten ohne Distinktion dem Kabinetsrat v. Beyer und Kabinetssekretär Lombard, durch ein eigenhändiges Dekret begleitet, zugeschickt. Nur die Etats- und Kassensachen erhält der Kabinetsrat v. Beyer, und die auswärtigen Sachen sowie die französische Korrespondenz, insofern sie nicht auf militärische Gegenstände Bezug hat, erhält der Kabinetssekretär Lombard ungeteilt zur Expedition". In dem militärischen Geschäftsgang hat sich nichts geändert. Mörs hat das Amt Wusterhausen. Laspeyres ist Emeritus; nur wenn der König in Potsdam sich aufhält, empfängt er die in Berlin eingehenden Sachen und übergiebt sie einem Feldjäger, der sie nach Potsdam bringt. Auch Mencken befindet sich außer aller Aktivität. Was die Kabinetsräte expedieren, geht zu Mittag mit der Signatur „Unterschriftssachen" zurück, wird von dem Privatsekretär Kühne dem Könige vorgelegt, und die Kabinetsräte versenden dann die Ordres[1].

Wenn bereits in dieser Darstellung Lombard bedeutend genug hervortritt, so ergiebt sich aus verschiedenen Anzeichen, daß sein Einfluß sich in den letzten Monaten Friedrich Wilhelms II. noch vermehrte, ja, daß er neben den Generaladjutanten Bischoffwerder und Zastrow von den Kabinetsbeamten der einzige war, der mit dem Könige in dauerndem persönlichen Verkehr stand. Friedrich Wilhelm, durch Krankheit geschwächt, wurde den Geschäften mehr und mehr entfremdet, und der alternde Beyer besaß nicht das Talent, ihm die Arbeit angenehm zu machen. Lombard dagegen mit seinem heiteren, jugendlichen Wesen, seiner lebhaften Darstellungsgabe war ganz der Mann, dem Könige zu gefallen. Gewiß nicht mit Unrecht hat er sich später als demi-favori bezeichnet. Hat er auch das herrschende System gebilligt? In einer späteren Schrift beurteilt er sehr

[1] Die Denkschrift im preußischen Staatsarchiv. Vgl. Beilage Nr. IX.

ſcharf nicht die Perſon Friedrich Wilhelms II., aber die Verſchwendung des Staatsgutes, die Willkür und Beſchränktheit Wöllners und noch manche Mißbräuche der inneren Verwaltung. Man darf annehmen, daß er auch in früherer Zeit die Mängel empfunden habe. Aber vermochte er, ein junger Mann noch in untergeordneter Stellung, einer mächtigen Verbindung entgegenzutreten? In dem Hauptpunkt, auf den ſeine amtliche Thätigkeit ſich bezog, in der auswärtigen Politik, konnte er zudem mit eigener Überzeugung dem Könige wie ſeinem leitenden Miniſter folgen.

Denn hier, wo wir uns von dem Kabinet zu dem Kabinetsminiſterium wenden, läßt ſich in der That von einem leitenden Miniſter reden. Schon Hertzberg, der aus den Zeiten Friedrichs des Großen eine reiche Geſchäftserfahrung in die neue Regierung mit hinüberbrachte, hatte von Friedrich Wilhelm II. nicht allein den Grafentitel und den höchſten Orden, ſondern auch freieren Spielraum für eine ſelbſtändige Wirkſamkeit erhalten. Gleich am Tage des Thronwechſels erſuchte er den neuen Monarchen, von der perſönlichen Korreſpondenz mit den auswärtigen Geſandten, wie ſie Friedrich der Große eingerichtet hatte, abzuſehen und ſich dafür die Depeſchen des Miniſteriums zur Beſtätigung oder Veränderung vorlegen zu laſſen. Friedrich Wilhelm war darauf eingegangen; er pflegte von da an ſeinen Willen durch Randbemerkungen oder durch beſondere Erlaſſe an die Miniſter zur Geltung zu bringen[1]. Erſt als die weitgehenden, nicht immer wohl berechneten Pläne Hertzbergs mehrmals ſcheiterten, verlor er das Vertrauen ſeines Herrn, ſo daß er bei den Verhandlungen zu Reichenbach hinter Lucchesini zurücktreten mußte. Am 6. Juli 1791 wird er von den Geſchäften ganz entbunden, und für die nächſte Zeit beſtimmt offenbar der eigenſte Wille des Königs,

[1] Vgl. Ranke, Die deutſchen Mächte und der Fürſtenbund. Sämtl. Werke XXXI/XXXII 201. Nr. VII der Anaſekten, S. 548—556, läßt in zahlreichen eigenhändigen Schreiben den „perſönlichen Anteil des Königs an der Konvention von Reichenbach“ erkennen.

besonders in dem Verhältnis zu Frankreich und Österreich, Richtung und Ziel der preußischen Politik. Hertzbergs Nachfolger, den Grafen v. d. Schulenburg-Kehnert, lernten wir in dem Feldzug von 1792 kennen. Neben ihm und Finckenstein erscheint, wie zu den Zeiten Friedrich Wilhelms I., seit dem 1. Mai 1791 noch ein dritter Kabinetsminister, der Freiherr von Alvensleben, eine wenig hervorragende Persönlichkeit. Derjenige Staatsmann, welchem während der letzten Hälfte der Regierung Friedrich Wilhelms II. die eigentliche Leitung der diplomatischen Angelegenheiten zufiel, war Graf Christian Heinrich Kurt[1] von Haugwitz. Schon in Merl im Oktober 1792 finden wir ihn im Vollbesitz des königlichen Vertrauens. Wahrscheinlich fällt in diese Zeit die erste nähere Berührung mit Lombard[2] und der Anfang einer Gönnerschaft, dann einer Freundschaft, die sich niemals verleugnet hat. Von Luxemburg war Haugwitz noch einmal nach Wien zurückgekehrt, aber am 13. Dezember zum Kabinetsminister ernannt und am 21. Januar 1793, kurz vor Schulenburgs Beurlaubung, in das Ministerium eingetreten. Seine politische Wirksamkeit für die Teilung Polens, den Haager Vertrag, den Baseler Frieden und das System der Demarkationslinie ist bekannt und hier nicht zu erörtern. Bald wurde er der Freund und vertrauteste Berater des Königs. Man würde ihm sehr unrecht thun, wollte man Einfluß und Gunst, wie er sie jahrelang besessen hat, auf seine Teilnahme an den geheimen Gesellschaften und den mystischen Versuchen des Königs zurückführen. Er war ein begabter, geschickter Diplomat, mit hellem Kopf, seinem Herrn persönlich ergeben, überhaupt eine wohlwollende Natur. Was ihm fehlte, waren Energie und Stärke des Charakters, und dieser Mangel machte selbst seine Vor-

[1] Der nach Klaproth a. a. O. S. 517 oft wiederholte Vorname „Karl" beruht auf einem Druckfehler.

[2] Lombard schreibt an Hardenberg am 30. Juli 1804, als Haugwitz zeitweilig aus dem Ministerium schied: On ne voit pas sans un serrement de cœur se relâcher une relation, qui fit le charme de douze années. Preuß. St.-A.

züge zu Fehlern. Es ist eine Kunst des Diplomaten, in nicht verletzender, aber doch bestimmter Weise nein zu sagen. Haugwitz hat diese Kunst nie gelernt. Er mochte niemand bestimmt entgegentreten, und sein Wohlwollen verleitete ihn nicht selten, mehr zu versprechen oder in Aussicht zu stellen, als sich verwirklichen ließ. Daher die beständigen Klagen über seine Doppelzüngigkeit und Wortbrüchigkeit, obgleich diese Fehler, soweit man urteilen kann, nicht ursprünglich in seinem Charakter begründet waren. Eine Natur, ganz anders geartet, war der Freiherr Karl August von Hardenberg, der als Kabinetsminister hier genannt werden muß, obgleich er zu dem, was man Kabinetsregierung nennen könnte, nur lose Beziehungen hatte. Am 31. Mai 1750 zu Essenrode im Lüneburgischen geboren, früh entwickelt, mit vielseitigen Fähigkeiten und Kenntnissen ausgestattet, war er zuerst in hannoverschen, dann in braunschweigischen Dienst getreten, bis er im September 1790 im Auftrage der preußischen Regierung eine ministerielle Stellung bei dem Markgrafen Alexander von Ansbach und Baireuth übernahm, um für den bevorstehenden Heimfall dieser Fürstentümer an die preußische Krone das Nötige vorzubereiten. Als die Vereinigung infolge des Vertrages vom 16. Januar 1791 schon bei Lebzeiten des Markgrafen im nächsten Sommer sich vollzog[1], richtete Hardenberg, nunmehr zum preußischen Staatsminister ernannt, eine Verwaltung ein, die seinen Namen dort noch jetzt in segensreichem Andenken erhält. Da die neuen Erwerbungen zunächst selbständig blieben und dem Generaldirektorium nicht unterstellt wurden, so standen sie unter dem Ministerium des Auswärtigen; Hardenberg, dem Chef der Verwaltung, wurden als besondere Auszeichnung Titel und Rang eines Kabinetsministers bewilligt[2].

[1] Ranke, Hardenberg I 115 ff.

[2] Im Geheimen Staatsarchiv (Rep. 9 J. 3 c) findet sich ein Heft „Akta, die Bestallung des Markgräfl. Ansbachischen Geheimen Etats- und dirigierenden Finanzministri Baron von Hardenberg zum Königl. Preußischen Geheimen Etats- und Kriegesminister"; darin die Bestallung Hardenbergs vom 24. Mai 1791, unterzeichnet von dem Könige und den vier Kabinetsministern Finckenstein, Hertzberg, Schulenburg, Alvensleben:

Aber es war wesentlich nur ein Ehrenrecht; an der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten hatte er keinen Teil, und bei der Verwaltung der Fürstentümer war er dem Ministerium des Auswärtigen untergeordnet. Infolge seiner Freundschaft mit Haugwitz und seiner vielseitigen Befähigung wurde er in den späteren Jahren Friedrich Wilhelms II. auch zu diplomatischen Verhandlungen benutzt und erwarb den nicht gerade beneidenswerten Ruhm, den Baseler Frieden zum Abschluß zu bringen. Auf den König und die Kreise, welche bisher unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nahmen, übte er jedoch vorerst noch keinen Einfluß, der hier in Betracht käme.

III.

Trotz der bedeutenden Gebietsvergrößerungen, welche aus der zweiten und dritten Teilung Polens hervorgingen, war der Staat innerlich nicht erstarkt. Auch die Verhältnisse in der Umgebung des Königs wurden von Tag zu Tage unerfreulicher. Weder für die Gräfin Lichtenau noch für Wöllner und Bischoffwerder hatte die Neigung des Königs zugenommen, aber er besaß nicht mehr die Kraft, sich loszureißen und würdigere Ratgeber an sich zu ziehen. Begreiflicherweise geriet er mehr und mehr in einen Gegensatz zu seinem ältesten Sohne. Der Thronfolger ist eher als jeder andere durch seine Stellung geneigt, an einer Regierung Kritik zu üben, die einmal in seine Hände übergehen soll. Friedrich Wilhelm II. selbst hatte in seinem Sohne diese Neigung befördert, indem er ihm von dem ersten Juristen der Zeit, dem vorzüglichsten Mitarbeiter an dem neuen Landrechte, nämlich von Svarez, Vorträge über Staatsrecht und

ferner vom selbigen Tage die königliche Ordre zur Einführung Hardenbergs in den Staatsrat, welche jedoch wegen einer Reise erst am 27. Juni erfolgte. Die Bestallung zum Kabinetsminister hat sich noch nicht wieder auffinden lassen; sie scheint auch Klaproth nicht vorgelegen zu haben, da er (a. a. O. S. 312) kein genaueres Datum als „Februar 1792" angiebt.

Staatskunst halten ließ. Denn sowenig Wöllner vordem die Regierungsweise Friedrichs des Großen dem damaligen Thronerben gerühmt hatte, ebensowenig konnte Svarez den Grundsätzen des Nachfolgers zustimmen, wenn er auch dem Tadel keinen so harten Ausdruck gab. Der Großkanzler v. Carmer hatte sich, wie es scheint, für Svarez verwendet, während Wöllner ihn mit seinem Haß verfolgte und es sogar dahin zu bringen wußte, daß der König im Januar 1792 seiner Wahl zum Mitgliede der Akademie die Bestätigung versagte[1]. Vom Anfange des Jahres 1791 bis zum März 1792 dauerten die Vorlesungen; sicher übten sie auf die Denkweise des jungen Fürsten nachhaltigen Einfluß. Davon zeugt unter anderem ein bedeutsames Schriftstück, „Gedanken über die Regierungskunst", die der Kronprinz in den Jahren 1796—1797 zu Papier brachte, verständig, wohlmeinend, ohne gerade einen weiten Blick oder eigene Ideen zu verraten. An die Spitze stellt er den Satz, welchen auch Svarez einzuprägen wünschte, daß der Krieg so sehr als irgend möglich zu vermeiden sei; freilich müsse der Friede durch eine formidable Armee und einen gefüllten Schatz Sicherheit erhalten. Den König betrachtet er, wie Friedrich der Große und das Landrecht, als den ersten Diener des Staates und — merkwürdig genug für einen Kronprinzen — die Revolution als eine gerechte Strafe schlechter Fürsten. Bezüglich der Gegenstände, welche der Regent vorzugsweise fördern soll, nämlich der Künste und Wissenschaften, der gelehrten Schulen und Akademieen, weiter der Landeskultur, der Fabriken und des Handels, geben durchaus die Rücksichten des unmittelbaren Nutzens und der praktischen Brauchbarkeit den Ausschlag. Was uns hier besonders angeht, ist die Art, wie der Kronprinz über die Behandlung der Geschäfte denkt. Auch der vollkommenste Regent, meint er, könne nicht alles selbst besorgen. Das werde gerade durch die Regierung des großen Friedrichs bewiesen. Vieles komme auf die Wahl rechtschaffener Räte und Vertrauten an,

[1] Stölzel, Carl Gottlieb Svarez. Berlin 1885. S. 280 ff., 331.

und die große Kunst eines Regenten bestehe darin, jeden auf den rechten Fleck zu setzen sowie die Beamten sorgfältig unter Aufsicht zu halten. Unmöglich könne der Landesfürst alle und jede Klagen seiner Unterthanen anhören und entscheiden; der Tag würde dazu nicht ausreichen und der Fürst nicht selten ungerecht und einseitig werden. Am besten mache man dies durch ein Publikandum bekannt und weise die Unterthanen an, sich mit ihren Suppliken, wenn nicht besondere Umstände einträten, an die Landesbehörden zu wenden. Jedenfalls sollten sie erst, wenn sie die drei Instanzen eingehalten hätten, ihre Zuflucht zum Landesherrn nehmen. Dieser werde durch eine unparteiische Kommission, zu welcher auch eine gut ausgesuchte Militärperson zu kommandieren sei, die Sache untersuchen und alle mögliche Gerechtigkeit widerfahren lassen, aber auch unnützes Querulieren des Exempels halber bestrafen [1].

Indem der junge Fürst sich bewußt war, daß er fremden Beistand nicht entbehren konnte, mußte ihm besonders daran gelegen sein, derjenigen Institution, durch welche die preußischen Könige ihren Willen meistens zur Geltung gebracht hatten, die vorteilhafteste Einrichtung zu geben. Wahrscheinlich hat er zuerst mit dem Obersten von Köckritz, seinem älteren, vertrautesten Freunde, die Sache beraten; dann war es Mencken, der den Auftrag erhielt, über den Geschäftsgang im Kabinet ein Gutachten abzugeben. Ein besonderer Anlaß für die Verbindung des so lange zurückgesetzten Kabinetsrates mit dem Kronprinzen läßt sich noch nicht feststellen, aber sie erklärt sich leicht durch Menckens freiere Sinnesrichtung, durch die gemeinsame Thätigkeit mit Svarez und die Gegnerschaft gegen Wöllner. Am

[1] Max Lehmann, Ein Regierungsprogramm Friedrich Wilhelms III. Historische Zeitschr. LXI 441. Das von dem Könige in Aussicht genommene „Publikandum" bezüglich der Bittschriften und der unruhigen Querulanten erschien am 17. März 1798. Vgl. Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium. Berlin 1798. X Sp. 1597. Es wird nach dem Könige von sämtlichen Ministern unterzeichnet, während die in der Sammlung mitgeteilten Kabinetsordres nur die Unterschrift „Friedrich Wilhelm" tragen.

11. Oktober entledigte er sich des Auftrages, indem er Köckritz „den lange versprochenen Aufsatz" nebst einem merkwürdigen Begleitschreiben übersandte. Zuerst charakterisiert er etwas weitläufig Friedrich den Großen und die Art, wie dieser „in Jahrtausenden einzige Mann" die Geschäfte persönlich zu leiten versuchte. Er hebt die Vorteile, aber doch überwiegend die Mängel hervor und kommt zu dem Schlusse: Wenn Friedrich in diesem Augenblick in voller Jugendkraft auf dem Throne säße, er würde es selbst unmöglich finden, den Staat, so wie er jetzt existiert, nach seiner vorigen Art zu regieren und in seinem noch so einzigen Kopfe wiederum das Ganze und das Detail allein zu konzentrieren. Unter den jetzigen Verhältnissen muß man die Einrichtung treffen, daß dem Landesherrn die Geschäfte nicht drückend werden, daß er nicht genötigt wird, mit ihnen zu Bette zu gehen und mit ihnen aufzustehen. Deshalb muß er sich darauf beschränken, die Grundsätze der Verwaltung zu übersehen, sie mit fester Hand aufrechtzuhalten und vorsätzliche Mißbräuche nie ungestraft zu lassen. Die Anwendung dieser Grundsätze und des Details muß er dagegen seinen Staatsdienern überlassen und sich nur gelegentlich darum kümmern, um sicher zu sein, daß ordnungsmäßig verfahren werde. Die Minister und Präsidenten sind mit großer Überlegung zu wählen, dagegen ist ihnen die Ernennung ihrer Untergebenen, für welche ihnen die Verantwortlichkeit zufällt, mit einigen Einschränkungen zu überlassen. Die häuslichen Geschäfte des Fürsten sollen von dem Kabinet getrennt werden, ebenso die militärischen Angelegenheiten, wofern sie nicht zur Staatsökonomie gehören. Auch das Detail der auswärtigen Geschäfte und die Korrespondenz mit den Gesandten sind mit Ausnahme einzelner wichtiger Fälle dem Ministerium des Auswärtigen zu überweisen; das Ministerium soll dafür wöchentlich einen Bericht erstatten. Wenn die Geschäfte in solcher Weise beschränkt wären, so meint Mencken, daß zwei oder drei Arbeitstage in der Woche genügen würden. Über die Art, wie die eingehenden Berichte teils vom Könige selbst mit einer Entscheidung versehen,

teils den Kabinetsräten zur Bearbeitung übergeben werden sollen, über den Ort, wo sie aufzubewahren, über das Journal, in welches sie einzutragen sind, folgt noch eine Reihe verständiger, auf Kürze und Sicherheit berechneter Vorschläge. Statt der zahlreichen Kabinetsräte früherer Zeit will Mencken nur zwei wirkliche Räte, welche die ganze Kabinetsarbeit übersehen und dirigieren. In monatlichem Wechsel soll immer einer die Verantwortlichkeit übernehmen, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und von der Anstrengung sich erholen können. Als Hülfsarbeiter sollen drei Kabinetssekretäre, ein Registrator, ein Kanzlist oder Kopist ihnen zugegeben sein[1].

Mit der verminderten Zahl wuchs natürlich die Bedeutung der dirigierenden Kabinetsräte. Schon deshalb mußte Mencken die sorgfältigste Auswahl der Personen fordern. In dem begleitenden Schreiben macht er sogleich die Bemerkung, daß der Plan mit den gegenwärtigen Leuten unausführbar sei. „Beyer", heißt es, „ist zu einer Ratsstelle zu unzuverläßlich, zu leidenschaftlich, zu kenntnisleer. Lombard, mit wirklich großen Talenten, Kenntnissen, außerordentlicher Thätigkeit, unglaublicher Leichtigkeit im Arbeiten, ist zu flüchtig, zu unsicher in seinen Grundsätzen und vor allem zu unsittlich. Die Sekretäre Coulon und Allouchery sind bloß zum Chiffrieren und Dechiffrieren zu gebrauchen und nicht einmal zu Expeditionen." Mencken selbst erklärte sich wegen seines leidenden Zustandes für unfähig. Er brachte zwei Beamte, den Geh. Kriegsrat Siebmann[2] im Departement des Auswärtigen und den Geh. Kriegsrat Sostmann im Generaldirektorium, in Vorschlag. Anfangs, meint er, müsse man überhaupt nur langsam und mit großer Vorsicht Veränderungen vornehmen, sonst seien die größten Ungelegenheiten unvermeidlich. Die eigentlichen Kabinetsgeschäfte seien nur Bischoffwerder, Zastrow und Lombard bekannt; mit diesen müsse man fürs erste fortarbeiten und den Kabinetsgang den alten

[1] Vgl. Beilage Nr. XI.

[2] Einige Notizen über ihn giebt Bailleu, Histor. Zeitschr. XLV 121.

Schlendrian weiter gehen lassen. „Den heutigen Nachrichten zufolge", setzt er hinzu, „müssen wir täglich der Katastrophe gewärtig sein[1]. Ew. Hochwohlgeboren glauben nicht, wie sehr mich der Gedanke ängstigt, da mich eine stärkere Krisis meiner Krankheit noch schlechterdings in meine vier Pfähle verbannt und die wenige Thätigkeit, die mir blieb, vollends lähmt. Was wird man von mir denken, wenn man mich gleich anfangs so unbrauchbar findet[2]?"

Mit Mencken stimmt in manchen Punkten der Verfasser jener schon mehrmals erwähnten Denkschrift überein, dessen Name in den Akten nicht genannt wird, der aber offenbar zur näheren Umgebung Friedrich Wilhelms III. gehörte. Er wünscht, wie Mencken, zwei Kabinetsräte, überweist aber dem einen die Civilsachen, dem anderen die auswärtigen Angelegenheiten, welche nach Menckens Vorschlag größtenteils dem Kabinet fernbleiben und dem Ministerium zufallen sollten. Die Führung der Geschäfte unter mehrere Personen zu verteilen, scheint ihm deshalb nicht ratsam, weil die verschiedenen Angelegenheiten zu sehr ineinander greifen; die Akten würden sich, wenn auch die Kabinetsräte unter sich das genaueste Konzert beobachteten, doch nicht füglich teilen lassen. Das Eigentümlichste dieser Denkschrift besteht darin, daß sie neben oder vielmehr über den Kabinetsräten einen besonderen Vertrauensmann des Königs eintreten läßt. Da der Regent, heißt es, die Kabinetsgeschäfte unmöglich ohne irgend eine Beihülfe mit der erforderlichen Ordnung und Präcision zu betreiben im stande sei, so möge er einen Mann auswählen, der sein ganzes Vertrauen besitze, um ihn immediat unter seinen Augen das Ganze mit bearbeiten zu lassen. „Dieser Mann, dessen Haupteigenschaften sich vorzüglich auf die erprobteste Rechtschaffenheit und eine natürliche richtige Beurteilung gründen müssen, soll alle eingehenden Sachen ohne

[1] Die Gräfin v. Voß verzeichnet gerade am 11. Oktober in ihrem Tagebuch „sehr schlechte Nachrichten" vom König. Vgl. „Neunundsechzig Jahre am Preußischen Hofe". Leipzig 1876. S. 202.

[2] Vgl. Beilage Nr. X.

Unterschied erbrechen, sie ihrem Inhalte gemäß sortieren und, nachdem eine jede Pièce extractweise in ein Hauptjournal eingetragen worden, das Ganze dem Könige vorlegen. Allerhöchst derselbe würde solche sodann selbst durchsehen, auf die Sachen, welche keiner weiteren Erörterung bedürfen, das konfirmative oder negative Dekret in kurzen Worten setzen und sie mit den übrigen, worüber ein ausführlicher Vortrag erforderlich sein dürfte, den Kabinetsräten und dem Generaladjutanten zuschicken." Auch die Expeditionen sollen wieder an den Vertrauensmann gehen, von ihm in das Journal eingetragen und dem Könige zur Unterschrift vorgelegt werden[1].

Vier Wochen dauerte es noch, bis die von Mencken vorhergesehene Katastrophe eintrat. Der künftige König hatte Zeit, Menckens Vorschläge reiflich in Erwägung zu ziehen. Wie gewissenhaft er seine Pflichten auffaßte, davon zeugt vor allem ein Schreiben, das er im voraus für Köckritz entworfen hatte und wahrscheinlich mit dem früher erwähnten Regierungs-Programm am Tage der Thronbesteigung seinem Vertrauten einhändigte. Für den Verfasser erweckt es eine sehr günstige Meinung; man fühlt, daß er in eigenen Worten den eigensten Gesinnungen Ausdruck giebt. Niemals ist ein Fürst mit reinerem Willen, mit stärkerem Pflichtgefühl, mit größerer Bescheidenheit seiner hohen Aufgabe entgegengegangen. Er bittet Köckritz, wie bisher sein Freund und Berater zu sein, ihm stets und ohne Nebenrücksichten die volle Wahrheit zu sagen. Köckritz soll den König über die öffentliche Meinung aufklären und sich, ohne Geräusch und ohne Aufsehen zu machen, nach Männern umsehen, die man am vorteilhaftesten verwenden könne. Friedrich Wilhelm dachte demnächst eine Kommission von ausgezeichneten Staatsbeamten zu berufen, die ihr Gutachten über Verbesserungen in allen Zweigen der Staatsverwaltung abzugeben hätten. Köckritz sollte den Verhandlungen beiwohnen, Einigkeit, Ordnung und Maß erhalten, gegen zweckwidrige Anordnungen

[1] Vgl. S. 54 u. 71; und Beilage Nr. IX.

Einspruch erheben und zweifelhafte Fragen an den König bringen[1]. Der Oberst zögerte nicht, die „Gedanken über die Regierungskunst" und Menckens Denkschrift dem General Rüchel mitzuteilen, der gleichfalls schon seit längerer Zeit zu den Vertrauten des jungen Fürsten gehörte. Nichts ist bezeichnender als die emphatische Antwort, welche Rüchel dem Generaladjutanten am 23. November zukommen läßt: „Mein Freund, so wahr als ein Gott im Himmel lebt, ich möchte ihm küssen. Point für point Charakterzug — Wahrheit — und so wird es gehen — und anders nicht. Nicht die unselige Mittelstraße, in der sich jede Kreatur vermischt — sondern Relief — Belohnung und Strafe ist das einzige Mittel der Anspannung unter denen Menschen in einer praktischen Welt. Die Bemerkung über die innere und äußere Ehre — Beförderungen — den Vorzug der nützlichen Künste für die spekulativen — der Landwirtschaft — Gnadensachen sind so richtig als Gold. — Der kitzliche Punkt über die Klagen der Unterthanen einzig auseinandergesetzt, wenn man auch hin und wieder einen freundlich hört, in der Regel erst die Instanzen und dann der Thron — bald ein Rapport von dem Landeskollegio, bald die Sache wenigstens revidiert im Kabinete nach Einschickung sämtlicher Akten — bald eine unparteiische Kommission und zwar eine militärische oder doch wenigstens gemischte, so kann kein Schleicher auf der Intrigue zählen, weil niemand weiß, welchen Gang die Sache nimmt. In der Regel sind die großen Justizkollegia gut, außer der Bach, worin das Metall fließt — die Magistrate aber und kleinen Junkers schlecht und feil — das einzige Mittel ohne Kosten ist unvermutet schleunige Revisionen und die Furcht. Ein Publikandum wird eine herrliche Sensation machen. Besonders taugen einige Kammern nicht, worunter vorzüglich die von Hamm und Stettin. Die Leute haben keine gute Gesinnung. Zur Probe meine eigene Klage über, wie ich hoffe,

[1] Das Schreiben im Wortlaut bei R. Fr. Eylert, Charakterzüge aus dem Leben Friedrich Wilhelms III., Magdeburg 1842. I 107.

gerechte Sache. Die Leute haſſen das Militär und dienen ſchlecht. Sie ſchreiben viel und thun nichts. Die Armee iſt zurückgeſetzt und der ſchöne Nationalgeiſt beinahe verdorben. Ich hoffe zu Gott, er wird bei dem Ernſt und den Geſinnungen unſeres jungen, aber hoffnungsvollen Königs beſſer werden. Du ſpaßeſt wohl mit mich, lieber Köckritz, wenn Du ſchreibſt, ich ſoll ſeine Gedanken prüfen — ich bin, und zwar im äußerſten Grade, gerühret[1]!" Er legt aber doch dem Briefe eine ausführliche Denkſchrift bei: „Einige Gedanken im Monologue über die Führung des großen Geſchäftsganges und die Klaſſifikation der Geſchäfte im Kabinet". Merkwürdig, wie alle Urteile damals darin übereinſtimmen, daß eine Selbſtregierung im Stile Friedrichs des Großen unmöglich geworden ſei. „Kein Menſch iſt univerſell", ſagt auch Rüchel. „Militär und Finanzen, die Pilaren des Staates, dazu Politik und Juſtiz ſind die vier Hauptdiviſionen; für jede iſt ein Mann ausfindig zu machen, deſſen Kopf für ſelbige richtig organiſiert iſt." Er fordert deshalb außer dem Generaladjutanten drei Kabinetsräte und erklärt dies in dem Begleitſchreiben dahin: „Behielte auch Mencken als ein kluger Kopf das Hauptdepartement der Finanzen, und behülfe ſich der König mit Lombard als Kabinetsſekretär der politiſchen Korreſpondenz, weil er einen ganz fürtrefflichen, herrlichen Kopf und einen ganz brillanten Stil hat in beiden Sprachen, und reſervierte ſich da, wo er nicht jedesmal den Miniſter kommen laſſen wollte, wegen des Leichtſinnes von Lombard auch annoch Mencken zu ſeiner prompten Konverſation, weil er in dieſem Fache gleichfalls routiniert iſt, ſo fehlte dannnoch der allerdings ſehr nötige Rat des Juſtizdepartements."

Vielleicht wird der König, fährt Rüchel in der Denkſchrift fort, einige der Kabinetsbeamten verſetzen wollen. Sie könnten aber doch ſolange von Nutzen ſein, bis die Unterſuchung gegen die ſogenannte Gräfin von Lichtenau und bezüglich der Dispoſitions- und Hofſtaats-Kaſſen zu Ende geht; „denn ſie

[1] Vgl. Beilage Nr. XII.

mögen sagen, was sie wollen, den Geschäftsgang müssen sie kennen. Es ist von der alleräußersten Wichtigkeit, die Betrüger zu entlarven". Deshalb muß „der interimistische Geschäftsgang zur Aufräumung des Chaos" einen lebhaften Gang gehen. Ist die Untersuchung beendigt, und das neue Kabinet nebst Adjutantur organisiert, so wird „mit Hülfe der Umsicht, der Arbeit und der Zeit insensiblement der große Berg verschwinden, den Se. Königliche Majestät zu Antritt Ihrer Regierung vor sich gefunden haben" [1].

Ließen in solcher Weise verschiedene Meinungen über die neue Einrichtung des Kabinets sich vernehmen, so hatte noch jemand unaufgefordert seine Stimme erhoben, der von einem anderen Gesichtspunkte aus zu ganz anderen Ergebnissen gelangte. Friedrich Karl von Moser, der Sohn des großen Publizisten Johann Jakob Moser, und selbst durch seine Schriften wie durch seine Erlebnisse in dem öffentlichen Leben Deutschlands eine vielbedeutende Persönlichkeit, hatte unter dem Titel „Politische Wahrheiten" eine Anzahl von Aufsätzen zusammengestellt, von denen der fünfte „das Kabinet der Fürsten und Könige" überschrieben war [2]. Mit dem ihm eigenen Freimut, aber zugleich nach dem Grundsatze „leuchten, nicht zünden", den er sich den politischen Umwälzungen gegenüber zur Pflicht gemacht hatte, schildert er das Eigentümliche der in den großen Staaten mehr und mehr sich entwickelnden Kabinetsregierung.

Die alten Fürsten, heißt es, hielten es für ihre Pflicht, in allem sich mit ordentlichen Räten zu beraten, und waren stolz auf treue Ratgeber; seit dem dreißigjährigen Kriege ist das „Soldatizieren" und daneben „die Nachahmung der französischen Formen" so eingerissen, daß „die Fürsten nicht leicht mehr ihre Wachtparaden versäumen, aber je länger, je seltener in ihrem Geheimen Rat erscheinen". Die „unleugbaren Vorzüge der

[1] Vgl. Beilage Nr. XIII.

[2] Vgl. Fr. K. v. Moser, Politische Wahrheiten. Zwei Bändchen von 247 u. 322 Seiten. Zürich 1796.

schriftlichen Vorträge vor dem persönlichen Besuchen des Geheimen Rats und anderer Kollegien" findet Moser darin, daß erstens viele Weitläufigkeiten und Widersprüche vermieden werden und zweitens der Regent ohne Vorurteil oder Vorliebe gegen eine Person, unparteiisch, bloß auf die Sache selbst gerichtet, entscheiden kann. Aber mit bitterer Ironie wird dann weiter bemerkt: In den Augen der Regenten hat das Kabinet noch viele Vorzüge: sie bedecken ihre Unwissenheit, Ratlosigkeit, sie setzen ihren Hochmut, Eigensinn, Eigenmacht und Herrscherstolz durch, ohne Widerspruch und Widerstand erfahren zu müssen. Ihre Minister und Räte betrachten sie ja nur „als ein notwendiges Übel und gehen ihnen daher lieber so oft, als nur möglich, aus dem Wege. Männer von Selbstgefühl und eigener, innerer Würde, wahre Räte, lassen sich eben nicht wie auf den blinden, militärischen Gehorsam angenommene und verpflichtete Subalternen behandeln." Daher scheuen „die Herren die persönliche Übermacht, die Geistessuperiorität eines festen und gewichtigen Mannes (einige Regenten nennen es das Übertölpelen) und ziehen deswegen die nicht widersprechenden, schriftlichen, mundtoten Referate vor". „Solange die Fürsten noch selbst in den Geheimen Rat gingen, so machte nicht nur nach dem Sprichwort der Ton oft die Musik, sondern auch das bloße Schweigen eines biederen Mannes, ein Kopfschütteln, ein trauernder, ein bedenklicher und wehmütiger Blick wirkte oft mehr als alles Reden und war wenigstens fähig, den gegenwärtigen Regenten aufmerksam und nachdenkend zu machen. Heutzutage heißt es bei fast allen, wie Goethe im Egmont sagt: Der König fragt nicht, er schickt (er befiehlt)." Der beste Mittelweg, meint Moser, sei es, „wenn der nun einmal zur Mode gewordene schriftliche Vortrag von dem die Stelle eines Geheimen Referendars zugleich mitvertretenden wirklichen Minister im Beisein des bloß expedierenden Geheimen Sekretärs" geschehe. Über die Kabinetsräte hatte Moser schon 1784 in seiner Schrift „Über Regenten, Regierungen und Minister" sich ausgelassen. „Unter allen Stellen im Fürstendienst", heißt es darin, „ist die eines

Kabinetssekretärs und Geheimen Referendarii eine der allerwichtigsten. Ihrer Subalternität ohngeachtet können sie ehrwürdige, segensreiche Männer für ein ganzes Land werden; die Gehülfen, Stützen und Fürsprechen rechtschaffener Minister, Wohlthäter aller guten Sachen und Menschen sein, die Schäferstunden und gute Launen eines Herrn zu guten Absichten benutzen; sie können dem Stachel geheimer und öffentlicher Verleumdungen seine Kraft benehmen, dagegen Schmeichlern und Augendienern die Larve abziehen und sie in ihrer Blöße kenntlich machen; ja bei minderem äußeren Schimmer, hingegen auch weniger Last und Verantwortung können sie weit glücklichere und vergnügtere Leute sein als die Minister selbst." Das Gegenbild hiervon sind die „Giftmischer, Gifthaucher, geheimen Debauchen- und geheimen Chatouill-Räte nebst der ganzen Familie der Kabinetsteufel"; und leider sind die Fürsten nur zu leicht geneigt, für ihr Kabinet, wo ihnen die Wahl ganz freisteht, nur solche „an Verstand oder doch an Willen Verschnittene zu wählen, deren unbedingten Gehorsams sie vorhinein vollkommen versichert sind". Von der Kabinetspolitik heißt es endlich: „Sie unterscheidet sich von den ständigen, erblichen Staatsgrundsätzen eines Hofes hauptsächlich dadurch, daß sie persönlich, veränderlich, von der Konvenienz und Lage der Umstände abhängend und mit gröberen oder feineren Verstellungskünsten übertüncht und überfirnißt ist."

Ansichten solcher Art, vielleicht auch die Schriften Mosers, blieben damals am preußischen Hofe nicht ganz unbeachtet. Hardenberg rühmte sich später, er habe dem Könige schon vor seinem Regierungsantritt im Jahre 1797 vorgeschlagen, sich mit einem verantwortlichen Staatsrat statt des versteckten Einflusses der Kabinetsräte und Adjutanten zu umgeben[1]. Aber das Schicksal eines solchen Vorschlages, wenn er wirklich gemacht wurde, ließ sich voraussehen. Nach der Entwicklung in Preußen konnte es in der That nicht leicht werden, das unter drei

[1] Ranke, Denkwürdigkeiten des Fürsten Hardenberg. Leipzig 1877. II 603.

Regenten zur Anwendung gekommene System der Selbstregierung aus dem Kabinet mit einem anderen zu vertauschen. Zum Glück fühlte sich auch Mencken wieder soweit gekräftigt, daß er ohne Verzug als erster Kabinetsrat die neuen Befugnisse übernehmen konnte. Auf dem Geheimen Staatsarchiv findet sich unter dem Titel „Minuten Menckens" eine Reihe von Foliobänden, in deren äußerer Anordnung sich der Einfluß früherer Vorschläge für das Kabinet gewahren läßt[1]. In dem Inhalt würde man nicht selten den Keim von Umgestaltungen und Reformen entdecken, welche eine Zierde späterer Jahre bilden. Die Gesundheit des vorzüglichen Mannes war aber nicht der Art, daß er dauernd die ganze Last der Geschäfte hätte tragen können. Schon in seiner Denkschrift wurden zwei Kabinetsräte, in Rüchels Vorschlägen eine noch größere Anzahl, insbesondere ein eigener Kabinetsrat für die Justizsachen gefordert. Beyer hatte nach der Entfernung seiner Parteigenossen ohne Widerstand den schon im Dezember 1792 gewünschten Abschied erhalten; Laspeyres kam bei seinem hohen Alter nicht mehr in Betracht; Mörs war von jeher auf die Verwaltung des Amtes Wusterhausen beschränkt. So mußte man nach einer neuen Kraft sich umsehen, und hier war es von der höchsten Bedeutung, daß für den wichtigen Posten ein Mann gefunden wurde, der gerade die Eigenschaften, auf welche der König den größten Wert legte, in sich vereinigte. Es war Karl Friedrich Beyme, dessen Name denn auch auf den folgenden Blättern häufiger als irgend ein anderer neben Lombard genannt werden muß. Beyme war am 10. Juli 1765 zu Königsberg in der

[1] Der erste Band wird zur Hälfte ausgefüllt durch eine alphabetische Übersicht: „Repertorium vom 20. November 1797 bis 31. Dezember 1798". Die zweite Hälfte ist überschrieben: „Minutes und Extrakte von verschiedenen Ordres"; die letzten Ordres sind vom 28. Februar 1798. Mehrere der merkwürdigen von Mencken entworfenen Kabinetsordres, welche die erste Regierungszeit Friedrich Wilhelms III. charakterisieren, z. B. die vom 28. November 1797 an sämtliche Departements, die vom 12. Januar 1798 an Wöllner, vom 11. April 1798 an die Akademie der Wissenschaften, finden sich abgedruckt in Menckens Nekrolog bei Schlichtegroll I 136 ff.

Neumark geboren. Im Franckeschen Waisenhause zu Halle erzogen, widmete er sich auf der dortigen Universität der Rechtswissenschaft, beschäftigte sich aber daneben fast ebenso eifrig mit philosophischen und geschichtlichen Studien. Schon 1788 wurde er Assessor beim Kammergericht und war als solcher — gewiß der jüngste von allen Mitarbeitern — bei der Redaktion des preußischen Landrechts beteiligt[1]. Friedrich Wilhelm fühlte sich bereits als Kronprinz zu ihm hingezogen; ihre Ansichten und Neigungen, ihre humanen und religiösen Grundsätze stimmten überein. Beymes aufrichtiger, wohlwollender Charakter, seine ruhige, verständige Art, sich auszudrücken, flößten Zutrauen ein, und wenn man zweifeln konnte, ob schöpferische Ideen, ein umfassender und zugleich scharf eindringender Blick zu den Eigenschaften des jungen Mannes gehörten, so lag darin kein Mangel für den König, der vor genialen Naturen eine Art von Scheu empfand und nur ungern aus dem etwas engen Kreise sich entfernte, den er in seinen „Regierungs-Gedanken" sich selbst gezogen hatte. Am 21. Februar 1798 wurde Beyme zum Geheimen Kabinetsrat ernannt. Von Friedrich dem Großen hatte früher einmal ein ausgezeichneter Beamter, Vockerodt, diesen Titel erhalten, aber als Rat des Kabinetsministeriums, nicht des Königlichen Kabinets. Die Kabinetssekretäre erhielten, wenn sie befördert wurden, regelmäßig den Titel eines Geheimen Kriegsrates; Beyme ist der erste Geheime Kabinetsrat im heutigen Sinne[2]. Unter den Kabinetssekretären, deren Zahl durch die Ernennung Villaumes am 24. Dezember 1797, Niethes am 21. Februar 1798, Kramers am 24. Februar 1799 allmählich auf sechs erhöht wurde, finden wir als ältesten noch lange Zeit Lombard. Der neue Herrscher betrachtete ihn zuerst nicht mit günstigen Augen; auch das Verhältnis zu Mencken war, wie schon der Brief an Köckritz beweist, nicht mehr das freundliche der früheren Jahre. Lombard selbst erzählt, es habe ihn Mühe gekostet, sich

[1] Caro, Artikel Beyme, in der Allg. Deutschen Biographie. Leipzig 1875. II 601. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung II 324.

[2] Über die Bestallung Beymes vgl. Beilage Nr. XIV.

auf seinem Platze zu behaupten; der König habe ihn längere Zeit in weiter Entfernung gehalten und strengen Prüfungen unterworfen[1]. Am 8. Januar wird ihm zwar in einer Kabinetsordre bezeugt, daß sich in dem von ihm eingerichteten Etat der Kabinetskasse nichts zu erinnern finde, aber es war gewiß für einen schon mehr als zehn Jahre im Kabinet beschäftigten Beamten kein geringer Verdruß, einen neuen Ankömmling sich vorgezogen zu sehen. Nicht lange nach Beymes Ernennung trat jedoch Lombards alter Gönner Haugwitz für ihn ein. In einer Eingabe vom 3. März stellte er dem Könige vor, die politischen Ausfertigungen müßten leiden, wenn sie, wie es sich gerade träfe, von den beiden im Amte befindlichen Räten besorgt würden; sie verlangten einen Mann, der sich ausschließlich ihnen widme. Haugwitz schlägt deshalb vor, einem besonderen Kabinetsrat alles auf die auswärtigen Angelegenheiten Bezügliche zu überweisen, damit er dem Könige Bericht erstatte, die Befehle des Königs in Empfang nehme und ihnen gemäß die nötigen Expeditionen besorge. Er müsse ferner dem Könige die in dem Ministerium ausgearbeiteten Depeschen zur Unterschrift vorlegen und sie dann versiegelt nach Berlin schicken; alle unmittelbar bei dem Könige eingehenden Depeschen seien von ihm aufzubewahren und unter seiner Verantwortlichkeit in ein Register einzutragen. „Sollten Ew. Majestät", schließt Haugwitz, „auf diese Vorschläge eingehen, so glaube ich mich verbürgen zu können, daß Herr Lombard mit seltener Einsicht und als treuer Diener den Posten ausfüllen wird, welchen Ew. Majestät ihm übertragen möchten, und ich wage zu glauben, daß es in diesem Falle in Ihrer Absicht gelegen ist, ihn zu Ihrem Geheimen

[1] Lombards Matériaux S. 50. Am 7. Januar 1798 berichtet Lombard in einem Schreiben an Friedrich Wilhelm III.: Der hochselige König habe ihm seit 1794 die Kabinetskasse anvertraut, welche seit Friedrich Wilhelm I. in gänzlicher Absonderung von dem übrigen Kassenwesen nur zur Bestreitung unerwarteter kleiner Ausgaben und zur Ergänzung der Gehälter im Kabinet bestimmt gewesen sei. Lombard legt zugleich die Berechnung vor. Preuß. St.-A.

Kabinetsrat zu ernennen“ [1]. Haugwitz drang mit seinem Vorschlage nur zur Hälfte durch, Lombard blieb im Kabinet; die Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten wurde ihm übertragen. Aber wenn er auch in Wirklichkeit das Amt eines Kabinetsrats besaß, Titel und Einkünfte blieben ihm versagt; noch jahrelang mußte er bei angestrengter Thätigkeit mit der bescheidenen Stellung sich begnügen, welche er als junger Mensch beinahe mühelos erlangt hatte. Nach dem Sturme, der über ihn hereingebrochen war, mochte er freilich auch dies Ergebnis als einen Vorteil betrachten.

Wenn der König in der Civilabteilung des Kabinets von den Beamten einige beibehielt, andere durch neue ersetzte, so geschah ganz Ähnliches in der Militärabteilung. Der einflußreichste Generaladjutant Friedrich Wilhelms II., Bischoffwerder, mußte sich zurückziehen. General Köckritz trat an seine Stelle und zugleich in die eigentümliche Wirksamkeit, die das Vertrauen des Königs ihm bestimmt hatte. Der zweite Generaladjutant für die Infanterie, der Oberst von Zastrow, wurde dagegen beibehalten und gelangte sogar zu einem Einfluß auf politische Dinge, den er bis dahin schwerlich ausgeübt hatte. In der Leitung der Ministerien hatte der König nur wenig verändert. Als er zum erstenmal nach dem Thronwechsel unter die Minister trat, sagte er ihnen: „Sie haben Ihren besten Freund verloren; wollen Sie mich annehmen [2]?“ Nur Wöllner wurde am 11. März, allerdings in ungnädigster und, man muß hinzusetzen, in willkürlicher Weise, seiner Stelle enthoben, und der hochbetagte Großkanzler von Carmer erhielt am 17. Juni nach eigenem Ansuchen seine Entlassung.

Die Versammlung ausgezeichneter Staatsbeamten, welche der König in seinem Briefe an Köckritz in Aussicht nimmt, scheint nicht zu stande gekommen oder doch nicht von Bedeutung gewesen zu sein. Um dem schon damals empfundenen Mangel

[1] Vgl. Beilage Nr. XV.
[2] Ranke a. a. O. I 400.

an Zusammenhang zwischen den Ministerien einigermaßen abzuhelfen, wurde Graf Schulenburg-Kehnert mit ausgedehnten Vollmachten am 19. Februar 1798 an die Spitze der Oberrechenkammer berufen. Im Ministerium des Auswärtigen blieben Haugwitz, Finckenstein und Alvensleben — Haugwitz als der Bevorzugte — in der früheren Stellung. Friedrich Wilhelm II. hatte noch in seinen letzten Tagen in bewegten Worten dem Grafen ans Herz gelegt, daß er seinem Sohne ein ebenso treuer Freund und Berater bleiben möge wie ihm selbst, und Haugwitz hatte zum Thronfolger so gute Beziehungen unterhalten, daß dieser nicht daran dachte, die Leitung der diplomatischen Angelegenheiten in andere Hände zu geben. Nur insofern trat eine Veränderung ein, als die oberste Verwaltung der fränkischen Herzogtümer und infolgedessen auch der Kabinetsminister von Hardenberg ihren Sitz nach Berlin verlegten. Die Justiz- und geistlichen Sachen wurden dem preußischen Justizministerium zugewiesen, das Finanzwesen unter fortdauernder Leitung Hardenbergs mit dem Generaldirektorium vereinigt; bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten der Herzogtümer und bezüglich der Hoheitssachen, welche dem auswärtigen Departement unterstanden, war Hardenberg, der Kabinetsminister, auch bei diesem Ministerium beteiligt.

Der König mochte glauben, in solcher Weise die Verwaltung seines Staates und die Thätigkeit seines Kabinets vorteilhaft geregelt zu haben; er mochte es um so sicherer hoffen, als diese Art, die Geschäfte zu besorgen, genau seinen eigenen Neigungen entsprach. Und darin liegt das Entscheidende. Jede staatliche Einrichtung erhält ihre volle Bedeutung doch erst durch die Personen, welche sie zur Ausführung bringen; und daß die Kabinetsregierung gerade unter Friedrich Wilhelm III. so überwiegenden Einfluß auf die gesamte Entwicklung des Staates gewann, beruht vornehmlich auf dem Charakter und den geistigen Eigentümlichkeiten des jungen Königs. Den Staatsgeschäften bisher ferngehalten, war er viel zu bescheiden, viel zu schüchtern, um selbständig neue Wege einzuschlagen. Bei gutem Verstande und

meistens richtigem Gefühl für das Notwendige oder Nützliche fehlte ihm die Energie des Entschlusses und vor allem die Fähigkeit, seine Ansichten in mündlicher Unterredung zur Geltung zu bringen. Keineswegs fehlte ihm aber der den Hohenzollern eigene Herrschergeist, der bestimmte Wille, die Leitung der Geschäfte selbst in der Hand zu behalten. Alle Forschungen der neueren Zeit haben zu der Erkenntnis geführt, daß die wichtigsten Entscheidungen über die Geschicke des preußischen Staates von ihm ausgegangen sind. Es ist ihm nicht leicht geworden, einen Entschluß zu fassen, und niemals hat er ihn ganz nach eigenem Urteile ohne fremden Beirat fassen wollen; aber Thatsache ist, daß er solange Rat suchte, bis er den Ratgeber fand, der ihm riet, was er selber wollte. Nimmt man nun diesen Herrscherwillen und jenen von dem Könige selbst empfundenen Mangel zusammen, so begreift man, daß unter einem solchen Regenten das Kabinet eine ganz andere Bedeutung erlangen mußte wie unter Friedrich dem Großen, der alles allein entschied und unter Friedrich Wilhelm II., dem es auch nicht an Neigung fehlte, mit seiner Persönlichkeit hervorzutreten. Der König brauchte Leute, mit denen er sich beraten, unterrichten, unterhalten konnte, ohne doch an ihre Meinung oder an die eigene, einmal geäußerte Meinung gebunden zu sein. Im Verkehr mit eigentlichen Ministern war eine feste bestimmte Ansicht und eine wirksame Begründung derselben notwendig. Die bürgerlichen Kabinetsräte, ohne Verantwortung, in einer amtlich untergeordneten Stellung, konnten dem Willen des Königs, selbst wenn seine Gründe nicht überzeugten, sich fügen und das einmal Beschlossene ohne Umstände wieder verändern; der König konnte von ihnen Aufklärung und Rat fordern, ohne Verpflichtung, ihn befolgen zu müssen. Darf man sich wundern, wenn er diese Art der Geschäftsführung jeder andern vorzog?

Unter verschiedenen Herrschern sehen wir also das Kabinet in verschiedener Thätigkeit und Gestalt. Unter Friedrich Wilhelm I. diente es zum Verkehr mit den Behörden, ohne daß der König auf eine unmittelbare Einwirkung verzichtet hätte. Unter

Friedrich II. sind die Kabinetsbeamten, wenigstens in den späteren Jahrzehnten, untergeordnete Werkzeuge, welche den Willen des Königs zur Kenntnis bringen. Auch unter Friedrich Wilhelm II. kommt die Wirksamkeit des Kabinets neben dem Einfluß begünstigter Personen und einiger bevorzugten Minister wenigstens für die wichtigsten Angelegenheiten kaum in Betracht. Erst unter Friedrich Wilhelm III. sind die Kabinetsräte die eigentlichen Berater des Königs. Er erörtert mit ihnen Gründe und Gegengründe der zu ergreifenden Maßregeln, und zuweilen erhalten die Minister erst Kenntnis, wenn der Beschluß schon feststeht. Personen, die täglich mit dem Könige in unmittelbarem Verkehr standen, mußten bald auf seine Entschließungen gleichen, ja größeren Einfluß gewinnen als die Minister, welche nur in längeren Zwischenräumen mündlich, meist nur schriftlich mit dem Könige verkehrten. Von den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten kam, wie unter der früheren Regierung, nur Haugwitz bei dem Könige häufiger zum Vortrag und pflegte dann seinen Kollegen über das Ergebnis desselben Bericht zu erstatten. In seiner bequemen Art benutzte er nicht einmal regelmäßig die zwei in jeder Woche ihm zugewiesenen Vortragstage, scheute wohl die zeitraubende Fahrt nach Potsdam und überließ willig dem jungen Kabinetssekretär die Gelegenheit, seine rasche Auffassung, seine Leichtigkeit im Ausdrucke, seinen Eifer bei der Arbeit zu bethätigen und sich dem Könige nützlich, angenehm, allmählich unentbehrlich zu machen. Solange Minister und König nach innen und außen denselben Weg verfolgten, trat das Eigentümliche dieser Einrichtung wenig hervor. Aber was sollte werden, wenn die Ansichten auseinandergingen, wie schon im Sommer 1798 oder noch bestimmter seit dem Frühling des folgenden Jahres?

Viertes Kapitel.

Die Anfänge Friedrich Wilhelms III. und der Entschädigungsvertrag vom 23. Mai 1802.

I.

Friedrich Wilhelm III. war noch weit mehr als sein Vater geneigt, in dem großen europäischen Kampfe neutral zu bleiben. Sein einfacher, nicht eben auf das Große gerichteter Sinn fand in der Fernhaltung des Krieges das höchste Glück seiner Unterthanen. Schon seit dem Baseler Frieden von 1795 war die preußische Politik dieser Richtung gefolgt. Sorglos hatte man es geschehen lassen, daß die linksrheinischen preußischen Provinzen und Holland in der Gewalt der Franzosen blieben, obgleich sie von da aus Norddeutschland in der gefährlichsten Weise bedrohten, und obgleich der vertriebene Erbstatthalter, der Prinz von Oranien, Friedrich Wilhelms II. Schwager war. Unter dem Schutz der Demarkationslinie hatte man dann unthätig zugesehen, wie Süddeutschland und Österreich in dreijährigem furchtbarem Kampfe überwältigt, wie Italien bis auf Neapel und Venetien französischer Herrschaft unterworfen wurde. Den Höfen der Koalition schien kaum eine Schmähung hart genug, um die preußische Politik, insbesondere die Arglist und Unzuverlässigkeit des Grafen Haugwitz zu verurteilen. Aber

Haugwitz war kein blinder Anhänger der Neutralität; er hat klarer als die meisten preußischen Staatsmänner jener Zeit in die Zukunft gesehen. Als trotz des Friedens von Campo Formio die Übergriffe des Direktoriums in Italien und der Schweiz immer ärger wurden, als die Rücksichtslosigkeit der französischen Gesandten in Rastatt nur zu deutlich zeigte, was von der revolutionären Gewalt zu erwarten sei, empfand auch Haugwitz die Gefahren, einem solchem Feinde immer größeren Zuwachs zu gestatten. Im Frühling 1799, als die neue Koalition sich gebildet und schon durch glückliche Schläge in Deutschland und Italien ihre Kraft bewährt hatte, konnten die ungeschickten Verhandlungen Sieyès' in Berlin die Wage nicht mehr im Gleichgewicht halten. Er beging zudem die Thorheit, Haugwitz persönlich zu reizen; aber es hätte dessen kaum noch bedurft, um den Grafen, wenn nicht zum Freunde der Koalition, doch zum Gegner der Franzosen zu machen[1].

Berlin war damals Schauplatz der eifrigsten diplomatischen Unterhandlungen. Der russische und der englische Gesandte, Graf Panin und Sir Thomas Grenville, ließen nichts unversucht, um Preußen zum Eintritt in die Koalition zu bewegen; der Erbstatthalter von Oranien, dessen Wiedereinsetzung den ersten und Hauptpunkt der Verhandlungen bildete, hatte seinen Sohn, den Erbprinzen, und einen damals vielgenannten militärischen Diplomaten, den General Kinkel, als Vertreter geschickt. England bot eine Million Pfund für den Lauf des Jahres 1799, wenn Preußen sich am Kriege beteiligen und die Eroberung Hollands unternehmen wolle; andernfalls sollte die Summe auf Rußland übergehen. In einer geschickten, vorsichtig gehaltenen Denkschrift[2] erklärte sich Haugwitz am

[1] Selbst in Petersburg bei Paul I. fanden die Gesinnungen des Grafen Haugwitz nunmehr Anerkennung. In dem Reskript vom 29. April (10. Mai) 1799 erhält Graf Panin, der russische Gesandte am preußischen Hofe, den Auftrag, dem Minister die Befriedigung des Kaisers auszudrücken. Vgl. АРХИВЪ КНЯЗЯ ВОРОНЦОВА, Archives du Prince Woronzow. Moskau 1877. XI 282.

[2] Bailleu, Preußen und Frankreich von 1795 bis 1807. Leipzig 1881. I 283.

5. Mai für die Annahme des Vorschlags, freilich nur unter Bedingungen. Der König sollte seine Truppenmacht an der Demarkationslinie versammeln, aber erst in dem ihm geeignet scheinenden Zeitpunkte gegen Holland vorgehen lassen und nach der Eroberung des Landes zu keinem weiteren Schritt verpflichtet sein. Rußland sollte durch ein Heer, das von Böhmen an den Rhein zöge, die preußischen Truppen unterstützen, England die Fortsetzung der Subsidien, falls sie nötig würden, auch für das nächste Jahr versprechen. Man muß zweifeln, ob England auf solche Bedingungen eingegangen wäre, aber den König beruhigten sie doch nicht, und es zeugt von Lombards steigendem Einfluß, daß er und ein so angesehener General wie Rüchel beauftragt wurden, über die Denkschrift des Ministers ein Gutachten abzugeben. Im Einklang mit Haugwitz, ja in noch stärkeren Ausdrücken erklärt auch Lombard[1], daß man dem Übermut der Franzosen ein Ziel setzen müsse. Der Krieg, den Frankreich gegen Europa unternimmt, schreibt er, ist ein Zerstörungskrieg. Die erste Eroberung des Feindes ist ein Axthieb gegen das Fundament des Thrones, und der letzte Unglücksfall ein Stoß, der ihn umstürzt. In der Welt giebt es nur noch eine Politik, nur eine Furcht und nur den einen Wunsch, die Höhle dieser Räuber zu zerstören. Solange der Krieg gegen England und Österreich dauert, wird der Tiger den Löwen fürchten, und Preußen wird geachtet werden; aber sobald die Franzosen von ihren übrigen Feinden befreit sind, werden sie Preußen seine Ruhe schwer bezahlen lassen. Sie werden ihre tödlichen Waffen, ihre vergiftenden Grundsätze nach Norden wenden und durch den Besitz von Holland unberechenbare Mittel gewinnen, um jenes offene Land zu überschwemmen, wo drei verlorene Schlachten ihnen nichts kosten als Blut, während ein einziger Sieg sie bis in das Herz des Staates führen kann. Lombard unterscheidet zwei Fälle: Preußen bleibt neutral, oder es nimmt am Kriege teil. Im ersten Falle siegen die Franzosen, oder sie

[1] Bailleu a. a. O. I 287.

werden besiegt. Ist Österreich unterlegen, so kommt die Reihe an Preußen; es wird angegriffen, allein, ohne Hülfsmittel, ohne Verbündete. Siegen die Österreicher, so werden die Franzosen über den Rhein und aus der Schweiz zurückgetrieben; aber dann finden sie hinter ihren Festungen Schutz. Österreich begnügt sich voraussichtlich mit italienischen Besitzungen, schließt Frieden, und die Wut der Republikaner, im Süden getäuscht, wird sich dann nach Norden gegen Preußen wenden. Im zweiten Falle, d. h. wenn Preußen am Kriege teilnimmt, ist die Alternative ungefähr dieselbe. Werden die Kaiserlichen geschlagen, so bleibt Preußen allein der Rache der Franzosen ausgesetzt. Siegen die Österreicher, so hat Preußen davon nur solange Vorteil, bis die Truppen der Republik hinter ihre Festungen zurückgetrieben sind; denn alsdann werden die Österreicher Frieden schließen und die Preußen verlassen. Man hat also nur zwischen Übeln zu wählen, und nur der König kann die Wahl treffen. Er muß seinem Takt vertrauen, er muß die Stimme seines Herzens und jene natürliche Logik hören, welche ihn niemals täuscht. Bei dem, was einmal beschlossen ist, muß man dann unerschütterlich verharren. Auch der Graf Haugwitz hat gefühlt, daß man eine Entscheidung treffen müsse; er hat sie getroffen und zwar mit der Folgerichtigkeit, durch welche ein schlechtes System zuweilen selbst vor dem guten den Vorzug verdient. Das muß man ihm jedenfalls zugestehen: indem er den Anträgen der beiden Höfe zuneigt, hat er die verständigsten Modifikationen beigefügt, um Preußen immer die möglichste Freiheit zu bewahren. Wenn man nicht unwillkürlich bei dem Gedanken an die Folgen des ersten Schrittes einen Schauder empfindet, so ist es das Verdienst dieses Ministers. Zu einem bestimmten Vorschlag kommt Lombard nicht; „die Orakel", schließt er, „könnten allein entscheiden; aber die Orakel reden nicht mehr, und mancher treue Diener des Königs muß sich mit einem Seufzer gestehen, es sei leichter, seinem Herrn mit seinem Blute als mit seiner Einsicht zu dienen".

Man sieht, der Verfasser dieser Denkschrift steht noch in

den Anfängen diplomatischer Kunst. Schönrednerische Phrasen können den Mangel eines scharfen Urteils und einer kräftigen Entscheidung nicht verdecken. Aber soweit auch Lombards Arbeit hinter der klaren Auseinandersetzung des Grafen Haugwitz zurückbleibt, so sehr ist sie dem Gutachten Rüchels vorzuziehen, der mit unerträglicher Breite die mißverstandenen Vorschläge von Haugwitz verwirft und in einem widerspruchsvollen Kauderwelsch das Ergebnis seiner Erörterung als „Frieden — überraschen — entscheiden" bezeichnet[1].

Wenn auch Lombard sich nicht bestimmt für die Neutralität erklärte, so mochte er doch, ebenso wie der General Rüchel, sich bewußt sein, wohin die Neigungen des Königs gingen. Diese konnten auch durch neue Anträge des Ministeriums nicht verändert werden. Andererseits sprach sich die öffentliche Meinung auch in den höchsten Kreisen so entschieden für den Krieg aus, daß die Wage hin und her schwankte. Am 24. Mai trat der König eine Reise in die westfälischen Provinzen an. Er wollte in Minden mit dem Herzog von Braunschweig über die politische Lage sich besprechen, und die Gegner der Franzosen betrachteten es als ein günstiges Zeichen, daß auch Haugwitz vor dem Ende des Monats dorthin beschieden wurde. Am 2. Juni erfolgte zu Petershagen eine Unterredung zwischen dem Könige, dem Herzog, Haugwitz und Köckritz. Haugwitz, unterstützt von dem Herzog, wußte durchzusetzen, daß der König sich mit einem Feldzuge zur Befreiung Hollands einverstanden erklärte. Aber schon am Tage nach der Unterredung wurde dieser Entschluß wieder wankend. Der König verweigerte Haugwitz die Vollmacht zur Unterhandlung mit Grenville und Panin, und statt ihn nach Berlin zurückzusenden, ließ er sich ferner auf der Reise nach Wesel, Cassel und in die fränkischen Herzogtümer von ihm begleiten. Während derselben stiegen noch die Bedenklichkeiten, und nichts war entschieden, als man Anfang Juli nach Berlin zurückkehrte.

[1] Bailleu a. a. O. I 290 ff.

Unterdeſſen hatte der Krieg ſeinen Fortgang genommen. Deutſchland, der größere Teil der Schweiz, Italien mit Ausſchluß der genueſiſchen Riviera waren den Franzoſen entriſſen. Die verminderte Gefahr und der Wunſch, beim Frieden ein gewichtiges Wort in die Wagſchale werfen zu dürfen, alles drängte zum Anſchluß an die Koalition. Haugwitz begann eine neue Verhandlung mit Grenville; am 10. Juli gelangte man ſogar zur Formulierung eines Vertrages, der den Beifall des Königs fand. Aber zum zweiten Male geſchah, was in Petershagen geſchehen war: Friedrich Wilhelm nahm ſeine Zuſtimmung zurück; am 17. und 21. Juli wurde Haugwitz angewieſen, keine bindende Verpflichtung einzugehen, und voll Unmut wendeten die Geſandten Rußlands und Englands der preußiſchen Hauptſtadt den Rücken.

Ereigniſſe ſolcher Art mußten neben dem Aufſehen und Mißvergnügen, das ſie hervorriefen, auch die Frage anregen, wer für ſo plötzliche Wendungen oder vielmehr ein ſo ſtarres Feſthalten des preußiſchen Syſtems verantwortlich zu machen ſei. Schon früh hat man Lombard als den Schuldigen genannt. Der ſpätere bayeriſche Geſandte in Berlin, Ritter von Bray, erzählt in einer Denkſchrift, die er am 17. Oktober 1804[1] an ſeine Regierung richtete, der König ſei, nachdem er in Petershagen dem Kriege zugeſtimmt habe, beklommen und voll Beſorgnis geweſen, habe auch dieſe Gefühle vor Lombard, der die laufenden Geſchäfte mit ihm erledigte, nicht verborgen. Der Sekretär, heißt es weiter, deutete an, daß der Beſchluß des vorigen Tages nicht unwiderruflich ſei, und auf die Erwiderung des Königs, daß er doch als ein ſo junger Mann zwei ſo erfahrenen Politikern wie dem Herzog von Braunſchweig und dem Grafen Haugwitz nicht entgegentreten könne, bemerkte Lombard, als König, der alles zu leiten habe, müſſe er auch von der Notwendigkeit des zu faſſenden Beſchluſſes überzeugt ſein; niemals könne der Krieg gut geführt werden, wenn er gegen den Willen

[1] Bailleu a. a. O. II 622, vierter Anhang.

des Königs geführt würde; deshalb sei es besser, den Beschluß des vorigen Tages zurückzunehmen. Der König atmete auf bei diesem Rate und handelte demgemäß. Nach der Rückkehr des Königs sollen es wieder die Reden Lombards gewesen sein, welche im Verein mit den Ansichten seines Herrn den Abschluß des Vertrages mit England hinderten. Die Behauptungen Brays sind vermutlich auf eine Mitteilung Hardenbergs zurückzuführen; ein Vertrauter dieses Ministers, der bekannte Publizist Schöll, hat sie in der französischen Bearbeitung der Hardenbergschen Memoiren zum Teil wiederholt[1]. Schwerlich ganz ohne Grund, nur scheint man dabei den Einfluß Lombards zu überschätzen. Was eigentlich den Ausschlag gab, war unzweifelhaft der Wille des Königs, welchem Lombard seiner Stellung gemäß nicht widersprochen hat. Der französische Geschäftsträger Otto nennt, vielleicht mit größerem Recht, den Adjutanten Zastrow als denjenigen, welcher die Entscheidung zu Gunsten des Friedens herbeigeführt habe[2]. Der General Kinkel hörte schon Anfang März, ehe er nach Berlin kam, in Braunschweig von dem Herzoge, Haugwitz sei nur der Geschäftsführer des Königs; am meisten werde derselbe von Köckritz, nach diesem von Zastrow geleitet. Neben beiden nannte in Berlin Prinz Georg von Hessen, der Oheim der Königin, noch einen Herrn Mencken, einen untergeordneten Sekretär, von dem man behaupte, daß er den Franzosen verkauft sei[3]. Was aber Lombard die eigentliche Bedeutung und in den Augen seines Herrn vorzüglichen Wert gab, war die Geschicklichkeit, mit welcher er zwischen dem Könige und Haugwitz trotz der Meinungsverschiedenheit einen offenen Zwiespalt zu vermeiden wußte. Von den Diplomaten jener Zeit, besonders in Kinkels Berichten, wird öfters die Ansicht ausgesprochen, ein Minister des Auswärtigen könne auf eine so starke Verleugnung seines politischen Systems nur mit einem Entlassungsgesuche antworten. Nichts wäre aber dem Könige unangenehmer gewesen, der sich

[1] Bailleu a. a. O. I S. LII Anm. 4.
[2] Bericht vom 27. Juli 1799, Bailleu a. a. O. I S. LII Anm. 4.
[3] Vgl. Beilage Nr. XVI.

dem Grafen durch wahre Zuneigung verbunden fühlte. Recht deutlich tritt dies hervor in dem Briefe, in welchem er am 17. Juli die Teilnahme am Kriege ablehnt. Dem Freunde nicht weniger als dem Minister will er sich anvertrauen. Über den Wunsch, über die Notwendigkeit, den Koloß der französischen Macht im Norden zu schwächen, kann kein Zweifel sein, sondern allein über den Zeitpunkt, in welchem Preußen zu diesem Zwecke seine Kräfte mit Rußland und England vereinigen soll. Der König gesteht, daß er nur deshalb für den Aufschub sich entscheide, weil dieser Ausweg seinem Herzen am wenigsten Gewalt anthue. „Beinahe auf dem Punkt", fährt er fort, „die Ruhe meines Volkes durch einen Krieg auf das Spiel zu setzen, dessen Dauer und Ausgang im Grunde durch nichts gewährleistet wird, war es mir ein schmerzlicher Gedanke, daß meine Lieblingspläne geopfert oder unterbrochen würden, und so wendete ich mich zu einem Systeme, welches, indem es die Explosion hinausschiebt, mir wenigstens den Vorteil bietet, die Ereignisse zu erwarten." Um so mehr soll nun Haugwitz als treuer Freund und bewährter Ratgeber seine ganze Geschicklichkeit aufwenden, um mit den beiden Mächten ein gutes Einvernehmen zu erhalten[1]. Der ganze Ton des Briefes zeigt deutlich genug, daß eine dem Minister sehr befreundete Hand ihn geschrieben, oder vielmehr, daß Lombard ihn nicht nur geschrieben, sondern auch verfaßt hat. Enthält er auch Lombards eigene Gesinnungen? Mir scheint, sie treten deutlicher hervor in dem Privatschreiben, das er am 17. Juli der königlichen Entscheidung beilegt. „Der Charakter Ew. Excellenz", schreibt er, „ist auf eine große Probe gestellt; ich würde zittern für den Staat, wenn ein anderer als Sie, Herr Graf, diese Probe bestehen sollte. Aber wenn die Kenntnis, die ich von Ihrem Herzen habe, den Patrioten beruhigt, so bringt sie das Herz des Freundes zum Bluten. Der König, der den Eingebungen des seinigen folgt, wird für seine Ruhe nichts dabei gewinnen. Jetzt, da jede Rückkehr unmöglich geworden

[1] Bailleu a. a. O. I 316.

ist, wird ihn die Kraft Ihrer Beweggründe verfolgen. Video meliora proboque, deteriora sequor. Daran gewöhnt, daß die Eigenliebe der Menschen gegen Widerspruch sich empört und mehr als die Pflicht ihre Ansichten und Ratschläge bestimmt, hat er, als er in Ihrer letzten Denkschrift denselben Ausdruck von Ehrfurcht und Zärtlichkeit erblickte, ausgerufen: ‚Nein, nein, es ist doch der edelste Mann!‘ Teurer, verehrungswürdiger Graf, lassen Sie Ihren Eifer für diesen jungen, der Teilnahme so würdigen Fürsten nicht erkalten. Werden Fehler gemacht, so wachen Sie über ihre Folgen. Denken Sie, daß Sie mehr für den Freund arbeiten als für den Herrn; denn er ist es mit allen Kräften seiner Seele, und jeder Tag vervielfacht die Beweise unter meinen Augen. Ich bin bekümmert und niedergeschlagen; aber, wenn ich sie hätte, ich gäbe tausend Leben für Ew. Excellenz“ [1].

Es ist kaum möglich, eine abschlägige Antwort in eine versöhnlichere Form zu kleiden, als hier von Lombard geschah. Haugwitz blieb denn auch in seiner Stellung; er äußerte wohl, man zwinge ihn ja nicht, Böses zu thun, er werde nur verhindert, das Gute zur Ausführung zu bringen. Gleichzeitig mit dem Abbruch der Verhandlungen mit Rußland und England, schon am 21. Juli, begann er auf Geheiß des Königs jetzt mit dem Direktorium eine neue Unterhandlung. Preußen verlangte die Rückgabe des Herzogtums Kleve und die Unabhängigkeit Hollands. Die Lage der Verhältnisse war so, daß preußische Truppen, wenn sie wirklich vorgegangen wären, kaum einen Widerstand gefunden hätten. Zudem durften sie noch auf die Hülfe eines russisch-englischen Heeres rechnen, das sich zur Landung in Holland vorbereitete. Aber niemals ist eine diplomatische Verhandlung unter so günstigen Verhältnissen so erfolglos geblieben, und niemals ist der Widerspruch zwischen dem Kabinet und dem Ministerium so verderblich hervorgetreten. Die Stellung des Ministers war hoffnungslos: was konnten

[1] Bailleu a. a. O. I 318.

seine Forderungen, selbst seine Drohungen ausrichten, wenn gleich nachher die vertrauten Adjutanten des Königs dem französischen Geschäftsträger versicherten, ihrem Herrn sei an der Rückgabe der linksrheinischen Provinzen gar nichts gelegen; er wünsche statt ihrer entschädigt zu werden, am liebsten durch holländische Landstriche; kein preußischer Soldat werde den Rhein überschreiten. Dreimal, am 24. Juli und in den entscheidendsten Tagen, Ende August und Mitte September, konnte Otto seiner Regierung solche Nachrichten geben[1]. Der Zwiespalt im nächsten Rate des Königs teilte sich auch den höchsten Staatsbeamten mit. Der Finanzminister Struensee, ein Mann für die innere Verwaltung von unvergleichlicher Begabung und durchgreifendem Einfluß, sagte dem französischen Geschäftsträger ganz offen: Haugwitz befolge seit einiger Zeit ein bizarres System, von dem er sich gar nicht abbringen lasse; aus Besorgnis vor den österreichischen Erfolgen wolle er sich an England hängen. Der König denke im Gegenteil, daß bei den Engländern nichts zu gewinnen sei. Deshalb gebe es in der That zwei Systeme und so viele Widersprüche, besonders in Bezug auf den Erbstatthalter von Oranien, um den der König sich nicht kümmere, den aber Haugwitz wieder einsetzen wolle. „Noch vor acht Tagen", setzte Struensee hinzu, „als ich mit dem Könige arbeitete, überzeugte ich mich, daß er zum Kriege gar keine Lust hat. Man wird hier nichts verlangen als die Unabhängigkeit Hollands und der Schweiz und eine Entschädigung für Kleve. Hindern Sie nur, daß Haugwitz sich zu tief mit den Engländern einläßt, die ihn vom Morgen bis Abend belagern." In der Unterredung führte der Minister weiter aus, daß gegen Frankreich nur die Aristokraten seien, der König und das Volk jedoch entschieden für Frankreich. Die sehr nützliche Revolution, die man dort von unten nach oben gemacht habe, werde sich in Preußen von oben nach unten

[1] Otto an Talleyrand 24. Juli, 27. August und 20. September, Bailleu a. a. O. I 504, 507, 510.

vollziehen. Auch der König sei in seiner Weise Demokrat, bemühe sich ohne Unterlaß, die Privilegien des Adels zu beschränken; in wenig Jahren werde es in Preußen keine privilegierte Klasse mehr geben. Den Adeligen werde man ihre Ordensbänder lassen, die häufig eine Pension ersetzten und den Finanzen zu gute kämen; aber das Bedürfnis, bequemer leben zu können, werde sie einer einträglichern Laufbahn, der Industrie und dem Handel, zuführen[1]. Die Äußerung charakterisiert die Ansichten der Zeit und sagt eine Entwicklung vorher, die wir auf den späteren Blättern schildern müssen.

Man kann sich danach vorstellen, welches Gewicht das Direktorium auf die preußischen Forderungen legte, welche der Gesandte in Paris, Freiherr von Sandoz-Rollin, ein ältlicher, etwas bequemer Herr, ohne Kraft und Beharrlichkeit zum Vortrag brachte. Zweideutige, ausweichende Antworten, nicht selten an Verhöhnung grenzend, wurden den preußischen Noten entgegengestellt, bei der Verwaltung der besetzten preußischen Provinzen keine Beschwerde berücksichtigt, bis Ende September die Lage sich durchaus zu Gunsten Frankreichs geändert hatte. Die Russen waren von Massena bei Zürich völlig geschlagen (25. September), das englisch-russische Heer in Nordholland zurückgedrängt. Unter solchen Verhältnissen mußte man in Berlin begreifen, daß zur Durchführung der preußischen Ansprüche jede Aussicht geschwunden sei. Am 4. Oktober wurde Sandoz angewiesen, keine Note ferner einzureichen, und am 28. Oktober erklärte Haugwitz selbst in einer Denkschrift, es bleibe nichts übrig, als zur vollständigen Neutralität und zur Aufrechterhaltung der Demarkationslinie zurückzukehren[2].

Lombard erscheint bei diesen Verhandlungen insoweit wirksam, als er die Erlasse des Königs an das Ministerium zu Papier brachte und gewiß zum größeren Teile auch ent-

[1] Otto an Talleyrand 13. August 1799, Bailleu a. a. O. I 505.
[2] Bailleu a. a. O. I 340 u. 343.

warf. In persönlichem Verkehr tritt er Otto gegenüber nur einmal auf. Es war nicht lange vor der entscheidenden Wendung Ende September. Die Russen waren in Holland gelandet, der König wollte das Herzogtum Kleve, wenn die Franzosen vertrieben würden, nicht in fremde Hände übergehen lassen. Haugwitz hatte deshalb die Räumung der Provinzen gefordert, damit Preußen sie rechtzeitig besetzen könne, und Otto war beauftragt, in Berlin genau zu erkunden, was eigentlich der König verlange. Köckritz und Zastrow, an welche er sich zuerst wandte, waren durch militärische Übungen gehindert; man verwies ihn an Lombard, welcher ermächtigt sei, die wahren Gesinnungen des Königs kundzuthun. Der französische Geschäftsträger begab sich infolgedessen nach Potsdam, wo er mit Lombard eine lange Unterredung hatte. Es war das erste Mal, daß Otto ihn sah, vielleicht auch das erste Mal, daß Lombard eine wichtige Unterhandlung persönlich führte. Er hatte sich, wie Otto meint, sorgfältig vorbereitet und schien mehr eine diplomatische Note vorzulesen, als an einem Gespräche sich zu beteiligen. Aber was er vorbrachte, unterschied sich vorteilhaft von dem, was Otto über das Gerede der beiden Adjutanten zu berichten pflegt. Er führte aus, der König befürchte mit Recht, daß die Verbündeten, wenn sie vorgingen, seine Provinzen besetzen und sich darauf berufen würden, daß den Franzosen so lange Zeit dasselbe gestattet worden sei. Das frühere Direktorium habe durchaus kein Recht gehabt, die preußische Verwaltung zu beseitigen; es sei deshalb kein Akt der Schwäche, sondern nur der Gerechtigkeit, wenn man sie wieder einsetze. Die französischen Truppen könnten überall nützlicher verwendet werden als in Kleve, und die preußischen würden sicher nur im Falle augenscheinlicher Gefahr den Rhein überschreiten. „Haben Sie Vertrauen zu dem ehrlichen Charakter des Königs", setzte Lombard hinzu. „Glauben Sie mir, der König regiert ganz allein, und was auch immer die Absichten des Herrn von Haugwitz sein mögen, der Minister muß dem Könige von allem Rechenschaft geben, was Sie ihm anvertrauen." „Alle diese Eröffnungen",

bemerkt Otto, „wurden mit dem Ausdruck der Empfindung und eines lebhaften Interesses gemacht; es war der Ton eines Mannes, der alle Tage mit dem Könige arbeitet, der ihm über die öffentlichen Angelegenheiten Bericht erstattet, und der ihn zu genau kennt, um nicht ein getreues Bild von ihm zu entwerfen."

Man sieht aus dem ganzen Ton der Depesche, daß der französische Diplomat einen ungewöhnlich vorteilhaften Eindruck von Lombard erhalten hatte. Einige Tage später berichtet er: „Herr Lombard macht reißende Fortschritte in der Gunst des Monarchen, und wenn er auch auf den Platz eines Ministers keinen Anspruch erheben darf, kann er binnen kurzem eine Person von größerer Wichtigkeit werden als irgend ein Mitglied des Ministeriums. Er verbindet mit vielem Talent eine große Emsigkeit und eine Einfachheit der Sitten, die dem Könige gefällt"[1]. Gerade während einer Verhandlung, die das preußische Ministerium allerdings in Gehorsam, aber doch mit innerem Widerstreben führte, mußte denn auch dem Könige der Wert eines Mannes sich recht fühlbar machen, der wie kein anderer fähig und bereit war, den Gesinnungen und Absichten seines Herrn Worte zu leihen. Am 7. Januar 1800 wurde Lombard zum Geheimen Kabinetsrat ernannt, da er, wie es in der Königlichen Ordre heißt, „durch die schon seit länger als Jahresfrist geleisteten Dienste eines wirklichen Rates des Allerhöchsten Vertrauens sich würdig bewiesen habe"[2]. Eine Reise in die östlichen Provinzen, auf welcher er im nächsten Sommer den König begleitete, und in deren Verlauf auch Lucchesini auf seinen

[1] Otto am 20. und 25. September an Reinhard — den schwäbischen Pfarrerssohn, der in Frankreich emporgekommen und nach dem Staatsstreich vom 30. Prärial (18. Juni) 1799 auf kurze Zeit zum Minister des Auswärtigen ernannt war. Bailleu a. a. O. I 510, 513.

[2] Alle auf die Anstellung Lombards seit 1786 bezüglichen Urkunden finden sich in einem besonderen Aktenheft des Geheimen Staatsarchivs. Die Bestallung zum Geheimen Kabinetsrat ist vom 12. Januar 1800 datiert. Lombard soll sich verhalten, wie es einem mit den geheimsten Angelegenheiten betrauten Königlichen Diener wohl ansteht.

Besitzungen bei Meseritz einen Besuch erhielt[1], hat ihm in der Gunst Friedrich Wilhelms sicher nicht geschadet, und seine Fähigkeiten zur Anwendung zu bringen, dazu boten die folgenden Jahre überreiche Gelegenheit.

II.

Napoleon Bonaparte war im Oktober 1799 aus Ägypten zurückgekehrt. Der Staatsstreich vom 9. November hatte ihn an die Spitze der französischen Republik geführt; ein furchtbarer Krieg zwischen dem neu gekräftigten Frankreich und der in sich bereits uneinigen Koalition stand bevor. Durch seine ganze Stellung war der erste Konsul darauf hingewiesen, ein freundliches Verhältnis mit Preußen zu suchen. Gleich nach dem Staatsstreich schickte er seinen vertrauten Adjutanten Duroc nach Berlin, der dort aufs freundlichste empfangen wurde und den besten Eindruck machte. Frankreich und Preußen hatten in ihrer Stellung gegen das Haus Habsburg und in der inneren Entwicklung manches Gemeinsame, und die eben mitgeteilten Worte Struensees bezeugen, wie lebhaft es empfunden wurde. Nicht selten trank man in Berlin auf das Wohl Bonapartes, dessen Siege man bewundert hatte, und von welchem bei der Neugestaltung Deutschlands mehr als von Österreich sich erwarten ließ. Nicht mit Unrecht schrieb Duroc am 5. Dezember an den ersten Konsul: „Wir haben hier nur den hohen Adel gegen uns; der König, seine Armee und das Volk lieben und achten die Franzosen“[2].

Für Lombard fielen auch persönliche Verhältnisse ins Gewicht. Die nach Preußen ausgewanderte Kolonie hatte sich zwar treu ihrem neuen Vaterlande angeschlossen, aber Bildung, Sprache und das Wesentlichste der Nationalität mit einer Sorg-

[1] Am 5. Juni 1800 giebt Lombard dem Marquis aus Posen von dem bevorstehenden Besuche Nachricht. Preuß. St.-A.

[2] Bailleu a. a. O. I 514.

falt bewahrt, die man Deutschen im Auslande wünschen möchte. Was sie von Frankreich trennte, war im Grunde genommen nur die konfessionelle Unduldsamkeit, welche ihre Vorfahren vertrieben hatte. Aber diesen Scheidungsgrund hatte die Revolution beseitigt, und es mag sein, daß Dumouriez dies hervorhob, als er im Lager bei Ste. Menehould im September 1792 den gefangenen Lombard für Frankreich zu gewinnen suchte. Gerade Lombards Briefe zeugen auch von lebhaften Sympathieen, welche in der Berliner Kolonie für die französische Sache vorhanden waren. Durch die Pariser Gewaltherrschaft wurden sie freilich für mehrere Jahre zurückgedrängt; sobald aber mit Bonaparte ein Mann an die Spitze gelangte, welcher die neuen Ideen mit einem geordneten Staatswesen zu vereinigen versprach, konnten auch die alten Neigungen wieder erwachen.

Aber durfte ein preußischer Staatsmann hoffen, in dem neuen Frankreich eine sichere Stütze zu finden? Die Lage Preußens inmitten dreier Großmächte, die ihm alle an Umfang, Einwohnerzahl und Hülfsquellen überlegen waren, erforderte ebensoviel Klugheit als Behutsamkeit. Einem großen, genialen Monarchen konnte sie vielfache Gelegenheit zur Machterweiterung und zu neuen Erwerbungen bieten; aber ein Fürst wie Friedrich Wilhelm III., dessen Streben auf friedliche Entwicklung und auf Erhaltung des Erworbenen ging, sah sich nach allen Seiten von Gefahren umgeben. Da das Mißtrauen gegen Österreich fortdauerte, hätte er am liebsten in Verbindung mit dem ersten Konsul und dem aus der Koalition bereits geschiedenen russischen Kaiser eine Vereinbarung über die deutschen und europäischen Angelegenheiten zu stande gebracht. Gern erklärte er sich schon am 25. Januar bereit, die friedfertigen Gesinnungen der französischen Regierung in Petersburg zur Kenntnis zu bringen. Aber gleich hier trat hervor, was seitdem den Grundzug aller Verhandlungen zwischen Frankreich und Preußen bildet: Napoleon verlangte mehr, als der König gewähren konnte, nämlich eine bewaffnete Vermittlung, um Österreich zur Annahme der französischen Bedingungen, insbesondere zur Abtretung des

linken Rheinufers zu vermögen. Dazu konnte Preußen sich nicht entschließen. Erst als die Schlacht bei Marengo am 14. Juni das Übergewicht auf Frankreichs Seite gebracht hatte, bot der König am 30. Juni aufs neue eine friedliche Vermittlung, sei es für einen allgemeinen, sei es für einen besonderen Frieden zwischen Österreich und Frankreich an. Damit war den Franzosen nicht gedient; sehr erwünscht kam dagegen das Anerbieten, eine Verständigung mit dem Zaren herbeizuführen, der unterdessen Preußen nähergetreten war und den am 7. August 1792 abgeschlossenen Bündnisvertrag am 28. Juli 1801 auf acht Jahre erneuert hatte. So begannen im Herbst, zuerst unter der Vermittlung des Königs, in Berlin Verhandlungen zwischen dem russischen Gesandten Baron Krüdener und dem neuen Gesandten der französischen Republik, General Beurnonville.

Wenn wir Lombard im Sommer 1799 als einen Feind der revolutionären Gesinnungen, ja im ganzen als Gesinnungsgenossen von Haugwitz kennen lernten, so spricht seit dem Ende dieses Jahres alles dafür, daß er aus innerer Neigung die Annäherung zwischen Preußen und Frankreich gefördert habe. Damals, in den Anfängen Napoleonischer Herrlichkeit, wiegte man sich noch in der Hoffnung, daß der große Kriegsmann Ordnung und Ruhe in Europa dauernd begründen werde. Aus den Friedensverhandlungen zu Luneville mußte die Neugestaltung Deutschlands hervorgehen. Wie wichtig war es für Preußen, alsdann der Hülfe Frankreichs versichert zu sein! Unter diesen Verhältnissen genügte der kränkelnde, leicht zu täuschende Gesandte in Paris, Sandoz-Rollin, nicht mehr. An seine Stelle trat im Herbst 1800, es schien, durch Erfahrungen und Scharfblick vor allen anderen geeignet, der Marchese Luccheſini. Am 28. Oktober traf er in Paris ein, mit ihm Peter Lombard als Legationssekretär, dem die persönliche Zuneigung des Gesandten und eine Vertrauensstellung zwischen Haugwitz, Luccheſini und seinem Bruder, dem Geh. Kabinetsrat, über sein Amt hinaus Bedeutung gaben. Aber man mußte bald bemerken, daß es nicht leichter war, mit Napoleon als mit dem Direktorium zu unterhandeln. Lucche-

finis Vorschläge für einen allgemeinen Frieden blieben erfolglos, ebenso die preußische Vermittlung zwischen Frankreich und Rußland, da Napoleon es vorzog, sich ohne Umweg mit dem plötzlich für ihn begeisterten Zaren Paul I. in Verbindung zu setzen. Preußen betrieb jetzt ausschließlich die eigene Gebietserweiterung: man suchte eine herrschende Stellung in Norddeutschland und einen Machtzuwachs in Franken zu erhalten, fand aber weder in Paris noch in Petersburg die gehoffte Förderung. Die Ermordung Pauls I. (24. März 1801) änderte nichts; denn sein jugendlicher Nachfolger Alexander gab zwar warme Freundschaftsversicherungen, aber keine Antwort auf die preußischen Wünsche. Im Mai 1801 suchte man noch einmal eine Verständigung mit Österreich herbeizuführen; infolgedessen konnte auf dem Reichstag zu Regensburg die Einsetzung einer Reichsdeputation zur Feststellung der Entschädigungen verfügt werden. Aber die verschiedenen Ansichten über die Erhaltung der geistlichen Kurfürstentümer führten zu neuer Entzweiung, und so war es doch wieder Frankreich, auf das man im Herbste 1801 zurückkommen mußte. Haugwitz sagte zu Beurnonville: „Wir haben Rußland zu schonen, vor Österreich uns zu hüten, Frankreich zu lieben.“ Aber Napoleon war wenig geneigt, seine Gegenliebe durch Zugeständnisse zu beweisen. Erst im Februar 1802, als die Friedensverhandlungen mit England stockten und insbesondere die Anerkennung der italienischen Eroberungen verweigert wurde, zeigte er sich, um eine solche von Preußen zu erlangen, willfähriger. Zwar zog er, als der Friede mit England zu Amiens am 27. März zum Abschluß gekommen war, einen Teil seiner Anerbietungen wieder zurück; aber es blieb doch eine Grundlage, über welche Lucchesini mit dem nach Paris zurückberufenen Beurnonville seit dem 19. Mai verhandeln konnte. Das Ergebnis war der Vertrag vom 23. Mai 1802. Preußen mußte auf die begehrten fränkischen Bistümer, das Herzogtum Westfalen und Recklinghausen verzichten, erwarb aber den größern Teil von Münster mit der Hauptstadt und außer einigen Reichs-

städten und Abteien noch Paderborn, Hildesheim, Erfurt und das Eichsfeld und für den Prinzen von Oranien Fulda und Korvey.

Friedrich Wilhelm empfing die Nachricht von dem Abschluß des Vertrages in Königsberg auf dem Wege zu einer Zusammenkunft, die für die Folgezeit von größter Bedeutung wurde. Er tauschte in Memel (9. Juni) mit dem jungen Zaren Versicherungen enthusiastischer Freundschaft aus, wie sie der damaligen Zeit so geläufig waren. Beurnonville hatte versucht, den russischen Gesandten in Paris, Grafen Markow, dafür verantwortlich zu machen, daß Preußen nicht alle Vorteile, die es wünschte, erhalten habe. Die beiden Monarchen fanden darin einen Beweis von der Zweideutigkeit der französischen Politik. Lombard, der den König nach Memel begleitet hatte, wurde beauftragt, mit dem russischen Minister Kotschubey insbesondere die französischen Angelegenheiten zu besprechen. Er glaubte sich kräftig ausgedrückt zu haben, und in einer Denkschrift späterer Jahre ruft er dem König in Erinnerung, daß seine Worte auf den Kaiser und den Minister tiefen Eindruck gemacht hätten. Seine Enttäuschung würde nicht gering gewesen sein, hätte er die Instruktion gelesen, welche am 8. Juli dem für Berlin neu ernannten Gesandten, Max von Alopäus, übersandt wurde. Die Zusammenkunft in Memel, hieß es darin, habe einen politischen Zweck weder erreichen sollen noch erreicht. Der König und seine Minister hätten sich ganz und gar dem ersten Konsul überliefert, wenn auch der König nicht gerade besondere Freundschaft für ihn hege. Man habe Grund zu dem Argwohn, daß Preußen gleich nach der Regelung der Entschädigungen ein Bündnis mit Frankreich abschließen würde; sicher sei dies der Wunsch der Herren Lombard und Köckritz[1]. Kein Verdacht konnte weniger begründet sein. Mit dem Inhalt des Vertrages war übrigens der König, wenn auch nicht jeder Wunsch erreicht war, wohl zufrieden. Der bedeutende Zuwachs an Staatsgebiet, Einwohnern und Einkünften ließ über alle Bedenklichkeiten hin-

[1] F. v. Martens, Recueil des traités, conclus par la Russie. T. VI: Traités avec l'Allemagne. S. 298. Petersburg 1883.

wegsehen; noch ehe die Reichsdeputation am 25. Februar 1803 die Zustimmung des Reiches ausgesprochen hatte, nahm Preußen von den mit Frankreich vereinbarten Entschädigungen Besitz. Lombard mußte am 6. Juni im Namen des Königs an Haugwitz und Lucchesini Dankschreiben richten[1]; das letztere begleitet er mit einem Privatbriefe voll Freude und Bewunderung und zugleich mit dem Hinweis auf die Belohnung, welche der Marquis zu erwarten habe. Lucchesini bittet wieder am 3. Juli in seinem Dankschreiben an den König, man möge Peter Lombard, der inzwischen am 19. April nach Berlin zurückgekehrt war[2], nicht unbelohnt lassen; der junge Mann habe ihm 18 Monate zur Seite gestanden und insbesondere bei Talleyrand die Wege zum Abschluß des Vertrages gebahnt. Natürlich fehlte es auch nicht an den üblichen gegenseitigen Geschenken für die bei der Abschließung beteiligten Diplomaten, und es ist ein Beweis von Lombards gesteigertem Einfluß, daß er bei solchen Dankbezeugungen mit den Ministern und Gesandten in eine Reihe gestellt wird. In einem Briefe an Lucchesini vom 13. Juni 1802 macht Haugwitz besonders darauf aufmerksam, daß man Lombard in Paris nicht übergehen möge[3]. Schon Rußland — bei dem Vertrage vom 28. Juli 1800 — und das Königreich Etrurien — bei der Anerkennung im Sommer 1801 — hätten diesen Gebrauch beobachtet. Auch manche Äußerungen fremder Diplomaten lassen erkennen, wie hoch man die Bedeutung Lombards im Rate des Königs bereits anschlug. Der österreichische Gesandte Graf Stadion behandelte ihn während seines Aufenthaltes in Berlin mit Auszeichnung[4]. Beurnonville schreibt schon am 25. Februar 1800 nach Paris, der König arbeite

[1] Bailleu a. a. O. II 97—100.

[2] Bailleu a. a. O. II 102.

[3] Eigenhändige Nachschrift von Haugwitz; „En attendant je me permettrai une seule remarque. J'ai été bien aise de voir établir un usage, qui favorise mon bon ami, l'honnête Lombard, le conseiller privé au Cabinet du Roi. La Russie l'a suivi, et récemment encore le roi d'Etrurie. Je me flatte, qu' à Paris on ne s'en écartera pas." Preuß. St.-A.

[4] Bailleu a. a. O. II S. XIX.

gewöhnlich mit Lombard, zuweilen mit seinen Adjutanten, sehr selten mit den Ministern; er verfehlt nicht, gelegentliche Äußerungen des Kabinetsrats mitzuteilen. In einem Briefe an Talleyrand, zwei Tage nach dem Abschluß des Vertrages vom 23. Mai 1802, nennt er Lombard den wahren Kabinetsminister von Preußen[1].

Von echtem Vertrauen oder gar von einer Hingebung an Frankreich waren der König und seine Räte, nicht bloß Haugwitz sondern auch Lombard, weit entfernt. Aber unzweifelhaft hat gerade der letztere seiner Abneigung, Preußen in einen Krieg mit Napoleon zu verwickeln, sowohl in der Berliner Gesellschaft als besonders im Verkehr mit den französischen Gesandten deutlichen Ausdruck gegeben. Natürlich wurde ihm dies von denen verdacht, welche in dem Anschluß Preußens an die Koalition das Heil und die Rettung Europas sahen. Nach den Sitten jener Zeit unterließ man nicht, die Ansichten eines politischen Gegners durch Anschuldigungen gegen seinen Charakter und sein Privatleben zu verdächtigen. In der Denkschrift eines ausgezeichneten russischen Diplomaten, des Grafen Simon Woronzow, heißt es schon am 10. Oktober 1801, aller Welt sei bekannt, daß der König von Preußen für sich selbst gar nichts sei; er werde von Haugwitz gelenkt, der sich stelle, als ob er keinen Einfluß habe, und noch mehr gelenkt durch einen Sekretär, Namens Lombard, den derselbe Minister ihm gegeben habe, ferner durch einen andern Sekretär und zwei Adjutanten, alle an Frankreich verkauft[2]. Ein Jahr später, als Woronzow auf einer Reise von London nach Petersburg im November 1802 einige Zeit in Berlin verweilt hatte, giebt er seinem Bruder Alexander Woronzow eine eingehende Schilderung des preußischen Hofes. So sehr er die innere Verwaltung unter Struensee und Schulenburg lobt, so bitter ist seine Schilderung des Grafen Haugwitz. Abermals erhebt er gegen den Minister und nicht

[1] Bailleu a. a. O. I 513, 526; II 97.

[2] Archiv des Fürsten Woronzow X 284.

weniger gegen Köckritz und Lombard den Vorwurf, daß sie an Frankreich verkauft seien[1]. Übrigens berichtet auch Beurnonville, Lombard sei immer gut französisch und der französischen Gesandtschaft in den letzten Jahren sehr nützlich gewesen[2]. Lombard selbst schildert seine Gesinnungen in einem Briefe an Talleyrand vom 25. November 1802, in welchem er für das nach dem Abschluß des Entschädigungs-Vertrags ihm zugegangene Geschenk von 1000 Louisdor seinen Dank abstattet. „Herr von Lucchesini", schreibt er, „hat mir in Ihrem Namen das Zeichen des Wohlwollens zukommen lassen, welches der Erste Konsul für mich bestimmte. Manchen hätte es stolz gemacht, manchen für ein weniger edles Gefühl empfänglich gefunden; ich verdanke ihm einen Augenblick wahren Glückes. Berufen, Tag für Tag in den Gesinnungen des Königs zu lesen, hätte ich kein preußisches Herz, wenn es nicht französisch wäre. Aber wie glücklich machen mich die Gesetze, welche mir die Pflicht auferlegt, und wie unglücklich wäre ich mit meinem Namen, meiner Erziehung, meinem Geschmack und meinen Neigungen, wenn sie mir nicht ein Anrecht auf das Vertrauen meines Herrn erwürben[3]!"

Man darf wohl in den etwas überschwänglichen Worten dieses Briefes den Ton erkennen, in welchem Lombard mit den französischen Gesandten zu verkehren pflegte. Die Annahme des Geschenkes hat man ihm in späterer Zeit zum Vorwurf gemacht; mit Unrecht, denn sie erfolgte mit Wissen und Willen des Königs und im Anschluß an die diplomatischen Gewohnheiten der Zeit. Aber es gab ein Mittel, vielleicht gefährlicher als Geld, um Lombard für die Franzosen zu gewinnen. Litterarische Interessen wiesen ihn auf Frankreich hin. Sein poetisches Talent auszubilden, wurde durch die Sorgen und Anstrengungen eines so bedeutenden Amtes zwar unmöglich, doch hatte er zu keiner

[1] Archiv des Fürsten Woronzow X 192.

[2] Beurnonville an Talleyrand, 25. Mai 1802; Bailleu a. a. O. II 97.

[3] Bailleu a. a. O. II 116.

Zeit von den Musen sich gänzlich losgesagt; nur wurde eine an sich nicht unbedeutende produktive Kraft vorzugsweise auf Gelegenheitsgedichte und Übersetzungen verwendet. Jeder Dichter hat es als einen Nachteil erkennen müssen, wenn die Sprache, in welcher er schreibt, in dem Lande, wo er schreibt, eine fremde ist. Für Lombard wurde dieser Nachteil einigermaßen durch die zahlreich nach Berlin kommenden Emigranten ausgeglichen; Frau von Genlis war nicht bloß mit seinem Bruder, sondern auch mit Lombard und seiner Frau in näheren Verkehr getreten. Durch Peter Lombard wurden dann in Paris litterarische Beziehungen vermittelt. Luccheſini besaß neben einer ausgebreiteten Gelehrsamkeit ein fein gebildetes Gefühl für Poesie; an seiner gastfreien, glänzenden Tafel ergingen sich Gelehrte und Schriftsteller oft in freieren Reden, als dem Beherrscher Frankreichs zusagte. Natürlich fand auch der talentvolle Legationssekretär in diesen Kreisen Eingang; vor allem erfreute ihn aber das Wiedersehen mit seiner alten Freundin, welches er im März 1801 in einem Briefe an seine Schwägerin mit entzückten Worten schildert[1]. „Wenn ich Ihnen", berichtet er, „noch niemals von meiner Freundin Genlis schrieb, so geschah es, weil ich wirklich glaubte, daß solche Neuigkeiten Sie wenig interessierten. Mit Vergnügen sehe ich, daß ich mich darin getäuscht habe; die Freundschaft hat einmal die Schwäche, zu verlangen, daß alle Welt die Neigungen teilen solle, die wir für diese oder jene Person empfinden. Ich sage also, daß meine Freundin sich hier vollkommen glücklich fühlt, und daß, wenn meine Freundschaft und Achtung für sie der Steigerung fähig wären, die Art, wie sie sich hier benimmt, meine Liebe und Verehrung noch steigern würde. Begabt mit allen Eigenschaften, mit allen Talenten, mit allem Geist, den man braucht, um den Beifall der ganzen Welt zu finden, mit ihrem großen schriftstellerischen

[1] Von allen Briefen Peter Lombards ist dies der einzige, der sich im Nachlaß seines Bruders vorfindet. Das Datum erhellt annähernd aus der Angabe, daß der Schreiber seit fünf Monaten in Paris verweile. Peter unterzeichnet sich, wie auch nicht selten in den Briefen an Luccheſini, als „Leonce".

Ruhm und bei dem Interesse, das schwere Unglücksfälle einflößen, hätte es nur von ihr abgehangen, sich in den Strudel der großen Cirkel zu werfen und ihre schönste Zierde zu werden. Aber, weit entfernt, den Aufforderungen ihrer Kinder, ihrer Freunde, sogar des Ersten Konsuls und aller ausgezeichneten Persönlichkeiten in Paris nachzukommen, hat sie sich in ein sehr entferntes Quartier zurückgezogen, wo sie ihre Zeit zwischen Studien und Spaziergängen teilt. Die Trümmer ihres Vermögens, das Einkommen aus der Veröffentlichung ihrer Werke geben ihr genug, um anständig und bequem zu leben. Sie können sich die Freude vorstellen, die meine Anwesenheit ihr verursachte. Aus Furcht, es möchte sie zu sehr aufregen, wenn ich mich ganz unvermutet ihr vorstellte, hatte ich ein Blatt Papier von Hause mitgenommen, auf das ich geschrieben hatte: ‚Ein Wort, meine teure Freundin, und Ihr Kind liegt zu ihren Füßen!' Ich gab es ihrer Kammerfrau. Es war genug für sie, meine Schrift zu erkennen, um zu ahnen, daß ich da sei, und kaum hatte ich das Billet abgegeben, als sie schon in meinen Armen lag. Ich sage Ihnen nicht, was ich empfand; solche Bewegungen beständen nicht mehr, wenn man sie beschreiben könnte. Ich liebe sie wie meine Mutter, und sie hält mich wert wie ihren Sohn; darin liegt das Maß unserer gegenseitigen Gefühle. Ich sehe sie sehr häufig, und immer mit neuer Freude. Sie ist es, die mir geraten hat, das Tagebuch anzulegen, das ich regelmäßig an Adolf schicke und das ich eines Tages mit vielem Interesse wiederfinden werde. Sagen Sie mir doch, teure Freundin, wenn Sie mir das nächste Mal wieder schreiben, etwas Verbindliches für sie. Sie sind die einzige Frau in Berlin, die ganz unbedingt ihren Beifall findet."

Dem bekannten Kritiker Laharpe legte Peter Lombard Manuskripte seines Bruders vor. Der „alte Aristarch" fand aber mehr auszusetzen, als dem Verfasser lieb war, und der junge Vermittler vergleicht sich mit Gil Blas, der zu eigenem Schaden den Erzbischof von Granada auf den verminderten Wert seiner Predigten aufmerksam machte. Immer lautete aber auch dies

Urteil günſtig genug, um Lombard zu einer Veröffentlichung anzuregen. Treu dem Lieblingsdichter ſeiner Jugend, hatte er einen beträchtlichen Teil der Äneide überſetzt, jetzt ließ er vorläufig den vierten Geſang in Paris und Berlin erſcheinen[1]. „Den franzöſiſchen Litteraturfreunden", heißt es in der Vorrede, „unterbreite ich eine ſeltſame Erſcheinung (phénomène), die vielleicht mehr ihre Nachſicht anſprechen als ihre Strenge herausfordern wird. Ein Deutſcher, der, ohne Frankreich jemals geſehen zu haben, ohne andere Hülfsmittel als die großen Vorbilder, die es hervorbrachte, ſich in franzöſiſcher Sprache und zuerſt an einer ſo ſchwierigen Aufgabe, wie die Überſetzung der Äneide, verſucht, wagt nichts, gerade weil er alles wagt . . Ich ſchreibe in einem Lande, wo man die franzöſiſche Litteratur pflegt, wo aber die Tribunale, die in Paris entſcheiden, ſich nicht finden; die Kritiker, die ich anrufen konnte, ſind, wie ich ſelbſt, nur Liebhaber. Ohne Anhaltspunkte für die Verdienſte meines Werks, beinahe ohne Anhaltspunkte für ſeine Mängel, trete ich auf den Kampfplatz. Soviel meine Verſe unzweifelhaft dadurch verloren haben, ſoviel wird meine Eigenliebe dadurch gewinnen; finde ich Beifall, ſo habe ich die ganze Freude der Überraſchung, aber nicht ihren Kummer, wenn es mißlingt."

Die Aufnahme war ſo, daß ſie den Autor befriedigen konnte, doch nicht wärmer als verdient[2]. Denn die Überſetzung kann neben dem, was bis dahin in Frankreich auf dieſem Felde geleiſtet war, beſtehen. Man wird ſie noch heute mit Vergnügen

[1] Énéide, Livre quatrième; traduit en vers français par J. Lombard, conseiller intime du Roi de Prusse. Paris, Charles Pougens; Berlin, Unger, 1802.

[2] Lombard an Lucchesini, 13. Mai 1802: Je reçois enfin l'Énéide. Vous connaissez les deux épigrammes de Boileau sur Attila et Agésilas [zwei Trauerſpiele des alternden Corneille]:

„J'ai vu Agésilas — Hélas.
Mais j'ai vu Attila — Holà."

Je consens, qu'on me dise Holà, mais en vérité on peut dire à d'autres Hélas. Je tombe des nues. Mais au nom du ciel, ne me trahissez pas, je sais que mon opinion est encore moins ici que partout ailleurs. Preuß. St.-A.

leſen; die in Deutſchland ſchon weit ausgebildete Kunſt des Überſetzens mag dem Deutſchen auch bei dem Gebrauch der fremden Sprache zu gute gekommen ſein. Lobende Beurteilungen finden ſich im „Mercure de France“ vom Germinal. An X, S. 111 (März-April 1802) und in der „Gazette de France“ vom 20 Ventôse, An X (11. März 1802), die letztere ſehr eingehend, mit feinem Urteil geſchrieben und die Mängel ſo freimütig hervorhebend, daß man auch die Lobſprüche für aufrichtig halten muß. Allerdings mag es den Franzoſen geſchmeichelt haben, den ſchon bekannten Geheimen Kabinetsrat des Königs von Preußen mit franzöſiſchen Verſen beſchäftigt zu ſehen. Lombard hatte dem Erſten Konſul durch Beurnonville[1] ein Exemplar ſeiner Arbeit zugehen laſſen. Nicht lange vorher war, keineswegs zu Napoleons Wohlgefallen, Schillers „Don Carlos“ überſetzt worden; Auguſt Wilhelm Schlegel und die romantiſche Schule ſtanden im Kampfe gegen das franzöſiſche Drama; um ſo erwünſchter war es jetzt, aus der preußiſchen Hauptſtadt einen ſo warmen Verehrer der franzöſiſchen Muſter aufführen zu können. Die Recenſion in der „Gazette de France“ beginnt denn auch mit der Bemerkung: Während eine große Zahl von Franzoſen die franzöſiſche Litteratur durch einen Haufen (fatras) ſchlechter Überſetzungen entehre, ſei es merkwürdig, daß ein Deutſcher, der Frankreich nie geſehen, eine Überſetzung der Äneide in franzöſiſchen Verſen wage.

Am meiſten hätte dem Autor eine offizielle Anerkennung ſeines Werkes geſchmeichelt. Er hatte Beurnonville erſucht, dahin zu wirken, daß man ihn als auswärtiges Ehrenmitglied in das franzöſiſche Inſtitut aufnehme. Die Erfüllung dieſes Wunſches war von Bonaparte zugeſagt, und Beurnonville verfehlte nicht, in dem mehrfach angeführten Briefe vom 25. Mai an das Verſprechen zu erinnern. Lombard, meint er, werde nach einer ſolchen Auszeichnung ſich der franzöſiſchen Geſandtſchaft mit noch größerem Eifer als bisher gefällig erweiſen.

[1] Beurnonville an Talleyrand, 25. Mai 1802, Bailleu a. a. O. II 97.

Wie sehr Lombard die Sache am Herzen lag, lassen seine Briefe nur zu deutlich erkennen. Wenn er Luccheſini am 28. November das früher mitgeteilte Dankschreiben an Talleyrand übersendet, versäumt er nicht, seine litterarischen Wünsche in Erinnerung zu bringen. Im Dezember bittet er den Marquis um Auskunft; es sei nicht Eitelkeit, bemerkt er, die ihn treibe, sondern er habe einen wirklichen Vorteil im Auge, der zum Glück seines Lebens beitragen könne[1]. Gleichwohl ist die Ernennung niemals erfolgt. Lombard mußte sich begnügen, daß ihn in späterer Zeit die Akademie des Gard-Departements in Nismes zu ihrem Mitglied ernannte[2].

Dagegen ging ein anderer Wunsch, den Lombard mit der Aufnahme in das französische Institut verknüpft hatte, in Erfüllung; die philosophische Klasse der Berliner Akademie erwählte ihn am 24. Januar 1803 einstimmig zum außerordentlichen Mitglied. In dem Bericht an den König wird hervorgehoben, Lombard habe „sich durch Geschmack und Kenntnisse so sehr ausgezeichnet, daß noch neulich seine bekannte Übersetzung die Aufmerksamkeit, ja die Eifersucht einer fremden Nation erregt habe“[3]. Der König bestätigte die Wahl gleich am 27.; er hatte an der Sache persönlichen Anteil genommen. Als Lombard am andern Morgen zu ihm kam, gab er ihm mit den freundlichsten Worten selbst die Nachricht. „Nun, Herr Lombard“, sagte er, „Sie steigen ja von Würde zu Würde; wo soll das enden! Ich habe mit Vergnügen die Wahl bestätigt“[4].

[1] Bailleu a. a. O. II 121, 122.

[2] Das Diplom vom 11. Januar fällt entweder in das Jahr 1804 oder 1807; für das erstere Jahr spricht die politische Lage der Zeit, für das letztere die nicht ganz deutliche Form der Ziffer.

[3] In derselben Sitzung wurde auf königlichen Befehl vom 18. Januar Kotzebue nicht ohne Widerspruch und nur mit Stimmenmehrheit zum außerordentlichen Mitglied erwählt. — Das Diplom Lombards vom 3. Februar, unterzeichnet von Merian, Bernoulli, Borgstede und de Castillon, findet sich im Nachlaß.

[4] Bignon an Talleyrand, 29. Januar 1803, Bailleu a. a. O. II 123. Bignon stand an der Spitze der Gesandtschaft seit dem Abgange Beurnonvilles bis zur Ankunft Laforests.

Bignon, der französische Geschäftsträger, beeilte sich schon am 29. Januar über diese Ernennung an Talleyrand zu berichten; er setzt hinzu: „Ich habe Ihnen bereits von den kleinen litterarischen Diners bei Herrn Lombard und mir erzählt. Gestern war der Tag des Herrn Lombard, aber statt unseres sehr engen Cirkels gab es eine große Gesellschaft, darunter Herr von Haugwitz und — der russische Gesandte — von Alopäus." Die förmliche Aufnahme fand am 3. Februar statt. In den folgenden Jahren wird Lombard in den Berichten der Akademie mehr als einmal erwähnt, und er mag mit Befriedigung auch auf den Erfolg seiner poetischen Thätigkeit zurückgeblickt haben, als er in der Sitzung vom 26. Januar 1804 eine poetische Ode zur Feier der am 12. Januar erfolgten Vermählung der Prinzessin Marie von Hessen-Homburg mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen verlesen konnte.

Fünftes Kapitel.

Lombards Sendung nach Brüſſel
(Juli 1803) und
die Wegführung Rumbolds
(Oktober 1804).

I.

So günſtig die Übereinkunft vom 23. Mai 1802 auch ſcheinen mochte, die Machtſtellung Preußens hatte ſie weder in Franken noch in Norddeutſchland noch inmitten der europäiſchen Verwicklungen ausreichend gekräftigt. Preußen begrüßte es mit Freuden, als Rußland und Frankreich in dem Vertrage vom 3. Juni 1802 ſich einigten; aber die Folge war, daß der kleinere Staat zwiſchen den beiden großen Mächten nicht etwa den Ausſchlag gab, ſondern dem, was ſie unter ſich vereinbarten, gern oder ungern ſich fügen mußte. So erfolgte auch die Verteilung der Entſchädigungslande durchaus nach dem Willen des Zaren und des Erſten Konſuls, der die Grundlage des Rheinbundes ſchon jetzt unverkennbar vorbereitete. Mit dem Vorſchlag eines Dreibundes fand Preußen weder in Paris noch in Petersburg Gehör. Die Ausführung des Friedens von Amiens (27. März 1802) begegnete ſo großen Schwierigkeiten, daß ſchon zu Anfang des folgenden Jahres der Beginn eines neuen Krieges zwiſchen Frankreich und England in naher Ausſicht ſtand. Nun trat die Gefahr heran, der man ſchon lange

mit Besorgnis entgegengesehen, aber doch nicht vorgebeugt hatte. Im März 1803 erschien der General Duroc in Berlin mit der Ankündigung, daß Napoleon im Falle des Krieges die deutschen Länder des Königs von England besetzen würde. Von Holland aus konnten französische Heere beinahe ohne Schwertstreich über die Ems in Deutschland eindringen, die Hauptadern des Verkehrs unterbinden und gerade die für Preußen bedrohlichste Stellung einnehmen. In den Jahren 1796 und 98 hatte die Demarkationslinie den Plänen des Direktoriums ein Hindernis entgegengesetzt; 1801 war Preußen durch zeitweilige Besetzung Hannovers der Gefahr zuvorgekommen. Jetzt war die Demarkationslinie aufgegeben, man wollte die Freundschaft Frankreichs und seine Unterstützung bei den noch bevorstehenden Verwickelungen in Deutschland nicht entbehren und begnügte sich, in London und Paris fruchtlose Vorschläge zu Gunsten des Friedens zu machen. Das einzig Wirksame wäre die nochmalige Besetzung Hannovers gewesen; dazu forderte auch Haugwitz in den dringendsten Worten auf; einen Augenblick war ihm sogar die Zustimmung des Königs beinahe gesichert. Aber wieder kamen die Zweifel und Bedenken; Laforest, der französische Gesandte, welcher am 18. Mai nach Berlin gekommen war, schrieb um diese Zeit: „Der König ist furchtsam und von furchtsamen Leuten umgeben“[1]. Die Furchtsamsten waren gerade die militärischen Ratgeber. Am 28. Mai fand zu Körbelitz unweit Magdeburg bei Gelegenheit der Manöver eine Konferenz statt, zu der auch Haugwitz geladen war. Aber er konnte mit seiner Meinung nicht durchdringen. Der Herzog von Braunschweig unterstützte ihn nicht; Köckritz widersprach am bestimmtesten. Der König wollte weder von der Besetzung des Landes noch von der Aufstellung einer Truppenmacht hören; statt dessen ließ er in Paris vorschlagen, Hannover solle, um

[1] Bailleu a. a. O. II S. XXXI ff., XXXVI, 151. Ganz übereinstimmend lautet die Darstellung des russischen Gesandten Alopäus, bei Martens a. a. O. VI 308 ff.

frei zu bleiben, eine Kontribution entrichten[1]. Mittlerweile waren die französischen Truppen von Holland in Hannover eingerückt, nur 12000 Mann, und doch ohne Widerstand zu finden, da die schwache Regentschaft, statt sich zur Abwehr vorzubereiten, auf die preußische Verwendung in Paris sich verlassen hatte. Mißmutig kehrte Haugwitz nach Berlin zurück; er sah das System, welches er seit 1796 befolgt hatte, aufgegeben, Preußens Ansehen bei den norddeutschen Staaten unheilbar geschädigt; wenig fehlte, daß er schon damals sich zurückgezogen hätte. In einer Denkschrift vom 4. Juni hat er noch einmal dem König dringend ans Herz gelegt, durch Verständigung mit Sachsen, Hessen und Dänemark und durch eine von Rußland damals angebotene Vereinbarung die Hansestädte und Norddeutschland zu sichern. Aber der König, der sich anfangs Juni, wieder begleitet von Lombard, nach Thüringen, dann in die fränkischen Herzogtümer begeben hatte, blieb bei seinem früheren Entschluß: nur im Falle eines französischen Angriffs auf preußisches Gebiet wollte er zu den Waffen greifen[2]. Den Franzosen blieb diese Gesinnung nicht unbekannt, regte aber nur zu neuen Übergriffen an; Ritzebüttel und Cuxhaven wurden besetzt, der Handel auf Elbe und Weser gestört, die Hansestädte durch lästige Forderungen bedrängt. Die Stimmung der Berliner Bevölkerung war durch alles dies nicht wenig gereizt, als der König am 30. Juni wieder in Potsdam eintraf. Eine neue Denkschrift des Grafen Haugwitz vom 28. Juni[3] forderte die Mobilmachung eines Corps von 40000 bis 50000 Mann und eine Einigung mit Rußland; dazu kamen die warnenden Berichte Luccheſinis und die Vorstellungen des gegen Frankreich längst wieder aufgeregten Zaren. Der König

[1] Vertraulicher Erlaß an Luccheſini vom 28. Mai 1803, Bailleu a. a. O. II 147; ostensibler Erlaß an denselben, ebenda S. 145. Das erstere Schriftstück hat Peter Lombard geschrieben, sein Bruder wahrscheinlich diktiert.

[2] Vgl. das von Lombard verfaßte Schreiben des Königs an Haugwitz aus Ansbach vom 9. Juni 1803, Bailleu a. a. O. II 159.

[3] Bailleu a. a. O. II 174; Martens a. a. O. VI 319.

erkannte die Notwendigkeit, sich wenigstens Klarheit zu verschaffen. Zu diesem Zwecke wollte er, ähnlich wie Napoleon zweimal Duroc nach Berlin geschickt hatte, eine Vertrauensperson an den Ersten Konsul senden, und nach einer Beratung mit Haugwitz am 6. Juli fiel seine Wahl auf Lombard.

Man wußte, daß Bonaparte eine Reise nach Belgien antreten werde; mit einem Briefe, den der König am 7. Juli eigenhändig niederschrieb, dessen Stil aber den Verfasser deutlich genug erkennen läßt, reiste Lombard, von seinem Bruder begleitet, ihm entgegen. In dem Briefe wies der König auf das unbegrenzte Vertrauen hin, das er dem ersten Konsul bewiesen habe; er beklagte die Besetzung von Ritzebüttel und Cuxhafen und bat um eine Versicherung, daß jetzt, nach der Besetzung von Hannover, die Neutralität Norddeutschlands sowie die Freiheit der Schiffahrt und des Handels nicht gestört werden sollten[1]. Lombard selbst erhielt keine eigentliche Instruktion; nicht einmal etwas Schriftliches; seine Kenntnis von dem Charakter und den geheimsten Gedanken des Königs, die Erfahrungen, die er in seinem Amte hatte machen können, sollten ihm bei den Unterredungen mit Bonaparte als Richtschnur dienen[2].

Nach eiliger Reise am 15. Juli in Brüssel angelangt, mußte er beinahe noch eine Woche auf Bonaparte warten[3]; erst am 23. erhielt er eine Audienz. Man hat schon in da-

---

[1] Bailleu a. a. O. II 179.

[2] Lombard an Lucchesini, 16. Juli, Bailleu a. a. O. II 183. Erst nachträglich erklärt eine von Haugwitz unterzeichnete Instruktion vom 11. Juli als den Hauptwunsch, die Franzosen möchten sich von der Elbe zurückziehen. Am 20. Juli dankt Lombard dem aimable maître für die Depesche. Preuß. St.-A.

[3] Lombard an Haugwitz aus Brüssel 16. Juli. Preuß. St.-A. Bonaparte an den Konsul Cambacérès, Brüssel 22. Juli: Je suis arrivé hier à huit heures du soir. J'ai trouvé ici M. Lombard, secrétaire intime du roi de Prusse, chargé de me remettre une lettre dont on dit l'objet important. Je le recevrai demain. Corresp. de Napoléon I., VIII 520.

maliger Zeit und besonders in den späteren Jahren des Unglücks viel gegen die Sendung und noch mehr gegen die Person des Gesandten eingewendet. Man hat es dem Könige als einen Fehler angerechnet, daß er statt eines vornehmen Würdenträgers einen bürgerlichen Kabinetsrat an den Ersten Konsul geschickt und diesen schon dadurch beleidigt habe. In Wahrheit dachte Napoleon viel klüger; er empfing den Abgesandten als einen Freund des Königs mit ausgezeichnetem Wohlwollen, das freilich größere Gefahren in sich barg als eine abweisende Haltung. Man braucht nicht an die frühzeitig verbreiteten Erfindungen zu glauben, wie Napoleon die Mondscheinphantasieen der Malvina aus dem Ossian in Lombards Übersetzung vorgelesen und über Frieden und Menschenglück in langen Tiraden sich ergangen habe[1]. Wahrscheinlicher klingt es schon, daß er die Schriften Friedrichs des Großen als solche pries, die er immer von neuem lese und auf Reisen mit sich führe; denn schon sechs Jahre früher hatte er dem preußischen Gesandten in Paris ganz Ähnliches anvertraut. Sicher war sein Benehmen darauf berechnet, Lombard zu gewinnen, und wie schwer war es, dem, wenn er wollte, bezaubernd liebenswürdigen Manne zu widerstehen! Konnte es nicht dem bürgerlichen Emporkömmling, dem Sohne eines Haarkräuslers den Kopf verrücken, wenn der mächtigste Mann der Welt es der Mühe wert hielt, ihm zu schmeicheln? Napoleon brachte mehr als einmal den Abend mit ihm zu, lud ihn zur Tafel und in den Kreis seiner Gemahlin. Dabei wurden Fragen der Geschichte und der Litteratur besprochen, und der Erste Konsul fand Gelegenheit, seine politischen Pläne, seine Zuneigung zu Preußen und zum Könige in das schönste Licht zu setzen. Auch in den offiziellen Unterredungen zeigte er sich wohlwollend und einer fremden Auffassung nicht unzugänglich. Lombard war ohne große Hoffnungen nach Brüssel gekommen;

[1] Dieses Gerede könnte im 7. Kapitel des 1. Bandes von W. Alexis' „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" ungefähr richtig wiedergegeben sein.

in einem Briefe an Lucchesini vom 16. Juli verspricht er sich von seiner Reise weder Ehre, Freude noch Erfolg. Es handelte sich um einen der streitigsten Punkte des damaligen Völkerrechts, die Stellung der Neutralen; wie die Engländer zur See schon lange ihre Macht mißbrauchten, so wollte jetzt Napoleon zu Lande keine Schranke mehr anerkennen. Lombard trat „mit einer Wärme, die nicht mißfiel" für die Rechte der Neutralen ein; der Erste Konsul suchte dagegen die Besetzung von Hannover zu entschuldigen. Er habe wohl vorhergesehen, daß sie dem König nicht angenehm sein würde, denn niemand habe gern Armeen und Unruhen in seiner Nähe; deshalb habe er die Interessen Preußens soviel als möglich geschont und die Zahl der zur Besetzung bestimmten Truppen sogar in einer für ihn gefährlichen Weise beschränkt. Die Angelegenheit von Cuxhaven bedauerte er, meinte aber, sie habe nicht viel zu bedeuten gegenüber den Gewaltthaten, welche England gegen den neutralen Handel sich erlaube; wenn die Engländer die Blockade der Elbe aufgäben, sei er bereit, das hamburgische Gebiet zu räumen. Der Inhalt dieser Erklärungen bot wenig Tröstliches; aber Lombard war entzückt von der Art, wie sie ausgesprochen wurden. „Unmöglich", schreibt er in seinem Bericht vom 24. Juli, „kann ich den Ton von Güte und edlem Freimut wiedergeben, womit der General Bonaparte immer von neuem seine Achtung für die Rechte Ew. Majestät und Ihrer Nachbarn beteuerte und im voraus die Anschuldigungen seiner Feinde widerlegte, um Ew. Majestät das Vertrauen einzuflößen, dessen er so würdig ist." Napoleon lenkte das Gespräch sodann auf einen andern Gegenstand; er sprach von der engeren Verbindung, die er Preußen schon wiederholt habe anbieten lassen, ohne aber jemals eine Antwort zu erhalten. Lombard wies auf die verschiedene Lage Frankreichs und Preußens und insbesondere darauf hin, daß Preußen seine Beziehungen zu dem benachbarten Rußland nicht außer acht lassen dürfe. Bonaparte nahm auch diese Erklärung nicht unfreundlich auf; was er verlange, sagte er, sei nur die Sicherheit, daß er während des

Krieges mit England von keiner andern europäischen Macht, insbesondere nicht von Österreich angegriffen würde. Wolle Preußen für einen solchen Fall sich mit ihm verbinden, so werde er gern entsprechende Vorteile zugestehen. Auch über alle diese Fragen äußerte er sich, wie Lombard schreibt, in so edlen einfachen Worten, mit einer so rührenden Offenheit, daß der preußische Kabinetsrat sich nicht enthalten konnte, ihm zu sagen: „Ach, wenn ich nur dem Könige, meinem Herrn, jedes Ihrer Worte und den Ton, mit welchem Sie dieselben aussprechen, wiedergeben könnte; ich bin überzeugt, er würde sich doppelt darüber freuen, daß er Ihnen stets Gerechtigkeit widerfahren ließ."

Auch an den folgenden Tagen waltete dieser günstige Eindruck vor, obgleich Lombard sich selber sagen mußte, daß er von allem, was er wünschte, gar nichts erreicht hatte. Denn die Räumung Cuxhavens wurde in eine ungewisse Zukunft verwiesen, und in Bezug auf die freie Flußschiffahrt bemerkt schon der erste Bericht vom 24. Juli, daß weder die Worte noch der Ton Bonapartes die geringste Hoffnung gäben. Nur über Napoleons Charakter und Absichten glaubte der Abgesandte zu größerer Klarheit gekommen zu sein. Er meint, der Erste Konsul habe wirklich den Frieden gewollt; jetzt sei sein ganzes Streben auf den Krieg mit England gerichtet, den er für den letzten halte. Die preußische Kriegsmacht flöße ihm große Achtung ein, und er werde sich nicht für eine ungerechte Sache dem Gewichte ihrer Waffen aussetzen; hohen Wert lege er darauf, daß der König zu keiner Rüstung schreite. Lombard war scharfsinnig genug zu bemerken, daß die Liebkosungen, die man an ihn verschwende, wesentlich den Zweck hätten, den König von einem solchen Vorsatz, den er in vertraulicher Rede angedeutet hatte, abzuhalten. In dem Streite mit England, meint Lombard ferner, werde der Erste Konsul soweit gehen, als er gehen könne, ohne sich mit Preußen zu verfeinden, aber zurückweichen, wenn der König ihm ernstlich entgegentrete. Eine Rüstung Preußens werde dann nicht ohne Wirkung bleiben;

unter den jetzigen Verhältnissen aber, nach den freundschaftlichen Erörterungen von beiden Seiten sei sie überflüssig und eher schädlich als nützlich. Über das von Frankreich angetragene Bündnis äußert Lombard keine bestimmte Meinung. Bonaparte hatte eifrig dafür gesprochen und sogar zu dem alten Schreckmittel gegriffen, er werde sich, falls Preußen ihn abweise, mit Österreich verbinden; jeder Staat, schlug er vor, solle dem andern, wenn er angegriffen würde, mit einer bestimmten Truppenzahl beistehen. Lombard meint, die Ablehnung werde den wenigst ungünstigen Eindruck machen, wenn sie rasch und offen erfolge; aber er verbirgt sich nicht, daß die Beziehungen Preußens zu Frankreich darunter leiden würden. Dem Urteile des Königs will er nicht vorgreifen; er erkennt die Unzuträglichkeiten der Annahme, aber auch, daß man allein auf diesem Wege Bonaparte in Schranken halten könne. Nur aus diesem Grunde, schließt Lombard, bleibe sein Urteil noch in der Schwebe; der König wisse selbst, ob es im übrigen jemals geschwankt habe[1].

Am 30. Juli reiste der Erste Konsul von Brüssel ab. Tags vorher erhielt Lombard noch eine Audienz. Bonapartes Antwortschreiben an den König hatte man zum voraus ihm zu öffnen erlaubt, und mit Genugthuung konnte er lesen, wie der „große Mann" die glückliche Wahl des Abgesandten hervorhob[2]. Er war mit allen Zeichen der Gunst entlassen und mit einem von Isabey gemalten vortrefflichen Porträt des Ersten Konsuls beschenkt, das sich noch heute im Besitze seines Enkels befindet. Auch Talleyrand, der Lombard auf das freundlichste empfangen hatte, äußerte in einem Briefe an Lucchesini seinen

[1] Hauptquelle für Lombards Aufenthalt in Brüssel sind die beiden umfangreichen Berichte vom 24. und 30. Juli 1803, von dem jüngeren Bruder ins Reine geschrieben, von dem älteren unterzeichnet, bei Bailleu a. a. O. II 183 ff.

[2] Bonaparte an den König, Brüssel 29. Juli: M. Lombard m'a remis la lettre de V. M. Je ne puis, que la remercier de m'avoir donné l'occasion de connaître un homme aussi distingué. Corresp. de Napoléon I., VIII 537.

Dank für die neue angenehme Bekanntschaft[1]. Peter Lombard erhielt den Auftrag, nach Paris zu gehen, um den Gesandten von dem, was in Brüssel geschehen war, in Kenntnis zu setzen[2]. Der ältere Bruder kehrte langsamer, als er gekommen, Mitte August nach Berlin zurück. Er traf den König auf der Pfaueninsel bei Potsdam und verlebte drei Tage mit ihm in ländlicher Zurückgezogenheit. Man darf ihm glauben, wenn er am 16. August an Talleyrand schreibt[3], es sei in dieser Zeit beinahe von nichts anderem die Rede gewesen als von Bonaparte, seinen Äußerungen über Friedrich den Großen, den König und die politische Lage. Zweifelhafter klingt schon, was er hinzufügt: seine Berichte aus Brüssel hätten mit den mündlichen Erläuterungen für den König eine unerschöpfliche Quelle der Genugthuung und der Erkenntlichkeit gebildet. Napoleon soll später behauptet haben, der preußische Abgesandte sei von ihm in Brüssel überlistet worden, und wie oft hat man diese Behauptung wiederholt! Aber nur zum geringen Teil wird sie bestätigt, wenn man die Berichte aus Brüssel näher ins Auge faßt. Wir haben gesehen, daß Lombard nicht mit übertriebenen Hoffnungen zu Napoleon kam und mit dem Gefühle, nichts erreicht zu haben, ihn verließ. Von dem eigentlichen Charakter des Eroberers hatte er allerdings keine volle Einsicht gewonnen; die überschwänglichen, ihm so häufig zum Vorwurf gemachten Worte seines Berichts erhalten aber sogleich ein ganz anderes Ansehen, wenn man aus einer Nachschrift erfährt, er habe den größeren Teil seiner Depesche Talleyrand vorgelesen und die Genauigkeit seiner Mitteilungen von ihm bestätigen lassen. Er verfehlt nicht, diese Bestätigung d. h. die daraus hervorgehende Verbindlichkeit in dem Briefe vom 16. August dem franzö-

[1] Bericht Lucchesinis, 1. August. Preuß. St.-A.

[2] Lucchesini berichtet am 5. August, Peter sei am vergangenen Dienstag (2. August) angekommen; am 17. meldet er Bonapartes Ankunft, die am 11. erfolgte. Lucchesini hat Lombards Abreise bis nach der ersten Audienz verzögert; Bonaparte scheint über die Möglichkeit preußischer Rüstungen noch immer nicht ganz beruhigt. Preuß. St.-A.

[3] Bailleu a. a. O. II 196.

ſiſchen Miniſter in Erinnerung zu bringen. In der Annahme, daß Napoleon zunächſt einen Krieg mit Preußen vermeiden würde, hatte er unter den obwaltenden Verhältniſſen gewiß nicht unrecht. Mit Nachdruck hebt er zudem hervor, daß er nur ein Bild des Augenblicks entwerfe; Bonaparte ſei für neue Eindrücke ſo empfänglich und in ſeinen Entſchlüſſen ſo raſch, daß eine veränderte Lage der Dinge alle Berechnungen täuſchen könne. So faßte auch das Miniſterium Lombards Berichte auf. Am 1. Auguſt bezeugt es ihm für die Art, wie er ſeine Aufgabe gelöſt habe, volle Zufriedenheit. Aber in derſelben Depeſche ſchreibt man ihm und am nämlichen Tage dem Geſandten in Paris, die Worte Bonapartes lauteten gut, der König ſehe jedoch, daß nur auf den Augenblick zu rechnen ſei, und daß man die Ereigniſſe wohl im Auge behalten müſſe[1]. Nur in einem Punkte hat Haugwitz dem Berichterſtatter gewiß nicht beigeſtimmt. Lombard meint, ein Wechſel werde bei Bonaparte nur infolge neuer, nicht vorherzuſehender Ereigniſſe eintreten, und bei ihrer allmählichen Entwicklung Preußen immer Zeit behalten, für ſeine Ehre und ſeine Verteidigung ſich zu waffnen. Man kann nicht ſagen, daß dieſe Worte durch die ſpäteren Ereigniſſe widerlegt wären; aber ſie ſprachen ſich für die vorläufige Fortdauer einer an ſich höchſt gefährlichen Unthätigkeit aus und rieten gerade das, was der Gegner wünſchte.

Um für die Zukunft einige Sicherheit zu gewinnen, kam man zunächſt, im Anſchluß an Napoleons Vorſchläge, auf den Gedanken des Dreibundes zurück. In einer Denkſchrift vom 12. Auguſt führte Haugwitz aus, Preußen und Rußland könnten Frankreich während des Krieges mit England gegen jede Bedrohung durch Öſterreich Gewähr leiſten; dagegen ſolle Napoleon

[1] Erlaß an Lombard, 1. Auguſt: Der Courier Dieckmann hat die Depeſche vom 24. Juli überbracht. Je me hâte de vous exprimer ma satisfaction de son contenu très intéressant et mon approbation parfaite de la manière, dont vous avez rempli la commission dont vous étiez chargé. Preuß. St.-A.

sich verpflichten, die Truppen in Hannover nicht über 16—20 000 Mann zu vermehren, Cuxhaven und Ritzebüttel zu räumen, auch den freien Handel und die Ruhe der Neutralen in Norddeutschland nicht zu stören[1]. Als Napoleon, der in dem Zaren schon einen Gegner sah, darauf nicht einging[2], war Preußen bereit, auch ohne Rußland die Garantie zu bewilligen[3]. Selbst als Napoleon statt dessen ein Bündnis und Unterstützung für den Kriegsfall forderte, gab der König am 12. Dezember auch hierzu seine Zustimmung, wenn nur die preußischen Wünsche in Hannover Berücksichtigung fänden. Ein Zugeständnis von der größten Tragweite, aber für Napoleon noch immer nicht genug; er verlangte jetzt (30. Dezember) neben dem Bündnisvertrag auch eine Garantie für die französischen Besitzungen in Italien und den Bestand des türkischen Reiches. Erst bei dieser offenbar gegen Rußland gerichteten Forderung, die nicht einmal durch eine Gegenleistung in Hannover aufgewogen wurde, gab der König die Hoffnung, daß man sich einigen könne, auf. Wenn man den Notenwechsel noch einige Zeit fortsetzte, so geschah es nur, um sich vorher der Hülfe Rußlands für einen möglichen Angriff von seiten Frankreichs zu versichern. Als Alexander das gewünschte Versprechen gegeben hatte, erklärte Haugwitz am 3. April 1804 dem französischen Gesandten, der König betrachte die ferneren Verhandlungen als aussichtslos; er werde aber niemals einem Plane, der Frankreich beunruhigen könne, Gehör geben, wenn die Zahl der französischen Truppen in Hannover nicht vermehrt, und die Neutralität der norddeutschen Stände nicht verletzt würde[4].

Bei der Verhandlung war es nur zu deutlich geworden,

---

[1] Bailleu a. a. O. II 194.

[2] Berichte Lucchesinis vom 6. und 10. September 1803, bei Bailleu a. a. O. II 197 ff.

[3] Denkschrift des Grafen Haugwitz vom 3. November und Aufzeichnung vom 10. November 1803, bei Bailleu a. a. O. II 210 ff.

[4] Bailleu a. a. O. II S. XLV u. 255 Anm. 1; Ranke, Hardenberg II 46.

wie wenig sich von Napoleon erreichen ließe. Lombard selbst hat sich mehrmals in starken Worten darüber ausgelassen. Über den geringen Erfolg seiner Brüsseler Sendung mußte er manche spöttische Bemerkung hinnehmen. Im Oktober 1803 schreibt Laforest von ihm, er sei noch scheuer und vorsichtiger als Haugwitz, wenn es gelte, Frankreich einen Schritt entgegen zu thun[1]. Gunst und Vertrauen des Königs blieben ihm jedoch bewahrt. Man darf die Sendung nach Brüssel und das nächstfolgende Jahr als den Höhepunkt seines Lebens bezeichnen. In ihm selbst war das Gefühl bestärkt, daß er nicht mehr zu den unbedeutenden Persönlichkeiten zähle; er ließ es wohl das eine oder andere Mal hervortreten, sowenig Anmaßung und Herausforderung in seinem Wesen lagen. Schon am 15. Februar 1803 hatte Bignon an Talleyrand geschrieben[2]: „Mit jedem Tage wird es deutlicher, daß Herr Lombard sein Ansehen auszudehnen und auch eine Macht zu werden sucht. Vor einigen Tagen, als ich mich nach seinem Befinden erkundigte, antwortete er mir mit dem Tone eines Mannes, der sich gerne darüber ausläßt, wieviel er zu thun habe: ‚Wie soll ich nicht müde sein! den ganzen Morgen beim Könige, dann ebenso lange beim Grafen Haugwitz‘.“ Seine Vermögensverhältnisse waren gleichwohl noch immer bescheiden; er gehörte nicht zu denen, die es verstanden, günstige Verhältnisse auszubeuten. Wie er in Polen leer ausgegangen war[3], so wurde ihm auch nach den Säkularisationen nur eine Vikarie des Allerheiligenstifts in Minden zu teil, welche jährlich etwa 150 Thaler einbrachte. Dazu kam am 20. August 1803 die Exspektanz auf die zuerst erledigte Kapitelspfründe in der säkularisierten

---

[1] Lombard an Hardenberg, 14. September, Laforest an Talleyrand, 14. Oktober 1803, bei Bailleu a. a. O. II 200, 206.

[2] Bailleu a. a. O. II 124 Anm. 1.

[3] Haugwitz hatte damals liegende Güter erhalten, deren Wert in dem später zu erwähnenden sogenannten „schwarzen Register“ (Neue Feuerbrände 1807, 2. Heft, S. 79) auf 200 000 Thaler angegeben wird. Nach den Säkularisationen erhielt er eine geringe Zuwendung, Schulenburg eine vierfach größere. Laforest an Talleyrand, bei Bailleu a. a. O. II 206.

Abtei Herford und das Recht, den Orden des Kapitels sogleich zu tragen[1]. Andere Vorteile hat Lombard niemals aus diesem Geschenk gezogen. Denn gerade als im Sommer 1807 die Erledigung eintrat, war durch die kriegerischen Ereignisse dem Exspektanten die Möglichkeit genommen, seinen Anspruch zur Geltung zu bringen. Der nicht unbeträchtliche Gehalt von 3000 Thalern war doch nur gerade ausreichend für die Bedürfnisse der Stellung. Lombard mußte sich eine Haushaltung für Berlin und zugleich für Potsdam einrichten, wo ihm der König übrigens eine hübsche Wohnung geschenkt hatte. Der ältere Sohn August wurde in der angesehenen Pension eines Herrn Bauer erzogen, der jüngere, Eduard, blieb bei den Eltern. Nicht selten erhielten die Kinder eine Einladung zu den königlichen Prinzen; noch heute lebt das Andenken an jugendliche Spiele und Kämpfe; einmal soll sogar der spätere König Friedrich Wilhelm IV. von dem älteren Knaben so unvorsichtig am Kopf getroffen sein, daß die Narbe längere Zeit sichtbar blieb.

Lombards Verhältnis zu Frau und Kindern, nicht weniger zu Brüdern und Jugendfreunden war, wie die noch vorhandenen Briefe zeigen, der glücklichsten Art. Einen Ausdruck fand es in einem Festspiel, das Peter Lombard zum Geburtstag seines Bruders, am 1. April 1803, verfaßt hatte. Der Autor stellt sich selbst als Dichter vor, der, mit der Verherrlichung seines Wohlthäters beschäftigt, durch mehrere Personen unterbrochen wird, die jede ein besonderes Festgedicht von ihm verlangen. So bietet sich Gelegenheit, dem Gefeierten in hübschen Versen mannigfaches Lob zu spenden. Mit dem Verfasser und einigen Freunden übernahmen ein Graf von Lehndorf und die Frau des noch zu erwähnenden Legationsrats von Bohm die Hauptrollen.

Von der andern Seite läßt sich denken, daß es einem so jungen Manne in so ausgezeichneter Stellung nicht an Neidern fehlte, daß besonders unter dem Adel der bürgerliche Emporkömmling Gegner fand. Noch schmerzlicher als die Abneigung

[1] Über die Abtei Herford vgl. Beilage Nr. XVII.

fremder Menschen mußte es ihn berühren, daß auch sein Verhältnis zum Grafen Haugwitz nicht ungetrübt blieb. Wie hätte es ein Minister des Auswärtigen gern ertragen, daß jemand, dem Range nach soweit unter ihm stehend, von fremden Diplomaten als der eigentliche Minister bezeichnet wurde? Der bayrische Gesandte Ritter von Bray spricht in der schon angeführten Denkschrift vom 17. Oktober 1804 offen aus, daß hauptsächlich die einflußreiche Stellung Lombards dem Minister sein Amt verleidet habe[1]. Schon in früheren Jahren, führt er aus, fühlte Haugwitz sich zuweilen gekränkt, wenn wichtige Entscheidungen ohne ihn oder sogar gegen ihn im Kabinet erfolgten. Aber das Mißverhältnis war noch nicht offenkundig, und im diplomatischen Verkehr wagte man nur mit Vorsicht, die Vermittelung des Geheimen Kabinetsrats anzurufen. Seit der Rückkehr aus Brüssel zeigte jedoch Lombard mehr und mehr die Neigung, selbständig hervorzutreten; er suchte fremde Gesandte auf oder sah sie bei sich, und seine Klugheit, sein angenehmes Wesen, sein bekannter Einfluß bei dem Könige bewirkten, daß man sich weit lieber an ihn als an Haugwitz wandte. Nur zwei Gründe findet Bray, die das Verhältnis für den Grafen erträglich machten. Haugwitz gehörte nicht zu den arbeitsamen Ministern, und oft genug mag es ihm bequem gewesen sein, sich von einem Teile der Geschäfte durch eine geschickte Hand entlastet zu sehen[2]. Dann war Lombard der Freund des Ministers ge-

[1] Bailleu a. a. O. II 623. In ganz ähnlicher Weise äußert sich Laforest Talleyrand gegenüber am 17. Oktober 1803, bei Bailleu a. a. O. II 207. Die beiden Berichte lassen auf nahe Beziehungen zwischen dem französischen und dem bayrischen Gesandten schließen.

[2] So berichtet auch der Legationsrat Woltmann, 1803—1806 Geschäftsträger der Stadt Nürnberg in Berlin, am 28. Februar 1804: „Graf Haugwitz arbeitet nur, was ihm auf den Fingern brennt.“ Im Jahre vorher, als der König sich zur Reise nach Franken anschickte, rät Woltmann den Nürnbergern, sich in dortiger Gegend unmittelbar an Lombard zu wenden. Er allein im Gefolge des Königs dürfe über die auswärtigen Angelegenheiten sprechen. Seine Schmeicheleien seien bei dem feinen Lombard gut angebracht. Man möge ihm die Nürnbergischen Deduktionen nicht bloß als Geheimem Kabinetsrat, sondern auch als vorzüglichem

blieben; er war ihm aufrichtig zugethan und bewies seine Gesinnung, wo er immer konnte, durch die That. Für ein gutes Einvernehmen wirkte auch seit dem Frühling 1802 die Rückkehr Peter Lombards aus Frankreich. Am 27. November schreibt er seinem Gönner nach Paris, er lebe im engsten Verkehr mit den beiden Personen, von denen das Staatsschiff gelenkt werde; Haugwitz und Lombard hegten keinen Gedanken, der nicht für Luccheſini sei. Schon am 21. Dezember 1802 wurde er durch Kabinetsordre zum vortragenden Rat im Ministerium des Auswärtigen ernannt „in Anbetracht des guten Zeugnisses, das er von Luccheſini erhalten, der Kenntnisse, die er in Paris gesammelt, und der Art, wie er sich interimistisch beim Könige selbst bewährt habe“ [1]. Bald finden wir ihn in die geheimsten Verhandlungen eingeweiht. Bekanntlich gab es eine Zeit, wo Napoleon sich mit den Bourbonen abzufinden wünschte und den vergeblichen Versuch machte, den zu Warschau lebenden Grafen von Lille (Ludwig XVIII.) zur Abdankung zu bewegen. Preußen hatte die Vermittlung übernommen und ließ meistens durch den Gerichts-Präsidenten v. Meyer in Warschau die Eröffnungen aus Paris dem Prätendenten zustellen. In Berlin wußten außer dem Könige, Haugwitz und Lombard nur ganz wenige Personen um die Sache, darunter Peter Lombard. Am 14. Februar 1803 schrieb er bis 1 Uhr nachts die Instruktionen für den Vermittler. Am 16. März berichtet er an Luccheſini, Haugwitz und Lombard hätten ihn zum Kopisten gewählt; den ganzen Tag habe er Briefe für Meyer und anderes Dahingehörige zu Papier gebracht. Wir sahen, wie er seinen Bruder nach Brüssel begleitete und dann in Paris dem preußischen Gesandten Bericht erstattete. Nach Berlin zurückgekehrt, nahm er seine

---

Schriftsteller überreichen. Vgl. J. Baader, Streiflichter auf die Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands oder die Reichsstadt Nürnberg in den Jahren 1801—1806. Nürnberg 1878. S. 59, 63.

[1] Die Kabinetsordre ist von dem älteren Lombard entworfen; Peter soll zuerst unter Haugwitz und seinem Bruder minder wichtige Sachen bearbeiten. Am 10. Januar 1803 erhält er 420 Thaler Zulage. Preuß. St.-A.

alte Stellung bei Haugwitz wieder ein, aber nur noch für kurze Zeit.

Schon im Herbste des vergangenen Jahres hatte der Minister auf sechs Wochen Urlaub genommen, teils aus Mißmut über den Gang der preußischen Politik, teils in dem Wunsche, die in Unordnung geratene Verwaltung seiner schlesischen Besitzungen zu überwachen[1]. Im Frühling 1804, als die Verhandlungen mit Frankreich zu keinem Ergebnis führten, hielt er einen engen und bestimmten Anschluß an Rußland für geboten. Als er auch jetzt nicht durchdringen konnte, zog er sich, nunmehr auf längere Zeit, in der ersten Hälfte des April von den Geschäften zurück.

II.

Jetzt, wie im August und September 1803, war es der Freiherr von Hardenberg, der an seine Stelle trat. Die Wahl konnte nicht leicht auf einen andern fallen als auf ihn, der dem Kabinetsministerium angehörte und seit mehr als zehn Jahren in diplomatischen Geschäften sich bewährt hatte. Nur Schulenburg kam neben ihm in Betracht, hatte aber schon im Jahre vorher geäußert, er fühle keine Neigung, seine Wirksamkeit im Generaldirektorium mit einer anderen zu vertauschen[2]. Hardenbergs politische Auffassung war von der seines Freundes Haugwitz nicht wesentlich unterschieden; nur pflegte er mit größerer Energie und Lebhaftigkeit seinen Ansichten, sei es nach der einen oder andern Richtung, Ausdruck zu geben. Schon im Sommer 1799, in den Aufzeichnungen des Generals Kinkel, wird er häufig als jemand erwähnt, der den schwachen, nachgiebigen Minister zu kräftigem Vorgehen anregen und auf dem rechten

[1] Laforest berichtet am 14. Oktober 1803, Bailleu a. a. O. II 206, Haugwitz habe bei einem Besuche seiner Güter bemerkt, daß seine Einkünfte von 50 000 auf 24 000 Thaler gesunken seien.

[2] Laforest, 17. Oktober 1803, Bailleu a. a. O. II 207.

Wege erhalten könne. In seinem ganzen Wesen begründete sich das Streben, an hervorragender Stelle als der erste thätig zu sein, keinen andern über sich oder auch nur neben sich zu dulden; denn er war erfüllt von Vertrauen in seine Fähigkeiten, stets geneigt, das, was ihm gelungen oder mißlungen war, im besten Licht zu betrachten und mit Hoffnung, zuweilen nicht ohne Selbsttäuschung, in die Zukunft zu blicken. Unzweifelhaft sah er sich mit innerer Befriedigung zuerst vorübergehend, dann dauernd an die Spitze des Ministeriums berufen. Die fremden Diplomaten, insbesondere die österreichischen, rechneten bei dem Wechsel der Personen auch auf eine Wendung der Politik. Da die Schwäche und ein unvollständiges Nachgeben noch mehr zu erbittern pflegen als ein ausgesprochener Gegensatz, so schien jeder neue Minister dem Grafen Haugwitz vorzuziehen, und von Hardenberg erwartete man sogar ein entschiedenes Vorgehen zu Gunsten der neu sich bildenden Koalition. Aber wir sahen: was Haugwitz von dem Könige getrennt hatte, war nicht die Hinneigung zu Frankreich, sondern eher das Gegenteil, und der neue Minister war gerade deshalb berufen, um Frieden und Neutralität andauernd aufrechtzuhalten[1]. Die preußische Politik blieb auch nach dem Fehlschlagen der Einigung mit Frankreich unverändert, und durch die That suchte man dem Ersten Konsul die freundschaftlichen Gesinnungen zu beweisen. Als die gewaltsame Wegführung und das Ende des Herzogs von Enghien Europa mit Schrecken und Abscheu erfüllten, war es nicht zum wenigsten die Haltung Preußens, welche den deutschen Reichstag von jeder Beschwerde abstehen ließ. Der Graf von Lille (Ludwig XVIII.) hatte den Tod seines Vetters in Berlin zur Anzeige gebracht, und die Königin brannte, wie Lombard an Hardenberg schreibt, vor Verlangen, nach dem Vorgange des Petersburger Hofes durch eine öffentliche Trauer ihren Gefühlen Ausdruck zu geben; selbst der König glaubte, daß man nach der

[1] Lombard an Hardenberg, 5. Mai 1804. Der König wünscht mehr als jemals ein „isolement avec honneur“. Preuß. St.-A.

Anzeige des Grafen von Lille einen ſolchen Schritt nicht wohl umgehen könne. Aber Lombard und ganz mit ihm übereinſtimmend Hardenberg wußten ihn zu beſchwichtigen; ſie machten ihm klar, daß Preußen in der gegenwärtigen ſchwierigen Lage das Ereignis am beſten mit Stillſchweigen überginge und Öſterreich und Rußland die Sorge überließe, zu Gunſten der Bourbonen ſich auszuſprechen[1]. Als Bonaparte bald nachher den Kaiſertitel annahm, brachte zuerſt von allen der Berliner Hof zu der neuen Würde ſeine Glückwünſche dar. Das eigentliche Ziel der preußiſchen Politik blieb nach wie vor die Sicherung Norddeutſchlands. Wie man in der Erklärung vom 3. April Frankreich gegenüber dieſen Geſichtspunkt feſtgehalten hatte, ſo enthielt auch eine Deklaration, welche nach längerem Drängen des Zaren am 24. Mai 1804 zwiſchen Preußen und Rußland ausgewechſelt wurde, die Beſtimmung, daß der König die Sicherheit Norddeutſchlands garantiere und den gegenwärtigen Zuſtand nicht zu ändern beabſichtige. Dagegen blieb man den Zwiſtigkeiten fern, die ſchon ſeit dem Anfang des Jahres 1804 zwiſchen Frankreich und Rußland hervortraten und ſeit dem Ettenheimer Attentat ſich in dem Maße verſchärften, daß Napoleon ſeinen Geſandten aus Petersburg abberief. Preußen blieb neutral, und gleichzeitig mit der zuletzt genannten Deklaration erhielt Lucheſini die Weiſung, auf eine von Paris ergangene Anfrage zu verſichern, daß der König weder ruſſiſchen noch anderen Truppen den Durchmarſch gegen Frankreich geſtatten werde[2].

Auch darin täuſchten ſich die fremden Diplomaten, wenn ſie annahmen, daß die Berufung Hardenbergs in der Umgebung des Königs und in deſſen Verhältnis zu den Kabinetsräten vieles ändern werde. Hardenberg war, wie es ſcheint, von Anfang

[1] Lombard an Hardenberg, 8. Mai, Hardenberg an Lombard, 9. Mai 1804, Bailleu a. a. O. II 261, 262.

[2] Bericht Lucheſinis 17. Mai; Erlaß an Lucheſini 24. Mai, bei Bailleu a. a. O. II 263 u. 265.

an gegen Lombard eingenommen[1]; er mag es durchgesetzt haben, daß er häufiger als Haugwitz mit dem Könige persönlich verkehrte, aber das Vertrauen Friedrich Wilhelms blieb dem Kabinetsrat und auch seinem Bruder Peter bewahrt. Als der ältere Lombard im Sommer, um seine Gesundheit zu stärken, das schlesische Bad Landeck besuchte, trat der jüngere, wie es wohl sonst bei Behinderungsfällen geschehen war, für ihn ein. Beide Brüder mögen sich aber doch an der Hoffnung gelabt haben, daß Haugwitz, der im April nicht entlassen, sondern nur auf unbestimmte Zeit beurlaubt war, im Sommer seine frühere Stellung wieder einnehmen werde. Voller Freude schreibt Peter Lombard am 10. Juli aus Charlottenburg an Lucchesini, sein Bruder sei am 4. Juli nach Landeck abgereist und auf dem Wege Haugwitz begegnet, der nach Berlin zurückkehrte. „Haugwitz", berichtet er weiter, „ist angekommen und wird sich in einer Stunde dem Könige vorstellen. Er ist sehr zufrieden mit dem Zustande seiner Besitzungen und übernimmt mit Ruhe die Leitung der Geschäfte[2]." Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Am 6. Juli war Haugwitz mit Hardenberg auf dessen Landgute Tempelberg zusammengetroffen. Vier Tage später hatten beide Minister eine gemeinschaftliche Audienz beim Könige. Was darin zur Erörterung kam, entzieht sich noch unserer Kenntnis; möglich, daß Haugwitz ein bestimmteres Vorgehen gegen Frankreich und, als er nicht durchdrang, seine Entbindung von den Geschäften gefordert hat[3]. Durch eine Kabinetsordre vom 14. Juli wurde sie ihm erteilt. Peter Lombard schreibt traurig am 17. an Lucchesini: „Haugwitz verläßt uns; Hardenberg besitzt schon das Vertrauen des Königs und seiner Um-

[1] Vgl. Lombards Apologie vom 20. August 1806, bei Bailleu a. a. O. II 619.

[2] Auch Hardenberg schreibt am 30. Juni an Lucchesini, er werde am 7. Juli die Geschäfte an Haugwitz zurückgeben. Preuß. St.-A.

[3] Nach Hardenbergs Denkwürdigkeiten, bei Ranke a. a. O. II 69, soll Haugwitz freilich von Anfang an beabsichtigt haben, sich zurückzuziehen. Hardenbergs Erzählung ist aber der unmittelbar darauf von ihm mitgeteilten Kabinetsordre vielleicht mehr als den Thatsachen nachgebildet.

gebung; der arme Graf wird bald vergessen sein[1]." Eine förmliche Entlassung erhielt er aber auch jetzt nicht, sondern eine eigentümliche Stellung, die er sich, wenn man Hardenberg glauben darf, selbst ausgesucht hatte. Von seinem Gehalt sollte er 6000 Thaler fortbeziehen, in der Regel zwar abwesend sein dürfen, erforderlichen Falls aber Hardenberg vertreten und auch, wenn es sonst verlangt würde, nach Berlin kommen. Im Winter, wenn er, wie gewöhnlich, in der Hauptstadt verweilte, sollte er von allen Sachen Kenntnis erhalten und den Konferenzen beiwohnen, ohne jedoch — denn das erklärte der König ausdrücklich für nachteilig — etwas vorzunehmen, was zu einer gemeinschaftlichen Leitung der Geschäfte führen könnte. Bereitwillig übernahm er auch während der nächsten Wochen die Vertretung Hardenbergs, der auf seinem Landgute eine Kur zu beendigen wünschte. Während dieser Zeit, wahrscheinlich schon Ende Juli, kehrte Lombard aus Landeck zurück; aber an den Entschlüssen des Grafen Haugwitz konnte er nichts mehr ändern. Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden scheinen damals zum Ausdruck gekommen zu sein. Sehr verstimmt schreibt Lombard an Luccheſini in einem undatierten Billet, seine Laufbahn nahe sich dem Ende; das Bad habe ihm nichts genützt, Haugwitz habe ihm Kummer gemacht und dadurch vielleicht die Wirkung vereitelt[2].

Am 19. August kehrte Haugwitz auf seine Güter nach Schlesien zurück. Noch lauter als im April war jetzt die Freude der für die Koalition sich bemühenden Diplomatie. Der Ritter von Bray schreibt, der Abgang des Grafen

---

[1] Peter Lombard 17. Juli: Je suis triste et abattu. Mon angélique bienfaiteur, mon second père, le Comte Haugwitz nous quitte. Le pauvre comte sera bientôt oublié. Preuß. St.-A.

[2] Das Billet im Preuß. St.-A. Hardenberg schreibt am 18. August an Luccheſini: Le comte Haugwitz nous quitte demain; il se trouve heureux de sa situation; je le serai, si je pourrai meriter la confiance de Sa Majesté. Preuß. St.-A. Das Genauere in Hardenbergs Denkwürdigkeiten, Ranke II 69 ff. und 137—138.

würde nur von den beiden Lombards beklagt[1]. Am deutlichsten giebt Metternich dieser Stimmung Ausdruck. Er verhehlt sich nicht, daß auch der neue Minister bezüglich der inneren Angelegenheiten Deutschlands den Österreichern keineswegs günstig sei, aber in betreff der großen europäischen Interessen, meint er, werde Hardenberg sich nicht so würdelos und unzuverlässig zeigen als sein Vorgänger. „Lombard und Lucchesini verlören nun ihren standhaftesten Beschützer; der letztere könne seine Rolle bald ausgespielt haben[2]." Metternich mag zu dieser Bemerkung dadurch veranlaßt sein, daß Lucchesini um jene Zeit sich die Unzufriedenheit des Königs und sogar einen starken Verweis zugezogen hatte, da der König ihm vorwarf, er habe sich den Franzosen gegenüber würdelos benommen[3]. In einer merkwürdigen Denkschrift vom 24. September 1804 giebt der österreichische Gesandte eine ausführliche Schilderung des preußischen Hofes und der einflußreichsten Personen. Nachdrücklich hebt er hervor, daß Haugwitz bei allen äußeren Erfolgen die innere Kraft des Staates gebrochen, daß er dazu mitgewirkt habe, den kriegerischen Geist zu unterdrücken. Dann folgt in den heftigsten Ausdrücken ein langer Ausfall gegen Lombard, der als der unmittelbarste und thätigste Hebel des von Haugwitz befolgten politischen Systems bezeichnet wird. „Sein Amt", heißt es, „giebt ihm den ausgedehntesten Einfluß auf alle politischen Geschäfte. Sein Kollege Beyme lenkt mit ebenso unumschränkter Macht alle Zweige der inneren Verwaltung. Beide sind durch

[1] Bailleu a. a. O. II 625.

[2] Bericht Metternichs vom 24. Juli, bei Oncken, Österreich und Preußen im Befreiungskriege. Berlin 1879. II 4. Einiges Interessante bietet auch der ausführliche Brief des dänischen Gesandten Grafen Baudissin an Ompteda, Berlin 20. Juli 1804, in dem „Politischen Nachlaß Ludwigs von Ompteda". Jena 1869. I 53 ff.

[3] Peter Lombard (Leonce) an Lucchesini, 24. Juli. Er bedauert, daß Lucchesini in dem „Soli" überschriebenen Postskriptum einen Verweis erhält, der vom Könige selber ausgeht. Wäre der Bruder hier, so hätte er die Nachschrift abgewendet. Leonce rät seinem Gönner, nichts zu erwidern, sondern die Rückkehr des älteren Lombard zu erwarten. Dieser nennt später Lucchesinis Antwort ein Meisterwerk. Preuß. St.-A.

gebung; der arme Graf wird bald vergeſſen ſein[1]." Eine förmliche Entlaſſung erhielt er aber auch jetzt nicht, ſondern eine eigentümliche Stellung, die er ſich, wenn man Hardenberg glauben darf, ſelbſt ausgeſucht hatte. Von ſeinem Gehalt ſollte er 6000 Thaler fortbeziehen, in der Regel zwar abweſend ſein dürfen, erforderlichen Falls aber Hardenberg vertreten und auch, wenn es ſonſt verlangt würde, nach Berlin kommen. Im Winter, wenn er, wie gewöhnlich, in der Hauptſtadt verweilte, ſollte er von allen Sachen Kenntnis erhalten und den Konferenzen beiwohnen, ohne jedoch — denn das erklärte der König ausdrücklich für nachteilig — etwas vorzunehmen, was zu einer gemeinſchaftlichen Leitung der Geſchäfte führen könnte. Bereitwillig übernahm er auch während der nächſten Wochen die Vertretung Hardenbergs, der auf ſeinem Landgute eine Kur zu beendigen wünſchte. Während dieſer Zeit, wahrſcheinlich ſchon Ende Juli, kehrte Lombard aus Landeck zurück; aber an den Entſchlüſſen des Grafen Haugwitz konnte er nichts mehr ändern. Meinungsverſchiedenheiten zwiſchen beiden ſcheinen damals zum Ausdruck gekommen zu ſein. Sehr verſtimmt ſchreibt Lombard an Luccheſini in einem undatierten Billet, ſeine Laufbahn nahe ſich dem Ende; das Bad habe ihm nichts genützt, Haugwitz habe ihm Kummer gemacht und dadurch vielleicht die Wirkung vereitelt[2].

Am 19. Auguſt kehrte Haugwitz auf ſeine Güter nach Schleſien zurück. Noch lauter als im April war jetzt die Freude der für die Koalition ſich bemühenden Diplomatie. Der Ritter von Bray ſchreibt, der Abgang des Grafen

---

[1] Peter Lombard 17. Juli: Je suis triste et abattu. Mon angélique bienfaiteur, mon second père, le Comte Haugwitz nous quitte. Le pauvre comte sera bientôt oublié. Preuß. St.-A.

[2] Das Billet im Preuß. St.-A. Hardenberg ſchreibt am 18. Auguſt an Luccheſini: Le comte Haugwitz nous quitte demain; il se trouve heureux de sa situation; je le serai, si je pourrai meriter la confiance de Sa Majesté. Preuß. St.-A. Das Genauere in Hardenbergs Denkwürdigkeiten, Ranke II 69 ff. und 137—138.

würde nur von den beiden Lombards beklagt[1]. Am deutlichsten giebt Metternich dieser Stimmung Ausdrück. Er verhehlt sich nicht, daß auch der neue Minister bezüglich der inneren Angelegenheiten Deutschlands den Österreichern keineswegs günstig sei, aber in betreff der großen europäischen Interessen, meint er, werde Hardenberg sich nicht so würdelos und unzuverlässig zeigen als sein Vorgänger. „Lombard und Luccheſini verlören nun ihren standhaftesten Beschützer; der letztere könne seine Rolle bald ausgespielt haben[2]." Metternich mag zu dieser Bemerkung dadurch veranlaßt sein, daß Luccheſini um jene Zeit sich die Unzufriedenheit des Königs und sogar einen starken Verweis zugezogen hatte, da der König ihm vorwarf, er habe sich den Franzosen gegenüber würdelos benommen[3]. In einer merkwürdigen Denkschrift vom 24. September 1804 giebt der österreichische Gesandte eine ausführliche Schilderung des preußischen Hofes und der einflußreichsten Personen. Nachdrücklich hebt er hervor, daß Haugwitz bei allen äußeren Erfolgen die innere Kraft des Staates gebrochen, daß er dazu mitgewirkt habe, den kriegerischen Geist zu unterdrücken. Dann folgt in den heftigsten Ausdrücken ein langer Ausfall gegen Lombard, der als der unmittelbarste und thätigste Hebel des von Haugwitz befolgten politischen Systems bezeichnet wird. „Sein Amt", heißt es, „giebt ihm den ausgedehntesten Einfluß auf alle politischen Geschäfte. Sein Kollege Beyme lenkt mit ebenso unumschränkter Macht alle Zweige der inneren Verwaltung. Beide sind durch

[1] Bailleu a. a. O. II 625.

[2] Bericht Metternichs vom 24. Juli, bei Oncken, Österreich und Preußen im Befreiungskriege. Berlin 1879. II 4. Einiges Interessante bietet auch der ausführliche Brief des dänischen Gesandten Grafen Baudissin an Ompteda, Berlin 20. Juli 1804, in dem „Politischen Nachlaß Ludwigs von Ompteda". Jena 1869. I 53 ff.

[3] Peter Lombard (Leonce) an Luccheſini, 24. Juli. Er bedauert, daß Luccheſini in dem „Soli" überschriebenen Postskriptum einen Verweis erhält, der vom Könige selber ausgeht. Wäre der Bruder hier, so hätte er die Nachschrift abgewendet. Leonce rät seinem Gönner, nichts zu erwidern, sondern die Rückkehr des älteren Lombard zu erwarten. Dieser nennt später Luccheſinis Antwort ein Meisterwerk. Preuß. St.-A.

ihr Interesse verknüpft, beiden ist jeder Sinn für Grundsätze vollständig fremd, und Lombard namentlich trägt die ärgste Unsittlichkeit zur Schau." Hardenberg wird ihn entweder entfernen oder sich mit ihm verbinden müssen und damit auf jeden unabhängigen Einfluß verzichten. Lombard ist eine der vornehmsten Quellen all der Leiden, welche Europa beklagt, der Söldling Frankreichs und das stärkste Hindernis einer Verbindung zwischen Österreich und Preußen, da er jede günstige Stimmung des Königs im Keime erstickt. Alles kommt darauf an, ihn von seinem Posten zu entfernen, wo er wie eine Schildwache Bonapartes aufgestellt ist. Aber nur der russische Hof besitzt Einfluß genug in Berlin, um einen solchen Versuch mit Erfolg zu unternehmen. Metternich hegt die Hoffnung, daß es mit Anwendung der richtigen Mittel gelingen könne, der europäischen Politik diesen wichtigsten Dienst zu erweisen[1]. Aber das hieß den Charakter des Königs unrichtig beurteilen. Schwerlich ist von seiten des russischen Hofes ein bestimmter Schritt gegen Lombard unternommen worden: wäre es aber geschehen, bei dem Könige würde ein solcher Eingriff in seine Entscheidungen das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erzielt haben. Die beiden Lombards blieben in ihrer Stellung, Lucchesini wußte sich nach einer vorübergehenden Ungnade zu rechtfertigen, und wenn Preußen einige Zeit nachher Napoleon gegenüber eine festere Haltung annahm, so war es nicht der Einfluß der Frankreich feindlichen Mächte, sondern eine neue Gewaltsamkeit des französischen Kaisers, welche die Veranlassung gab.

Napoleon war durch die wiederholten Anschläge gegen sein Leben, bei denen er die englische Regierung beteiligt glaubte, in einen Zorn versetzt, der keine Schranken mehr anerkannte. Er hatte gefordert und erlangt, daß die englischen Agenten Drake aus München und Spencer Smith aus Stuttgart verwiesen wurden. Aber in Hamburg, nur durch die Elbe von den französischen Truppen getrennt, verweilte als Geschäftsträger bei

[1] Oncken a. a. O. II 7 ff. und 536 ff.

dem niedersächsischen Kreise der Ritter Rumbold, in seinem Benehmen ein stiller, wenig vordringlicher Mann, in dessen Papieren aber Napoleon Beweise für jene verbrecherischen Umtriebe zu finden dachte. In der Nacht vom 24. auf den 25. Oktober setzte eine Abteilung französischer Infanterie über die Elbe; das von Rumbold bewohnte Landhaus wurde umstellt, der Gesandte selbst gefangen nach Harburg, dann durch Holland nach Paris geführt[1]. Es war eine Wiederholung des Attentats von Ettenheim, und wenn die Person des Gefangenen diesmal geringer erschien, so war die Verletzung an sich noch größer, weil sie eine durch das Völkerrecht geschützte Persönlichkeit betraf. Ganz besonders mußte sich der König von Preußen beleidigt fühlen, der erklärte Schützer der norddeutschen Neutralität, welcher als Herzog von Magdeburg an der Direktion des niedersächsischen Kreises teilnahm. Der Hamburger Senat, die Gesandten von England und Rußland, letzterer mit Berufung auf die Konvention vom 24. Mai, säumten nicht, die preußische Verwendung zu Gunsten Rumbolds nachzusuchen. In Berlin überraschte der Vorfall um so peinlicher, als eben die Hoffnung, zwischen Rußland und Frankreich vermitteln zu können, durch eine versöhnliche Erklärung des Zaren wieder geweckt war, und andererseits ein außerordentlicher Gesandter, der General Knobelsdorff, sich schon auf dem Wege nach Paris befand, um dem französischen Imperator zu der bevorstehenden Krönung Glück zu wünschen. Persönlich war vielleicht keiner stärker als Lombard betroffen. Es fragte sich jetzt, ob die Schilderung, die er nach der Brüsseler Zusammenkunft von dem Charakter des Ersten Konsuls entworfen hatte, auf Wahrheit beruhe, ob Napoleon die Grenzen, welche Preußen mit fester Entschließung gesteckt habe, achten werde. Lombard soll sich denn auch, wenn man

[1] Eine genaue Darstellung des Ereignisses giebt Adolf Wohlwill, „Die Entführung des englischen Geschäftsträgers Rumbold", in Hamburgs Vergangenheit S. 1—24; die bezüglichen Aktenstücke in der Zeitschrift des Vereins für Hamb. Geschichte VII 387—400. Hamburg 1881.

Laforests Berichten glauben darf, mit der größten Schärfe ausgesprochen haben[1]. Man hörte ihn an offener Tafel von einem preußischen Manifeste reden; er riet dem Könige, den Herzog von Braunschweig sogleich nach Berlin zu berufen, dem General Knobelsdorff die Weiterreise einstweilen zu untersagen und Hardenberg anzuweisen, die erforderlichen Maßregeln mit dem Grafen Schulenburg zu beraten, dessen Abneigung gegen die Franzosen, insbesondere gegen ihr Vorgehen in Hannover, allgemein bekannt war. Bei Hardenberg bedurfte es freilich eines solchen Antriebes nicht. Metternich fand ihn am 28. Oktober in so großer Aufregung, daß es unmöglich war, mit diplomatischer Besonnenheit die Sache zu besprechen. „Der Rasende", sagte er, „der sich an der Spitze des mächtigsten Reiches auf dem Festlande befindet, geht auf die Weltherrschaft los; er will uns alle daran gewöhnen, uns als Angehörige seiner Domäne zu betrachten, die sich jedem seiner tollen Einfälle zu beugen haben[2]." Er begab sich zum Könige nach Potsdam mit einem Aufsatze, der am 30. Oktober in einer Konferenz, an welcher auch Lombard sich beteiligte, zur Verlesung kam[3]. Es war darin ausgeführt, daß man, auch abgesehen von der Konvention mit Rußland, kräftige Maßregeln ergreifen müsse. Selbständige Neutralität gegen jedermann reiche nicht mehr aus gegen die fortgesetzten Gewaltthaten Napoleons. Der König müsse in einem festen, wenn auch nicht drohenden Schreiben zuerst die Befreiung Rumbolds, ferner die Räumung Hannovers fordern und für den nicht unwahrscheinlichen Kriegsfall die nötigen Maßregeln treffen. Aber das schien dem König zu weitgehend. Nicht als hätte er die Beleidigung ruhig hinnehmen wollen; denn bei aller Langmut und Bedenklichkeit hatte dieser Fürst

[1] Laforest an Talleyrand, 10. November 1804, Bailleu a. a. O. II 312.

[2] Metternich an Colloredo, 28. Oktober 1804, bei Oncken, Österreich und Preußen II 10.

[3] Der Aufsatz im Auszuge mitgeteilt bei Ranke a. a. O. II 89 ff., vollständig abgedruckt bei Wohlwill, „Fernere Aktenstücke zur Rumboldschen Angelegenheit", in der Zeitschrift des Vereins für Hamb. Geschichte VIII 200 ff.

ein so bestimmtes Gefühl von seiner persönlichen Würde, daß nicht leicht eine Rücksicht ihn abhielt, einer Verletzung derselben entgegenzutreten. Aber die Forderung, Hannover zu räumen, mußte so, wie sie Hardenberg stellte, den Krieg zur Folge haben, der doch für Preußen nicht eher ratsam war, als es mit Rußland und Österreich sich geeinigt hatte. Man kam zu dem Entschlusse, daß der König zunächst in einem eigenhändigen Briefe die Freilassung Rumbolds fordern solle, und das Schreiben, welches Lombard zu diesem Zwecke verfaßte, schlug einen Ton an, der auf Napoleon Eindruck machen konnte. Der König hob darin die Verletzung des Völkerrechts und seiner eigenen Würde hervor. Er erinnerte an die zahlreichen Beweise seiner Freundschaft und an Bonapartes Verheißungen, daß nichts geschehen solle, was Preußen beleidigen oder kompromittieren könne. „Ich bin kompromittiert", hieß es weiter, „und zwar in der empfindlichsten Weise. Ich bin es, weil ich für die Sicherheit eines bei mir beglaubigten Ministers und die Erhaltung der Ordnung in dem Kreise, dessen Direktor ich bin, die Verantwortung trage. Ich bin es in meinen Beziehungen zu Ihnen, weil ich sie nicht mehr beurteilen kann. Ich bin es meinen anderen Nachbarn gegenüber; denn indem ich Schweden Ihretwegen seine Rüstungen untersagte, indem ich Ihretwegen Rußland erklärte, daß ich den Durchzug seiner Truppen nicht gestatten würde, habe ich mich für die Sicherheit Norddeutschlands verantwortlich gemacht. Diese Sicherheit besteht nicht mehr. Um, wie Sie wünschen, der Wohlthäter Europas zu sein, ist es für Sie notwendig, daß man daran glaube; Sie sind zu mächtig, um des Vertrauens entbehren zu können. Ich selbst habe es unwiederbringlich eingebüßt, wenn ich Europa bei dieser Gelegenheit nicht beweisen kann, daß meine ganze Politik auf einer richtigen Würdigung unseres Verhältnisses zueinander beruht. . Als Beweis Ihrer Freundschaft und Achtung, als ein Siegel für die Vergangenheit und als Unterpfand für die Zukunft, als eine Entscheidung, deren Verweigerung mir nicht den geringsten Zweifel lassen würde, daß ich mich irrte, wenn ich

unſere Gefühle für gegenſeitig hielt, fordere ich deshalb von Ihnen den Befehl, daß der Ritter Rumbold ſogleich in Freiheit geſetzt werde und die öffentliche Meinung wegen des Vorgefallenen Genugthuung erhalte[1]." Es war die ſchonendſte Form, die ſich wählen ließ: der Freund ſchrieb dem Freunde; keine Drohung wurde eingemiſcht; ſelbſt durch die Geſandtſchaften ſollte keine offizielle Verwendung erfolgen. Hardenberg hatte freilich für Lucheſini am 1. November eine Erörterung abgefaßt, welche durch ihren Ton deutlich bekundete, ſie ſolle von Franzoſen geleſen werden. Aber Lombard hielt ſich für berechtigt, den Geſandten in einem Privatſchreiben anzuweiſen, er ſolle die Depeſche Talleyrand nicht zeigen und noch weniger eine Abſchrift geben; denn die Wirkung des königlichen Briefes würde dadurch zerſtört werden. Dagegen erteilte er im Namen des Königs eine Anzahl von Vorſchriften für das Benehmen und die äußere Haltung Lucheſinis, wie man ſie allenfalls einem Schauſpieler bei Übernahme einer ſchwierigen Rolle einprägen würde. Lucheſini ſoll in der Unterredung einen feierlichen Ton anſchlagen; aus ſeinem Lakonismus und ſeiner tiefbetrübten Miene ſoll der franzöſiſche Miniſter abnehmen, welchen Eindruck das Attentat gemacht hat und welche Folgen es nach ſich ziehen kann. Drohungen müſſen aber fern bleiben: Lucheſini ſoll der Eigenliebe Bonapartes freien Spielraum laſſen und, ohne ſich in jetzt nicht paſſenden Freundſchaftsverſicherungen zu ergehen, jedes ſeiner Worte auf die Wage der Mäßigung, der Würde und der Ruhe legen. Man könnte glauben, dem einfachen Sinn des Königs habe dieſes theatraliſche Auftreten nicht zugeſagt; gleichwohl macht er mit eigener Hand den Zuſatz: „Ich finde die an Lucheſini gerichteten Zeilen ſehr paſſend und keineswegs überflüſſig[2]."

[1] Friedrich Wilhelm III. an Napoleon, 30. Oktober, bei Bailleu a. a. O. II 307.

[2] Der König und Lombard an Lucheſini, 2. November, bei Bailleu a. a. O. II 311.

Aber was sollte geschehen, wenn Napoleon, wie man nach den bisherigen Erfahrungen wohl erwarten mußte, die Forderung ablehnte? Hardenberg war entschlossen, dann zum Schwerte zu greifen; Lombard sogar wollte, wie es scheint, weiter gehen als der König, welcher auch für diesen Fall den Krieg zu vermeiden wünschte. Es ist nun recht bezeichnend, daß Friedrich Wilhelm sich an einen neuen Ratgeber und zunächst an Haugwitz wandte. Gleich nach der Konferenz mußte Lombard dem beurlaubten Minister schreiben, und als er das, was der König eigentlich wollte, nicht deutlich genug zum Ausdruck brachte, blieb sein Entwurf unbenutzt, und Friedrich Wilhelm schrieb eigenhändig in einer Weise, die dem Befragten ein abweichendes Votum schwer machte. „Ich habe von Bonaparte", hieß es unter anderem, „Genugthuung für die Verletzung der Neutralität und die Herausgabe Rumbolds gefordert. Was soll Preußen thun, wenn sie verweigert wird? Mehrere Personen stimmen hier für den Krieg, ich aber nicht. Mir scheint, daß man sich wohl herausziehen könnte, ohne zum Äußersten zu schreiten; denn es widerstrebt mir, das Feuer des Krieges auf dem Festlande einzig wegen eines solches Grundes zu entzünden, wenn auch die That als unverzeihlich und unwürdig betrachtet werden muß[1]." Ja, der König empfand in diesem Augenblick die Konvention mit Rußland vom 24. Mai als eine drückende Last. Um ihre Bedeutung abzuschwächen, wünschte er, daß die bei Verträgen üblichen Geschenke, welche eben aus Rußland angelangt waren, von den preußischen Bevollmächtigten zurückgegeben würden. In einigen Zeilen, die er unter den Lombardschen Entwurf des Briefes an Haugwitz schrieb, gab er seinem Wunsche Ausdruck. Lombard, der selbst schon einen Ring erhalten hatte, sah sich, wie er Hardenberg mitteilt, gerade deshalb in einer schwierigen Lage. Aber er eilte gleichwohl zum Könige und stellte ihm in dringenden Worten vor: wenn man vierzehn Tage früher den Austausch von Geschenken abge-

[1] Ranke a. a. O. II 95.

ſchlagen hätte, würde es nur als ein ungewohnter Schritt erſchienen ſein; unter den gegenwärtigen Verhältniſſen würde aber der ruſſiſche Hof darin den Beweis finden, daß der König den ſchon eingegangenen Verpflichtungen ſich zu entziehen wünſche. Friedrich Wilhelm blieb jedoch bei ſeiner Anſicht. Er erwiderte, wenigſtens in dem Falle, daß die Geſchenke noch nicht förmlich im Namen des Königs und mit Anführung ſeiner Erlaubnis angenommen ſeien, werde man ihn außerordentlich verbinden, wenn man ſie zurückgäbe. Lombard ſah kein Mittel, darüber hinwegzukommen; er bittet Hardenberg, den Wünſchen des Königs gemäß die Sache, es koſte, was es wolle, ohne die Schicklichkeit zu verletzen, in Ordnung zu bringen, und legt den Ring, den er erhalten hatte, dem Briefe gleich wieder bei[1]. Dem Miniſter erſchienen aber die Nachteile eines ſolchen Verfahrens ſo augenſcheinlich und ſo gewichtig, daß er, wenn er gleich ſelbſt ein Geſchenk hatte annehmen müſſen, die ſchon von Lombard hervorgehobenen Gründe noch einmal nachdrücklich darlegte, jetzt mit dem Erfolge, daß der König, wenn auch in etwas unfreundlicher Weiſe, auf die Erfüllung ſeines Wunſches verzichtete.

Was Haugwitz antwortete, iſt noch nicht bekannt geworden. Zum Glück machte Napoleon ſelbſt den ſchwerſten Sorgen ein Ende. Am 9. November war der gefangene Rumbold in Paris eingetroffen; noch am ſelben Abend hatte Lucheſini aus eigenem Antriebe Talleyrand ſeine ernſten Bedenken über das Vorgefallene geäußert. Es traf ſich glücklich, daß gerade am folgenden Tage der Kurier aus Berlin anlangte. Lucheſini erneuerte in der Weiſe, wie es ihm vorgeſchrieben war, ſeine Vorſtellungen, die unmöglich bei dem franzöſiſchen Miniſter ohne Wirkung bleiben konnten. Schon am Abend des 10. überbrachte Talleyrand in St. Cloud das Schreiben des Königs. Napoleon

[1] Ranke a. a. O. II 95 ff. Das dort angeführte Billet Lombards iſt nach Angabe Hardenbergs am Tage nach der Konferenz, alſo am 31. Oktober, geſchrieben. Vgl. Beilage Nr. XIX 3.

war viel zu klug, um wegen einer so geringfügigen Sache Preußen der neu sich bildenden Koalition entgegenzuführen, und wenig geneigt, die Vorkehrungen für seine Krönung durch neue Unruhen stören zu lassen. Sogleich diktierte er einen Brief an den König in Worten, die, obgleich sie ihm das Zugeständnis erleichterten, doch den Wert desselben noch erhöhten [1]. „Um 8 Uhr abends", schrieb er, „habe ich den Brief Ew. Majestät empfangen. Ich war lebhaft bewegt von den Gefühlen des Vertrauens und der Freundschaft, die er enthält. Unter dem ersten Eindruck, noch ganz erfüllt von dem, was ich las, habe ich die nötigen Befehle gegeben, daß Rumbold noch in derselben Nacht in Freiheit gesetzt werde; ich stehe sogar von jeder Klage und Untersuchung gegen dies Individuum ab. Ew. Majestät werden sicher nicht dulden, daß er nach Hamburg zurückkehre oder daß sich ein englischer Agent dort aufhalte, bis die englische Regierung andere Grundsätze angenommen hat als die, welche sich in dem Rundschreiben des Lord Hawkesbury finden." Schon am folgenden Morgen berichtete der Moniteur: Der in Hamburg verhaftete englische Agent Rumbold, der würdige Genosse Drakes und Spencer Smiths, sei auf Verwendung des Königs von Preußen entlassen und über Cherbourg nach England zurückgeschickt [2].

In Berlin erregte diese Antwort um so größere Freude, je weniger man die Nachgiebigkeit erwartet hatte. Der König wollte den Brief nicht aus der Hand geben, sondern vorerst seiner Gemahlin zeigen. Lombard beeilte sich, eine Abschrift zu nehmen, um sie Hardenberg zu schicken. „Der König", schreibt er, „ist im Himmel, und ich fühle mich getroffen, daß Ew. Excellenz so richtig in die Zukunft gesehen haben. Denn ich gestehe Ihnen, ich frage mich noch jetzt, worauf sich die Hoffnung stützte, die Sie niemals verlassen hat. Eher hätte ich an den Einsturz des Himmels geglaubt als an diesen Ausgang." —

[1] Vgl. Lucchesini 12. November, Bailleu a. a. O. II 313.

[2] Correspondance de Napoléon I., Paris 1862, X 59. Moniteur vom 20. Brumaire XIII (11. November 1804).

„Es geht den Kabinetsministern", heißt es in einem zweiten Billet, „in etwa wie den kommandierenden Generalen. Was nützt es ihnen, die Weisheit ihrer Berechnungen zu beweisen, wenn der Erfolg sie nicht rechtfertigt? Ich hatte nie an dem Talent, das Ew. Excellenz auf Ihren Posten mitbrächten, gezweifelt; aber ich kannte noch nicht Ihr Glück. Der Triumph von heute übertrifft alles, was man zu erwarten berechtigt war. Es ist nicht allein die Freilassung Rumbolds, aber lesen Sie diesen Brief und fallen Sie aus den Wolken. . Wenn Sie es billigen und es mich diesen Abend wissen lassen, so werde ich dem Könige eine Antwort an den Kaiser der Franzosen vorlegen, welche, ohne sich auf eine Erörterung einzulassen, die den Ministern vorbehalten bleibt, die innige Erkenntlichkeit des Königs ausspricht. In der That, Napoleon verdient wohl, daß man ihm entgegengehe[1]." Man war aber klug und vorsichtig genug, die Eigenliebe Napoleons nicht durch laute Prahlereien zu kränken. Der König ließ sogleich durch Lombard an Hardenberg schreiben, man müsse sich durchaus hüten, eine triumphierende Miene anzunehmen, den Gesandten im Auslande nur einfach die Thatsache mitteilen, in den Zeitungen bloß die Notiz des Moniteur zum Abdruck bringen, den Brief Napoleons nicht sehen lassen, überhaupt beim Ausgange der Sache ebensowenig Lärm machen, als man im Anfange gemacht habe. Hardenberg antwortet sogleich in verbindlichem Tone. Der glückliche Erfolg, die Übereinstimmung der Ansichten in dieser schwierigen Angelegenheit ließen ihn manches, was ihn von Lombard trennte, in diesem Augenblick vergessen. „Cäsar, die kommandierenden Generale, die Ärzte, die Liebhaber", schreibt er, „müssen Glück haben; wenn Sie wollen, auch die Kabinetsminister. Wohl ihnen, wenn sie es haben, falls die Ruhe eines geliebten Fürsten und die teuersten Interessen seiner Monarchie auf dem Spiele stehen. Unsern Triumph verdanken

[1] Ranke a. a. O. II 108. Hardenberg zieht zwei Briefe, von denen der eine mit issue endet, in einen zusammen; den zweiten teilt er unvollständig mit; vgl. Beilage Nr. XIX 6 und 7.

UNIVE

wir großenteils dem vortrefflichen Briefe, der aus Ihrer Feder hervorgegangen ist[1]." In seinen Denkwürdigkeiten hat Hardenberg diesen Ausspruch nicht wiederholt. Er läßt im Gegenteil in seine Darstellung der Rumboldschen Angelegenheit die Bemerkung einfließen, es habe Lombard an Takt gefehlt. Leider kann man ihm auch darin nicht unrecht geben. Napoleon hatte Preußen gegenüber nur eine Pflicht, eine Forderung des Völkerrechts erfüllt und diese nicht einmal vollkommen; denn die Papiere Rumbolds waren nicht wieder herausgegeben. Dagegen verlangte er für sich, daß in Hamburg kein englischer Resident mehr geduldet würde. Lombard selbst in seinem Briefe an Hardenberg hatte diese Forderung nicht unbemerkt gelassen. Gleichwohl richtete er an den französischen Gesandten ein Schreiben voll überschwenglicher Dankesworte, als wäre Preußen durch die Freilassung Rumbolds eine große Wohlthat zu teil geworden. „Umarmen wir uns heute", heißt es darin, „mit einer Freude, welche die Sorge nicht mehr trüben kann. Das Unglück, das wir gefürchtet haben, ist für den König die Quelle der reinsten Befriedigung geworden. . Napoleon, an Eroberungen gewöhnt, hat eben mit einem Federzug eine neue gemacht[2]." Man erkennt in dem ganzen Briefe wieder den Mann, der mehr durch Gefühl als kluge Berechnung geleitet wird; statt die Vorteile der Lage zu benutzen, entdeckt er dem Gegner, was er ihm am meisten hätte verbergen sollen. Und der Fehler, der in einem Privatbriefe allenfalls verzeihlich erscheint, sollte in einem öffentlichen, weit wichtigeren Schriftstück wiederholt werden. Als Hardenberg am Abend des 21. nach Potsdam zum Könige kam, zeigte ihm dieser den von ihm bereits unterschriebenen, von Lombard entworfenen Brief an Napoleon, freilich mit dem Bemerken, daß er ihm doch nicht ganz gefalle. Und er hatte recht; denn auch dieser Brief in seinen übertriebenen Ausdrücken ziemte wohl einem dankbaren Freunde, der von einer drückenden Sorge sich befreit fühlt, aber

[1] Vgl. Beilage Nr. XIX 8.

[2] Lombard an Laforest, 20. November, Bailleu a. a. O. II 315.

keineswegs einem Monarchen, der für eine schwere Beleidigung nicht mehr als die notwendigste Genugthuung erhalten hatte. Hardenberg konnte ohne Mühe dem Könige begreiflich machen, daß, wie er sich ausdrückt, „die üppige, sonst schöne Schreibart Lombards einer strengen Kritik in Absicht auf die Auswüchse bedürfe, wenn sie gleich glückliche Wendungen enthalte". Er unternahm es, dem Briefe eine veränderte Form zu geben, und Lombard war der erste, der ihm schriftlich dafür dankte und den neuen Brief für unendlich besser als seinen eigenen Entwurf erklärte[1]. In der Freude seines Herzens mochte ihm das Zugeständnis nicht schwer fallen; denn abgesehen von seinen politischen Wünschen war es auch für ihn persönlich ein unschätzbarer Vorteil, daß Napoleon in diesem Falle Preußen gegenüber sich gerade so benahm, wie Lombard in seinem Berichte aus Brüssel vorhergesagt hatte. Wie sehr mußte sein Ansehen beim Könige sich dadurch befestigen! So mochte er in seinem 38. Jahre auf das, was er erreicht hatte, nicht ohne Genugthuung zurückblicken; er ahnte nicht, wie bald der Wechsel ihm, seinem Könige und dem Staate bevorstand.

[1] Der Entwurf Lombards und der endgültige Brief bei Ranke, Hardenbergs Denkwürdigkeiten II 109 ff. Lombard schreibt dem Minister am 24. November: Je La (votre Excellence) remercie de m'avoir envoyé la lettre à Bonaparte. Je la trouve infiniment mieux que celle que j'avais conçu d'abord.

Sechstes Kapitel.

Preußen und die dritte Koalition. — Der Potsdamer Vertrag vom 3. November 1805.

I.

Auch Hardenberg empfand die Befreiung Rumbolds als einen großen Erfolg der preußischen Politik, und nicht mit Unrecht. Denn war auch die Sache an sich geringfügig; daß Napoleon nachgab, war außerordentlich, ja, es ist vielleicht in der ganzen öffentlichen Laufbahn dieses Mannes das einzige Mal, daß er jemandem, der etwas von ihm forderte, gewiß nicht ohne schweren inneren Kampf[1], sich gefügt oder öffentlich einen

[1] Lucchesini erzählt in dem von Wohlwill, Historische Zeitschr. LXII 31 ff., veröffentlichten Teile der Depesche vom 26. November 1804, Napoleon habe nach der Verhaftung Rumbolds einem warnenden Hinweis auf Preußen die prahlerischen Worte entgegengehalten: „Personne ne saurait me forcer à remettre en liberté cet intrigant: si je croyais devoir le faire, j'enverrais dix gens d'armes enlever son collègue Jackson aux portes de Berlin, et le roi de Prusse n'enverrait pas 50 mille hommes pour le ravoir.“ Nach dem Eintreffen der Nachrichten aus Berlin habe er nur den dringenden Mahnungen Talleyrands nachgegeben und ärgerlich geäußert: „Le roi de Prusse m'a fait un mauvais quart d'heure; je pourrais bien le lui rendre avec usure!“ In dem „Ragionamento sulle cause e gli effetti della Confederazione Renana“, Italia 1819, I 229 heißt es noch schärfer: „je le lui ferai payer avec usure.“ Bignon (Histoire de France depuis le 18 Brumaire. Paris

Schritt zurückgethan hätte. Aber freilich in Bezug auf die Machtmittel war dadurch nicht das Geringste verändert; für Preußen entstand sogar der Nachteil, daß der König und seine vertrautesten Ratgeber sich wieder in der verderblichen Hoffnung wiegten, es sei möglich, leidliche Beziehungen zu Napoleon ohne Schaden für Preußen zu erhalten. Vergebens suchte man noch einmal im November 1804 die Räumung Hannovers zu erwirken; fruchtlos blieben auch die Verhandlungen, welche Laforest und Alopäus in Berlin unter preußischer Vermittlung und eifriger Förderung begonnen hatten. Gleichwohl kam der König auch mit Österreich und Rußland nicht zum Abschluß. Im November und Dezember 1804 hatte Metternich neue dringende Vorschläge an Hardenberg gerichtet. Zuweilen schöpfte er Hoffnung, sie könnten Gehör finden; Hardenberg schien ihm den Wunsch und den Mut zu besitzen, die „Faktion der Lombards zu bändigen". Das Ende war jedoch, daß der österreichische Gesandte am 24. März 1805 dem Grafen Colloredo schreiben mußte, nichts werde den preußischen Hof in Bewegung setzen als Rußland[1]. Aber auch das Verhältnis Friedrich Wilhelms zum Kaiser Alexander war nicht mehr so herzlich wie früher. Als König Gustav von Schweden in seinem tollen Eifer gegen Napoleon um die Wende des Jahres Rüstungen und drohende Bewegungen gegen die Franzosen in Hannover unternahm, war Preußen, gemäß seiner Verpflichtung, die Ruhe in Norddeutschland aufrechtzuhalten, dazwischengetreten. Sobald man aber sich anschickte, Pommern zu besetzen, langte im Februar der General Winzingerode in Berlin an mit der Erklärung, Alexander sei der Freund des Königs von Schweden und werde ihn

1836. IV 46) hat diese Äußerungen in Zweifel gezogen; sie sind aber an sich nicht unwahrscheinlich, nur darf man ihnen für die Folgezeit keine übergroße Bedeutung beilegen.

[1] Vgl. Metternichs Depeschen an den Grafen Franz Colloredo vom 22. und 27. Dezember 1804 und 24. März 1805. Oncken a. a. O. II 13, 16, 554 u. 558 hat von diesen Verhandlungen, welche Hardenberg nicht erwähnt, zuerst Kenntnis gegeben.

nötigen Falls mit bewaffneter Hand unterstützen. Winzingerode verdarb durch sein anmaßendes Wesen, was in Berlin zu verderben war. Als er im April abreiste, dachte man, um das Verhältnis wieder herzustellen, eine Vertrauensperson, den früheren Adjutanten, nunmehr Generalmajor von Zastrow, nach Petersburg zu senden. Er erhielt eine Instruktion, weniger für ihn als für den Zaren berechnet, dem er sie zur Kenntnis bringen sollte. In ernsten und schönen Worten legte der König die Beweggründe seines Benehmens dar, bedauerte, daß Rußland ihn verhindert habe, Pommern durch eine Besetzung gegen französische Angriffe zu schützen, und ließ nicht ungerügt, daß Alexander sogar mit Waffengewalt gedroht habe. Die Verbindlichkeiten der Übereinkunft vom 24. Mai 1804 werden dann auf ihre eigentliche Bedeutung zurückgeführt. Friedrich Wilhelm betont seine Uneigennützigkeit, seinen Wunsch, die Ruhe Europas zu sichern, aber er zeigt auch, daß Preußen in einer Lage, die es den ersten Schlägen Bonapartes aussetze, vorsichtiger als Rußland zu Werke gehen müsse. Schon jetzt könne man versuchen, in den Hauptfragen eine gleichförmige Sprache zu führen; aber zu einer so bestimmten Vereinigung, wie Winzingerode sie gefordert hatte, sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen[1]. Verfasser der Instruktion war Lombard; selbst Hardenberg, der sie mit dem Könige unterzeichnete, bemerkt, sie verdiene ganz nachgelesen zu werden. Sie ist in der That ein Meisterwerk. Friedrich Wilhelm hatte gewiß die Empfindung, sie sei ihm aus der Seele geschrieben, und dieses eine Schriftstück würde begreiflich machen, warum er sich später so ungern von dem Verfasser trennte.

Am 12. April wurde die Instruktion unterzeichnet. Aber gerade tags vorher war zwischen Rußland und England in Petersburg der Vertrag zum Abschluß gebracht, der das Geschick Europas für die nächsten Jahre bestimmte und die rasch folgende

[1] Die Instruktion vom 12. April 1805 bei Ranke a. a. O. V 137; vgl. auch I 499, II 153.

Katastrophe für die beiden deutschen Mächte herbeiführte. Ohne vorgängige Befragung Österreichs hatten England und Rußland sich vereinigt, Napoleon eine Reihe von Fragen vorzulegen und, wenn diese, wie vorauszusehen, verworfen würden, den Krieg zu erklären. Zastrows Sendung hatte deshalb keinen anderen Erfolg, als daß der Zar dem Könige von neuem seine Hülfe gegen Frankreich anbot und um so dringender den Anschluß Preußens an die Kaiserhöfe verlangte. Über die diplomatischen Beziehungen Rußlands wurde bis dahin jede Auskunft verweigert[1]. Österreich, obgleich seinerseits durch den Abschluß des Vertrags vom 11. April keineswegs angenehm überrascht, war doch wieder dem unverständigen Plane geneigt, Preußen durch Überrumpelung zum Kriege fortzureißen[2]. In Metternichs Depeschen tritt dieser Gedanke seit dem März unaufhörlich hervor. Die Weigerung Preußens, bezüglich der italienischen Angelegenheiten eine Verpflichtung zu übernehmen, bezüglich der deutschen sich bestimmt zu erklären, veranlaßte Colloredo zu der Klage, ein wirklicher Unterschied zwischen Haugwitz und Hardenberg bestehe gar nicht. Vertrauliche Eröffnungen seien unmöglich einerseits wegen der Schwäche und Falschheit des Ministeriums, anderseits wegen der Unehrlichkeit Lombards und des noch andauernden Einflusses des Grafen Haugwitz. So war man noch zu gar keinem Ergebnis gekommen, als der König Ende Mai eine Reise in die fränkischen Provinzen antrat. Noch immer stand Preußen unentschieden, ohne Bundesgenossen, ohne Vorkehrungen gegen die Stürme, welche stets drohender sich ankündigten.

Für Lombard brachte diese Zeit außerdem noch das trübe Bewußtsein, daß für die Lasten und Sorgen der Geschäfte seine Gesundheit immer weniger ausreichte. Seine Witwe hat später geschrieben, während des ganzen Ehestandes sei sie Krankenpflegerin gewesen. Als Bräutigam redet er in Briefen zuweilen von seiner kräftigen Gesundheit; aber schon am 2. Mai 1789

[1] Ranke a. a. O. II 161.

[2] Oncken a. a. O. II 17. Depesche Colloredos an Metternich vom 9. Mai, ebenda II 575.

klagt er über gichtische Schmerzen in der Hand, die ihn nötigten, seinem Amtsgenossen Coulon zu diktieren. Unter den späteren Familienbriefen sind wenige, in denen nicht ein Unwohlsein des Vaters zur Sprache kommt. Es waren besonders krampfhafte Leiden, die ihn selten ganz verließen. Im Februar 1802 erkrankte er so schwer, daß man seinen Tod befürchtete; die Bäder in Warmbrunn und Landeck brachten im Sommer 1803 nur vorübergehende Linderung. Im Frühling 1804 muß wieder die Frau als Schreiberin eintreten, und wir hörten schon, daß eine abermalige Kur in Landeck ohne Erfolg blieb[1]. Im nächsten Jahre hatte er an den Schmerzen anderer teilzunehmen. Neben seinen Brüdern Adolf und Peter stand ihm niemand so nahe als der Kammergerichtsrat Karl Christian Müller — der spätere Geheime Kabinetsrat —, welcher die Lieblingsschwester der Frau Lombard, Susanne Gilly, geheiratet hatte. Daß diese Schwester, eine sehr liebenswürdige Frau, noch in jugendlichem Alter dem Schoße eines seltenen häuslichen Glückes im Mai 1805 entrissen wurde, war auch für die Familie Lombard einer der härtesten Schläge, der sie treffen konnte[2]. Der Trauerfall erfolgte in Halle, wo Susanne zum Besuche verweilte, zur Zeit, als Lombard sich eben zu einer längeren Reise anschickte, die ihn zunächst wieder in die Nähe des Königs nach Franken, weiter zur Stärkung seiner Gesundheit in die Schweiz führen sollte. Infolge der Todesnachricht eilte seine Frau sogleich nach Halle; Lombard traf am 29. Mai dort mit ihr zusammen und setzte drei Tage später in ihrer Begleitung seine Reise fort. Über Erfurt, Meiningen, Bamberg, Erlangen gelangte er am 5. Juni nach Fürth. Hier war auch der König an demselben Tage mit Hardenberg und Lucchesini zusammengetroffen. Der letztere kam aus Italien; zum großen Mißvergnügen der Russen und Österreicher und nicht eben zur Zufriedenheit des Königs[3] war er Napoleon nach Mailand gefolgt, um dem französischen Kaiser,

[1] Lombard an Lucchesini, 6. September 1804, Bailleu a. a. O. II 289.
[2] Lombard an seinen Sohn August, 20. Mai 1805.
[3] Lombard an Hardenberg, 26. April 1805, Bailleu a. a. O. II 341.

der sechs große Bänder des neugestifteten Ordens der Ehrenlegion nach Berlin gesandt hatte, ebensoviele Abzeichen des Schwarzen Adlerordens zu überbringen. Er stimmte die Friedenshoffnungen sehr herab durch die Nachricht, daß Napoleon der ausdrücklichen Bestimmung des Luneviller Friedens zum Trotz die ligurische Republik mit dem Königreich Italien vereinigt habe. Auch ein österreichischer Diplomat, Herr von Hügel, und ein Bruder des Kaisers, Erzherzog Anton, hatten sich eingefunden[1]; aber es blieb auch hier, wie so oft, bei bloßen Reden, ohne Ergebnis. Für Lombards Gesundheit hatte die Reise nicht den gewünschten Erfolg. „Dein armer Vater", schreibt die Mutter am 13. Juni 1805 aus Baireuth, „ist seit meinem Briefe aus Fürth vom 7. recht krank gewesen; die Anfälle von Rheumatismus werden häufiger und stärker als jemals. Das Ergebnis dieser traurigen Wahrnehmung ist, daß wir den Entschluß gefaßt haben, auf die Reise in die Schweiz zu verzichten und direkt nach Pisa zu gehen, um zu versuchen, ob die warmen Bäder unserem armen Kranken einige Erleichterung verschaffen. In einer Viertelstunde reisen wir nach Wunsiedel bei Sichersreuth. Lombard denkt die Bäder von Alexandersbad zu gebrauchen; wenn sie ihm bekommen, bleiben wir, solange der König dort ist, sonst eilen wir nach Pisa zu kommen." „In Wunsiedel bei Alexandersbad", schreibt sie aus München vom 22. Juni, „sind wir vier Tage geblieben. Ich hatte keine Zeit, dir zu schreiben; denn wir haben einige Ausflüge nach Eger und in die Umgegend gemacht, welche reizend ist. Morgen reisen wir von hier ab." In langsamen Tagereisen dachte man über Innsbruck, Verona, Bologna und Florenz am 12. Juli das Ziel zu erreichen. Die Reise wurde jedoch beschleunigt; denn schon am 7. Juli meldet die Mutter aus Pisa: „Wir sind glücklich an unserem Bestimmungsorte angelangt. Gott gebe, daß das Ergebnis unserer Reise ebenso glücklich ist wie die Reise selbst. Wir haben auf dem Wege keinen Unfall gehabt;

[1] Ranke a. a. O. II 156, 159.

die Gesundheit deines Vaters war leidlich und das Wetter, abgesehen von der Hitze, sehr schön. Ich hoffe, daß du meinen Brief aus München erhalten hast. Seitdem haben wir uns nur in Verona, Mantua, Bologna und Florenz aufgehalten, in der letzten Stadt vier Tage; denn es giebt viel dort zu sehen, und wir hatten das Vergnügen, Spaldings dort zu treffen[1], mit denen wir im selbigen Gasthof wohnten, ohne es zu wissen. Denke dir ihr Erstaunen und das unsrige. Ohne den traurigen Tod meiner armen Schwester, von dem sie leider nicht unterrichtet waren, hätten wir in Florenz drei sehr angenehme Tage verlebt; aber dieser schreckliche Gedanke verdirbt mir alle Freuden des Lebens. Ich habe nicht Zeit, dir alles Merkwürdige, was wir gesehen haben, zu beschreiben: denn Peter, der morgen nach Rom abreisen will, muß diesen Brief mitnehmen[2]. Wenn du den Gedanken hast, einmal eine Reise nach Italien zu machen, so mußt du durchaus damit anfangen, die Sprache zu erlernen; denn du machst dir keine Idee von all den Unannehmlichkeiten, denen man ausgesetzt ist, wenn man nicht Italienisch versteht. Ich habe lange geglaubt, das Französische sei hinreichend, aber ich bin ganz von diesem Irrtum zurückgekommen, und ohne deinen Vater, der die Landessprache recht gut redet, hätten wir uns niemals aus der Verlegenheit ziehen können."

„Jetzt sind wir seit vierzehn Tagen im Bade", heißt es im folgenden Briefe, „ich kann dir daher aus eigener Erfahrung sagen, daß es deinem Vater wohl bekommt. Er befindet sich besser, als ich ihn seit Jahren gesehen habe. Bei alledem habe ich die traurige Überzeugung, daß die Bäder ihn nicht heilen werden. Neue Kräfte, um zu leiden, das ist alles, was wir vernünftigerweise von dieser Reise erwarten können. Wenn es

[1] Der Philologe Johann Joachim Spalding (1762—1811) machte im Jahre 1805 eine längere Reise nach Italien, um die Handschriften Quintilians zu durchforschen. Er war mit Müller verschwägert.

[2] In einem Briefe an Hardenberg aus Potsdam vom 10. Mai hatte Lombard die Erlaubnis erbeten, daß sein Bruder ihn nach Italien begleiten dürfe. Preuß. St.-A.

viel ist für den, der leidet, so ist es doch sehr wenig für uns, die wir gern unser Leben und alles, was wir auf der Welt besitzen, dahingäben, um ihn geheilt zu sehen. Der Aufenthalt hier ist angenehm, denn wir leben auf dem Lande; die Bäder sind eine halbe Meile von der Stadt. Wir haben eine hübsche Wohnung mit herrlicher Aussicht, die Apenninen auf beiden Seiten und in der Mitte eine große, schöne Ebene mit der Aussicht auf die Stadt. Unsere Lebensweise ist die einfachste von der Welt; von 8—9 badet dein Vater; darauf nimmt er das Frühstück und macht seinen Spaziergang, auf dem ich ihn begleite, wenn es nicht zu heiß ist. Um 11 Uhr ist er zurück, man liest oder arbeitet bis 2 Uhr, dann geht man zu Tische, dann hält man eine Mittagsruhe, und zwischen 5 und 6 beginnen unsere Abendspaziergänge, die ich eigentlich Läufe nennen müßte, denn wir durchlaufen die Apenninen bis 8 oder 9 Uhr abends, beinahe ohne auszuruhen. Nach Hause zurückgekehrt, esse ich zu Abend, kleide mich aus und denke an meine Kinder, bis die Natur ihre Rechte ausübt und der Schlaf mich umfängt. Das ist unsere Geschichte beinahe jeden Tag, nur daß ich noch öfter an meine Kinder denke und von ihnen rede, als ich dir sagen mag."

Während Lombard in beinahe idyllischer Ruhe seine Kräfte herzustellen suchte, hatte sich die Spannung zwischen den großen Mächten zu einem Grade gesteigert, daß baldige Entscheidung unvermeidlich war. Nur Preußen blieb noch immer unentschieden. Der König hatte nach Lombards Abreise noch einige Wochen in Franken verweilt; zum letztenmal genoß er die Freude, inmitten seiner treuen Unterthanen Beweise ihrer Anhänglichkeit und Verehrung entgegenzunehmen. Als er Anfang Juli nach Berlin zurückkehrte, war dort der russische Kammerherr Nowosiltzow eingetroffen. Nach dem Vertrage vom 11. April sollte vor der Eröffnung des Krieges noch ein letzter Einigungsversuch bei Bonaparte gemacht werden. Schon am 12. April hatte Kaiser Alexander dem Könige angekündigt, daß ein Unterhändler den Weg über Berlin nehmen werde, aber als einfacher

Reisender, weil man wegen Annahme des Kaisertitels mit Bonaparte offiziell nicht unterhandeln könne. Man hatte an Preußen das Ansinnen gestellt, die Zulassung des russischen Diplomaten in Paris zu erleichtern. Bereitwillig war Friedrich Wilhelm darauf eingegangen; der General Zastrow, welcher, aus Petersburg zurückkehrend, dem Könige noch in Alexandersbad einen Brief des Zaren überbracht hatte, sollte den russischen Diplomaten nach Paris begleiten[1]. Aber die Sendung war von Anfang an nicht ernstlich gemeint. Als die Nachricht von dem neuen Gewaltstreich gegen Genua in Petersburg eintraf, benutzte das russische Kabinet rasch die Gelegenheit, den friedlichen Schritt nunmehr als aussichtslos wieder rückgängig zu machen, zum großen Bedauern Österreichs, das ungern die letzte Möglichkeit einer Einigung verschwinden sah. Nowosiltzow reiste am 18. Juli von Berlin nach Petersburg zurück und der Krieg schien unvermeidlich[2]. Unter solchen Verhältnissen suchte natürlich Napoleon das schwankende Preußen für sich zu gewinnen. Am 15. Juli hatte Hardenberg im Gespräche mit Laforest erklärt, daß der König nunmehr das Vorgehen der Engländer oder Russen gegen Hannover zu verhindern weder im stande noch gewillt sei, und sich dadurch von der im April 1804 gegebenen Versicherung losgesagt. Für Frankreich war der Besitz des Landes jetzt eher ein Nachteil als ein Vorteil, da die Besatzungstruppen auf dem Kriegsschauplatze gebraucht werden mußten und, wenn sie zurückblieben, gefährlichen Angriffen ausgesetzt waren. So lag es nahe zu versuchen, ob sich durch die Abtretung Hannovers an Preußen vielleicht das lange gewünschte Bündnis gewinnen ließe. Am 8. August reichte Laforest in Berlin eine

[1] Der König hatte bereits in einem von Lombard verfaßten schönrednerischen Briefe (Bailleu a. a. O. II 600) vom 28. April 1805 den russischen Diplomaten in Paris empfohlen.

[2] Ranke a. a. O. II 161, 173. Die Antwort Laforests vom 12. Juli auf eine sehr unpassende Note Nowosiltzows, zu deren Übermittelung Hardenberg sich herbeigelassen hatte, bei Bignon a. a. O. IV 266.

ausführliche Denkschrift ein[1]. Napoleon erbot sich, Hannover, auf das er England gegenüber sein Eroberungsrecht geltend machte, sogleich an Preußen abzutreten und keinen Frieden zu schließen, der nicht die Anerkennung der preußischen Erwerbung enthielte; der König sollte dagegen eine Garantie für den Besitzstand in Italien übernehmen. In der Denkschrift waren nicht allein die Vorteile für Preußen hervorgehoben, sondern es war auch darauf hingewiesen, daß das vorgeschlagene Bündnis Österreich und Rußland von dem Kriege ganz abschrecken könne. Hardenberg nennt die Denkschrift ein Meisterwerk; sie wirkte auf ihn in solchem Maße, daß er geneigt war, auf das Bündnis einzugehen und den Besitzstand in Italien, den Hauptstreitpunkt zwischen Frankreich und der Koalition, zu gewährleisten. In diesem Sinne wurde mit Genehmigung des Königs am 14. August an Laforest, am 17. August an Lucchesini geschrieben[2]; auch der Herzog von Braunschweig und Schulenburg traten in einer Konferenz mit Hardenberg zu Halberstadt am 22. August dessen Ansichten bei. Der Besitz Hannovers schien ein alles überwiegender Vorteil, so daß man es selbst auf einen Krieg mit Rußland wollte ankommen lassen. Aber Friedrich Wilhelm wäre nicht mehr derselbe gewesen, hätte ihn eine solche Möglichkeit nicht bedenklich gemacht. Der Vertraute, mit welchem er damals in Lombards Abwesenheit auch die auswärtigen Angelegenheiten zu besprechen pflegte, war der Geheime Kabinetsrat Beyme. Dieser äußert einmal recht bezeichnend Hardenberg gegenüber[3]: „Wenn wir uns immer wie bisher durchwinden, so werden wir doch am Ende die meiste Ehre davontragen." Schon in einem Briefe vom 17. August[4]

[1] Ranke a. a. O. I 507; II 178; V 145.
[2] Ranke a. a. O. II 193; V 161.
[3] Ranke a. a. O. II 176.
[4] Nach Rankes und nach Hardenbergs eigener Angabe (II 195; V 164) ist der Brief an den Marquis Lucchesini gerichtet, obgleich die Anrede „Ew. Hochfreiherrliche Excellenz" lautet.

hatte er dem Bündnis mit Frankreich K...ſeln beizufügen verſucht, die es ſchwerlich zum Abſchluß hätten kommen laſſen. Am 30. Auguſt ſpricht er die Hoffnung aus, man werde von Napoleon die Übertragung Hannovers en depôt bis zum Frieden erlangen können gegen das Verſprechen, daß Preußen ſich nicht gegen Frankreich verbünden und dasſelbe gegen jeden Angriff im Norden ſichern werde[1]. Der König hatte ſich indeſſen, wie ein Jahr früher in der Rumboldſchen Angelegenheit, an Haugwitz gewendet, und gerade an dem Tage der Halberſtadter Konferenz unterzeichnete der Graf ein Gutachten, welches nachdrücklich warnte, die Neutralität zu verlaſſen und ſich der Gefahr eines Krieges mit Rußland auszuſetzen. Richtig hebt er hervor, wie wenig man den Abſichten Napoleons trauen dürfe und in welche üble Lage der König nach ſeinen früheren Erklärungen geraten werde; der ungewiſſe Beſitz des ausgeſogenen hannoverſchen Landes erſcheint ihm zudem nicht wertvoll genug, um dagegen alte vortreffliche Provinzen aufs Spiel zu ſetzen[2]. Dem König war dies aus dem Herzen geſprochen; der deutlichſte Beweis liegt darin, daß Hardenberg den ihm höchſt unwillkommenen Auftrag erhielt, den Grafen zur Rückkehr nach Berlin einzuladen.

Um dieſelbe Zeit mag auch Lombard von ſeiner italieniſchen Reiſe dort wieder eingetroffen ſein. In einer ſpäteren Rechtfertigungsſchrift bringt er dem Könige in Erinnerung, er habe bei der Ankunft zu ſeinem größten Erſtaunen den Miniſter des Auswärtigen geneigt gefunden, ein Bündnis mit Frankreich zu ſtande zu bringen. Man darf ihm glauben, daß er keineswegs zu Gunſten eines ſolchen Planes ſich ausgeſprochen habe, nicht bloß weil die Neigung des Königs ſich einer anderen Richtung zuwandte, ſondern auch weil Lombard, wie Beyme, die Neutralität, das Durchwinden zwiſchen den beiden feindlichen Parteien als die Hauptaufgabe der preußiſchen Politik betrachtete. Was

[1] Ranke a. a. O. II 201.
[2] Ranke a. a. O. II 196.

gewiß am meisten für diese Auffassung wirkte, war die deutliche Erkenntnis, wie Napoleon auch jetzt wieder Preußen zu benutzen suchte. Am 1. September traf der General Duroc abermals in Berlin ein, direkt aus dem Lager bei Boulogne, mit einem Briefe vom 23. August. Der Kaiser betrachtete den Abschluß des Vertrages als eine bereits feststehende Sache, forderte starke Erklärungen, sogar Truppenbewegungen gegen Österreich, bot aber nichts als den Austausch Hannovers gegen das rechtsrheinische Kleve, ohne für die noch unabhängigen italienischen Staaten oder für die Schweiz und Holland die von Preußen verlangte Sicherheit zu bewilligen. Alle Vorteile wären auf seiten Frankreichs, auf Preußens Seite beinahe nur Verpflichtungen gewesen[1]. Auch Hardenberg war nicht zweifelhaft und hat in seinen Denkwürdigkeiten ausgeführt, daß Preußen auf einen so veränderten Entwurf nicht eingehen konnte. Dem Grafen Haugwitz, der am 8. September in Berlin eintraf, kostete es wenig Mühe, die bereits in seinem Gutachten ausgesprochene Ansicht zur Geltung zu bringen. Hardenberg, der leicht und sogar lebhaft und mit Entschiedenheit statt des aufgegebenen einen neuen Weg einschlug, wandte sich jetzt der Hoffnung zu, daß man die politische Lage selbständig zum Vorteile Preußens benutzen könne. Er setzte durch, daß zur Sicherung der Neutralität wenigstens 80000 Mann der preußischen Armee mobil gemacht würden[2]. Als infolge der kriegerischen Operationen Hannover von den Franzosen beinahe geräumt und nur in Hameln eine Besatzung von 3000 Mann zurückgeblieben, auch Holland von Truppen entblößt war, riet er am 10. September in einer Konferenz beim Könige, Hannover, dann auch Travemünde und die mecklenburgischen Häfen sogleich zu besetzen. Er beschuldigt Lombard, daß er diese damals wohl ausführbare Maßregel als eine Kriegserklärung gegen Napoleon

[1] Ranke a. a. O. II 202. Die einseitigen Angaben Bignons a. a. O. IV 336 stimmen damit weniger überein als die ausführliche Darstellung bei Lefebvre, Histoire des Cabinets de l'Europe. Paris 1845. II 103 ff.; 2. Auflage. Paris 1866. II 96 ff.

[2] Ranke a. a. O. II 209.

dargestellt und dadurch verhindert habe[1]. Jedenfalls war jetzt an ein Bündnis mit Frankreich, welches den Krieg nicht mehr aufgehalten, sondern auf Norddeutschland ausgedehnt hätte, nicht mehr zu denken; der Wille des Königs richtete sich bestimmt auf Neutralität; das hatte Hardenberg am 12. September dem französischen Gesandten mitzuteilen[2].

Gleichwohl wäre Preußen beinahe auf die französische Seite gedrängt worden durch das Ungeschick derer, die es auf die entgegengesetzte Seite drängen wollten. Man erstaunt mit Recht über die Art, wie Napoleon fremde Staaten, seien es Gegner oder Freunde, zu behandeln pflegte; aber was damals, vor dem Ausbruch des Krieges, England und Rußland gegen Österreich, Preußen und Neapel sich herausnahmen, kann dem Ärgsten, was Napoleon sich erlaubte, verglichen werden. Durch ihre Lage den unmittelbaren Schlägen des gewaltigen Gegners entzogen, schienen sie nur darauf auszugehen, ihm neue Schlachtopfer zuzutreiben. Ohne Österreich vorher zu benachrichtigen, hatten sie den Vertrag vom 11. April abgeschlossen, der den Kaiser im ungünstigsten Augenblick, ehe die Rüstung beendigt, ehe die russische Hülfe zur Stelle war, zum Kriege nötigte. So bitter man in Österreich diese Rücksichtslosigkeit empfand, man war doch zufrieden, daß Preußen, unvorbereitet und durch drohende Bewegungen überrascht, zum Beitritt gezwungen würde[3]. Wir haben gesehen, wie Alexander im Juni auf die Anfrage des Königs jede Auskunft über den Stand der Verhandlungen verweigerte. Erst im Juli erfuhr Hardenberg von Nowosiltzow den Inhalt des Vertrages vom 11. April. Schon einzelne Artikel dieser Übereinkunft, insbesondere die Ansammlung russischer Truppen an der preußischen Grenze, deuteten auf eine Gewaltmaßregel gegen Preußen; aber was jetzt geschah, kam auch Hardenberg unerwartet. Am 16. September überreichte Alopäus

[1] Ranke a. a. O. II 212.

[2] Ranke a. a. O. V 566. Irrig steht II 215 der 16. September; vgl. Bailleu a. a. O. II S. LX.

[3] Colloredo an Metternich, 9. Mai. Oncken a. a. O. II 575.

einen Brief des Zaren, in welchem derselbe mitteilte, daß die russischen Truppen die preußische Grenze überschreiten würden, und zugleich, um alles zu vereinbaren, eine Zusammenkunft vorschlug. Der König war aufs peinlichste betroffen; in einer Konferenz am 19. wurde beschlossen, das ganze preußische Heer auf Kriegsfuß zu setzen und bedeutende Truppenmassen im Osten zu vereinigen. Ein Zusammenstoß schien unvermeidlich; Alopäus hatte bereits den Einmarsch der Russen bestimmt für den 28. September angekündigt, als Alexander noch gerade zur rechten Zeit von seinem thörichten Plane zurückkam, seinen Truppen Stillstand gebot, aber nun um so dringender eine Zusammenkunft verlangte. Auch Hardenberg, der unterdessen die Verhandlung mit den Franzosen fortgeführt und gegen Zusage der Neutralität die Besetzung Hannovers gefordert hatte, wünschte, daß der König mit Alexander sich besprechen und dann um so bestimmter seine eigene Stellung nehmen möge. Aber der König wollte den persönlichen Einfluß des Zaren von sich fern halten. Unfreundlich wies er Hardenbergs Vorschlag in einer Konferenz am 1. Oktober zurück[1], und als Alexanders vertrauter Adjutant, Fürst Peter Dolgoruki, am 4. Oktober mit einem neuen dringenden Ansuchen des Zaren nach Berlin kam, konnte ihm Hardenberg erst am 6. Oktober eine Audienz verschaffen. Gerade vor derselben hatte er selbst einen Vortrag zu halten und versuchte noch einmal, aber wieder vergeblich, den König für die Zusammenkunft zu gewinnen. Eben stieg er mißmutig die schöne Treppe von Sanssouci hinab, als er plötzlich in das Kabinet des Königs zurückgerufen wurde[2]. Ein Ereignis war eingetreten, welches die Lage völlig veränderte und eine Wendung nach der entgegengesetzten Seite herbeiführte.

[1] Ranke a. a. O. II 251 ff.
[2] Ranke a. a. O. II 259.

II.

Duroc und Laforest hatten auch nach der Eröffnung, daß Preußen von der Neutralität nicht abgehen werde, die Unterhandlungen fortgesetzt. War es doch für Frankreich schon ein Erfolg, wenn Preußen der Koalition nicht beitrat. Jeder Tag, der mit Unterhandlungen verloren wurde, der Napoleon Zeit ließ, die noch einzeln stehenden Österreicher zu schlagen, war für ihn ein unschätzbarer Gewinn. Hardenberg hat mit unnötiger Ausführlichkeit die einzelnen Gegenanträge auseinandergesetzt: die Weigerung, Hannover abzutreten, wenn der König die Alliance nicht eingehe, dann die unzulässigen Bedingungen, von welchen eine etwa mögliche Übergabe an Preußen abhängen sollte. Da Hardenberg noch immer die Gefahr eines Bruches mit Rußland befürchten mußte, zog er auch seinerseits die Unterhandlungen in die Länge. Erst am 4. Oktober teilte er auf ausdrücklichen Befehl des Königs den Franzosen mit, daß ihre Bedingungen gänzlich unannehmbar seien und daß Preußen Hannover nicht mehr, wie sie wollten, „en depôt“ für Frankreich verwahren, sondern nur, wenn es unbedingt und vor einer Landung der Engländer geräumt würde, besetzen könne. Die Franzosen antworteten, ganz ihrem System gemäß, daß sie zu einem solchen Zugeständnis nicht ermächtigt seien, aber bei Napoleon anfragen wollten.

Kaum war diese Unterredung geschlossen, als man erfahren mußte, daß die Neutralität des preußischen Gebietes, die man eben gegen Rußland zu verteidigen sich anschickte, in Franken von Napoleon verletzt worden sei.

Schon in den früheren Feldzügen war es für Preußen eine schwere Aufgabe gewesen, die weit auseinanderliegenden Gebietsteile gegen Kriegsgewalt zu sichern. Die Demarkationslinie war zu verschiedenen Malen von Österreichern wie von Franzosen verletzt worden, aber doch nur vorübergehend und nicht so offenbar, daß man nicht wenigstens eine Ableugnung oder Entschuldigung hätte annehmen können. Für Ansbach und Baireuth,

die inmitten des Kriegsschauplatzes gelegenen fränkischen Fürstentümer, war dagegen ein Zugeständnis nicht zu vermeiden. 1796 bei dem Einbruch Jourdans und Moreaus und abermals 1800 bei Moreaus zweitem Feldzuge hatte man den Durchmarsch fremder Truppen an sich nicht verweigert[1], sondern sich mit der Forderung begnügt, daß sie auf preußischem Boden nicht stehen bleiben dürften und alles, was sie nötig hätten, bezahlen müßten. Infolge der Gebietsveränderungen des Reichsdeputations-Hauptschlusses war dann zur Verbindung der bayrischen Landesteile eine Militärstraße von Bamberg nach der Oberpfalz vereinbart worden. Gleichwohl mußten bei jedem neuen Kriege in Süddeutschland neue Schwierigkeiten entstehen. Lombard bemerkt in einer späteren Darstellung dieser Ereignisse, der König sei seit dem Ausbruche des Krieges der Ansicht gewesen, man müsse bei den früheren Bedingungen stehen bleiben, habe auch Hardenberg beauftragt, diese Erklärung öffentlich zu geben; das Ministerium habe dagegen vorgestellt, daß eine solche Erklärung das Geständnis der eigenen Schwäche enthalte und Beleidigungen herausfordere. Der König habe lange auf seiner Meinung bestanden, aber endlich nachgegeben[2]. Sicher ist eine Erklärung dieser Art nicht erfolgt. In einer Anweisung für die Behörden vom 22. September hatte man sogar streng auf der vollkommenen Neutralität bestanden, wahrscheinlich weil es sich einstweilen nur um Märsche der Österreicher und Bayern handelte, von denen ein Widerspruch nicht zu befürchten war. Ob französische Truppen in den Fall kommen könnten, den Durchzug zu begehren, hing noch von den Umständen ab, und Napoleon, schon um Mack und die Österreicher nicht aufmerksam zu machen, hütete sich wohl, eine Forderung dieser Art zu stellen. Bernadotte, der die französischen Heeresteile aus Hannover herbeiführte, versprach sogar noch in der letzten Woche des September, das heißt, solange es in seinem Interesse lag, genaue Beobachtung der Neu-

[1] Vertrag vom 5. August 1796 Art. 3 u. 5. De Clercq, Traités de la France. Paris 1864. I 280.

[2] Vgl. Lombards Matériaux S. 112 ff.

tralität. Auch in Berlin, bei der Erörterung dieser Fragen, hatte Hardenberg nicht selten, die Karte in der Hand, auf die Militärstraße von Bamberg in die Oberpfalz hingewiesen, ohne bei Laforest und Duroc einem Widerspruch zu begegnen[1]. Aber die Lage änderte sich, als anfangs Oktober Napoleon von Schwaben gegen Ulm heranzog, als der große Kriegsplan, die Umzingelung Macks bei Ulm, durch das Eingreifen Bernadottes und der Bayern, die sich bei Würzburg vereinigt hatten, zur Ausführung kommen sollte. Zwischen Ulm und Würzburg lag das Fürstentum Ansbach seiner ganzen Länge nach in der Mitte. Wollte man es westlich umgehen, so konnte man an der Donau Mack nur von vorne angreifen, benutzte man die Militärstraße von Bamberg in die Oberpfalz, so wurden die französischen Streitkräfte getrennt, und die Zeit, Mack zu überraschen, vielleicht von den heranziehenden Russen abzuschneiden, ging verloren. Einen strategischen Vorteil rechtlichen Bedenken aufzuopfern, lag nicht in Napoleons Charakter. Durch ein Schreiben des Kurfürsten von Bayern erhielt er am 2. Oktober in Stuttgart die bestimmte Nachricht, daß Preußen auch für die fränkischen Fürstentümer die Neutralität begehre und sie den Österreichern gegenüber zur Anerkennung gebracht habe. Allein nach der unentschlossenen Haltung der preußischen Politik mochte er hoffen, daß eine Entschuldigung alles wieder ausgleichen würde; vielleicht war er nicht einmal dazu genötigt, wenn Preußen, wie die Nachrichten aus Berlin erwarten ließen, sich mit Rußland in einen Krieg verwickelte. Ohne sich in seinen Anordnungen stören zu lassen, nahm er in seiner Antwort an den Kurfürsten den Schein an, als sei er zu spät unterrichtet worden. Der Durchzug, schreibt er, sei bereits erfolgt; Bernadotte solle aber in Gemäßheit des vordem beobachteten Verfahrens sich nicht im Fürstentum aufhalten[2].

[1] Ranke a. a. O. II 224 und 289.

[2] Bernadotte erhielt am selbigen Tage den Auftrag, mit dem Kurfürsten zu reden. Die Worte „je ne pense pas que vous serez déjà à deux marches de Würzburg“ setzt Napoleon hinzu, um den Marschall

Als man in Berlin von den Bewegungen der Franzosen hörte, wurde der König bedenklich. Am 3. Oktober ließ er durch Beyme Hardenberg den Auftrag zugehen, er möge besonders dafür sorgen, „daß die Neutralität der fränkischen Fürstentümer wie im vorigen Kriege respektiert werde, da man eine weitergehende Neutralität für dieselben wohl schwerlich werde erhalten können". Einige Wochen früher hätte eine Anordnung dieser Art den Staat vor den übelsten Verwicklungen, vielleicht vor der Katastrophe des nächsten Jahres bewahren können; jetzt machte Hardenberg nicht ohne Grund darauf aufmerksam, daß man den Franzosen nicht wohl unaufgefordert antragen könne, was man den Österreichern verweigert habe. Später, als er Lombards Darstellung las, wurde er heftig gereizt; er nennt sie eine erbärmliche Schmeichelei und behauptet, von der Ansicht des Königs bezüglich der fränkischen Fürstentümer sei vor dem Billet Beymes niemals Rede gewesen[1]. Wie weit dies richtig sei, muß noch dahingestellt bleiben. Sicher kam die königliche Mahnung jetzt zu spät. Denn gerade am 3. Oktober, an dem Tage, an welchem Beyme schrieb, wurde die Neutralität verletzt. Ohne auf seine frühere Zusage, ohne auf die Proteste der preußischen Behörden zu achten, durchzog

---

zu beruhigen, wenn er die Behauptung, der Durchmarsch sei schon vollzogen, in dem Briefe an den Kurfürsten las oder davon erzählen hörte. Auch an Duroc schreibt Napoleon am 2. Oktober (Corresp. XI 337), es sei beim Eintreffen des kurfürstlichen Briefes keine Zeit mehr gewesen; eine Kolonne sei schon durchmarschiert. Preußen habe auch in dem letzten Kriege Ansbach und Baireuth in die Neutralität nicht einbegriffen.

[1] Ranke a. a. O. II 253, 266. In dem Kabinetsjournal „September bis Dezember 1806" finden sich im September und Oktober nicht wenige auf die Verwaltung von Ansbach und Baireuth bezügliche Kabinetsordres an Hardenberg, z. B. zum 3. Oktober die Anstellung des Dr. Fabri zum ordentlichen Professor der Philosophie in Erlangen, zum 5. Oktober die Bestätigung einer Stiftung des Kaufmanns Stinzing in Maindornheim, aber weder das Billet Beymes vom 3. Oktober noch eine andere den Durchmarsch betreffende Anweisung. Darin liegt jedoch kein Beweis für Hardenbergs Behauptung, weil das Journal nur für die inneren Angelegenheiten bestimmt ist.

Bernadotte das ansbachsche Gebiet; andere Truppenteile, auch die Bayern folgten, und jeder weiß, was dann an der Donau und bei Ulm sich ereignete.

Am 6. Oktober kam die Nachricht von dem Einmarsch nach Potsdam. Der König hat später an Napoleon geschrieben, es würde ihn nur ein Wort gekostet haben, um in Güte das zu erhalten, was er sich gewaltsam genommen habe[1]. Aber dieses Wort war nicht gesprochen, und dadurch geschah es, daß ein an sich wenig bedeutender Übergriff zu einer schweren Beleidigung sich gestaltete. Niemand wurde heftiger aufgeregt als der König. Im ersten Eifer trug er Hardenberg auf, die französischen Gesandten aus Berlin zu weisen. Diesmal war es der Minister selbst, der eine rasche Entscheidung verhinderte, indem er, man muß zugeben mit richtigerem Blick, von einer Maßregel abriet, die einer Kriegserklärung gleichgekommen wäre und Preußen bedingungslos an Rußland gefesselt hätte. Zunächst sollte jetzt, der Gewohnheit des Königs gemäß, eine Konferenz berufen werden. Lombard war in diesem entscheidenden Augenblick nicht in Potsdam; er hatte sich im Auftrage des Königs, noch ehe die Nachrichten aus Ansbach eintrafen, am 6. nach Berlin begeben. Scheinbar sollte er Laforest, von dem er Empfehlungen für die italienische Reise erhalten hatte, seinen Dank und Duroc, mit dem er in Brüssel bekannt geworden war, einen Besuch abstatten, in Wahrheit neue Vorstellungen wegen der baldigen Räumung Hannovers machen. Ohne von dem großen Ereignis etwas zu wissen, kam er am andern Morgen zu den französischen Gesandten, die nicht allein von dem Bruche der Neutralität, sondern auch von dem, was tags vorher in Potsdam darüber gesprochen war, genaue Kunde hatten. Sie hielten es für rätlich, dem preußischen Kabinetsrat die erste Nachricht zu geben und die Sache im vorteilhaftesten Lichte darzustellen. Lombard wurde mit Duroc einig, daß der Kaiser dem Könige Genug-

[1] Der König an Napoleon, 5. Februar 1806, Ranke a. a. O. II 452.

thuung geben und der König bis dahin an den zwischen Frankreich und Preußen bestehenden Beziehungen nichts ändern werde. Dafür glaubte Lombard sich verbürgen zu können. Als er aber mit Hardenberg gesprochen, die auf den Vorfall bezüglichen Aktenstücke gelesen und von der gereizten Stimmung des Königs gehört hatte, kam er noch einmal zu den Gesandten, um sein Wort zurückzunehmen. Nichts anderes, erklärte er, sei ihm möglich, zu versprechen, als daß er aus allen Kräften versuchen werde, die bösen Folgen abzuwenden. In der That war die Aufregung des Hofes und der Hauptstadt außerordentlich, und sie stieg noch bei den Nachrichten über das ungebührliche Benehmen der französischen und der bayrischen Truppen und bei der Ankunft eines höchst unpassenden Schreibens von Napoleon an den König vom 4. Oktober, das kaum den Schein einer Entschuldigung für nötig hielt. In einem Kriegsrat vom 7. Oktober, an welchem der Herzog von Braunschweig, Möllendorf, Schulenburg und Hardenberg teilnahmen, und in einer größeren Konferenz beim Könige, zu welcher auch Lombard zugezogen wurde, beschloß man, den Franzosen zu eröffnen, der König erachte sich aller Verbindlichkeiten gegen Frankreich für entledigt; den Russen sollte der Durchmarsch durch Schlesien und Mecklenburg nunmehr gestattet und Hannover besetzt werden. Gleich nach der Konferenz überreichte Hardenberg den Entwurf einer für die Franzosen bestimmten Erklärung. Sehr charakteristisch ist, was der König durch Lombard darauf erwidern ließ. Er fand die Äußerungen über den Bruch der Neutralität nicht stark genug, dagegen die für die Besetzung Hannovers und den ungesäumten Abzug der französischen Truppen bestimmten Maßregeln voreilig. Lombard mußte die, wie Hardenberg angiebt, von einem Ministerialrat gearbeitete weitschweifige Note durch eine andere ersetzen, die in meisterhaften Ausdrücken den Franzosen die derbsten Wahrheiten sagte, aber statt der von Hardenberg angekündigten scharfen Maßregeln sich auf die Erklärung beschränkte, der König werde seine Armeen die Stellungen ein-

nehmen lassen, welche für die Sicherheit des Staates erforderlich seien[1].

Am 14. wurde diese Note den Franzosen übergeben, nachdem tags vorher die Befehle zur Besetzung Hannovers an den Herzog von Braunschweig ergangen waren. Aber die Ausführung erfolgte zögernd. Mehr und mehr trat nach der kurzen Aufwallung wieder der eigentliche Wunsch des Königs hervor, an dem Kriege unbeteiligt zu bleiben. So dachte gewiß auch Lombard[2]. Außer dem Könige hat wohl niemand das Ereignis in Ansbach so schwer empfunden wie er. Es war recht eigentlich die Widerlegung seines politischen Systems und der bittere Gegensatz gegen den Triumph, den man gerade ein Jahr früher in der Rumboldschen Angelegenheit erlangt zu haben glaubte. Hardenberg, mehr geneigt, für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen, war jetzt, da es unmöglich schien, mit Napoleon zusammenzugehen, entschieden für eine rasche Verhandlung mit der Koalition. Aber er besaß nicht mehr das volle Vertrauen des Königs. Nur ungern hatte er sich in die Rückberufung des Grafen Haugwitz gefügt; er sah, wie es in den Denkwürdigkeiten[3] heißt, allen Verdruß schon voraus, der ihm von nun an bevorstand. Im Gespräch mit fremden Diplomaten äußerte er wohl, Haugwitz und Lombard erwarteten nur den Moment, in welchem sie ihn wieder verdrängen könnten. Unvermeidlich mußte sein Einfluß leiden, wenn zwei so nah miteinander befreundete Männer ihm gegenüberstanden; recht angenehm mag es ihm daher gewesen sein, als der Graf, um für den Frieden zu wirken, noch im September eine Sendung nach Wien übernahm. Aber nach der Rückkehr trat Haugwitz am 19. Oktober als gleichberechtigtes Mitglied in das Ministerium des Auswärtigen wieder ein. Seinen früheren Ansichten gemäß hätte er dem Beitritt Preußens zur Koalition kaum

[1] Ranke a. a. O. II 288 ff.

[2] Man vergleiche übrigens Lombards Brief an Hardenberg vom 16. Oktober, Beilage Nr. XIX 9.

[3] Ranke a. a. O. II 199.

widersprechen können; aber sei es, daß er den Neigungen des Königs seine eigenen unterordnete, oder daß seine Erfahrungen in Wien ihn mißtrauisch gemacht hatten: er war jetzt weit weniger als Hardenberg geneigt, die neutrale Stellung aufzugeben. Außer dem königlichen Kabinet hatte man also jetzt zwei, sogar in ihren Meinungen voneinander abweichende Minister, welche auf die auswärtigen Angelegenheiten einwirkten. Nur zu bald sollten die Nachteile einer so vielköpfigen, in sich uneinigen Leitung hervortreten.

Das Ereignis in Ansbach, die Veränderung, welche unverkennbar in den Gesinnungen des Königs und in der Stellung Preußens eingetreten war, gab dem russischen Kaiser Hoffnung, er werde durch sein persönliches Erscheinen eine entscheidende Wendung herbeiführen. Am 25. Oktober traf er in Berlin ein, und es begannen nun jene vielbesprochenen Verhandlungen, aus denen der Vertrag vom 3. November hervorging. Lombard sollte auf Befehl des Königs das Protokoll führen. Dies geschah nicht, weil eigentliche Protokolle gar nicht geführt wurden. Dagegen verfaßte er zwei Aufsätze, von denen der erste dem König als Leitfaden für seine Unterredung mit dem Zaren, der zweite als Grundlage der Ministerialkonferenzen dienen sollte[1]. Preußen vereinigte sich danach mit den verbündeten Mächten zur Herstellung eines Zustandes, der Europa gegen französische Übergriffe schützte; Napoleon behielt, was er im Luneviller Frieden erworben hatte; das Königreich Italien sollte von Frankreich getrennt, die Unabhängigkeit der Schweiz und Hollands gesichert werden, dem König von Sardinien eine Entschädigung, Österreich eine bessere Grenze in Italien mit Mantua zufallen. Für Preußen war in einem Separatartikel die Erwerbung Hannovers in Aussicht genommen. Falls Napoleon darauf nicht einginge, so versprach der König, wenigstens 180 000 Mann eigener Truppen und mit Hülfe verbündeter Staaten gegen 220 000

[1] Ranke a. a. O. II 306. Der Vertrag ebenda II 324 und bei Martens a. a. O. II 476 ff.

Mann ins Feld zu stellen. Daß der französische Kaiser Bedingungen, die er schon im August zurückgewiesen hatte, nicht annehmen würde, war vorauszusehen; sie enthielten also eine eventuelle Kriegserklärung. Es fragte sich nur, wann man sie thatkräftig zur Geltung bringen würde. Die Russen und Hardenberg, der von Alexander im Gegensatze zu Haugwitz recht geflissentlich ausgezeichnet war, wünschten unverzügliche Teilnahme am Kriege, vorerst wenigstens durch Demonstrationen, welche den Österreichern an der Donau zu gute kommen sollten; der König und seine eigentlichen Vertrauenspersonen, Haugwitz und Lombard, suchten dagegen diesen Zeitpunkt hinauszuschieben. Zunächst wurden sie durch eine Denkschrift des Herzogs von Braunschweig unterstützt, welcher für den Anfang der preußischen Operationen eine Frist von vier bis fünf Wochen forderte. Der König wollte sich zudem durch einen besonderen Gesandten an Napoleon wenden und erst von dessen Antwort seine Bewegungen abhängig machen. Immer von neuem tritt in den Verhandlungen dieser Gegensatz hervor. Nach der Konferenz vom 28. Oktober, an welcher die beiden Monarchen teilnahmen, verfaßte Lombard einen Vertragsentwurf, der die preußischen Verpflichtungen in einem Maße abschwächte, daß Hardenberg Einspruch erhob und, wie er in den Memoiren erzählt, eine kräftigere Fassung zur Annahme brachte. Dem Wunsche des Herzogs von Braunschweig gemäß hatte der 7. Artikel des Vertrages eine Frist von vier Wochen bewilligt. Haugwitz setzte durch, daß dieselbe nicht vom Abschluß des Vertrages, sondern von der Abreise des preußischen Unterhändlers an zu rechnen sei, worauf wieder von der Gegenseite als Sicherung beigefügt wurde, daß die Abreise ohne Aufschub erfolgen müsse[1]. Am 3. November kam der Vertrag zur Unterzeichnung. Man kennt die Erzählungen von dem feierlichen Schwur der Monarchen, von der Scene am Grabe Friedrichs des Großen, von der lebhaften Teilnahme der Königin Luise; aber Hardenberg bemerkt

[1] Ranke a. a. O. II 314, 328, 333.

nicht mit Unrecht, dem Könige ſei bei der Angelegenheit nicht wohl zu Mute geweſen, und die franzöſiſchen Geſandten meinen, er würde am liebſten auf den Beſuch des ruſſiſchen Kaiſers ganz verzichtet haben. Die Nachricht von dem Unglück der Öſterreicher bei Ulm (am 17. Oktober), welche während der Verhandlungen in Berlin eintraf, trug gewiß nicht bei, ſeine Entſchlüſſe zu befeſtigen. Nicht ohne Übertreibung behauptet Hardenberg, man habe von Anfang an den Ausgang des Feldzuges erwarten wollen, um entweder den Verbündeten ſich anzuſchließen oder zur völligen Neutralität zurückzukehren[1]. Aber was geſchah, war derart, daß es ein kräftiges Einwirken auf den Ausgang ſchwer, wenn nicht unmöglich machte.

[1] Vgl. dagegen die Ausführung bei Duncker, Abhandlungen S. 157 ff.

Siebentes Kapitel.

Die Verträge zu Schönbrunn und zu Paris,

15. Dezember 1805 und 15. Februar 1806.

I.

Haugwitz, der die preußischen Forderungen bei Napoleon zur Geltung bringen sollte, trat nicht am 4., sondern erst am 14. November die Reise an. In die von ihm selbst entworfene Instruktion hatte er den Satz eingerückt, er werde, falls die Österreicher während seiner Unterhandlungen einen Separatfrieden abschlössen oder zu schließen versuchten, alles aufbieten, Napoleon zu besänftigen, und der König sprach ihm beim Abschiede die Hoffnung aus, daß er den Frieden erhalten werde. Auch der französische Gesandte bildete sich aus einer Unterredung mit Haugwitz am Tage vor dessen Abreise die Ansicht: wenn der Zar dem Könige Versprechungen abgepreßt habe, so sei der Minister geschickt genug, ihre Wirkung solange zu verzögern, bis Preußen sich allmählich wieder für neutral erklären könne[1].

[1] Laforest an Talleyrand, 14. November 1805, Bailleu a. a. O. II 405. Gewiß hat der König Haugwitz bei der Abreise seine Friedenswünsche zu erkennen gegeben; aber es ist zu viel, wenn man aus Laforests Depesche vom 5. Januar 1806 (Bailleu a. a. O. II 430) den Schluß zieht, der König habe den Auftrag erteilt, Haugwitz solle auf alle Fälle (dans tous

Es sei Lombards Sache, Hardenberg, der in Abwesenheit des Grafen Haugwitz zu schaden vermöge, zu überwachen. Dieser Auffassung entsprechend reiste Haugwitz in einer Zeit, wo jeder Tag unersetzlich werden konnte, mit äußerster Langsamkeit; da die preußischen Operationen nicht vor dem 15. Dezember beginnen sollten, wollte er nicht zu frühe bei Napoleon anlangen. Was er auf dem Wege von den ferneren Erfolgen der Franzosen, von der Einnahme Wiens, dem Donauübergange vernahm, der Gedanke an die Zersplitterung der preußischen Heereskräfte konnte Mut und Hoffnung nur herabstimmen. Als er endlich am 28. November in Brünn die erste Audienz bei Napoleon erlangte, wagte er in einer vierstündigen Unterredung nicht einmal, die preußischen Forderungen vorzubringen. Nur im allgemeinen sprach er von einer Vermittelung Preußens und einer Garantie der europäischen Zustände durch alle Großmächte[1]. Ohne das Geringste erreicht zu haben, ließ er sich von Napoleon nach Wien schicken und erregte den Ärger der Österreicher, ja sogar den Spott der Franzosen, wenn er das große Band der Ehrenlegion in den Straßen der Hauptstadt über den Kleidern zur Schau trug. Am 1. Dezember, gerade während

---

les cas) den Frieden mit Frankreich erhalten, und wenn Lehmann, Scharnhorst. Leipzig 1886. I 354, in diesem Auftrage sogar den Schlüssel und die Entschuldigung für das Verfahren von Haugwitz in Wien findet. Laforests Erzählung giebt nicht einmal sichere Bürgschaft, daß Haugwitz sich so unbedingt ausgedrückt habe, und hätte er sich wirklich am 5. Januar 1806 so ausgedrückt, so dürfte man noch nicht schließen, daß der König am 13. November 1805 so gesprochen hätte; denn darin läge eine Lossage von dem geschlossenen Vertrage und ein Treubruch, dessen Friedrich Wilhelm nicht fähig war. Wäre bei Ulm und Austerlitz mit zweifelhaftem Glück wie 1813 bei Lützen und Bautzen gekämpft worden, so hätte auch der Vermittler nicht gefehlt. „Wir waren entschlossen und zum Kriege vorbereitet", versicherte Haugwitz in der Unterredung mit Gentz am 5. Oktober 1806, „und unfehlbar würden wir auch in denselben eingetreten sein, wenn nicht die Schlacht von Austerlitz und ihre Folgen . . den König davon abgebracht hätten." Vgl. Mémoires et lettres inédits du Chevalier de Gentz. Stuttgart 1841. S. 237. Vgl auch Wohlwill a. a. O., Historische Zeitschrift LXII 17.

[1] Haugwitz 2. Dezember 1805 bei Ranke a. a. O. V 193.

die Schlacht in Mähren sich vorbereitete, hatte er eine lange Unterredung mit Talleyrand; aber noch immer bestrebt, eine Entscheidung zu verzögern, trat er nicht sowohl mit Ansprüchen als mit Entschuldigungen hervor, suchte sogar den scharfen Fragen Talleyrands gegenüber die Bedeutung des Novembervertrages auf nichts herabzusetzen[1]. Als er am 14. Dezember Napoleon zu Schönbrunn im Arbeitszimmer Maria Theresias wiedersah[2], war das Schicksal Europas bereits entschieden. Am 6. Dezember hatte Napoleon mit den Österreichern einen Waffenstillstand geschlossen, dem gemäß das russische Hülfsheer sich über die Grenze zurückziehen sollte und allen fremden Truppen, also insbesondere den preußischen, der Einmarsch in österreichisches Gebiet untersagt wurde; Friedensunterhandlungen sollten demnächst beginnen. An eine Durchführung der preußischen Forderungen war unter solchen Verhältnissen nicht mehr zu denken; immer blieb jedoch die Stellung Preußens derart, daß Napoleon, besonders vor dem Frieden mit Österreich, nicht wohl daran denken konnte, einen neuen Krieg gegen eine wohlgerüstete Macht, der es an Bundesgenossen nicht gefehlt haben würde, anzufangen.

[1] Vgl. die Schreiben Talleyrands an Napoleon vom 1. und 2. Dezember 1805 bei Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon, 1800—1809. Paris 1889. S. 203 und 205 ff. Woltmann schreibt aus Berlin, den 22. Dezember 1805, Haugwitz habe dem ersten französischen Offizier, der ihm nach der Schlacht bei Austerlitz begegnete, zugerufen: „Nous avons gagné la bataille!“ Baader a. a. O. S. 115.

[2] Die Angaben von Bignon a. a. O. V 13 ff., in den „Mémoires tirés des papiers d'un homme d'état“. Paris 1835. IX 45, von Lefebvre a. a. O. II 221 f., Häusser, Deutsche Geschichte. Berlin 1862. II 663 u. A. über eine Audienz des Grafen Haugwitz in Brünn am 7. Dezember sind unbegründet und, wie es scheint, auf mißverstandene Äußerungen des 34. Bulletins vom 10. Dezember (Corresp. XI 568), welches Bignon irrtümlich vom 7. datiert, zurückzuführen. — Die entscheidende Unterredung zwischen Napoleon und Haugwitz in Schönbrunn fand nicht, wie gewöhnlich, auch von Ranke a. a. O. I 555, angenommen wird, am 13., sondern am 14. Dezember statt. Denn Haugwitz selbst berichtet am 16. Dezember (Ranke a. a. O. II 385), er sei am Tage nach Napoleons Ankunft empfangen worden. Napoleon kam aber am 13. in Schönbrunn an, schreibt am selbigen Tage an Talleyrand, er habe Haugwitz noch nicht gesehen, und meldet dann am 14., daß die Audienz „heute“ stattgefunden habe. Corresp. XI 573 u. 581.

Aber Haugwitz hatte im Geräusch des französischen Siegesjubels den Kopf verloren. Er hielt Schlesien für unmittelbar gefährdet, die preußische Heeresmacht für ganz unzureichend, und unter dem Eindruck von Napoleons Drohungen und Schmeichelworten unterzeichnete er am 15. Dezember einen Vertrag, in welchem er die einzige Rettung des Staates zu erkennen glaubte. Darin wurde Preußen wieder die alte Lockspeise Hannover angeboten; es sollte aber jetzt als Gegengabe Ansbach an Bayern, Neuenburg und Kleve an Frankreich abtreten und den Besitzstand des französischen Reiches in einem Schutz- und Trutzbündnis gewährleisten. Innerhalb dreier Wochen sollte von beiden Seiten die Ratifikation erfolgen.

Es fragte sich, ob man dieselbe in Berlin erteilen würde. Die preußische Hauptstadt befand sich seit der Abreise des Grafen Haugwitz in steigender Aufregung. Die Mehrzahl der Bevölkerung verlangte unzweifelhaft raschen Anschluß an die Koalition und entscheidende Maßregeln. Auch am Hofe war man einig in der Abneigung gegen die Franzosen, aber geteilter Ansicht, sobald die Mittel des Widerstandes in Frage kamen. Die Königin, Prinz Louis Ferdinand, Stein, Hardenberg setzten ihre Hoffnung auf die Konvention vom 3. November; bei dem Könige machte sich die natürliche Gegenwirkung der Schritte geltend, welche er unter dem Einflusse des russischen Kaisers mehr gezwungen als freiwillig gethan hatte. Er war unschlüssig geworden und wünschte die Entscheidung hinauszuschieben. Als derjenige, welcher diese Richtung am meisten gefördert habe, wird von verschiedenen Seiten Lombard genannt; aber auch andere einflußreiche Personen, der Marschall Möllendorff, die Generale Köckritz und Knobelsdorff und der immer schwankende Herzog von Braunschweig, wirkten in demselben Sinne. Am 13. November hatte Kaiser Franz, als Napoleon eine Bitte um Waffenstillstand ablehnte, in einer Proklamation auf „die noch ungeschwächte Macht seiner Verbündeten, der Monarchen von Rußland und von Preußen", hingewiesen. Dieser Ausdruck, nach dem Urteile Hardenbergs der Lage vollkommen entsprechend, aber von Haugwitz später als Verrat bezeichnet, wurde am

preußischen Hofe übel aufgenommen; dem französischen Gesandten kam zu Ohren, Lombard habe die Proklamation als infam bezeichnet und bestimmt versichert, die Dinge seien niemals auf diesen Punkt gelangt[1]. Bei alledem machte man sich auf den Krieg gefaßt; Briefe Friedrich Wilhelms an den Zaren lassen darüber keinen Zweifel. Am 20. November hatte Lombard das Manifest, welches er für den Fall des Bruches verfassen sollte, beinahe beendigt, und an demselben Tage versprach Beyme einem Berliner Litteraten, Garlieb Merkel, den Beifall des Königs und die Unterstützung der Regierung für den „Zuschauer", eine Zeitschrift, welche ausschließlich den Anmaßungen des französischen Kabinets entgegenzutreten bestimmt war[2]. Laforest geriet infolgedessen in die peinlichste Lage. Die allgemeine Ungunst hielt ihn von offiziellen Verbindungen sogut wie ausgeschlossen. Hardenberg hatte von Duroc, als derselbe am 1. November Berlin verließ, noch in freundlichen Formen Abschied genommen, aber mit Laforest nicht mehr verkehrt, ebensowenig Lombard und Köckritz. Nicht leicht hätte ein Gesandter nnter gewöhnlichen Umständen sich dergleichen gefallen lassen; aber Laforest nahm alles hin, denn für ihn war das Wichtigste, Zeit zu gewinnen und eine entscheidende Erklärung Preußens zu verzögern. Durch Mittelspersonen erhielt er von der Stimmung bei Hofe so genaue Kenntnis, daß seine Berichte noch jetzt eine wichtige Quelle für jenen traurigen Zeitraum bilden. Er wußte, daß der König unentschlossen, in gedrückter Stimmung den Marschall Möllendorff befragt und von ihm den Rat erhalten habe, vor allem die Mitteilungen des Grafen Haugwitz abzuwarten; aber, fügt er in seinem Berichte bei, Hardenberg suche den König immer von neuem mit sich fortzureißen, und Haugwitz müsse recht geschickt sein, wenn er Preußen in dem System der Neutralität festhalten wolle, das der Sekretär des Königs und die Interessen des Staates in

[1] Ranke a. a. O. II 347, V 220. Bailleu a. a. O. II 410.

[2] Duncker a. a. O. S. 161 ff. Julius Eckardt, Garlieb Merkel über Deutschland zur Schiller-Goethe-Zeit. Berlin 1887. S. 175.

gleichem Maße forderten. Am 5. Dezember klagt der Gesandte[1] über den bösen Einfluß der Königin, des Prinzen Louis Ferdinand und der Briefe des Kaisers Alexander. Der König, schreibt er, sei trübsinnig und schlechter Laune; man mache ihm Andeutungen, als zweifle die Armee an seinem Mute, wenn er noch länger zögere; selbst Köckritz und Lombard wagten nicht mit der gewohnten Freiheit zu reden. Aber, setzt Laforest hinzu, er wisse aus bester Quelle, daß der König noch immer den Frieden wolle und noch immer hoffe, Haugwitz werde alles nach seinen Wünschen einrichten.

Aber von Tag zu Tag wurden die Berichte des Grafen vergeblich erwartet. Erst gegen den 8. oder 9. Dezember erhielt man endlich eine Mitteilung über die Unterredung in Brünn, und nicht bloß Hardenberg vernahm mit dem äußersten Unwillen, daß zu einer Zeit, wo der König bereits im Felde erscheinen sollte, eine wirkliche Unterhandlung mit Napoleon noch nicht einmal begonnen hatte. Noch am 9. Dezember wurde in einer Konferenz beschlossen, an dem Potsdamer Vertrage festzuhalten und in diesem Sinne an Haugwitz zu schreiben, er solle seine Instruktionen, freilich mit Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Verhältnisse, zur Ausführung bringen[2]. Aber gleichzeitig und unmittelbar nachher gelangten zuerst Gerüchte, dann sichere Nachrichten über die Schlacht bei Austerlitz nach Berlin. Man hörte weiter von der Zusammenkunft des Kaisers Franz mit Napoleon am 4. Dezember, von dem Waffenstillstand und dem Rückzug der russischen Truppen und ihres Kaisers nach Rußland. Wie hätten Ereignisse, welche die politische und militärische Lage so wesentlich veränderten, auf die öffentliche Meinung, den Hof, die leitenden Staatsmänner ohne Einfluß bleiben können! Der König war jetzt ebensowenig geneigt, sich von dem Potsdamer Vertrage vollständig loszusagen, wie er früher geneigt gewesen war, ihn vollständig zu beobachten. Aber natürlich

[1] Bailleu a. a. O. II 414.
[2] Ranke a. a. O. II 357.

betrachtete man das Verhältnis zu Frankreich wieder mit anderen Augen, und der französische Gesandte hielt den Zeitpunkt für gekommen, aus seiner Zurückgezogenheit hervorzutreten. Am 9. Dezember schrieb er an Lombard in dem alten, vertraulichen Tone, beklagte sich, einen so lieben Freund seit dem 7. Oktober nicht gesehen zu haben, und bat um die Erlaubnis, ihn besuchen zu dürfen. Mit Bewilligung des Königs nahm Lombard das Anerbieten in den verbindlichsten Ausdrücken an. Schon seit dem 10. Dezember hatte Laforest beinahe täglich eine Zusammenkunft mit Lombard oder dem Herzog von Braunschweig, zuweilen auch mit Hardenberg, und die beiden Erstgenannten setzten ihm auseinander, der König habe sich trotz der Scene am Grabe Friedrichs des Großen nur mit Widerwillen ein Versprechen vom Zaren abdringen lassen; die scheinbare Thätigkeit und die thatsächliche Langsamkeit in allen Bewegungen gäben deutlich genug die wahren Gesinnungen kund; schon durch das Vorzeigen seiner Instruktion habe Haugwitz den Kaiser davon überzeugen können. Von einer Einmischung in die Friedensbedingungen war kaum noch die Rede; eher wurde ein neues Freundschaftsbündnis mit Frankreich ins Auge gefaßt. Hardenberg führte freilich nicht dieselbe Sprache; aber Laforest bemerkt, Lombard sei die Seele der Opposition und werde von dem Könige heimlich unterstützt[1].

Alles war unter solchen Verhältnissen aufs höchste gespannt, was Haugwitz in Wien ausrichten würde. Aber von ihm erhielt man nur kurze, unzureichende Nachrichten; endlich schrieb er am 16. Dezember, er habe Unterredungen mit Napoleon gehabt; der Inhalt sei von solcher Wichtigkeit, daß er ihn nur mündlich mitteilen könne[2]. Nicht lange nach der Ankunft dieses Schrei-

[1] Laforest an Talleyrand, 13. und 18. Dezember, Bailleu a. a. O. II 419 ff. und 422; vgl. den bei Ranke a. a. O. V 215 ff. abgedruckten Teil der Depesche Laforests an Talleyrand vom 18. Dezember. — In einem Schreiben an Duroc vom 4. Februar nennt Laforest Lombard das Instrument, welches die faction coalitionnaire in Berlin besiegt habe, und wünscht eine besondere Auszeichnung für ihn. Vgl. Ranke a. a. O. II 449.

[2] Ranke a. a. O. II 385.

bens, am 25. Dezember, traf er selbst nach wenig beschleunigter Reise in Berlin ein[1]. Die Ansichten über sein Verfahren und den Vertrag, den er am 15. Dezember unterzeichnet hatte, waren, wie sich denken läßt, geteilt. Die Kabinetsräte Beyme und Lombard sprachen laut ihre Bewunderung aus, daß Haugwitz in dem schwierigsten Moment Preußen mit rascher Entschlossenheit aus drohender Gefahr errettet und noch bedeutende Vorteile errungen habe. Auch der Herzog von Braunschweig war für Annahme des Vertrages, wenn derselbe nur den offensiven Charakter gegen Rußland verlöre. Hardenberg hob dagegen die Nachteile und Schwierigkeiten hervor, denen man nicht entgehen würde. Augenscheinlich verfolgte Napoleon die Absicht, Preußen mit Österreich, Rußland und England zu entzweien und mit den beiden letzteren in einen Krieg zu verwickeln. Es sollte alte Provinzen verlieren, eigentlich ohne anderen Ersatz, als daß die Franzosen nicht nach Hannover zurückkehrten. Denn Napoleon trat ab, was ihm gar nicht gehörte, und es ließ sich voraussehen, daß bei einem Frieden mit England der Rückfall Hannovers eine der wahrscheinlichsten Bedingungen bilden würde, um die Herausgabe der von England genommenen französischen Kolonieen zu bewirken. Hardenberg setzte dies alles am 30. Dezember in einer ausführlichen Denkschrift auseinander; auch Schulenburg erklärte sich am folgenden Tage gegen den Vertrag[2]. Für den König fielen diese Befürchtungen schwer ins Gewicht. Sehr gelegen kam deshalb die Erklärung des Grafen Haugwitz: man brauche ja den Vertrag nicht unbedingt, sondern nur mit

[1] In dem Bericht vom 16. Dezember (Ranke a. a. O. II 385) schreibt Haugwitz: „je pars dans une heure". Die Wiener Zeitung meldet dagegen am 19. Dezember, der Graf sei tags vorher abgereist. Vgl. Moniteur vom 28. Dezember und Napoleons Schreiben an Talleyrand vom 16. Dezember 1805, Corresp. XI 589.

[2] Ranke a. a. O. V 243, 256. Lombard schreibt am 29. Dezember an Hardenberg, wenn Haugwitz seine Denkschrift „heute" beendigen könne, werde der König „morgen" ihn und Hardenberg empfangen. Quelle succession éternelle d'idées toujours neuves! ruft er aus. Quel désolant métier que celui qui travaille jamais que sur les hommes et qui n'a pas les choses pour base. Preuß. St.-A.

passenden Veränderungen anzunehmen, die er bei Napoleon durchzusetzen sich getraue[1]. Demgemäß wurde in einem großen Rate beim Könige am 3. Januar 1806 Beschluß gefaßt. Preußen wollte Hannover zunächst nur militärisch besetzen, das Eigentum erst durch den Frieden erwerben; bis dahin sollte auch die Abtretung von Ansbach, Kleve und Neuenburg verschoben werden. Ferner wollte man statt des Angriffs- nur ein Verteidigungsbündnis schließen und Garantieen für den gegenseitigen Besitzstand erst bei dem künftigen Frieden übernehmen. Haugwitz und Lombard hatten diese Modifikationen und ein dem Vertrage beizulegendes Mémoire explicatif entworfen[2]; Haugwitz selbst sollte in Paris die Annahme erwirken.

Konnte man hoffen, daß es gelingen würde? Der Vertrag wurde in der neuen Form ein völlig anderer; Napoleon wollte den Krieg mit England herbeiführen und Preußen unauflöslich an sich ketten; der König suchte durch die Änderungen den Krieg zu vermeiden und sich in seiner neutralen Stellung zu behaupten. Im Grunde war es derselbe Gegensatz, der im August die Übereinkunft verhinderte. Ließ sich erwarten, daß Napoleon jetzt als Sieger, nach dem Frieden mit Österreich, zugestehen würde, was er beim Beginne eines großen gefährlichen Krieges verweigert hatte? Ganz mit Unrecht machte sich Haugwitz ein Verdienst daraus, daß die Unterzeichnung des Wiener Vertrages für Preußen Zeit gewonnen habe. Es war im Gegenteil Napoleon, der die Zeit gewann; denn ihm mußte vor dem Frieden mit Österreich, vor dem vollständigen Rückzug der Russen,

[1] So erzählt Hardenberg bei Ranke a. a. O. II 386. In dem sogenannten „Fragment des Mémoires", Minerva (1837) IV 28 u. 29, vertritt Haugwitz freilich die Ansicht, man habe den Vertrag *ohne Bedingung* und *unverändert* annehmen oder verwerfen müssen; aber das am 4. Januar 1806 von Laforest und Haugwitz unterzeichnete Protokoll zeugt gegen ihn, und leider entspricht es nur zu sehr dem nachgiebigen, schlaffen Charakter Haugwitzens wie Lombards, daß sie, um es dem Könige und ihren Gegnern recht zu machen, einer Maßregel zustimmten, deren Nachteile ihnen schwerlich entgangen sind.

[2] Die Urkunden bei Ranke a. a. O. II 389, 392.

Schweden und Engländer alles darauf ankommen, Preußen in Unthätigkeit zu erhalten. Jeder Tag verbesserte seine Stellung und verschlechterte die Stellung Preußens, das zudem die für den Krieg verfügbaren Geldmittel infolge der kostspieligen Rüstungen täglich sich vermindern sah. Immerhin blieb der König, auch als Haugwitz zurückkehrte, noch ein achtunggebietender Gegner. Am 25. Dezember schrieb Stein an Hardenberg[1], für die Rüstungen seien bis dahin $10^{3}/_{4}$ Millionen verausgabt, $17^{3}/_{4}$ noch verfügbar. Die Heeresmacht konnte mit Zurechnung der verbündeten Truppen auf 300000 Mann gebracht werden. Hätte nur Haugwitz unverzüglich die preußischen Forderungen dem französischen Kaiser vorgelegt! Aber nochmals ging die kostbarste Zeit verloren. Da die preußischen Modifikationen in der That eine Verwerfung des Vertrages in sich schlossen, konnte die Entscheidung nur bei Napoleon gesucht werden. Statt dessen wandte man sich an den französischen Gesandten in Berlin; ihm wurde, um die Frist von drei Wochen einzuhalten, am 4. Januar die Ratifikation des Vertrages zugleich mit dem beigefügten Mémoire explicatif überreicht. Es könnte Staunen erregen, daß Laforest keinen Widerspruch erhob; aber dem französischen Gesandten kam es nur darauf an, Preußen einzuschläfern und unthätig zu erhalten. Er ließ sich die Auswechselung der Ratifikationen und die preußische Erklärung gefallen, natürlich mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die neuen Bestimmungen von Napoleon genehmigt würden, was Haugwitz laut dem Protokoll als unzweifelhaft darstellte[2]. Die Abreise des Ministers verzögerte sich; erst am 14. Januar machte er sich, wieder wie bei der früheren Sendung von Peter Lombard begleitet, auf den Weg nach Paris. Man wußte nämlich, daß Napoleon, der erst nach dem Abschluß des Preßburger Friedens Wien verlassen hatte, noch in München

[1] Duncker, Abhandlungen S. 173.

[2] Ranke a. a. O. II 399. Laforest an Talleyrand, 5. Januar 1806, Bailleu a. a. O. II 430.

verweilte. Dahin war gleich am 4. Januar ein französischer Kurier mit den Ratifikationsurkunden abgegangen.

II.

Aber vergebens wartete man auf Antwort. Beinahe drei Wochen vergingen. Noch immer dauerte die preußische Rüstung, deren Kosten man auf täglich 100 000 Thaler berechnete. Keine entscheidende Maßregel, weder in Hannover noch den Russen, Engländern, Schweden gegenüber, konnte getroffen werden. Eine quälende Sorge bemächtigte sich des Königs und seiner Ratgeber. Endlich am 23. Januar kehrte der Kurier von München zurück mit einem Briefe Talleyrands an Laforest vom 16. In demselben war von der preußischen Ratifikation und den begehrten Veränderungen gar nicht die Rede. Der Minister bemerkte nur, man habe durch den preußischen Gesandten von Schladen erfahren, daß Haugwitz nach Paris gehen solle und sich zur Zeit in Frankfurt befinde; Talleyrand habe Schladen geantwortet, der Kaiser werde den Grafen gern in Paris empfangen; der Charakter und die persönlichen Eigenschaften des Abgesandten gäben ihm Sicherheit, daß er sich leicht über die gemeinsamen Interessen Frankreichs und Preußens mit ihm verständigen werde. Da Napoleon, voll Zorn gegen Hardenberg, den Verkehr mit ihm verboten hatte, war es Lombard, der nach der Abreise des Grafen Haugwitz die Verhandlungen mit der französischen Gesandtschaft führte. Laforest säumte nicht, ihm von dem Briefe Talleyrands Mitteilung zu machen und sogar eine Abschrift zu geben. Lombard fand es äußerst auffallend, daß Talleyrand die Ratifikation und die Veränderungen gar nicht erwähnt habe; aber Laforest suchte ihm jede Besorgnis auszureden. An Napoleons Zustimmung, meinte er, sei gar nicht zu zweifeln; da aber Herr von Schladen die Ankunft des Grafen Haugwitz in Paris angekündigt habe, so sei es doch natürlich, den preußischen Bevollmächtigten dort zu erwarten.

Einſtweilen möge der König die Geſinnungen des Kaiſers nach ſeinen eigenen beurteilen und ſich an die Worte der Depeſche halten. Er begreife nicht, führte er weiter aus, warum Preußen, welches doch ſeit der Auswechſelung der Ratifikationen ſeine Verbindung mit Frankreich als unwiderruflich betrachtet habe, alle Maßregeln zur Ausführung dieſes Vertrags verſchiebe; man ſcheine den Übergang von den alten zu den neuen Verbindlichkeiten noch nicht finden zu können. Es ſei hohe Zeit, die Höfe in Petersburg und London über das Verfahren, das der König einzuſchlagen gedenke, nicht länger in Zweifel zu laſſen, Hannover zu beſetzen, Ruſſen und Schweden hinauszuweiſen, die Truppen wieder auf Friedensfuß zu bringen und den Herzog von Braunſchweig nach Petersburg zu ſenden. Lombard ſchien die Auffaſſung des Geſandten über die Bedeutung der Depeſche zu teilen. Er eilte zunächſt zu Hardenberg; aber wie nicht ſelten mit dem großen Mißgeſchick ſich kleines vereinigt, der Miniſter lag an dieſem entſcheidenden Tage krank zu Bette; Lombard konnte ihm nur ſchriftlich von der Unterredung mit Laforeſt Nachricht geben und ihn bitten, über das Schreiben Talleyrands ſich zu äußern[1]. Übereilig, obgleich an dieſem Tage nichts zu beſonderer Eile drängte, wurde dann noch für den Nachmittag des 24. eine Konferenz zu dem Könige berufen, an welcher die beiden Kabinetsräte, der Herzog von Braunſchweig, Schulenburg, Köckritz und Kleiſt teilnahmen. Trotz des Preßburger Friedens war die Lage noch nicht hoffnungslos. Preußen hatte mit den deutſchen Verbündeten 220 000 Mann im Felde ſtehen, welche durch die in Schleſien und Hannover befindlichen Ruſſen, Schweden und Engländer auf beinahe 300 000 Mann vermehrt wurden. Einer ſolchen Macht gegenüber war für Napoleon, auch nach ſeinem Siege, der Krieg bedenklich. Gerade deshalb ſuchte Talleyrand den Glauben zu erwecken, daß man den franzöſiſchen Kaiſer nicht mehr als Feind zu betrachten habe, und leider fanden ſeine zweideutigen, im Grunde nichtsſagenden

[1] Ranke a. a. O. II 435 ff. und Beilage Nr. XIX 10.

Worte, unterstützt durch die früheren Versicherungen des Grafen Haugwitz, nur zu leicht Gehör. Wie die Verhältnisse lagen, nach den Mitteilungen, die man aus Wien und von anderen Orten erhielt, war es durch die gewöhnlichste Klugheit geboten, bei einem etwa hervortretenden Widerspruch nicht ungerüstet dazustehen; gleichwohl scheinen die Erwägungen einer übel angebrachten Sparsamkeit vor allem den Ausschlag gegeben zu haben. Man glaubte, was man glauben zu können wünschte; man betrachtete die Worte Talleyrands, wie Lombard ausdrücklich an Hardenberg schreibt, als einfache, unbedingte Annahme der preußischen Vorbehalte und suchte den ersten Vorteil darin, daß man der kostspieligen Kriegsrüstung sich entledigte. Die Truppen sollten zum großen Teil auf den Friedensfuß gesetzt, Russen, Schweden und Engländer zum Heimzug bewogen werden; Hannover wollte man besetzen, den Herzog von Braunschweig in den nächsten Tage seine Reise antreten lassen. Es geschah also genau, was von Laforest am Morgen dem preußischen Kabinetsrat empfohlen war. Welches Vergnügen mag der französische Gesandte empfunden haben, als der Herzog von Braunschweig und Lombard ihm in den verbindlichsten Worten von diesem Ergebnis unverzüglich Nachricht gaben, und Lombard am Morgen des 25. ihm in allen Einzelheiten die von Preußen vorzunehmenden Maßregeln auseinandersetzte, mit dem Beifügen, der König sei jetzt entschieden, er vertraue rückhaltlos der Freundschaft Napoleons; da man über die Grundsätze sich geeinigt habe, sei alles übrige leicht[1].

Gewiß war die Freude Lombards bei dieser Übermittelung ungeheuchelt. Auch dem Könige wäre es im höchsten Grade erwünscht gewesen, wenn die preußischen Modifikationen, das heißt die Erwerbung Hannovers ohne Krieg mit England oder Rußland, bei Napoleon sich hätten durchsetzen lassen. Verschiedener

[1] Talleyrand an Laforest, 16. Januar 1806; Laforest an Talleyrand, 26. Januar; Lombard an Laforest, 25. Januar; Lombard an Hardenberg, 24. Januar; Lombard an Hardenberg, 25. Januar. Ranke a. a. O. II 435, 437, 439, 447, 455.

Art mögen die Gefühle Hardenbergs gewesen sein. Er war, wie wir gesehen haben, bei der Konferenz nicht gegenwärtig, und später in seinen Denkwürdigkeiten hat er jede Teilnahme an den Beschlüssen in Abrede gestellt, besonders an dem Beschluß der Abrüstung, dessen verderbliche Folgen nur zu bald hervortraten. Als er tags darauf von der Sache erfuhr und Einwendungen erhob, erwiderten ihm der Herzog von Braunschweig und Lombard, es sei zu spät und alles bereits abgemacht. In der That hatte man voll Ungeduld, die kostspielige Rüstung solange unterhalten zu müssen, alle Befehle schon im voraus ausgefertigt; es blieb nur übrig, sie abzusenden, was dann auf Schulenburgs Antrag sogleich geschehen war. Aber auch die Einwendungen Hardenbergs scheinen jeder Kraft entbehrt zu haben, und seine Darstellung sucht umsonst ihn von einem Fehler rein zu waschen, der vielleicht der stärkste in seiner ganzen Amtsführung bleibt. Allerdings wurde er durch Krankheit von der Konferenz ferngehalten; aber nicht nur, daß Lombard ihm schon am Morgen des 24. die Depesche Talleyrands mitteilte, auch Beyme lud ihn nachmittags zu der Konferenz ein in einem Billet, in welchem sich die Bemerkung befand, daß die Befehle zur Abrüstung schon bereit lägen[1]. Hardenberg begnügte sich, leichthin zu antworten, nach der Depesche Talleyrands scheine die Angelegenheit abgeschlossen; man habe nichts Eiligeres zu thun als Hannover zu besetzen, die fremden Truppen daraus zu entfernen und die Räumung Hamelns zu betreiben[2]. Am Abend des 24. hatte freilich Lombard in einem Billet, das von den Beschlüssen der Konferenz Nachricht gab, in kaum begreiflicher Gedankenlosigkeit den wichtigsten Beschluß, die Abrüstung des preußischen Heeres, gar nicht erwähnt[3]. Aber auch am anderen Morgen wäre ein kräftiger Einspruch am rechten Orte schwerlich ohne Wirkung geblieben. Hardenberg beruhigte sich statt dessen bei dem, was geschehen war; er scheint

[1] Duncker, Abhandlungen S. 180.

[2] Bailleu a. a. O. II 437.

[3] Ranke a. a. O. II 437 und Beilage Nr. XIX 11.

auch in den folgenden Wochen gerade diesem Punkte kein großes Gewicht beigelegt zu haben, und so geschah es, daß, während die siegreichen französischen Heere sich verstärkten und von Süddeutschland aus unmittelbar in das Herz des preußischen Staates eindringen konnten, Preußen die Waffen aus der Hand legte und sich damit dem guten Willen Napoleons anheimgab.

Und doch hatte der preußische Hof, hatte Hardenberg insbesondere schon deutliche Proben, was von diesem Willen zu erwarten sei. Der Legationsrat Harnier berichtete aus Wien, Napoleon wolle von Hardenberg gar nicht mehr reden hören; aus Süddeutschland verlautete, daß die französischen Generale durchaus keine Anstalt träfen, über den Rhein zurückzukehren, und welche Sprache erlaubte sich Napoleon nicht allein in den offiziellen Zeitungen, sondern sogar in seinen eigenen Bulletins! Durch Laforest hatte er von den Schwankungen des Hofes die genaueste Kenntnis erhalten. In dem 34. Bulletin vom 10. Dezember 1805 wurde von diesen Schwankungen in dem Tone herablassender Überlegenheit gesprochen, der König wegen seiner Standhaftigkeit gegen böse Ratschläge gelobt und dem Herzog von Braunschweig, Möllendorf, Knobelsdorff und Lombard ein gutes Zeugnis ausgestellt; vor allem wurde Haugwitz gepriesen, weil er sich den Engländern widersetzt habe; von einem anderen Minister, aus Hannover gebürtig, könne man dagegen nicht sagen, daß er dem englischen Goldregen unzugänglich geblieben sei[1]. Dieser öffentlichen Beschimpfung, welche in dem Moniteur vom 23. Dezember wiederholt wurde, war gegen Ende des Monats die Weisung gefolgt, daß Laforest und die in Berlin anwesenden Franzosen sich allen Verkehrs mit Hardenberg enthalten sollten[2]. Vergebens suchte Haugwitz die Zurücknahme jenes Befehles und eine Berichtigung des Bulletins bei Laforest zu erlangen. Napoleon behauptete, Hardenberg habe Frankreich insultiert, indem er die französischen Gesandten nach dem

[1] Correspondance de Napoléon I., XI 569.

[2] Ranke a. a. O. II 411. Talleyrand an Laforest, 20. Dezember 1805, Laforest an Talleyrand, 5. Januar 1806, Bailleu a. a. O. II 426, 431.

Ansbacher Ereignis nicht habe empfangen wollen. Laforest mußte dem Grafen Haugwitz sagen, Napoleon sei mit ihm in der festen Hoffnung, daß Hardenberg sich zurückziehen werde, in Unterhandlung getreten. Dem König machte alles dies nicht geringe Sorge, die mit doppelter Stärke zurückkehrte, als man sich am 24. Januar selbst der Widerstandsmittel beraubt hatte. Gleich am Morgen des 25. Januar erfolgte übereilig der Beschluß, Talleyrand und Laforest die üblichen Geschenke zu übersenden und dadurch die Festigkeit des Vertrages zu besiegeln[1]. Aber die einmal beschlossenen Maßregeln wurden gleichwohl zur Ausführung gebracht. Die Truppen kehrten in ihre Garnisonen zurück, der Herzog von Braunschweig trat am 29. Januar die Reise nach Petersburg an, um bei dem Zaren die veränderte Stellung Preußens als unabweisliche Notwendigkeit zu entschuldigen[2]. An demselben Tage ging Schulenburg nach Hannover und erklärte in einer Proklamation, das Kurfürstentum solle von Preußen besetzt und bis zum Frieden in Verwahrung gehalten werden. Auch für den Abzug der russischen, englischen und schwedischen Truppen traf man Anordnungen. Endlich, als die Nachrichten aus Süddeutschland immer drohender lauteten, wurde am 9. Februar der Beschluß gefaßt, wenigstens die Truppen in Pommern und in den Marken auf dem Kriegsfuß zu lassen. Sonderbarerweise erhielt der Minister des Auswärtigen von diesen wichtigen Beschlüssen erst zwei Tage später durch ein Billet Lombards Nachricht[3]. Es klingt seltsam genug, wenn gerade der Geheime Kabinetsrat bei dieser Gelegenheit über den Mangel an Einheit in der Leitung der Geschäfte klagt, und es zeugt nicht für Hardenbergs Sorgfalt, wenn so wichtige Beschlüsse ohne sein Vorwissen gefaßt werden konnten.

Aber, was man befürchtete, wurde bald durch die Wirk-

[1] Ranke a. a. O. II 437 und Beilage Nr. XIX 12.

[2] Ranke a. a. O. II 451.

[3] Lombard an Hardenberg am 11. und 12. Februar, Bailleu a. a. O. II 438 und Ranke a. a. O. II 462.

lichkeit noch übertroffen. Napoleon war durch den Preßburger Frieden seines gefährlichsten Feindes auf dem Festlande entledigt, Preußen durch die Annahme des Wiener Vertrages auch in der veränderten Form von seinen früheren Bundesgenossen schon getrennt. So konnte der französische Kaiser nunmehr eine ganz andere Sprache führen als in Brünn. Auch seine Gesinnungen mögen seitdem in Bezug auf Preußen sich geändert haben. Bis zum Ausbruch des Krieges scheint eine Teilung des Einflusses auf Nord- und Süddeutschland zwischen Frankreich und Preußen als Ziel ihm vorgeschwebt zu haben. Mit den neuen großen Erfolgen hatten auch seine Pläne sich erweitert und mehr und mehr über ganz Deutschland erstreckt. Dabei erschien ein mächtiges, selbständiges Preußen als das Haupthindernis; nicht mehr das Bündnis, sondern die Demütigung, die Schwächung des Staates lag von jetzt an in seiner Absicht. Der Zeitpunkt war eingetreten, den weitsichtige Politiker schon seit Jahren für Preußen gefürchtet hatten. Solange es galt, die kaiserliche Macht und den Einfluß Österreichs in Deutschland zu bekämpfen, konnten die Interessen Frankreichs und Preußens im Einklange bleiben. Aber sobald Frankreich nach der Niederwerfung Österreichs sich in Deutschland selbst festzusetzen trachtete, mußte der Gegensatz gegen Preußen hervortreten, ein Gegensatz noch schärfer als der zwischen Frankreich und Österreich; denn Österreich konnte auch in seinen außerdeutschen Ländern sich als Großmacht behaupten, während Preußen in seiner Existenz auf Deutschland angewiesen war. Schon zur Zeit des Direktoriums ahnte man die künftige Gegnerschaft. Bereits Sieyès hat aus Berlin Depeschen an seine Regierung gerichtet, die im Keime alles das enthalten, was Napoleon zur Ausführung zu bringen jetzt den Willen und die Macht besaß.

Selten erfuhr ein Diplomat eine Enttäuschung wie Haugwitz, als er nach seiner bequemen Art zu reisen Paris am 1. Februar nach achtzehn Tagen erreichte. Erst zwei Tage später gelang es ihm, Talleyrand zu sprechen, der ihm nach Anweisung seines Herrn sehr kühl begegnete und am 5. Februar

die Erklärung abgab, Napoleon betrachte den Schönbrunner Vertrag als hinfällig, weil die Ratifikation nicht in der festgesetzten Zeit von drei Wochen erfolgt sei. Am folgenden Tage fand endlich die Audienz bei Napoleon statt, und hier mußte Haugwitz, ohne ein Wort erwidern zu können, neben allerlei beinahe erniedrigenden Lobeserhebungen seiner eigenen Gesinnung eine Flut von Zornesworten gegen Preußen und die Schwankungen des Berliner Hofes anhören. Napoleon behauptete sogar, er dürfe annehmen, daß er sich im Kriegszustande mit Preußen befinde, da der König ohne Berechtigung unter unzulässigen Vorbehalten Hannover besetzt habe. Endlich wieder einlenkend, gestattete er, daß Haugwitz mit Talleyrand einen neuen Vertrag zum Abschluß bringe, aber, wie er gleich hinzufügte, nicht mehr unter so günstigen Bedingungen, als er in Wien, wesentlich aus Vorliebe für Haugwitz, bewilligt habe. Zum Unglück kam am Abend dieses selbigen Tages der Kurier mit den Nachrichten von dem, was am 24. Januar in Berlin beschlossen war; dadurch wurde der preußische Minister erst recht jeden Haltes beraubt. Und doch waren die Forderungen, welche Talleyrand und Duroc im Auftrage Napoleons stellten, derart, daß Haugwitz sie für durchaus unannehmbar erklärte; außer Ansbach, Kleve und Neuenburg verlangte man jetzt auch Baireuth, die Grafschaft Mark und Osnabrück. Dem Berichte, welcher über die erste Unterredung mit Napoleon Nachricht gab, hatte Haugwitz den Rat beigefügt, in den preußischen Truppenbewegungen und in dem Abzug der Russen und Engländer durchaus keine Änderung eintreten zu lassen. Jetzt, am 12. Februar, äußert er den Wunsch, man möge so geheim, aber auch so kräftig als möglich für den Fall des Krieges sich vorbereiten.

Zu einem Kriege kam es nun doch nicht. Haugwitz erwirkte in den folgenden Tagen, daß dem Könige neue Landesabtretungen erspart blieben. Aber darauf bestand Napoleon, daß der Pariser Vertrag ungünstiger als der Wiener ausfallen müsse. Das Gebiet mit 20000 Einwohnern, welches Bayern zur Entschädigung für Ansbach an Preußen hatte abtreten sollen, wurde im

zweiten Artikel der neuen Übereinkunft nicht mehr erwähnt und im vierten Artikel die schwerwiegende Bedingung hinzugefügt, daß Preußen in Hannover wie in seinen alten Besitzungen die Häfen der Nordsee und außerdem Lübeck den Engländern verschließen müsse[1]. War auch der Ausdruck „Schutz- und Trutzbündnis" diesmal vermieden, so konnte doch die Garantie, welche Preußen für die Türkei übernehmen mußte, sehr leicht zum Kriege mit Rußland und die Schließung der Häfen noch leichter zum Kriege mit England führen.

Mit steigender Sorge hatte man währenddessen in Berlin die Nachrichten erwartet, welche Haugwitz seiner üblen Gewohnheit nach zögernd und spärlich erstattete. Nicht am 4., nicht einmal am 6. Februar, sondern erst am Abend des 8. hatte er mit kaum begreiflicher Saumseligkeit den ersten Bericht über die Aufhebung des Wiener Vertrages und die Unterredung mit Napoleon abgehen lassen. Noch um die Mitte des Monats befand sich der König in völliger Ungewißheit. „Wir werden noch einige Tage schlafen", schreibt Lombard um diese Zeit an Hardenberg; „unser Erwachen, wird es tröstlich oder schrecklich sein? Was mich angeht, so mache ich meine Entscheidung von *einem* Punkte abhängig: das ist Hameln. Ziehen die Franzosen am festgesetzten Tage ab, so überliefern sie uns ein solches Pfand nicht ohne die Absicht, treu zu sein; kommt es zu Erörterungen und geben Kleinigkeiten den Vorwand, zu zögern und Kuriere abzuschicken, so halte ich alles für verloren"[2]. Was man aus Hannover hörte, bezeugte aber in keiner Weise die Absicht der französischen Generale, den Preußen Platz zu machen, und am 18. erhielt man endlich die so lange erwartete Depesche des Grafen Haugwitz, welche die Beweggründe Napoleons nur zu deutlich machte und für einen bald zu erwartenden

[1] Haugwitzens Berichte vom 8., 12. und 15. Februar 1806 bei Ranke a. a. O. II 463, 471, 476 ff.

[2] Das Billet ist im Geh. St.-A. von fremder Hand „vom 16. oder 17. Februar" datiert. Duncker, Abhandlungen S. 186, datiert es vom 14. oder 15. Februar. Vgl. den Wortlaut in der Beilage Nr. XIX 13.

zweiten Bericht wenig Tröstliches in Aussicht stellte. Welchen Eindruck diese Nachricht hervorbrachte, lassen am besten die Briefe Lombards an Hardenberg erkennen. „Sie können sich die Bestürzung des Königs vorstellen", schreibt er. „Haben Sie eine Meinung? Ich habe noch nicht den Mut dazu. Nun wohl, erwarten wir ihn, diesen zweiten Bericht. Bis dahin muß man das Geheimnis bewahren; der König rechnet darauf, daß keine einzige Ausnahme gemacht werde." Der zweite Bericht vom 12. konnte die Aufregung nur vermehren. „Um Gotteswillen", schreibt Lombard, „schicken Sie mir das Immediatexemplar der Pariser Depeschen. Werden Sie ins Schloß kommen? Ich bin in Verzweiflung"[1]. Jetzt zum erstenmal trat die Gefahr des Krieges und einer französischen Invasion unmittelbar heran, wenn Napoleon auf Bedingungen bestand, die selbst Haugwitz für unannehmbar erklärte. Trauer und Mißmut erfüllten den König; er war unzufrieden mit sich selbst und mit den Ratgebern, die ihn in diese üble Lage geführt und sogar zur Abrüstung geraten hatten. Seine Briefe an Napoleon waren ohne Antwort geblieben; umsonst suchte man von Laforest über den Stand der Verhandlungen etwas zu erfahren. Lombard hatte es vermieden, in den Tagen der Spannung mit dem französischen Gesandten zusammenzutreffen. Am 21. Februar suchte Laforest ihn auf und fand ihn in einem Zustande äußerster Niedergeschlagenheit. Wiederholt fragte er, ob der französische Gesandte nichts mitzuteilen habe, und brach, als dies verneint wurde, in bittere Klagen aus. Das, sagte er, sei der Lohn dafür, daß Haugwitz und er selbst den König stets auf Frankreich gewiesen hätten; es fehle wenig, daß sie in den Augen ihres Herrn und ihrer Mitbürger zu Grunde gerichtet seien. Die französische Regierung bestätige jetzt selbst die Vorwürfe, welche sie bisher zu bekämpfen versucht hätten. In dem politischen Leben Napoleons finde sich kein Beispiel, daß jemand mit solcher

[1] Die beiden Billets sind undatiert, das erste wahrscheinlich am 18. Februar, das zweite nach dem Eintreffen des ersten oder des zweiten Berichts geschrieben.

Kunst wie der König dahin gebracht worden sei, sich anderen Mächten gegenüber zu kompromittieren, sich ihres Beistandes zu berauben, sich seiner Verteidigungsmittel zu entäußern, seine Vereinigung mit Frankreich an den Tag zu legen und einen Gesandten, dem die beste Aufnahme versprochen sei, nach Paris zu schicken, um dann desto sicherer in eine Lage gebracht zu werden, die nach allen Seiten nur Gefahren biete. Nur zu deutlich zeige sich jetzt das Ziel der militärischen Bewegungen Frankreichs; man bedrohe den König, nachdem man ihn vereinzelt habe. Sein Vertrauen und seine Vorliebe für Napoleon hätten einen bessern Lohn verdient; um so schmerzlicher sei er denn auch berührt von der schrecklichen Lektion, die er erhalten habe. Lombard klagte ferner über die Äußerungen des Kaisers gegen den Berliner Hof und sogar gegen die Königin. Als vollendeter Diplomat habe Haugwitz das Ärgste nicht einmal mitgeteilt; es sei Lombard erst durch die Briefe seines Bruders zur Kenntnis gekommen. Und doch habe der König alles, was an seinem Hofe sich gegen Frankreich geäußert habe, immer in Schranken gehalten und sich auch jetzt auf den Rat von Haugwitz und Lombard entschlossen, seinen Mißmut in keiner Weise hervortreten zu lassen. Umsonst suchte Laforest zu beruhigen; Lombard verharrte bei seinen Klagen und Vorwürfen, als wenn dadurch in Paris etwas hätte erreicht werden können. Wahrscheinlich würde er nicht soviel gesagt oder sich anderer Worte bedient haben, hätte er gewußt, was Laforest drei Tage später an Talleyrand berichtete, wie er sich rühmte, das Schreiben des Ministers aus München und das bedeutsame Schweigen über die Ratifikation recht gut begriffen und Preußen von Schritt zu Schritt in die Schlinge geführt zu haben, aus der es sich jetzt nicht mehr befreien könne[1].

Am Tage nach jener Unterredung traf der Kurier mit dem Vertrage vom 15. Februar in Berlin ein. Tags darauf folgte Lucchesini, der dem Könige über die Lage in Paris genaue

[1] Laforest 22. und 24. Februar, Bailleu a. a. O. II 441, 443.

Auskunft erstatten sollte. Im Grunde war das Ergebnis vorteilhafter, als sich nach dem vorgängigen Bericht vom 12. Februar erwarten ließ. Gleichwohl war man in Berlin äußerst unzufrieden. „Der König", schreibt Lombard an Hardenberg, der um Mitteilung der Depeschen bat, „hat diese schönen Schriftstücke bei sich behalten und wird sie Ihnen in einer Stunde selbst übergeben. Die Haare werden Ihnen zu Berge stehen"[1]. Aber was war zu thun? Haugwitz und Lucchesini stimmten darin überein, daß nur zwischen der Annahme des Vertrages und dem Kriege mit Frankreich die Wahl bleibe. Einem mutigen Manne mochten die Hülfsmittel Preußens noch immer beträchtlich scheinen; er mochte sich sagen, daß man die eigenen Truppen rasch wieder sammeln, die Russen, Schweden und Engländer zurückrufen könne. Aber niemand durfte sich verhehlen, daß die Lage seit dem 15. Dezember und seit dem 24. Januar wesentlich verschlechtert war. Unter solchen Verhältnissen wurde am 24. Februar eine Konferenz berufen, an welcher Hardenberg, Lucchesini, Rüchel, die beiden Adjutanten des Königs sowie die beiden Kabinetsräte teilnahmen. Lombard führte gewohnterweise das Protokoll. In demselben wird gleichfalls hervorgehoben, daß man zwischen Krieg und Annahme des Vertrages wählen müsse; denn selbst wenn der Zustand der Dinge, wie er vor dem Wiener Vertrag gewesen sei, sich herstellen lasse, würden die Franzosen nach Hannover zurückkehren und durch neue Übergriffe den Krieg unvermeidlich machen. Durch Annahme des Vertrages erwerbe Preußen dagegen eine äußerst wertvolle Provinz und entgehe der Gefahr eines auch im besten Falle blutigen Krieges mit Frankreich. England könne sich freilich für angegriffen halten, und der preußische Handel darunter leiden; aber die Rückkehr der Franzosen nach Hannover trage für England noch größere Nachteile in sich, und es werde sich vielleicht be-

[1] Lombard an Hardenberg, 23. Februar: Votre billet m'arrive. Je n'ai pas ici ces belles pièces. Le roi les a gardées et vous les remettra sans doute lui-même dans une heure. Les cheveux vous dresseront sur la tête. Preuß. St.-A.

denken, ehe es sich durch den Bruch mit Preußen ein Absatzgebiet für seine Waren ganz verschließe. Rußland werde der Vertrag mißfallen; aber es sei doch zweifelhaft, ob eine wirkliche Uneinigkeit daraus folgen müsse, während andernfalls der Krieg mit Frankreich unter sehr verschlechterten Umständen sicher sei. Die eigentliche Entscheidung wird nach allem diesem gleichwohl dem Könige überlassen[1]. Auch Hardenberg, obschon er in einer besonderen Denkschrift die Gegengründe: den sicheren Krieg mit England, die Abhängigkeit von Frankreich, den übeln Eindruck, den der völlige Systemwechsel auf das Heer und die öffentliche Meinung machen müsse, kräftig hervorhebt, giebt keinen bestimmten Rat. In Wahrheit blieb also der König darauf angewiesen, mit den Kabinetsräten noch einmal alles zu überlegen, und wer dürfte ihm zum Vorwurf machen, daß er einem Kriege auswich, den alle seine Ratgeber, besonders die militärischen, als gefährlich und aussichtslos betrachteten. Schon am 26. Februar wurde die Ratifikation von dem Könige und statt Hardenbergs von Lucchesini unterzeichnet, der, wie sich denken läßt, während seiner Anwesenheit eifrig für die Annahme gesprochen hatte[2]. Eiligst trug ein Kurier, um die Frist nicht wieder zu verfehlen, die Urkunden nach Paris, zugleich mit zwei von Lombard verfaßten Briefen des Königs an Napoleon und an Haugwitz. In beiden wird ein gutes Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich und der Rückzug der französischen Truppen aus Deutschland als sehnlichster Wunsch bezeichnet[3].

[1] Ranke a. a. O. II 488.
[2] Laforest 4. März, Bailleu a. a. O. II 445.
[3] Ranke a. a. O. II 497 ff.

Achtes Kapitel.

Rußland und Preußen. Hardenbergs Rücktritt. Die Steinsche Denkschrift gegen das Kabinet (April 1806).

I.

War man wirklich zu einer Einigung gelangt? Der König empfand es tief, daß er durch Täuschung und Gewalt zu einem Schritte genötigt worden sei, den er verabscheute. Bitterkeit und Mißtrauen gegen Napoleon erfüllten ihn, und was ihn am meisten beunruhigte, war die nur zu wahrscheinliche Aussicht, auch mit Rußland in ernste Zwistigkeiten verwickelt zu werden. Der Herzog von Braunschweig, welcher die letzten Schritte in Petersburg rechtfertigen und womöglich eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich vorbereiten sollte, wurde dort nicht unfreundlich aufgenommen; aber schon sein erster Bericht vom 27. Februar 1806 teilte mit, der Zar wünsche in einem geheimen Artikel die Zusage, daß der Vertrag vom 15. Dezember den zwischen Rußland und Preußen bestehenden Verträgen keinen Abbruch thun werde. Ausführlicher waren die russischen Wünsche ausgesprochen in einer Denkschrift, welche der Herzog von Braunschweig am 8. März aus den Händen des Zaren empfing. Preußen sollte demgemäß in einem Kriege, der durch

die türkischen Verhältnisse oder durch weitere Übergriffe Napoleons in Italien veranlaßt würde, dem französischen Kaiser keine Hülfe leisten; es sollte in Hannover den Handel wieder freigeben und alles aufbieten, um die französischen Truppen innerhalb dreier Monate aus Deutschland zu entfernen. Der Zar versprach dagegen, seine ganze Macht zum Schutze Preußens und Europas zu verwenden, über sein Verhältnis zu Preußen das tiefste Schweigen zu bewahren, auch Friedensunterhandlungen mit Frankreich nicht zurückzuweisen. In geheimen Deklarationen sollten diese Versicherungen gegenseitig erteilt werden, und bei dem Mißtrauen, welches in Petersburg gegen Haugwitz und Lombard bestand, wünschte der Zar, daß neben dem Herzog von Braunschweig und dem Grafen von der Goltz nur der König und Hardenberg von den Verhandlungen etwas erfahren möchten. Am 18. März gelangte die Denkschrift nach Berlin, begleitet von einem Schreiben des Herzogs und einem Bericht des Grafen von der Goltz, der in den dringendsten Ausdrücken ein festes Zusammengehen Rußlands und Preußens gegen Frankreich empfahl[1]. Gerade tags vorher hatte man erfahren, daß die Ratifikationen des Februarvertrages in Paris ausgewechselt seien, und der König hatte bereits einen von Lombard entworfenen Brief an den Zaren unterzeichnet, in welchem er das neue Zugeständnis zu rechtfertigen suchte[2]. Es war unerläßlich, nunmehr zwischen Frankreich und Rußland eine Wahl zu treffen. Ohne Verzug erbat sich Hardenberg beim Könige eine Audienz, um kein Aufsehen zu erregen, durch Vermittelung der Königin, in deren Gemächern dann noch am 19. März die Zusammenkunft stattfand. Friedrich Wilhelm ließ den Minister keinen Augenblick über seine Gesinnung in Zweifel; er erklärte, daß er seine Verbindung mit Frankreich als erzwungen betrachte und entschlossen sei, mit Rußland zu gehen. Hardenberg konnte nichts Besseres wünschen. Auch das Geheimnis, welches nicht

[1] Ranke a. a. O. II 533, 551, 513, 547.

[2] Ranke a. a. O. II 546. Statt 9. März ist 19. März zu lesen.

weniger in Berlin als in Petersburg für nötig erachtet wurde, war ganz nach seinem Sinn. Denn seine öffentliche Stellung war Napoleon gegenüber unhaltbar geworden, aber eine geheime Unterhandlung konnte er auch nach seinem Rücktritt führen und dadurch, wie es doch sein lebhafter Wunsch war, mit dem Könige, dem russischen Hofe und der großen Politik in Verbindung bleiben. Demgemäß wurde verfahren. Ein preußischer Kurier beförderte am 21. März die Briefe nach Petersburg, welche der König zwei Tage früher an den Zaren und den Herzog von Braunschweig gerichtet hatte. Gleichzeitig ließ aber Alopäus einen russischen Kurier abgehen, der ein vom Könige gebilligtes Schreiben Hardenbergs an den Grafen Goltz überbrachte. Preußen, hieß es darin, sei bereit, auf die von Rußland vorgeschlagene Übereinkunft einzugehen und zu diesem Zwecke unter dem Schleier des tiefsten Geheimnisses, einzig durch Hardenberg und Alopäus, eine Unterhandlung in Berlin zu eröffnen[1].

Es fragte sich aber, was man in Petersburg sagen werde. Denn die früheren Erklärungen hatten den umgeänderten Vertrag vom 15. Dezember zum Ausgangspunkt genommen; jetzt hatte der Februarvertrag die bedingte Besetzung Hannovers in eine endgültige umgewandelt und Preußen zur Schließung der Häfen verpflichtet. Der Herzog von Braunschweig war am 11. März gerade von Petersburg abgereist, als ihm nicht weit vor den Thoren der Hauptstadt der preußische Kurier begegnete, welcher die erste Nachricht von dem Februarvertrag überbrachte. Rasch entschlossen wandte sich der Herzog zurück, um dem Kaiser selbst die Mitteilung zu machen. Für Alexander war die Nachricht, daß Napoleon die preußischen Modifikationen verworfen habe, nur die Bestätigung einer schon ausgesprochenen Vermutung. In der Unterredung war er aufgeregt; er konnte die Thränen nicht zurückhalten; aber er begriff die Lage des Königs und äußerte um so lebhafter den Wunsch, daß Preußen

[1] Ranke a. a. O. II 542, 544, 563, 565.

die in der Denkschrift vom 7. März ausgesprochenen Grundsätze annehmen, seine Truppen auf Kriegsfuß halten und den Handel auf Weser und Elbe nicht belästigen möge. Mit diesen Nachrichten langte der Herzog am Abend des 23. März in Berlin an. Gleich am folgenden Tage fand in seiner Wohnung zwischen ihm, dem Könige und Hardenberg eine Besprechung statt. Hardenberg verlas eine Denkschrift, welche meistens den russischen Vorschlägen zustimmte, bezüglich des Handels das irgend Mögliche versprach, neue Rüstungen und für den Fall der Not einen gemeinschaftlichen Operationsplan in Aussicht stellte. Dagegen hoffte man, daß der Zar die Engländer von gewaltsamen Maßregeln zurückhalten und der Abtretung Hannovers geneigt machen würde, welches, mit Preußen vereinigt, die beste Schutzwehr gegen Napoleon bilden könne[1]. Natürlich war das strengste Geheimnis notwendig, hatte doch der König schon am 22. März von Lombard erfahren, daß Laforest um eine russisch-preußische Unterhandlung wisse; es war der bayrische Geschäftsträger Olry in Petersburg, der den Kundschafter machte, dem Ritter v. Bray in Berlin und durch ihn Laforest Kenntnis gab[2]. Offiziell sollte im Ministerium wie im Kabinet nichts darüber bekannt werden; deshalb nahm man sogar die Schriftstücke, in denen die geheime Deklaration Erwähnung fand, nicht zu den Akten. Die von Hardenberg verlesene Denkschrift wurde als Antwort auf die russische von dem Herzog durch einen russischen Kurier nach Petersburg geschickt. Der Herzog schrieb seinen Brief vom 8. März noch einmal ab mit Weglassung der Sätze, welche sich auf die geheime Deklaration bezogen, und die Petersburger Denkschrift wurde von der Gemahlin des russischen Gesandten neu geschrieben, in einer Umarbeitung, welche statt der wirklich gestellten Forderungen nur im allgemeinen den Wunsch einer Einigung mit Preußen zu erkennen gab. Die in solcher Weise veränderten Schriftstücke überschickte Hardenberg dem

[1] Ranke a. a. O. II 568 ff., 576, 577.
[2] Der König an Hardenberg, 22. März, Ranke a. a. O. II 574, 582.

Könige mit dem Beifügen, der am 19. März an den Zaren gerichtete Brief erschöpfe alles, was man dem Petersburger Hofe zu sagen habe. Scheinbar hatte dadurch die Verhandlung ihren Abschluß erreicht[1].

II.

Während man so von preußischer Seite schon in tiefster Verborgenheit den Fall eines Krieges und, wie man sich nicht verhehlte, eines Krieges auf Leben und Tod ins Auge faßte, war auch der französische Kaiser zu sehr gereizt und von der Stimmung in Berlin zu wohl unterrichtet, als daß er in der Unterzeichnung eines Vertrages eine Bürgschaft für die Zukunft hätte finden können. Lucchesini, der am 5. März die Rückreise nach Paris angetreten hatte, berichtet am 27. von Napoleons fortdauerndem Argwohn; er könne den Vertrag vom 3. November und die Gefahren nicht vergessen, denen er nur durch den unberechenbaren Sieg bei Austerlitz entgangen sei[2]. Aber gerade durch diesen Sieg war sein Selbstgefühl so maßlos gesteigert, daß er sogar in den äußeren Formen seinen Groll gegen Preußen, das er jetzt nicht mehr fürchtete, erkennen ließ. Wie die Briefe des Königs, so blieb ein Geschenk, das die Königin der Kaiserin Josephine zugesendet hatte, ohne Erwiderung[3]. Bald sollte Preußen auch von der immer rücksichtsloser hervortretenden Gewohnheit Napoleons, sich in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen, einen neuen Beweis erhalten. Unter Hardenbergs Ministerium hatte Preußen früher als eine andere Großmacht die Napoleonische Dynastie anerkannt und sogar einem Bündnis mit Frankreich sich zugeneigt. Aber Napoleon konnte dem Minister nicht verzeihen, daß er nach dem

[1] Ranke a. a. O. II 581, 582; Martens a. a. O. VI 376. Die sämtlichen in diesem Abschnitt benutzten und erwähnten Urkunden teilt Hardenberg mit wenigen Ausnahmen nach dem vollen Wortlaut in den Denkwürdigkeiten mit.

[2] Ranke a. a. O. II 509; Bailleu a. a. O. II 448.

[3] Vgl. Laforest 26. Januar 1806, Apostille, bei Ranke a. a. O. II 448.

Einbruch in Ansbach den Beitritt Preußens zur Koalition befürwortet hatte, und wir erwähnten bereits die Schmähungen des 34. Bulletins sowie das Verbot, mit Hardenberg zu verkehren, welches dem französischen Gesandten vor Ende des Jahres zukam. Der Minister bot deshalb schon anfangs Januar seine Entlassung an, aber der König, keineswegs geneigt, sich einem fremden Willen unterzuordnen, veranlaßte ihn, zu bleiben[1]. Die Ratifikation des Schönbrunner Vertrages wurde zwar nur von Haugwitz, nicht von Hardenberg unterzeichnet, aber Laforest hatte am 5. Januar zu melden, daß die Entfernung des unbequemen Mannes gerade wegen der Äußerungen des Bulletins noch nicht erfolgt sei; freilich, meint er, werde sie nicht lange auf sich warten lassen[2]. Wie die Stellung Frankreichs Preußen gegenüber sich verstärkte, kam denn auch Napoleon dringender auf seine Forderung zurück. Haugwitz mußte bei Übersendung des Vertrages vom 15. Februar in einem besonderen Schreiben auseinandersetzen, daß derselbe nur, wenn Hardenberg zurücktrete, ein wirklich gutes Einvernehmen herbeiführen könne[3]. Aber auch jetzt noch ließ der König das unziemliche Drängen unbeachtet, und Luccheſini hielt es für nötig, am 27. März, kurz vor Haugwitzens Abreise, nochmals in Erinnerung zu bringen, Napoleon werde in dem Maße, in welchem dem mit seinem Vertrauen beehrten Minister die Leitung der Geschäfte zufalle, ein Unterpfand für die guten Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich erblicken[4]. Schon mehrere Tage vorher hatte aber Lombard dem französischen Gesandten mitgeteilt, Hardenberg werde sich auf höheren Wunsch zurückziehen, nötigen Falls vom Könige dazu angehalten werden[5]. Am 29. März wurde in der That ein Abschiedsgesuch genehmigt, welches

[1] Ranke a. a. O. II 413 ff.; Hardenberg an Luccheſini, 29. Januar 1806, Bailleu a. a. O. II 438.

[2] Bailleu a. a. O. II 430.

[3] Ranke a. a. O. II 485; Talleyrand an Laforest, 15. Februar, Bailleu a. a. O. II 440.

[4] Bailleu a. a. O. II 450.

[5] Laforest an Talleyrand, 18. März, Bailleu a. a. O. II 445.

Hardenberg zwei Tage vorher eingereicht hatte, aber die Ausfertigung der Kabinetsordre unterblieb, aus Gründen, die sich noch nicht feststellen lassen. Erst am 1. April erfolgte die Beurlaubung, ganz in der gnädigen Form und unter den Bedingungen, wie Hardenberg sie am 30. März abermals erbeten hatte. Der Urlaub wurde ihm auf unbestimmte Zeit erteilt: doch sollte er denselben erst „nach der Rückkehr des Grafen Haugwitz wirklich antreten, auch von dem, was ferner vorgehe, genau unterrichtet werden und die auf die fränkischen Herzogtümer bezüglichen Geschäfte mit Haugwitz gemeinsam, das Finanzdepartement allein bearbeiten“ [1].

So schien die unerfreuliche Angelegenheit endlich einen friedlichen Abschluß zu erhalten, als sie infolge der ungeduldigen Heftigkeit Napoleons noch einmal das peinlichste Aufsehen erregte. Am 22. Dezember 1805, ehe in Berlin von dem Wiener Vertrag etwas verlautete, hatte Hardenberg an den englischen Gesandten in Berlin, Lord Harrowby, eine Note gerichtet, in welcher zwei von Napoleon in Brünn gestellte, von Preußen bewilligte Forderungen mitgeteilt wurden, aber zugleich der Fall in Erwägung kam, daß bei der Fortsetzung des Krieges die noch in Bremen befindlichen englischen Truppen sich mit Preußen gegen Frankreich vereinigen könnten [2]. Nach dem Bekanntwerden des Vertrages vom 15. Februar hatten die Engländer mit der bei ihnen üblichen Rücksichtslosigkeit das Schriftstück veröffentlicht. Napoleon geriet in eine grenzenlose Wut. Ohne den deutlichen Worten der Note zu entnehmen, daß der Vertrag vom 15. Dezember am 22. in Berlin noch gar nicht bekannt war, ließ er in den Moniteur vom 21. März eine Übersetzung der Note mit Bemerkungen einrücken, welche Hardenberg als Meineidigen, als Verräter und als den ehrlosesten Menschen in Europa brandmarken sollten. Der erste, der durch diese Vorgänge in der unangenehmsten Weise überrascht wurde, war Haugwitz, welcher

[1] Kabinetsjournal, März bis Septbr. 1806, u. Ranke a. a. O. II 588.
[2] Ranke a. a. O. II 380.

gerade in den letzten Tagen seines Pariser Aufenthaltes alles daran setzte, das Mißtrauen Napoleons gegen Preußen zu zerstreuen. „O, mein Freund", schreibt er schon am 20. März an Hardenberg, „welcher böse Geist hat bei allem, was wir vornehmen, die Hand im Spiele? Ihr Brief an Lord Harrowby, der in der Gazette de France erscheint, raubt uns die letzte Hoffnung, etwas zu Ihren Gunsten zu erreichen"[1]. Leider läßt sich nicht feststellen, wann die Nachricht nebst den Zeitungsblättern nach Berlin gelangte und ob sie auf den Rücktritt Hardenbergs von Einfluß war[2]. Keinesfalls kann sie denselben veranlaßt, höchstens beschleunigt haben, und ihre Hauptwirkung lag in der Entgegnung, zu welcher Hardenberg seinerseits sich hinreißen ließ. In dem französischen Artikel hatte Napoleon den Schein angenommen, als seien alle Vorwürfe nur gegen Hardenberg gerichtet, der im eigenen Namen, nicht im Namen seines Herrn, geschrieben habe. In Wahrheit blieb die behauptete Treulosigkeit für den König freilich ebenso beleidigend wie für den Minister, und Hardenberg erhielt auch von Friedrich Wilhelm die Erlaubnis, in einer Berliner Zeitung eine Berichtigung zu veröffentlichen. Statt durch eine einfache Hervorhebung der Daten — gewiß das Würdigste und politisch Klügste — die Grundlosigkeit der Beschuldigung darzuthun, begann Hardenberg eine Polemik gegen den Moniteur, also gegen Napoleon selber; statt, wie es seine Pflicht war, den König der Sache so fern als möglich zu halten,

[1] Ranke a. a. O. II 595.

[2] Der gewöhnliche Vermerk der Ankunft fehlt auf dem Briefe Haugwitzens und auf einer bei Ranke a. a. O. II 519 abgedruckten Depesche von demselben Tage im Geh. Staatsarchiv. Ein Kurier gebrauchte von Berlin nach Paris gewöhnlich 7—8, nicht selten noch mehr Tage, und bei der Sparsamkeit der preußischen Verwaltung ist es zweifelhaft, ob man in diesem Falle die Ausgabe nicht scheute. Der Kurier, welcher am 27. Januar mit den wichtigen Beschlüssen vom 24. Berlin verließ, kam erst am Abend des 6. Februar nach Paris. Die Meinung Onckens (Das Zeitalter der Revolution. Berlin 1886. II 240, Anm. 3) und Noacks (Hardenberg und das Geheime Kabinet. Gießen 1881. S. 64): Hardenbergs Entlassung sei erst durch den Artikel des Moniteur herbeigeführt, ist nicht zu erweisen und wenig wahrscheinlich.

suchte er ihm die Verantwortung zuzuschieben. Ausdrücklich hob er hervor, die Note sei offiziell und auf Befehl Seiner Majestät geschrieben; einem preußischen Minister sei es nicht gestattet, Schritte ohne Vorwissen des Souveräns zu thun, und Hardenberg werde sich niemals der Gefahr aussetzen, Handlungen, die er im Namen des Königs vorgenommen, hinterher von Seiner Majestät mißbilligt zu sehen[1].

Nicht leicht konnte man dem Könige einen übleren Dienst erzeigen. Der thatsächliche Inhalt der Note ließ sich auch Napoleon gegenüber rechtfertigen, aber sie war in einem gegen Frankreich so unfreundlichen, ja feindlichen Tone gehalten, daß Napoleon sich mit Recht verletzt fühlte. Hatte der König diese Note und diesen Ton gebilligt, so war seine wahre Gesinnung nicht länger zweifelhaft, und alles, was Lombard dem französischen Gesandten von seiner Friedfertigkeit, seiner Abneigung gegen die faction coalitionnaire versichert hatte, fiel zusammen. Gleichwohl verband Hardenberg mit der einen Taktlosigkeit noch die andere, daß er die Spenersche Zeitung vom 10. April mit dem vom 8. April datierten Artikel an Lucchesini sandte mit dem Auftrage, sie Talleyrand zu überreichen. Die beiden Kabinetsräte, welche in guten Beziehungen zu Napoleon die Grundbedingung für Preußens Rettung erblickten, waren entrüstet über diese ohne ihr Vorwissen gethanen Schritte. Beyme, der bis dahin mit Hardenberg in freundschaftlichem Verhältnis gestanden hatte, ließ dem Minister, der sich, wie es scheint, bei ihm rechtfertigen wollte, durch einen Bedienten sagen, er habe keine Zeit. Tags darauf — am 14. April —, gerade als Hardenberg den letzten Vortrag beim Könige halten wollte, traf er mit Beyme im Vorzimmer zusammen. Es kam in Gegenwart Lombards und der Generaladjutanten Kleist und Köckritz zu einer heftigen Scene, welche, durch den König unterbrochen, beide Männer auf lange Zeit zu Gegnern machte. Lombard hatte schon tags vorher an Lucchesini durch Kurier die Weisung ergehen lassen, auf seine Gefahr den im Namen des Königs ergangenen Auftrag Harden-

[1] Ranke a. a. O. II 593.

bergs nicht zu vollziehen. „Morgen", schreibt er, „wird Herr von Hardenberg für immer den Schauplatz verlassen, wo er sich eine unheilvolle Berühmtheit erworben hat. Sein letzter Akt hat mich zur Verzweiflung gebracht. Er hat den König überlistet, indem er ihn ohne mein Vorwissen vorgestern die Depeschen unterzeichnen ließ. Unter dem Vorwande, den König von der Beschuldigung der Treulosigkeit rein zu waschen, hat er sich die Erlaubnis zu einer öffentlichen Erklärung verschafft. Die Hauptsache darin ist falsch; die ganze Note ist dem König fremd. Der König hat seinem Minister befohlen, Lord Harrowby die Annahme der zwei von dem französischen Kaiser gestellten Forderungen zu melden; aber er schreibt keine Noten und muß sich bezüglich der Einzelheiten auf seine Diener verlassen. Es besteht in der That ein wesentlicher Widerspruch zwischen dem System, das jene Annahme voraussetzt, und dem Tone dieses unglücklichen Schriftstückes. Erschreckt bin ich zum Könige geeilt. Sein richtiger Geist hat ohne Mühe den Sachverhalt durchschaut.. Ein neuer Artikel in der Berliner Zeitung wird förmlich die Entfernung des Herrn von Hardenberg anzeigen"[1]. In der That brachten die Berliner Zeitungen vom 15. April, noch ehe Hardenberg die Geschäfte förmlich abgegeben hatte, auf Beymes Befehl die amtliche Meldung, der König habe dem Grafen Haugwitz das Portefeuille der auswärtigen Geschäfte wieder allein übertragen[2].

Durch die Art der Veröffentlichung wie durch die Schmähungen Napoleons fühlte sich Hardenberg aufs tiefste verletzt. Er ahnte wohl nicht, daß dadurch seiner Thätigkeit und seiner Persönlichkeit ein Stempel aufgedrückt wurde, der ihm bei der Mitwelt und noch mehr bei der Nachwelt zu großem, ja zu mehr als verdientem Ruhme gereichte. Napoleon erwies ihm, wie zwei Jahre später dem Minister vom Stein, die Ehre, ihn

[1] Bailleu a. a. O. II 453.
[2] Ranke a. a. O. II 599.

vor aller Welt für seinen Feind zu erklären; er fiel, wie es schien, als Opfer der Überzeugung, daß der König mit Entschlossenheit dem Eroberer entgegentreten müsse. Und doch war er noch vor einem halben Jahre geneigt gewesen, Preußen mit Frankreich zu verbinden. Aber das jetzt Erlebte machte nicht bloß für seine äußeren Verhältnisse, sondern auch für seine Denkart Epoche. Er besaß ein starkes Gefühl seiner eigenen Persönlichkeit; der unverdiente Angriff gab ihm nach öfterem Schwanken jetzt eine bestimmte Richtung; er wurde und blieb der entschiedene Gegner des Mannes, in dem er nicht bloß den Unterdrücker Europas, sondern auch seinen persönlichen Feind erkannte. Auch die Nachteile der Kabinetsregierung hatte er an sich selbst erfahren; den Trägern dieses Systems, den beiden Kabinetsräten, die ihn persönlich beleidigt, und dem Grafen Haugwitz, der ihn, wie er glaubte, treulos verlassen hatte, trat er von jetzt an als ausgesprochener Widersacher gegenüber.

Aber wie unerfreulich war auch die Lage des Mannes, den die politischen Verhältnisse und die Neigung des Königs wieder zur Leitung der Geschäfte beriefen! Schwere Tage hatte Haugwitz bereits in Paris erlebt; aber noch tiefere Kränkungen warteten seiner, als er am 12. April nach Berlin zurückkehrte. Schon die Art, wie der Vertrag vom 15. Februar zum Abschluß gekommen war, mußte, ganz abgesehen von seinem Inhalt, den übelsten Eindruck machen. Wie wenige kannten die näheren Umstände, welche auf den Minister eingewirkt hatten! Was nach außen hervortrat, erschien als ein schmachvoller Übergang Preußens von der einen Seite zur andern und stellte den Unterhändler in das Licht, als sei er stets der dienstbereite Parteigänger Bonapartes gewesen. Trat er doch an die Stelle des Freiherrn von Hardenberg, den Napoleon selbst mit der Krone des Märtyrers geschmückt hatte. Bei der Rückkehr nach Berlin wurde er, wie ein Zeitgenosse in einem Briefe an den König sich ausdrückt, vom Publikum beinahe gesteinigt; kaum durfte er wagen, sich öffentlich sehen zu lassen, selbst bei Hofe und in

Gesellschaft hielt man sich fern von ihm[1]. Und die Ungunst, welcher er begegnete, ging jetzt nicht mehr von den fremden Diplomaten, sondern von den eigenen Landsleuten aus; sie richtete sich nicht bloß gegen das System, sondern noch mehr gegen die zweideutige Unzuverlässigkeit, die man ihm persönlich zur Last legte. Haugwitz fühlte sich der Lage und der Menge der Geschäfte nicht gewachsen; er wünschte, daß an Hardenbergs Stelle ein neuer Kabinetsminister ernannt würde. Am nächsten lag es, an Lucchesini zu denken; Haugwitz scheint sogar in Paris die Angelegenheit schon mit ihm besprochen zu haben; aber der König, welcher überhaupt Neuerungen zu vermeiden suchte, wollte ihn nicht aus Paris entfernen. So wurde der frühere Gesandte in Wien, Graf Keller, gewählt; Haugwitz hoffte, ihm einen Teil der Geschäfte übertragen und doch die Leitung behalten zu können. Aber Keller war, wie der Gesandte in London, Baron Jacobi, mit der Richtung der preußischen Politik nicht einverstanden und erhob Ansprüche, die Haugwitz nicht befriedigen konnte. Schon nach wenigen Wochen schied er wieder aus, um sich den Gegnern des Ministers zuzugesellen, die von Tag zu Tage sich vermehrten und offener hervortraten[2].

Hardenberg hatte sich, gleich nachdem er von den Geschäften zurückgetreten war, voll Erbitterung über jenen von Beyme veranlaßten Artikel an den König gewandt, von dem er wieder, beinahe heimlich, in den Zimmern der Königin empfangen wurde. Er beklagte sich lebhaft über Beyme, und als der König bemerkte, der Artikel habe nichts Verletzendes enthalten sollen und müsse durch einen andern berichtigt werden, erwiderte Hardenberg, was denn der Kabinetsrat verdiene, der es wage,

[1] Vgl. Immediatschreiben Massenbachs bei Lehmann, Scharnhorst, I 397 Note 2; Ranke a. a. O. II 603, 618.

[2] Vgl. das Nähere in dem Briefe Peter Lombards vom 10. Juni 1806 in der Beilage Nr. XVIII. Von Keller redet der König in einem Schreiben an Hardenberg vom 19. April 1806. Ranke a. a. O. II 607. Vgl. auch die Briefe Helbigs an Ompteda vom 13. Mai und 8. Juni 1806 in L. v. Omptedas Politischem Nachlaß. Jena 1869. I 166 und 167.

den Namen seines Königs so zu mißbrauchen. „Ich hatte mir", erzählt Hardenberg[1], „ohnehin schon längst vorgesetzt, dem König vor meinem Abgange, wo der Schein des eigenen Interesses wegfiel, meine Überzeugung und die immer lauter werdende öffentliche Stimme über die Art, wie er die Regierungsgeschäfte trieb, und die Männer, denen er sich anvertraute, an das Herz zu legen; denn es war nicht der mindeste Zweifel, daß hierin der Hauptgrund der Übel lag, die den Staat in Gefahr setzten. Schon seit dem 19. Oktober 1805, wo ich die Kabinetsordre erhielt, die dem Grafen von Haugwitz von neuem eine Teilnahme an der Leitung der Geschäfte gab, war ich entschlossen, entweder meinen Abschied zu nehmen oder eine Veränderung in Absicht auf die oberste Staatsbehörde zu bewirken und den König zu vermögen, sich mit einem verantwortlichen Staatsrate zu umgeben. Die wichtigsten Angelegenheiten, ja am Ende alle, befanden sich in den Händen zweier Adjutanten, zweier Kabinetsräte und nur in einem sehr untergeordneten Verhältnisse eines in der That von ihnen abhängenden oder von ihnen in seinen Geschäften unaufhörlich gehemmten und durch widerstrebende Einleitungen und zerstörende Schritte gelähmten Kabinetsministers. Jetzt ward dieses wieder ein Mann, der jene Abhängigkeit gewohnt war. Die öffentliche Verachtung gegen ihn war auf den höchsten Grad gestiegen . . Im Auslande wie im Inlande hatte er die öffentliche Meinung ganz entschieden gegen sich . . Ich schilderte dem König alle Nachteile, die aus der bisherigen Verfassung und dem Mangel eines Centralpunktes der Regierung, dessen Seele er selbst sein sollte, entständen, und wie dem Rechtschaffenen das Herz blute, daß er, der so rein moralisch sei, so unmoralischen Menschen wie Haugwitz und Lombard ein so unbeschränktes Vertrauen schenke. Ich zeigte, daß jene Nachteile noch weit größer würden, wenn die Kabinetsräte sein Vertrauen mißbrauchten; wenn sie, die ihrer Bestimmung nach sich bloß darauf beschränken sollten, die Berichte und

[1] Ranke a. a. O. II 602 ff.

Anträge der obersten Behörden Sr. Majestät vorzutragen und seine Befehle darauf zurückzugeben, allenthalben ihre eigenen Ideen unterschöben; wenn sie selbst den Glauben verbreiteten, sie leiteten den König; wenn sie sich mit ihrer Macht brüsteten; wenn die öffentliche Stimme sagte, daß sie den Staat regierten; wenn sie, wie Beyme, im absprechenden anmaßenden Tone über alles urteilten, ohne doch über alles gründliche Kenntnisse und Erfahrungen zu haben; wenn sie diejenigen drückten, gleichviel ob es der erste Minister oder der letzte Königliche Diener sei, die sich nicht unter ihren Despotismus schmiegten; wenn sie nur die begünstigten, die ihnen schmeichelten und sich an sie wendeten, obgleich sie gar keine Behörde bilden, gar nicht in die Verwaltung eingreifen sollten; wenn bei gründlichen Kenntnissen von Dingen, die für ihr Fach gerade am wenigsten erforderlich wären, oberflächliche Bekanntschaft mit den notwendigsten und mit der Welt, wenn Mangel an Urbanität und Takt, wenn schlechte Erziehung und rauhe Sitten, wenn sogar große Sittenlosigkeit, wie bei Lombard, ihr Anteil sei; wenn, wie bei diesem, fast allgemeiner Glauben an Verräterei und Bestechung vorwalte, er sei gegründet oder nicht; wenn sie von schädlichen oder wenigstens ihnen nicht zur Ehre gereichenden Einflüssen geleitet würden, wie Beyme in manchen Dingen von seiner Frau, die sich öffentlich das Ansehen hiervon gebe, Geschenke nehme u. s. w.; wenn besonders im Auslande die Meinung herrschend sei, daß sie regieren, daß sie von fremdem Einfluß abhängen, daß der Minister nur durch sie wirksam sein könne."

Der König hörte diese lange lebhafte Auseinandersetzung mit Güte an, verteidigte aber die Angegriffenen; er bemerkte, daß wohl niemand, der so nah um die Person des Monarchen sei, von ähnlichen Beschuldigungen verschont bleibe, und versicherte, daß er selbst auf alles genau achte. Hardenberg meinte dagegen, bei der jetzigen Art der Geschäftsführung sei es dem König wohl unmöglich, das Ganze zu übersehen; er ging soweit, die früher erwähnten von ihm geöffneten Depeschen Laforests vom 26. Januar und 4. Februar dem Könige zu zeigen und

nach dem, was Lombard dem Gesandten erzählt haben sollte, den Charakter und die Politik des Kabinetsrats als abscheulich und kompromittierend darzustellen. Der König hätte wohl fragen können, warum denn Hardenberg eine angeblich so wichtige Entdeckung monatelang verschwiegen habe. Aber er begnügte sich zu erwidern, Lombard habe nur so geschrieben und gesprochen, um den Gesandten irre zu führen. Auch gab er den Vorstellungen Hardenbergs keine Folge, und dieser rechnete es den Kabinetsräten als neue schwere Verschuldung an, daß ihm die für die Dauer seines Ministeriums bewilligten Tafelgelder von jährlich 8000 Thalern in einer wenig verbindlichen Form entzogen wurden.

III.

Aber wenn Hardenbergs Vorstellungen bei dem Könige erfolglos blieben, in der nächsten Umgebung, bei der Königin, bei den Prinzen, bei zahlreichen Hofleuten und, was noch bedeutsamer ist, in den Kreisen der höchsten Beamten fanden sie lebhaften Anklang. Schon im April vereinigten sich die Generale Rüchel und Phull und die Minister Schrötter und Stein zu dem Zweck, eine Veränderung der preußischen Politik und die Beseitigung ihrer einflußreichsten Vertreter zu bewirken. Hardenberg als Selbstbeteiligter trat der Vereinigung nicht förmlich bei, man irrt jedoch schwerlich, wenn man ihn als ihren Haupturheber und als das eigentlich treibende Element betrachtet. Indem aber nun die beiden einflußreichsten Minister des Generaldirektoriums sich anschlossen, indem Stein mit seinem durchgreifenden Willen, seinem feurigen Pflichtgefühl in den Vordergrund trat, gewann die Bewegung notwendig einen anderen Charakter und größere Tragweite wie bisher.

Noch einmal müssen wir hier auf die Entwicklung des preußischen Staatswesens einen Rückblick werfen. Friedrich Wilhelm I. hatte 1723 in dem „General-Ober-Finanz-, Krieges-

und Domänen-Direktorium" eine centrale Behörde für die innere und vornehmlich die finanzielle Verwaltung ins Leben gerufen. Um jene Zeit war in den großen europäischen Staaten, insbesondere in Frankreich, bereits der Grundsatz zur Geltung gelangt, daß für die einzelnen Zweige der Staatsgewalt besondere Ministerien mit ausschließlicher, das ganze Staatsgebiet umfassender Wirksamkeit einzusetzen seien. Aber schon die Entstehung des Gebietes, welches aus räumlich getrennten und politisch verschiedenen Territorien allmählich erwachsen war, dazu noch andere Gründe, deren Erörterung hier zu weit führen würde, hatten in Preußen jenes System nicht zur unbedingten Durchführung gelangen lassen. Es gab allerdings außerhalb des Generaldirektoriums schon Fachbehörden für das eigentliche Militärwesen, die auswärtigen Angelegenheiten und das Justizwesen mit Einschluß der geistlichen Sachen; in dem Generaldirektorium stand dagegen diesem Realsystem ein Territorialsystem gegenüber, welches die einzelnen Provinzen als abgeschlossene Gebiete einem besonderen Minister unterstellte. Friedrich Wilhelm I. hatte ein Departement und einen Minister für Preußen, Pommern und die Neumark, einen zweiten für Minden, Ravensberg, Tecklenburg und Lingen, einen dritten für die Kurmark, Magdeburg und Halberstadt, einen vierten für Geldern, Kleve, Mörs und Neufchatel. Jedem dieser Departements waren aber auch einzelne Geschäftszweige, welche dafür geeignet schienen, für den ganzen Bereich der Monarchie zugewiesen, z. B. dem dritten Departement die „Marsch- und Armeeverpflegungs-Angelegenheiten", dem vierten die Post und das Münzwesen[1]. Schon am 27. Juni 1740, kurz nach dem Regierungswechsel, wurde ein eigenes fünftes Departement nach dem Realsystem für Gewerbe, Handel und Verkehr eingerichtet, zu welchem später noch drei, nach ähnlichen Grundsätzen geordnet, hinzukamen. Aber auch dem Territorialsystem hatte Fried-

[1] B. Reuter, König Friedrich Wilhelm I. und das Generaldirektorium Zeitschr. für preuß. Geschichte u. Landeskunde XII 730.

rich der Große noch nicht entsagt. Nach der Eroberung Schlesiens ließ er diese wichtige Provinz als einen abgesonderten Teil des Staates bestehen unter einem besonderen Minister, der zwar den Ministern des Generaldirektoriums koordiniert war, aber nur in den letzten Tagen des Jahres an den gemeinsamen Beratungen teilzunehmen hatte. Noch im Jahre 1790 sehen wir, daß auch die neuerworbenen fränkischen Fürstentümer in Hardenberg einen besonderen Minister erhalten. Die Verwicklungen dieser vielgeteilten Verwaltungsmaschine wurden noch dadurch vermehrt, daß im Laufe der Zeit eine Reihe von Centralbehörden selbständig neben das Generaldirektorium getreten war, wie das Hauptbankdirektorium, die Lotterie, das Generalpostamt, die Oberrechenkammer. Nach dem Plane Friedrich Wilhelms I. sollte im Anschluß an die frühere Entwicklung ein Staatsrat, zusammengesetzt aus den Ministern und hervorragenden Beamten und Generalen, über dem Ganzen stehen, um die einheitlichen Grundsätze der Verwaltung festzuhalten. Er verlor aber mehr und mehr an Bedeutung, weil der König viele eigentlich vor den Staatsrat gehörige Sachen selbst erledigte, und weil die schon in den einzelnen Ministerien eingeführte kollegialische Verhandlung eine nochmalige gemeinschaftliche Beratung in einem größeren Kreise als Zeitverlust erscheinen ließ. Unter Friedrich II., der überhaupt keinen Rat verlangte, war diese Behörde, welche eigentlich den Schlußstein der gesamten Staatsregierung hätte bilden sollen, zu einem bloßen Namen geworden. Wir sahen, wie der König durch sein Kabinet die gesamte Regierung leitete, und was für Übelstände daraus erwuchsen. Als Friedrich Wilhelm III. den Thron bestieg, hatte man den ernsten Willen, ihnen abzuhelfen; aber zu durchgreifenden Maßregeln kam es jetzt sowenig als unter seinem Vater. Der Staatsrat, wenn auch zuweilen versammelt, war kein wirksames Glied, noch weniger Schlußstein des staatlichen Organismus. Wollte man wichtige Fragen der auswärtigen Politik in einem größeren Kreise zur Verhandlung bringen, so legte man sie nicht dem Staatsrat vor, sondern berief für den

einzelnen Fall Konferenzen, bei denen Zeit, Anzahl und Auswahl der Teilnehmer von den Umständen und dem Belieben des Königs abhingen. Eine andauernde kollegiale Thätigkeit hatte sich allerdings im Ministerium des Auswärtigen erhalten, wenigstens bis zum Jahre 1801, als Haugwitz der alleinige Inhaber wurde. Aber im Generaldirektorium war sie unter Friedrich II. mehr und mehr außer Übung gekommen, wurde auch durch die früher erwähnte Instruktion Friedrich Wilhelms II. vom 28. September 1786 nur ungenügend wiederhergestellt, während sie gerade hier bei der Menge der verschiedenen und doch gleichartigen, ihrem Wesen nach voneinander abhängigen Departements am wenigsten hätte fehlen dürfen. Es fand zwar wöchentlich eine gemeinschaftliche Sitzung der Minister unter dem Vorsitze des Grafen Schulenburg statt; aber dieser verstand es nicht, ihr die rechte Bedeutung zu geben. Der Einheitspunkt mußte also wieder durch den König und das königliche Kabinet gebildet werden. Hätte man nur dabei den Grundsatz befolgt, der wiederholt bei der Thronbesteigung zum Ausdruck kam: der König solle nur die allgemeinen Anordnungen seiner Prüfung unterwerfen, dagegen das einzelne den Behörden überlassen. Dem standen aber, wie es scheint, Charakter und Befähigung Beymes entgegen, der nicht bloß mit der Justiz, sondern mit verschiedenen Verwaltungszweigen sich beschäftigt hatte, mit einer großen Arbeitskraft viel guten Willen uud regen Eifer vereinigte und mehr geneigt war, seine Thätigkeit in die Breite als in die Tiefe auszudehnen[1]. Menckens andauernde Kränklichkeit bot ihm dazu willkommene Anregung, und nach dem Tode des vorzüglichen Mannes — am 5. August

[1] Ich erwähnte (oben S. 87), daß im Herbst 1797 mit dem Tage, an welchem Mencken in die neue Wirksamkeit eintritt, ein neues Kabinetsjournal unter seiner Leitung den Anfang nimmt, welches bis Ende 1800 reicht. Seit Beymes Eintritt findet sich für die inneren Staatsangelegenheiten ein zweites Journal, welches nach Menckens Abgange das einzige wird. Wie die Arbeit zwischen Beyme und Mencken geteilt wurde, ob dabei ein Unterschied zwischen Finanz- und Justizsachen hervortritt, ob Beyme vorerst der von Rüchel gewünschte Kabinetsrat für Justizsachen war, muß einer späteren Untersuchung vorbehalten bleiben.

1801 — war das ganze Gebiet, das sich anfänglich unter die beiden verteilte, ihm ausschließlich zugefallen. Eine Instruktion für den Geschäftsgang jener ersten Jahre hat sich noch nicht auffinden lassen; einigermaßen entschädigt aber dafür eine Darstellung, welche Lombard selbst in späterer Zeit gegeben hat[1]. Wie man denken kann, sucht er die Fehler des Verfahrens zu beschönigen. Er giebt zu, daß die Kabinetsräte thatsächlich Minister gewesen seien, nur daß der Titel ihnen gefehlt habe: aber darin, meint er, liege kein Nachteil. Alles sei auf die richtige Wahl der Personen angekommen, mit denen der König zu Rate ging, und der König habe ebensowohl bezüglich der Minister als bezüglich der Kabinetsräte sich täuschen können. Im ersteren Falle sei aber der Schaden weit größer gewesen; denn die Minister würden das Übel, das sie geraten, ohne Gegengewicht auch selbst zur Ausführung gebracht haben, während den Kabinetsräten durch die Minister eine nützliche und wirksame Beaufsichtigung zu teil geworden sei. Aber mit Recht hat man dagegen eingewendet, daß der anerkannte und verantwortliche Leiter eines Departements gewöhnlich auch am meisten geeignet war, über das, was geschehen sollte, zu urteilen und das Urteil des Königs auf den richtigen Weg zu lenken, besonders wenn es sich nicht bloß um die Zweckmäßigkeit einer Maßregel an sich, sondern auch um die Art, die Mittel und die Hindernisse der Ausführung handelte. Denn dafür mußten dem mit der Sache vertrauten Beamten mancherlei praktische Erfahrungen und Kenntnisse zur Verfügung stehen, welche dem Kabinetsrat gewöhnlich fehlten.

Den Geschäftsgang schildert Lombard folgendermaßen: Alle

[1] Matériaux S. 51 ff. Lombards Angaben erhalten eine Bestätigung und Ergänzung durch die Aufzeichnungen des späteren Kriegsministers von Boyen, der zu Anfang des Jahres 1810 für den militärischen Vortrag in das Kabinet berufen wurde. Vgl. Erinnerungen aus dem Leben des General-Feldmarschalls Hermann von Boyen, herausgeg. von Friedrich Nippold. Zwei Bände. Leipzig 1889. Diese Darstellung scheint aber genau nur dem Zustande zu entsprechen, welchen Boyen mit erlebte, kann deshalb erst später zur Benutzung kommen.

Briefe von Privatpersonen und die Berichte der Behörden wurden jeden Morgen in dem Kabinet des Königs niedergelegt und von dem General Köckritz mit Hülfe eines alten erprobten Sekretärs geöffnet. Der König war bei dieser Arbeit zugegen, oder er trat wenigstens mehr als einmal in das Zimmer, ließ sich einen allgemeinen Bericht erstatten und verfehlte niemals eine beträchtliche Zahl von Briefen, wie es der Zufall bot, selbst zu lesen. Dann wurden die Briefe dem Inhalte nach von Köckritz und dem Sekretär in drei Abteilungen gesondert und darauf den drei Kabinetsräten für Militär, für innere und für auswärtige Angelegenheiten zugesandt. Diese nahmen im Laufe des Tages davon Kenntnis und erstatteten am andern Morgen Bericht. Der König erörterte jede einzelne Angelegenheit mit dem Berichterstatter, insbesondere die Berichte der Behörden. Dann ergingen die Kabinetsordres an Bittsteller oder an die Minister, denen es aber noch immer frei stand, erforderlichen Falls ihre Gegengründe geltend zu machen. Lombard wendet sich ferner zu den Persönlichkeiten der drei Kabinetsräte. Von dem Obersten — dem späteren Feldmarschall — von Kleist, der im Jahre 1803 an die früher von Zastrow bekleidete Stelle getreten war[1], sagt er, daß er ihn wenig kenne, aber nur mit Achtung von ihm habe reden hören. Die bedeutendste Wirksamkeit schreibt er Beyme zu, der über das weitumfassende Departement des Innern, über Polizei, Finanzen, Justiz- und Gnadensachen berichtet habe. Er

[1] Zastrows unmittelbarer Nachfolger war der Major v. Holtzmann, der, wie Boyen (a. a. O. I 126) bemerkt, den Ruf eines rechtlichen Mannes mit auf seinen Posten brachte und nach kurzer Zeit auch mit ins Grab nahm. „Kleist", schreibt Boyen, „war ein edler, höchst rechtschaffner, persönlich sehr tapferer Mann, aber so an den alten Formen klebend und so schwarz in die Zukunft blickend, daß, wenn in seiner Gegenwart nur bloß von möglichen neuen Einrichtungen gesprochen wurde, er schon in Schrecken geriet. Ein großartiges Auffassen der Staats- und Kriegsverhältnisse und darauf die nötigen Entwürfe zu entwickeln, war ihm seiner Natur nach unmöglich. Ein zweiter General-Adjutant, der General Köckritz, hatte viel Ähnliches in den Charakteranlagen mit Kleist, nur daß er noch schwächer war" (a. a. O. I 264). Ohne eigenes Urteil, war er auch dem Auftrage, welchen Friedrich Wilhelm ihm bei der Thronbesteigung erteilt hatte, durchaus nicht gewachsen. A. a. O. II 21.

rühmt seine Kenntnisse, seinen edlen Sinn, der mit der Liebe zur Gerechtigkeit die Neigung wohlzuthun zu verbinden wußte. Von sich selbst sagt er, sein Posten sei weniger bedeutend gewesen, weil der Minister des Auswärtigen mehr als alle übrigen Minister mit dem Könige persönlich verkehrt habe. Nach ihrem ganzen Umfange läßt sich über Lombards Thätigkeit nicht urteilen; denn während die Kabinetsordres für die inneren Angelegenheiten in einer langen Reihe von Bänden sich erhielten, ist das Journal für die politische Abteilung des Kabinets verloren gegangen. Nach allen Zeugnissen, die darüber vorliegen, und nach den hier mitgeteilten Thatsachen scheint es aber, daß Lombard in den angeführten Worten seinen Einfluß, entweder aus Bescheidenheit oder um seine Verantwortlichkeit zu mindern, unter das richtige Maß herabsetzte. Luccheſini behauptet in einer Aufzeichnung über die Zustände Preußens im Jahre 1805[1], Lombard sei der letzte Richter über alle politischen Beschlüsse des Kabinets gewesen; freilich habe er seinen Einfluß nicht lediglich seinen Talenten, sondern vor allem dem Umstande verdankt, daß er sich noch genauer als Haugwitz den ihm bekannten unveränderlichen Grundsätzen des Königs angeschlossen habe. Treffender läßt sich die Stellung Lombards nicht bezeichnen. Die Richtung gab der König an, Ausführung und Einzelheiten lagen gewiß nicht zum wenigsten in Lombards Hand, ganz abgesehen von dem Einfluß, den bei täglichem Umgang und gemeinschaftlicher Beschäftigung der Sekretär auf Ansichten und Entschlüsse seines Herrn ausüben konnte. Dem Kabinetsrat Beyme, schreibt Luccheſini weiter, habe der König noch vor den Ministern des Generaldirektoriums und der Justiz hohes Ansehen zugestanden; bei seinen Vorträgen seien indessen Köckritz, Kleist und Lombard gewöhnlich zugegen gewesen und hätten eine Art von Kontrolle ausgeübt. Die eigentümliche Stellung des Generals Köckritz hebt Lombard besonders hervor. Köckritz wohnte als Vertrauensmann des Königs den Konferenzen bei, in der

[1] Bailleu a. a. O. II 635.

Regel, ohne an der Besprechung teilzunehmen; aber der König hatte dann nach den Arbeitsstunden jemanden, mit dessen Hülfe er die Ideen des Morgens sich ins Gedächtnis zurückrufen und die seinigen zur Reife bringen konnte. Köckritz sollte für ihn eine zweite Stimme des Gewissens sein und durch Erkundigungen in weitern Kreisen sich in die Lage setzen, die Wünsche des Volkes zum Ausdruck zu bringen. Bei der Darstellung dieses Verhältnisses folgt Lombard beinahe wörtlich dem ihm wohl bekannten Schreiben, das der König beim Regierungsantritt an Köckritz richtete; desgleichen entspricht auch die Stellung des Generals genau den Pflichten und Aufgaben, die in der anonymen Denkschrift über die Bildung des Kabinets dem Vertrauensmanne des Königs auferlegt werden (oben S. 80). Man könnte darin eine Bestätigung der Annahme finden, daß diese Denkschrift entweder von Köckritz selbst oder doch unter seinem Einfluß verfaßt war. Auch sonst bemerkt man gelegentlich eine Berücksichtigung der in den mitgeteilten Denkschriften ausgesprochenen Vorschläge. Beyme erwidert z. B. einer Bittstellerin, daß eine Liste der Personen, welche bei Gnadenbezeigungen Berücksichtigung verdienten, im Kabinet aufbewahrt werde. Menckens Vorschlag, der König möge die häuslichen und Familienangelegenheiten vom Kabinet trennen und einem besondern Sekretär überweisen, scheint dagegen nicht befolgt zu sein. In den Journalen finden sich Schreiben an Familienmitglieder und über reine Privatangelegenheiten, z. B. schon in dem unter Menckens Leitung entstandenen Bande von 1798 ein Kondolenzschreiben an den Herzog von Württemberg, ferner unter dem 10. August eine Reihe von Dankschreiben für Geburtstagswünsche an den Herzog von Braunschweig-Öls, an die Prinzessin Luise von Preußen und ihren Gemahl, den Fürsten Radziwill. Die Zahl der Kabinetsordres ist wenn auch nicht so groß, wie unter Friedrich II., doch eine sehr beträchtliche, zuweilen fallen 30—40 auf einen Tag[1]. Kein Buch kann in das Wesen der

[1] In Naumburg am 26. September 1806 erreicht das Journal z. B. die Nummer 5954 vom 2. Januar an gerechnet.

Kabinetsregierung einen so deutlichen Einblick gewähren als das Kabinetsjournal. Man staunt über die Menge von Gegenständen der wichtigsten und geringfügigsten Art, die hier zur Verhandlung und Entscheidung kommen; man begreift, daß in der Hand Friedrichs II. ein solcher Organismus Bedeutendes leisten konnte; aber man erkennt auch die Mängel, welche, selbst unter dem großen Könige unvermeidlich, in verdoppeltem Maße sich entwickeln mußten, sobald sein Geist das komplizierte Räderwerk nicht mehr im Gange erhielt. Die größte Gefahr lag darin, daß, soweit sich verfolgen läßt, eine strenge Abgrenzung der Kompetenz für die Ministerien in ihrem Verhältnis zum Könige nicht bestand, daß der König oder, was dasselbe ist, das Kabinet nach Belieben in alle Geschäftszweige eingreifen konnte. Der eigentliche Regent für die inneren Angelegenheiten war Beyme; dem Könige fehlten Zeit und Kenntnisse, um die Entscheidungen selbst zu geben. Ein Mann von überlegenem Geiste hätte in der Stellung eines Kabinetsrats eine Art von Ersatz für die fehlende Vereinigung der Behörden bieten können; aber ein solcher Mann durfte nicht mit Kleinigkeiten belastet werden, wenn er zugleich über die wichtigsten Dinge entscheiden sollte, und belastete man ihn gleichwohl damit, so konnte er unmöglich das Wichtige reiflich genug erwägen.

Bei alledem läßt sich nicht sagen, daß schlecht oder willkürlich regiert worden sei; dergleichen war bei dem Charakter des Königs und Beymes unmöglich. Beyme hat später, wie es scheint mit vollem Recht, behauptet, von seiten des Kabinets sei das wahrhaft Nützliche niemals gehindert, sondern im Gegenteil gefördert worden[1]. Er besaß einen regen Sinn für Wissenschaft und Kunst, und es war ihm Herzenssache, für ihre Jünger und Meister einzutreten. Aber wenn das Landrecht und der neue Geist des Beamtentums für verantwortliche Staatsdiener auch eine selbständige Wirksamkeit forderten, so sah man in den

[1] Über Beymes Thätigkeit im Justizwesen vgl. Stölzel a. a. O. II 345, 360 ff. Vgl. auch die kleine Schrift von Preuß, Die neun ersten Regierungsjahre Friedrich Wilhelms III. Berlin 1856.

Kabinetsräten Beamte, welche ohne Verantwortlichkeit ihren Willen den höchsten Staatsbehörden aufdrängen konnten. Welchen Eindruck muß es auf die Minister und die hervorragenden Räte des Generaldirektoriums gemacht haben, wenn sorgfältig erwogene Vorschläge zuweilen ausführlich, zuweilen auch mit wenigen absprechenden Worten, scheinbar allerdings vom Könige, in Wirklichkeit aber von einem Manne zurückgewiesen wurden, der an Rang, Jahren, zuweilen sogar an geistiger Begabung unter ihnen stand!

Denn man würde sehr irren, wollte man annehmen, daß es dem Generaldirektorium damals an ausgezeichneten Leitern gefehlt hätte. Die Fachminister Heinitz und Struensee waren Verwaltungsbeamte, die für alle Zeiten als musterhaft erscheinen; auch die Provinzialminister Schrötter für Ost- und Westpreußen, Hardenberg für die fränkischen Herzogtümer, daneben Schulenburg an der Spitze der Oberrechenkammer, Hoym als Minister für Schlesien lassen sich gewiß nicht als unfähig bezeichnen, wenn auch Schulenburg bei der Direktion der Bank und Hoym bei der Organisation der neuen polnischen Provinzen zu nicht ungegründeten Vorwürfen Veranlassung gaben. Durch Heinitzens Tod am 15. Mai 1802 erlitt allerdings die Verwaltung einen unersetzlichen Verlust, und ein zweiter schien bevorzustehen, als auch Struensees Kräfte im Herbste 1804 so sehr abnahmen, daß noch vor seinem am 17. Oktober erfolgten Tode an einen Nachfolger gedacht werden mußte. Jetzt war es Beymes Verdienst, die Aufmerksamkeit des Königs auf den Mann zu lenken, dessen Name in der Geschichte des preußischen Staates und insbesondere der preußischen Beamtenwelt Epoche machen sollte. Der Freiherr Karl vom Stein hatte sich, seitdem er 1780 als 22jähriger Jüngling in preußische Dienste getreten war, zuerst unter Leitung des Ministers Heinitz, dann in selbständiger Thätigkeit als Präsident der märkischen, endlich als Oberpräsident sämtlicher westfälischer Kammern „durch eine seltene Festigkeit des Charakters und als denkender Kopf und Geschäftsmann bewährt". Diese Eigenschaften hob Beyme bei dem Könige und in einem Bericht

an Schulenburg besonders hervor. Der König hegte Bedenken; er hielt Stein „für excentrisch und genialisch, für einen Mann, der immer nur seine Meinung für die richtige halte", und wollte zuerst etwas anderes versuchen. Am 6. Oktober 1804 wurden von Struensees Geschäftskreise vorläufig Seehandlung und Fabrikwesen abgesondert und nebst dem Bankwesen unter Schulenburgs Oberleitung dem Geheimen Finanzrat von Borgstede übertragen, der, wenn er sich in seiner Stellung bewährte, Minister werden sollte. Aber der neue Chef konnte sich kein Ansehen verschaffen; so kam der König auf Stein zurück, der am 27. Oktober für das Accise-, Zoll-, Fabriken- und Kommerzialdepartement zum Minister ernannt, wenig später auch der Bank und Seehandlung vorgesetzt wurde[1].

Nachdem er in Berlin am 10. Dezember sein Amt angetreten hatte, mag seinem strengen Ordnungssinn, seinem thätigen Willen manches nicht genügt haben; aber man darf nicht glauben, er sei mit dem Bewußtsein eines Reformators unhaltbaren, der Verbesserung durchaus bedürftigen Zuständen gegenüber getreten. Von den Nachteilen einer Vermischung des Real- und Territorialsystems hatte er noch keine Ahnung; in den zwischen ihm und Beyme gewechselten Briefen wird von beiden Seiten offen ausgesprochen, daß Stein am liebsten ein Provinzialdepartement übernommen hätte[2]. Auch in den herrschenden Kreisen oder in der Bevölkerung war noch keineswegs das Gefühl lebendig, die Regierung sei mangelhaft und das Ansehen des Staates gesunken. Wenn man auf einer Karte jener Tage das Königreich Preußen vor Augen hat, steht es an Umfang nicht gar zu weit hinter dem jetzigen zurück, die Bevölkerung war erheblich gewachsen[3], und während der Dauer eines langen Friedens, im Schutze der

[1] Pertz a. a. O. I 273—276, 465.

[2] Stein an Beyme, 3. November, Beyme an Stein, 10. November 1804. Pertz a. a. O. I 278, 283.

[3] Im Jahre 1805 zählte man auf 5707½ Quadratmeilen 10023900 Einwohner. Vgl. die Tabelle bei Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg vor dem Ausbruch des französischen Krieges. Leipzig 1847. Erste Beilage.

Demarkationslinie, hatten Handel und Gewerbe eine Steigerung erfahren, welche in den durch den Krieg zerrütteten Staaten nicht ohne Grund beneidet wurde. Selbst das politische System ließ sich solange wenigstens verteidigen, als in dem großen europäischen Kriege Frankreich nicht ein unwiderstehliches Übergewicht gewonnen hatte. Bis dahin war auch die Wirksamkeit Steins in Berlin seinen Wünschen durchaus entsprechend. Alle seine Neuerungen auf dem Gebiete der Accise und des Salzwesens, die Aufhebung der Provinzialzölle wurden, gewiß unter Förderung Beymes, vom Könige gebilligt[1]. Im Herbst 1805 hatte Schulenburg auch die bis dahin ihm vorbehaltene oberste Leitung der Bank und Seehandlung abgegeben[2]. Ein Gegensatz trat erst hervor, als während der Anwesenheit des Zaren in Berlin auch die großen Gegensätze in der preußischen Politik zum Ausdruck kamen. Stein war durchdrungen von dem Gedanken, daß man die Freiheit Europas vermittelst einer großen Verbindung gegen napoleonische Unterdrückung sichern müsse. Während sein Vorgänger jeder Anwandlung, sich an einer Koalition zu beteiligen, finanzielle Bedenken entgegengesetzt hatte, war Stein unverzüglich mit einem Entwurfe fertig, der die Erfordernisse für einen Feldzug auf Jahresdauer zur Verfügung stellte. Auf Grund dieses Entwurfes und im Einverständnis mit Hardenberg wurde dem Könige am 26. Oktober, gerade inmitten der preußisch-russischen Verhandlungen, eine Denkschrift übergeben mit dringenden Worten über die Notwendigkeit des Kampfes und über die Vorteile, welche man von der Ankunft Alexanders, „von der Hingebung dieses edlen Fürsten für die große und gute Sache"

[1] Pertz a. a. O. I 285 ff. Es erscheint als Ausnahme, daß der König durch Kabinetsordre vom 12. November 1805 statt des von Stein vorgeschlagenen Geheimen Rats von Beguelin den Kriegsrat Krug zum Direktor des neugegründeten statistischen Bureaus ernannte; vgl. Stadelmann, Die preußischen Könige in ihrer Thätigkeit für die Landeskultur. Leipzig 1887. IV 320. Diese Ausnahme erscheint nicht ungerechtfertigt, wenn Stein in seiner Autobiographie (Pertz a. a. O. VI, 2. Hälfte, Anh. S. 174) Hardenberg später die Begünstigung Beguelins zum Vorwurf macht.

[2] Pertz a. a. O. I 319.

erwarten könne[1]. Auch in den folgenden Monaten blieb Stein mit Hardenberg bezüglich der finanziellen Maßregeln in beständigem Einvernehmen. Es ist nicht zu zweifeln, daß er die von Hardenberg damals vertretenen Ansichten teilte, ja daß er noch weit schmerzlicher und zorniger als dieser die Zögerungen Preußens, die Niederlagen der Koalition, das Bündnis vom 15. Dezember empfunden hat. Aber solange Hardenberg an der Spitze des Ministeriums und mit Beyme in freundlichen Beziehungen stand, war die Zeit, öffentlich aufzutreten, noch nicht gekommen. Noch am 3. Januar 1806, als Haugwitz mit dem modifizierten Vertrage nach Paris reisen sollte, versuchte Stein, seinen Freund Vincke, der ihm in Münster gefolgt war, zu beschwichtigen, die Zurückhaltung Preußens in dem Kriege, die bevorstehende Besetzung Hannovers zu rechtfertigen[1]. Aber nun kam der Vertrag vom 15. Februar, nach der allgemeinen Auffassung die schmachvollste Demütigung Preußens, dazu der erzwungene Rücktritt Hardenbergs, endlich sein offenes Zerwürfnis mit Beyme, Lombard und Haugwitz. Man wird schwerlich irren, wenn man in diesem Zerwürfnis nicht die tiefste Ursache, aber den eigentlich bewegenden Anstoß erkennt, durch welchen Stein zu der ersten politischen Großthat seines Lebens angeregt wurde. In den letzten Tagen des April entwarf oder beendigte er zunächst für einen Freundeskreis die „Darstellung der fehlerhaften Organisation des Kabinets und der Notwendigkeit der Bildung einer Ministerial-Konferenz“[2]. Schon die Aufschrift zeigt, daß die Streitpunkte hier aus einem weiteren Gesichtspunkte aufgefaßt werden, als es bisher von Hardenberg geschehen war. Für Hardenberg war die Angelegenheit wesentlich eine persönliche. Was ihn vor allem erbitterte, war seine Entfernung aus dem Amte, die Eifersucht zwischen ihm, Haugwitz und Lombard und der Streit mit Beyme. Wäre er Minister geblieben, hätte Haugwitz ein für allemal sich zurückgezogen, so hätte Hardenberg das übrige sich wohl gefallen lassen. Ganz anders sah Stein die Dinge an. Für ihn, den persönlich Un-

[1] Pertz a. a. O. I 306, 310, 315.

[2] Pertz a. a. O. I 327 ff.; Ranke a. a. O. V 368 ff.

beteiligten, den Verwaltungsbeamten, trat die Neuordnung des Verwaltungswesens, dessen Mängel er gerade in letzter Zeit recht deutlich empfunden hatte, in den Vordergrund seines Denkens und seiner Darstellung. In großen kräftigen Zügen schildert er zunächst die Regierungsweise der letzten Könige. „Friedrich Wilhelm III.", fährt er fort, „regiert unter der Influenz seines Kabinets, des mit diesem affiliierten und von ihm abhängigen Kabinetsministers Graf Haugwitz und seines Freundes, des Generals Köckritz; mit diesen verhandelt, beratschlagt, beschließt der Regent, seine Minister machen Anträge und führen die Beschlüsse dieses Kabinets aus." Es hat sich also eine neue Staatsbehörde gebildet; dieselbe hat kein gesetzliches und öffentlich anerkanntes Dasein; aber sie hat alle Gewalt, die endliche Entscheidung aller Angelegenheiten, die Besetzung aller Stellen, doch keine Verantwortlichkeit, da die Person des Königs ihre Handlungen sanktioniert. Den obersten Staatsbeamten bleibt die Verantwortlichkeit der Anträge, der Ausführung, die Unterwerfung unter die öffentliche Meinung. Alle Einheit unter den Ministern selbst ist aufgelöst, da sie unnütz ist, da die Gültigkeit ihrer gemeinschaftlichen Beschlüsse von der Zustimmung des Kabinets abhängt; ihr Ehrgefühl wird gekränkt, der Geist des Dienstgehorsams verliert sich bei den Untergebenen, denen ihre Ohnmacht bekannt ist. Der König selbst lebt in einer gänzlichen Abgeschiedenheit von seinen Ministern und erhält nur einseitige Eindrücke, da alle inneren Angelegenheiten nur durch einen und denselben Rat vorgetragen werden. Wenn danach die Einrichtung des Kabinets als eine fehlerhafte erscheint, so fragt sich: wird durch die subjektive Zusammensetzung der Nachteil gemildert? Und nun folgt eine Charakteristik der Personen, wie sie selbst auf den Bänken der Opposition in einem englischen Parlament verwunderlich erschienen wäre. „Der Geheime Rat Beyme", heißt es, „besaß als Kammergerichtsrat Achtung wegen seines geraden, offenen Betragens, seiner gründlichen und gesunden Beurteilung, seiner Arbeitsamkeit und seiner Rechtskenntnis. Ihm fehlt aber die zur Leitung der inneren

Angelegenheit nötige Bekanntschaft mit den staatswirtschaftlichen Grundsätzen. Das neue Verhältnis, in welches er als Kabinetsrat kam, machte ihn übermütig und absprechend, die gemeine Aufgeblasenheit seiner Frau war ihm nachteilig, seine genaue Verbindung mit Lombard und dessen Familie untergrub seine Sittlichkeit, seine Liebe zum Guten und seine Arbeitsamkeit. — Der Geheime Kabinetsrat Lombard ist physisch und moralisch gelähmt und abgestumpft, seine Kenntnisse schränken sich ein auf französische Schöngeisterei; die ernsthaften Wissenschaften, die die Aufmerksamkeit des Staatsmannes oder des Gelehrten an sich ziehen, haben diesen frivolen Menschen nie beschäftigt. Seine frühzeitige Teilnahme an den Orgien des Rietz, der Gräfin Lichtenau, an den Ränken und Abscheulichkeiten dieser Menschen haben sein moralisches Gefühl erstickt und an dessen Stelle eine vollkommene Gleichgültigkeit gegen das Gute und Böse bei ihm gesetzt. In den unreinen und schwachen Händen eines französischen Dichterlings von niederer Herkunft, der mit der moralischen Verderbtheit eine physische Lähmung und Hinfälligkeit verbindet, der seine Zeit in dem Umgange leerer und erbärmlicher Menschen mit Spiel und Polissonnerieen vergeudet, ist die Leitung der diplomatischen Verhältnisse dieses Staates in einer Periode, die in der neueren Staatengeschichte nicht ihresgleichen findet. — Das Leben des mit dem Kabinet affiliierten Grafen von Haugwitz ist eine ununterbrochene Folge von Verschrobenheiten oder von Verworfenheiten. In seinen akademischen Jahren behandelte er die Wissenschaften seicht und unkräftig, sein Betragen war süßlich und geschmeidig. Er folgte dann den Thoren, die in Deutschland vor dreißig Jahren das Genieweſen trieben, strebte nach dem Nimbus der Heiligkeit, die Lavater umgab, ward Theosoph, Geisterseher und endigte mit der Teilnahme an den Gelagen und Intriguen der Lichtenau, ward ihr geschmeidiger Gesellschafter, verschwendete die dem Staate gehörige Zeit am Lomber-Tisch und seine Kräfte in tierisch sinnlichen Genüssen jeder Art. Er ist gebrandmarkt mit dem Namen eines ränke-

vollen Verräters seiner täglichen Gesellschafterin, eines schamlosen Lügners und eines abgestumpften Wollüstlings. — Der General Köckritz ist ein eingeschränkter, ungebildeter Kopf, von einem gemeinen Charakter und Denkungsart, die ihm einen unwiderstehlichen Hang zur Plattheit in Ansichten, Beschlüssen und in der Auswahl seiner Umgebungen giebt, und womit er eine höchst schädliche und unverständige Geschwätzigkeit verbindet“ [1]. Da also, folgert Stein, die subjektive Zusammensetzung des Kabinets das Fehlerhafte der Einrichtung nicht ersetzt, so ist eine Veränderung erforderlich. Das ist der Übergang zu dem wichtigsten Teil der Denkschrift, zu Vorschlägen, die in der That für die spätere Umbildung der Verwaltung die Grundlage geworden sind. Vor allem fordert er, daß man eine Verbindung zwischen dem Könige und den obersten Staatsbeamten wiederherstelle, daß die Personen, welche dem Könige über Staatsgeschäfte Vortrag halten, gesetzlich und öffentlich dazu berufen, daß ihre Versammlungen zweckmäßig geordnet und mit Verantwortlichkeit versehen werden. Dann folgt ohne Vorbereitung und Begründung ein Vorschlag, der das ganze Verwaltungssystem durchgreifend verändern mußte. Das Generaldirektorium mit seinen Provinzialministern sollte wegfallen, das Realsystem unbedingt zur Herrschaft gelangen. Stein erklärte folgende Abteilungen als zweckmäßig: 1. Kriegswesen, 2. auswärtige Verhältnisse, 3. allgemeine Landespolizei — das, was man jetzt Ministerium des Innern nennen würde —, 4. öffentliches Einkommen, 5. Rechtspflege. Dadurch wären die zahlreichen Einzelbehörden des Generaldirektoriums, zudem die bisher von ihm unabhängigen Immediatbehörden zwei Ministern, der Polizei und der Finanzen, unterstellt worden, und jedes Departement hätte künftig nur einen verantwortlichen Minister gehabt. Aber die sämtlichen Minister sollten sich regelmäßig versammeln und die Geschäfte nach übereinstimmenden Grundsätzen betreiben, sie sollten alle wichtigen Angelegenheiten ihres Departements dem Könige selbst vortragen, und zwar

[1] Ranke a. a. O. V 374.

regelmäßig im Staatsrat, der dann aus der gegenwärtigen Bedeutungsloſigkeit wieder zu Anſehen und thätiger Wirkſamkeit ſich erhoben hätte. Den Kabinetsräten blieb dagegen der Vortrag nur in den minder wichtigen Sachen; zudem ſollten alle Kabinetsordres die Unterſchrift eines Miniſters erhalten. Wenn alſo das Kabinet auch nach dieſen Vorſchlägen nicht ganz wegfiel, ſo war es doch nur der Schatten des früheren, und wie von ſelbſt ergiebt ſich die Folgerung, die jetzigen Kabinetsräte würden ſich das untergeordnete Verhältnis, das ihnen beſtimmt ſei, nicht gefallen laſſen; die gänzliche Umſchmelzung der Geſchäftsformen erfordere auch eine Veränderung der Perſonen.

Neuntes Kapitel.

Der Bruch mit Frankreich und die Denkſchrift der Prinzen gegen das Kabinet,

Sommer 1806.

I.

Stein ſchließt ſeine Denkſchrift mit der Aufforderung, eine Vereinigung angeſehener Staatsbeamten möge dem Könige die Notwendigkeit der Veränderung vortragen und zugleich erklären, ſie würden im Falle der Zurückweiſung des Vorſchlags ihre Stellen niederlegen. Der Plan fand jedoch, wie es ſcheint, keine Zuſtimmung, und Stein entſchloß ſich, die Denkſchrift im eigenen Namen an den König zu richten, aber auf den Rat Schrötters vorerſt eine Überarbeitung vorzunehmen. Er verbeſſerte einzelnes im Ausdruck, milderte die härteſten Stellen und ließ neben wenigen Zuſätzen manches, das den König vorausſichtlich verletzen mußte, insbeſondere den heftigen Angriff gegen Köckritz, fallen. Der in Hannover befehligende General Rüchel hatte die Denkſchrift durch Schrötter erhalten; an ihn wandte ſich Stein am 5. Mai mit der Bitte, nach Berlin zu kommen, um dem Könige die Notwendigkeit eines Wechſels von Perſonen und Maßregeln darzuſtellen. Der Zeitpunkt, meinte er, ſei günſtig; der König fühle ſich äußerſt unglücklich in ſeiner gegenwärtigen Lage, er habe geäußert, man möge ihm doch nur Beweiſe von der Verräterei dieſer Leute geben, ſo würde er ſie

entfernen; die ganze Kabale sei in sehr großer Unruhe und Verlegenheit. Stein, hieß es weiter, werde dem General ein Schreiben an den König übergeben, in welchem er um seine Entlassung bitte, falls die Vorschläge kein Gehör fänden. In diesem Schreiben an den König, das die Denkschrift begleiten sollte, betont der Minister zugleich die Reinheit und Uneigennützigkeit seiner Absichten und verpfändet sein Ehrenwort, daß er jeden Vorteil, der ihm aus den Veränderungen irgendwie zufließen könnte, ablehnen würde. Aber Rüchels Herüberkunft verzögerte sich, und dem Urheber der Denkschrift selbst scheinen gegen die Überreichung derselben gerechte Besorgnisse aufgestiegen zu sein. Denn auch in der zweiten Fassung blieb die Sprache herb und verletzend, und soviel gute Gründe sich in der Hauptsache anführen ließen, auf den König konnte die Schrift nicht günstig wirken. Da gab Hardenberg den Rat, zunächst die Königin anzugehen. Ihr wurde am 10. Mai durch die Gräfin Voß die Denkschrift, es scheint, in der ursprünglichen Form, übergeben, und ihrem Ermessen das Weitere anheimgestellt. Aber das hieß die Keule des Herkules in Frauenhände legen: allem Anscheine nach ist die Denkschrift niemals vor die Augen des Königs gelangt, überhaupt in den nächsten Jahren nur wenigen bekannt geworden[1]. Für alle Zeiten bleibt sie aber der gewaltigste Ausdruck einer politischen Strömung, welche die Neugestaltung des preußischen Staates herbeiführte, und ihre Bedeutsamkeit wird nur wenig gemindert, wenn wir erkennen, daß sie auf den Verlauf der Ereignisse vorerst ohne Einfluß blieb[2].

Es war Hardenberg, der die Sache von neuem anregte. Schon die Verhandlungen mit Rußland hielten ihn in steter

[1] Vgl. den Brief Hardenbergs an Wittgenstein vom 4. Juli, Ranke a. a. O. III 107, 112. Schulenburg wurde die Denkschrift erst am 25. November von Stein vertraulich mitgeteilt. Pertz a. a. O. I 465.

[2] Die ursprüngliche Fassung der Denkschrift ist bei Ranke a. a. O. V 368 ff. abgedruckt; was Pertz a. a. O. I 331 ff. veröffentlicht, ist nicht, wie Ranke a. a. O. III 105 annimmt, eine unvollständige Abschrift, sondern die sorgfältige Überarbeitung, welche Stein für den König bestimmt hatte. Vgl. Beilage Nr. XX.

Verbindung mit dem Könige. Am 13. Juni, während einer längern Unterredung in den Gemächern der Königin, benutzte er die Gelegenheit, um eindringlich zu wiederholen, was er schon im April bezüglich der Geschäftsleitung und der Kabinetsräte ausgesprochen hatte. Wieder hörte der König ihn freundlich an, glaubte aber auch jetzt, daß die Vorstellungen leidenschaftlich und übertrieben seien.

Nicht als ob Friedrich Wilhelm von Sorgen und Zweifeln frei gewesen wäre. Haugwitz hatte nach der Rückkehr aus Paris einen schweren Stand. Zunächst suchte er den König zu überzeugen, daß der Vertrag und ein Zusammengehen mit Napoleon nicht allein notwendig, sondern auch vorteilhaft seien. Festigkeit in den großen Angelegenheiten, wenn man sich im Recht befinde, aber Gefälligkeit im Kleinen und Persönlichen, das sei die beste Art, mit dem gewaltigen Manne fertig zu werden[1]. Bei den französischen Diplomaten rühmte sich Haugwitz eines vollständigen Erfolges; der König, versicherte er mündlich und schriftlich, setze sein ganzes Vertrauen auf Frankreich[2]. Aber der König fügte sich nur halb; suchte er doch durch Hardenberg ganz im entgegengesetzten Sinne eine Einigung mit Rußland zu erreichen. Und leider sprach die Entwickelung der politischen Verhältnisse nach innen und außen nicht für Haugwitz. Die Hoffnung, daß man den Frieden mit England erhalten könne, verwirklichte sich nicht. Bei der ersten Nachricht von der Besetzung Hannovers verließ der englische Gesandte Berlin, und die entschuldigende Erklärung Preußens wurde in London zurückgewiesen. Nicht sowohl die Besetzung des Kurfürstentums als die Schließung der Häfen hatte den Zorn des englischen Ministeriums erregt. Rascher, als man befürchten konnte, folgte die Kriegserklärung. Mit Vergnügen ergriffen die Engländer die Gelegenheit, den preußischen Handel zu

[1] Haugwitzens Denkschrift vom 19. Mai 1806, Ranke a. a. O. V 343; Haugwitz an den König 23. April, Bailleu a. a. O. II 455.

[2] Haugwitz an Lucchesini, 15. Juni 1806; Bericht Laforests, 17. Juni, Bailleu a. a. O. II 467 und 471.

schädigen; mehr als 300 Handelsschiffe gingen in kurzer Zeit verloren. Daran schlossen sich unangenehme Verwicklungen mit Schweden. König Gustav IV. hielt Lauenburg besetzt; im Vertrauen auf russischen Schutz ließ er die preußischen Truppen, als sie die Grenzen überschritten, mit Kugeln empfangen; nur mit Gewalt konnte man die Schweden zum Rückzug nötigen. Die Besetzung von Schwedisch-Pommern, obwohl Frankreich beständig dazu ermunterte, mußte unterbleiben, teils um Rußlands willen, teils in der Voraussicht, daß man die Erwerbung des Landes durch neue Abtretungen an Frankreich werde bezahlen müssen[1]. Anderseits hatte Napoleon das preußische Verfahren in Hannover sehr übel aufgenommen. Weil die erste Besitznahme am 27. Januar auf Grund einer noch nicht rechtskräftigen Übereinkunft geschehen war, hielt er sich für befugt, gleich nach der Unterzeichnung des Vertrages vom 15. Februar Ansbach zu besetzen. Die preußische Proklamatiom vom 1. April, in welcher die wirkliche Besitzergreifung Hannovers als eine durch die Umstände erzwungene dargestellt wurde[2], reizte seinen Groll aufs neue und vermehrte seinen Argwohn, daß Preußen der Koalition sich gelegentlich wieder zuwenden möchte. Sein Schwager Joachim Murat, den er am 15. März zum Herzog von Kleve und Berg erhoben hatte, zeigte sich bald als der unbequemste Nachbar. Gegen Ende des Monats ließ er die Abteien Werden und Essen, etwas später auch Elten als Pertinenzen des Herzogtums Kleve besetzen, obgleich sie erst 1802 als Entschädigungslande an Preußen überwiesen waren. Er berief sich darauf, daß man nicht lange vorher diese Gebiete bezüglich ihrer Steuerverfassung und landständischen Vertretung mit dem Herzogtum vereinigt habe. Der in Münster befehligende General Blücher ließ darauf eine größere Truppenzahl einrücken und die Proklamationen Murats wieder abreißen. Es kam zu gereizten Erörterungen; aus Paris machte man den Vorschlag, daß die beider-

[1] Bailleu a. a. O. II S. LXIX.

[2] Die beiden Patente im Politischen Journal 1806 S. 122, 340.

seitigen Truppen sich zurückziehen und dann eine freundschaftliche Erörterung über das Eigentum entscheiden solle. Die preußische Regierung, obgleich von ihrem Rechte überzeugt, fügte sich, fügte sich auch im Juni der noch härteren Forderung, daß die preußischen Truppen einen Tag vor den französischen abziehen sollten[1]. Aber der anmaßende, unfreundliche Ton der französischen Noten hatte auf den König den unangenehmsten Eindruck gemacht, um so mehr als die Einräumung von Hameln über Gebühr verzögert und die zu Kleve gehörige Festung Wesel dem Vertrage vom 15. Februar zuwider mit Frankreich vereinigt wurde. Und was war dies alles im Verhältnis zu dem, was an der südlichen Grenze sich ereignete! Auch nach dem Preßburger Frieden blieben die französischen Truppen in Süddeutschland; auf fremde Kosten ernährt, überwachten sie die Ausführung des Friedens und boten jedem Widerstand gegen die beabsichtigte Schöpfung des Rheinbundes die Spitze. Welche Thätigkeit hatte Preußen früher entwickelt, wenn es galt, eine kleine Vergrößerung Österreichs in Süddeutschland zu verhindern! Jetzt geschah es, daß der ganze Süden vom Rhein bis zur österreichischen Grenze einer weit gewaltigeren Macht sich unterwarf, ohne daß man Preußen um seine Zustimmung gefragt oder ihm nur vorläufige Kenntnis gegeben hätte. Die Rheinbundakte, am 12. Juli zu Paris unterzeichnet, legte es in Napoleons Hand, seine Truppen mitten im Frieden, ohne daß jemand sich beschweren durfte, eine Stellung nehmen zu lassen, wie sie für den König nicht bedrohlicher sein konnte. Befand sich auch Hannover in preußischem Besitz, so wurde doch jetzt das Staatsgebiet von Süden und Westen umklammert, die westfälischen Besitzungen und die dort befindlichen Truppen schon vor dem Ausbruch eines Krieges aufs äußerste gefährdet. Dazu kam noch die Sorge, der einzige Vorteil, den man durch so viele Opfer erkauft zu haben glaubte, der Besitz von Hannover, könne wieder verloren gehen. Recht

[1] Talleyrand an Lucchesini, 14. Juni; Erlaß an Lucchesini, 29. Juni; Haugwitz an Lucchesini, 30. Juni bei Bailleu a. a. O. II S. LXX, 466, 476 ff. R. Göcke, Das Großherzogtum Berg. Köln 1877. S. 11 f.

deutlich traten hier die Nachteile des Februarvertrages hervor. Preußen hatte sich etwas schenken lassen, was dem Schenker nicht gehörte, dessen Besitz aber gleichwohl von dem Willen des Schenkers abhängig blieb und dessen Wert verloren ging, sobald man sich mit Napoleon entzweite oder sobald ein größeres Interesse für ihn den Vorteil seiner Verbindung mit Preußen überwog. Das Interesse trat bald genug hervor. Nach dem Tode Pitts am 23. Januar 1806 zeigte sein Nachfolger Fox sich einer Annäherung an Frankreich nicht abgeneigt. Im April wurden Verhandlungen zwischen Talleyrand und einem in Frankreich gefänglich zurückgehaltenen vornehmen Engländer, Lord Yarmouth, eingeleitet. Auch der Zar entschloß sich unter solchen Verhältnissen, den Staatsrat Oubril als Bevollmächtigten nach Paris zu schicken. Von Rußland war nicht zu erwarten, es werde sich, wenn Hannover in Frage käme, zu Gunsten Preußens bemühen; von England ließ sich voraussehen, daß es auf der Rückgabe Hannovers als einer Hauptbedingung für den Frieden bestehen werde, und bald verbreitete sich — es scheint, von den Engländern genährt — das Gerücht, Napoleon werde dieser Forderung Folge geben. Zu Berlin in diplomatischen Kreisen sprach man ganz offen davon[1], und es war für Preußen eine sonderbare und zugleich unerfreuliche Stellung, daß es nach zehnjährigen unablässigen Bemühungen für den Frieden jetzt als ein Haupthindernis desselben betrachtet wurde. Alle diese Nachteile mußten wohl bei den Leitern der preußischen Politik den Zweifel erregen, ob man das Bündnis mit Frankreich auch nur äußerlich werde aufrechthalten können. Talleyrand und Laforest ließen es freilich nicht an Versicherungen fehlen, daß die Befürchtungen bezüglich Hannovers unbegründet seien[2]. Aber wenn sie doch begründet waren? Nach zehnjährigem Zögern stand nun auch Preußen an der Grenze, hinter die es nicht

[1] Erlaß an Lucchesini, 30. Juni; Laforest an Talleyrand, 12. August bei Bailleu a. a. O. II 479, 519.

[2] Bulletin (d. h. Auszüge aus Berichten) Lucchesinis vom 4. bis 9. Juli; Talleyrand an Laforest, 10. Juli bei Bailleu a. a. O. II 483, 484.

mehr zurückweichen konnte. „Hannover", sagt Lombard in einer späteren Schrift, „ersetzte alles, tröstete für alles." Ging es verloren, so verlor man mit einem Schlage den Entgelt für schmerzliche Demütigung, für die Übergriffe Napoleons, für die Schmähungen der Koalition. Schon anfangs Juli wurde von Haugwitz und sogar von dem Könige die Notwendigkeit eines Krieges mit Frankreich ins Auge gefaßt[1], und in einer Denkschrift vom 10. Juli spricht der Minister bestimmt die Ansicht aus, daß man französische Übergriffe in Norddeutschland in keinem Falle dulden dürfe. Damit verband sich freilich der Wunsch, solange als irgend möglich den Bruch zu vermeiden; Preußen bequemte sich sogar, den Rheinbund, von dessen Gründung Laforest am 23. Juli die Anzeige machte[2], ohne Widerrede anzuerkennen, obgleich der Schwager des Königs, der Prinz von Oranien, das vor vier Jahren für ihn ausbedungene Fürstentum Fulda wieder verlieren sollte. Dies Entgegenkommen machte in Paris einen günstigen Eindruck; Napoleon selbst forderte zur Gründung eines norddeutschen Bundes, ja eines preußischen Kaisertums auf. In Berlin hatte man auf den Fortbestand des alten Reiches keinen Wert gelegt; mit dem Rheinbunde hoffte man in freundlichen Verkehr zu treten; der norddeutsche Bund würde den seit einem Jahrzehnt verfolgten Lieblingsplan des Grafen Haugwitz verwirklicht haben. Und da nun am 20. Juli der russische Bevollmächtigte in Paris einen Friedensvertrag unterzeichnete, konnte selbst der Wunsch, zwischen den befreundeten Nachbarn Frankreich und Rußland friedliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, der Erfüllung nahe scheinen. Aber gerade, als man sich so erfreulichen Hoffnungen hingab, trafen von verschiedenen Seiten die bedrohlichsten Nachrichten ein. Blücher berichtete aus Westfalen, daß in Wesel eine Garnison von 8000 Mann, an der Lippe ein Corps von 40 000 Mann und bei Düsseldorf noch ein drittes Corps ver-

[1] Haugwitzens Denkschrift vom 10. Juli bei Ranke a. a. O. V 349; Kleist an Haugwitz, 2. Juli, Bailleu a. a. O. II 482.

[2] Bailleu a. a. O. II S. LXXIII.

sammelt würde. Die Gesandten in Regensburg und München, Graf Goertz und der Freiherr von Schladen, machten Meldung von Truppenmärschen, die nur gegen Preußen gerichtet sein könnten[1]. Der Marschall Augereau hatte zu Frankfurt an offener Tafel einen Trinkspruch auf den Erfolg des Krieges gegen Preußen ausgebracht, und aus Cassel erfuhr man, daß Napoleon, weit entfernt den norddeutschen Bund zu begünstigen, Kurhessen und sogar Sachsen in den Rheinbund zu ziehen beabsichtige. Nachdem in solcher Weise Spannung und Sorge schon hoch gestiegen waren, traf, wie ein Blitzstrahl alles grell beleuchtend, in der Nacht vom 5. auf den 6. August eine Schreckensnachricht aus Paris ein. Lucchesini, welcher schon mehrmals vor den bösen Absichten Napoleons gewarnt hatte[2], meldete jetzt, Lord Yarmouth habe ihm nach einem reichlichen Genuß der Tafelfreuden in der Weinlaune vertraut, Napoleon sei schon mit den Engländern über die Rückgabe Hannovers eins geworden. Plötzlich schienen sich nun die militärischen Bewegungen der Franzosen zu erklären: Preußen sollte zum Verzicht auf das teuer erworbene Besitztum, zu neuen Abtretungen und, wie fünf Monate früher, zur Unterzeichnung einer nachteiligen Übereinkunft gezwungen werden[3]. Man erinnere sich, in welcher Stimmung der König den Februarvertrag genehmigt hatte; wie mußte jetzt der Gedanke, in eine ähnliche Lage versetzt zu werden, auf ihn wirken! Ein ruhiger Beobachter hätte allerdings bemerken können, daß die Reden eines ungestümen Soldaten wie Augereau oder eines Fürsten, der sich wie Murat auf Kosten Preußens zu vergrößern wünschte, nicht hoch anzuschlagen seien, daß der Kurfürst von Hessen die Anträge Napoleons vielleicht über Gebühr in den Verhandlungen mit

[1] Berichte von Blücher aus Münster vom 25. Juli, Wittgenstein aus Pyrmont vom 27. Juli, Goertz aus Regensburg vom 28. Juli, Schladen aus München vom 29. Juli bei Bailleu a. a. O. II 490, 491, 496.

[2] Lucchesini an Haugwitz, 22. Juli, Bailleu a. a. O. II 488.

[3] Über diesen Bericht Lucchesinis vom 29. Juli und das später erwähnte Schreiben vom 6. August vgl. Beilage Nr. XXII.

Preußen verwerte[1]. Luccheſini ſelbſt hatte ſeiner Nachricht die Worte hinzugefügt, da im Weine nicht immer Wahrheit ſei, ſo habe Lord Yarmouth möglicherweiſe nur beunruhigen wollen. Aber wenn auch, wie Haugwitz in einer Denkſchrift vom 8. Auguſt richtig hervorhebt, die ſchlimmſten Beſorgniſſe ſich bis dahin auf bloße Vermutungen gründeten[2], ſo war doch die politiſche Lage der bedenklichſten Art. Ja die mittlerweile veröffentlichten Urkunden laſſen erkennen, daß die Nachrichten Luccheſinis auf gutem Grunde beruhten und eher zu ſpät als zu früh nach Berlin gelangten. Napoleon hatte beinahe ſeit dem Beginne der Verhandlungen mit England die Rückgabe Hannovers als ſelbſtverſtändliche Bedingung des Friedens angeſehen. Preußen war nicht mehr die Macht, ihm Rückſichten aufzulegen. Seine Verſicherungen in Berlin waren nur auf Täuſchung berechnet; ſelbſt Laforeſt ſollte in dem Glauben erhalten werden, daß Napoleon allein um Preußens willen mit England keinen Frieden ſchlöſſe[3]. Nicht als ob er Hannover ohne jede Bedingung und Entſchädigung hätte zurücknehmen wollen; aber welcher Art dieſe Entſchädigung ſein ſollte, ſieht man aus den Vorſchlägen Talleyrands in ſeinen Briefen an Napoleon vom 6. Juni und 4. Auguſt[4]. Falls Preußen, wie es damals noch in der Berechnung lag, einen wenn auch ſtark geſchmälerten norddeutſchen Bund zu ſtande brächte, ſo ſollte, wie im Rheinbunde, eine Unterdrückung kleinerer Staaten folgen und aus ſolchen zuſammengeraubten Gebieten, man dachte an Anhalt, Lippe, Waldeck, Rittberg, Dortmund, Fulda und Korvey, eine Entſchädigung von etwa 400 000 Einwohnern an Preußen fallen. Gutwillig wäre der König auf dieſen Plan ſicher nicht eingegangen; er

[1] Bignon a. a. O. V 383 verſichert, er habe als Geſandter in Caſſel niemals Anträge dieſer Art gemacht und der Kurfürſt ſelbſt habe die Behauptungen Lombards in dem Preußiſchen Manifeſt vom 9. Oktober 1806 als leere Erfindung bezeichnet.

[2] Baillen a. a. O. II 508.

[3] Napoleon an Talleyrand, 2. Auguſt 1806, Corresp. XIII 40.

[4] P. Bertrand, Lettres inédites de Talleyrand à Napoléon. Paris 1889. S. 237, 244 und Luccheſinis Äußerungen bei Gentz, Mémoires et Lettres inédits. S. 24.

hätte also zum drittenmal vor der Frage gestanden, ob er sich beugen oder mit den Waffen seinen Besitz verteidigen wolle. Aus allem, was man wußte oder nicht wußte, ging daher für Preußen die Notwendigkeit hervor, für den Kriegsfall sich zu rüsten, aber behutsam, ohne Napoleon zu reizen oder seinen Verdacht zu erregen. Die gespannten, ja feindlichen Beziehungen zu England und Schweden boten auch Veranlassung genug zu kriegerischen Vorkehrungen, die man bei den Franzosen entschuldigen und sogar als eine Folge des Bündnisses darstellen konnte. Aber unter dem Eindruck der sich häufenden bedrohlichen Meldungen verlor man, wie es scheint, die Fassung. Am 9. August wurde auf den Vorschlag von Haugwitz beschlossen, beinahe die gesamte Armee auf den Kriegsfuß zu setzen, und so geräuschvoll, als es nur immer geschehen konnte, gingen im Laufe des 10. August nicht weniger als vierzig Kuriere mit diesem Befehl nach allen Richtungen ab. Eine Rüstung ebenso verhängnisvoll wie die Abrüstung des 24. Januar! Denn niemand konnte zweifeln, daß Preußen gegen Frankreich zu den Waffen greife. Und doch war die Gefahr gerade in diesem Augenblicke zwar nicht verschwunden, aber keineswegs so drohend, wie man annahm. Denn gerade jetzt, da Napoleon den Vertrag mit Rußland unterzeichnet hatte, war es ihm sicher nicht gelegen, das Verhältnis zu Alexander durch ein Zerwürfnis mit Preußen aufs neue zu gefährden; dem vereinzelten England gegenüber konnte er dagegen die Friedensbedingungen steigern. Der eigentliche Streitpunkt zwischen den beiden Staaten war zudem nicht Hannover, sondern Sicilien, welches sich noch im Besitz des früheren Herrscherhauses oder, was gleichbedeutend, der Engländer befand, aber von Napoleon für seinen Bruder Joseph gefordert wurde. Solange über diesen Punkt kein Zugeständnis erfolgte, konnte auch Napoleon nicht geneigt sein, den Engländern zuliebe sich mit Preußen zu entzweien.

Der 10. August war für Berlin ein Tag höchster Aufregung. Der französische Gesandte begab sich gleich am Morgen des 11. zu Haugwitz, um nach dem Grunde einer so außer-

ordentlichen Maßregel zu fragen, die man leider ohne jede vorgängige Mitteilung in so auffälliger Weise zur Ausführung gebracht habe. Haugwitz beteuerte die Friedensliebe und Bündnistreue des Königs, bemerkte aber, als das Gespräch vertraulicher wurde, in ruhigem, jedoch bestimmten Tone, daß Preußen, ganz abgesehen von den sich verbreitenden bedrohlichen Gerüchten und den Mitteilungen Luccheſinis, durch die Anhäufung der französischen Truppen am Rhein und in Süddeutschland zu Vorsichtsmaßregeln genötigt werde. Lombard, der hinzukam, sprach von der Notwendigkeit für Preußen, sich zu waffnen, und von den französischen Rüstungen mit solcher Emphase, daß Laforest ihm bemerkte, das sei Beredsamkeit, aber keine Politik. In seinem Bericht an Talleyrand hebt er hervor, es seien diesmal nicht die Feinde Frankreichs, sondern die Freunde des Bündnisses, welche im Gefühl ihrer Verantwortlichkeit dem Könige zur Mobilmachung geraten hätten. Am Abend des 11. begab sich Haugwitz nach Charlottenburg. Was er am Morgen des 12. als die Ansicht des Königs den französischen Gesandten sogar schriftlich aufzeichnen ließ, war im wesentlichen eine Wiederholung seiner früheren Äußerungen; nur wurde noch das Benehmen des französischen Gesandten Bignon in Cassel hervorgehoben, der den Kurfürsten von Hessen zum Eintritt in den Rheinbund habe nötigen wollen, ihm dafür Fulda versprochen und außerdem für Bayern die Erwerbung von Baireuth in Aussicht gestellt habe. Aufs bestimmteste wurden dann die Rüstungen nur als unumgängliche Verteidigungsmaßregeln bezeichnet und Frankreich um eine Erklärung gebeten. Zu Mittag trafen sich die beiden Staatsmänner am Tische des bayrischen Gesandten von Bray. Haugwitz bat den Herrn des Hauses, Laforest zu begütigen; aber dieser ließ nach dem Weggange des preußischen Ministers seinem Unwillen freien Lauf. Er werde um seine Abberufung bitten, sagte er; denn entweder täusche man ihn in Berlin oder in Paris. „Zwanzigmal", fuhr er fort, „habe ich die Preußen zu verteidigen gesucht, aber jetzt bin ich es müde. In dem Augenblick, als man mir die freundlichsten Versicherungen gab, rüstete

man. Man wird den Kaiser erbittern und ihn vielleicht dahin bringen, das zu thun, dessen man ihn so grundlos beargwohnt“ [1].

Wenige Tage später traf ein Schreiben Lucchesinis an Haugwitz ein, das, vom 6. August datiert und von der steigenden Aufregung seines Verfassers zeugend, auch die Besorgnis in Berlin noch hätte steigern können. Der Gesandte behauptete wenn nicht aus authentischer, doch aus sehr guter Quelle erfahren zu haben, daß nach einem geheimen Artikel des russisch-französischen Vertrags die vormals polnischen Provinzen, welche an Österreich und Preußen gekommen waren, dem Großfürsten Konstantin zufallen sollten; den Schweden sei ganz oder zum größten Teil Preußisch-Pommern zugedacht. Haugwitz möge dem Könige schleunigst Kenntnis geben; am rätlichsten sei es, wenn dieser, um die Zustimmung Alexanders zu verhindern, mit sowenig Gefolge und soviel Geld als möglich selbst nach Petersburg sich begebe [2]. Aber es scheint nicht, daß diese Phantasiegebilde in Berlin große Beachtung fanden; man bemühte sich im Gegenteil, den Franzosen recht deutlich zu zeigen, daß man trotz der Rüstungen zu Napoleon in freundlichem Verhältnis bleiben wolle. Recht bezeichnend war es, daß am Napoleonstage an der Festtafel des französischen Gesandten der alte Marschall Möllendorf, dem Hausherrn zuvorkommend, die Gesundheit des Kaisers ausbrachte; freilich, die Polizei hatte besondere Vorsichtsmaßregeln treffen müssen, damit nicht dem Gesandten an diesem Tage die Fensterscheiben zertrümmert würden. Aber bei Napoleon ließ sich der Eindruck, den die Sendung jener vierzig Kuriere gemacht hatte, nicht so leicht verwischen. Die Nachricht traf ihn ohnehin in übler Stimmung. Lucchesini hatte dem eben erwähnten Brief an Haugwitz die Bemerkung beigefügt: wenn er als Urheber der darin enthaltenen

[1] Laforest an Talleyrand, 12. August; Bericht Brays vom 12. August 1806 bei Bailleu a. a. O. II 517, 523.

[2] Beilage Nr. XXII und Bailleu a. a. O. II 504. In dem dritten geheimen Artikel des Vertrages vom 20. Juli ist in der That von Pommern die Rede, aber nur in der Weise, daß Schwedisch-Pommern den Schweden verbleiben solle. De Clercq, Recueil II 182.

Ratschläge in Paris bekannt würde, müsse man ihm bald einen Nachfolger geben. Aber mit unbegreiflicher Unvorsichtigkeit hatte er ein Schreiben, das sich nicht sorgfältig genug behüten ließ, in gewöhnlicher Schrift dem hessischen Gesandten von der Malsburg zur Besorgung durch die Post übergeben. Aus dem geöffneten Paket gelangte der Brief schon am andern Tage zur Kenntnis Napoleons, der in den heftigsten Zorn geriet. Jetzt endlich, schreibt er am 8. August an Talleyrand, lerne man diesen Schuft von Lucchesini kennen, diesen Elenden, diesen Pantalon, der einen Platz im Narrenhause verdiene. Weil er selbst falsch und niederträchtig sei, gebe es auch keine Falschheit und Niederträchtigkeit, die er nicht andern zutraue. Laforest soll durch einen Kurier Nachricht erhalten, damit er die preußische Regierung aufklären könne. Napoleon forderte die Abberufung Lucchesinis. Man begreift, wie sehr ihn eben jetzt die Nachricht von den preußischen Rüstungen erboste, um so mehr als er zu jener Zeit feindselige Absichten gegen Preußen nicht einmal im Schilde führte. Hatte er doch sogar am 17. August den Marschall Berthier angewiesen, den Rückmarsch der französischen Truppen, den der 7. Artikel des Vertrags mit Rußland zusagte, ernstlich in Überlegung zu nehmen[1]. Seinen bittern Unwillen gegen Preußen läßt ein Schreiben an Talleyrand vom 22. August erkennen[2], dessen Worte der Minister am folgenden Tage für eine Depesche an Laforest benutzte. Er nennt das Verfahren des Berliner Hofes eine Tollheit; aus Angst sei er verrückt geworden; man müsse abwarten, wie weit er es treiben werde. Offenbar war für Napoleon jetzt noch das Verhältnis zu Rußland entscheidend; blieb es friedlich, so waren auch die preußischen Rüstungen nicht gefährlich. Laforest erhielt deshalb den Auftrag, ein ruhiger Beobachter zu bleiben, keine Frage zu stellen, bezüglich Sachsens und Hessens Mangel an Instruktionen vorzuschützen, dagegen den Eintritt der Hansestädte in den norddeutschen Bund zu ver-

[1] Correspondance de Napoléon XIII 98.
[2] Correspondance de Napoléon XIII 119.

weigern, weil die Interessen des französischen Handels zu nahe dadurch berührt würden[1]. In Berlin mußte dieser Vorbehalt sehr unangenehm berühren, aber man fühlte sich noch nicht in der Lage, die Dinge aufs äußerste zu treiben. Um Napoleon zu beschwichtigen oder wenigstens hinzuhalten, war man ohne Widerspruch auf seinen Wunsch bezüglich Lucchesinis eingegangen[2]. Am 19. August konnte Laforest berichten, der mißliebige Gesandte werde ohne Verzug Paris verlassen und durch Knobelsdorff ersetzt werden; in der Nacht vom 23. auf den 24. reiste der General, der bereits zwei Jahre früher die Glückwünsche zur Krönung Napoleons überbracht hatte und am französischen Hofe des besten Rufes genoß, nach Paris ab[3].

II.

Aber Spannung und Mißtrauen waren auf beiden Seiten zu groß, als daß ein Gesandter, wer er auch sein mochte, sie beseitigen konnte. Man stand sich in Waffen gegenüber, von da bis zum Kriege war nur noch ein Schritt. Und wenn Napoleon vielleicht mit heimlicher Freude den Augenblick herankommen sah, in welchem er diesen Schritt thun könne, so fühlte Friedrich Wilhelm noch stärker die Notwendigkeit, ihn nicht länger zu verzögern. Die öffentliche Meinung in Preußen und besonders in der preußischen Hauptstadt sprach sich von Tag zu Tage entschiedener gegen das erzwungene Bündnis, die Abhängigkeit von Frankreich und gegen die Personen aus, welche man für das gesunkene Ansehen und die gefährliche Lage des Staats verantwortlich

[1] Talleyrand an Laforest, 23. August, Bailleu a. a. O. II 538.

[2] Vgl. den Brief Peter Lombards an Lucchesini vom 23. August. Bailleu a. a. O. II 537.

[3] Laforest 19., 22. und 26. August, Bailleu a. a. O. II 531, 534 und 540.

machte. Wir erinnern uns der Denkschrift Steins und der Vorstellungen, durch welche Hardenberg den Monarchen umzustimmen suchte. Der Gang der Ereignisse und die persönliche Gereiztheit gegen Haugwitz und Beyme ließen ihn nicht ruhen. Da seine Vorstellungen bei dem Könige vergeblich blieben, suchte er, wie er früher Stein geraten hatte, auf einem Umwege zu wirken. Am 4. Juli richtete er an seinen Freund, den Fürsten Wittgenstein, der sich eben bei der Königin im Bade Pyrmont befand, ein ausführliches, wesentlich auf die Königin berechnetes Schreiben. Er erwähnt, was von Stein und andern patriotischen Männern schon vorbereitet und gethan sei, wiederholt dann in ganz ähnlicher Weise wie die Steinsche Denkschrift die Klagen über den unleidlich eigenmächtigen Beyme, den unfähigen Köckritz, den in Immoralität versunkenen Lombard und dessen Satelliten, den Grafen Haugwitz. „Wie ist es möglich", fragt er „daß ein Herr von einem so guten moralischen Charakter und so richtiger Urteilskraft sich mit Menschen umgeben kann, deren schlechter Ruf allgemein ist, die nirgend, weder im Staat noch auswärts, Vertrauen und Achtung besitzen?" „Warum sollte sich denn der König nicht ebensogut an rechtschaffene, bescheidene und unterrichtete Minister gewöhnen als an Kabinetsräte und Adjutanten? Die Errichtung eines solchen Conseils sehe ich als den ersten wesentlichen Schritt zu unserer Rettung an." Er wünscht, die Königin möge ihrem Gemahl andeuten, was man im Volke und in der Armee von ihm sage; vor allem wünscht er aber — und dies ist der eigentliche Zweck des Briefes — über das, was zu thun sei, den Willen der Königin zu erfahren. „Ich werde mich lediglich danach richten", schreibt er, „ganz still sein, wenn sie meint, wir würden nichts bewirken, handeln, wie sie es vorschreibt, wenn sie Hoffnung hegt. Wird es helfen, wenn man dem König die Sache schriftlich vorstellt, versteht sich, mit wahren, nicht zu heftigen Ausdrücken? Ist es besser, daß mehrere zugleich es thun oder einzelne? Welches ist der beste Zeitpunkt? Wird es insonderheit möglich sein, eine Änderung der Personen zu Wege

zu bringen? Kann die Königin mitwirken oder darf sie sich nicht kompromittieren?" Aus der Antwort Wittgensteins vom 13. Juli sieht man, wie bereitwillig die Königin auf Hardenbergs Absichten einging. „Ihre Majestät können nicht öffentlich erscheinen", schreibt der Fürst, „werden aber mit desto mehrerem Vergnügen im stillen wirken und hiezu die Gelegenheit finden. Die Königin ist der Meinung, daß die Sache schriftlich vorgestellt werden und daß mehrere diesen Aufsatz unterschreiben müssen. Auch selbst Männer von Gewicht bei dem Militär würden einen guten Eindruck machen, wenn sie mit unterschrieben." Nur über Haugwitz waren sowohl Wittgenstein als die Königin anderer Ansicht. Sie meinten, er müsse mit Hardenberg sich aussöhnen und mitunterzeichnen, werde auch gern dazu bereit sein, denn er fühle, daß er nichts als ein Commis sei, und sei müde, es zu sein"[1]. Gewiß hat die Königin nicht versäumt, aus der Denkschrift Steins und dem Briefe Hardenbergs das, was ihr angemessen schien, ihren Gemahl wissen oder empfinden zu lassen. Wie mußten Mitteilungen solcher Art auf das empfängliche Gemüt des Königs wirken! Er blieb zwar auf dem einmal eingeschlagenen Wege, aber seine Unentschlossenheit, seine trübe Stimmung nahmen zu. Er soll an Abdankung gedacht haben[2]. Abermals äußerte er, man möge ihm die Beweise bringen, daß Haugwitz und Lombard Verräter seien; dann wolle er sie entlassen. Und für diese Männer welches Bewußtsein, von solchen Anschuldigungen verfolgt zu werden! Konnten sie sich die Ruhe und den festen Gleichmut erhalten, die doch in solcher Lage unentbehrlich waren? Wir sahen, daß Haugwitz und Lombard am eifrigsten zu der plötzlichen Mobilmachung geraten hatten, und vielleicht war die geräuschvolle Ausführung dieser Maßregel nicht weniger auf die öffentliche Meinung und die Gegner in Berlin als auf die Franzosen berechnet. Aber man hatte sich getäuscht. Die öffentliche Meinung sprach sich, da nun auch die Regierung ihr nach-

[1] Ranke a. a. O. III 109 f., 112 f.
[2] Max Lehmann, Scharnhorst I 398. Leipzig 1886.

zugeben schien, um so ungebundener aus, und die Gegner der Kabinetspolitik behaupteten nicht mit Unrecht, der bevorstehende Krieg gegen Frankreich fordere andere Männer als diejenigen, welche die Nachgiebigkeit gegen Napoleon bis zur Schwäche getrieben hatten und in den Augen der Welt als Anhänger und Stützen des französischen Bündnisses galten. Einer der einflußreichsten Offiziere, der General Rüchel, wagte es nunmehr, diesem Gedanken Ausdruck zu geben. Die Denkschrift, welche er am 15. August dem Könige vorlas, ist sicher eines der besten, auch im Ausdruck verständlichsten Schriftstücke, die aus seiner Feder hervorgegangen sind. Nachdem er die militärisch-politische Lage erörtert und die Wahrscheinlichkeit des Krieges hervorgehoben hat, kommt er zu der eigentlichen brennenden Frage: „Soll ich die Wahrheit zu dem Könige, meinem Herrn, reden", fährt er fort, „oder aus Menschenfurcht schweigen? Doch die Wahrheit in einem so wichtigen Momente nicht reden wollen, wo die Erhaltung oder Unterjochung des Staats auf dem Spiel steht, wäre Hochverrat gegen den König und das Vaterland; sie sei also gesagt, diese unangenehme Wahrheit! — Einige der nächsten Staatsdiener um Ew. Königlichen Majestät höchste Person besitzen nicht das Vertrauen der Nation, sondern das Mißtrauen, die Verachtung von den Unterthanen, von Deutschland, von Europa. Ohne die Wirkung auf den Geist, die Gemüter der Menschen, auf das allgemeine Vertrauen reift keine Handlung je zu einer großen That. Der Graf Haugwitz besitzt dieses Vertrauen nicht, dies weiß die Welt, sowenig als der Geheime Kabinetsrat Lombard, so schön er auch schreibt und so angenehm er auch witzelt"[1]. Rüchel schließt mit dem Antrage, der König möge an Haugwitzens und Lombards Stelle sogleich oder wenigstens beim Ausbruch des Krieges Hardenberg und den Grafen Keller berufen und die inneren Angelegenheiten statt mit Beyme mit dem Minister vom Stein bearbeiten. Aber auch dieser Versuch blieb ohne Erfolg;

[1] Rüchel, Skizze des Augenblicks am 14. August 1806, Ranke a. a. O. V 381 ff.

beim Vorlesen erhielt der General, wie er an Hardenberg schreibt, nur „höfliche affirmative Antworten in genere, jedoch ohne einen freundlichen Blick“ [1].

Nicht glücklicher waren der Prinz von Oranien und der junge Herzog von Braunschweig-Öls, welche mündlich vielleicht noch manches vorbrachten, was man einer Denkschrift nicht anzuvertrauen pflegt. Der Prinz, welcher auch einen lebhaften Brief an den König gerichtet hatte [2], wurde seitdem von diesem gemieden, und Friedrich Wilhelm nahm keinen Anstand, mit Lombard von dem Briefe zu reden. Immerhin gab aber die Feindschaft so hochstehender Persönlichkeiten den Angeschuldigten Grund zur Besorgnis, und Lombard hielt es für unerläßlich, am 20. August durch eine ausführliche Apologie den Grafen Haugwitz und sich selber bei dem Könige zu rechtfertigen. Das Schriftstück ist für den Verfasser und für die Zeitverhältnisse zu bedeutsam, als daß wir nicht von dem Inhalt Kenntnis geben müßten. In kräftiger und würdiger Sprache zeigt Lombard zuerst, daß Haugwitz, der angebliche Söldling Napoleons, sich stets als Gegner der Franzosen bewährt habe: 1799 riet er zum Kriege gegen Frankreich, den nur der König verhinderte; 1803 riet er zur Besetzung Hannovers, welche Rußland hintertrieb; jederzeit verlangte er kräftige Maßregeln gegen Napoleon, und im Laufe seines Ministeriums war es beinahe sein größter Kummer, daß der König nach Lombards Rückkehr aus Brüssel solche Maßregeln nicht treffen wollte. Im Sommer 1805 bei dem Wiedereintritt in das Ministerium erfuhr er zu seinem größten Erstaunen, daß man über ein Bündnis mit Napoleon unterhandle. Hardenberg, der Heilige des Tages und insbesondere der Russen, war der Urheber desselben; Haugwitz, der undankbare Freund Napoleons, hat es verhindert. — Bis dahin war

[1] Rüchel an Hardenberg, 15. August 1806, Ranke a. a. O. V 376.

[2] Ranke a. a. O. III 117. Der Prinz von Oranien, Schwager und Vetter des Königs, war am 9. August nach Berlin gekommen, zunächst um für Fulda Schutz zu erlangen. Laforest 12. August, Bailleu a. a. O. II 520.

die Darstellung besonders für den König unwidersprechlich; mehr ließ sich gegen die Rechtfertigung der Verträge vom 15. Dezember und 15. Februar vorbringen; Lombard beruft sich darauf, daß der erstere der freien Genehmigung des Königs unterlegen und jedenfalls für Preußen eine notwendige und sehr nützliche Frist gewonnen habe; die Nachteile seien hauptsächlich dadurch entstanden, daß man ihn nur mit Modifikationen annahm. Haugwitz habe in Paris den Schaden noch einmal gut gemacht, aber nach seiner Rückkehr sei durch seine Feinde alles verdorben; sie hätten den Krieg gegen Napoleon von allen Dächern gepredigt und dadurch die Rachsucht dieses „neuen Tamerlans" und „unversöhnlichen Egoisten" gegen Preußen wachgerufen. Jetzt, da sich dieselbe offen äußere, sei es wieder Haugwitz, der die wirksamsten Maßregeln vorgeschlagen habe, aber zugleich durch Ruhe und Mäßigung in den Formen einen vorzeitigen Ausbruch verhüte. Die Gründe des falschen Urteils über Haugwitz findet Lombard in dem Eigennutz der Russen, in dem unverzeihlichen Benehmen eines eifersüchtigen Kollegen, der die öffentliche Meinung leidenschaftlich erhitzte, als man zum Kriege noch gar nicht entschlossen war, endlich in der ruhigen und billigen Art, wie Haugwitz über Napoleons Persönlichkeit sich ausspreche. Bezüglich des letzten Punktes sei es ihm wie Lombard und Knobelsdorff ergangen; alle drei seien von Napoleon zurückgekehrt unter dem Eindruck der Vorzüge dieses in mehr als einer Beziehung so großen Mannes, und die Leidenschaft, welche nur das Gehässige in ihm sehen wolle, habe ihnen niemals die einfache Sprache verziehen, in welcher sie von ihren Eindrücken Rechenschaft gegeben hätten. Wären sie Anhänger Bonapartes gewesen, sie würden wie andere die Kunst verstanden haben, ihr Spiel zu verdecken; gerade weil sie nichts hätten verbergen müssen, hätten sie auch die Bewunderung nicht verborgen, welche das Genie hervorrufe, selbst wenn es durch Immoralität sich entehre. Aber sie seien grausam dafür bestraft. Überhaupt, fährt Lombard fort, werde wohl kaum ein Mensch von ungerechten Vorurteilen so sehr verfolgt wie der unglückliche Haugwitz. Man nenne ihn einen Spieler,

ihn, der niemals die Karten in die Hand nehme, als um sich der überlästigen Neugier zu entziehen oder um sich einen Augenblick von der ermüdendsten Beschäftigung zu erholen. Man nenne ihn einen Mystiker und Geisterseher, während er doch seinen durch die Verhältnisse leicht zu erklärenden Jugendfehlern längst entsagt habe. Man nenne ihn falsch, ihn, der gut sei wie ein Engel, vollkommen aufrichtig im Verkehr, und dessen einziger Fehler darin bestehe, daß er vielleicht das Wohlwollen zu weit treibe und in dem Wunsche, andern gefällig zu sein, zuweilen Hoffnungen erweckt habe, ohne sie erfüllen zu können.

Indem Lombard dann zu seiner eigenen Person übergeht, erinnert er zunächst an den Unterschied zwischen dem Minister Haugwitz und dem Kabinetssekretär Lombard, der keine selbständige Meinung, sondern nur die Meinung des Königs auszusprechen habe und der immer in den Grenzen seiner Pflicht geblieben sei. Komme es aber auf Meinungen an, so habe er schon in den Briefen, die er aus der Champagne schrieb, seinen Widerwillen gegen die Revolution und gegen französisches Wesen kundgegeben und immer beibehalten. Niemals habe man diese Ansichten bezweifelt, bis er von Brüssel zurückgekommen sei. Damals habe es sich um die Frage gehandelt, ob man gegen Frankreich rüsten solle oder nicht. Er habe sie verneint und, wie er glaube, mit Recht, weil der Rüstung Preußens nur eine Vermehrung der französischen Truppen in Hannover gefolgt sein würde, wogegen die Freigabe Humboldts ein glänzender Erfolg für Preußen gewesen sei. Gleichwohl datiere seit jenem Zeitpunkte Lombards Proskription. Haugwitz selbst habe ihm einen Augenblick seine Freundschaft entzogen und erst wieder geschenkt, als er während seiner Zurückgezogenheit erkannt habe, wie sehr die Freundschaft eines Ehrenmannes sich von derjenigen eines Höflings unterscheide, dessen Erhebung sein alleiniges Werk gewesen.

„Lombard", heißt es weiter, „macht eine Reise nach Italien. In seiner Abwesenheit unterhandelt man wegen eines Bündnisses mit Napoleon. Der geradeste, wahrheitsliebendste aller Menschen, wenn mir ein Mensch gerader und wahrheitsliebender als Friedrich

Wilhelm III. bekannt wäre, der Kabinetsrat Beyme, hat das Erstaunen und den Kummer Lombards gesehen, als er demselben bei seiner Rückkehr die Papiere mitteilte und als Lombard von diesem seltsamen Entschlusse Kenntnis erhielt. Man muß zugeben, die Freunde Bonapartes verstehen es, eine Maske zu tragen! — Wer hat bei der Beschimpfung, welche sich die Franzosen im vergangenen Oktober herausnahmen, stärker als Lombard die Entrüstung eines Patrioten kundgegeben? Aber er hat nicht gewünscht, daß die Erbitterung sich in kindischer Weise äußere; er hat dem Könige nutzlose Übereilungen ersparen wollen, die der Minister von damals Tag für Tag sich erlaubte. Was er dachte und schrieb, war in dem Sinne seines Herrn. Der Vertrag von Wien wurde unterzeichnet. Warum wird Lombard in die Proskription des Urhebers einbegriffen? Er sowenig wie der König wußten vorher, was zu Wien geschah, und sein Anteil an dem Beschlusse, zu unterzeichnen, war gering." Als Gründe seiner eigenen Proskription nennt Lombard: die Sendung nach Brüssel, ferner seine unerschütterliche Anhänglichkeit an den Grafen Haugwitz — keine blinde, denn oft genug sei er den Ansichten des Freundes entgegengetreten, ohne daß das Verhältnis darunter gelitten hätte —, endlich die unheilbare Eifersucht des Freiherrn von Hardenberg. Gleich beim Eintritt in sein Amt habe der neue Minister förmlich erklärt, er würde das, was er den Einfluß des Kabinetssekretärs nannte, nicht neben sich dulden, so streng derselbe auch die Grenzen, die er sich selbst gesetzt, eingehalten und sich bemüht habe, die aufkeimende Eifersucht zu entwaffnen. „Darin", fährt Lombard fort, „lag zum großen Teil die Ursache der Fehler Hardenbergs. Er wies alle diejenigen von sich, die seine Leidenschaftlichkeit hätten beruhigen können. Er machte Lombard aus allem ein Geheimnis, ausgenommen am Schluß seiner Amtsführung, wo er voll Schrecken über unser Mißgeschick vor seiner Verantwortlichkeit zurückbebte. Damals hatte der Kabinetssekretär tagelang nichts anders zu thun als die Arbeiten des Ministers zu verbessern,

in denen trotz der Befehle des Herrn dieselbe Leidenschaftlichkeit immer wieder zum Vorschein kam. Einstweilen hatte Hardenberg den allgemeinen Haß auf Lombard gelenkt, indem er ihm mit Verletzung des Vertrauens und der Wahrheit Beziehungen zu Frankreich zur Last legte. Zur Zeit, als der Kabinetssekretär mit Eröffnungen an den Gesandten Frankreichs beauftragt war, hat er die Briefe dieses letzteren erbrechen lassen und die Äußerungen, die er darin fand, boshaft gegen den ersteren mißdeutet, als wenn dieser Unglückliche, der das gute Einvernehmen seiner Regierung mit dem französischen Gesandten aufrechterhalten sollte, nicht seinem Amt und seiner Pflicht gemäß verfahren wäre, indem er eine Sprache annahm, die allerdings in Petersburg als ein Verbrechen galt. Die Frechheit ging sogar soweit, zu sagen, Lombard sei verkauft, er, dem allein von der Freigebigkeit des vorigen Königs nichts zu gute kam, er, der nichts auf der Welt besitzt, als was ihm rechtmäßige Geschenke mit Vorwissen seines Herrn bei Gelegenheiten einbrachten, in denen man überall schenkt und überall annimmt, er, der, immer einfach in seinen Sitten, niemals seinen Ursprung vergessen hat, er, der, lahm und von der Gicht geplagt, nicht einmal zwei Pferde in seinem Stall hat, weil er sie nicht halten kann. Unter dem Druck seiner Leiden war er so schwach, sich einem düsteren Trübsinn hinzugeben, als er diese Schändlichkeiten erfuhr; vielleicht stand er im Begriff, den König um seinen Abschied zu bitten. Die gegenwärtigen Gefahren haben ihn wieder zu sich selbst gebracht. Er findet neue Spannkraft, und wenn der König ihn für seinen Dienst nicht unbrauchbar hält, wird er sich über alle Verleumdungen hinwegsetzen, um nicht die Undankbarkeit jener Leute nachzuahmen, die zur glücklichen Zeit die Wohlthaten ihres Herrn genießen und ihn feige verlassen, wenn die Zukunft ihnen nur noch Mühsale in Aussicht stellt“ [1].

Gewiß ist dieses Schriftstück auf den König nicht ohne

[1] Die Denkschrift: „Haugwitz et Lombard considérés dans leurs opinions politiques et comme livrés aux ennemis de l'Etat“ bei Bailleu a. a. O. II 614—620.

Eindruck geblieben; aber auch auf der Gegenseite war man nicht müßig, und es läßt sich nicht verkennen, daß dieselbe den bei weitem größeren Teil der Bevölkerung von den niedern bis zu den höchsten Kreisen umfaßte. Ja, gerade in den letzteren, in der eigenen Familie des Königs, war mit der steigenden Gefahr auch die Aufregung gestiegen. Vor allem tritt hierbei die Gestalt des Prinzen Louis Ferdinand in den Vordergrund. Wenige Deutsche haben die Schmach unseres Vaterlandes, die unheilvollen Wirkungen der Zwietracht und Selbstsucht schmerzlicher empfunden als dieser preußische Prinz. Es ist ein Wahrzeichen für sein Leben, daß die erste Waffenthat, die man ihm nachrühmte, darin bestand, daß er im Alter von zwanzig Jahren bei der Belagerung von Mainz einen verwundeten österreichischen Soldaten auf seinen Armen aus dem Gefechte trug. Da er, nach einer bewegten Jugend zum Manne gereift, mit klarem Blick die Gefahren der Lage überschaute, richtete sich sein eifriges Bestreben auf eine enge Verbindung der beiden deutschen Großmächte. Schon im Sommer 1804 hatte er bei einem Besuche in Wien sich dafür bemüht, und nach seiner Rückkehr suchte er in einer höchst merkwürdigen Denkschrift, die er dem Obersten Kleist übergab, seiner Ansicht Geltung zu verschaffen. Sein heißester Wunsch war, wie sich denken läßt, daß Preußen im Herbst 1805 der Koalition beitreten möge, und mit schonungsloser Heftigkeit verurteilte er die Männer, welche die Wirkung des Vertrages vom 3. November abzuschwächen und Preußen noch länger in Unthätigkeit zu erhalten suchten. Dem Grafen Haugwitz, der ihn vor der Abreise fragte, ob er ihm Befehle nach Wien mitzugeben habe, erwiderte er: „Herr Graf, hätte ich Befehle zu geben, Sie würden sie nicht überbringen". Die Briefe, welche er nach dem Ausmarsch der Truppen von Thüringen her an seine Schwester, die Prinzessin Luise Radziwill, richtete, sind erfüllt von dem Gefühle ungeduldiger Erwartung und getäuschter Hoffnung, von dem bittersten Unwillen über die „Nachlässigkeit oder vielmehr abscheuliche Spitzbüberei der Partei Lombard, Beyme und Haugwitz", über „jene Elenden, deren ab-

ſcheuliche Grundſätze, deren Feigheit oder Käuflichkeit Preußen ins Verderben ſtürzen werden“[1]. Als der Prinz am 19. April wieder nach Berlin kam, gab er der Verachtung gegen den Urheber des Februarvertrages lauten Ausdruck. Es iſt bezeichnend, daß man ihn, obgleich wahrſcheinlich mit Unrecht, beteiligt glaubte, als dem Grafen Haugwitz in der Nacht vom 24. zum 25. April die Fenſter eingeworfen wurden[2]. Was er von dem ihm ſchon lange befreundeten Miniſter vom Stein, von Johannes von Müller, aus den Briefen Friedrichs von Gentz über die politiſche Lage erfuhr, beſtärkte ihn nur in ſeinen Anſichten, die, wie wir ſahen, von den meiſten Mitgliedern des königlichen Hauſes geteilt wurden. Als willkommenes Zeichen hatte man in dieſen Kreiſen die Mobilmachung begrüßt, aber das Benehmen des Marſchalls Möllendorf am Napoleonstage, die Sendung des Generals von Knobelsdorff nach Paris erregten wieder die Beſorgnis, daß die Rüſtung nur zum Schein geſchehen, daß alles wieder beim alten bleiben ſolle. Da die Vorſtellungen der einzelnen beim Könige nichts gefruchtet hatten, dachte man jetzt ernſtlich an eine gemeinſame Erklärung, wie ſie Stein ſchon im Frühjahr gewünſcht, die Königin durch Wittgenſtein im Juli hatte raten laſſen. Freilich darin wollte man ihr nicht folgen, daß Haugwitz in die Verbindung aufzunehmen ſei. Hardenberg hatte am 19. Auguſt dem Fürſten Wittgenſtein geantwortet, er werde gemäß den Vorſchriften der Königin verfahren, aber mit Haugwitz in das Miniſterium zu treten, dazu könne er ſich niemals entſchließen. Er war gegen den Miniſter noch mehr erbittert als früher, weil dieſer fortfuhr, ihn von den Geſchäften fernzuhalten, ſo daß er nicht einmal von der Mobilmachung vorgängige Kenntnis erhielt. „Um ſeiner Ehre willen“, ſchreibt er, „ſei keine Verbindung zwiſchen

[1] Briefe des Prinzen vom 13. Dezbr. 1805 u. 9. Jan. 1806 bei Bailleu, Prinz Louis Ferdinand, Deutſche Rundſchau (1885) XLV 211, 215, 216 f.

[2] Napoleon behauptet es mit ſtarker Übertreibung in dem Bulletin vom 27. Oktober 1806, Correspondance XIII 522.

ihm und einem Manne möglich, der im In- und Auslande nicht das mindeste Vertrauen besitze, und der ihn selbst so oft betrogen habe“[1]. Aber wer sollte die Eingabe an den König verfassen? Hardenberg war persönlich zu nahe beteiligt, Stein bei seiner herben und rücksichtslosen Ausdrucksweise nicht der geeignete Mann. Wahrscheinlich auf den Rat des Prinzen Louis Ferdinand wandte man sich an Johannes von Müller. Was aus seiner Feder hervorging, war eine Denkschrift, die von jeher als Merkstein für die Geschichte der Zeit und insbesondere des preußischen Staatswesens gegolten hat. Ehrerbietig, aber nachdrücklich schildert sie die bedrohliche Lage Europas, seitdem durch Partikularkonventionen das Interesse Preußens sich von dem des deutschen Reiches getrennt habe. Noch im vergangenen Herbste habe man dem Unheil vorbeugen können, aber alle Hoffnung sei verschwunden, als der Graf Haugwitz den Auftrag einer Negociation erhalten habe. Zum zweitenmal sei nun der Fall einer sehr kostspieligen Rüstung, und es gelte wahrlich um alles; alle preußischen Völkerschaften und alle Corps der Armee seien in voller Begeisterung bereit, für die Ehre des Königs und des Vaterlandes alles zu wagen. Aber mit Unruhe denke man sich die Möglichkeit, auch diese nationale Anstrengung, diese große Erwartung durch die Leichtgläubigkeit eines andern Unterhändlers [Knobelsdorff] und eben desselben Kabinets getäuscht und vereitelt zu sehen. „Die ganze Armee“, heißt es weiter, „das ganze Publikum und auch die bestgesinnten auswärtigen Höfe betrachten mit äußerstem Mißtrauen das Kabinet Eurer Majestät, wie es gegenwärtig organisiert ist. Dies Kabinet, welches nach und nach zwischen Eure Majestät und das Ministerium sich so eingedrungen hat, daß jedermann weiß, es geschehe alles durch die drei oder vier Männer, hat besonders in Staatssachen alles Zutrauen längst eingebüßt. Aller der freche Mißbrauch, welchen Bonaparte von der Friedensliebe Eurer Majestät gemacht hat, wird ihnen zugeschrieben. Die

[1] Ranke a. a. O. III 113.

öffentliche Stimme redet von Bestechung. Dies wollen wir ununtersucht lassen, denn auch Vorurteile und andere persönliche Neigungen und Verhältnisse können zu ebenso schlechten Handlungen verleiten wie das Geld. Genug, die allgemeine und auf notorische Thatsachen gegründete Überzeugung ist, daß es mit Bonaparte auf alle Weise kolludiert und entweder den Frieden durch die schändlichste Nachgiebigkeit erkaufen oder im Kriege äußerst schwache Maßregeln ergreifen oder, wenn Eure Majestät kräftige vorschreiben und ehrenvolle Generale sie auch herzhaft ausführen wollen, dieselben lähmen, wo nicht verraten, und hierdurch über Ew. Majestät, über Dero ganzes Haus und getreue Unterthanen das äußerste Unglück bringen wird." Die Unterzeichner teilen diese Ansicht; sie glauben ferner, in Preußen gebe es eine Menge der geschicktesten Männer, durch welche diese wenigen, deren Entfernung nötig sei, sehr leicht ersetzt werden könnten. Es sei sogar leicht möglich, den ganzen Gang der Geschäfte zu erleichtern, zu simplifizieren; aber die Hauptsache bleibe, daß nur durch die Entfernung des Grafen Haugwitz und der beiden Kabinetsräte Beyme und Lombard Zutrauen, Festigkeit und Ruhe für die Gemüter und eine gegründete Hoffnung des guten Ausganges der Sachen sich erzielen lasse. Die Unterzeichner geben deshalb der Hoffnung Raum, der König werde durch die Entlassung weniger desapprobierter Personen den Ruhm des preußischen Namens auf ewig sichern und befestigen[1].

Man sieht, die Denkschrift enthält an sich nichts, was nicht in jener Zeit unzähligemal schon gedacht und geäußert wäre. Ihre eigentliche Bedeutung erlangt sie durch die Personen, von denen sie ausging und unterzeichnet wurde. Als solche finden wir die beiden Brüder des Königs, die Prinzen Heinrich und Wilhelm, den Prinzen Louis Ferdinand, der zugleich für seinen Bruder August unterzeichnet, den Prinzen von Oranien-Fulda,

[1] Pertz a. a. O. I 347 f.

die Generale Rüchel und Phull und als einzigen nicht dem Heere Angehörenden: den Minister vom Stein[1].

Man kann mit den Gesinnungen, aus denen das Schriftstück hervorging, selbst mit den Wünschen, die es ausspricht, einverstanden sein. Aber war auch die Form deshalb richtig gewählt, war ein so auffallender Schritt von politischer Klugheit geleitet? Nichts war dem Könige so widerwärtig als ein offener Eingriff in seine freie Willensbestimmung und ein Benehmen, das nur entfernt der ihm schuldigen Ehrfurcht zu ermangeln schien. Selbst in dem Verhalten Napoleons hatte er am bittersten die Nichtachtung seiner persönlichen Würde empfunden. Nun geschah, was noch niemals in dem an Zucht und Unterordnung gewöhnten Preußen geschehen war; es ging aus von Mitgliedern des königlichen Hauses, von bevorzugten Generalen und Beamten, und der König mochte sich wohl erinnern, daß bei den großen Umwälzungen in England und Frankreich der Sturm sich zuerst gegen die Minister des Monarchen gerichtet hatte. Statt die Eingabe etwa durch einen Prinzen oder eine andere dem Könige werte und vertraute Persönlichkeit überreichen zu lassen, hatte Rüchel, ungeschickt genug, seinen Adjutanten, den Hauptmann v. Kleist, mit der Überbringung beauftragt. Der König, der eben am 2. September zu Charlottenburg in den Gemächern der Königin verweilte, geriet beim

[1] Die Namen werden nicht selten verschieden angegeben; deshalb mögen sie so, wie sie auf dem Original sich finden, hier folgen:

Louis, Prinz von Preußen, General-Lieutenant in seinem Nahmen und für seinen Bruder, den Prinz August
Heinrich, Pr. v. Preußen
Wilhelm v. Preußen
W. F. Pr. v. Orange
W. F. v. Rüchel Königl. General Lt.
Stein, Kg. Staats Minister
Phull, General-Major.

Die Urkunde ist aus dem Nachlaß Friedrich Wilhelms III. in das Geh. Staatsarchiv gelangt. Sie trägt von der Hand des Abschreibers zwei Daten: Berlin 25. August und Braunschweig 31. August, das letztere wahrscheinlich auf Rüchel hindeutend.

Lesen des Schriftstückes in den heftigsten Unwillen; er glaubte, eine Art von Meuterei zu erleben. Die Königin, vielleicht verletzt, daß man ihren Rat in Bezug auf Haugwitz nicht befolgt hatte, und erschreckt durch den Zorn ihres Gemahls, leistete keineswegs die erwartete Unterstützung. So hatte der Schritt für die Urheber zunächst nur unangenehme Folgen. Seinen Brüdern gab der König unverhohlen sein Mißfallen zu erkennen und verbat sich ein für allemal Zuschriften dieser Art. Dem General Rüchel erteilte er einen scharfen Verweis, und über Stein war er um so mehr erbittert, als gerade durch Beymes Fürsprache seine Berufung ins Ministerium erfolgt war; Phull erhielt den Auftrag, ihm die Unzufriedenheit des Königs auszusprechen. Der Herzog von Braunschweig hatte die Eingabe zwar nicht unterzeichnet, aber in einem Briefe gebilligt; ihm und dem Prinzen von Oranien ging eine kalte abweisende Antwort zu. Die bei der Armee angestellten Prinzen erhielten Befehl, sich sofort auf ihre Posten zu begeben[1]. Dem Prinzen Louis Ferdinand wurde nicht einmal erlaubt, sich von dem Könige oder der Königin persönlich zu verabschieden, als er am 5. September Berlin verließ.

Hardenberg konnte seiner Stellung nach seinen Namen nicht unter die Denkschrift setzen; aber unmittelbar ehe sie an den König gelangte, hatte er eine Depesche des preußischen Gesandten in Petersburg, Grafen Goltz, zu übermitteln, in welcher von dem äußersten Mißtrauen des russischen Hofes gegen Haugwitz

[1] Ranke a. a. O. III 118. Nach Pertz a. a. O. I 352 scheint man nach dem Mißlingen des ersten Schrittes noch eine zweite Eingabe erwogen zu haben, welche auch von den Generalen Blücher, Schmettau und Hohenlohe unterzeichnet werden und, wenn sie ohne Wirkung blieb, den Rücktritt aller Unterzeichnenden zur Folge haben sollte. Aber Prinz Wilhelm, der sich am 3. September in einer Unterredung mit dem Könige von der Unmöglichkeit, ihn umzustimmen, überzeugt hatte, erklärte, daß er als Bruder nicht weiter gehen könne; den Generalen schien es unpassend, unmittelbar vor dem Ausbruche eines Krieges ihre Degen einzustecken; deshalb ward jeder weitere Schritt aufgegeben. Die Erzählung klingt unwahrscheinlich; Pertz versichert aber, eine Abschrift der neuen Eingabe, von Steins Hand verbessert, vor Augen gehabt zu haben.

und dem dringenden Wunsche die Rede war, ihn durch Hardenberg ersetzt zu sehen. Er begleitete diese Mitteilung mit Bemerkungen, welche, wie er erzählt, den König der Königin gegenüber zu der Äußerung veranlaßten, die Art, wie Hardenberg über dieselben Dinge sich ausdrücke, sei wesentlich von dem Ton der Eingabe verschieden und nicht zu tadeln[1]. Aber auch die geschickteste Form hätte den König schwerlich bewogen, das in der Denkschrift enthaltene Ansinnen zu genehmigen. Mußte er doch fühlen, daß die Vorwürfe, welche scheinbar gegen Haugwitz, Lombard und Beyme gerichtet waren, vornehmlich ihn selber trafen. Eine lange Gewohnheit hatte ihm die drei Männer, von denen er sich jetzt trennen sollte, beinahe unentbehrlich gemacht; auch ist es unverkennbar, daß sowohl Haugwitz als Lombard und Beyme ihm durch ein Gefühl persönlicher Anhänglichkeit weit mehr als Hardenberg, Stein oder andere Minister verbunden waren. Alle drei hätten gewiß niemals *an* den König wie Stein oder *über* den König wie Hardenberg in seinen Denkwürdigkeiten geschrieben. Dazu kam noch die Erwägung, daß die Berufung Hardenbergs an Stelle des Grafen Haugwitz den offenen Bruch mit Frankreich bedeutete. So mußte die Eingabe ganz und gar ihren Zweck verfehlen. Aber ist sie deshalb ganz ohne Folgen geblieben? Wir sahen, wie der Druck der öffentlichen Meinung schon früher auf dem König und seinen Ratgebern lastete[2]. Wie sehr mußten Trübsinn und Unentschlossenheit sich steigern, wenn die ersten, dem Throne zunächst stehenden Männer durch einen in Preußen bisher unerhörten Schritt die Anschuldigungen bestärkten! Und doch waren kluge Berechnung und ein klarer, freier Blick niemals notwendiger als in jenen Tagen, wo der Zusammenstoß mit einem übermächtigen Feinde unaufhaltsam nah und näher rückte.

[1] Ranke a. a. O. III 135.

[2] Merkwürdige Zeugnisse dafür enthalten die „Briefe von Fr. von Gentz an den Grafen Louis Stahremberg" in London, vom 3. u. 21. April 1806, veröffentlicht von A. Graf Thürheim in den Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichte. 1886. VII 141 ff., 147.

Die Ansammlung der französischen Truppen in Deutschland schuf für Preußen einen auf die Dauer unerträglichen Zustand. Sie gab Napoleon die Möglichkeit, ein stets kriegsbereites Heer aus fremden Mitteln zu unterhalten, während in Preußen die mühsamen Ersparnisse eines Jahrzehnts durch die kostspielige Rüstung verzehrt wurden. Napoleon hatte wiederholte Anfragen ohne Antwort gelassen, und das wenige, was Laforest infolge der Anweisungen Talleyrands vom 23. August bezüglich der Hansestädte mitteilte, zeigte deutlich, wie geringe Ausdehnung dem norddeutschen Bunde vergönnt sein sollte. Eine Art von Beruhigung boten um diese Zeit die Beziehungen zu Rußland. Wir erinnern uns, daß Hardenberg schon im März mit der Aufgabe betraut war, im strengsten Geheimnis mit Alopäus und dem russischen Ministerium zu unterhandeln. Für den Erfolg war es ein Vorteil, daß Fürst Adam Czartorisky, der Jugendfreund des Zaren, aber Preußens geschworener Feind, im Juni das Ministerium des Auswärtigen dem General Budberg abgeben mußte. Kurz vorher war auch Alopäus von seinem Posten zurückgetreten und nur als Vertrauensperson in Berlin zurückgeblieben. Die offiziellen Geschäfte der Gesandtschaft übernahm der Graf Stackelberg, während die Hauptverhandlung sonderbar genug von einem beurlaubten Gesandten mit einem beurlaubten Minister geführt wurde. Nach langen Erörterungen vereinigten sich die beiden Bevollmächtigten am 1. Juli über eine Deklaration, in welcher Preußen die Zusage gab, das Bündnis mit Frankreich solle dem zwischen Rußland und Preußen am 28. Juli 1800 geschlossenen Vertrage keinen Abbruch thun und den König nicht veranlassen, Frankreich in einem Kriege gegen Rußland Hülfe zu leisten; er werde ferner um den Abzug der französischen Truppen aus Deutschland und die Freiheit des norddeutschen Handels sich bemühen. Dagegen verpflichtete sich Rußland, nicht bloß mit 12000 Mann — wie in dem Vertrage von 1800 — sondern mit dem größeren Teile seiner Heeresmacht für die Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Preußens einzutreten. Am 24. Juli gab Alexander diesen Ar-

tikeln seine Zustimmung, während er das von Preußen gestellte Ansinnen, den König von Schweden zur Ruhe zu bringen und sich in London für die Abtretung Hannovers an Preußen zu verwenden, ablehnte[1].

Mit sichtlichem Behagen berichtet Hardenberg von diesen sonderbar verwickelten Vorgängen, bei denen das Vertrauen zweier Monarchen ihm um so schmeichelhafter erscheinen mochte, als es seinen Gegnern, wie er annahm, entzogen wurde. Aber blieb das Geheimnis für Haugwitz und Lombard wirklich ein Geheimnis[2]? Vielleicht in den ersten Monaten, schwerlich in den späteren, besonders seitdem der Bruch mit Frankreich entschieden war. Es wäre in der That eine unbegreifliche Schweigsamkeit und die stärkste Verletzung der gerade von Hardenberg empfohlenen Grundsätze gewesen, hätte der König dem Minister, der unter den schwierigsten Verhältnissen mit Frankreich sich abfinden sollte, einen so wichtigen Erwägungsgrund ganz vorenthalten. Stackelberg, der aus Petersburg von allem unterrichtet war[3], sah in der geheimen Verhandlung nur einen Versuch Hardenbergs, bei der großen Politik die Hand im Spiele zu behalten, und legte ihr gar keine Bedeutung bei. In der That hat Preußen durch die Deklaration nicht viel mehr erlangt, als es auch sonst bei dem Ausbruch des Krieges von Rußland erhalten hätte; nur darf man die Schuld daran nicht Hardenberg beimessen. Dagegen hat das Zugeständnis Friedrich Wilhelms vielleicht nicht wenig zu dem Entschluß des Zaren beigetragen, der vor allem für Preußen verhängnisvoll wurde.

---

[1] Ranke a. a. O. III 45, 120.

[2] Noack, Hardenberg und das Geheime Kabinet Friedrich Wilhelms III., in den „Gießener Studien" (1881) II 75, 89 und Oncken in dem Vorwort S. IX führen dafür an, daß Lombard in den Matériaux die Deklaration vom 1.—24. Juli gar nicht erwähne. Aber darin liegt kein Beweis. In einem wesentlich auf Napoleon berechneten Buche durfte Lombard nicht von Verhandlungen reden, welche dem schwer zu versöhnenden die vielleicht willkommene Veranlassung bieten konnten, Preußen des Wortbruchs zu beschuldigen.

[3] Martens a. a. O. VI 377.

Denn ehe die russische Erklärung am 18. August zu Hardenbergs Kenntnis gelangte, war schon die Wendung erfolgt, welche den Verbindlichkeiten der Deklaration insbesondere für Preußen unmittelbare Bedeutung gab. Am 15. August hatte der Zar der von Dubril in Paris am 20. Juli unterzeichneten Übereinkunft seine Genehmigung versagt, in auffallender, herausfordernder Weise, obgleich die einfachste, nächstliegende Rücksicht auf Preußen eine hinhaltende, ausweichende Antwort zur Pflicht gemacht hätte. Am 26. brachte ein Kurier des Grafen Goltz die entscheidende Nachricht nach Berlin. Der König, durch die Deklaration gebunden, sollte nunmehr, da der Krieg bevorstand, sich mit einer bestimmten Erklärung auf die Seite Rußlands stellen. Haugwitz erkannte sogleich die Tragweite dieser Vorgänge. Napoleon, schreibt er am 28. August an den Herzog von Braunschweig, werde die Ablehnung des Zaren, sobald er sie erfahre, mit den Schwierigkeiten des Friedens mit England und den Bewegungen der preußischen Truppen in Verbindung bringen und, darin die Keime einer vierten Koalition erkennend, seine Angriffe sogleich gegen den Norden von Deutschland, insbesondere gegen Preußen richten. Er, Haugwitz, thue alles, was in seinen Kräften stehe, um die Gefahr der Lage und die Dringlichkeit, alle verfügbaren Mittel mit möglichster Schnelligkeit und Energie zur Anwendung zu bringen, deutlich zu machen[1].

Diese Auffassung wird durch die Briefe Napoleons vollkommen bestätigt. Der Angelpunkt für seine Politik war in den letzten Monaten die Vereinbarung mit Rußland gewesen. Kam sie zu stande, so konnte er seine Kräfte gegen das vereinzelte England wenden, durch den Rückzug seiner Truppen Preußen zufriedenstellen oder doch den preußischen Rüstungen ohne Besorgnis zusehen. Alles änderte sich, sobald dem Dubrilschen Vertrage die Genehmigung versagt wurde. Am 3. September kam der französische Kurier Ruffin mit der Nachricht

[1] Haugwitz 28. August, Bailleu a. a. O. II 545; vgl. auch den Brief von Gentz an Ompteda aus Dresden, August 1806, in Omptedas Politischem Nachlaß I 174.

nach Paris. Noch am selbigen Tage ging an Berthier der Befehl ab[1], die Truppen vorerst in der früheren Stellung zu lassen, und vier Tage später, als Lucchesini sein Abberufungsschreiben überreichte und seinen Nachfolger vorstellte, sprach Napoleon sich gegen ihn, der jetzt keine offizielle Stellung mehr bekleidete, offen aus. Er leugnete nicht, daß er den Engländern die Rückgabe Hannovers, hätte der Frieden davon abgehangen, bewilligt haben würde, aber nur nach vorgängiger Einigung mit Preußen. Bezüglich der französischen Truppen in Süddeutschland erklärte er, die preußischen Rüstungen seien ihm gleichgültig geblieben, solange er auf die Ratifikation des Dubrilschen Vertrages gerechnet habe, aber jetzt sei die Lage vollkommen geändert. Er dürfe sich nicht wie bei der früheren Koalition täuschen lassen, sondern müsse suchen, selbst zuvorzukommen, wenn andere ihm zuvorkommen könnten. Deshalb werde er rüsten, seine Truppen in Deutschland verstärken und vor Ankunft der Russen die Vorteile seiner Stellung benutzen. Er müsse deshalb auf eine schleunige Erklärung dringen, ob Preußen abrüsten wolle. Lucchesini möge sogleich einen Kurier nach Berlin senden[2]. Dem General Knobelsdorff bot er an, die französischen Truppen von Westfalen und von der Ems zurückzuziehen, wenn die preußischen in ihre Kantonierungen zurückkehrten; aber, erklärte er auch diesem, die Truppen in Süddeutschland werde er verstärken[3]. Diese Nachrichten, welche am 16. abends in Berlin eintrafen, gaben dort die Entscheidung. Haugwitz hatte gerade an demselben Tage eine Denkschrift beendigt, in welcher er die Notwendigkeit des Krieges und zwar einer raschen Offensivbewegung auseinandersetzte. Preußen, meinte er, habe jetzt mit den Sachsen und Hessen 180000 Mann aufgestellt, längeres Zögern würde den Zustand der Truppen verschlechtern, ihren Eifer vielleicht vermindern, den Franzosen Zeit geben, größere Massen anzusammeln, dagegen, wie es offenbar in Napoleons

[1] Correspondance de Napoléon I., XIII 171.
[2] Bericht Lucchesinis, 8. September, Bailleu a. a. O. II 557 ff.
[3] Laforest an Talleyrand, 21. September, Bailleu a. a. O. II 573.

Absicht liege, die Mittel des preußischen Staats erschöpfen[1]. Was Lucchesini schrieb, konnte diese Erwägungen nur verstärken. Am folgenden Morgen wurde der Krieg bestimmt beschlossen. In den nächsten Tagen wollte der König sich selbst zur Armee begeben, aus dem Hauptquartier noch ein Ultimatum an Napoleon senden und, wenn es, wie vorauszusehen, ohne Erfolg blieb, die Operationen beginnen.

Wären nur, da man zu einem Entschluß gelangt war, auch die Mittel der Ausführung bereit gewesen! Haugwitz führt in seiner Denkschrift aus, seit der Mobilmachung des 9. August sei die Lage wesentlich verbessert; der König stehe an der Spitze von 180000 Preußen, Sachsen und Hessen und könne Hülfe von Rußland, Österreich und England erwarten. Aber die Verhandlungen zur Bildung des norddeutschen Bundes waren so lässig betrieben, daß man nirgendwo zu einem Abschluß gelangt war. Der Kurfürst von Hessen erklärte sich gerade am 16. September in dem bevorstehenden Kriege für neutral; von seiten Österreichs hatte man nicht das geringste bindende Versprechen; mit England befand man sich sogar noch im Kriege; nur von Rußland war, gewiß nicht durch das Verdienst von Haugwitz oder Lombard, wenigstens Hülfeleistung zugesagt, aber alles einzelne noch im ungewissen. Schon am 6. September hatte der König auf ein zum Kriege ermunterndes Schreiben Alexanders erwidert, er werde sich durch keinen Versuch Napoleons einschläfern lassen, sondern auf der Bildung des Nordbundes und dem Rückzuge der französischen Truppen bestehen. Da Napoleon voraussichtlich auf diese Bedingungen nicht eingehen werde, so sei der Krieg gewiß; ein besonderer Gesandter werde unverzüglich über die von Preußen gewünschten Maßregeln in Petersburg das Nähere mitteilen. Aber der Oberst Krusemarck, der diese Sendung übernehmen sollte, trat in Wirklichkeit erst jetzt am 18. September die Reise an, um ein Hülfs-

[1] Ranke a. a. O. V 364.

heer von 60000 Mann zu verlangen[1]. So weit war die diplomatische Vorbereitung im Rückstand, daß Haugwitz selbst einen Hauptgrund für die rasche Eröffnung des Krieges in der Notwendigkeit findet, das Mißtrauen der fremden Mächte in den ernsten Willen Preußens durch ein entschiedenes Vorgehen zu beseitigen. Nur zu sehr erkennt man in dieser nach so langer Zögerung doch übereilten, nur ungenügend vorbereiteten Entscheidung die trüben Folgen der inneren Zerwürfnisse. Wie war es möglich, daß Personen unter dem Druck der schwersten Anklagen und Beleidigungen, verunreinigt mit denjenigen, auf deren Beihülfe sie vor allem angewiesen waren, sich die Ruhe und Kaltblütigkeit erhielten, welche bei politischen Verhandlungen und in so furchtbaren Krisen unentbehrlich sind? Wie konnten die nötigen Vorkehrungen mit Umsicht und Besonnenheit getroffen werden, wenn sich in nutzlosem Hader die Kräfte zersplitterten, welche kaum in dem innigsten Zusammenwirken für die ungeheueren Erfordernisse des Augenblicks ausreichten?

Aber die Würfel waren einmal gefallen. Nach einer letzten Unterredung mit Haugwitz am 20. September schreibt Laforest am folgenden Tage, der Kurier Knobelsdorffs habe die letzte Hoffnung auf den Frieden zerstört. Schon am Abend des 20. hatte der König die Reise in das Hauptquartier angetreten; Haugwitz und, wie es scheint, auch Lombard folgten wenige Tage später.

[1] Bailleu a. a. O. II S. LXXIX, 552, 574.

Zehntes Kapitel.

Von Jena bis Tilsit.

I.

Am 3. Oktober 1806 richtete Lombard an seine Frau einen Brief aus dem Hauptquartier zu Naumburg, schon in Erwartung der großen Ereignisse, welche unmittelbar bevorstanden. „Ich bin immer derselbe", heißt es darin, „zuweilen heftig leidend, aber meiner selbst wieder Herr, sobald es sich um eine große Pflicht handelt. Ohne Unterlaß bin ich beschäftigt. Von meiner Arbeit wird dir unverzüglich etwas vor Augen kommen; du wirst mich dann verpflichten, wenn du mir schreibst, wie das Publikum darüber urteilt. Morgen gehen wir vorwärts, in acht Tagen kommt es zum Schlagen. O, wie das Herz mir pocht! Nur zwei Gedanken habe ich noch: meine Familie und mein Vaterland, fast hätte ich gesagt: mein Vaterland und meine Familie. Strapazen fürchte ich nicht, wenn das Gemüt ruhig ist. Hier ist das Vertrauen grenzenlos, und da nichts so ansteckend wirkt als der Mut, so lasse ich noch schöne Traumbilder vor mir aufsteigen."

Wie in diesem Briefe die Liebe zum Vaterlande einen Ausdruck findet, so bemerkt man auch das Bestreben, Mut und Hoffnung zu erzwingen, während der Schreibende in der That schon von Sorgen und Befürchtungen erfüllt war. Nicht wenig mag seine wankende Gesundheit daran schuld gewesen sein.

Der Aufenthalt in Pisa war ohne nachhaltige Wirkung geblieben. In Berlin stellten sich die alten Übel wieder ein, und die beständige Aufregung des Winters von 1805 war nicht geeignet, sie zu lindern. Am 13. Februar des folgenden Jahres machte Lombard sein Testament, ganz und gar zu Gunsten seiner Frau. Als Vormund ernennt er seinen Freund, den Professor Erman, aber nur für den Fall, daß die Gesetze durchaus die Zuziehung eines Vormundes fordern; denn die Verfügungen über das Einkommen, die Erziehung der Söhne, das für Reisen und Studien etwa aufzuwendende Kapital werden der Frau überlassen. Es ist nicht möglich, daß ein Ehemann seiner Gattin Liebe und unbedingtes Vertrauen deutlicher bezeugen könnte als Lombard in jeder Bestimmung der 15 Paragraphen seines letzten Willens.

Wenn die Denkschriften der Gegner ihm seine zerrüttete Gesundheit zum Vorwurf machten, so hatten sie selbst zu dem, was sie ihm vorwarfen, nicht wenig beigetragen. Aus manchen seiner Äußerungen ersieht man, wie sehr die beständige Anfeindung ihm zu Herzen ging; dazu die stets sich mehrende Last der Geschäfte! In unmittelbarer Nähe des Königs, hatte er auch an dem Kummer und den Sorgen seines Herrn den nächsten Anteil, und er besaß nicht des Grafen Haugwitz bequeme, etwas lässige Art, sich mit den Bedrängnissen der Gegenwart abzufinden und die Zukunft mit freundlichen Farben auszumalen. Auch der Entschluß zum Kriege verbesserte seine Lage nicht; denn die Erbitterung der Gegner dauerte fort, und neben den laufenden Geschäften fielen ihm noch Aufgaben zu, die in mehr als gewöhnlichem Maße einen freien, kräftigen Aufschwung des Geistes erforderten. Er sollte den Absagebrief des Königs an Napoleon und das preußische Kriegsmanifest verfassen. Beide Schriftstücke wurden inmitten der Unruhe vor der Abreise angefangen, das erstere wahrscheinlich auch beendet und dann aus Naumburg am 26. September abgeschickt. Es ist ein seltsames Schreiben, charakteristisch für den König und nicht weniger für Lombard, der in diesem Falle vielleicht noch mehr den eigenen

als den Gefühlen seines Gebieters Worte geliehen hat. Zuerst eine lange Aufzählung dessen, was der König für Napoleon gethan, dann das Gegenbild, wie Napoleon ihm gelohnt habe: bittere Vorwürfe, vermischt mit Ausdrücken der Bewunderung, ja der Zärtlichkeit; ein verratener Freund, eine verlassene Geliebte könnten in solchem Tone dem Ungetreuen schreiben. Beinahe alles ist wahr, manches schön und treffend im Ausdruck, aber es klingt sonderbar im Munde eines Fürsten und paßte am wenigsten für den, an welchen es gerichtet war. Napoleon hat später über das Schreiben gespottet; in Briefen an Talleyrand, an die Rheinbundfürsten und sogar in einem Bulletin nannte er es ein schlechtes Pamphlet, zwanzig Seiten lang, eine Rhapsodie, aus englischen Zeitungen abgeschrieben[1]. Er behauptete, er habe es nicht einmal ganz gelesen; aber er hütete sich wohl, es einem seiner Verbündeten zu zeigen; denn wenn es die Schwäche Preußens nicht verbirgt, so kennzeichnet es um so deutlicher die falsche, gewaltsame, rücksichtslose Politik des französischen Kaisers. Das Auffallendste ist, daß es gar keine Forderung ausspricht, sondern in einer Schilderung von Gefühlen seinen Abschluß findet. „Da haben Sie", schließt der König, „das getreue Gemälde Ihres Betragens gegen mich. Ich kann darin nichts von Freundschaft sehen, die mir so teuer gewesen wäre und die ich durch so viele schreckliche Augenblicke nur zu sehr verdient hatte. Es ist nicht die Erbitterung, welche mir diese Sprache eingiebt. Immer bin ich gern bereit, große Eigenschaften zu würdigen, und wie auch unsere Beziehungen sich künftig gestalten mögen, jederzeit werden Sie mich gerecht und bescheiden finden. Ich werde stolz sein auf meine Redlichkeit, soviel sie mich auch gekostet hat; aber ich werde der aufrichtige Bewunderer Ihrer großen Thaten bleiben und aus Herzensgrunde allem Beifall spenden, was Sie mit so seltenen Mitteln nicht für die unnütze Vergrößerung, sondern für das wahre Glück Ihres Reiches vollbringen werden. Ich thue es

[1] Correspondance de Napoléon I., XIII 390, 400.

um so lieber, als meine Achtung für Ihre tapfere Nation sich niemals verleugnet hat. Gebe Gott, daß wir uns auf einer Grundlage einigen können, die Ihnen all Ihren Ruhm, aber auch den andern Völkern ihre Ehre läßt und die Europa endlich aus dieser fieberhaften Angst und Erwartung erlöst, in welcher niemand auf die Zukunft zählen und, was er thun muß, berechnen kann“ [1].

Unwillkürlich fragt man sich, in welcher Art wohl ein Schriftsteller wie Gentz einen solchen Brief würde abgefaßt haben; auch in der Umgebung des Königs scheint dieser Gedanke aufgetaucht zu sein. Der berühmte Publizist, der unversöhnliche, ungebeugte Gegner Napoleonischer Zwingherrschaft, seit 1802 in österreichischen Diensten, hatte nach dem Preßburger Frieden in Dresden eine Zuflucht gefunden und von dort aus mit der preußischen Kriegspartei einen eifrigen Verkehr unterhalten. Jetzt ging ihm von Haugwitz die Einladung zu, sich in das preußische Hauptquartier zu begeben; am 3. Oktober traf er in Naumburg ein.

Über seine Erlebnisse während der nächsten zehn Tage hat er in Form eines Tagebuchs Berichte für seine politischen Freunde verfaßt, die zu dem Vorzüglichsten gehören, was die deutsche Litteratur an Memoiren aufzuweisen hat. Über die Ereignisse im Hauptquartier, die hervorragenden Persönlichkeiten in der Umgebung des Königs, den Wechsel der widerstrebenden Meinungen geben sie die genaueste Auskunft. Auch die Ursachen des Krieges, die politische Lage sind mit scharfer Beobachtung und mit einer Wahrheit geschildert, die um so größere Bewunderung erregt, je mehr die seitdem eröffneten Quellen der Archive uns in den Stand setzen, alle Einzelheiten zu prüfen [2].

[1] Ranke a. a. O. III 179—187.

[2] Gentz, Mémoires et lettres inédits, publiés par G. Schlesier. Stuttgart 1841. S. 221 ff. Eine fehlerhafte deutsche Übersetzung nach der in dem United service Journal, August, September, November und Dezember 1836, veröffentlichten englischen Übersetzung in der Minerva, Oktober und Dezember 1836, Januar und April 1837, wiederholt in den Schriften von Fr. von Gentz, herausg. von G. Schlesier. Mannheim 1838. II 185 ff.

Am 4. Oktober, am Tage nach seiner Ankunft, begleitete Gentz das Hauptquartier von Naumburg nach Erfurt. Schon auf dem Wege hatte General Kalckreuth in Auerstädt über die militärische Lage wenig günstige Auskunft gegeben, und am 5. Oktober überzeugte sich Gentz in einer dritthalbstündigen Unterredung mit Haugwitz von der Verwirrung und dem Widerstreit der Meinungen. Der Minister suchte seine Politik zu rechtfertigen, machte Hardenberg für die Abrüstung im Februar verantwortlich und stellte die Beziehungen Preußens zu Rußland und England in das günstigste Licht. Er schloß mit der Bitte, Gentz möge die preußische Politik durch seine Feder unterstützen, das von Lombard verfaßte Manifest einer Durchsicht unterwerfen und ins Deutsche übertragen; Lombard, versicherte er, sei ganz der Mann, wie Gentz ihn sich wünschen könne, jeder Bemerkung und Kritik zugänglich und zu jeder Änderung bereit. Nachdem Gentz noch am Abend von Lucchesini[1] genaue Auskunft über die letzten Ereignisse in Paris erhalten hatte, begab er sich am anderen Morgen 10 Uhr zu Lombard, der seiner leidenden Gesundheit wegen seine Wohnung nicht verlassen konnte. „Ich fand ihn", schreibt Gentz, „in einer traurigen Lage, an Händen und Füßen gelähmt, so daß er sich nur mit Mühe von einem Stuhl zum andern schleppen konnte. Allein sein Geist hatte die frühere Frische bewahrt, und weder sein Ansehen noch sein Einfluß hatten sich vermindert. Er war weit mehr Minister als Graf Haugwitz, der durchaus zu keiner wichtigen Maßregel schritt, ohne zuvor Lombards Zustimmung erlangt zu haben, und mehr als einmal habe ich gehört, wie letzterer zu seinem Bruder Peter, des Ministers Günstling und Privatsekretär, sagte: «Sage doch dem Grafen Haugwitz, ich hätte diesen Abend mit ihm zu reden». — «Vergiß nicht, daß Graf Haugwitz morgen früh zu mir kommen muß». Er empfing mich äußerst freund-

[1] Lucchesini war am 24. September in Naumburg eingetroffen. Über seine Erlebnisse seit der Abreise aus Paris (14. September) bis zur Ankunft in Königsberg am 14. Januar 1807 vgl. sein Itinéraire bei Bailleu II 631.

schaftlich. Wir waren vordem befreundet gewesen[1]; allein während der letzten drei Jahre meines Aufenthaltes in Berlin hatte ich mich von ihm zurückgezogen, da seine verderbten Grundsätze wie sein verkehrtes Benehmen mir ein Greuel wurden; und so mochten es wohl sieben Jahre sein, seitdem wir uns nicht gesehen hatten. «Endlich sind wir doch einig!» sagte er mir; «glauben Sie nur, im Herzen waren wir es immer weit mehr, als Sie gedacht haben. Wir waren verschiedener Ansicht über die Mittel, aber nicht über das Ziel. Ich konnte mich nicht für den Krieg erklären und dem Könige raten, ihn anzufangen, solange die Nation ganz und gar dagegen war. Jetzt verlangt sie ihn einmütig; unter den 10 oder 11 Millionen, die zu ihr gehören, ist kein Mensch, der anders dächte.» Er sprach hierauf von seinem Manifest und sagte, es sei bereits seit einer Woche vollendet; seitdem er aber erfahren, daß der König mich berufen, habe er nicht mehr daran rühren wollen, ohne meine Meinung darüber zu kennen. Hierbei überreichte er mir als Einleitung zu dem Manifest einen Brief, welchen er in des Königs Namen an den Kaiser Napoleon geschrieben hatte." Lombard bat, Gentz möge den Brief nebst einigen anderen Aktenstücken zu Hause durchlesen und nach dem Essen zu ihm zurückkehren, um dann zur Prüfung des Manifestes zu schreiten. Gentz fand an dem Tone des Briefes sowie an einzelnen darin erwähnten Punkten manches auszusetzen und verhehlte auch seine Ansicht nicht, als er 4 Uhr nachmittags zurückkehrte. Lombard nahm es freundlich auf, verteidigte sich nur schwach

[1] Auch Gentz hatte eine Ehe, freilich von kurzer Dauer, mit einem Fräulein Gilly geschlossen. Ein verwandtschaftliches Verhältnis zu Lombards Frau hat sich aber nicht feststellen lassen. Gentzens Mutter war eine Ancillon, die Tante des Ministers. — Am 28. Dezember 1792 schreibt Lombard an Laspeyres: „J'ai reçu le paquet de Mr. Gentz dont vous avez bien voulu soigner l'envoi, et suis charmé que ce jeune homme de mérite qui s'était fait tant de tort par ses liaisons et ses propos donne un témoignage éclatant des principes, qu'on ne lui croyait pas." Das übersandte Buch war vermutlich „Betrachtungen über die französische Revolution. Nach dem Englischen des Herrn Burke neu bearbeitet". Berlin 1793.

und beschränkte sich darauf, zu versichern, Gentz würde mit dem Manifest besser zufrieden sein. Dies las er darauf vor, und Gentz fand es in der That geschickter als den Brief und besser, als er erwartet hatte. In ausführlicher Darstellung suchte er durch eine Reihe von Beispielen zu beweisen, daß die französische Politik seit fünfzehn Jahren eine Geißel der Menschheit gewesen sei, und kam zu dem Schluß, daß der König nach langen Geduldsproben nicht ferner zögern dürfe, daß er die Waffen ergreife, um seine Monarchie vor dem sie bedrohenden Schicksal zu bewahren und das unglückliche Deutschland von dem Joche, unter dem es erliege, zu befreien.

Auf Lombards Vorschlag wurde das Ganze Abschnitt für Abschnitt besprochen. Ohne Widerrede, ja mit der größten Bereitwilligkeit ging er auf alles ein, was Gentz mit feinerem Gefühl für das Schickliche und nach einer verschiedenen politischen Auffassung ihm bemerken zu müssen glaubte; zuweilen bat er ihn auch, die Feder zu nehmen, um einer neuen Wendung des Gedankens schärferen Ausdruck zu leihen. Ganz gestrichen wurden einige Sätze, in welchen der König sich als Verdienst anrechnete, daß er bei der Wegführung des Herzogs von Enghien die öffentliche Stimme zum Schweigen gebracht und daß er die Anerbietungen Napoleons, welche Ludwig XVIII. zum Verzicht bewegen sollten, unterstützt habe. Ein Ausfall gegen die Seeherrschaft der Engländer hatte das gleiche Los. Am meisten Mühe verursachte am Schluß eine Stelle, welche dem Vertrauen Ausdruck gab, der Kaiser von Österreich werde, wenn es nicht anders geschehen könne, Preußen wenigstens mit seinen Wünschen unterstützen. Gentz fürchtete, diese Worte könnten Österreich bei Napoleon kompromittieren und deshalb auch gegen Preußen verstimmen. Aber er stieß auf heftigern Widerstand als bisher. Erst als er erklärte, er werde, wenn die Stelle stehen bliebe, Erfurt sogleich verlassen und sich von dem Manifest öffentlich lossagen, „sah Lombard ihn erstaunt an, ergriff nach kurzem Überlegen hastig die Feder und strich das Ganze durch“ [1].

[1] Gentz a. a. O. S. 266.

Unter solchen Erörterungen war es neun Uhr geworden. „Die Schrift, mit welcher wir uns befaßten", fährt Gentz fort, „war von äußerster Wichtigkeit. Vielfach mußte sie auf Preußens künftiges Schicksal von Einfluß sein, und doch hing es ganz allein von Lombard ab, sie zu entwerfen, zu verändern, zu verstärken oder mit mir wieder umzustoßen. Weder der König noch Graf Haugwitz noch sonst jemand wurde dabei irgendwie zu Rate gezogen; denn das Manifest blieb geradeso, wie es aus unsern Händen hervorgegangen war, und der König hat es nicht einmal wiedergesehen, bevor es gedruckt und veröffentlicht wurde."

„Als unsere Arbeit beendigt war, sagte mir Lombard, der König wolle den Degen nicht ziehen, ohne seine Beweggründe erklärt zu haben. Ich würde ihnen deshalb einen sehr großen Dienst leisten, wenn ich die Übersetzung soviel als möglich beschleunigte. Ich begann sie, sobald ich zu Hause war, und da ich die ganze Nacht darauf verwandte, war sie um acht Uhr morgens fertig."

Man sieht, in allem Wesentlichen rührt das Manifest von Lombard her; auch erlangte es niemals Gentzens volle Zufriedenheit. „Aber", bemerkt er, „wenn man die Schwierigkeiten erwägt, mit denen der Verfasser zu kämpfen hatte, so kann man nicht ohne große Ungerechtigkeit leugnen, daß es mit vielem Talent zusammengestellt war." Am wenigsten behagte es, wie sich denken läßt, den Franzosen; selbst Bignon, Lombards Freund, ist der Ansicht, daß es durch seinen leidenschaftlichen Ton die Zornesausbrüche in den Napoleonischen Bulletins, ja sogar die Schmähungen gegen die Königin Luise erkläre und beinahe entschuldige. Über den Verfasser war man nur kurze Zeit im Zweifel. Talleyrand schreibt am 20. Oktober an Napoleon, er sei mit der Widerlegung des Manifestes oder vielmehr des Libells beschäftigt, das die Herren [J. v.] Müller und Lombard veröffentlicht hätten[1]. Der französische Kaiser behauptete in dem Bulletin vom 27. Oktober 1806, das Manifest werde sogar von

[1] Bertrand a. a. O. S. 275.

den Berlinern als ein unpassendes Libell bezeichnet, und die Nation sei empört gegen den Verfasser, einen elenden, käuflichen Schreiber, Namens Gentz. Aber er ist gewiß nicht lange in diesem Irrtum geblieben, wenn er ihn überhaupt gehegt hat: denn man begreift, daß er in jedem Falle lieber seinen erklärten Gegner als den Mann, welcher als sein eifrigster Anhänger und Söldling verschrieen wurde, als Urheber so heftiger, in solchem Munde doppelt verletzender Angriffe bezeichnete. Als Bignon noch im Oktober 1806 aus Cassel nach Berlin gekommen war, fragte ihn der Kaiser: „Wer hat das Manifest verfaßt? Lombard?" Bignon erwiderte, er glaube eher, daß es das Werk von Gentz sei; Lombard würde ihm schwerlich einen solchen Charakter gegeben haben, vielleicht habe er es übersetzen müssen. „Ach was!", unterbrach ihn Napoleon, „die Manie der Phrasen!" Denn er wußte, setzt Bignon hinzu, daß Lombard an der Litteratur Geschmack fand und seinem schriftstellerischen Talent große Wichtigkeit beimaß[1].

Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß der Tadel des Bulletins für Lombards Arbeit das schmeichelhafteste Lob in sich schließt. In Deutschland ist das Manifest in der Folgezeit nicht nach Verdienst gewürdigt worden, weil es für eine Sache, welche den unglücklichsten Verlauf nahm, von einer Person, welche man zu schmähen gewohnt war, verfaßt wurde. Der Hauptfehler lag darin, daß die preußischen Vorwürfe nicht allein die fremde Gewaltthat, sondern, wie ein zweischneidiges Schwert, auch die eigene Schwäche trafen. Das empfand man schon, als das Manifest zwei Tage nach seiner Vollendung, am 9. Oktober, veröffentlicht wurde[2]. Dazu kam ein zweiter Fehler, der aber gleich dem

[1] Bignon a. a. O. V 450. In Cassel nannte der Kurfürst von Hessen im Gespräch mit dem zurückgebliebenen Gesandtschaftssekretär St. Genêt ohne Umstände Lombard als Verfasser. Bignon a. a. O. V 384.

[2] Am 8. Oktober brachte der frühere Gesandte in München, Freiherr v. Schladen, das Manifest nach Weimar in die Bertuchsche Buchdruckerei: am 10. übergab er an Haugwitz 500 Exemplare; am 11. wurden 1000 Exemplare des Manifestes und 3000 eines kurzen, von Gentz verfaßten königlichen Aufrufs unter die Truppen verteilt. Vgl. (Schladen,) Preußen in

genannten ebensosehr der preußischen Politik als dem Verfasser zur Last fällt. Das plötzliche Losschlagen im Oktober 1806 wird nicht ausreichend gerechtfertigt, weil es in der That nicht gerechtfertigt werden konnte. Lombard vermag als Grund nur anzugeben, man besitze die Beweise, daß Napoleon mit England auf der Grundlage des Rückfalls von Hannover verhandelt habe. Aber zunächst möchte es schwer geworden sein, diese Beweise wirklich vorzubringen, und dann fragte sich, ob darin ein ausreichender Grund zum Kriege lag, wenn Napoleon, wie er Lucchesini versicherte, eine Unterhandlung bezüglich Hannovers niemals ohne vorgängige Zustimmung Preußens zum Abschluß bringen wollte. Das Manifest Lombards zeugt beinahe in jeder Zeile von der innern Erregung des Verfassers. Man erkennt, daß Lombard auch in den politischen Betrachtungen das Gefühl vorwalten ließ. Es fehlte ihm die ruhige Überlegenheit, mit welcher Gentz in den österreichischen Manifesten von 1809 und 1813 den Gewaltsamkeiten Napoleons das Urteil sprach. Aber es ist ein so kräftiges Wort gegen die Zwingherrschaft des Eroberers, wie man es bis dahin selten gehört hatte, und könnte leicht den späteren Meisterarbeiten von Gentz als Vorbild gedient haben. Denn der Anlage nach sind die letzteren ihm durchaus ähnlich, und ich weiß nicht, ob Lombard einen Vorgänger fand, den er sich zum Muster nehmen konnte.

Bei der Besprechung der preußischen Politik scheint Lombard das Zweideutige seiner eigenen Stellung empfunden zu haben. Am folgenden Abend, als er Gentz wieder bei sich sah, brachte er das Gespräch alsbald auf seine persönlichen Verhältnisse. Zu seinen übrigen Leiden war noch ein heftiger Fieberanfall gekommen, so daß er den König gebeten hatte, ihn nach Berlin zurückkehren zu lassen. „Ich hatte", erzählt Gentz, „eine überaus merkwürdige Unterredung mit ihm und habe Sorge getragen,

den Jahren 1806 und 1807. Ein Tagebuch. Mainz 1845. S. 1, 4, 6. Beide Erlasse in deutscher Sprache abgedruckt in den Europäischen Annalen 1806 IV 107 ff., 125. Das Manifest deutsch mit nebenstehendem französischem Texte im Politischen Journal 1806 II 1008—1055.

kein Wort davon zu verlieren. Nachdem er über seine körperlichen Leiden geklagt, sagte er plötzlich: „ach! wenn Sie alles wüßten, was ich noch außerdem seit einigen Jahren und besonders in den letzten sechs Monaten erduldet habe! Man hat mich wie einen Verbrecher angeklagt und mißhandelt. Durch ganz Europa hat man mich als einen von Napoleon besoldeten Verräter ausgeschrieen. Von allen Seiten hat man konspiriert, um meine Entlassung und Bestrafung zu erlangen; alle Prinzen des königlichen Hauses, die Königin an ihrer Spitze, waren gegen mich im Bunde. Wenig fehlte, so wäre ich der Vorwand für eine wahre Meuterei geworden, die den König moralisch entthront haben würde, wenn er etwas weniger Festigkeit gezeigt hätte. Die, welche von mir sagten, ich sei bestochen, wußten nur zu wohl, daß ich es nicht sein konnte. Früher waren Sie ja mit meiner Lebensweise bekannt, sie ist immer dieselbe geblieben. Immer war ich so arm wie eine Kirchenmaus. Meine Frau hat kaum ein Zimmer, um einige Freunde zu empfangen; für mich selbst waren ein schlechter Lehnstuhl und eine Pfeife das Höchste, was ich bedurfte. Es ist wahrlich der Mühe wert, ein Schuft zu sein, um wie ein armer Teufel zu leben! Geradeso verhält es sich mit Haugwitz, er besitzt kaum die Mittel, die Ausgaben einer bescheidenen Haushaltung zu bestreiten, und ist dabei mit Schulden überhäuft. Nur die Wut eines gegen uns aufgeregten Volkes konnte eine so alberne Verleumdung gegen uns erfinden. Aber Thatsache ist, daß man seit zwei Jahren den Krieg wollte; ich wußte recht gut, daß er unvermeidlich sei. Von Monat zu Monat berechnete ich die wachsende Wahrscheinlichkeit; seit Ende des letzten Jahres entgingen wir ihm nur durch Kunstgriffe und verzweifelte Auskunftsmittel, wie alle diese verfluchten Verträge: endlich erkannte ich, die verhängnisvolle Stunde würde schlagen, und seien Sie gewiß, sie hätte diesmal geschlagen auch ohne die Intriguen des Herrn v. Stein und die Deklamationen des Prinzen Louis."

„Aber", sagte ich ihm, „wenn Sie von der Unmöglichkeit, den Krieg zu vermeiden, so fest überzeugt waren, so begreife ich

nicht, warum Sie so manchen entscheidenden Zeitpunkt versäumten, in welchem sich der König unter den vorteilhaftesten Aussichten darauf einlassen konnte?" Er erwiderte: „Fragen Sie Graf Haugwitz, fragen Sie Lucchesini, fragen Sie sogar von den gepriesenen Oppositionshelden diejenigen, welche ehrlich sein wollen, sie alle müssen Ihnen sagen, was seit langer Zeit meine persönliche Meinung gewesen ist. Es ist wahr — und ich mache Ihnen das traurige Geständnis —, einen Augenblick ließ ich mich täuschen von dem «Ungeheuer, das die Erde verwüstet». Als ich ihn im Jahre 1803 zu Brüssel sah, hat er mich gewonnen, viel weniger durch seine Schmeicheleien als durch die Bewunderung, welche er mir für die Größe und den Adel seines Charakters einzuflößen wußte, durch seine menschenfreundliche, friedliche Sprache, durch die Heuchelei, mit der er von Preußen und von seiner Zuneigung zu diesem Lande redete. Aber die Täuschung hat nicht lange gedauert; das Jahr 1803 war noch nicht zu Ende, als mein Traum entschwunden war, und seitdem hat sich meine Ansicht nicht wieder geändert. Ich sah ein, daß «dieser eingefleischte Teufel» seine entsetzliche Laufbahn bis zur Vernichtung alles Bestehenden verfolgen werde, und so oft sein frecher Charlatanismus auf einige gute Seelen noch Eindruck machte, geriet ich in Verzweiflung. Aber ich konnte nichts thun — Gott weiß, ich konnte nichts thun und andere nicht mehr als ich." „Gerade wollte ich ihn ersuchen, mir eine so auffallende Erscheinung zu erklären, als er mir mit den Worten zuvorkam: «Ich sehe alle Ihre Einwürfe voraus. Dieser Augenblick ist zu ernst für ein halbes Vertrauen; zudem, könnten Sie mich wirklich kompromittieren, ich stehe über der Furcht, denn ich fühle, daß ich dem Grabe nahe bin. Sie wundern sich, daß ich bei so vielen dringenden Beweggründen nicht auf einem Wechsel des Systems bestanden habe. Kennen Sie den König? Meine Rechtfertigung liegt ganz und gar in dieser Frage. Ich hätte Sie wohl an meinem Platze sehen mögen: was hätten Sie gethan, einen Herrscher zum Kriege zu bewegen, der schon den Gedanken daran verabscheut und der, was das schlimmste ist, sich

außer ſtande glaubt, ihn führen zu können? Das iſt das große Geheimnis unſerer Unentſchloſſenheit und aller unſerer Verlegenheiten. Die preußiſche Monarchie iſt nicht organiſiert wie andere Staaten. Bei uns müſſen zur Kriegszeit alle Regierungszweige in der Armee ihren Mittelpunkt finden. Der König kann demnach den Oberbefehl keinem andern anvertrauen; er wäre nichts mehr, wenn er nicht an der Spitze ſeiner Truppen erſchiene. Nun wohl, dieſer König, den niemand ſo ſehr ſchätzt und anbetet wie ich, hat das Unglück, kein geborener General zu ſein. Sogut wie andere ſah auch er ſeit langer Zeit, daß der gegenwärtige Stand der Dinge nicht dauern könne, daß er gern oder ungern den Degen ziehen müſſe. Aber er hat immer mit ſich ſelbſt kapituliert, immer hat er ſich geſchmeichelt, daß irgend eine Kataſtrophe, unabhängig von ſeinen Entſchlüſſen, das Problem löſen würde. Endlich, als die Verlegenheiten ſich mehrten, als das ganze Land mit lauter Stimme ein verändertes Syſtem forderte, als er den Augenblick kommen ſah, wo er mit ſeiner Meinung allein ſtehen würde, da gab er nach, doch ganz gegen ſeinen Willen; dafür ſtehe ich ein. Es wäre ein ſehr großes Unglück, wenn er noch jetzt widerrufen wollte; er kann es nicht einmal mehr; aber glauben Sie, ich wäre ohne Beſorgnis über den Ausgang? Ach, faſt wünſche ich mir Glück wegen meiner Gebrechen, weil ſie mir eine ehrenvolle Veranlaſſung geben mich zu entfernen. Die düſterſten Ahnungen quälen mich; könnte ich in Ihrer Seele leſen, ich würde ſie vielleicht darin wieder finden, — aber ich will nicht einmal wiſſen, was Sie darüber denken. Das Heer iſt ſchön und tapfer; doch wo iſt der mächtige Geiſt, ſeine Bewegungen zu leiten? Auch Sie hegen vermutlich nicht länger Vertrauen zu dem Herzog von Braunſchweig! Und welche Vorſtellung können Sie ſich von ſeinen Plänen machen? Möglich, daß meine körperliche Schwäche auch Mut und Hoffnung in mir vernichtet hat; aber wie es auch ſei, ich will nicht bei der Exploſion zugegen ſein; das erſte Unglück wäre hinreichend, mich zu töten. Mich in Berlin begraben zu laſſen, das iſt alles, was ich wünſche.» Er hatte

diese letzten Worte in höchster Aufregung gesprochen. Ich sah ihn völlig erschöpft und war nicht willens, ein Gespräch fortzusetzen, aus dem ich nur zu viel schon erfahren hatte; deshalb ergriff ich den ersten Vorwand ihn zu verlassen“[1]. Man kann nicht zweifeln, daß dies Gespräch im wesentlichen so stattfand, wie es Gentz aufgeschrieben hat, und daß es auch die Stimmung Lombards den Ereignissen der Vergangenheit und Zukunft gegenüber kennzeichnet. Nur das wird nicht buchstäblich zu nehmen sein, daß der preußische Kabinetsrat schon seit Ende des Jahres 1803 von dem Charakter und den Absichten Napoleons eine richtige, ja dieselbe Anschauung wie beim Ausbruch des Krieges gehabt habe. Unter dieser Voraussetzung wäre sein Benehmen in den Jahren 1804 und 1805 in der That nicht zu entschuldigen. Erst im Frühling 1806 gingen ihm die Augen auf. Jetzt erst erkannte er, daß er in Brüssel getäuscht worden sei, und in dieser Erkenntnis lag denn auch, wie Lucchesini zwei Tage darauf Gentz auseinandersetzte, ein Grund für die Erbitterung und die heftigen Reden Lombards gegen Bonaparte[2]. Am 8. hatte er sich wieder soweit erholt, daß er Gentz einen Besuch abstatten konnte; in einem langen Gespräche über Preußens Stellung zu England und Rußland suchte Gentz die erstere Macht gegen Lombards Vorwürfe zu verteidigen und ließ nicht undeutlich bemerken, daß man sich der thätigen Beihülfe Rußlands früher hätte versichern sollen. Lombard hatte vom König den erbetenen Urlaub erhalten; am 10. Oktober, nach einem heitern Mittagessen bei Haugwitz, nahm er von Gentz Abschied, um folgenden Tages nach Berlin zurückzukehren.

Aber die beiden Männer sollten sich noch einmal wiedersehen unter Verhältnissen, in welchen der Schleier, der eine unglückschwangere Zukunft bis dahin verhüllt hatte, schon teilweise gelüftet war. Der Brief des Königs an Napoleon war von Knobelsdorff übergeben worden, zugleich mit einer Note, welche

[1] Gentz a. a. O. S. 271 ff.
[2] Gentz a. a. O. S. 309.

den Rückzug der französischen Truppen aus Süddeutschland und volle Freiheit für die Bildung eines deutschen Nordbundes forderte; im Falle der Verweigerung sollten die Feindseligkeiten am 8. Oktober beginnen. Talleyrand nahm die Schriftstücke am 5. Oktober in Mainz in Empfang[1]; Napoleon war schon am 24. September zu seiner Armee nach Deutschland abgereist. Haugwitz und die preußischen Generale hatten gehofft, ihn zu überraschen, aber wieder war er es, der seine Feinde überraschte. Als er am 7. Oktober in Bamberg die preußischen Forderungen erhielt, stand er schon bereit, mit weit überlegener Heeresmacht in drei großen Massen nach Sachsen und Thüringen vorzugehn. Wir hörten, wie Lombard über den Herzog von Braunschweig dachte; nicht ohne Grund wurde seine Meinung von den meisten preußischen Generalen geteilt. Der Kriegsplan und noch mehr die Ausführung entbehrten jedes einheitlichen kräftigen Willens. Statt die Stellung der Franzosen durch einen Vorstoß nach dem Main zu gefährden oder in gesicherter Stellung in Sachsen ihren Angriff zu erwarten, gab man ihnen Gelegenheit, von der linken Seite her die preußische Armee zu umgehen und sie nicht allein von den Magazinen in Naumburg, Merseburg und Halle, sondern im Fall einer Niederlage von der Hauptstadt und den östlichen Provinzen abzuschneiden. Ohne der Gefahr ausreichend zu begegnen, gab der Herzog bei der Nachricht von dem Anrücken des Feindes Befehl, das Heer zwischen Erfurt, Weimar und Jena auf dem linken Ufer der Saale zu koncentrieren. Hohenlohe sollte mit dem linken Flügel bei Jena bleiben, die Corps von Blücher und Rüchel von rechts her an die Hauptarmee herangezogen, das Hauptquartier nach Blankenhayn in die Nähe von Weimar verlegt werden. Am 11. Oktober um 8 Uhr morgens brachen Haugwitz, Lucchesini, Gentz, Peter Lombard und andere Diplomaten von Erfurt nach Weimar auf; der ältere Lombard hatte eine Stunde früher die Reise nach Berlin angetreten. Schon

[1] Aufzeichnung Lucchesinis, bei Bailleu a. a. O. II 631; Talleyrand an Napoleon, 5. Oktober, bei Bertrand a. a. O. S. 257 ff.

auf dem Wege bemerkte Gentz, daß ein Brief, der Haugwitz beim Einsteigen übergeben war, üble Nachrichten enthalten müsse. Aber wie groß wurden erst Überraschung und Schrecken, als man um 11 Uhr Weimar erreichte. Niemals glaubte Gentz eine solche Verwirrung gesehen zu haben; die Straßen waren mit Gepäckwagen, Pferden, Soldaten und Offizieren jeder Gattung förmlich vollgepfropft. In dem Gedränge bemerkte er mit Erstaunen auch den Kabinetsrat Lombard. Blaß und bewegt näherte er sich Gentz und fragte, ob sein Bruder mit ihm in demselben Wagen gekommen sei. Hierauf trat er an den Kutschenschlag und sagte: „Wissen Sie schon, was sich ereignet hat? Wir haben eine Schlacht verloren, und Prinz Louis ist gefallen". Gerade während man an dem vorigen Tage heiter bei Haugwitz an der Tafel saß, hatte das Unglück der preußischen Armee begonnen. Die Vorhut des Hohenloheschen Flügels unter dem Prinzen Louis Ferdinand war bei Saalfeld von überlegenen Kräften angegriffen worden, der Prinz hatte, seinem Mute folgend, den Kampf nicht vermieden, war dann auf dem Rückzuge vom Feinde eingeholt, verwundet und, da er sich nicht ergeben wollte, erstochen worden. „Als ich diese Nachrichten vernahm", schreibt Gentz, „verließen mich meine Kräfte; ein Hoffnungsschimmer, der sich in meiner Seele noch verborgen hatte, schwand wie ein Traumgebild, und der Abgrund that sich vor mir auf"[1]. Gentz beschleunigte seine Abreise; am Nachmittag des 12. verließ er Weimar und gelangte auf einem Umwege — denn die gerade Straße war schon gefährdet — über Dessau und Wittenberg nach Dresden.

Wenig früher oder später muß auch Lombard aufgebrochen sein. Nachts sah er, wie erzählt wird, in der von den Franzosen schon besetzten Stadt Naumburg die Flammen auflodern; versprengte sächsische Husaren, die seinen Wagen anhielten, flößten ihm, da er sie zuerst für Franzosen ansah, Schrecken ein[2]. Die

[1] Gentz a. a. O. S. 326.

[2] Auch der Freiherr von Schladen begegnete am 13. Oktober auf dem Wege von Weimar nach Allstädt versprengten sächsischen Soldaten, die von Saalfeld kamen. Vgl. (Schladen,) Preußen in den Jahren 1806 und 1807. Ein

preußische Hauptstadt traf er bei seiner Ankunft am 15. noch in vorzeitiger Siegesfreude. Am 14. Oktober, dem Entscheidungstage, hatte sich in der That Hohenlohe bei Jena bis gegen Mittag so glücklich behauptet, daß der Fürst selbst auf den Sieg hoffte. Aber dann war durch das Eintreffen weit überlegener französischer Heeresteile der Rückzug unvermeidlich und allmählich zur Flucht geworden, die der spät heranziehende Rüchel nicht aufhalten konnte. Auch bei Auerstädt hatten die preußischen Truppen unter dem Könige und dem Herzog von Braunschweig in den Morgenstunden Vorteile errungen; aber nach der gefährlichen Verwundung des Herzogs war die Einheit des Befehls völlig geschwunden, und in vereinzelten Anstrengungen erschöpfte sich nutzlos die letzte Kraft. Beinahe aufgelöst, in stets wachsender Verwirrung, suchten die geschlagenen getrennten Heerhaufen auf weiten Umwegen Magdeburg und die Elbe zu erreichen, während die nächste Straße nach Berlin dem Feinde geöffnet war. Wenn Lombard von dem, was er auf der Reise gesehen und gehört hatte, erzählte, mußte es die Besorgnis steigern, welche seit dem 16. Oktober sich in Berlin zu verbreiten anfing. Am Morgen des 17. kam dann der Kapitän Dorville aus dem Hauptquartier mit Nachrichten für den Grafen Schulenburg, welche den ganzen Umfang der Niederlage und die Größe der Gefahr vor Augen stellten. Wozu die traurigen Ereignisse schildern, welche folgten? In der Sorge und Verzweiflung, von der die Bevölkerung ergriffen war, gedachte man auch mit doppelter Bitterkeit derjenigen, in welchen man die Anstifter des Unheils zu erblicken glaubte, vor allem Lombards, den man in der Nähe hatte. Abenteuerliche Gerüchte durchliefen die Stadt. Aufs neue wiederholte man, Lombard sei von den Franzosen bestochen; im Einverständnis mit Laforest habe er jede wirksame Vorbereitung zum Kriege verhindert, die Sendung Krusemarcks nach Petersburg verzögert und durch ab-

---

Tagebuch. S. 7. Ferner: Charakteristik Friedrich Wilhelms III. O. O. 1808. S. 206. Lombards Anwesenheit in Halle wird bezeugt durch das Schreiben des Legationssekretärs Hugo an Ompteda vom 13. Oktober 1806 in Omptedas Politischem Nachlaß I 192.

scheuliche Intriguen den rechtzeitigen Abgang der russischen Hülfstruppen hintertrieben. In seiner plötzlichen Rückkehr fand die öffentliche Meinung den Beweis, daß er auch vom Könige in Ungnade entlassen sei. Sein Haus wurde bedroht; man mußte ihm eine Schutzwache geben, und der Stadtpräsident Büsching erklärte ihm, daß er für seine Sicherheit nicht einstehen könne. Dazu kam noch die Besorgnis, die Franzosen würden, wenn sie in Berlin einrückten, den Verfasser des Manifestes nicht eben glimpflich behandeln. Lombard entschloß sich zur Abreise. Eiligst wurden einige der wichtigsten Papiere, Kleidungsstücke und Lebensmittel in zwei Koffer geworfen; schon am Nachmittag des 17. befand er sich mit seiner Frau, seinen beiden Söhnen und einem Diener auf dem Wege nach Stettin. Aber Schlimmeres, als dort seiner wartete, hätte ihm in Berlin nicht leicht widerfahren können. Die Königin, welche sich kurz vor der unglücklichen Schlacht schmerzlich aufgeregt in Weimar von ihrem Gemahl getrennt hatte, war auf der Flucht nach Stettin gekommen. In ihrer Begleitung befanden sich ihre Schwester, die Prinzessin Solms, ihre Schwägerin, die Prinzessin von Oranien, und Maria Paulowna, die Erbprinzessin von Weimar. In früheren Jahren war die Königin dem Lombardschen Ehepaare sehr gnädig gewesen; mit der jungen Frau hatte sie in den neunziger Jahren in Potsdam beinahe freundschaftlich verkehrt, nicht selten die kleinen Prinzen ihrer Aufsicht übergeben; auch in Lombards Nachlaß findet sich noch ein Stammbuchblatt von ihrer Hand. Aber seit dem Herbst 1805, seit der Anwesenheit des Zaren, als Lombard den Wünschen der Russen und der Kriegspartei entgegengetreten war, hatte er auch mehr und mehr den Unwillen seiner früheren Gönnerin sich zugezogen[1]. Mit Stein, Hardenberg und den Prinzen war die Königin entschiedene Gegnerin der Kabinetsregierung geworden, und je mehr sie ihrem Gemahl gegenüber ihren Worten und sogar ihren Gefühlen Halt gebieten

[1] Im März 1806 berichtet Alopäus, die Königin habe geäußert, sie würde gern 1000 Louisdor opfern, um den widerwärtigen Lombard los zu werden. Martens a. a. O. VI 375.

mußte, um so heftiger steigerte sich ihr Groll gegen den Diener, welcher als der Anstifter des Unheils galt. Während des Aufenthalts im Felde hat Lombard ihre Zuneigung schwerlich wieder gewonnen; hatte er sich doch, wie Gentz berichtet, in den härtesten Ausdrücken gegen ihre Anwesenheit im Hauptquartiere ausgesprochen. Sicher waren die Gerüchte über Lombards Verräterei schon in Stettin verbreitet, als er am Abend des 19. dort anlangte. Am folgenden Morgen um 10 Uhr stellte er sich der Königin vor. Anfangs fand er gnädiges Gehör, aber im Laufe der Unterredung traten die Prinzessinnen von Oranien und von Weimar herein. Lombard zog sich zurück, und nach einer Viertelstunde wurde ihm angekündigt, daß er auf Befehl der Königin verhaftet sei[1].

Man erzählt, die Erbprinzessin von Weimar habe die Königin zu diesem Schritt veranlaßt durch die Anschuldigung, Lombard habe wichtige Depeschen des Königs an ihren Bruder, den Kaiser Alexander, böswillig vierzehn Tage zurückgehalten[2]. Offenbar hat wieder die verspätete Sendung Krusemarcks zu solchen Vorwürfen Veranlassung geboten; aber in Wahrheit kam in Stettin wie in Berlin ein schon lange angehäufter Zündstoff zur Explosion. In verzweifelter Lage sind die Menschen nur zu geneigt, sich nach einem Opfer umzusehen, dem sich Schuld und Verantwortung aufbürden lassen. In Lombard glaubte man gefunden zu haben, was man suchte;

[1] Peter Lombard an Luccheſini, Graudenz 7. November, vgl. Beilage Nr. XXIV.

[2] Die Erbprinzessin hatte, nach Schladens Tagebuch S. 6, am 11. Oktober die Reise von Weimar nach Berlin angetreten. Der hanseatische Geschäftsträger Karl Ludwig v. Woltmann schreibt aus Berlin am 24. Januar 1807: „Lombard war auf der Flucht zugleich mit der Königin und der Erbprinzessin von Weimar in Stettin, als diese gegen jene äußerte, daß sie denselben arretieren lassen müsse als einen Landesverräter. Sie werde ihr einen Brief senden, woraus sich ergebe, daß er höchst wichtige königliche Depeschen an ihren Bruder, den Kaiser, vierzehn Tage zurückbehalten habe. In der Stunde, da der Brief ankommen sollte, läßt die Königin Herrn Lombard zu sich rufen und, als sie dessen Schuld durch den empfangenen Brief bewiesen glaubt, sogleich in Bande werfen.“ Gütige Mitteilung des Herrn Dr. Adolf Wohlwill aus dem Bremer Stadtarchiv.

der alte Argwohn erschien als Gewißheit, und unter den Beschimpfungen des Pöbels wurde der vermeintliche Verräter auf die Wache geführt. Gefangene mußten damals eine Behandlung ertragen, die man jetzt nur als Mißhandlung bezeichnen könnte; sie wurden entkleidet, mit peinlicher Genauigkeit untersucht, und es scheint nicht, daß Lombard etwas dieser Art erspart blieb[1]. Seine Frau hatte von seinem Schicksal noch keine Ahnung; um sie nicht zu erschrecken, hatte Lombard ihr sagen lassen, er habe Geschäfte und werde vor Abend nicht zurückkehren. Die Wahrheit erfuhr sie erst, als um Mittag der Landrat Krause, der Regierungsdirektor v. Hempel und der Lieutenant v. Alvensleben in ihr Quartier im „Englischen Hause" eintraten, um, gleichfalls auf Befehl der Königin, die Papiere des Verhafteten in Beschlag zu nehmen. Bald nachher erschienen zu gleichem Zwecke der Platzmajor v. Linckersdorff und der Hauptmann v. Blankenburg im Auftrage des Festungskommandanten, General von Knobelsdorff. Das Zimmer, der Wagen, die Koffer und sogar der Mantelsack des Bedienten wurden aufs genaueste untersucht, ein auf dem Tische liegendes Portefeuille versiegelt und mitgenommen, der versiegelte Koffer dem Gastwirt übergeben, der Diener von der Militärwache abgeführt. Der geängstigten Frau gestattete man nur, ihrem kranken, am Fieber leidenden Manne einen Mantel und das nötige Nachtzeug zu übersenden. Der Gastwirt erhielt Befehl, kein Mitglied der Lombardschen Familie ohne Genehmigung des Königlichen Gouvernements aus dem Hause zu lassen; doch sagte man der Frau, um sie zu beruhigen, es geschähe zu ihrer eigenen Sicherheit.

Noch am selbigen Tage setzte die Königin ihre Reise fort nach Küstrin, wo sie mit ihrem Gemahle zusammentreffen sollte. Unterwegs begegnete ihr Hardenberg, der, nachdem er in Berlin und auf seinen Gütern das Nötigste geordnet hatte, sich von

[1] Vgl. das folgende Schreiben des Königs. Auch Hardenberg bemerkt ausdrücklich, Lombard sei auf der Wache nicht milde behandelt worden. Ranke a. a. O. III 207.

Küstrin nach Danzig begeben wollte. Sie nötigte ihn, zu ihr in den Wagen zu steigen und nach Küstrin zurückzukehren, wo man am Abend des 20. um 10 Uhr anlangte[1]. Während der Fahrt erzählte die Königin von Lombards Verhaftung. „Ich bedauerte sie im stillen", schreibt Hardenberg, „denn ich sah voraus, daß dieser Schritt, der übereilt war, ihr Verdruß zuziehen würde." Auch der Königin mag diese Besorgnis aufgestiegen sein, so sehr, daß sie — wenn man der Erinnerung eines nahe Beteiligten trauen darf — bei ihrer Ankunft und den ganzen folgenden Tag dem Könige von der Begegnung mit Lombard keine Nachricht gab. Erst auf einem andern Wege erfuhr Beyme, daß Lombard zu Stettin auf der Wache hart und schimpflich behandelt würde. Entrüstet eilte er zum Könige, der mit Erstaunen fragte, wer so etwas befohlen habe. Jetzt trat die Königin, die sich in einer Ecke des Zimmers mit weiblicher Arbeit beschäftigt hatte, hervor und erwiderte ihrem Gemahl: „Lieber Freund, ich habe vergessen, es dir zu sagen; ich habe es befohlen, da man ihn allgemein als einen Verräter anzeigte." Der König stutzte, Beyme konnte sich nicht enthalten, von Mißbrauch des königlichen Ansehens zu reden, in so erregten Worten, daß er später meinte, sie seien ihm von der Königin niemals verziehen[2]. Die nächste Folge war, daß der König „An die Regierung und das Gouvernement zu Stettin" das folgende Schreiben abgehen ließ:

„In diesem Augenblicke vernehme Ich von Meiner Gemahlin,

[1] Hardenberg (Ranke a. a. O. III 208) nennt den 20. Oktober, Bassewitz a. a. O. I 321 den 22. Entscheidend ist die Aufzeichnung im Tagebuch der Gräfin Voß (S. 253). Vgl. auch Adami, Luise, Königin von Preußen. Berlin 1882. S. 192, 194.

[2] Die hier mitgeteilte Erzählung will Varnhagen von Ense im Jahre 1820 von Beyme selbst gehört haben (vgl. „Aus dem Nachlaß Varnhagens von Ense: Briefe von Chamisso, Gneisenau, Haugwitz u. a.". Leipzig 1867. II 237). Sie klingt an sich nicht gerade wahrscheinlich; der Aufenthalt des Königspaares wird zudem irrig nach Stettin statt Küstrin verlegt: desgleichen wird in einer kurz vorher (S. 232) mitgeteilten Erzählung die Konferenz vom 24. Januar mit einer andern vom 3. Januar verwechselt. Aber Varnhagens Angaben erklären vollkommen den sonst ganz unbegreiflichen Umstand, daß der König am 22. Oktober schreibt: er habe in diesem Augenblick von seiner Gemahlin die Verhaftung Lombards vernommen.

daß dieselbe genötigt gewesen, den Geheimen Kabinetsrat Lombard, um ihn gegen Verunglimpfungen zu sichern, in Arrest nehmen zu lassen. Da Ich nun Selbst am besten weiß, wie treu der p. Lombard Mir und dem Staate gedient hat, und daß die gegen ihn im Publikum ausgestreuten Gerüchte auf Unverstand und Verleumdung beruhen, so befehle Ich der Regierung und dem Gouvernement zu Stettin, den Lombard auf der Stelle in Freiheit zu setzen, das Publikum von der Ungerechtigkeit der Beschuldigungen, womit es diesen ausgezeichneten und verdienten Staatsdiener überhäuft, zu belehren und für die Sicherheit seiner Person und seiner Angehörigen die zweckmäßigsten Maßregeln zu nehmen.

Küstrin, den 22. Oktober 1806. F. W."

Am 23. morgens kam diese Anweisung durch Stafette in Stettin an, und man beeilte sich, Lombard nach beinahe dreitägiger Haft in Freiheit zu setzen. Er verlangte, daß man zu seiner eignen Legitimation die in seiner Mappe versiegelten Papiere durchsähe, insofern sie nicht „königliche und Staatssachen" beträfen. Zu diesem Zweck, berichtet das Protokoll, verfügten sich nachmittags um 5 Uhr der Major v. Linckersdorff und der Regierungsdirektor v. Hempel in die Wohnung Lombards. Die Mappe und der versiegelte Koffer waren bereits herbeigebracht, und die noch unversehrten Siegel wurden geöffnet. In der Mappe fanden sich außer den königlichen Papieren, die Lombard aufs neue versiegeln ließ, um sie dem Könige in diesem Zustande selbst zurückzugeben, nur einige Landkarten, Privatbriefe der Frau Lombard, Rechnungen und eine von Lombard am 1. April 1805 angefertigte Berechnung seines Vermögens, worin dasselbe auf 29 060 Thaler veranschlagt wird, ferner verschiedene Aktenstücke auf die Präbende in Herford und die Vikarie in Minden bezüglich, eine Anzahl von Privat- und Seehandlungsobligationen und Wechseln, endlich der erste Akt eines französischen Trauerspiels. Der Koffer enthielt nur Kleidungsstücke, Wäsche und Lebensbedürfnisse. Lombard bat sodann, man möge ihm die in dem königlichen Schreiben anbefohlene Genugthuung zu teil werden lassen und eine Abschrift des Protokolls für ihn aus-

fertigen. Die Abschrift hat sich bis heute unter seinen Papieren erhalten[1]; über die Genugthuung berichtet Hardenberg, man habe unter Trommelschlag bekannt gemacht, daß Lombards Verhaftung nur durch einen Irrtum veranlaßt sei. Damit war aber die Sache noch nicht zu Ende; denn als der König aus dem Bericht der Stettiner Behörden ersah, wie man seinen Kabinetsrat behandelt hatte, erließ er am 25. Oktober in heftigem Unwillen auch noch die folgende Kabinetsordre:

„S. Königl. Majestät von Preußen 2c. haben mit dem höchsten Befremden aus dem Berichte des Gouvernements zu Stettin vom 22. d. M. ersehen, daß dasselbe, statt, wie die Königin Meine Gemahlin verlangt hat, dem Geh. Kabinetsrat Lombard eine Wache zu seiner persönlichen Sicherheit gegen die Ausbrüche des leidenschaftlichen und durch Verleumdungen irregeführten großen Haufens zu geben, denselben förmlich arretiert, auf die Hauptwache gesetzt und wie einen Verbrecher behandelt hat. Allerhöchstdieselben lassen dem Gouvernement ein so hartes und so willkürliches Verfahren gegen einen Ihrer vertrautesten und redlichsten Diener hierdurch alles Ernstes verweisen, mit dem gemessensten Befehle, dem p. Lombard, der, wie S. Majestät hoffen wollen, sogleich wieder in Freiheit gesetzt sein wird, seine versiegelten Effekten und Schriften, dafern es nicht schon geschehen, auf der Stelle wieder herauszugeben und ihm mit all dem Anstande zu begegnen, der seinem Charakter und seiner Person gebührt, als wofür Sie das besagte Gouvernement verantwortlich machen.

Küstrin, den 25. Oktober 1806. F. W."

Gleichzeitig erging an Lombard eine Zuschrift, die den Absender nicht weniger als den Empfänger ehrt:

„Mein lieber Geheimer Kabinetsrat Lombard. Erst jetzt erfahre Ich aus den Berichten des Gouvernements zu Stettin vom 22. d. M., wie sehr dasselbe die von der Königin Meiner Gemahlin bloß zu Eurer eigenen Sicherheit verlangte Maßregel

[1] Die beiden Protokolle vom 20. und 23. Oktober in der Beilage Nr. XXIII.

mißverstanden hat. Ich habe dasselbe, wie Ihr aus der abschriftlichen Anlage ersehen werdet, sehr ernsthaft zurecht gewiesen und es für Eure fernere Sicherheit responsable gemacht. Dies und Eure Kenntnis, wie Ich die Verleumdung, womit Eure treuen Dienste gelohnt werden, würdige, sei Eure Genugthuung für das erlittene Unrecht, die Euch hierdurch vollständig widerfahren läßt Euer wohlaffektionierter König

Küstrin, 25. Oktober 1806. Friedrich Wilhelm."

Was Lombard in den nächsten Wochen erlebte, läßt sich nicht genau verfolgen. Daß er nicht zu dem Könige nach Küstrin berufen wurde, kann nicht wunder nehmen; wahrscheinlich begab er sich zuerst nach Kolberg. Hier erwartete ihn noch ein Nachspiel der Stettiner Vorgänge. Ein Berliner Schriftsteller, Friedrich v. Bülow, dessen Ähnlichkeit mit Lombard öfters auffiel, war wegen seines Buches über den Feldzug von 1805 im August verhaftet und in den letzten Tagen nach Kolberg geführt worden. Der Pöbel hielt ihn für den Kabinetsrat, bewarf ihn auf der Straße mit Kot, und Lombard mußte Zeuge sein, wie er selbst in der Person eines andern beschimpft wurde[1]. Wahrscheinlich lag in diesem Vorfall der Grund, weshalb auch in Kolberg die Rechtfertigung Lombards bei Trommelschlag öffentlich bekannt gemacht wurde. Bis zum 7. November etwa verweilte er in dieser Stadt[2]. Nicht lange nachher kam er vermutlich nach Köslin, wo er die Familie seiner Frau und, wie sich hoffen läßt, Ruhe und Muße fand, von so furchtbaren Schicksalsschlägen sich einigermaßen zu erholen.

[1] So erzählt Hardenberg bei Ranke a. a. O. III 246. Dasselbe berichtet Woltmann am 15. September 1807: „In Kolberg findet er den Markt voll Menschen. Der gefangene politisch-militärische Schriftsteller von Bülow war daselbst angekommen. Man steinigte ihn, weil man ihn für Lombard hält. «Hörst Du Deinen Namen, Vater?» fragt dessen Sohn, und der Vater entflieht leichenblaß mit dem Knaben." Gütige Mitteilung des Herrn Dr. A. Wohlwill.

[2] Vgl. den (o. S. 284) angeführten Brief Peter Lombards an Lucchesini.

II.

Unterdessen nahmen die Geschicke Preußens ihren Lauf. Als der König in Küstrin die eben mitgeteilten Befehle erließ, hatte er noch keinen klaren Blick für die Lage; er war noch erfüllt von der Hoffnung, unter erträglichen Bedingungen bald wieder Frieden zu erlangen. Der Unstern, welcher damals über Preußen waltete, hatte es auch gefügt, daß ein Schreiben Napoleons vom 12. Oktober, noch im versöhnlichem Tone gehalten, gerade am Morgen des 14. in die Hände des Königs gelangte. Den Kampf konnte es nicht mehr aufhalten; aber gewiß hat es nicht wenig beigetragen, daß man, statt die äußersten Kräfte anzuspannen, den erbarmungslosen Sieger durch Bitten und Verhandlungen zu erweichen suchte. Schon am Tage nach der Schlacht ließ der König durch seinen Adjutanten, den Grafen Dönhof, um Waffenstillstand bitten, und als dies Ansuchen vergeblich blieb, schickte er am 18. aus Magdeburg, wo er mit Haugwitz, Beyme und Lucchesini zusammengetroffen war, den letztgenannten mit einem Friedensantrag an Napoleon. Aber Lucchesini wurde nicht einmal vorgelassen, und Duroc, der in Kemberg mit ihm zusammenkam, forderte die Abtretung aller preußischen Gebiete links von der Elbe, Ausschließung Preußens von jeder Verbindung mit den übrigen deutschen Staaten, welche sämtlich in dem Rheinbunde vereinigt werden sollten, und eine Kriegsentschädigung von 100 Millionen Franken. Der Herzog von Braunschweig und der Prinz von Oranien sollten ihre Länder verlieren. Erst am 25. Oktober in Küstrin erhielt der König durch einen Bericht Lucchesinis von diesen harten Bedingungen Kenntnis; um eine Milderung zu erlangen, sandte er tags darauf den General Zastrow ins französische Hauptquartier, während er selbst von Küstrin, wo seine Sicherheit schon bedroht wurde, sich nach Stargard begab. Aber Napoleon blieb bei den durch Duroc mitgeteilten Bedingungen, und während man noch unterhandelte, verschlechterte sich die Lage Preußens von Tag zu Tag. Eine Reihe nachteiliger Gefechte vollendete die Auflösung des Heeres; ja aus dem Or-

zanismus des Staates schienen Leben und Thätigkeit zu entweichen. Beinahe ohne Widerstand kamen die Franzosen am 24. Oktober nach Potsdam; Spandau ergab sich am folgenden Tage, ohne einen Schuß zu thun; am 27. hielt Napoleon seinen prunkvollen Einzug in Berlin. Und nun geschah das Ärgste: der Fürst Hohenlohe, einst durch Tapferkeit und Thatkraft hervorleuchtend, wurde bei dem Versuche, die Trümmer des geschlagenen Heeres nach Stettin zu retten, bei Prenzlau von französischen Heerhaufen eingeholt; falsche Vorspiegelungen, besonders die Fassungslosigkeit seines Generalquartiermeisters Massenbach, bewogen ihn am 28. Oktober zu einer schmachvollen Kapitulation, die weiter zur Folge hatte, daß auch Stettin tags darauf mit einer Besatzung von 5000 Mann und reichen Vorräten ohne Widerstand sich ergab. Unter dem Drucke solcher Ereignisse erklärten sich Lucchesini und Zastrow am 30. Oktober zu Charlottenburg bereit, die französischen Forderungen als Grundlage einer Friedensverhandlung anzunehmen[1]. Der König hatte sich indessen nach Graudenz begeben; hier wurde am 6. November eine Konferenz berufen, an welcher die Minister Haugwitz, Stein, Schulenburg, Voß und Schrötter, die Brüder des Königs und die Generale Kalckreuth, Geusau, Laurens, Phull, Köckritz, der Oberst Kleist und als Protokollführer Beyme teilnahmen. Man entschied sich für die Annahme der Bedingungen, sogar, wenn es gefordert würde, für den Eintritt in den Rheinbund, und der König suchte in einem Briefe an Napoleon noch einmal den Ton alter Freundschaft und Vertraulichkeit anzuschlagen[2].

[1] Ranke a. a. O. III 219 ff. Höpfner, Der Krieg von 1806 und 1807. I² 387.

[2] Höpfner a. a. O. I² 389. Auch Haugwitz in einem Briefe an Lucchesini vom 7. November (zum Teil bei Bailleu a. a. O. II 578) verfällt mehr als wünschenswert in diesen Ton. Nach der Versicherung, er habe seit 12 Jahren die Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu befestigen versucht, empfiehlt er sich Duroc, der unter allen Umständen einer seiner besten Freunde sei. Er dankt für die Sorge um sein Haus, empfiehlt für den möglichen Fall seine Besitzungen in Oberschlesien. „Ce même Comte Haugwitz, dont Napoléon a daigné faire mention hono-

Allein die Lage war inzwiſchen abermals verändert. Am 1. November hatte ſich Küſtrin ergeben, eine Woche ſpäter folgte Magdeburg mit einer Beſatzung von 24000 Mann; am 7. November mußte auch Blücher mit dem letzten Reſt der preußiſchen Armee, die nach Thüringen gezogen war, bei Lübeck kapitulieren. So unerwartete, unberechenbare Erfolge ſteigerten Napoleons Anſprüche, wie er denn überhaupt nicht leicht bei dem einmal Erlangten ſtehen blieb, ins ungemeſſene. Als die preußiſchen Unterhändler um Entſcheidung baten, wurden ſie an Talleyrand gewieſen, der zu Anfang des Monats nach Berlin gekommen war. Dieſer erklärte, die Abſichten des Kaiſers über Zeitpunkt und Inhalt des Friedens ſeien noch nicht feſt beſtimmt, und am 16. November übergab Duroc einen neuen Entwurf nicht für den Frieden, ſondern nur für einen Waffenſtillſtand. Danach ſollten alle preußiſchen Truppen ſich hinter die Weichſel zurückziehen, Thorn, Graudenz, Kolberg und Danzig, ferner Hameln, Nienburg und der größte Teil von Schleſien mit Glogau und Breslau den Franzoſen zufallen und die Verhandlungen ohne jede vorläufige Zuſicherung in Charlottenburg fortgeſetzt werden. Damit nicht genug! Preußen ſollte die heranziehenden Ruſſen zum Rückzug über ihre Grenzen nötigen und während der Verhandlungen keine fremden Truppen in ſein Gebiet einlaſſen. Es waren Bedingungen, die Preußen aller Sicherungsmittel und zugleich ſeines einzigen Verbündeten beraubten und es wehrlos dem Willen des Siegers unterwarfen. Napoleon nahm die in Potsdam in den Gemächern des Königs und der Königin gefundenen Papiere zum Vorwand, ſeine früheren Anerbietungen als nichtig zu betrachten. Die Inſurrektion der polniſchen

---

rable à son entrée dans la capitale, oserait-il se flatter, qu' il lui serait permis de compter pour tous les cas sur les soins officieux de son ami le Maréchal Duroc?“ Sein Hausmeiſter ſoll Talleyrand aufs beſte empfangen, ihm die Zimmer nach dem Garten anweiſen. Lucheſini kann ihm ſagen, er hätte ihm ſeine Ananas lieber nach Paris geſchickt, aber, da es einmal ſo ſei, möge er ſie nur in Berlin ſich ſchmecken laſſen. Man ſoll Talleyrand mit allem Aufwand aus der königlichen Küche ſpeiſen. Preuß. Geh. St.-A.

Provinzen hatte bereits begonnen; Talleyrand drohte, die eroberten preußischen Provinzen würden französischen Vasallen übergeben werden; es hat sich sogar der Entwurf einer Proklamation erhalten, in welchem die Absetzung des Hauses Hohenzollern ausgesprochen war, und die französischen Bulletins verkündeten öffentlich, die französische Armee werde Berlin und Polen nicht verlassen, bis die Moldau und Wallachei wieder unter die Oberherrlichkeit der Pforte gestellt und im allgemeinen Frieden die holländischen und spanischen Kolonieen von England zurückgegeben seien[1]. So ungünstig dies alles lautete, Lucchesini und Zastrow zögerten doch nicht, gleich am 16. November, um noch Schlimmeres zu vermeiden, die Bedingungen zu unterzeichnen. Es fragte sich, ob der König die Genehmigung erteilen würde.

Friedrich Wilhelm hatte sich am 16. November von Graudenz nach Osterode begeben, um den heranziehenden russischen Truppen näher zu sein. Es handelte sich darum: wollte Preußen sein Geschick in die Hände Napoleons legen und im günstigsten Falle seine Erhaltung durch das Opfer seiner Unabhängigkeit erkaufen, oder sollte der Kampf im Anschluß an Rußland fortgesetzt werden. Gerade in diesen Tagen war ein Schreiben Alexanders vom 3. November eingetroffen, worin er den König in den dringendsten Worten zur Standhaftigkeit aufforderte, mit dem Versprechen, ihm an der Spitze von 140000 Mann zu Hülfe zu kommen[2]. Unmittelbar gab dies Schreiben den Ausschlag, aber vielleicht noch mehr der Charakter des Königs. Wir sahen, wie er die Nachgiebigkeit gegen Frankreich vor und nach dem Ausbruch des Krieges soweit als irgend möglich ausdehnte. Wir sahen aber auch, wie ihn das Gefühl seiner Herrscherwürde nach der Aufhebung Rumbolds und bei den Verhandlungen über Hannover zu Entschlüssen führte, vor denen mancher andere wohl zurückgeschreckt wäre. Die letzten Forderungen Napoleons zeigten nur zu deutlich, daß er ein unabhängiges Preußen nicht mehr dulden

[1] Höpfner a. a. O. I$_2$ 391; Bailleu a. a. O. II 581; Bulletin vom 10. November, Corresp. de Napoléon I., XIII 635.

[2] Ranke a. a. O. III 223, 228, IV 47; Höpfner a. a. O. II$_2$ 3.

würde; dagegen empörte sich das Selbstgefühl des Königs. Er war schon entschlossen, als am 20. und 21. November abermals eine Konferenz in Osterode zusammentrat. In dieser stimmte die Mehrheit, Prinz Heinrich, Kalckreuth, Geusau, Laurens, Klein und die Minister Haugwitz und Schrötter für die Annahme, die Minister Stein und Voß, ferner Köckritz und Beyme für die Verwerfung. Beyme führte aus, Napoleon werde die Anwesenheit der russischen Truppen in Südpreußen wahrscheinlich zum Vorwand nehmen, den Waffenstillstand alsbald wieder zu kündigen, und die Auslieferung der Festungen sei dann vergeblich gewesen. In Neuostpreußen werde, da man es von Truppen entblößen müsse, die Insurrektion sich verbreiten und diese Provinz während des Waffenstillstandes verloren gehen; endlich werde — was auch Stein hervorhob — Napoleon zur Erleichterung des Friedens mit Rußland und England über die preußischen Provinzen verfügen. Gewiß hat der Geheime Kabinetsrat nur ausgesprochen, was ihm als die Ansicht des Königs bereits bekannt war. Friedrich Wilhelm verwarf den Waffenstillstand. Duroc, der am Morgen des 22. in Osterode ankam, um die Ratifikationen auszuwechseln, kehrte mit dieser Antwort tags darauf zu Napoleon zurück, und der König begab sich beinahe gleichzeitig nach Pultusk in das Hauptquartier des Generals Bennigsen, um die russischen Hülfstruppen zu mustern[1].

Es war einer der folgenreichsten Beschlüsse in der Geschichte Preußens; die Existenz des Staates stand auf dem Spiele. Nach jeder Richtung traten sogleich die eingreifendsten Wirkungen hervor. Bis dahin war Preußen in den großen Kriegen Europas gegen die Revolution neutral geblieben, dann ohne rechte Einigung mit dem Zaren in den Streit gegangen und nach den ersten Unglücksfällen zu dem Versuche zurückgekehrt, sich mit Frankreich wieder zu einigen. Erst in Osterode entschied man sich bestimmt für die Verbindung mit Rußland, die dann mit

[1] Ranke a. a. O. III 231 ff., IV 47; das Protokoll V 398: Schlaben a. a. O. S. 55 ff.

unerheblichen Unterbrechungen mehr als siebzig Jahre gedauert und die Geschicke Europas während dieser Zeit zum großen Teil bestimmt hat. Aber wie sollte man sich den gewaltigen Mitteln Napoleons gegenüber behaupten? Die meisten Festungen waren gefallen; nur allmählich konnte ein kleines Heer in den wenigen noch gebliebenen Provinzen gesammelt werden; hätte Stein nicht den Schatz aus Berlin nach Königsberg gerettet, es wäre unmöglich geworden, den Krieg weiterzuführen[1]. Hatte man schon früher den Zusammenhang der einzelnen Verwaltungszweige und ein kräftiges gemeinsames Wirken vermißt, wie groß mußte die Unordnung werden, nachdem die Franzosen den Hauptsitz der Behörden in ihre Gewalt gebracht hatten! Vor der Abreise des Königs, am 17. September, hatte man durch eine von Beyme entworfene Instruktion aus den in Berlin zurückbleibenden Ministern einen „großen Staatsrat" als Vereinigungspunkt für die innern Landesbehörden gebildet, aber mit so beschränkten Befugnissen, so abhängig von dem königlichen Kabinet, daß Stein ärgerlich jede Beteiligung ablehnte und sich mit Krankheit entschuldigte[2]. Von wirksamen Anordnungen dieser Behörde hat denn auch niemals etwas verlautet, und schon am 3. November mußte sie einer von Napoleon eingesetzten Generaladministration weichen. Auch im Ministerium des Auswärtigen nahm die Verwirrung überhand. Von den

[1] Nachrichten darüber bei Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg vor 1806. Leipzig 1847. S. 543 und Die Kurmark Brandenburg von 1806 bis 1808. Leipzig 1851. I 329, 361.

[2] Stölzel a. a. O. II 369. Größere Befugnisse verleiht am 24. Mai 1790 die „Instruktion für den großen [im Unterschied von dem kleinen oder Justiz-] Staats-Rat, die Landes-Administration während Meiner [Friedrich Wilhelms II.] Abwesenheit im gegenwärtigen Kriege betreffend". Am 17. September 1806 ergeht an Schulenburg die von Beyme entworfene Kabinetsordre über die Geschäftsführung während der Abwesenheit des Königs. Gleich nach der Abreise soll der Staatsrat berufen, aber die öffentliche Bekanntmachung bis zum wirklichen Ausbruche des Krieges ausgesetzt werden. Durch eine am 20. September an den Minister v. Voß gerichtete Kabinetsordre wird Schulenburg als Gouverneur von Berlin von dem Präsidium des Staatsrats dispensiert und dasselbe an Voß übertragen. Pr. Geh. St.-A.

Beamten waren die meisten in Berlin zurückgeblieben; Lombard wurde durch Krankheit ferngehalten; Haugwitz begleitete den König auf der beschwerlichen Reise von Küstrin nach Graudenz, dann in die kleinen Orte von Westpreußen. Aber er scheint Fassung und Arbeitskraft eingebüßt zu haben. Es kam vor, daß der König, als er von Küstrin abreiste, die Vollmacht für Zastrow nicht unterschrieben hatte, so daß ein Feldjäger mit dem Schriftstück ihm nachgesandt werden mußte; selbst die Schlüssel der Chiffren waren in Berlin vergessen, und die eingehenden Depeschen konnten zuweilen nicht einmal gelesen werden. Das Schreiben, in welchem der König von dem in Osterode gefaßten Beschlusse Kenntnis gab, ging erst fünf Tage später, am 26. November, nach Petersburg ab[1]. Daß die Mißstimmung gegen Haugwitz nach den Unglücksfällen, die man nicht zum wenigsten ihm zur Last legte, sich steigerte, ist begreiflich; aber seine Beziehungen zum Könige blieben unverändert. Erst die Entscheidung vom 21. November ließ eine durchgreifende Meinungsverschiedenheit hervortreten. Da Preußen nunmehr ganz auf die Hülfe Rußlands angewiesen war, konnte ein Minister, gegen welchen der Zar seine Abneigung so oft und so offen ausgesprochen hatte, zur Führung der Geschäfte nicht mehr geeignet erscheinen; Haugwitz hatte zudem für den Waffenstillstand, also für die Lösung der Beziehungen zu Rußland gestimmt; Gründe persönlicher Art, ein Augenleiden, der Wunsch, seine in Schlesien gelegenen Güter während des Krieges nicht ohne Aufsicht zu lassen, mögen mitgewirkt haben. Schon am 21. November erzählte man sich, Haugwitz habe um seine Entlassung gebeten; zwei Tage später macht er selbst Lucchesini diese Mitteilung. Er sei halb blind, setzt er hinzu, der König ehre ihn noch immer durch sein Vertrauen, stehe aber unter dem Drucke eines alles Maß überschreitenden Mißtrauens einer fremden Macht[2]. Einige Tage blieb jedoch der Minister noch in

[1] Schladen a. a. O. S. 22, 44, 60.

[2] Haugwitz an Lucchesini, 23. November, Bailleu a. a. O. II 581. Er schreibt von „confiance du maitre, gêné par l'empire qu'exerce

seiner Stellung, erst am 30. reiste er von Ortelsburg, wohin der König sich vier Tage früher begeben hatte, über Warschau nach Schlesien[1], diesmal, um nicht wieder zurückzukehren.

Wer sollte ihn ersetzen? Am nächsten lag es, an Hardenberg zu denken, welchen Haugwitz in der That als seinen Nachfolger empfahl. Aber schon der noch andauernde Zwiespalt zwischen ihm und Beyme war seiner Wiederanstellung nicht günstig; auch der König scheint nach den Vorgängen im September eine Art von Abneigung gegen ihn gehegt zu haben. In Küstrin behandelte er ihn kalt und ließ ihn nach Danzig abreisen, ohne von Staatsgeschäften mit ihm zu reden; auch zu den Beratungen in Graudenz und Osterode wurde Hardenberg nicht zugezogen. Schon am 20. November hatte der König durch Beyme und Köckritz dem Freiherrn vom Stein das Ministerium des Auswärtigen antragen lassen[2]; Stein lehnte jedoch ab, weil es ihm an Kenntnis der Sachen und Formen mangele; er schlug den Grafen von der Goltz, den Gesandten in Petersburg, vor. Am 29. November erhielt er in Königsberg ein erneutes Anerbieten von nicht ganz gleichem Inhalt. Der König schrieb, Graf Haugwitz müsse sich wegen eines Augenleidens auf eine Zeit lang den Geschäften entziehen; Stein möge das Ministerium interimistisch übernehmen; er genieße das Vertrauen der Höfe, mit denen der König jetzt die nächste Verbindung unterhalte, und werde die Geschäfte gewiß so führen, wie es die Lage des Staates erfordere. Was

la défiance la plus déreglée peut-être, dont jamais on a eu exemple de la part d'une cour étrangère." Daß diese Worte nicht zu stark sind, beweist der bei Martens a. a. O. VI 392 mitgeteilte Schriftwechsel, durch welchen der russische Hof, zeitweise durch die Vermittlung der Königin, im September, Oktober und November die Entfernung des Grafen Haugwitz, Beymes und Lombards herbeizuführen suchte. Mit dem Briefe an Lucchesini stimmen die ausführlichen Mitteilungen überein, welche Ompteda in einer vertraulichen Unterredung von Lucchesini Ende Januar 1807 in Wien erhielt. Vgl. Omptedas Politischen Nachlaß I 249.

[1] Schladen a. a. O. S. 58, 60, 64.

[2] Pertz a. a. O. I 359.

der König durch die nur zeitweilige Übertragung des Ministeriums bezweckte, erkennt man deutlich aus einem beigelegten Schreiben Beymes. Das Interimistikum, heißt es darin, sei dem Könige besonders um des Grafen Haugwitz willen erwünscht; er besorge, daß man den Abgang des Grafen im In und Auslande ebenso ungünstig wie den Abgang Lombards beurteilen werde, nämlich als sei er in Ungnade erfolgt oder durch fremden Einfluß erzwungen worden[1]. Für Stein lag in dieser Erwägung kein Grund, seine Meinung zu ändern. In seiner weitausholenden, mehr als nötig lehrhaften Antwort begründete er die Ablehnung von neuem durch seine Unkenntnis des diplomatischen Geschäftsganges. In Hardenberg, meint er, besitze der König einen durch seine persönlichen Eigenschaften sowie das Vertrauen und die Wünsche des russischen und englischen Hofes vorzüglich zu empfehlenden Minister des Auswärtigen. Zum Schluß wiederholt er, was seit dem Frühjahr den Gegenstand so vieler Erörterungen gebildet hatte, die Klagen über das königliche Kabinet. Abhülfe sei nur möglich, wenn der König unmittelbar mit einem aus den Ministern zusammengesetzten Staatsrate die Geschäfte leite[2]. Friedrich Wilhelm, in nicht geringer Verlegenheit, gab zum Teile nach. Durch Beyme ließ er eine Denkschrift ausarbeiten, der zufolge an Stelle des von Stein vorgeschlagenen Staatsrates die Minister des Auswärtigen, des Krieges und ein Direktorialminister der inneren Angelegenheiten in unmittelbaren Verkehr mit dem Könige treten und in einem Conseil die wichtigsten Staatsangelegenheiten erledigen sollten. Nur die Hülfe eines Kabinetsrates wollte der König nicht aufgeben und von Beyme sich nicht trennen; daher der Zusatz: zur Führung des Protokolls und zur schleunigen Ausfertigung der königlichen Befehle solle ein Kabinetsrat an dem Conseil teilnehmen. Die übrigen Geschäfte im Kabinet und in den Departements sollten den bis-

[1] Die beiden Schreiben im Journal der Kabinetsordres vom 15. September bis 30. Dezember 1806, auch bei Pertz a. a. O. I 362.

[2] Pertz a. a. O. I 363; das Datum fehlt.

herigen Gang beibehalten. Beyme verfehlte auch nicht, die von Stein gegen das Kabinet erhobenen Vorwürfe ausführlich zu widerlegen. Er meint, das Kabinet habe vieles Gute angeregt, niemals einen Fortschritt verhindert und die Einheit der Verwaltung aufrechterhalten. Aber was unter dem gegenwärtigen Könige nützlich gewesen sei, könne unter einem andern auch einmal gefährlich werden; deswegen empfehle sich die nunmehr vorgeschlagene Veränderung[1]. Man sieht: die Gegensätze, durch welche die Denkschrift vom 2. September veranlaßt war, treten hier abermals hervor, und auf die Urheber jener Denkschrift, auf Hardenberg, Stein, Rüchel, wurde der König durch die Macht der Verhältnisse jetzt von neuem hingewiesen.

Er hatte am 7. Dezember den von seinen Wunden genesenen General Rüchel zum Gouverneur der Provinz Preußen ernannt. Ihm dachte er auch das Kriegsministerium zu übertragen, Stein zum Direktorialminister für das Innere zu ernennen. Die Berufung Hardenbergs hätte er gern vermieden; aber ein Ersatz war nicht leicht zu finden, und Rüchel wußte die Abneigung des Königs, der am 10. Dezember in die Hauptstadt gekommen war, zu überwinden. Hardenberg, der seit mehreren Wochen zurückgezogen in Königsberg geweilt hatte, stand gerade im Begriff, weiter nach Memel zu reisen, als er am 13. von Rüchel die Nachricht erhielt, daß man ihm das Ministerium des Auswärtigen zu übertragen denke. Wäre nur der lange Hader dadurch zum Abschluß gekommen! Aber die drei bevorzugten Männer, insbesondere Stein und Hardenberg, gaben sich noch nicht zufrieden. In der Beibehaltung des Kabinets, in der Stellung Beymes als Protokollführer des Conseils glaubten sie den Plan zu erkennen, das frühere Verhältnis unter wenig veränderten Formen bestehen zu lassen. Noch am Abend begaben sich Rüchel und Hardenberg zu Stein, den eine Krankheit zu Hause hielt. Hardenberg begleitete die Denkschrift Beymes mit einer Reihe bitterer Bemerkungen und entwarf ein Gutachten, welches, von

[1] Beymes Denkschrift aus Wehlau v. 10. Dezember bei Pertz a. a. O. I 374 ff. und mit Hardenbergs Bemerkungen bei Ranke a. a. O. V 402.

ihm, Stein und Rüchel unterzeichnet, dem Könige überreicht werden sollte. Darin war das von Beyme vorgeschlagene Conseil angenommen, aber die Abschaffung des königlichen Kabinets und die Entlassung der gegenwärtigen Kabinetsräte gefordert. Hardenberg bemerkte noch in einer sehr scharf gehaltenen Beilage: über Beyme und Lombard sei bei den auswärtigen Höfen die nachteiligste Meinung tief eingewurzelt; man glaube, daß sie den König regierten; er sei fest entschlossen, die Leitung der Geschäfte nicht zu übernehmen, solange diese beiden Männer in ihren Stellen verblieben und ein Kabinet neben dem Kabinetsministerio fortdauere[1].

Rüchel zögerte jedoch, das Gutachten zu überreichen, weil er wünschte, daß der König selbst die Sache wieder anregen möge. Unterdessen kamen Lucchesini und Zastrow am 16. Dezember aus Berlin zum Könige zurück. Der General hatte in Posen Napoleon gesprochen und die Äußerung vernommen, wenn die Russen geschlagen würden, so gäbe es keinen König von Preußen mehr. Er brachte einen drohenden Brief Napoleons mit und widerriet dem Könige in dringenden Worten, das Ministerium des Auswärtigen an Hardenberg zu übertragen, weil man dadurch Unterhandlungen mit Napoleon unmöglich mache. Besser würden Stein die äußeren, Hardenberg die inneren Angelegenheiten zugeteilt. Für diesen Vorschlag suchte Graf Schulenburg, welchen der König zum Vermittler gewählt hatte, im Laufe des 18. Stein und Hardenberg zu gewinnen. Aber aus einer Instruktion, die vom Könige tags vorher, am 17. Dezember, an Rüchel geschickt war, hatten beide ersehen, daß Beyme nicht bloß in dem Conseil das Protokoll führen, sondern auch die für das Conseil bestimmten Sachen auswählen und jedem der drei Minister das ihm Zukommende überweisen sollte. Der Kabinetsrat wäre dadurch in der That zu einer Art von Präsidenten geworden. Schon aus diesem Grunde war Hardenberg zur Ablehnung entschlossen. Schulenburg gegenüber führte er aus, als Minister des Innern würde er Napoleon, der seinen

[1] Ranke a. a. O. III 240; das Gutachten vom 14. Dezember bei Pertz a. a. O. I 377 ff., 384 ff.

geheimen Einfluß fürchten müßte, erst recht unangenehm und verdächtig sein; weit besser könne er als Minister des Auswärtigen offen mit ihm unterhandeln und dann, da er das Vertrauen Rußlands und Englands besitze, auch von diesen leichter ein Zugeständnis für den Frieden erlangen. Wenn man aber auf die Angaben Zastrows so großes Gewicht lege, so möge man doch ihm das Ministerium des Auswärtigen übertragen. Schulenburg, der, wie es scheint, für Hardenberg wenig eingenommen war, beeilte sich, die hingeworfene Äußerung als einen wohlbedachten Rat dem Könige vorzutragen, und dieser, wahrscheinlich erfreut, sich in solcher Weise des unbequemen Ratgebers ganz entledigen zu können, ernannte noch am 18. Dezember Zastrow interimistisch zum Minister des Auswärtigen. Das Ministerium des Innern mußte dann an Stein fallen; aber man kannte ihn wenig, wenn man glaubte, er würde unter solchen Bedingungen an der neuen Organisation sich beteiligen. Schon am 17. hatte er in einem Briefe an Hardenberg in seiner bestimmten Weise erklärt: „Kein Kabinet, kein Einfluß eines Subalternen, kein Ministerium ohne Sie; wir müssen durch unsere Verbindung die Intriguen der Herren Beyme ꝛc. zu nichte machen." Am Morgen des 18. wird er im Gespräche mit Schulenburg seine Ansicht nicht verhehlt haben, und nachmittags wiederholte er ihm auch schriftlich die Erklärung, er würde an dem Conseil niemals ohne Hardenbergs Eintritt sich beteiligen, da er dessen Einsicht in einer ihm bisher ganz fremden Stellung nicht entbehren könne. Man müsse sicher sein, schrieb er, daß der König Haugwitz und Lombard förmlich verabschiedet habe; zu wünschen sei auch, daß Beyme seinen Abschied nehme, da er das Vertrauen des russischen Hofes und des preußischen Volkes nicht besitze. Endlich erscheint wieder mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen läßt, die Hauptforderung; denn „die gleichzeitige Existenz des Kabinets und des Conseils sei unzulässig, ein Widerspruch in sich und absurd, eine Einrichtung, an welcher ein vernünftiger Mensch sich nicht beteiligen könne". Man braucht sich nicht zu wundern, wenn

Schulenburg in der Antwort an Stein sein Bedauern ausdrückt, daß er gegen seinen Willen in eine so schwierige Verhandlung verwickelt sei. Von dem, was am Morgen zwischen ihm und den beiden Freunden besprochen war, hatte er dem König Kenntnis gegeben, aber zu Beymes Entlassung nicht raten können. Sie erschien ihm, wie er auch Stein schreibt, für den König zu demütigend; er hatte nur geraten, den Einfluß Beymes zu beschränken, so daß er die Eifersucht der Minister nicht erregen könne. Aber der König war ärgerlich geworden. „Hält man mich für eine Schlafmütze", rief er aus, „glaubt man, ich würde eine Maßregel, die ich aus Überzeugung angeordnet habe, unter frembem Einfluß selbst zu nichte machen? Wenn man glaubt, ich habe den Plan eines Conseils gegen meinen Willen mir aufnötigen lassen, so ist der Gedanke eine Frechheit, und ich versichere Ihnen, ich habe aus Überzeugung gehandelt." Von der Ernennung Zastrows scheint Schulenburg damals noch nichts gewußt zu haben; aber was er schrieb, war hinreichend, um Stein in seiner Weigerung zu bestärken, der denn auch in einem Billet um halb sieben Uhr abends den Unterhändler ausdrücklich ersucht, von seinem vorgängigen Billet dem Könige oder Köckritz und Zastrow Kenntnis zu geben, damit ein Mißverständnis vermieden werde. Schulenburg antwortet noch um acht Uhr, er habe die Antwort Steins Köckritz schon mitgeteilt, wisse aber nicht, ob dieser sie dem Könige vorlegen werde[1].

Mag dies nun geschehen sein oder nicht, der König erließ am folgenden Tage, dem 19., an Rüchel, Stein und Zastrow eine Kabinetsordre, er habe nach reiflicher Überlegung den Beschluß über die Anordnung eines Conseils gefaßt. In einer beiliegenden, gleichfalls vom 19. datierten Instruktion wurde in der schon angedeuteten Weise eine Teilung der Geschäfte zwischen Stein, Rüchel und Zastrow angeordnet. Alle eingehenden Sachen sollten jedoch unmittelbar in die Hände des Königs gelangen und von ihm, also im wesentlichen von Beyme, verteilt

[1] Die angeführten Briefe bei Ranke a. a. O. III 242 ff.

erden, der auch als Protokollführer den Verhandlungen beizuohnen hatte[1]. Die ganze Einrichtung sollte übrigens für jetzt ur provisorisch sein; der König behielt sich vor, in Zukunft zu urteilen, inwieweit sie dem Endzweck und seinen Wünschen ntspräche.

Von den drei genannten Männern war nur Zastrow mit em ganzen Vorgang einverstanden. Rüchel äußert sich Stein egenüber wenig zufrieden; der König, meint er, wolle die Geschäftsführung im wesentlichen unverändert lassen, da Beyme nd Kleist den Vortrag behalten sollten. Als Militär und nach einer Stellung zum Könige würde aber auch Rüchel sich gefügt haben; um so bestimmter spricht sich Stein in einem Billet an Rüchel vom 20. Dezember aus. Die neue Einrichtung, schreibt r, werde bei ihrer prekären Existenz und bei den widerstrebenden Ansichten der berufenen Personen ihren Zweck nicht erreichen können und die Achtung des In- und Auslandes nicht erwerben; der gegenwärtige geringe Umfang der Verwaltungsgeschäfte mache zudem eine Veränderung der inneren Behörden überflüssig. Er finde deshalb keinen Grund, den neuen ihm angewiesenen Geschäftskreis zu übernehmen. Die Art, wie man Hardenberg behandelt habe, sei für ihn selbst wenig ermunternd, auch seine noch nicht wiederhergestellte Gesundheit mache es zweifelhaft, ob er den neuen Obliegenheiten genügen könne. Rüchel als der älteste der drei berichtete denn auch in ihrem Namen an den König, daß die beliebte Einrichtung in der Gestalt als Provisorium nicht ausführbar sei. Er selbst könne sich den Obersten Kleist, einen alles Gute liebenden Mann, als Mittelperson wohl gefallen lassen; aber ein reines Vertrauen zwischen Stein und Beyme sei nicht möglich. Man sieht jedoch, wie der General sich bemüht, Steins Weigerung und seine harten Worte in die schonendste Form zu kleiden. Stein, schreibt er, wolle keineswegs in dieser kritischen Lage aus den Geschäften

[1] Die Urkunden bei Pertz a. a. O. I 387 ff.; vgl. Ranke a. a. O. III 247.

ſcheiden, ſondern, ſolange er nützen könne, herzlich gern nach allen Kräften dem Könige nützlich ſein. Er wolle daher ſeinem bisherigen Dienſte vorſtehen, über alles, was ihm vom Könige aufgetragen werde, ſein Urteil abgeben, ſich nach des Königs Befehl ſowohl mit anderen Miniſtern beſprechen als bei den Beratungen in Gegenwart des Königs erſcheinen. Er wolle nur nicht der Täuſchung Raum geben, als ob ein wirkliches Conſeil exiſtiere, nämlich ein ſolches, welches die Staatsgeſchäfte als ein Ganzes in perſönlicher Gegenwart des Königs ohne Zwiſchenperſonen regelmäßig bearbeite, um nicht eine Verantwortlichkeit gegen den König und das Land auf ſich zu laden, die er als Mann von Ehre ohne die erforderlichen Mittel nicht übernehmen könne[1]. Wir werden ſehen, wie dieſe wohlgemeinte Darſtellung die Gegenſätze, die ſie auszugleichen ſuchte, um ſo härter zuſammenſtoßen ließ. Vorerſt wurde die wirkliche Berufung des Conſeils ſchon durch die Krankheit Steins verhindert. Ob der König auf eine Einrichtung, die doch weſentlich ein Zugeſtändnis an Stein und Hardenberg enthielt, jetzt, nach der Berufung Zaſtrows, noch großen Wert legte, läßt ſich bezweifeln. Was ihn in den nächſten Tagen zumeiſt in Anſpruch nahm, waren die diplomatiſchen und kriegeriſchen Angelegenheiten. Kaiſer Alexander hatte die Nachrichten aus Oſterode, die Verwerfung des von Napoleon angebotenen Waffenſtillſtands, mit den größten Lobſprüchen in einem Briefe vom 13. Dezember beantwortet. Es war nun keine leichte Aufgabe, ihm mitzuteilen, daß der Unterhändler, der dieſen Waffenſtillſtand unterzeichnete, zum Miniſter des Auswärtigen ernannt ſei. Doch geſchah es in einem Briefe vom 22. Dezember, den ein eigener Geſandter, der Oberſt von Kruſemarck, nach Petersburg brachte. Darin wurden auch die jüngſten Anerbietungen Napoleons bezüglich eines allgemeinen Friedens als beachtenswert bezeichnet; nur ſollten die Verhandlungen von Rußland und Preußen immer gemeinſchaftlich

[1] Pertz a. a. O. I 390 ff.

geführt und die Operationen im Felde nicht aufgehalten werden[1]. Bis dahin hatte der Krieg nur Unglück gebracht; in Hannover waren nun auch Hameln und Nienburg, in Schlesien Breslau und Glogau in die Hand der Franzosen gefallen. Die kleine in Preußen wieder gesammelte Macht unter dem General l'Estocq hatte man dem Oberbefehl des Generals Bennigsen unterstellt. Aber die russischen Feldherren zeigten zu wirksamen Maßregeln wenig Neigung; nicht einmal die Grenze der Weichsel hatten sie behauptet, und zu einem Zusammenstoß kam es erst, als Napoleon seine Truppen noch weiter vorgehen ließ. Seit dem 22. Dezember erfolgte eine Reihe hitziger Gefechte; bei Pultusk am 26. und 27. Dezember wurden die Franzosen zurückgewiesen, und Bennigsen verkündigte seinen Erfolg in Königsberg als einen vollständigen Sieg. Gleichwohl ordnete er am Tage nach dem Treffen den Rückzug an, gab sogar die Straße nach Königsberg frei, und die Folge war, daß die königliche Familie am 3., die Königin am 5., der König selbst am 6. Januar 1807 die preußische Hauptstadt verließen. In Memel, an der äußersten Grenze der Monarchie, wurde eine letzte Zuflucht gesucht.

Mitten in die Vorbereitungen zur Abreise fällt noch die Katastrophe, welche den Versuch einer neuen Organisation der Staatsbehörden in der unerfreulichsten Weise unterbrach. Der König hatte am 29. Dezember Stein durch den General von Köckritz um ein Gutachten über eine Sache eigentümlicher Art ersuchen lassen. Bald nach dem Einzug der Franzosen in Berlin, als sich alle Gedanken noch auf den Frieden richteten, war die königliche Bank ohne Vorwissen ihres Chefs, des Ministers Stein, vom Könige angewiesen, dem Hofmarschallamt Zahlungen bis zum Betrage von 100000 Thalern für die Aufnahme des französischen Kaisers zu leisten[2]. An Stein erging nun, es scheint aus

[1] Ranke a. a. O. III 252, 259.

[2] Einer Anspielung darauf begegnet man in den Briefen des Königs an Napoleon und des Grafen Haugwitz an Lucchesini vom 7. November, vgl. oben S. 291 Anmerkung 2. Die in Hardenbergs Denkwürdigkeiten (Ranke a. a. O. III 266) erwähnte „Kabinetsordre" an die Bank findet

Berlin, die Anfrage, ob diese Ausgabe fortdauern und wie es mit den Zahlungen weiter gehalten werden sollte. Der Minister war, wie sich denken läßt, unangenehm berührt, einmal weil ihm die Zahlung überflüssig erschien, ferner weil man ihn, den Chef der Bank, bei Abfassung der Kabinetsordre nicht befragt hatte. Er ließ das Aktenstück, ohne sich zu äußern, an das königliche Kabinet weiter gehen, und als er es am 29. Dezember von Köckritz im Auftrage des Königs zum zweitenmal erhielt, schickte er es dem General wieder zu mit dem Bemerken, ihm sei über die Sache nichts bekannt; sie gehöre vor den Minister des Auswärtigen. Es sei beispiellos, daß man dem Sieger, der alle Hülfsquellen des Landes in seiner Gewalt habe, auch noch aus geretteten Fonds freiwillige Beiträge leiste; er müsse daher glauben, daß die Verwilligung vielleicht zur Erleichterung der Stadt Berlin geschehen sei. Stein hatte nicht unrecht mit der Behauptung, daß die Sache den Minister des Auswärtigen angehe; aber daraus folgte nicht, daß sie dem Minister der Finanzen fremd sei; offenbar verdiente sie, von beiden gemeinsam besprochen zu werden. Dieser Ansicht war auch der König, und als ein Diener, der Stein zu einer Unterredung eingeladen hatte, die Antwort brachte, der Minister könne wegen eines Unwohlseins das Haus nicht verlassen, ließ er ihm durch Köckritz die Akten nochmals zustellen. Köckritz bemerkte dabei, der König habe mit

---

sich im Kabinetsjournal nicht. Dagegen teilt Bassewitz (a. a. O. I 163, 164, 331) eine Kabinetsordre vom 7. November an den in Berlin gebliebenen Minister von Angern mit, welche denselben beauftragt, im Namen des Königs das Nötige zu verfügen und einzuleiten, daß Napoleon in den königlichen Schlössern überall für Rechnung des Königs bewirtet werde. Unter Vermittlung des Ministers hatte demzufolge der Bankdirektor Hundt dem Hofmarschallamt zur Verpflegung des Kaisers 45000 Thaler vorgestreckt. Durch eine Ordre vom 5. Januar 1807 wurde der Befehl widerrufen. Vielleicht bezieht sich auf diese Angelegenheit auch das folgende in das Kabinetsjournal eingetragene Schreiben Beymes an Stein vom 4. Dezember 1806: „Ew. Excellenz Sentiments, daß man die Geldmittel einer eroberten Stadt nicht verstärken müsse, pflichte ich vollkommen bei und würde also ebenfalls nicht für die angetragene Überweisung von 200000 Thalern in Tresorscheinen stimmen." Preuß. Geh. St.-A.

Stein die Angelegenheit besprechen wollen, weil sie zu Steins Geschäftskreis und nach der neuen Instruktion vor den Staatsrat gehöre. Aber zum drittenmal wies Stein die Schriftstücke von sich, ohne auf den Inhalt einzugehen, mit dem Zusatze, er betrachte nach seiner den Generalen Rüchel und Zastrow gegebenen Erklärung den Staatsrat als nicht konstituiert. Jetzt war die Geduld des Königs zu Ende; mit eigener Hand richtete er am 3. Januar 1807 an Stein einen Brief in Ausdrücken, wie er sie nicht oft in seinem Leben gebraucht hat. Bereitwillig erkennt er an, daß der Minister durch eine musterhafte Amtsführung das anfänglich gegen ihn herrschende Vorurteil widerlegte, aber dann beklagt er sich über die Art, wie Stein im November des vorigen Jahres die ihm angebotene Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in einem bombastreichen Aufsatze zurückgewiesen habe. Gleichwohl habe der König seinen Gründen nachgegeben; gerade um den Wünschen Steins bezüglich einer neuen Organisation des Geschäftsganges zu entsprechen, sei die ihm vermutlich bekannt gewordene Ordre vom 17. Dezember erlassen. „Ich sage vermutlich", fährt der König fort, „da mir Ihr beharrliches Stillschweigen, das ich anfänglich auf Rechnung Ihres Gesundheitszustandes brachte, sonst gänzlich unerklärlich bleiben muß. Zwar weiß ich wohl, in welcher trotzigen Art Sie sich hierüber mündlich und schriftlich gegen die Generale v. Rüchel, v. Zastrow und v. Köckritz geäußert haben, und daß Sie, jetzt eben, zu zweien Malen die Berichterstattung über eine Angelegenheit verweigert haben, die mir von Ihnen selbst zugeschickt und die also als zu Ihrem Ressort gehörig vollkommen anzusehen war. Aus allem diesen habe ich mit großem Leidwesen ersehen müssen, daß ich mich leider nicht anfänglich in Ihnen geirrt, sondern daß Sie vielmehr als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind, der, auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt, das Beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt." Solche Staatsbeamte, schließt der König, seien aber für die Zusammen-

der König durch die nur zeitweilige Übertragung des Ministeriums bezweckte, erkennt man deutlich aus einem beigelegten Schreiben Beymes. Das Interimistikum, heißt es darin, sei dem Könige besonders um des Grafen Haugwitz willen erwünscht; er besorge, daß man den Abgang des Grafen im In- und Auslande ebenso ungünstig wie den Abgang Lombards beurteilen werde, nämlich als sei er in Ungnade erfolgt oder durch fremden Einfluß erzwungen worden[1]. Für Stein lag in dieser Erwägung kein Grund, seine Meinung zu ändern. In seiner weitausholenden, mehr als nötig lehrhaften Antwort begründete er die Ablehnung von neuem durch seine Unkenntnis des diplomatischen Geschäftsganges. In Hardenberg, meint er, besitze der König einen durch seine persönlichen Eigenschaften sowie das Vertrauen und die Wünsche des russischen und englischen Hofes vorzüglich zu empfehlenden Minister des Auswärtigen. Zum Schluß wiederholt er, was seit dem Frühjahr den Gegenstand so vieler Erörterungen gebildet hatte, die Klagen über das königliche Kabinet. Abhülfe sei nur möglich, wenn der König unmittelbar mit einem aus den Ministern zusammengesetzten Staatsrate die Geschäfte leite[2]. Friedrich Wilhelm, in nicht geringer Verlegenheit, gab zum Teile nach. Durch Beyme ließ er eine Denkschrift ausarbeiten, der zufolge an Stelle des von Stein vorgeschlagenen Staatsrates die Minister des Auswärtigen, des Krieges und ein Direktorialminister der inneren Angelegenheiten in unmittelbaren Verkehr mit dem Könige treten und in einem Conseil die wichtigsten Staatsangelegenheiten erledigen sollten. Nur die Hülfe eines Kabinetsrates wollte der König nicht aufgeben und von Beyme sich nicht trennen; daher der Zusatz: zur Führung des Protokolls und zur schleunigen Ausfertigung der königlichen Befehle solle ein Kabinetsrat an dem Conseil teilnehmen. Die übrigen Geschäfte im Kabinet und in den Departements sollten den bis-

[1] Die beiden Schreiben im Journal der Kabinetsordres vom 15. September bis 30. Dezember 1806, auch bei Pertz a. a. O. I 362.

[2] Pertz a. a. O. I 363; das Datum fehlt.

herigen Gang beibehalten. Beyme verfehlte auch nicht, die von Stein gegen das Kabinet erhobenen Vorwürfe ausführlich zu widerlegen. Er meint, das Kabinet habe vieles Gute angeregt, niemals einen Fortschritt verhindert und die Einheit der Verwaltung aufrechterhalten. Aber was unter dem gegenwärtigen Könige nützlich gewesen sei, könne unter einem andern auch einmal gefährlich werden; deswegen empfehle sich die nunmehr vorgeschlagene Veränderung[1]. Man sieht: die Gegensätze, durch welche die Denkschrift vom 2. September veranlaßt war, treten hier abermals hervor, und auf die Urheber jener Denkschrift, auf Hardenberg, Stein, Rüchel, wurde der König durch die Macht der Verhältnisse jetzt von neuem hingewiesen.

Er hatte am 7. Dezember den von seinen Wunden genesenen General Rüchel zum Gouverneur der Provinz Preußen ernannt. Ihm dachte er auch das Kriegsministerium zu übertragen, Stein zum Direktorialminister für das Innere zu ernennen. Die Berufung Hardenbergs hätte er gern vermieden; aber ein Ersatz war nicht leicht zu finden, und Rüchel wußte die Abneigung des Königs, der am 10. Dezember in die Hauptstadt gekommen war, zu überwinden. Hardenberg, der seit mehreren Wochen zurückgezogen in Königsberg geweilt hatte, stand gerade im Begriff, weiter nach Memel zu reisen, als er am 13. von Rüchel die Nachricht erhielt, daß man ihm das Ministerium des Auswärtigen zu übertragen denke. Wäre nur der lange Hader dadurch zum Abschluß gekommen! Aber die drei bevorzugten Männer, insbesondere Stein und Hardenberg, gaben sich noch nicht zufrieden. In der Beibehaltung des Kabinets, in der Stellung Beymes als Protokollführer des Conseils glaubten sie den Plan zu erkennen, das frühere Verhältnis unter wenig veränderten Formen bestehen zu lassen. Noch am Abend begaben sich Rüchel und Hardenberg zu Stein, den eine Krankheit zu Hause hielt. Hardenberg begleitete die Denkschrift Beymes mit einer Reihe bitterer Bemerkungen und entwarf ein Gutachten, welches, von

[1] Beymes Denkschrift aus Wehlau v. 10. Dezember bei Pertz a. a. O. I 374 ff. und mit Hardenbergs Bemerkungen bei Ranke a. a. O. V 402.

ihm, Stein und Rüchel unterzeichnet, dem Könige überreicht werden sollte. Darin war das von Beyme vorgeschlagene Conseil angenommen, aber die Abschaffung des königlichen Kabinets und die Entlassung der gegenwärtigen Kabinetsräte gefordert. Hardenberg bemerkte noch in einer sehr scharf gehaltenen Beilage: über Beyme und Lombard sei bei den auswärtigen Höfen die nachteiligste Meinung tief eingewurzelt; man glaube, daß sie den König regierten; er sei fest entschlossen, die Leitung der Geschäfte nicht zu übernehmen, solange diese beiden Männer in ihren Stellen verblieben und ein Kabinet neben dem Kabinetsministerio fortdauere[1].

Rüchel zögerte jedoch, das Gutachten zu überreichen, weil er wünschte, daß der König selbst die Sache wieder anregen möge. Unterdessen kamen Lucchesini und Zastrow am 16. Dezember aus Berlin zum Könige zurück. Der General hatte in Posen Napoleon gesprochen und die Äußerung vernommen, wenn die Russen geschlagen würden, so gäbe es keinen König von Preußen mehr. Er brachte einen drohenden Brief Napoleons mit und widerriet dem Könige in dringenden Worten, das Ministerium des Auswärtigen an Hardenberg zu übertragen, weil man dadurch Unterhandlungen mit Napoleon unmöglich mache. Besser würden Stein die äußeren, Hardenberg die inneren Angelegenheiten zugeteilt. Für diesen Vorschlag suchte Graf Schulenburg, welchen der König zum Vermittler gewählt hatte, im Laufe des 18. Stein und Hardenberg zu gewinnen. Aber aus einer Instruktion, die vom Könige tags vorher, am 17. Dezember, an Rüchel geschickt war, hatten beide ersehen, daß Beyme nicht bloß in dem Conseil das Protokoll führen, sondern auch die für das Conseil bestimmten Sachen auswählen und jedem der drei Minister das ihm Zukommende überweisen sollte. Der Kabinetsrat wäre dadurch in der That zu einer Art von Präsidenten geworden. Schon aus diesem Grunde war Hardenberg zur Ablehnung entschlossen. Schulenburg gegenüber führte er aus, als Minister des Innern würde er Napoleon, der seinen

[1] Ranke a. a. O. III 240; das Gutachten vom 14. Dezember bei Pertz a. a. O. I 377 ff., 384 ff.

geheimen Einfluß fürchten müßte, erst recht unangenehm und verdächtig sein; weit besser könne er als Minister des Auswärtigen offen mit ihm unterhandeln und dann, da er das Vertrauen Rußlands und Englands besitze, auch von diesen leichter ein Zugeständnis für den Frieden erlangen. Wenn man aber auf die Angaben Zastrows so großes Gewicht lege, so möge man doch ihm das Ministerium des Auswärtigen übertragen. Schulenburg, der, wie es scheint, für Hardenberg wenig eingenommen war, beeilte sich, die hingeworfene Äußerung als einen wohlbedachten Rat dem Könige vorzutragen, und dieser, wahrscheinlich erfreut, sich in solcher Weise des unbequemen Ratgebers ganz entledigen zu können, ernannte noch am 18. Dezember Zastrow interimistisch zum Minister des Auswärtigen. Das Ministerium des Innern mußte dann an Stein fallen; aber man kannte ihn wenig, wenn man glaubte, er würde unter solchen Bedingungen an der neuen Organisation sich beteiligen. Schon am 17. hatte er in einem Briefe an Hardenberg in seiner bestimmten Weise erklärt: „Kein Kabinet, kein Einfluß eines Subalternen, kein Ministerium ohne Sie; wir müssen durch unsere Verbindung die Intriguen der Herren Beyme ꝛc. zu nichte machen." Am Morgen des 18. wird er im Gespräche mit Schulenburg seine Ansicht nicht verhehlt haben, und nachmittags wiederholte er ihm auch schriftlich die Erklärung, er würde an dem Conseil niemals ohne Hardenbergs Eintritt sich beteiligen, da er dessen Einsicht in einer ihm bisher ganz fremden Stellung nicht entbehren könne. Man müsse sicher sein, schrieb er, daß der König Haugwitz und Lombard förmlich verabschiedet habe; zu wünschen sei auch, daß Beyme seinen Abschied nehme, da er das Vertrauen des russischen Hofes und des preußischen Volkes nicht besitze. Endlich erscheint wieder mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen läßt, die Hauptforderung; denn „die gleichzeitige Existenz des Kabinets und des Conseils sei unzulässig, ein Widerspruch in sich und absurd, eine Einrichtung, an welcher ein vernünftiger Mensch sich nicht beteiligen könne". Man braucht sich nicht zu wundern, wenn

Schulenburg in der Antwort an Stein sein Bedauern ausdrückt, daß er gegen seinen Willen in eine so schwierige Verhandlung verwickelt sei. Von dem, was am Morgen zwischen ihm und den beiden Freunden besprochen war, hatte er dem Könige Kenntnis gegeben, aber zu Beymes Entlassung nicht raten können. Sie erschien ihm, wie er auch Stein schreibt, für den König zu demütigend; er hatte nur geraten, den Einfluß Beymes zu beschränken, so daß er die Eifersucht der Minister nicht erregen könne. Aber der König war ärgerlich geworden. „Hält man mich für eine Schlafmütze", rief er aus, „glaubt man, ich würde eine Maßregel, die ich aus Überzeugung angeordnet habe, unter fremdem Einfluß selbst zu nichte machen? Wenn man glaubt, ich habe den Plan eines Conseils gegen meinen Willen mir aufnötigen lassen, so ist der Gedanke eine Frechheit, und ich versichere Ihnen, ich habe aus Überzeugung gehandelt." Von der Ernennung Zastrows scheint Schulenburg damals noch nichts gewußt zu haben; aber was er schrieb, war hinreichend, um Stein in seiner Weigerung zu bestärken, der denn auch in einem Billet um halb sieben Uhr abends den Unterhändler ausdrücklich ersucht, von seinem vorgängigen Billet dem Könige oder Köckritz und Zastrow Kenntnis zu geben, damit ein Mißverständnis vermieden werde. Schulenburg antwortet noch um acht Uhr, er habe die Antwort Steins Köckritz schon mitgeteilt, wisse aber nicht, ob dieser sie dem Könige vorlegen werde[1].

Mag dies nun geschehen sein oder nicht, der König erließ am folgenden Tage, dem 19., an Rüchel, Stein und Zastrow eine Kabinetsordre, er habe nach reiflicher Überlegung den Beschluß über die Anordnung eines Conseils gefaßt. In einer beiliegenden, gleichfalls vom 19. datierten Instruktion wurde in der schon angedeuteten Weise eine Teilung der Geschäfte zwischen Stein, Rüchel und Zastrow angeordnet. Alle eingehenden Sachen sollten jedoch unmittelbar in die Hände des Königs gelangen und von ihm, also im wesentlichen von Beyme, verteilt

[1] Die angeführten Briefe bei Ranke a. a. O. III 242 ff.

werden, der auch als Protokollführer den Verhandlungen beizuwohnen hatte[1]. Die ganze Einrichtung sollte übrigens für jetzt nur provisorisch sein; der König behielt sich vor, in Zukunft zu beurteilen, inwieweit sie dem Endzweck und seinen Wünschen entspräche.

Von den drei genannten Männern war nur Zastrow mit dem ganzen Vorgang einverstanden. Rüchel äußert sich Stein gegenüber wenig zufrieden; der König, meint er, wolle die Geschäftsführung im wesentlichen unverändert lassen, da Beyme und Kleist den Vortrag behalten sollten. Als Militär und nach seiner Stellung zum Könige würde aber auch Rüchel sich gefügt haben; um so bestimmter spricht sich Stein in einem Billet an Rüchel vom 20. Dezember aus. Die neue Einrichtung, schreibt er, werde bei ihrer prekären Existenz und bei den widerstrebenden Ansichten der berufenen Personen ihren Zweck nicht erreichen können und die Achtung des In- und Auslandes nicht erwerben; der gegenwärtige geringe Umfang der Verwaltungsgeschäfte mache zudem eine Veränderung der inneren Behörden überflüssig. Er finde deshalb keinen Grund, den neuen ihm angewiesenen Geschäftskreis zu übernehmen. Die Art, wie man Hardenberg behandelt habe, sei für ihn selbst wenig ermunternd, auch seine noch nicht wiederhergestellte Gesundheit mache es zweifelhaft, ob er den neuen Obliegenheiten genügen könne. Rüchel als der älteste der drei berichtete denn auch in ihrem Namen an den König, daß die beliebte Einrichtung in der Gestalt als Provisorium nicht ausführbar sei. Er selbst könne sich den Obersten Kleist, einen alles Gute liebenden Mann, als Mittelperson wohl gefallen lassen; aber ein reines Vertrauen zwischen Stein und Beyme sei nicht möglich. Man sieht jedoch, wie der General sich bemüht, Steins Weigerung und seine harten Worte in die schonendste Form zu kleiden. Stein, schreibt er, wolle keineswegs in dieser kritischen Lage aus den Geschäften

[1] Die Urkunden bei Pertz a. a. O. I 387 ff.; vgl. Ranke a. a. O. III 247.

würde; dagegen empörte sich das Selbstgefühl des Königs. Er war schon entschlossen, als am 20. und 21. November abermals eine Konferenz in Osterode zusammentrat. In dieser stimmte die Mehrheit, Prinz Heinrich, Kalckreuth, Geusau, Laurens, Kleist und die Minister Haugwitz und Schrötter für die Annahme, die Minister Stein und Voß, ferner Köckritz und Beyme für die Verwerfung. Beyme führte aus, Napoleon werde die Anwesenheit der russischen Truppen in Südpreußen wahrscheinlich zum Vorwand nehmen, den Waffenstillstand alsbald wieder zu kündigen, und die Auslieferung der Festungen sei dann vergeblich gewesen. In Neuostpreußen werde, da man es von Truppen entblößen müsse, die Insurrektion sich verbreiten und diese Provinz während des Waffenstillstandes verloren gehen; endlich werde — was auch Stein hervorhob — Napoleon zur Erleichterung des Friedens mit Rußland und England über die preußischen Provinzen verfügen. Gewiß hat der Geheime Kabinetsrat nur ausgesprochen, was ihm als die Ansicht des Königs bereits bekannt war. Friedrich Wilhelm verwarf den Waffenstillstand. Duroc, der am Morgen des 22. in Osterode ankam, um die Ratifikationen auszuwechseln, kehrte mit dieser Antwort tags darauf zu Napoleon zurück, und der König begab sich beinahe gleichzeitig nach Pultusk in das Hauptquartier des Generals Bennigsen, um die russischen Hülfstruppen zu mustern[1].

Es war einer der folgenreichsten Beschlüsse in der Geschichte Preußens; die Existenz des Staates stand auf dem Spiele. Nach jeder Richtung traten sogleich die eingreifendsten Wirkungen hervor. Bis dahin war Preußen in den großen Kriegen Europas gegen die Revolution neutral geblieben, dann ohne rechte Einigung mit dem Zaren in den Streit gegangen und nach den ersten Unglücksfällen zu dem Versuche zurückgekehrt, sich mit Frankreich wieder zu einigen. Erst in Osterode entschied man sich bestimmt für die Verbindung mit Rußland, die dann mit

[1] Ranke a. a. O. III 231 ff., IV 47; das Protokoll V 398: Schladen a. a. O. S. 55 ff.

unerheblichen Unterbrechungen mehr als siebzig Jahre gedauert und die Geschicke Europas während dieser Zeit zum großen Teil bestimmt hat. Aber wie sollte man sich den gewaltigen Mitteln Napoleons gegenüber behaupten? Die meisten Festungen waren gefallen; nur allmählich konnte ein kleines Heer in den wenigen noch gebliebenen Provinzen gesammelt werden; hätte Stein nicht den Schatz aus Berlin nach Königsberg gerettet, es wäre unmöglich geworden, den Krieg weiterzuführen[1]. Hatte man schon früher den Zusammenhang der einzelnen Verwaltungszweige und ein kräftiges gemeinsames Wirken vermißt, wie groß mußte die Unordnung werden, nachdem die Franzosen den Hauptsitz der Behörden in ihre Gewalt gebracht hatten! Vor der Abreise des Königs, am 17. September, hatte man durch eine von Beyme entworfene Instruktion aus den in Berlin zurückbleibenden Ministern einen „großen Staatsrat" als Vereinigungspunkt für die innern Landesbehörden gebildet, aber mit so beschränkten Befugnissen, so abhängig von dem königlichen Kabinet, daß Stein ärgerlich jede Beteiligung ablehnte und sich mit Krankheit entschuldigte[2]. Von wirksamen Anordnungen dieser Behörde hat denn auch niemals etwas verlautet, und schon am 3. November mußte sie einer von Napoleon eingesetzten Generaladministration weichen. Auch im Ministerium des Auswärtigen nahm die Verwirrung überhand. Von den

[1] Nachrichten darüber bei Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg vor 1806. Leipzig 1847. S. 543 und Die Kurmark Brandenburg von 1806 bis 1808. Leipzig 1851. I 329, 361.

[2] Stölzel a. a. O. II 369. Größere Befugnisse verleiht am 24. Mai 1790 die „Instruktion für den großen [im Unterschied von dem kleinen oder Justiz-] Staats-Rat, die Landes-Administration während Meiner [Friedrich Wilhelms II.] Abwesenheit im gegenwärtigen Kriege betreffend". Am 17. September 1806 ergeht an Schulenburg die von Beyme entworfene Kabinetsordre über die Geschäftsführung während der Abwesenheit des Königs. Gleich nach der Abreise soll der Staatsrat berufen, aber die öffentliche Bekanntmachung bis zum wirklichen Ausbruche des Krieges ausgesetzt werden. Durch eine am 20. September an den Minister v. Voß gerichtete Kabinetsordre wird Schulenburg als Gouverneur von Berlin von dem Präsidium des Staatsrats dispensiert und dasselbe an Voß übertragen. Pr. Geh. St.-A.

Beamten waren die meisten in Berlin zurückgeblieben; Lombard wurde durch Krankheit ferngehalten; Haugwitz begleitete den König auf der beschwerlichen Reise von Küstrin nach Graudenz, dann in die kleinen Orte von Westpreußen. Aber er scheint Fassung und Arbeitskraft eingebüßt zu haben. Es kam vor, daß der König, als er von Küstrin abreiste, die Vollmacht für Zastrow nicht unterschrieben hatte, so daß ein Feldjäger mit dem Schriftstück ihm nachgesandt werden mußte; selbst die Schlüssel der Chiffren waren in Berlin vergessen, und die eingehenden Depeschen konnten zuweilen nicht einmal gelesen werden. Das Schreiben, in welchem der König von dem in Osterode gefaßten Beschlusse Kenntnis gab, ging erst fünf Tage später, am 26. November, nach Petersburg ab[1]. Daß die Mißstimmung gegen Haugwitz nach den Unglücksfällen, die man nicht zum wenigsten ihm zur Last legte, sich steigerte, ist begreiflich; aber seine Beziehungen zum Könige blieben unverändert. Erst die Entscheidung vom 21. November ließ eine durchgreifende Meinungsverschiedenheit hervortreten. Da Preußen nunmehr ganz auf die Hülfe Rußlands angewiesen war, konnte ein Minister, gegen welchen der Zar seine Abneigung so oft und so offen ausgesprochen hatte, zur Führung der Geschäfte nicht mehr geeignet erscheinen; Haugwitz hatte zudem für den Waffenstillstand, also für die Lösung der Beziehungen zu Rußland gestimmt; Gründe persönlicher Art, ein Augenleiden, der Wunsch, seine in Schlesien gelegenen Güter während des Krieges nicht ohne Aufsicht zu lassen, mögen mitgewirkt haben. Schon am 21. November erzählte man sich, Haugwitz habe um seine Entlassung gebeten; zwei Tage später macht er selbst Lucchesini diese Mitteilung. Er sei halb blind, setzt er hinzu, der König ehre ihn noch immer durch sein Vertrauen, stehe aber unter dem Drucke eines alles Maß überschreitenden Mißtrauens einer fremden Macht[2]. Einige Tage blieb jedoch der Minister noch in

[1] Schladen a. a. O. S. 22, 44, 60.

[2] Haugwitz an Lucchesini, 23. November, Bailleu a. a. O. II 581. Er schreibt von „confiance du maître, gêné par l'empire qu'exerce

seiner Stellung, erst am 30. reiste er von Ortelsburg, wohin der König sich vier Tage früher begeben hatte, über Warschau nach Schlesien[1], diesmal, um nicht wieder zurückzukehren.

Wer sollte ihn ersetzen? Am nächsten lag es, an Hardenberg zu denken, welchen Haugwitz in der That als seinen Nachfolger empfahl. Aber schon der noch andauernde Zwiespalt zwischen ihm und Beyme war seiner Wiederanstellung nicht günstig; auch der König scheint nach den Vorgängen im September eine Art von Abneigung gegen ihn gehegt zu haben. In Küstrin behandelte er ihn kalt und ließ ihn nach Danzig abreisen, ohne von Staatsgeschäften mit ihm zu reden; auch zu den Beratungen in Graudenz und Osterode wurde Hardenberg nicht zugezogen. Schon am 20. November hatte der König durch Beyme und Köckritz dem Freiherrn vom Stein das Ministerium des Auswärtigen antragen lassen[2]; Stein lehnte jedoch ab, weil es ihm an Kenntnis der Sachen und Formen mangele; er schlug den Grafen von der Goltz, den Gesandten in Petersburg, vor. Am 29. November erhielt er in Königsberg ein erneutes Anerbieten von nicht ganz gleichem Inhalt. Der König schrieb, Graf Haugwitz müsse sich wegen eines Augenleidens auf eine Zeit lang den Geschäften entziehen; Stein möge das Ministerium interimistisch übernehmen; er genieße das Vertrauen der Höfe, mit denen der König jetzt die nächste Verbindung unterhalte, und werde die Geschäfte gewiß so führen, wie es die Lage des Staates erfordere. Was

---

la défiance la plus déreglée peut-être, dont jamais on a eu exemple de la part d'une cour étrangère." Daß diese Worte nicht zu stark sind, beweist der bei Martens a. a. O. VI 392 mitgeteilte Schriftwechsel, durch welchen der russische Hof, zeitweise durch die Vermittlung der Königin, im September, Oktober und November die Entfernung des Grafen Haugwitz, Beymes und Lombards herbeizuführen suchte. Mit dem Briefe an Lucchesini stimmen die ausführlichen Mitteilungen überein, welche Ompteda in einer vertraulichen Unterredung von Lucchesini Ende Januar 1807 in Wien erhielt. Vgl. Omptedas Politischen Nachlaß I 249.

[1] Schladen a. a. O. S. 58, 60, 64.

[2] Pertz a. a. O. I 359.

fertigen. Die Abschrift hat sich bis heute unter seinen Papieren erhalten[1]; über die Genugthuung berichtet Hardenberg, man habe unter Trommelschlag bekannt gemacht, daß Lombards Verhaftung nur durch einen Irrtum veranlaßt sei. Damit war aber die Sache noch nicht zu Ende; denn als der König aus dem Bericht der Stettiner Behörden ersah, wie man seinen Kabinetsrat behandelt hatte, erließ er am 25. Oktober in heftigem Unwillen auch noch die folgende Kabinetsordre:

„S. Königl. Majestät von Preußen 2c. haben mit dem höchsten Befremden aus dem Berichte des Gouvernements zu Stettin vom 22. d. M. ersehen, daß dasselbe, statt, wie die Königin Meine Gemahlin verlangt hat, dem Geh. Kabinetsrat Lombard eine Wache zu seiner persönlichen Sicherheit gegen die Ausbrüche des leidenschaftlichen und durch Verleumdungen irregeführten großen Haufens zu geben, denselben förmlich arretiert, auf die Hauptwache gesetzt und wie einen Verbrecher behandelt hat. Allerhöchstdieselben lassen dem Gouvernement ein so hartes und so willkürliches Verfahren gegen einen Ihrer vertrautesten und redlichsten Diener hierdurch alles Ernstes verweisen, mit dem gemessensten Befehle, dem p. Lombard, der, wie S. Majestät hoffen wollen, sogleich wieder in Freiheit gesetzt sein wird, seine versiegelten Effekten und Schriften, dafern es nicht schon geschehen, auf der Stelle wieder herauszugeben und ihm mit all dem Anstande zu begegnen, der seinem Charakter und seiner Person gebührt, als wofür Sie das besagte Gouvernement verantwortlich machen.

Küstrin, den 25. Oktober 1806. F. W."

Gleichzeitig erging an Lombard eine Zuschrift, die den Absender nicht weniger als den Empfänger ehrt:

„Mein lieber Geheimer Kabinetsrat Lombard. Erst jetzt erfahre Ich aus den Berichten des Gouvernements zu Stettin vom 22. d. M., wie sehr dasselbe die von der Königin Meiner Gemahlin bloß zu Eurer eigenen Sicherheit verlangte Maßregel

[1] Die beiden Protokolle vom 20. und 23. Oktober in der Beilage Nr. XXIII.

mißverstanden hat. Ich habe dasselbe, wie Ihr aus der abschriftlichen Anlage ersehen werdet, sehr ernsthaft zurecht gewiesen und es für Eure fernere Sicherheit responsable gemacht. Dies und Eure Kenntnis, wie Ich die Verleumdung, womit Eure treuen Dienste gelohnt werden, würdige, sei Eure Genugthuung für das erlittene Unrecht, die Euch hierdurch vollständig widerfahren läßt Euer wohlaffektionierter König

Küstrin, 25. Oktober 1806. Friedrich Wilhelm."

Was Lombard in den nächsten Wochen erlebte, läßt sich nicht genau verfolgen. Daß er nicht zu dem Könige nach Küstrin berufen wurde, kann nicht wunder nehmen; wahrscheinlich begab er sich zuerst nach Kolberg. Hier erwartete ihn noch ein Nachspiel der Stettiner Vorgänge. Ein Berliner Schriftsteller, Friedrich v. Bülow, dessen Ähnlichkeit mit Lombard öfters auffiel, war wegen seines Buches über den Feldzug von 1805 im August verhaftet und in den letzten Tagen nach Kolberg geführt worden. Der Pöbel hielt ihn für den Kabinetsrat, bewarf ihn auf der Straße mit Kot, und Lombard mußte Zeuge sein, wie er selbst in der Person eines andern beschimpft wurde[1]. Wahrscheinlich lag in diesem Vorfall der Grund, weshalb auch in Kolberg die Rechtfertigung Lombards bei Trommelschlag öffentlich bekannt gemacht wurde. Bis zum 7. November etwa verweilte er in dieser Stadt[2]. Nicht lange nachher kam er vermutlich nach Köslin, wo er die Familie seiner Frau und, wie sich hoffen läßt, Ruhe und Muße fand, von so furchtbaren Schicksalsschlägen sich einigermaßen zu erholen.

[1] So erzählt Hardenberg bei Ranke a. a. O. III 246. Dasselbe berichtet Woltmann am 15. September 1807: „In Kolberg findet er den Markt voll Menschen. Der gefangene politisch-militärische Schriftsteller von Bülow war daselbst angekommen. Man steinigte ihn, weil man ihn für Lombard hält. «Hörst Du Deinen Namen, Vater?» fragt dessen Sohn, und der Vater entflieht leichenblaß mit dem Knaben." Gütige Mitteilung des Herrn Dr. A. Wohlwill.

[2] Vgl. den (o. S. 284) angeführten Brief Peter Lombards an Lucchesini.

II.

Unterdessen nahmen die Geschicke Preußens ihren Lauf. Als der König in Küstrin die eben mitgeteilten Befehle erließ, hatte er noch keinen klaren Blick für die Lage; er war noch erfüllt von der Hoffnung, unter erträglichen Bedingungen bald wieder Frieden zu erlangen. Der Unstern, welcher damals über Preußen waltete, hatte es auch gefügt, daß ein Schreiben Napoleons vom 12. Oktober, noch im versöhnlichem Tone gehalten, gerade am Morgen des 14. in die Hände des Königs gelangte. Den Kampf konnte es nicht mehr aufhalten; aber gewiß hat es nicht wenig beigetragen, daß man, statt die äußersten Kräfte anzuspannen, den erbarmungslosen Sieger durch Bitten und Verhandlungen zu erweichen suchte. Schon am Tage nach der Schlacht ließ der König durch seinen Adjutanten, den Grafen Dönhof, um Waffenstillstand bitten, und als dies Ansuchen vergeblich blieb, schickte er am 18. aus Magdeburg, wo er mit Haugwitz, Beyme und Lucchesini zusammengetroffen war, den letztgenannten mit einem Friedensantrag an Napoleon. Aber Lucchesini wurde nicht einmal vorgelassen, und Duroc, der in Kemberg mit ihm zusammenkam, forderte die Abtretung aller preußischen Gebiete links von der Elbe, Ausschließung Preußens von jeder Verbindung mit den übrigen deutschen Staaten, welche sämtlich in dem Rheinbunde vereinigt werden sollten, und eine Kriegsentschädigung von 100 Millionen Franken. Der Herzog von Braunschweig und der Prinz von Oranien sollten ihre Länder verlieren. Erst am 25. Oktober in Küstrin erhielt der König durch einen Bericht Lucchesinis von diesen harten Bedingungen Kenntnis; um eine Milderung zu erlangen, sandte er tags darauf den General Zastrow ins französische Hauptquartier, während er selbst von Küstrin, wo seine Sicherheit schon bedroht wurde, sich nach Stargard begab. Aber Napoleon blieb bei den durch Duroc mitgeteilten Bedingungen, und während man noch unterhandelte, verschlechterte sich die Lage Preußens von Tag zu Tag. Eine Reihe nachteiliger Gefechte vollendete die Auflösung des Heeres; ja aus dem Or-

ganismus des Staates schienen Leben und Thätigkeit zu entweichen. Beinahe ohne Widerstand kamen die Franzosen am 24. Oktober nach Potsdam; Spandau ergab sich am folgenden Tage, ohne einen Schuß zu thun; am 27. hielt Napoleon seinen prunkvollen Einzug in Berlin. Und nun geschah das Ärgste: der Fürst Hohenlohe, einst durch Tapferkeit und Thatkraft hervorleuchtend, wurde bei dem Versuche, die Trümmer des geschlagenen Heeres nach Stettin zu retten, bei Prenzlau von französischen Heerhaufen eingeholt; falsche Vorspiegelungen, besonders die Fassungslosigkeit seines Generalquartiermeisters Massenbach, bewogen ihn am 28. Oktober zu einer schmachvollen Kapitulation, die weiter zur Folge hatte, daß auch Stettin tags darauf mit einer Besatzung von 5000 Mann und reichen Vorräten ohne Widerstand sich ergab. Unter dem Drucke solcher Ereignisse erklärten sich Lucchesini und Zastrow am 30. Oktober zu Charlottenburg bereit, die französischen Forderungen als Grundlage einer Friedensverhandlung anzunehmen[1]. Der König hatte sich indessen nach Graudenz begeben; hier wurde am 6. November eine Konferenz berufen, an welcher die Minister Haugwitz, Stein, Schulenburg, Voß und Schrötter, die Brüder des Königs und die Generale Kalckreuth, Geusau, Laurens, Phull, Köckritz, der Oberst Kleist und als Protokollführer Beyme teilnahmen. Man entschied sich für die Annahme der Bedingungen, sogar, wenn es gefordert würde, für den Eintritt in den Rheinbund, und der König suchte in einem Briefe an Napoleon noch einmal den Ton alter Freundschaft und Vertraulichkeit anzuschlagen[2].

[1] Ranke a. a. O. III 219 ff. Höpfner, Der Krieg von 1806 und 1807. I 387.

[2] Höpfner a. a. O. I 389. Auch Haugwitz in einem Briefe an Lucchesini vom 7. November (zum Teil bei Bailleu a. a. O. II 578) verfällt mehr als wünschenswert in diesen Ton. Nach der Versicherung, er habe seit 12 Jahren die Verbindung zwischen Frankreich und Preußen zu befestigen versucht, empfiehlt er sich Duroc, der unter allen Umständen einer seiner besten Freunde sei. Er dankt für die Sorge um sein Haus, empfiehlt für den möglichen Fall seine Besitzungen in Oberschlesien. „Ce même Comte Haugwitz, dont Napoléon a daigné faire mention hono-

Allein die Lage war inzwischen abermals verändert. Am 1. November hatte sich Küstrin ergeben, eine Woche später folgte Magdeburg mit einer Besatzung von 24000 Mann; am 7. November mußte auch Blücher mit dem letzten Rest der preußischen Armee, die nach Thüringen gezogen war, bei Lübeck kapitulieren. So unerwartete, unberechenbare Erfolge steigerten Napoleons Ansprüche, wie er denn überhaupt nicht leicht bei dem einmal Erlangten stehen blieb, ins ungemessene. Als die preußischen Unterhändler um Entscheidung baten, wurden sie an Talleyrand gewiesen, der zu Anfang des Monats nach Berlin gekommen war. Dieser erklärte, die Absichten des Kaisers über Zeitpunkt und Inhalt des Friedens seien noch nicht fest bestimmt, und am 16. November übergab Duroc einen neuen Entwurf nicht für den Frieden, sondern nur für einen Waffenstillstand. Danach sollten alle preußischen Truppen sich hinter die Weichsel zurückziehen, Thorn, Graudenz, Kolberg und Danzig, ferner Hameln, Nienburg und der größte Teil von Schlesien mit Glogau und Breslau den Franzosen zufallen und die Verhandlungen ohne jede vorläufige Zusicherung in Charlottenburg fortgesetzt werden. Damit nicht genug! Preußen sollte die heranziehenden Russen zum Rückzug über ihre Grenzen nötigen und während der Verhandlungen keine fremden Truppen in sein Gebiet einlassen. Es waren Bedingungen, die Preußen aller Sicherungsmittel und zugleich seines einzigen Verbündeten beraubten und es wehrlos dem Willen des Siegers unterwarfen. Napoleon nahm die in Potsdam in den Gemächern des Königs und der Königin gefundenen Papiere zum Vorwand, seine früheren Anerbietungen als nichtig zu betrachten. Die Insurrektion der polnischen

---

rable à son entrée dans la capitale, oserait-il se flatter, qu' il lui serait permis de compter pour tous les cas sur les soins officieux de son ami le Maréchal Duroc?" Sein Hausmeister soll Talleyrand aufs beste empfangen, ihm die Zimmer nach dem Garten anweisen. Lucchesini kann ihm sagen, er hätte ihm seine Ananas lieber nach Paris geschickt, aber, da es einmal so sei, möge er sie nur in Berlin sich schmecken lassen. Man soll Talleyrand mit allem Aufwand aus der königlichen Küche speisen. Preuß. Geh. St.-A.

Provinzen hatte bereits begonnen; Talleyrand drohte, die eroberten preußischen Provinzen würden französischen Vasallen übergeben werden; es hat sich sogar der Entwurf einer Proklamation erhalten, in welchem die Absetzung des Hauses Hohenzollern ausgesprochen war, und die französischen Bulletins verkündeten öffentlich, die französische Armee werde Berlin und Polen nicht verlassen, bis die Moldau und Wallachei wieder unter die Oberherrlichkeit der Pforte gestellt und im allgemeinen Frieden die holländischen und spanischen Kolonieen von England zurückgegeben seien[1]. So ungünstig dies alles lautete, Lucchesini und Zastrow zögerten doch nicht, gleich am 16. November, um noch Schlimmeres zu vermeiden, die Bedingungen zu unterzeichnen. Es fragte sich, ob der König die Genehmigung erteilen würde.

Friedrich Wilhelm hatte sich am 16. November von Graudenz nach Osterode begeben, um den heranziehenden russischen Truppen näher zu sein. Es handelte sich darum: wollte Preußen sein Geschick in die Hände Napoleons legen und im günstigsten Falle seine Erhaltung durch das Opfer seiner Unabhängigkeit erkaufen, oder sollte der Kampf im Anschluß an Rußland fortgesetzt werden. Gerade in diesen Tagen war ein Schreiben Alexanders vom 3. November eingetroffen, worin er den König in den dringendsten Worten zur Standhaftigkeit aufforderte, mit dem Versprechen, ihm an der Spitze von 140 000 Mann zu Hülfe zu kommen[2]. Unmittelbar gab dies Schreiben den Ausschlag, aber vielleicht noch mehr der Charakter des Königs. Wir sahen, wie er die Nachgiebigkeit gegen Frankreich vor und nach dem Ausbruch des Krieges soweit als irgend möglich ausdehnte. Wir sahen aber auch, wie ihn das Gefühl seiner Herrscherwürde nach der Aufhebung Rumbolds und bei den Verhandlungen über Hannover zu Entschlüssen führte, vor denen mancher andere wohl zurückgeschreckt wäre. Die letzten Forderungen Napoleons zeigten nur zu deutlich, daß er ein unabhängiges Preußen nicht mehr dulden

[1] Höpfner a. a. O. I$_2$ 391; Bailleu a. a. O. II 581; Bulletin vom 10. November, Corresp. de Napoléon I., XIII 635.

[2] Ranke a. a. O. III 223, 228, IV 47; Höpfner a. a. O. II$_2$ 3.

würde; dagegen empörte sich das Selbstgefühl des Königs. Er war schon entschlossen, als am 20. und 21. November abermals eine Konferenz in Osterode zusammentrat. In dieser stimmte die Mehrheit, Prinz Heinrich, Kalckreuth, Geusau, Laurens, Kleist und die Minister Haugwitz und Schrötter für die Annahme, die Minister Stein und Voß, ferner Köckritz und Beyme für die Verwerfung. Beyme führte aus, Napoleon werde die Anwesenheit der russischen Truppen in Südpreußen wahrscheinlich zum Vorwand nehmen, den Waffenstillstand alsbald wieder zu kündigen, und die Auslieferung der Festungen sei dann vergeblich gewesen. In Neuostpreußen werde, da man es von Truppen entblößen müsse, die Insurrektion sich verbreiten und diese Provinz während des Waffenstillstandes verloren gehen; endlich werde — was auch Stein hervorhob — Napoleon zur Erleichterung des Friedens mit Rußland und England über die preußischen Provinzen verfügen. Gewiß hat der Geheime Kabinetsrat nur ausgesprochen, was ihm als die Ansicht des Königs bereits bekannt war. Friedrich Wilhelm verwarf den Waffenstillstand. Duroc, der am Morgen des 22. in Osterode ankam, um die Ratifikationen auszuwechseln, kehrte mit dieser Antwort tags darauf zu Napoleon zurück, und der König begab sich beinahe gleichzeitig nach Pultusk in das Hauptquartier des Generals Bennigsen, um die russischen Hülfstruppen zu mustern[1].

Es war einer der folgenreichsten Beschlüsse in der Geschichte Preußens; die Existenz des Staates stand auf dem Spiele. Nach jeder Richtung traten sogleich die eingreifendsten Wirkungen hervor. Bis dahin war Preußen in den großen Kriegen Europas gegen die Revolution neutral geblieben, dann ohne rechte Einigung mit dem Zaren in den Streit gegangen und nach den ersten Unglücksfällen zu dem Versuche zurückgekehrt, sich mit Frankreich wieder zu einigen. Erst in Osterode entschied man sich bestimmt für die Verbindung mit Rußland, die dann mit

[1] Ranke a. a. O. III 231 ff., IV 47; das Protokoll V 398; Schladen a. a. O. S. 55 ff.

unerheblichen Unterbrechungen mehr als siebzig Jahre gedauert und die Geschicke Europas während dieser Zeit zum großen Teil bestimmt hat. Aber wie sollte man sich den gewaltigen Mitteln Napoleons gegenüber behaupten? Die meisten Festungen waren gefallen; nur allmählich konnte ein kleines Heer in den wenigen noch gebliebenen Provinzen gesammelt werden; hätte Stein nicht den Schatz aus Berlin nach Königsberg gerettet, es wäre unmöglich geworden, den Krieg weiterzuführen[1]. Hatte man schon früher den Zusammenhang der einzelnen Verwaltungszweige und ein kräftiges gemeinsames Wirken vermißt, wie groß mußte die Unordnung werden, nachdem die Franzosen den Hauptsitz der Behörden in ihre Gewalt gebracht hatten! Vor der Abreise des Königs, am 17. September, hatte man durch eine von Beyme entworfene Instruktion aus den in Berlin zurückbleibenden Ministern einen „großen Staatsrat" als Vereinigungspunkt für die innern Landesbehörden gebildet, aber mit so beschränkten Befugnissen, so abhängig von dem königlichen Kabinet, daß Stein ärgerlich jede Beteiligung ablehnte und sich mit Krankheit entschuldigte[2]. Von wirksamen Anordnungen dieser Behörde hat denn auch niemals etwas verlautet, und schon am 3. November mußte sie einer von Napoleon eingesetzten Generaladministration weichen. Auch im Ministerium des Auswärtigen nahm die Verwirrung überhand. Von den

[1] Nachrichten darüber bei Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg vor 1806. Leipzig 1847. S. 543 und Die Kurmark Brandenburg von 1806 bis 1808. Leipzig 1851. I 329, 361.

[2] Stölzel a. a. O. II 369. Größere Befugnisse verleiht am 24. Mai 1790 die „Instruktion für den großen [im Unterschied von dem kleinen oder Justiz-] Staats-Rat, die Landes-Administration während Meiner [Friedrich Wilhelms II.] Abwesenheit im gegenwärtigen Kriege betreffend". Am 17. September 1806 ergeht an Schulenburg die von Beyme entworfene Kabinetsordre über die Geschäftsführung während der Abwesenheit des Königs. Gleich nach der Abreise soll der Staatsrat berufen, aber die öffentliche Bekanntmachung bis zum wirklichen Ausbruche des Krieges ausgesetzt werden. Durch eine am 20. September an den Minister v. Voß gerichtete Kabinetsordre wird Schulenburg als Gouverneur von Berlin von dem Präsidium des Staatsrats dispensiert und dasselbe an Voß übertragen. Pr. Geh. St.-A.

Beamten waren die meisten in Berlin zurückgeblieben; Lombard wurde durch Krankheit ferngehalten; Haugwitz begleitete den König auf der beschwerlichen Reise von Küstrin nach Graudenz, dann in die kleinen Orte von Westpreußen. Aber er scheint Fassung und Arbeitskraft eingebüßt zu haben. Es kam vor, daß der König, als er von Küstrin abreiste, die Vollmacht für Zastrow nicht unterschrieben hatte, so daß ein Feldjäger mit dem Schriftstück ihm nachgesandt werden mußte; selbst die Schlüssel der Chiffren waren in Berlin vergessen, und die eingehenden Depeschen konnten zuweilen nicht einmal gelesen werden. Das Schreiben, in welchem der König von dem in Osterode gefaßten Beschlusse Kenntnis gab, ging erst fünf Tage später, am 26. November, nach Petersburg ab[1]. Daß die Mißstimmung gegen Haugwitz nach den Unglücksfällen, die man nicht zum wenigsten ihm zur Last legte, sich steigerte, ist begreiflich; aber seine Beziehungen zum Könige blieben unverändert. Erst die Entscheidung vom 21. November ließ eine durchgreifende Meinungsverschiedenheit hervortreten. Da Preußen nunmehr ganz auf die Hülfe Rußlands angewiesen war, konnte ein Minister, gegen welchen der Zar seine Abneigung so oft und so offen ausgesprochen hatte, zur Führung der Geschäfte nicht mehr geeignet erscheinen; Haugwitz hatte zudem für den Waffenstillstand, also für die Lösung der Beziehungen zu Rußland gestimmt; Gründe persönlicher Art, ein Augenleiden, der Wunsch, seine in Schlesien gelegenen Güter während des Krieges nicht ohne Aufsicht zu lassen, mögen mitgewirkt haben. Schon am 21. November erzählte man sich, Haugwitz habe um seine Entlassung gebeten; zwei Tage später macht er selbst Lucchesini diese Mitteilung. Er sei halb blind, setzt er hinzu, der König ehre ihn noch immer durch sein Vertrauen, stehe aber unter dem Drucke eines alles Maß überschreitenden Mißtrauens einer fremden Macht[2]. Einige Tage blieb jedoch der Minister noch in

[1] Schladen a. a. O. S. 22, 44, 60.

[2] Haugwitz an Lucchesini, 23. November, Bailleu a. a. O. II 581. Er schreibt von „confiance du maître, gêné par l'empire qu'exerce

seiner Stellung, erst am 30. reiste er von Ortelsburg, wohin der König sich vier Tage früher begeben hatte, über Warschau nach Schlesien[1], diesmal, um nicht wieder zurückzukehren.

Wer sollte ihn ersetzen? Am nächsten lag es, an Hardenberg zu denken, welchen Haugwitz in der That als seinen Nachfolger empfahl. Aber schon der noch andauernde Zwiespalt zwischen ihm und Beyme war seiner Wiederanstellung nicht günstig; auch der König scheint nach den Vorgängen im September eine Art von Abneigung gegen ihn gehegt zu haben. In Küstrin behandelte er ihn kalt und ließ ihn nach Danzig abreisen, ohne von Staatsgeschäften mit ihm zu reden; auch zu den Beratungen in Graudenz und Osterode wurde Hardenberg nicht zugezogen. Schon am 20. November hatte der König durch Beyme und Köckritz dem Freiherrn vom Stein das Ministerium des Auswärtigen antragen lassen[2]; Stein lehnte jedoch ab, weil es ihm an Kenntnis der Sachen und Formen mangele; er schlug den Grafen von der Goltz, den Gesandten in Petersburg, vor. Am 29. November erhielt er in Königsberg ein erneutes Anerbieten von nicht ganz gleichem Inhalt. Der König schrieb, Graf Haugwitz müsse sich wegen eines Augenleidens auf eine Zeit lang den Geschäften entziehen; Stein möge das Ministerium interimistisch übernehmen; er genieße das Vertrauen der Höfe, mit denen der König jetzt die nächste Verbindung unterhalte, und werde die Geschäfte gewiß so führen, wie es die Lage des Staates erfordere. Was

la défiance la plus déreglée peut-être, dont jamais on a eu exemple de la part d'une cour étrangère." Daß diese Worte nicht zu stark sind, beweist der bei Martens a. a. O. VI 392 mitgeteilte Schriftwechsel, durch welchen der russische Hof, zeitweise durch die Vermittlung der Königin, im September, Oktober und November die Entfernung des Grafen Haugwitz, Beymes und Lombards herbeizuführen suchte. Mit dem Briefe an Lucchesini stimmen die ausführlichen Mitteilungen überein, welche Ompteda in einer vertraulichen Unterredung von Lucchesini Ende Januar 1807 in Wien erhielt. Vgl. Omptedas Politischen Nachlaß I 249.

[1] Schladen a. a. O. S. 58, 60, 64.

[2] Pertz a. a. O. I 359.

der König durch die nur zeitweilige Übertragung des Ministeriums bezweckte, erkennt man deutlich aus einem beigelegten Schreiben Beymes. Das Interimistikum, heißt es darin, sei dem Könige besonders um des Grafen Haugwitz willen erwünscht; er besorge, daß man den Abgang des Grafen im In- und Auslande ebenso ungünstig wie den Abgang Lombards beurteilen werde, nämlich als sei er in Ungnade erfolgt oder durch fremden Einfluß erzwungen worden[1]. Für Stein lag in dieser Erwägung kein Grund, seine Meinung zu ändern. In seiner weitausholenden, mehr als nötig lehrhaften Antwort begründete er die Ablehnung von neuem durch seine Unkenntnis des diplomatischen Geschäftsganges. In Hardenberg, meint er, besitze der König einen durch seine persönlichen Eigenschaften sowie das Vertrauen und die Wünsche des russischen und englischen Hofes vorzüglich zu empfehlenden Minister des Auswärtigen. Zum Schluß wiederholt er, was seit dem Frühjahr den Gegenstand so vieler Erörterungen gebildet hatte, die Klagen über das königliche Kabinet. Abhülfe sei nur möglich, wenn der König unmittelbar mit einem aus den Ministern zusammengesetzten Staatsrate die Geschäfte leite[2]. Friedrich Wilhelm, in nicht geringer Verlegenheit, gab zum Teile nach. Durch Beyme ließ er eine Denkschrift ausarbeiten, der zufolge an Stelle des von Stein vorgeschlagenen Staatsrates die Minister des Auswärtigen, des Krieges und ein Direktorialminister der inneren Angelegenheiten in unmittelbaren Verkehr mit dem Könige treten und in einem Conseil die wichtigsten Staatsangelegenheiten erledigen sollten. Nur die Hülfe eines Kabinetsrates wollte der König nicht aufgeben und von Beyme sich nicht trennen; daher der Zusatz: zur Führung des Protokolls und zur schleunigen Ausfertigung der königlichen Befehle solle ein Kabinetsrat an dem Conseil teilnehmen. Die übrigen Geschäfte im Kabinet und in den Departements sollten den bis-

[1] Die beiden Schreiben im Journal der Kabinetsordres vom 15. September bis 30. Dezember 1806, auch bei Pertz a. a. O. I 362.

[2] Pertz a. a. O. I 363; das Datum fehlt.

herigen Gang beibehalten. Beyme verfehlte auch nicht, die von Stein gegen das Kabinet erhobenen Vorwürfe ausführlich zu widerlegen. Er meint, das Kabinet habe vieles Gute angeregt, niemals einen Fortschritt verhindert und die Einheit der Verwaltung aufrechterhalten. Aber was unter dem gegenwärtigen Könige nützlich gewesen sei, könne unter einem andern auch einmal gefährlich werden; deswegen empfehle sich die nunmehr vorgeschlagene Veränderung[1]. Man sieht: die Gegensätze, durch welche die Denkschrift vom 2. September veranlaßt war, treten hier abermals hervor, und auf die Urheber jener Denkschrift, auf Hardenberg, Stein, Rüchel, wurde der König durch die Macht der Verhältnisse jetzt von neuem hingewiesen.

Er hatte am 7. Dezember den von seinen Wunden genesenen General Rüchel zum Gouverneur der Provinz Preußen ernannt. Ihm dachte er auch das Kriegsministerium zu übertragen, Stein zum Direktorialminister für das Innere zu ernennen. Die Berufung Hardenbergs hätte er gern vermieden; aber ein Ersatz war nicht leicht zu finden, und Rüchel wußte die Abneigung des Königs, der am 10. Dezember in die Hauptstadt gekommen war, zu überwinden. Hardenberg, der seit mehreren Wochen zurückgezogen in Königsberg geweilt hatte, stand gerade im Begriff, weiter nach Memel zu reisen, als er am 13. von Rüchel die Nachricht erhielt, daß man ihm das Ministerium des Auswärtigen zu übertragen denke. Wäre nur der lange Hader dadurch zum Abschluß gekommen! Aber die drei bevorzugten Männer, insbesondere Stein und Hardenberg, gaben sich noch nicht zufrieden. In der Beibehaltung des Kabinets, in der Stellung Beymes als Protokollführer des Conseils glaubten sie den Plan zu erkennen, das frühere Verhältnis unter wenig veränderten Formen bestehen zu lassen. Noch am Abend begaben sich Rüchel und Hardenberg zu Stein, den eine Krankheit zu Hause hielt. Hardenberg begleitete die Denkschrift Beymes mit einer Reihe bitterer Bemerkungen und entwarf ein Gutachten, welches, von

[1] Beymes Denkschrift aus Wehlau v. 10. Dezember bei Pertz a. a. O. I 374 ff. und mit Hardenbergs Bemerkungen bei Ranke a. a. O. V 402.

ihm, Stein und Rüchel unterzeichnet, dem Könige überreicht werden sollte. Darin war das von Beyme vorgeschlagene Conseil angenommen, aber die Abschaffung des königlichen Kabinets und die Entlassung der gegenwärtigen Kabinetsräte gefordert. Hardenberg bemerkte noch in einer sehr scharf gehaltenen Beilage: über Beyme und Lombard sei bei den auswärtigen Höfen die nachteiligste Meinung tief eingewurzelt; man glaube, daß sie den König regierten; er sei fest entschlossen, die Leitung der Geschäfte nicht zu übernehmen, solange diese beiden Männer in ihren Stellen verblieben und ein Kabinet neben dem Kabinetsministerio fortdauere[1].

Rüchel zögerte jedoch, das Gutachten zu überreichen, weil er wünschte, daß der König selbst die Sache wieder anregen möge. Unterdessen kamen Lucchesini und Zastrow am 16. Dezember aus Berlin zum Könige zurück. Der General hatte in Posen Napoleon gesprochen und die Äußerung vernommen, wenn die Russen geschlagen würden, so gäbe es keinen König von Preußen mehr. Er brachte einen drohenden Brief Napoleons mit und widerriet dem Könige in dringenden Worten, das Ministerium des Auswärtigen an Hardenberg zu übertragen, weil man dadurch Unterhandlungen mit Napoleon unmöglich mache. Besser würden Stein die äußeren, Hardenberg die inneren Angelegenheiten zugeteilt. Für diesen Vorschlag suchte Graf Schulenburg, welchen der König zum Vermittler gewählt hatte, im Laufe des 18. Stein und Hardenberg zu gewinnen. Aber aus einer Instruktion, die vom Könige tags vorher, am 17. Dezember, an Rüchel geschickt war, hatten beide ersehen, daß Beyme nicht bloß in dem Conseil das Protokoll führen, sondern auch die für das Conseil bestimmten Sachen auswählen und jedem der drei Minister das ihm Zukommende überweisen sollte. Der Kabinetsrat wäre dadurch in der That zu einer Art von Präsidenten geworden. Schon aus diesem Grunde war Hardenberg zur Ablehnung entschlossen. Schulenburg gegenüber führte er aus, als Minister des Innern würde er Napoleon, der seinen

[1] Ranke a. a. O. III 240; das Gutachten vom 14. Dezember bei Pertz a. a. O. I 377 ff., 384 ff.

geheimen Einfluß fürchten müßte, erst recht unangenehm und verdächtig sein; weit besser könne er als Minister des Auswärtigen offen mit ihm unterhandeln und dann, da er das Vertrauen Rußlands und Englands besitze, auch von diesen leichter ein Zugeständnis für den Frieden erlangen. Wenn man aber auf die Angaben Zastrows so großes Gewicht lege, so möge man doch ihm das Ministerium des Auswärtigen übertragen. Schulenburg, der, wie es scheint, für Hardenberg wenig eingenommen war, beeilte sich, die hingeworfene Äußerung als einen wohlbedachten Rat dem Könige vorzutragen, und dieser, wahrscheinlich erfreut, sich in solcher Weise des unbequemen Ratgebers ganz entledigen zu können, ernannte noch am 18. Dezember Zastrow interimistisch zum Minister des Auswärtigen. Das Ministerium des Innern mußte dann an Stein fallen; aber man kannte ihn wenig, wenn man glaubte, er würde unter solchen Bedingungen an der neuen Organisation sich beteiligen. Schon am 17. hatte er in einem Briefe an Hardenberg in seiner bestimmten Weise erklärt: „Kein Kabinet, kein Einfluß eines Subalternen, kein Ministerium ohne Sie; wir müssen durch unsere Verbindung die Intriguen der Herren Beyme ꝛc. zu nichte machen.“ Am Morgen des 18. wird er im Gespräche mit Schulenburg seine Ansicht nicht verhehlt haben, und nachmittags wiederholte er ihm auch schriftlich die Erklärung, er würde an dem Conseil niemals ohne Hardenbergs Eintritt sich beteiligen, da er dessen Einsicht in einer ihm bisher ganz fremden Stellung nicht entbehren könne. Man müsse sicher sein, schrieb er, daß der König Haugwitz und Lombard förmlich verabschiedet habe; zu wünschen sei auch, daß Beyme seinen Abschied nehme, da er das Vertrauen des russischen Hofes und des preußischen Volkes nicht besitze. Endlich erscheint wieder mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen läßt, die Hauptforderung; denn „die gleichzeitige Existenz des Kabinets und des Conseils sei unzulässig, ein Widerspruch in sich und absurd, eine Einrichtung, an welcher ein vernünftiger Mensch sich nicht beteiligen könne“. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn

Schulenburg in der Antwort an Stein sein Bedauern ausdrückt, daß er gegen seinen Willen in eine so schwierige Verhandlung verwickelt sei. Von dem, was am Morgen zwischen ihm und den beiden Freunden besprochen war, hatte er dem Könige Kenntnis gegeben, aber zu Beymes Entlassung nicht raten können. Sie erschien ihm, wie er auch Stein schreibt, für den König zu demütigend; er hatte nur geraten, den Einfluß Beymes zu beschränken, so daß er die Eifersucht der Minister nicht erregen könne. Aber der König war ärgerlich geworden. „Hält man mich für eine Schlafmütze", rief er aus, „glaubt man, ich würde eine Maßregel, die ich aus Überzeugung angeordnet habe, unter fremdem Einfluß selbst zu nichte machen? Wenn man glaubt, ich habe den Plan eines Conseils gegen meinen Willen mir aufnötigen lassen, so ist der Gedanke eine Frechheit, und ich versichere Ihnen, ich habe aus Überzeugung gehandelt." Von der Ernennung Zastrows scheint Schulenburg damals noch nichts gewußt zu haben; aber was er schrieb, war hinreichend, um Stein in seiner Weigerung zu bestärken, der denn auch in einem Billet um halb sieben Uhr abends den Unterhändler ausdrücklich ersucht, von seinem vorgängigen Billet dem Könige oder Köckritz und Zastrow Kenntnis zu geben, damit ein Mißverständnis vermieden werde. Schulenburg antwortet noch um acht Uhr, er habe die Antwort Steins Köckritz schon mitgeteilt, wisse aber nicht, ob dieser sie dem Könige vorlegen werde[1].

Mag dies nun geschehen sein oder nicht, der König erließ am folgenden Tage, dem 19., an Rüchel, Stein und Zastrow eine Kabinetsordre, er habe nach reiflicher Überlegung den Beschluß über die Anordnung eines Conseils gefaßt. In einer beiliegenden, gleichfalls vom 19. datierten Instruktion wurde in der schon angedeuteten Weise eine Teilung der Geschäfte zwischen Stein, Rüchel und Zastrow angeordnet. Alle eingehenden Sachen sollten jedoch unmittelbar in die Hände des Königs gelangen und von ihm, also im wesentlichen von Beyme, verteilt

[1] Die angeführten Briefe bei Ranke a. a. O. III 242 ff.

werden, der auch als Protokollführer den Verhandlungen beizuwohnen hatte[1]. Die ganze Einrichtung sollte übrigens für jetzt nur provisorisch sein; der König behielt sich vor, in Zukunft zu beurteilen, inwieweit sie dem Endzweck und seinen Wünschen entspräche.

Von den drei genannten Männern war nur Zastrow mit dem ganzen Vorgang einverstanden. Rüchel äußert sich Stein gegenüber wenig zufrieden; der König, meint er, wolle die Geschäftsführung im wesentlichen unverändert lassen, da Beyme und Kleist den Vortrag behalten sollten. Als Militär und nach seiner Stellung zum Könige würde aber auch Rüchel sich gefügt haben; um so bestimmter spricht sich Stein in einem Billet an Rüchel vom 20. Dezember aus. Die neue Einrichtung, schreibt er, werde bei ihrer prekären Existenz und bei den widerstrebenden Ansichten der berufenen Personen ihren Zweck nicht erreichen können und die Achtung des In- und Auslandes nicht erwerben; der gegenwärtige geringe Umfang der Verwaltungsgeschäfte mache zudem eine Veränderung der inneren Behörden überflüssig. Er finde deshalb keinen Grund, den neuen ihm angewiesenen Geschäftskreis zu übernehmen. Die Art, wie man Hardenberg behandelt habe, sei für ihn selbst wenig ermunternd, auch seine noch nicht wiederhergestellte Gesundheit mache es zweifelhaft, ob er den neuen Obliegenheiten genügen könne. Rüchel als der älteste der drei berichtete denn auch in ihrem Namen an den König, daß die beliebte Einrichtung in der Gestalt als Provisorium nicht ausführbar sei. Er selbst könne sich den Obersten Kleist, einen alles Gute liebenden Mann, als Mittelperson wohl gefallen lassen; aber ein reines Vertrauen zwischen Stein und Beyme sei nicht möglich. Man sieht jedoch, wie der General sich bemüht, Steins Weigerung und seine harten Worte in die schonendste Form zu kleiden. Stein, schreibt er, wolle keineswegs in dieser kritischen Lage aus den Geschäften

[1] Die Urkunden bei Pertz a. a. O. I 387 ff.; vgl. Ranke a. a. O. III 247.

ſcheiden, ſondern, ſolange er nützen könne, herzlich gern nach allen Kräften dem Könige nützlich ſein. Er wolle daher ſeinem bisherigen Dienſte vorſtehen, über alles, was ihm vom Könige aufgetragen werde, ſein Urteil abgeben, ſich nach des Königs Befehl ſowohl mit anderen Miniſtern beſprechen als bei den Beratungen in Gegenwart des Königs erſcheinen. Er wolle nur nicht der Täuſchung Raum geben, als ob ein wirkliches Conſeil exiſtiere, nämlich ein ſolches, welches die Staatsgeſchäfte als ein Ganzes in perſönlicher Gegenwart des Königs ohne Zwiſchenperſonen regelmäßig bearbeite, um nicht eine Verantwortlichkeit gegen den König und das Land auf ſich zu laden, die er als Mann von Ehre ohne die erforderlichen Mittel nicht übernehmen könne[1]. Wir werden ſehen, wie dieſe wohlgemeinte Darſtellung die Gegenſätze, die ſie auszugleichen ſuchte, um ſo härter zuſammenſtoßen ließ. Vorerſt wurde die wirkliche Berufung des Conſeils ſchon durch die Krankheit Steins verhindert. Ob der König auf eine Einrichtung, die doch weſentlich ein Zugeſtändnis an Stein und Hardenberg enthielt, jetzt, nach der Berufung Zaſtrows, noch großen Wert legte, läßt ſich bezweifeln. Was ihn in den nächſten Tagen zumeiſt in Anſpruch nahm, waren die diplomatiſchen und kriegeriſchen Angelegenheiten. Kaiſer Alexander hatte die Nachrichten aus Oſterode, die Verwerfung des von Napoleon angebotenen Waffenſtillſtands, mit den größten Lobſprüchen in einem Briefe vom 13. Dezember beantwortet. Es war nun keine leichte Aufgabe, ihm mitzuteilen, daß der Unterhändler, der dieſen Waffenſtillſtand unterzeichnete, zum Miniſter des Auswärtigen ernannt ſei. Doch geſchah es in einem Briefe vom 22. Dezember, den ein eigener Geſandter, der Oberſt von Kruſemarck, nach Petersburg brachte. Darin wurden auch die jüngſten Anerbietungen Napoleons bezüglich eines allgemeinen Friedens als beachtenswert bezeichnet; nur ſollten die Verhandlungen von Rußland und Preußen immer gemeinſchaftlich

[1] Pertz a. a. O. I 390 ff.

geführt und die Operationen im Felde nicht aufgehalten werden[1]. Bis dahin hatte der Krieg nur Unglück gebracht; in Hannover waren nun auch Hameln und Nienburg, in Schlesien Breslau und Glogau in die Hand der Franzosen gefallen. Die kleine in Preußen wieder gesammelte Macht unter dem General l'Estocq hatte man dem Oberbefehl des Generals Bennigsen unterstellt. Aber die russischen Feldherren zeigten zu wirksamen Maßregeln wenig Neigung; nicht einmal die Grenze der Weichsel hatten sie behauptet, und zu einem Zusammenstoß kam es erst, als Napoleon seine Truppen noch weiter vorgehen ließ. Seit dem 22. Dezember erfolgte eine Reihe hitziger Gefechte; bei Pultusk am 26. und 27. Dezember wurden die Franzosen zurückgewiesen, und Bennigsen verkündigte seinen Erfolg in Königsberg als einen vollständigen Sieg. Gleichwohl ordnete er am Tage nach dem Treffen den Rückzug an, gab sogar die Straße nach Königsberg frei, und die Folge war, daß die königliche Familie am 3., die Königin am 5., der König selbst am 6. Januar 1807 die preußische Hauptstadt verließen. In Memel, an der äußersten Grenze der Monarchie, wurde eine letzte Zuflucht gesucht.

Mitten in die Vorbereitungen zur Abreise fällt noch die Katastrophe, welche den Versuch einer neuen Organisation der Staatsbehörden in der unerfreulichsten Weise unterbrach. Der König hatte am 29. Dezember Stein durch den General von Köckritz um ein Gutachten über eine Sache eigentümlicher Art ersuchen lassen. Bald nach dem Einzug der Franzosen in Berlin, als sich alle Gedanken noch auf den Frieden richteten, war die königliche Bank ohne Vorwissen ihres Chefs, des Ministers Stein, vom Könige angewiesen, dem Hofmarschallamt Zahlungen bis zum Betrage von 100000 Thalern für die Aufnahme des französischen Kaisers zu leisten[2]. An Stein erging nun, es scheint aus

[1] Ranke a. a. O. III 252, 259.

[2] Einer Anspielung darauf begegnet man in den Briefen des Königs an Napoleon und des Grafen Haugwitz an Lucchesini vom 7. November, vgl. oben S. 291 Anmerkung 2. Die in Hardenbergs Denkwürdigkeiten (Ranke a. a. O. III 266) erwähnte „Kabinetsordre" an die Bank findet

Berlin, die Anfrage, ob diese Ausgabe fortdauern und wie es mit den Zahlungen weiter gehalten werden sollte. Der Minister war, wie sich denken läßt, unangenehm berührt, einmal weil ihm die Zahlung überflüssig erschien, ferner weil man ihn, den Chef der Bank, bei Abfassung der Kabinetsordre nicht befragt hatte. Er ließ das Aktenstück, ohne sich zu äußern, an das königliche Kabinet weiter gehen, und als er es am 29. Dezember von Köckritz im Auftrage des Königs zum zweitenmal erhielt, schickte er es dem General wieder zu mit dem Bemerken, ihm sei über die Sache nichts bekannt; sie gehöre vor den Minister des Auswärtigen. Es sei beispiellos, daß man dem Sieger, der alle Hülfsquellen des Landes in seiner Gewalt habe, auch noch aus geretteten Fonds freiwillige Beiträge leiste; er müsse daher glauben, daß die Verwilligung vielleicht zur Erleichterung der Stadt Berlin geschehen sei. Stein hatte nicht unrecht mit der Behauptung, daß die Sache den Minister des Auswärtigen angehe; aber daraus folgte nicht, daß sie dem Minister der Finanzen fremd sei; offenbar verdiente sie, von beiden gemeinsam besprochen zu werden. Dieser Ansicht war auch der König, und als ein Diener, der Stein zu einer Unterredung eingeladen hatte, die Antwort brachte, der Minister könne wegen eines Unwohlseins das Haus nicht verlassen, ließ er ihm durch Köckritz die Akten nochmals zustellen. Köckritz bemerkte dabei, der König habe mit

---

sich im Kabinetsjournal nicht. Dagegen teilt Bassewitz (a. a. O. I 163, 164, 331) eine Kabinetsordre vom 7. November an den in Berlin gebliebenen Minister von Angern mit, welche denselben beauftragt, im Namen des Königs das Nötige zu verfügen und einzuleiten, daß Napoleon in den königlichen Schlössern überall für Rechnung des Königs bewirtet werde. Unter Vermittlung des Ministers hatte demzufolge der Bankdirektor Hundt dem Hofmarschallamt zur Verpflegung des Kaisers 45000 Thaler vorgestreckt. Durch eine Ordre vom 5. Januar 1807 wurde der Befehl widerrufen. Vielleicht bezieht sich auf diese Angelegenheit auch das folgende in das Kabinetsjournal eingetragene Schreiben Beymes an Stein vom 4. Dezember 1806: „Ew. Excellenz Sentiments, daß man die Geldmittel einer eroberten Stadt nicht verstärken müsse, pflichte ich vollkommen bei und würde also ebenfalls nicht für die angetragene Überweisung von 200000 Thalern in Tresorscheinen stimmen." Preuß. Geh. St.-A.

Stein die Angelegenheit besprechen wollen, weil sie zu Steins Geschäftskreis und nach der neuen Instruktion vor den Staatsrat gehöre. Aber zum drittenmal wies Stein die Schriftstücke von sich, ohne auf den Inhalt einzugehen, mit dem Zusatze, er betrachte nach seiner den Generalen Rüchel und Zastrow gegebenen Erklärung den Staatsrat als nicht konstituiert. Jetzt war die Geduld des Königs zu Ende; mit eigener Hand richtete er am 3. Januar 1807 an Stein einen Brief in Ausdrücken, wie er sie nicht oft in seinem Leben gebraucht hat. Bereitwillig erkennt er an, daß der Minister durch eine musterhafte Amtsführung das anfänglich gegen ihn herrschende Vorurteil widerlegte, aber dann beklagt er sich über die Art, wie Stein im November des vorigen Jahres die ihm angebotene Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in einem bombastreichen Aufsatze zurückgewiesen habe. Gleichwohl habe der König seinen Gründen nachgegeben; gerade um den Wünschen Steins bezüglich einer neuen Organisation des Geschäftsganges zu entsprechen, sei die ihm vermutlich bekannt gewordene Ordre vom 17. Dezember erlassen. „Ich sage vermutlich", fährt der König fort, „da mir Ihr beharrliches Stillschweigen, das ich anfänglich auf Rechnung Ihres Gesundheitszustandes brachte, sonst gänzlich unerklärlich bleiben muß. Zwar weiß ich wohl, in welcher trotzigen Art Sie sich hierüber mündlich und schriftlich gegen die Generale v. Rüchel, v. Zastrow und v. Köckritz geäußert haben, und daß Sie, jetzt eben, zu zweien Malen die Berichterstattung über eine Angelegenheit verweigert haben, die mir von Ihnen selbst zugeschickt und die also als zu Ihrem Ressort gehörig vollkommen anzusehen war. Aus allem diesen habe ich mit großem Leidwesen ersehen müssen, daß ich mich leider nicht anfänglich in Ihnen geirrt, sondern daß Sie vielmehr als ein widerspenstiger, trotziger, hartnäckiger und ungehorsamer Staatsdiener anzusehen sind, der, auf sein Genie und seine Talente pochend, weit entfernt, das Beste des Staates vor Augen zu haben, nur durch Capricen geleitet, aus Leidenschaft und aus persönlichem Haß und Erbitterung handelt." Solche Staatsbeamte, schließt der König, seien aber für die Zusammen-

haltung des Staatsganzen die gefährlichsten, und wenn Stein „sein respektwidriges und unanständiges Benehmen“ nicht zu ändern willens sei, werde der Staat auf seine ferneren Dienste keine große Rechnung machen dürfen. Auf dieses Schreiben antwortete Stein nur dadurch, daß er mit Wiederholung der seinen Charakter zeichnenden Ausdrücke des Königs um seine Entlassung bat. Friedrich Wilhelm erteilte sie am 4. Januar mit den Worten: „Da der Herr Baron v. Stein sein eigenes Urteil fällt, so weiß ich nichts hinzuzusetzen“ [1].

Wir fürchten keinen Vorwurf, bei diesen Verhandlungen zu lange verweilt zu haben; denn sie stehen mit allem, was in diesem Buche zur Darstellung kommt, im engsten Zusammenhang. Gewiß lohnt es auch die Mühe, einmal im einzelnen sich deutlich zu machen, wie zwei so hoch stehende, durch gegenseitige Achtung verbundene und zugleich in seltenem Maße redliche und pflichtgetreue Männer über das, was sie voneinander fordern zu können glaubten, in einen so heftigen Gegensatz gerieten. Nichts wäre unbilliger, als die Schuld einseitig einem Teile und, wie es nicht selten geschehen ist, dem Könige zur Last zu legen. Gewiß hatte der König recht mit der Annahme, daß die Frage, ob die königliche Bank eine Zahlung zu Gunsten Napoleons leisten solle, dem Chef dieses Institutes nicht fremd und zur Beratung im Conseil geeignet sei; und die dreimalige Zurückweisung von seiten Steins scheint weder der Form noch der Sache nach gerechtfertigt. Schwerer ist zu entscheiden, ob Stein sich berechtigt halten konnte, die Beteiligung an einer Beratung im Conseil abzulehnen, und ob er sogar das Conseil als gar nicht konstituiert betrachten durfte, weil er den Eintritt abgelehnt hatte. Hier standen verschiedene Auffassungen sich entgegen. Der König mochte es als

[1] Pertz a. a. O. I 392 ff. Die Angabe, Stein habe auf die Bitte, „seine Entlassung in der gewöhnlichen Form zu expedieren“, keine Antwort erhalten, ist unrichtig. Die Entlassungsurkunde wurde am 10. Januar ausgefertigt. Bassewitz a. a. O. I 358. Am selbigen Tage wird der Geh. Oberfinanzrat v. Schlabrendorf interimistisch zum Direktor der Bank und Seehandlung ernannt. Kabinetsjournal.

selbstverständlich ansehen, daß er einem Minister des Innern auftragen könne, sich an der Beratung über allgemeine Staatsangelegenheiten zu beteiligen; Stein sah in einer solchen Beteiligung am Conseil einen ganz neuen Wirkungskreis, ein neues Amt mit neuen Pflichten, das er mit gleichem Recht wie das Ministerium des Auswärtigen abzulehnen sich befugt hielt. Mag man ihm auch hierin beistimmen, so wird dadurch die wiederholte Weigerung, über eine einzelne Sache auf ausdrücklichen Wunsch des Königs sich zu äußern, noch nicht gerechtfertigt. Zum wenigsten mußte er seine Gründe darlegen; fanden sie keine Billigung, so stand es ihm frei, seine Entlassung zu nehmen. Mit Recht beklagt sich der König über sein rätselhaftes Schweigen; denn wenn Rüchel in Steins Namen geantwortet hatte: er sei bereit über alles, was ihm vom Könige aufgetragen werde, sein Urteil zu äußern, sich nach des Königs Befehl sowohl mit andern Ministern zu besprechen als bei den Beratungen in Gegenwart des Königs zu erscheinen, so war dies sicher nicht geeignet, auf das spätere Benehmen Steins vorzubereiten. So erklärt sich der Unwille des Königs und die bei ihm sonst ungewohnte heftige Art, sich auszudrücken. Es kam noch hinzu, daß er, wenigstens nach seiner Meinung, durch die Entfernung von Haugwitz und Lombard, durch die Einrichtung des Conseils, die Anträge an Hardenberg und Stein den Forderungen dieser beiden Männer soweit entgegengekommen war, als seine Würde irgend zuließ. Um so stärker fühlte er sich nun verletzt, als alles vergeblich blieb, als man starrsinnig auf der Forderung beharrte, er solle vorerst den Mann entfernen, der ihm für seine Person unentbehrlich schien. Niebuhr hat den Brief des Königs an Stein einen „ungeheuern, unbegreiflichen" genannt[1]; meinesteils habe ich ihn niemals ohne Bewegung lesen können. Es ist die Sprache eines Fürsten, der von seinem Recht überzeugt ist und der in seinem Unwillen doch nicht vergißt, was er dem Gegner schuldet. Wollte man das Benehmen der beiden Männer ausschließlich in

[1] Pertz a. a. O. I 404.

Bezug auf diesen einzelnen Fall betrachten, so würde, glaube ich, das Urteil mehr zu Gunsten des Königs als des Ministers ausfallen. Aber das wäre wieder eine Ungerechtigkeit gegen Stein. Man darf nicht vergessen, daß sein ganzes Thun von dem Bewußtsein geleitet war, das Beste, ja das unabweislich Notwendige für die Rettung des Staates zu fordern. Nur zu sehr war das Unheilvolle des früheren Systems, waren die Nachteile der Kabinetsregierung hervorgetreten. Gerade in dem einzelnen Falle, um den es sich hier handelte, bei der Verordnung an die Bank mit Übergehung ihres Chefs, kam das willkürliche Eingreifen des Kabinets deutlich zum Vorschein. · Solchen Übelständen wollte Stein für immer vorbeugen; unveränderlich beharrte er auf seinem Sinn. Darf man es dem willensstarken, charaktervollen Manne zur Schuld anrechnen, wenn er in jener Zeit der halben Maßregeln, des ewigen Zweifelns und Schwankens nach der entgegengesetzten Seite zu weit ging?

Wären nur durch den beständigen Hader der höchstgestellten Personen nicht die kostbarste Zeit und die nötigsten Kräfte vergeudet und dem Staate entzogen worden! So fehlten auch jetzt gerade die beiden Männer, von denen am meisten für Preußens Erhebung zu hoffen war. Der König sah sich, als er am 8. Januar 1807 in Memel ankam, für das Innere auf Beyme, für das Auswärtige auf Zastrow angewiesen. Der General war weder durch Kenntnisse noch durch Befähigung und Charakter für eine maßgebende Stellung geeignet. Beymen wird kein billig Denkender die Anerkennung versagen, daß er auch in jener schweren Zeit als ein verständiger, seinem Könige und dem Staate treuergebener Diener sich bewährt habe[1]. Aber für so außerordentliche Verhältnisse, denen nur ein Staatsmann von der seltensten Begabung

[1] Boyen a. a. O. I 268 nennt ihn nicht mit Unrecht den „versteckten Premierminister für die Civilangelegenheiten“ und schildert ihn als einen dem Könige treu ergebenen patriotischen Mann, als einen vorurteilsfreien Juristen mit recht schätzbaren Administrationskenntnissen, ja als das eigentlich belebende Prinzip in dem bisherigen Kabinet, aber doch wohl mehr zum Ausführen oder Anregen als zum Selbstschaffen von Ideen geeignet.

gewachsen sein konnte, reichte seine Persönlichkeit nicht aus, und sein Verbleiben im Amte wurde von wenigen mit so ungeteilter Befriedigung begrüßt wie von seinem früheren Kollegen Lombard.

III.

Es läßt sich denken, mit welcher Spannung, mit wieviel Sorgen und Hoffnungen Lombard diese Ereignisse begleitet hatte; zuerst aus der Ferne, dann in nächster Nähe. Rascher, als er erwarten konnte, fühlte er seine Gesundheit in Köslin wieder gekräftigt. Die meisten höhern Beamten, welche sich dem Bereich der französischen Heere entziehen wollten, hatten sich nach Königsberg begeben. In dieser Stadt, aus welcher das preußische Königtum hervorgegangen war, sollte es jetzt wieder einen Mittelpunkt finden. Auch Lombard brach Ende November dahin auf, sobald er sich versichert hatte, daß man ihn dort nicht ungern sehe. Über die Reise und den Aufenthalt in Königsberg hat sich eine Reihe von Briefen erhalten, die, für seine Persönlichkeit charakteristisch, auch auf die öffentlichen Verhältnisse ein interessantes Streiflicht werfen. Zugleich sind sie beinahe das erste, was mir von Lombards Hand in deutscher Sprache bekannt wurde. Noch der Brief vom 3. Oktober 1806 war französisch abgefaßt; von jetzt an muß die fremde Sprache im Familienverkehr der deutschen weichen. Nicht bloß zufällig. Die lange Reihe napoleonischer Gewaltthaten, der Krieg und die schonungslose Bedrückung des Landes hatten auch in der französischen Kolonie den Entschluß hervorgerufen, dem aus der Fremde mitgebrachten, bisher mit soviel Sorgfalt gepflegten Wesen zu entsagen und sich in Sitte und Sprache dem neuen, jetzt so tief gebeugten Vaterlande anzuschließen[1]. Ein Anflug

[1] Gütige Mitteilung des Herrn Oberberghauptmanns v. Dechen, der am 15. Februar 1889 beinahe 90jährig in Bonn verschieden ist. Herr v. Dechen, durch seine Mutter der französischen Kolonie angehörig und Urgroßneffe des in diesem Buche mehrmals genannten Geheimen Rats

des Fremdartigen läßt sich auch in diesen deutsch geschriebenen Briefen noch gewahren. Der erste, aus Danzig, ist verloren gegangen; zum zweiten Male schreibt Lombard am 3. Dezember aus Pillau. Die Reise dahin war sehr beschwerlich gewesen, denn aus übertriebener Vorsicht hatte er den Weg über die Nehrung genommen. Bekanntlich erstreckt sich diese dürre Landzunge zwischen der Ostsee und dem frischen Haff, welches die zum Wechsel nötigen Pferde durchwaten sollten. Bei dem heftigen Sturm war dies unmöglich; tagelang wurde Lombard aufgehalten, und als er endlich die Spitze der Nehrung erreichte, ließ die Überfahrt nach Pillau sich nicht bewerkstelligen. In einer armseligen Hütte lag er mit 500 Rekruten, die alles rein aufgezehrt hatten, etwas Stroh zum Lager, Kartoffeln zur Speise. Endlich bewog er einen Fischer, ihn in einem elenden Boote nicht ohne Gefahr nach Pillau zu führen, wo er dann gemächlicher das Ende des Sturmes und die Ankunft eines Wagens erwarten konnte[1]. Tags darauf dachte er sich nach Königsberg zu begeben, dort eine Weile zu bleiben und Beymes Anweisungen abzuwarten. „Ich bin glücklich hier angelangt", schreibt er am 5. Dezember aus Königsberg, „nach einer sehr beschwerlichen Reise, die meine Gesundheit aber eher gestärkt als angegriffen hat. Ich lebe endlich in tiefer Ruhe, eine Empfindung, die nach so vielen Stürmen der Seele ungemein behaglich ist. Von den ehemaligen Eindrücken gegen mich scheint keine Spur mehr übrig zu sein, und somit hätte von meinen mannigfachen Gefahren die dringendste endlich aufgehört. Auch für das Vorrücken der Franzosen nach dieser Seite scheint man vor der Hand unbesorgt, und selbst in dem Falle, daß ich hier mit den Ministern und der ganzen übrigen Dienerschaft, welche gewiß nicht weiter fliehen, sondern ruhig auf ihrem Posten bleiben werden, in feindliche Macht geraten sollte, so würde es nicht mehr unter den bedenklichen Umständen ge-

---

Laspeyres, hatte Lombard noch persönlich gekannt. In seinem elterlichen Hause wurde die bis dahin herrschende französische Sprache 1807 plötzlich mit der deutschen vertauscht.

[1] Lombard an seine Frau, Briefe vom 3. und 25. Dezember 1806.

schehen, die meine Abreise aus Köslin nötig gemacht haben. Du kannst daher in Ansehung meines künftigen Schicksales, insofern von Leben, Freiheit ꝛc. die Rede ist, vollkommen beruhigt sein. Der Minister Schulenburg hat mich mit zuvorkommender Freundschaft empfangen. Dem Präsidenten von Auerswald verdanke ich eine gute Wohnung, die mir nichts kostet; von Beyme habe ich Briefe vorgefunden; von meinen Berliner Freunden manchen getroffen. Ich könnte Luft schöpfen nach der langen Angst, wenn nicht Dein Bild mich unaufhörlich verfolgte, wenn es mir nicht ewig vorkäme, als sei ich von meinem guten Genius gewichen. Deine Pflege, Dein Anblick schon war mir Stärkung, und von allen meinen Drangsalen ist der bleibende Eindruck der, daß, wenn ich nur erst mit Dir mich vereinigen kann, kein Opfer, Armut selbst, mir nicht unerträglich scheinen wird. Aber dahin wird es hoffentlich nicht kommen. Dauern kann der gewaltige Zustand nicht. Ein anderer muß aus ihm hervorgehen, und dieser mag sein, wie er wolle, alles soll er uns nicht rauben. Ich hoffe mit Zuversicht, Dir noch glückliche Tage verheißen zu können. Trage nur mit Duldung und Mut, und will die Kraft sinken, sage Dir, daß sie die Bedingung meiner Erhaltung ist."

„Mein erster Plan", fährt er fort, „war, wie Du weißt, der Anweisung zu folgen und meinen hohen Beschützer aufzusuchen. Die Sachen haben sich aber sehr geändert. Die Fortsetzung des Krieges ist beschlossen, und als eine Folge des unglücklichen, jedoch, wie man sagt, unvermeidlichen Systems die Retraite des Grafen Haugwitz bereits erfolgt. Die nämlichen Gründe, die ihn entfernten, möchten auch wohl mir andere Pflichten auflegen. Was soll ich dort, wenn nicht am Frieden gearbeitet wird? Wenigstens habe ich geglaubt, zuvörderst noch schreiben zu müssen. Näheren Anweisungen sehe ich entgegen.

Soeben erfahre ich, daß der Herr nach Wehlau kommt, 7 Meilen von hier. Ich zweifle nun keineswegs, in wenigen Tagen meinen armen Peter zu sehen, der, auf die erste Nachricht unserer Ankunft, hierher eilen wird. Herzergreifend wird das Wiedersehen sein, jedoch auch Balsam für beide.

Die bekannten Kriegsnachrichten sind, daß Glogau seit 14 Tagen belagert, aber standhaft verteidigt wird[1]. Es ist die erste Festung, die der Feind gezwungen ist, kunstmäßig anzugreifen; seine erste Parallele war fertig. Thorn ist ohne Erfolg von ihm beschossen worden. In Warschau aber ist er eingerückt. Unter den Flüchtlingen aus dortiger Gegend habe ich hier den armen Treskow angetroffen, ihn, bei dem vor wenigen Wochen wir selbst eine Zuflucht hofften. Seegebarth, Hufeland[2] und Beguelin haben mich besucht; ich bin von Bekannten umgeben. Henry war einige Stunden vor meiner Ankunft nach Memel abgegangen. Selbst die französischen Prediger hier sind Schulkameraden von mir; Lacanal, Schlick, der Namen mußt du dich erinnern." „Ich habe heute schon", heißt es dann weiter, „ungeheure Briefe an B[eyme] geschrieben, gegen den ich von hier aus zum erstenmal mit Sicherheit meine Seele ausschütten konnte. Es wird mir bei weitem nicht so sauer als ehedem, denn es ist mein einziger Genuß, und meine Gesundheit ist mir ein Rätsel. Überhaupt finde ich in so vielen Details meines ungeheuren Unglücks Gottes leitenden Finger wieder, daß mein Zutrauen mehr und mehr erwacht und eine geheime Stimme mir täglich zuruft: wir werden einander glücklich wiedersehen, ärmer vielleicht, aber mit reinem Herzen, noch enger womöglich gekettet und von mancher Täuschung und Eitelkeit genesen, die das wahre Glück nur stört."

Bald wurde er in Königsberg durch den Besuch seines Bruders Peter erfreut, der, wie wir wissen, Haugwitz in das Hauptquartier begleitet hatte und nach dem Abgange des Ministers mit vier anderen Beamten, darunter Roux und die beiden

[1] Am 13. Dezember mußte man in Königsberg erfahren, daß auch diese Festung am 2. Dezember sich ergeben habe. Bassewitz a. a. O. I 349.

[2] Der berühmte Arzt begleitete die von Krankheiten schwer heimgesuchte königliche Familie auf Befehl des Königs zuerst nach Danzig, darauf nach Königsberg. In einer Kabinetsordre vom 28. November wird ihm mitgeteilt, er solle dasselbe Gehalt beziehen, welches der nach England zurückgekehrte Geheimrat Brown, der den König ins Feld begleitet hatte, erhalten habe. Preuß. Geh. St.-A.

Le Coq, in der Nähe des Königs geblieben war. „Ich habe meinen Peter hier", schreibt er am 10. Dezember; „die Freude über meinen Bruder war überschwenglich. Du bist der Hauptgegenstand des fruchtbaren Gespräches. Die Königin ist hier; in wenig Tagen kommt der König, mit ihm Beyme. Dieser war außer sich, als er ein Schreiben von mir aus Königsberg erhielt, allein die Freude hat sich sehr gelegt, als er gehört hat, daß ich allein sei." Die folgenden acht Tage waren, wie wir uns erinnern, eine Zeit des bewegtesten Treibens, in welchem die Unterhandlungen mit Stein, Hardenberg und Rüchel dem Abschluß bald mehr bald weniger nahe kamen. „Ich atme im ehemaligen Kreise", schreibt Lombard am 17. oder 18., „mich umgeben wie zu bessern Zeiten Herr, Freunde, Bruder. Bisweilen kommt es mir vor, als sei ich auf einer gewöhnlichen Revue-Reise begriffen. Vieles habe ich in den acht Tagen gelitten, erfahren, manchen Trost geschöpft, manche Täuschung fahren lassen, manchen Entschluß zur Reise gebracht. Zuerst erschütterte mich die Ankunft des guten Bruders, der auf die erste Nachricht meines Hierseins auf den Flügeln der Freundschaft nach Königsberg eilte. Den Tag darauf folgte Beyme, bald nach ihm mein guter, mir unvergeßlicher Herr. Mit welchen Empfindungen ich zu diesem ging, mit welcher innigen Rührung ich die verehrte Hand küßte, kannst du leichter dir denken, als ich es dir beschreiben kann. Er ist noch immer der nämliche, die Güte, die Offenheit, das Zutrauen selbst. Mit seltener Teilnahme wollte er mein Unglück bedauern, wollte mich davon reden hören. Ich verbat mir jede Erinnerung daran. Wir alle, so sagte ich ihm, wir alle sind unglücklich gewesen, und wer jetzt ein Privatunglück nicht vergißt, verdient kein besseres Los. Diese Ausweichung, welche, aus leicht zu erratenden Gründen, ihm wohl that, führte uns auf die öffentliche Lage, und wir gingen Vergangenheit und Zukunft durch, freilich mit gepreßten Herzen. Dieses ist kein Gegenstand für meine Feder; ich verspare manches für die Zukunft. Die Zukunft! Wie wird sie sein? Jetzt, da die Fortsetzung des Krieges unwiderruflich beschlossen ist, kann sie uns

alles wiedergeben, vielleicht auch mehr uns entreißen. Im letzten Falle, was thun? Das ist die ewige Frage in den Gesprächen mit Petern und meinen übrigen Freunden. Keiner von uns ist feige genug, um an sich zu zweifeln. So bin auch ich fest überzeugt, daß mit dem, was mir übrig bleiben wird, irgend eine Industrie mir mit Ehren durchhelfen wird. Indes ich hoffe zu Gott, daß wir auf die Probe nicht gestellt werden sollen, sowenig ich sie fürchte, solange Du mir bleibst und meine Kinder mit Dir. Was die Gegenwart betrifft, so stehen die Sachen so, daß ich bis zu andern Zeiten mein Amt unmöglich wieder antreten kann. Graf Haugwitz hat sich entfernt. Die Ursachen errätst Du. Höchstwahrscheinlich wird Hardenberg sein Nachfolger; warum, ist Dir ebenso klar. Gutes könnte ich unter solchen Umständen nicht stiften, wohl aber mich zu Grunde richten. Ich bleibe hier bis zur Entscheidung. Glück unserer Waffen führt mich nach der Vaterstadt zurück. Vollendetes Unglück ebenso. In jenem Falle reise ich dem Herrn nach, in diesem, traurig genug, mit einem französischen Paß. Über Köslin geht dann der Weg. O Gedanke, der mich an die einzige Prüfung erinnert, welcher meine Kraft nicht gewachsen ist. Kaum ist die dritte Woche um, seit ich Euch verließ, und schon nagt an meinem Herzen Verlangen und Reue. Pierre, mein guter treuer Pierre ist mein einziger Tröster. Wenn nur er selbst mir weniger Kummer machte! Er ist aber krank; seine Brust ängstigt mich unaussprechlich, so sehr Hufeland uns zu beruhigen sich bemüht. Mein braver Beyme erliegt unter der Arbeit, denn er ist jetzt alles in allem und hat Haugwitz' Geschäfte sowohl als meine vorläufig übernommen. Ich sehe ihn daher seltener und weniger frei, als ich mir geschmeichelt hatte. Seine Lage ist höchst sonderbar. Noch immer den Verfolgungen ausgesetzt, deren Gegenstand wir längst beide waren, trotzt er allem und lebt jetzt einem Verhältnis, einer Pflicht. Gespannt durch sein Unglück selbst, besonders aber durch die unerschütterliche Liebe des Königs, ist er fest entschlossen, ihm alles zu opfern, ihm in die Verweisung zu folgen, Diener des Privatmannes zu bleiben, sowie er des

Monarchen war, und, wenn es sein muß, Frau und Kind darüber aufzugeben. Nicht ein leeres Gerede ist das; Du kennst den gewaltigen Charakter, der keine Mittelstraße kennt. Er ist erbittert gegen die ganze Welt, findet, daß nirgends die Pflicht erfüllt wurde, erklärt sich besonders mit Ungestüm gegen den geleisteten Eid und will von seinen Berliner Freunden nichts wissen[1]. Einem Gefühl nur bleibt er treu. Gestern wollte er an Dich schreiben. Seine Frau hat sich in ihrem Hause vermauert, wo sie mit der einzigen [Tochter] Mila lebt. Pierre werde ich suchen, hier zu behalten; denn er ist verloren, wenn er in dieser Jahreszeit weiter muß, und zwischen dem und mir ist mehr als jemals das Band unzertrennlich." In einem früheren Briefe hatte Lombard seiner Frau den Vorschlag gemacht, sie möge wie die Frauen mehrerer in Königsberg befindlicher Beamten nach Berlin zurückkehren. Als sie dazu nicht geneigt war, ließ er ihr freie Wahl. „Übrigens", setzt er hinzu, „ist Dein Name gegen keinen Plan eine Einwendung mehr. Meine Geschichte ist überall bekannt und gewürdiget, und Mitleiden das Wenigste, was man mir schuldig zu sein glaubt. Selbst von einer andern Seite täuschten mich meine Besorgnisse. Meine Freunde in Berlin sind so thätig gewesen oder vielmehr mein ganzes Leben sprach so laut für die Reinheit und das Leidenschaftslose meiner Grundsätze, daß, wie der soeben zurückgekommene Marquis [Luccheſini] mich versichert, ich bei dem Aufenthalte dort mehr für Auszeichnung mich hüten müßte als für Haß. Und demungeachtet

[1] Am 9. November hatten die in Berlin verbliebenen Minister und Behörden dem französischen Kaiser einen Eid leisten müssen, durch welchen sie sich unter anderem verpflichteten, „aus allen Kräften beizutragen, um die Maßregeln und Anordnungen, welche ihnen für den Dienst der französischen Armee vorgeschrieben würden, auszuführen, und weder Briefwechsel noch irgend eine andere Art von Verbindung mit den Feinden derselben zu unterhalten" (vgl. Bassewitz a. a. O. I 110 ff., Stölzel a. a. O. II 374). Der König sprach sich am 17. Dezember in einer an das Staatsministerium gerichteten Kabinetsordre sehr mißfällig über diese Eidesleistung aus, welche sogar positive Verpflichtungen zum Vorteil der Franzosen in sich schließen könne. Er wolle sie für jetzt nicht rügen, aber noch weniger billigen. Kabinetsjournal und Bassewitz a. a. O. I 345.

habe ich tausend Gründe, mich zu freuen, daß ich den Entschluß, hierher zu kommen, endlich faßte. Ungewißheit, Du weißt es, ist meine einzige Tortur; jedem Übel, das ich berechne, sehe ich ruhig entgegen. Nun aber verdanke ich meinem Hiersein Licht, und das ist viel wert. Meine kleine Ökonomie habe ich nun vollkommen eingerichtet. Die Wohnung hat mir die Stadt unentgeltlich angewiesen. Bei meinen gutmütigen Wirtsleuten habe ich mich in die Kost gegeben. Jede Veranlassung zu Ausgaben vermeide ich, soviel ich kann, und da ich mein Gehalt hier gehoben, so bin ich auf sehr lange Zeit für jeden Mangel geschützt. Den ganzen langen Tag sitze ich mit Pierre oder Beyme im Gespräch oder ein Buch in der Hand und bestehe im voraus die Proben, die mir meine künftige Kraft verbürgen sollen, womit ich einst, geheilt von jedem falschen Begriff von Glück, dasselbe nur in Dir, nur in der Liebe finden werde."

Gerade während er schrieb — es mag am 18. gewesen sein —, drängten die Verhandlungen über die Neubildung eines Kabinets zu einer Entscheidung. Der Brief blieb einige Tage liegen. Am 21. Dezember fährt Lombard fort: „Stürme und Kämpfe um mich herum haben die Absendung meines Briefes verspätet. Ich wollte Dir gern den Ausgang melden. Nicht Stein hat das Portefeuille erhalten, sondern — Zastrow. Beyme hat schon manche Verdrüsse, die seinen Enthusiasmus herunterspannen und ihn gewaltiger an mich ziehen, den einzigen, auf welchen er rechnen kann." Es scheint in der That, daß der König in den folgenden Tagen sich mehr und mehr an den Gedanken gewöhnte, alles Wichtige in dem neu errichteten Conseil, also, wie er meinte, mit Rüchel, Stein und Zastrow, zu erörtern, ja, wenn es sein müßte, sich ganz von Beyme zu trennen. Unter solchen Verhältnissen konnte Lombard in seine frühere Stellung nicht wieder eintreten. Hatte doch Stein weit herber gegen ihn als gegen Beyme seinem Groll Ausdruck gegeben; als er Lombard nach so ereignisschweren Monaten in dem Vorzimmer des Königs wieder begegnete, warf er ihm, ohne ein Wort zu sprechen, nur einen finstern Blick zu. Auch Hardenberg, der ihn bei Schulen-

burg sah, vermied es, mit ihm zu reden. Am 19. Dezember erhielt Lombard einen Urlaub auf unbestimmte Zeit und die Erlaubnis, ihn da zu verleben, wo es für seine Gesundheit und das Wohl seiner Familie am vorteilhaftesten sei[1]. Für seine Stimmung giebt ein Brief vom 25. Dezember ein nicht unvorteilhaftes Zeugnis. „Jeden Tag werden die Dinge hier bunter", schreibt er; „denn jetzt zweifle ich kaum, daß auch mein armer Beyme dem Kampf unterliegen wird. Ein Staatsrat ist gebildet, an den alle wichtigen Staatssachen gehen. General Rüchel, Minister Stein und der neue Kabinetsminister General Zastrow sind die Mitglieder desselben. Entfernung der ehemaligen Geschäftsführer ist ihnen Hauptbedingung. Ich habe freiwillig den Platz geräumt; später, aber ebenso gewiß, wird es mein Kollege thun. Gebe der Himmel, daß es zum Besten des armen Vaterlandes sei! Reineren Willen werden unsere Nachfolger gewiß nicht haben. Überlegenheit des Talents sollen sie erst beweisen; ich aber bete zu Gott, daß das Glück ihrer Waltung den Stab über uns brechen möge. Somit bliebe mir in der Welt nur eine einzige Stütze noch: die Achtung des Königs. Seine Aufnahme hat sie mir bewiesen, und auf sie rechne ich, wenn einst die Ruhe wieder hergestellt ist. Doch selbst auf die Möglichkeit, daß auch diese letzte Täuschung verschwinden sollte, bin ich gefaßt. Als Ersatz für so viele Leiden bietet der Himmel mir eine unerwartete Aussicht dar. Meine Gesundheit nämlich wird mit jedem

[1] Im Kabinetsjournal für 1806, als Einlage zu Seite 128, findet sich, von Lombards eigener Hand geschrieben, die folgende Kabinetsordre: „Dans l'état où vous êtes, il est impossible que vous repreniez les fonctions de votre place. Je vous en dispense jusqu'à d'autres temps et vous permets en attendant de fixer votre séjour sur tel endroit que le soin de votre santé et de votre famille vous fera préférer. Au reste vous savez la justice que je rends au zèle et à la probité avec laquelle vous m'avez servi, et vous êtes bien sûr que l'inactivité à laquelle vos souffrances vous reduisent ne vous coûtera aucun des titres que vous avez à ma bienveillance. Sur ce je prie etc." Eine fremde Hand hat das Datum des 19. Dezember beigefügt. Daß die Kabinetsordre wirklich an Lombard gerichtet sei, bezeugt die Ausfertigung in seinem Nachlaß.

Tage fester, ein Wunder, das ich kaum begreife. Ich wache darüber mit einer Sorgfalt, die ich sonst nicht kannte, denn sie ist mir jetzt die Bedingung meiner und Eurer Zukunft. Nein, meine Teuern, Ihr sollt nicht darben, solange ich am Leben bin. Soviel werden wir vom Schiffbruche retten, soviel der Gerechtigkeit des guten Königs verdanken, daß meine Arbeit hinreichen wird, uns allen ein sorgloses, ruhiges Leben zu verschaffen, schön durch Liebe und Selbstgefühl. O meine Kinder, bleibt gut! Lasset Euch belehren durch mein Schicksal, so reich an Schrecknissen und Trost! Was würde jetzt aus mir werden, wenn der geringste Vorwurf mein Gewissen beunruhigte! Mutlos erläge ich dem Unglück, beschämt träte ich denen unter die Augen, die mich in meinem Glanze sahen. Statt dessen fühle ich mich heute so stolz, als ich vor diesem bescheiden gewesen bin, und so stark durch mich selbst, als ich sonst, durch Krankheit gebeugt, mich mittellos glaubte. Mit einem Worte, meine teuerste D., ich bin gesund, heiter, zufrieden; ich verlange, daß Du es auch seiest, und würde Deine Zaghaftigkeit als einen Mangel an Achtung für mich betrachten. Du allein könntest meinen Mut lähmen — wenn Du ihn nicht teiltest." Es folgen dann Vorschläge über Ersparnisse, das Aufgeben der Wohnung in Berlin; er bittet seine Frau, mit sich selbst alles zu überlegen, was für Menschen ratsam sei, die keine Ersparnis für unbedeutend halten dürften; doch solle sie nicht versäumen, den Kindern am Geburtstage, zu Weihnachten und Neujahr eine kleine Freude zu machen. In dem folgenden Briefe, vom 28., schildert er seine eigne Lebensweise. Er wohnt mit seinem Bruder Peter auf dem Löbenicht Nr. 107 beim Herrn Rendanten Risi und teilt den einfachen Tisch seiner Mietsleute. „Über meine Übungen in der Ökonomie", setzt er hinzu, „würdest Du sogar lachen. Die schwersten Opfer werden mir leicht. Doch erlaube mir heute noch eine kleine Ausnahme von der strengen Regel. Du erhältst mit diesem Briefe eine Schachtel mit dem köstlichsten Marzipan, der in Preußen gebacken wird, damit doch meine armen Kleinen sich beim Anfange des Jahres nicht ganz als verwaist ansehn." „Bücher", schreibt er „haben wir vollauf.

Luccheſini, Knobelsdorff, Le Coq, Roux, Treskow beſuchen uns. Einen Abend um den andern bringe ich mit meinem guten Beyme zu. Geld habe ich mehr als ich brauche, denn ich habe hier mein Gehalt bezogen bis zu Ende des Etatsjahres, d. h. bis zum erſten Juni, ſo daß ich zweitauſend Thaler unterm Schlüſſel habe." In der politiſchen Lage war wieder eine kleine Veränderung eingetreten. „Noch ſteht Beyme", ſchreibt Lombard, „noch hält ihn das unerſchütterliche Vertrauen des Herrn aufrecht. Vielleicht ſind ſogar die Beſorgniſſe, die ich in meinem letzten Schreiben äußerte, etwas zu voreilig geweſen. Aber ſoviel iſt gewiß: alle, die jetzt am Ruder ſind, vereinigen ſich in dem Haß gegen ihn, und ſchon mancher Verdruß iſt die Folge. Mit ſeinem Enthuſiasmus hat's ein Ende. Nicht mehr nach Oſten hin, nach ſeiner Frau, nach ſeinem Kind richtet er mit Sehnſucht den Blick. Spät oder früh wird ſein Schickſal das unſrige ſein. Daß die Achtung des gerechten Königs uns in unſerer Abgezogenheit beiden folgen wird, davon haben wir gottlob die Beweiſe. Dies ſei Dir in der Entfernung genug. Traue mir und hoffe glückliche Tage." Dieſe Hoffnung ſchien ſich zu verwirklichen, als von den Schlachtfeldern endlich eine günſtige Nachricht einlief. Sie mag auch auf die folgenden Worte nicht ohne Einfluß geweſen ſein: „In der Scheideſtunde beider Jahre ſchreibe ich Dir mit Empfindungen, von den gewöhnlichen ganz verſchieden. Immer war dieſe Stunde mir feierlich, mehrenteils aber trübe. Jenes war ſie mir auch jetzt, dieſes — Du magſt noch ſo ſehr Dich darüber wundern — viel weniger. Sonſt fand ich zwiſchen den Gaben des verſchwenderiſchen Glücks und meinen Anſprüchen darauf ein Mißverhältnis, das nicht wohlthat. Heute habe ich zum erſtenmal in meinem Leben das behagliche Gefühl, daß ich ein beſſeres Los verdiene. Ich werde verkannt, weil ich meine Pflicht that; ich werde gehaßt und war doch immer ſo gut und that keinem Menſchen weh. Selbſt in meinem Unglück ſind meine Wünſche noch für die, die mir alles rauben wollten. Ich ſage: wollten; denn ſie konnten mir nicht nehmen, was mein Glück ewig begründet, Deine Liebe, die mir den Übergang ſo

sehr erleichtert hat, deren starken Zauber ich gerade durch ihre Bosheit in seiner ganzen Macht kennen lernte. Ich beginne das Jahr mit Ruhe, Vertrauen und Mut, mit der Ahnung, daß ich es an Deiner Seite schließen werde, zufrieden mit meinem Schicksal und mir, und daß auch die Wunden des Vaterlandes alsdann nicht mehr bluten werden. Freilich kann bis dahin noch mancher Schlag uns treffen; auf den Ausgang aber kommt es an, und dieser — glaube mir noch dieses Mal — wird wo nicht so glänzend, als mancher es träumt, gewiß erträglicher sein, als die Kleinmütigen es glauben. Der Anfang ist gemacht. Eure Siegesnachrichten waren erdichtet; gestern aber kam der Kapitän Wrangel aus dem russischen Hauptquartier hier an, umgeben von zwölf blasenden Postillons, mit der Nachricht des ersten Sieges. Die Franzosen haben am 26. das Corps des Generals Bennigsen bei Pultusk angegriffen und sind nach einem Gefecht, das den ganzen Tag gewährt hat, zurückgeschlagen worden. Ihr Verlust ist sehr bedeutend gewesen. Gefangene hat man nicht gemacht; denn die Russen geben keinen Pardon. Leider haben grundlose Wege und Mangel an Lebensmitteln sie verhindert, ihren Vorteil zu verfolgen; aber dennoch ist das Eis gebrochen, der Mut wieder aufgerichtet und vor der Hand diese Provinz gerettet. Ich lief sogleich zum Könige hin, den ich schon von den Seinigen umgeben und strahlend wie die Morgensonne fand. Mit ausnehmender Güte näherte er sich mir, teilte mir seine Freude mit und empfing den Ausdruck der meinigen. Für die arme Königin, die seit zehn Tagen an einem Nervenfieber lag, ist die Nachricht ein Balsam gewesen, der Hufelands Kunst zu Schanden gemacht hat. Jetzt leben wir alle in der Erwartung großer Dinge. Die sanguinischen Hoffnungen der Menge teile ich zwar nicht ganz, aber doch verkenne ich die Vorteile des ersten Schrittes nicht, und nie habe ich eine süßere Empfindung gehabt als bei dem wilden Freudengeschrei der unermeßlichen Menge Volks, die, auf dem Schloßplatz versammelt, dem König ihr unaufhörliches Vivat zurief."

„Von Beyme wirst Du einen Brief erhalten haben. Auch

gestern wollte er im Taumel seiner Freude sogleich an Dich schreiben. Mit seiner Existenz bleibt alles beim alten. Meldet er Dir nichts davon, so mache auch in Deinen Antworten keinen Gebrauch von meinen Nachrichten. Ich wünsche mit jedem Tage mehr, daß er standhaft bleibe, denn ich fürchte, daß seine und meine Rechtfertigung sehr bald in dem Benehmen der Nachfolger liegen würde."

IV.

Leider ist dieser Brief vom 1. Januar 1807 der letzte, welcher in der Reihe sich erhalten hat. Wenn auch Beyme in seiner Stellung blieb, für Lombard wäre es selbst bei frischer Gesundheit unmöglich gewesen; die öffentliche Meinung sprach zu stark gegen ihn. Schon sein Verweilen in Königsberg beunruhigte seine Gegner. Hardenberg wies in einem am 30. Dezember eingereichten Entlassungsgesuch nachdrücklich auf die üblen Folgen hin, wenn man höre, daß Lombard sich in der Nähe des Königs befinde[1]. Oft genug mag freilich der König ihn in Memel vermißt haben. Denn Hardenberg, der einzige Staatsmann, welcher der Lage gewachsen war, stand noch immer beiseite geschoben; sein Entlassungsgesuch hatte der König am 14. Januar in gnädigen Worten abgelehnt, aber ohne ihn bei den öffentlichen Angelegenheiten wieder zu Rate zu ziehen[2]. Haugwitz war in der Ferne, und Zastrow würde nicht einmal unter gewöhnlichen Verhältnissen als Minister des Auswärtigen brauchbar gewesen sein; wieviel weniger jetzt, wo es galt, die letzte Hoffnung des Staates, die Verbindung mit Rußland, nutzbar zu machen, der diplomatischen Kunst Napoleons entgegenzutreten, ein gutes Verhältnis zu England herzustellen, Schweden und Österreich für eine neue Koalition zu gewinnen. Leider war nicht einmal die Einigkeit in der Umgebung des Königs

[1] Pertz a. a. O. I 577.
[2] Ranke a. a. O. III 267.

wieder herbeigeführt. Man hat wohl behauptet, Zastrow sei durch Beyme, der ihn als Werkzeug habe benutzen wollen, an seine Stelle gebracht. Aber schon bald nach seinem Amtsantritt befand er sich in offenem Gegensatz zu dem Kabinetsrat, suchte ihn zu entfernen und weigerte sich, die auswärtigen Angelegenheiten in seiner Gegenwart zum Vortrag zu bringen. Der König war dem hochfahrenden, selbstsüchtigen Manne im Grunde wenig geneigt, sah sich aber doch genötigt, ihn am 26. Januar zum wirklichen Minister des Auswärtigen zu ernennen, vornehmlich, weil zwei Tage später der Friede mit dem englischen Bevollmächtigten, Lord Hutchinson, endlich unterzeichnet werden sollte[1]. Beyme, von so vielen Seiten angefeindet und nur durch den Willen des Königs gehalten, suchte nach einem Stützpunkte. Am 27. Januar richtete er an Hardenberg in schönen und herzlichen Worten die Bitte, er möge die heftigen Scenen aus dem April des vergangenen Jahres verzeihen und sich mit ihm aussöhnen. Hardenbergs Antwort vom 2. Februar und noch mehr die bitteren Randbemerkungen, mit denen er Beymes ersten Brief und eine am 2. Februar folgende Rechtfertigung begleitete, beweisen nur zu deutlich, wie schwer es ihm fiel, eine Beleidigung und seine Fernhaltung von den Geschäften zu vergeben[2]. Immer wurde doch soviel erreicht, daß die beiden Männer wenigstens den Verkehr miteinander wieder aufnahmen. Am 7. und 8. Februar gab die Schlacht bei Eylau nach langer Zeit wieder den Beweis, daß man auch Napoleon den Sieg auf dem Schlachtfelde streitig machen könne. Zugleich erkannte man, was preußische Truppen, von L'Estocq und Scharnhorst geführt, zu leisten vermöchten.

---

[1] Ranke a. a. O. III 282. Vgl. Kabinetsjournal vom 26. Januar 1807. Zastrow erhielt auch den von Haugwitz bezogenen Gehalt, welcher am 31. Januar auf 14054 Thaler berechnet wird.

[2] Ranke a. a. O. III 284. Wenn Hardenberg die Vermutung ausspricht, „der Schritt Beymes sei nicht ohne Vorwissen des Königs geschehen", so irrt er nicht. Die Schreiben Beymes vom 27. Januar und 2. Februar sind sogar in das Journal der Kabinetsordres aufgenommen.

Bennigsen ordnete zwar den Rückzug an, aber auch Napoleon hatte so schwer gelitten, daß er noch einmal Preußen durch einen Separatfrieden von Rußland zu trennen suchte. Am 16. traf sein vertrauter Adjutant, der General Bertrand, in Memel ein. Er bot Frieden und die Rückgabe aller preußischen Länder bis zur Elbe, also weit mehr als der Waffenstillstand, der im November in Osterode angeboten war. Die Versuchung war groß und Zastrow, der Unterzeichner jenes Waffenstillstandes, jetzt auch dem Frieden sehr geneigt. Aber wenn der König sich von Rußland und dadurch zugleich von den noch widerstandsfähigen europäischen Mächten trennte und nur dem guten Willen Napoleons die Rückgabe seiner Provinzen verdankte, so geriet er in völlige Abhängigkeit. Das widerstrebte dem Charakter Friedrich Wilhelms; der Gegensatz zwischen ihm und seinem Minister des Auswärtigen kam ihm deutlich zum Bewußtsein. In ähnlicher Lage hatte er sich 1805 befunden, als Hardenberg zu dem Bündnis mit Frankreich riet; von ihm hatte er sich damals zu Haugwitz zurückgewendet. Aber seit dem Vertrage vom 3. November 1805 war Hardenberg der eifrigste Vertreter, der geheime Unterhändler eines Bündnisses mit Rußland geworden, das dem Könige jetzt vor allem am Herzen lag. Und so geschah es, daß nach langem Zwischenraume Hardenberg, man könnte sagen, als Beistand gegen Zastrow, wieder in den königlichen Rat berufen wurde. In der entscheidenden Konferenz am 19. Februar setzte er durch, daß der König in einem Briefe an den Zaren und ebenso in der Antwort, welche der Oberst Kleist dem französischen Kaiser überbringen mußte, den Gedanken an Separatverhandlungen zurückwies[1]. Seitdem hatte Hardenberg öfters Unterredungen mit dem Könige. In der Hauptsache mit ihm einig, an geistiger Bedeutung alles, was jetzt in Betracht kam, weit überragend, mit Beyme wieder in leidlichem Verhältnis, sah er seinen Einfluß rasch sich steigern. Es geschah endlich am Nachmittag des

[1] Ranke a. a. O. III 307 ff.; IV 60.

5. März, daß er dem Könige, gewiß nach beiderseitigem Wunsche, seine Ansichten über die äußeren und inneren Verhältnisse des Staates in einer ausführlichen Denkschrift darlegte. Seine Vorschläge für das Bündnis mit England und Rußland, für die Beziehungen zu Dänemark und Österreich brauchen hier nicht erörtert zu werden. Was über die inneren Verhältnisse gesagt wird, knüpft dagegen unmittelbar an die Königsberger Verhandlungen im Dezember an. Hardenberg erbietet sich, wie schon mehrmals unter ähnlichen Verhältnissen, in seine frühere Wirksamkeit wiedereinzutreten, vorausgesetzt, daß das Vertrauen des Königs ihm vollständig zu teil werde. Er hebt die Notwendigkeit hervor, für die Bedürfnisse der Gegenwart und die dauernde Erstarkung des Staates außerordentliche Maßregeln zu ergreifen; vor allem sei eine einheitliche Leitung unerläßlich. Hardenberg kommt auf die königliche Verordnung über die Errichtung des Conseils vom 19. Dezember zurück; er schlägt dem Könige vor, ihm selbst das Ministerium des Auswärtigen und zugleich die Leitung der inneren Angelegenheiten zu übertragen, bis entweder der Freiherr vom Stein die Gnade des Königs wiedererlangt habe oder, wenn die gegenwärtige Krisis vorüber sei, ein anderer dem Berufe völlig gewachsener Mann gefunden werde. Zastrow könne das Kriegsministerium, Kleist einige Einzelheiten des Heerwesens als ein besonderes Fach erhalten, die Vorträge im Kabinet sollten von Zastrow und Hardenberg stets in Gegenwart beider gehalten, Beyme dagegen in ehrenvoller Weise von der Person des Königs und den Geschäften entfernt werden. Es kam zu einer lebhaften, bewegten Unterredung; Hardenberg beschwor den König, er möge bei seiner bessern Einsicht der Dinge doch auch Herr und König sein. Friedrich Wilhelm hörte alles mit großer Aufmerksamkeit an, verstärkte wohl noch, was Hardenberg über Mißbräuche gesagt hatte; nur die Entfernung Beymes wollte er nicht zugestehen[1]. Hardenberg verließ ihn „mit dem frohen Bewußtsein, daß niemals ein anderer

[1] Ranke a. a. O. III 318; V 447, 464, 466.

dem Monarchen so die Wahrheit gesagt" und dafür so gütiges Gehör gefunden habe. In der That geschah aber nicht, was Hardenberg empfahl, sondern was der in den letzten Tagen von Königsberg nach Memel berufene Minister von Voß in einem wahrscheinlich von Beyme angeregten Gutachten am 10. März empfohlen hatte[1]. Der König erklärte, er wolle bis auf ruhigere Zeiten die Personen des Kabinets beibehalten, die vier in Memel anwesenden Minister Hardenberg, Zastrow, Schrötter und Voß jedoch täglich um sich versammeln und das Nötigste mit ihnen vorkehren. Dieses zeitraubende Verfahren führte aber zu neuen Streitigkeiten, und nicht ohne Grund spottete eine französische Zeitung, der „Publicist", der preußische Hof sei nach den schrecklichen Erfahrungen, die er habe machen müssen, noch uneiniger als zuvor. Hardenbergs Hoffnung war auf die Ankunft des Kaisers von Rußland gerichtet; erst mit ihr trat der gewünschte Umschwung ein. Der Zar, welcher am 2. April gegen Mittag in Memel eingetroffen war, machte gleich nach der Tafel Hardenberg einen Besuch und erklärte am Schluß der zweistündigen Unterredung, er werde den König bitten, Hardenberg die Geschäfte zu übertragen. Als Friedrich Wilhelm sich bald darauf mit dem Kaiser zur Armee begab, befanden sich nur Hardenberg und Kleist in seinem Gefolge; Zastrow schützte ärgerlich ein Unwohlsein vor. Der König fand an den Vorträgen Hardenbergs Gefallen, und am 26. April erging endlich eine königliche Verordnung, die man als vorläufigen Abschluß der gerade ein Jahr dauernden Entwicklung betrachten kann[2]. Hardenberg erhielt das Ministerium des Auswärtigen und daneben, mit Ausnahme der Militärsachen, die Leitung aller übrigen auf den Krieg bezüglichen Angelegenheiten: das Verpflegungswesen, den Getreideeinkauf, alle Geldoperationen, Oberaufsicht über Post, Zeitungen und Geheim-

[1] Ranke a. a. O. III 319 ff.; V 468 ff.
[2] Ranke a. a. O. III 340, 348, 387 ff., 432 ff.

5. März, daß er dem Könige, gewiß nach beiderseitigem Wunsche, seine Ansichten über die äußeren und inneren Verhältnisse des Staates in einer ausführlichen Denkschrift darlegte. Seine Vorschläge für das Bündnis mit England und Rußland, für die Beziehungen zu Dänemark und Österreich brauchen hier nicht erörtert zu werden. Was über die inneren Verhältnisse gesagt wird, knüpft dagegen unmittelbar an die Königsberger Verhandlungen im Dezember an. Hardenberg erbietet sich, wie schon mehrmals unter ähnlichen Verhältnissen, in seine frühere Wirksamkeit wiedereinzutreten, vorausgesetzt, daß das Vertrauen des Königs ihm vollständig zu teil werde. Er hebt die Notwendigkeit hervor, für die Bedürfnisse der Gegenwart und die dauernde Erstarkung des Staates außerordentliche Maßregeln zu ergreifen; vor allem sei eine einheitliche Leitung unerläßlich. Hardenberg kommt auf die königliche Verordnung über die Errichtung des Conseils vom 19. Dezember zurück; er schlägt dem Könige vor, ihm selbst das Ministerium des Auswärtigen und zugleich die Leitung der inneren Angelegenheiten zu übertragen, bis entweder der Freiherr vom Stein die Gnade des Königs wiedererlangt habe oder, wenn die gegenwärtige Krisis vorüber sei, ein anderer dem Berufe völlig gewachsener Mann gefunden werde. Zastrow könne das Kriegsministerium, Kleist einige Einzelheiten des Heerwesens als ein besonderes Fach erhalten, die Vorträge im Kabinet sollten von Zastrow und Hardenberg stets in Gegenwart beider gehalten, Beyme dagegen in ehrenvoller Weise von der Person des Königs und den Geschäften entfernt werden. Es kam zu einer lebhaften, bewegten Unterredung; Hardenberg beschwor den König, er möge bei seiner bessern Einsicht der Dinge doch auch Herr und König sein. Friedrich Wilhelm hörte alles mit großer Aufmerksamkeit an, verstärkte wohl noch, was Hardenberg über Mißbräuche gesagt hatte; nur die Entfernung Beymes wollte er nicht zugestehen[1]. Hardenberg verließ ihn „mit dem frohen Bewußtsein, daß niemals ein anderer

[1] Ranke a. a. O. III 318; V 447, 464, 466.

dem Monarchen so die Wahrheit gesagt" und dafür so gütiges Gehör gefunden habe. In der That geschah aber nicht, was Hardenberg empfahl, sondern was der in den letzten Tagen von Königsberg nach Memel berufene Minister von Voß in einem wahrscheinlich von Beyme angeregten Gutachten am 10. März empfohlen hatte[1]. Der König erklärte, er wolle bis auf ruhigere Zeiten die Personen des Kabinets beibehalten, die vier in Memel anwesenden Minister Hardenberg, Zastrow, Schrötter und Voß jedoch täglich um sich versammeln und das Nötigste mit ihnen vorkehren. Dieses zeitraubende Verfahren führte aber zu neuen Streitigkeiten, und nicht ohne Grund spottete eine französische Zeitung, der „Publicist", der preußische Hof sei nach den schrecklichen Erfahrungen, die er habe machen müssen, noch uneiniger als zuvor. Hardenbergs Hoffnung war auf die Ankunft des Kaisers von Rußland gerichtet; erst mit ihr trat der gewünschte Umschwung ein. Der Zar, welcher am 2. April gegen Mittag in Memel eingetroffen war, machte gleich nach der Tafel Hardenberg einen Besuch und erklärte am Schluß der zweistündigen Unterredung, er werde den König bitten, Hardenberg die Geschäfte zu übertragen. Als Friedrich Wilhelm sich bald darauf mit dem Kaiser zur Armee begab, befanden sich nur Hardenberg und Kleist in seinem Gefolge; Zastrow schützte ärgerlich ein Unwohlsein vor. Der König fand an den Vorträgen Hardenbergs Gefallen, und am 26. April erging endlich eine königliche Verordnung, die man als vorläufigen Abschluß der gerade ein Jahr dauernden Entwicklung betrachten kann[2]. Hardenberg erhielt das Ministerium des Auswärtigen und daneben, mit Ausnahme der Militärsachen, die Leitung aller übrigen auf den Krieg bezüglichen Angelegenheiten: das Verpflegungswesen, den Getreideeinkauf, alle Geldoperationen, Oberaufsicht über Post, Zeitungen und Geheim-

[1] Ranke a. a. O. III 319 ff.; V 468 ff.
[2] Ranke a. a. O. III 340, 348, 387 ff., 432 ff.

polizei, Einsicht in die Finanzen und die Leitung der Bank und Seehandlung. Vorsorglich hatte der König unter der Verordnung bemerkt, die Maßregeln seien nötig und keine Zurücksetzung darin zu suchen. Gleichwohl erfolgten von seiten der Minister Schrötter und Voß langatmige Klagen über Kränkung und Zurücksetzung, die bis in den Juni dauerten. Zastrow hatte schon Mitte April, nach dem Wiedereintritt Hardenbergs, abgelehnt, das Ministerium des Auswärtigen mit ihm zu teilen, und forderte jetzt, obwohl der König ihm eine reiche Entschädigung anbot, in den verletzendsten Formen seinen Abschied. Nur Beyme erklärte sich sogleich, am 2. Mai, mit der neuen Einrichtung einverstanden, von welcher denn auch der König sich nicht wieder abbringen ließ.

Die einheitliche Leitung der Verwaltung war nunmehr erreicht, auch die Eintracht zwischen Beyme und Hardenberg hergestellt, und man erkennt, daß von jetzt an eine kräftige, geschickte Hand das Steuer führt. Aber ließ sich, was schon verloren war, wieder gut machen, jetzt, da die Entscheidung nicht mehr in preußischen Händen lag? Die Ratifikationen des Friedens mit England wurden erst am 30. April in Memel ausgewechselt; über Hülfsgelder sollte noch verhandelt werden. Der König von Schweden war stets zum Kriege gegen Napoleon geneigt, aber noch nicht gerüstet; Österreich aus der neutralen Stellung nicht herauszubringen. Für Preußen und Rußland wurde zu Bartenstein am 26. April eine neue Konvention unterzeichnet, welche das festeste Zusammengehen versprach und die übrigen Mächte zum Eintritt in die Koalition einlud. Der Zar war voll Mut und Begeisterung, aber in seinem Heere trat schon seit Anfang des Krieges die Neigung hervor, sich auf den Schutz des russischen Bodens zu beschränken und Preußen seinem Schicksal zu überlassen. Bennigsens Kriegführung erwies sich auch jetzt als zaghaft und saumselig; nach der Schlacht bei Eylau blieb das russisch-preußische Heer beinahe drei Monate in Unthätigkeit. Während dessen fielen die schlesischen Festungen; am 26. Mai mußte selbst

Danzig, das General Kalckreuth rühmlich verteidigt hatte, sich ergeben. Erst Anfang Juni, als Napoleon selbst mit überlegenen Streitkräften heranzog, bequemten sich die russischen Heerführer auf Befehl ihres Kaisers zum Vorgehen. Aber den Hoffnungen, die ein glückliches Gefecht bei Heilsberg am 10. Juni erweckt hatte, machte die Niederlage bei Friedland schon vier Tage später ein Ende; kaum 40 000 Russen ließen sich auf dem Rückzuge noch zusammenbringen. Die preußischen Truppen gingen über Königsberg nach Memel zurück; am 16. Juni fiel die Hauptstadt in feindliche Gewalt, und, was das Schlimmste war, Friedrich Wilhelm und Hardenberg fanden nun auch die Stimmung des Zaren wesentlich verändert. Schon am 21. Juni war im Widerspruch mit dem Vertrage von Bartenstein zwischen Russen und Franzosen ein Waffenstillstand abgeschlossen. Der König konnte nicht daran denken, den Krieg fortzusetzen, obgleich, jetzt zu spät, von England, Schweden und Österreich vielverheißende Nachrichten eintrafen; am 25. Juni unterzeichnete Kalckreuth auch für Preußen den Waffenstillstand. Was nun folgte, die Unterredung der beiden Kaiser auf dem Niemen am 25. Juni, die Zusammenkunft der drei Monarchen am folgenden Tage, das Erscheinen der Königin Luise in Tilsit am 6. Juli, braucht hier nicht wiederholt zu werden. Am 7. Juli, kam zwischen Frankreich und Rußland, zwei Tage später zwischen Frankreich und Preußen der Friede zum Abschluß. Nur aus Freundschaft für den Zaren, erklärte Napoleon, gebe er Preußen die Provinzen auf dem rechten Elbufer mit Ausnahme des Kottbuser Kreises und der vormals polnischen Besitzungen zurück. Von dem früheren Umfang waren dem Staate nur 2856 Quadratmeilen mit 4 594 000 Einwohnern geblieben.

Nicht Hardenberg, sondern der für die Verteidigung Danzigs zum Marschall erhobene Kalckreuth und Graf v. d. Goltz, der Gesandte beim russischen Hofe, unterzeichneten mit Talleyrand den Vertrag. Napoleon hatte schon vor dem Abschluß des Waffenstillstandes erklärt, lieber werde er noch 40 Jahre Krieg

führen als mit Hardenberg unterhandeln[1]. In spätern Unterredungen mit dem Könige forderte er so bestimmt die Entlassung des Ministers, daß derselbe am 3. Juli selbst darum nachsuchen mußte. Am 6. wurde das Ministerium des Auswärtigen dem Grafen v. d. Goltz übertragen; selbigen Tages ging Hardenberg von Tilsit nach Memel, am 10. schlug er den Weg nach Riga ein[2]. Den Freiherrn vom Stein hatte er dem Könige als Leiter der Staatsgeschäfte empfohlen.

[1] Schladen a. a. O. S. 243; Ranke a. a. O. III 476 ff., 498 ff.

[2] Am 14. Juli wurde ihm durch Kabinetsordre gestattet, einen ganzjährigen Betrag seines Gehaltes auf einmal zu beziehen. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn man inmitten dieser welterschütternden Ereigniffe einer Kabinetsordre begegnet, welche am 19. Juni — fünf Tage nach der Schlacht bei Friedland — Hardenberg die nach dem preußischen Landrecht (II 1 §§ 30 und 940) nötige Erlaubnis erteilt, die Charlotte Schönemann der Ungleichheit des Standes ungeachtet zu ehelichen. Der König dispensierte dabei von allen Förmlichkeiten, welche die Trauung hindern oder aufhalten mußten. Preuß. Geh. St.-A.

Elftes Kapitel.

Lombard als Sekretär der Akademie. Die „Matériaux“ und die politische Litteratur der Jahre 1807—1809.

I.

Was ist von Lombards Erlebnissen während dieser traurigsten Zeit des preußischen Staates zu melden? In ununterbrochener Folge lassen sie sich nicht erzählen; Briefe an seine Frau sind aus dem Jahre 1807 nicht erhalten. Gewiß ist, daß weder er noch sein Bruder Peter dem Könige nach Memel folgten, ebensowenig als ihr Freund Luccheſini, welcher in der ersten Woche des Januar über Posen und Wien sich nach Italien auf seine heimatlichen Besitzungen bei Lucca begab, ohne jemals nach Preußen zurückzukehren[1]. Die Ursache dieser auffallenden Wendung liegt noch im Dunkeln; in der Unterzeichnung des nachteiligen Waffenstillstandes vom 16. November kann sie nicht gefunden werden, wurde doch Luccheſinis Kollege, der General v. Zastrow, unmittelbar nach der Rückkehr nach Königsberg zum Minister des Auswärtigen ernannt. Eher dürfte man auf ein Zerwürfnis mit dem letzteren und Intriguen dieses vordringlichen, selbstsüchtigen Mannes schließen. Die Brüder Lombard mögen noch

[1] Vgl. Beilage Nr. XXV.

einige Tage in Königsberg verweilt haben; alsdann begaben sie sich, mit einem französischen Paß versehen, nach Köslin, wo Lombards Frau mit den beiden Söhnen noch immer sich aufhielt. August, der erstgeborene, von vorzüglichen Anlagen, fing schon an, den Eltern eine Stütze zu sein. Er konnte über ernste Dinge mit dem Vater reden, und als er im Februar seiner Studien wegen nach Berlin zurückkehrte, übernahm er mit Geschick die Besorgung mancher nicht ganz unwichtigen Geschäfte. Auch für Lombard war kein Opfer zu schwer, wenn es sich um das Wohl des Sohnes handelte. Wir wissen, daß die veränderten Verhältnisse eine Beschränkung der Ausgaben nötig machten; aber als August neben dem gewöhnlichen Gymnasialunterricht noch Privatstunden von einem seiner Lehrer zu erhalten wünschte, antwortet der Vater sogleich am 6. Mai: „Kann Dir der Herr Professor Idler einige Stunden widmen, so sehe ich mit Vergnügen, daß Du seinen guten Willen benutzest. Behüte mich der Himmel, Dir je ein Mittel zu Deiner Bildung zu erschweren[1]!" Gern wäre Lombard dem Sohne nach Berlin gefolgt; aber das widerrieten der in Berlin verbliebene ältere Bruder Adolf und die Freunde, mit denen der Knabe zumeist verkehrte, wie es scheint, aus dem doppelten Grunde, weil die Volksstimmung und vielleicht auch eine Gefahr von seiten der Franzosen noch zu fürchten waren. „Eine Zeile in Deinem Briefe", schreibt Lombard am 7. März, „hätte ich weniger rätselhaft gewünscht. Meine Freunde, sagst Du, raten, nicht heimzukehren. Warum? Ein einziger Wink, der mich hierüber belehrt hätte, wie wert! Findest Du noch eine Möglichkeit, so ersetze; Du kannst ja Namen und nähere Beziehungen weglassen und in Worte, die ich allein errate, die bittere Nachricht einkleiden. Droht es mir von außen oder von innen? Ist es Rache oder Dummheit? Meine Freunde umarme, vorzüglich Adolfs, Kircheisens, Müller, Erman, Reclams, Cohens und Henrys. Zwar sind die Zeiten jetzt so, daß nicht sie die Versicherung meines Andenkens bedürfen. Der

[1] Lombard an seinen Sohn August, 6. u. 12. Mai 1807.

Geächtete, der Verarmte, der Flüchtling muß dem Himmel danken, wenn man sich seiner erinnert. Lebe so, mein guter Junge, daß auch Du einst, unter ähnlichen Umständen, zu der Vorstellung lächeln könnest.“

Wenn Lombard zu seiner eigenen Bedrängnis lächelte, so erfüllte ihn das Schicksal seines jüngeren Bruders mit schwerer Sorge. „Der arme Onkel“, schreibt er am 7. März, „leidet sehr an einer hartnäckigen Zuschnürung des Halses und Ersterbung der Sprache mit Husten, Auswerfen und Schlaflosigkeit. Unter uns, erwähne solches aber in der Antwort nicht, ich fange an sehr besorgt um ihn zu sein. Indes, warum vor der Zeit sich grämen? Vielleicht hilft der Himmel auch hier.“ Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Vor dem Ende des folgenden Monats war Peter Lombard nicht mehr unter den Lebenden. Der Brief, welcher von seinem Tode Nachricht gab, ist verloren. Der folgende, vom 6. Mai, enthält nur kurze Äußerungen des Schmerzes über den Verlust. „Du sagst“, heißt es darin „Graf Haugwitz läßt sich bisweilen nach uns erkundigen? Ist er denn in Berlin? In dem Falle laufe hin zu ihm, dem unvergeßlichen Freund, dem zarten Wohlthäter meines armen Pierre. Sage ihm alles, was in meinem Namen Dein dankbares Herz Dir eingeben wird. Ist er nicht in Berlin, so beschwöre Adolf ihm unsern Verlust im Namen der ganzen Familie mitzuteilen.“

Gleichzeitig mit diesem Todesfall war auch der jüngere Sohn Eduard von einem gefährlichen Scharlachfieber befallen, die Mutter ganz zur Krankenpflegerin geworden. Bei alledem erhielt Lombard sich geistig frisch. „Der Frühling“, schreibt er am 23. Mai, „ist prächtig, obwohl kälter denn bei Euch; ich benutze ihn und die lieblichen Umgebungen meiner zweiten Vaterstadt mit seltenem Behagen, soviel nämlich bei dem inneren Gram ein Genuß noch möglich ist.“ Zur Erheiterung des kranken Sohnes schrieb er kleine Fabeln in deutschen Versen; auch ein Werk, das den Gang der preußischen Politik in den Jahren 1805—7, die Wirksamkeit des Grafen Haugwitz und des königlichen Kabinets darstellen und rechtfertigen sollte, mag ihn

hält meinen Befehl an die Akademie. Bis dahin, daß Ihr, nach den Statuten der Akademie oder nach Maßgabe ihres vielleicht ebenfalls zerrütteten Finanzzustandes, zu dem mit dieser Stelle verbundenen Einkommen gelangen könnt, weise Ich Euch Chargen- und Stempelgebühren frei jährlich 1500 Rthl., vom 1. Sept. d. J. an, auf die Dispositionskasse an, indem Ihr bis zu dem genannten Datum Euer Gehalt beziehen könnt. Recht sehr werde Ich mich freuen, von Euch zu vernehmen, durch diese Beschlüsse Euch ganz beruhigt zu haben, sowie Ich Euch gern bezeuge, daß Ich bin Euer wohlaffektionierter König

Memel, den 18. August 1807. Friedrich Wilhelm."

Die Akademie hatte unter dem Druck des Krieges viel gelitten; ihre Einkünfte waren geschmälert, von den Mitgliedern mehrere ihr entfremdet, ihr ständiger Sekretär, der verdienstvolle Johann Bernhard Merian, nach zehnjähriger Amtsführung am 12. Februar 1807 gestorben. Aber sie hatte doch ihre Thätigkeit fortgesetzt; einmal nicht zur Zufriedenheit des Königs, denn in feierlicher Sitzung hatte Johannes von Müller am 29. Januar, dem Gedenktage Friedrichs II., jene berufene Rede gehalten, die seinen Übergang von dem Nachfolger des großen Königs zu Napoleon vorbereitete. Die Akademie bewahrte noch immer ihren vorwiegend französischen Charakter. Die Verhandlungen wurden nicht selten in französischer Sprache geführt, die Mitglieder waren zum großen Teil Franzosen oder französische Schweizer oder Angehörige der französischen Kolonie[1]. Als Lombard am 3. Februar 1803 in die Akademie berufen wurde, zählte er unter seinen Kollegen nicht wenige Freunde; in der Klasse der schönen Wissenschaften hatte er dann auf Grund seiner poetischen Versuche mit Ehren einen Platz behauptet. So lag es nahe, daß jetzt, da man einen neuen Wirkungskreis für ihn suchte, der Gedanke auf-

[1] Merian war am 28. September 1723 in Liestall bei Basel geboren. Sein Vorgänger, Johann Heinrich Samuel Formey — geboren 1711, im Amt 1748—1797, der Vater von Lombards Freund Johann Ludwig Formey (1766—1823) —, entstammte der Kolonie.

tauchte, ihn an Merians Stelle zum ständigen Sekretär zu ernennen. Allein unter den Mitgliedern der Akademie mußte das Gefühl vorwalten, daß Lombard bei mannigfachen Kenntnissen weder die wissenschaftliche noch die litterarische Bedeutung besaß, die man von dem Vorstande einer solchen Körperschaft zu erwarten pflegt[1]. Dazu kam die Ungunst der öffentlichen Meinung, welche in der wenn auch noch so ungerechten Verhaftung zu Stettin eine Art von Bestätigung fand. Sie mag auch in den akademischen Kreisen gewirkt haben, wenngleich die Akten keine Äußerung dieser Art enthalten. Als dem Direktorium der Akademie unter dem 11. September die Anzeige zukam, daß „der König den durch seine litterarischen Kenntnisse und Fähigkeiten rühmlichst bekannten Geheimen Kabinetsrat Lombard“ zum ständigen Sekretär ernannt habe, äußerte zuerst der Vorsitzende Castillon seine Bedenken, und die Akademie wandte sich am 17. September mit einer eingehenden Vorstellung an den König. Man erklärte es für schwierig, den durch die Kabinetsordre bewilligten Gehalt zu beschaffen, da die Einkünfte der Akademie um 10 000 Thaler verringert seien. Man erinnerte an das Recht der Akademie, die Hauptbeamten selbst vorzuschlagen, und berief sich dafür auf die Statuten des Stifters von 1710, auf Friedrichs des Großen Reglement von 1744 und dessen Bestätigung vom 9. April 1798. Außerdem lag es im Plane, zu einer Neuordnung zu schreiten. Der Posten eines secrétaire perpétuel schien selbst für einen Leibnitz zu umfassend; man dachte für jede der vier Sektionen

[1] Derselbe Woltmann, welcher Lombard früher als vorzüglichen Schriftsteller rühmte (oben S. 133), berichtet am 15. September 1807: „Ehe die Akademie der Wissenschaften mit dem Universitätsplan in Verbindung gebracht war, betrachtete sie der Hof wie eine Anstalt zur Versorgung der Invaliden, und so war wenige Tage vor Genehmigung jenes Plans der Geheime Kabinetsrat Lombard zum Sekretär der Akademie ernannt worden, wiewohl einige französische Übersetzungen aus Ossian und Virgil ihm keinen litterarischen Ruf geben konnten. Jetzt stürmt alles so gegen diese Ernennung, daß Herr Lombard wohl freiwillig zurücktritt.“ Gütige Mitteilung des Herrn Dr. Wohlwill.

einen besonderen Sekretär zu wählen und wünschte deshalb, die Wahl eines ständigen allgemeinen Sekretärs zu suspendieren[1]. Der König antwortete jedoch am 15. Oktober aus Memel: da er Lombard einmal ernannt und aus Schonung für die Fonds der Akademie den Gehalt auf die Dispositionskasse übernommen habe, so müsse es dabei bewenden. Übrigens sei er einverstanden, daß man in den zu entwerfenden Organisationsplan den Vorschlag, vier Sekretäre zu wählen, aufnehme. Unter dem 30. Oktober wird Lombard durch ein Schreiben Castillons von dieser Entscheidung in Kenntnis gesetzt.

Vermutlich befand er sich damals schon in Berlin. Er hatte seit dem 13. August einige Wochen im Seebade Nest bei Köslin verlebt und dort gegen Ende des Monats die Kabinetsordre vom 18. August erhalten, die ihn in die Hauptstadt zurückberief. Unter den damaligen Verhältnissen war die neue Stellung gewiß nicht leicht[2], auch der Weg, auf dem er sie erlangt hatte, nicht der angenehmste; immer bot sie aber für seine Neigungen und Fähigkeiten manches Anziehende, und nach dem großen Schiffbruch mochte Lombard sich noch immer als Geretteter vorkommen. Am 28. Januar 1808 war er zum erstenmal berufen, eine feierliche Sitzung der Akademie zu eröffnen. Am 3. März verlas er einen Aufsatz über eine Stelle des Plutarch. Er schildert etwas weitläufig die Schwierigkeit, historische Thatsachen festzustellen, und nimmt als Beispiel die bekannte Behauptung jenes Schriftstellers, in der Schlacht bei Pharsalus sei die Reiterei des Pompejus deshalb geflohen, weil Cäsar seinen Leuten befohlen habe, die Waffen gegen das Gesicht zu richten. Napoleon hatte darüber in Brüssel im Gespräche mit Lombard seine Zweifel

[1] Schreiben der Akademie vom 17. September 1807. Neben anderen sind unterzeichnet: J. Müller, Erman, Humboldt, Ancillon.

[2] Woltmann berichtet am 3. November 1807: „Herr Lombard lebt in der traurigsten Lage, bei zerrütteten Vermögensumständen, bei einer allgemeinen Verachtung des Publikums, welche ihn drückt, wiewohl sie ihn ungegründet als einen Verräter behandelt.“ Gütige Mitteilung des Herrn Dr. Wohlwill.

geäußert, und die Mitteilung dieser Äußerungen wird den Glanzpunkt, wahrscheinlich den Hauptzweck des Vortrags gebildet haben[1].

II.

Mehr als durch akademische Arbeiten wurde Lombard wahrscheinlich durch Schriften anderer Art in Anspruch genommen. Dem großen Wellenschlag des staatlichen Lebens entrückt, sollte er in die Brandung der politischen Tageslitteratur noch einmal hineingezogen werden. Nichts natürlicher, als daß die öffentliche Meinung nach einer so ungeheueren Katastrophe sich nicht leicht beruhigte, daß sie Aufklärung und Rechenschaft verlangte, um so ungestümer, je weniger sie bis dahin sich zu äußern gewohnt war. Bis zum Ausbruch des Krieges hatte eine strenge Censur die geringe Zahl der Berliner Zeitungen und politischen Zeitschriften unter Aufsicht gehalten[2]. Einen ausgesprochenen Gegensatz der Bevölkerung gegen das politische System der Regierung würde man zudem bis Ende 1805 vergeblich suchen. Gerade wie Hardenberg schwankte auch die öffentliche Meinung oder, wie man damals häufiger sagte, „die Opinion“[3] zwischen Frankreich und dem Gegenbündnis, stets geneigt, an das eine oder das andere den Umständen nach sich anzuschließen. Selbst Fr. v.

[1] Leider sind aus dem Manuskript der „Explication nouvelle d'un passage de Plutarque“ gerade die auf Napoleon bezüglichen Blätter entfernt worden. Auch ist die der Abschrift des Vortrags von Lombard beigefügte Jahreszahl undeutlich geschrieben, so daß man statt 1808 allenfalls auch 1805 lesen könnte.

[2] Nach Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg vor dem französischen Kriege S. 505, erschienen damals in Berlin außer der Haude-Spenerschen und Ungerschen (Vossischen) Zeitung, welche dreimal wöchentlich herauskamen, an Wochen- und Tagesschriften nur 1. das Intelligenzblatt, 2. der Beobachter an der Spree, 3. der Freimütige von G. Merkel, 4. Berlin oder der preußische Hausfreund von Heinsius und 5. Komus oder der Freund des Scherzes und der Laune.

[3] Der Ausdruck „öffentliche Meinung“ fing damals erst an im Sprachgebrauch geläufig zu werden. Vgl. den Aufsatz von Lothar Bucher: „Politische Kunstausdrücke“ in der „Deutschen Revue“, April 1887, S. 76.

Gentz, der jetzt so unermüdlich gegen Napoleonische Zwingherrschaft zu den Waffen rief, hatte 1797 in seinem berühmten Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III. die Abwendung des Krieges als den Richtpunkt aller politischen Maßregeln, als den letzten Gipfel aller diplomatischen Weisheit empfohlen, er hatte das preußische Heer als das trefflichste, geehrteste in Europa und in seinem historischen Journal — 1799 bis 1800 — die preußische Verwaltung als unerreichtes Muster gepriesen. Der angesehenste unter den Berliner Litteraten, einer der wenigen, welche die Litteratur zum Erwerbszweige machten, Friedrich Buchholz, veröffentlichte im Sommer 1805 ein viel gelesenes und bewundertes Werk über die Natur des Staates und die Entwicklung der europäischen Politik, das er auf dem Titel in Erinnerung an Hobbes als den „Neuen Leviathan", in der Vorrede als „Grundlinien einer socialen Technik" bezeichnete[1]. Napoleon erschien darin als die Idealgestalt des Staatsmannes, der die immanente Verbindung der vollziehenden und gesetzgebenden Gewalt in Frankreich wiederhergestellt habe, der die Welt von der tyrannischen Seeherrschaft der Engländer befreien und ein neues Zeitalter des Völkerrechts herbeiführen werde. Auch ein Schriftsteller, den die Militärwissenschaft noch heute mit Anerkennung nennt, Heinrich v. Bülow, der Bruder des späteren Feldmarschalls, hatte nach wechselnden Schicksalen und Meinungen 1804 in Berlin mit einer Broschüre über Napoleon Bonaparte begonnen, die er dem französischen Gesandten widmen konnte. Erst nach der Verletzung des fränkischen Gebietes wandte sich die Stimmung, schon durch die Besetzung Hannovers gereizt, entschieden gegen Frankreich. Der „Freimütige", das früher von Kotzebue, dann von Garlieb

[1] „Der neue Leviathan", Tübingen 1805, bei Cotta. Das Werk ist eine Erweiterung der frühern Schrift: „Darstellung eines neuen Gravitations-Gesetzes für die moralische Welt", Berlin 1802. Eine ausführliche Widerlegung: „Antileviathan oder über das Verhältnis der Moral zum äußern Rechte und zur Politik", Göttingen 1807, XIV und 418 S. 8°., wird in der Jenaischen Litteraturzeitung vom 13.—16. August 1808 eingehend und günstig beurteilt.

Merkel geleitete Blatt führte eine sehr heftige Sprache, und es war gewiß nichts Geringes, daß der Herausgeber für die beabsichtigte neue Zeitschrift, den „Zuschauer“, d. h. für den offenen Kampf gegen Napoleon, sich die Unterstützung eines so einflußreichen Mannes wie Beyme versprechen durfte[1]. Aber die Schlacht bei Austerlitz machte solchen Plänen ein Ende. Nach dem erzwungenen Bündnis mit Frankreich und bei der zweifelhaften Stellung zwischen dem französischen und dem russischen Kaiser mußte die Censur jede schroffe Äußerung nach der einen wie der anderen Seite um so nachdrücklicher zurückweisen. Bülow hatte in jener Zeit ein Buch über den Feldzug von 1805 erscheinen lassen, voll grimmigen Hohnes gegen die elende Kriegführung der Verbündeten. Bald bewirkten aber die Beschwerden der Russen, daß man zuerst gegen den Verleger, dann, als Bülow sich genannt hatte, gegen den Verfasser scharfe Maßregeln ergriff[2]. Bülow wurde verhaftet, auf die Hausvogtei und im Oktober nach Kolberg geschickt, wo ihm die Verwechslung mit Lombard, wie wir uns erinnern, Mißhandlungen von seiten des Pöbels zuzog. In den folgenden Wirrnissen ist der unstete, unglückliche Mann spurlos in Rußland verschwunden.

Unzweifelhaft war beim Ausbruch des Krieges die Hauptstadt von lebendigem Patriotismus beseelt. Hätte man ihn nur benutzt! Aber wie lähmend wirkte nach den Unglücksposten von Jena die Schwäche und Kopflosigkeit der Behörden! Die französischen Heere zogen ein und mit ihnen die französische Censur, gefürchtet und jeden Widerstand strenge unterdrückend. Der „Freimütige“ konnte nicht mehr erscheinen[3]. Merkel suchte

[1] Vgl. oben S. 181.

[2] Nach einer Kabinetsordre aus Naumburg vom 1. Oktober 1806 werden die Strafbestimmungen gegen den Buchhändler Fleischer, Verleger der Schrift: „Über den Feldzug von 1805“, auf Bitten seines Schwiegersohns, des Professors Platner in Leipzig, zurückgenommen, „da der von Bülow sich als Verfasser genannt hat“.

[3] Erst in der Beilage zu dem Intelligenzblatt der „Neuen Feuerbrände“ Nr. 8 zeigt der Verleger A. Kuhn am 21. März 1808 das Erscheinen für den 1. April wieder an.

durch eilige Flucht dem Schicksal Palms zu entgehen. Die preußische Censur dagegen hörte auf; Schmerz und Wut über das erlittene Mißgeschick und den Verfall des Staatswesens konnten fesselos sich aussprechen. Leider fehlte es nicht ganz an Nichtswürdigen, welche sich in den Sold der Franzosen stellten und vielleicht schon auf den gänzlichen Untergang Preußens und den Wechsel der Dynastie rechneten, der ja in der That mehr als einmal von Napoleon erwogen wurde. Unter den Nichtswürdigen der Verächtlichste war Professor Julius Lange, der Herausgeber des „Telegraphen". Denn unter dem Versprechen, die französische Regierung bekämpfen, ihre Machinationen aufdecken und den preußischen Patriotismus beleben zu wollen, hatte er anfangs Oktober die Konzession für ein Tageblatt erbeten, in welchem er jetzt nicht allein als feiler Lobredner der Feinde, sondern als Spion und Denunziant gegen seine Landsleute auftrat[1].

Man darf glauben, daß die unendliche Mehrzahl der Bevölkerung mit Ekel und Scham von diesem Treiben sich abwandte. Aber es gab auch ehrliche Patrioten, die dem alten Regiment schon lange mißmutig gegenüberstanden und jetzt die Gelegenheit, ihrem Groll Luft zu machen, nicht ungenutzt ließen. Es wird hier gestattet sein, zurückgreifend etwas ausführlicher zu werden, weil diese Verhältnisse bisher weniger Beachtung gefunden haben, als sie verdienen, und weil sie zu manchem, was bereits zur Mitteilung kam, in naher Beziehung stehen[2].

Auf einem früheren Blatte (S. 69) wurde der Kriegsrat Zerboni genannt. Empört über die Verschleuderung des Staatsgutes und die Betrügereien in Polen, hatte dieser eifrige Be-

[1] Die Eingabe Langes vom 2. Oktober und die Resolution des Kabinetsministeriums vom 12. Oktober 1806 in den „Neuen Feuerbränden", Heft 5 S. 141. Langes eigentlicher Name war Alexander Davidson, vgl. Manso, Geschichte des preußischen Staates. Berlin 1819. II 181. Ein Beispiel seiner Denunziationen bei Venturini, Chronik des 19. Jahrhunderts. Altona 1811. V 413, 416.

[2] Auf die Wichtigkeit der hierhergehörigen Litteratur hat schon W. Maurenbrecher aufmerksam gemacht in dem Aufsatz über Hardenbergs Denkwürdigkeiten, Grenzboten 1877, IV 2.

amte bei Friedrich Wilhelm II. eine Anklage gegen den Minister Hoym und seinen Schützling, den Kriegsrat v. Triebenfeld, erhoben. Daß er den kühnen Schritt durch eine lange Festungshaft in Magdeburg büßen mußte, ist bei den damaligen Verhältnissen zu begreifen. Immerhin hatte aber Zerboni soviel Mut und Umsicht und zugleich soviel Mäßigung und Takt gezeigt, daß er von dem neuen Könige alsbald die Freiheit zurückerhielt und als angesehener, reich begüterter Mann, ja als Oberpräsident von Posen seine Laufbahn beschließen konnte.

Zerboni besaß einen Freund, der uns näher angeht. Hans von Held, in seinem Beruf ein pflichtgetreuer, tüchtiger Beamter, war zugleich mit einem poetischen Talent begabt, das ihn zwischen den Versemacher und den wahren Dichter in die Mitte stellte, dabei von einem blinden, rücksichtslosen Selbstgefühl, welches ihn überall, wohin er sich wandte, anstoßen ließ[1]. Die von Zerboni ans Licht gezogenen Betrügereien hatten sein innerstes Wesen empört, und in einem Gedichte zum Geburtstag Friedrich Wilhelms II. am 25. September 1797 gab er seinem Grimm in unvorsichtigen Anspielungen Ausdruck. Eine Klage Hoyms bewirkte, daß der neue König in einer Kabinetsordre vom 19. November Helds Benehmen einem scharfen Tadel unterwarf und ihn zur Strafe von Posen nach Brandenburg versetzen ließ. Hier mußte er in einem Zusammentreffen mit dem General Rüchel eine rohe Äußerung militärischen Hochmuts über sich ergehen lassen[2]. Im folgenden Jahre, als unterdessen noch manche Kränkungen seine Eitelkeit wie sein Rechtsgefühl verletzt hatten, glaubte er aufs neue, einem betrügerischen Vorgehen Hoyms

[1] Vgl. K. A. Varnhagen von Ense, Biographische Denkmale. 7. Teil. Leipzig 1873. Darin S. 167—325: Hans von Held.

[2] Varnhagen a. a. O. S. 198 ff., 213. In der Antwort, welche Held auf die bei dem Könige eingereichte Beschwerde am 12. September 1799 von Köckritz erhielt, wird das Benehmen Rüchels in Worten, die dem Generaladjutanten zur Ehre gereichen, mißbilligt. Das weniger freundliche amtliche Antwortschreiben rügt, in Gemäßheit der früher (S. 77) mitgeteilten Vorschriften, daß Held sich nicht an die nächsten Behörden, sondern sogleich an den König gewandt habe. Varnhagen a. a. O. S. 218.

und Triebenfelds auf die Spur gekommen zu sein. Ohne nach Recht und Befugnis zu fragen, veröffentlichte er eine Reihe amtlicher Aktenstücke, welche Hoym und den Justizminister Goldbeck bloßstellen sollten, unter dem Titel: „die wahren Jakobiner in Preußen“ [1]. Die Schrift, welche nicht zum wenigsten durch den Buchbinder unter der Bezeichnung „das schwarze Buch“ ihre Berühmtheit erlangt hat, war heimlich gedruckt; drei Exemplare sandte Held, ohne sich zu nennen, anfangs Februar 1801 an den König, an Köckritz und den Minister Schulenburg. Aber bald wurde das Geheimnis entdeckt, der Verfasser verhaftet und vom Kammergericht zu Amtsentsetzung und 18monatlicher Festungsstrafe verurteilt. Nach der Entlassung im Sommer 1803 erhielt er auf Verwendung seines Gönners Struensee ein Wartegeld und sogar ehrenvolle amtliche Beschäftigung, aber mit dem Tode des Ministers traf ihn neues Mißgeschick. Stein wollte nichts von ihm wissen, vergebens suchte er Beymes Vermittlung nach, und in seiner politischen wie poetischen Schriftstellerei, die er eifrig fortsetzte, wechseln die Ausbrüche eines leidenschaftlichen Patriotismus mit dem schmerzlichen Gefühle, verkannt und hintangesetzt zu sein. Ursprünglich den Ideen der Revolution geneigt, hatte er bittern Groll gegen Bonaparte gehegt und im Sommer 1804 in einem Sendschreiben den neuen Kaiser einen „gemeinen Heuchler, einen platten Narren, summa summarum einen Böſewicht“ genannt; aber der „Neue Leviathan“ und eine Unterredung mit Buchholz hoben ihn, wie er selbst erzählt, „aus tiefer Nacht zum hellen Tage“ und zur Erkenntnis, daß man in dem französischen Imperator das Werkzeug der Vorsehung verehren

[1] „Die wahren Jakobiner im preußischen Staate oder aktenmäßige Darstellung der bösen Ränke und betrügerischen Dienstführung zweier preußischer Staatsminister“. 1801. Überall und nirgends. 256 S. Kl. 8°. Nach der Widmung „an des jetztregierenden Königs von Preußen Friedrich Wilhelms des III. erhabene und oberstrichterliche Majestät“ erzählt Held im Vorwort, daß das Manuskript auf der Landstraße von einem ihm kurz vorausfahrenden Reisenden in den Wäldern von Krotoschin verloren, darauf von ihm gefunden und in den Druck gegeben sei. Dieser Erwerbstitel bietet für Helds Takt und Erfindungsgabe einen Maßstab.

müsse. Einem Charakter wie Held lag es ferne, sich an den Nichtswürdigkeiten eines Lange zu beteiligen. Aus Besorgnis, seine früher gegen Napoleon gerichteten Schriften möchten ihm gefährlich werden, verließ er sogar Berlin und lebte unter angenommenem Namen mehrere Jahre in Neuruppin. Aber sein Ingrimm gegen die preußischen Behörden dauerte fort. Er konnte sich die Genugthuung nicht versagen, in der von Archenholz herausgegebenen Minerva eine sogenannte prophetische Elegie zu veröffentlichen, in welcher er bereits im Dezember 1801, im Gefängnis zu Kolberg, den Untergang der Monarchie und das Strafgericht gegen seine Feinde vorhergesagt hatte[1]. Mittelbar werden wir ihn sogar an der frechsten Schmähschrift jener Tage beteiligt finden; vorher muß aber von einem andern Unternehmen die Rede sein.

Friedrich von Cölln, auch dieser wie Zerboni und Held preußischer Beamter, vormals in Posen, dann in Schlesien beschäftigt, war 1805 als Kriegs- und Domänenrat nach Berlin versetzt, hatte dort mit Schriftstellern, auch mit höhern Militär- und Beamtenkreisen Verbindungen gesucht und in solcher Weise manches gesehen und erfahren. Schon früher war er mit poli-

[1] Vgl. „Minerva. Ein Journal historischen und politischen Inhalts“. Hamburg, Jahrg. 1808, I 98 ff.

„Was soll ich hinter diesem Eisengitter?
Gefängnis, Raub der Zeit und Schmach sind bitter,
Und Atzung reicht mir hier der Hohn“,

heißt es in einer Strophe, und Held bemerkt dazu: „Vier Groschen neun Pfennige waren vermöge einer von dem Kabinetsrate Beyme eigenhändig geschriebenen Königlichen Kabinetsordre zum täglichen Verpfleg für mich ausgesetzt.“ — Archenholz selbst hatte in der Minerva, Jahrg. 1806 IV 377, einen überaus kleinmütigen Aufsatz: „Betrachtungen eines Deutschen am Grabe der preußischen Monarchie“ veröffentlicht; man warf ihm mit Bitterkeit vor, daß er „in das von ihm aufgeworfene Grab auch sein preußisches Hauptmannspatent hineingeworfen habe“, da er seit dem November 1806 auf dem Titelblatt der Minerva hinter seinem Namen den Zusatz „vormals Hauptmann in Preußischen Diensten“ wegließ (Vaterland III 122). Im übrigen kann man der einflußreichen Zeitschrift in den großen Fragen der Zeit und in den persönlichen Streitigkeiten eine bestimmte Tendenz weder zum Lobe anrechnen noch zum Vorwurf machen.

tischen und nationalökonomischen Schriften aufgetreten; nach der Schlacht bei Jena ging er von Berlin nach Schmiedeberg in Schlesien zurück und verfaßte hier ein Buch, das ihm einen nicht gerade beneidenswerten, aber doch dauernden Namen gemacht hat. Es waren die „Vertrauten Briefe über die innern Verhältnisse am preußischen Hofe seit dem Tode Friedrichs II., Amsterdam und Köln bei Peter Hammer“ [1]. Alte und neue Erinnerungen aus dem Privat- und Beamtenleben, Zeitungsnachrichten und vertrauliche Mitteilungen hatte der Verfasser zu einer Darstellung verarbeitet, die vom Tode des großen Königs bis zum Einzug der Franzosen in Berlin und zur Eroberung Schlesiens reichte. Um die Ungleichheiten und Lücken der Behandlung zu überdecken, wählte er die Form von Briefen, welche bis auf das Jahr 1786 zurückgingen und ihm Freiheit gaben, bald ausführlich zu erzählen, bald weite Zeiträume zu überspringen und in den spätern Bänden auf früher Gesagtes zurückzukommen. Cölln fehlte es nicht an Verstand, und er besaß mancherlei Kenntnisse; auch würde man ihm unrecht thun, wollte man sein Werk als eine Schmähschrift gegen Preußen bezeichnen. Freilich, mit den Franzosen durfte er es nicht verderben, er macht ihnen, so oft sich Gelegenheit bietet, eine Verbeugung; aber, wenn er auch manches Tadelnswerte über die preußischen Zustände mitteilt, in einem Tone, der die Freude verrät, Dinge solcher Art ans Licht zu ziehen, so fühlt er sich doch noch immer als preußischer Beamter, dem an der Erhaltung des Staatswesens gelegen ist. Er beschränkt sich durchaus nicht, wie man nach dem Titel vermuten könnte, auf die Darstellung von Hofintriguen und Klatschereien; alles, was ihm über historische Ereignisse und Persönlichkeiten bekannt geworden ist, bringt er ohne sonderliche Auswahl in sein Buch. Der zweite und alle folgenden Bände tragen mit Recht den Nebentitel: „Beitrag zur Geschichte des Krieges in Preußen, Schlesien und Polen“. Sie behandeln die militärischen und

[1] Das Werk erschien in mehreren durch Druck und Format verschiedenen Auflagen, Bd. I u. II 1807, Bd. III bis V 1808, Bd. VI 1809.

politischen Ereignisse bis zum Tilsiter Frieden und die Neubildung des Staates mit oftmaligem Rückblick auf die früheren Verhältnisse; der dritte Band ist beinahe zur Hälfte dem Finanzwesen gewidmet, mit welchem Cölln durch seine amtliche Thätigkeit am besten bekannt geworden war. Aber die Sucht, vieles oder Neues zu erzählen, läßt den Verfasser manches niederschreiben, was besser in der Feder geblieben wäre; leichtsinnige Behauptungen, oberflächliche Urteile und armselige Anekdoten sind dem wirklich Belehrenden und Wissenswürdigen untermischt. Ganz mißlungen ist der Versuch, die Briefe des ersten Bandes seit dem Jahre 1786 zu datieren; denn zahlreiche chronologische Irrtümer und Widersprüche lassen die Flüchtigkeit und lückenhafte Kenntnis des Verfassers nur zu deutlich hervortreten[1].

Noch jetzt wird man die „Vertrauten Briefe“ als eine Quelle für die Zeitgeschichte nicht außer acht lassen dürfen, und sowenig sie auf den Namen einer mehr als mittelmäßigen Leistung Anspruch machen können, so begreift man doch, daß sie bei ihrem Erscheinen von Unzähligen mit Begier gelesen wurden. Man erinnere sich, wie wenig damals die Zeitungen boten, wie schwer es fiel, von politischen Vorgängen mehr als das Oberflächlichste zu erfahren. Der erste Band, welcher anfangs 1807 erschien, erhielt bald eine zweite und noch eine Reihe von Auflagen, desgleichen die folgenden Bände bis zum sechsten, der 1809 das Werk nicht zum Abschluß, aber doch zum Schluß brachte. Auch eine französische Übersetzung kam bald heraus[2]. Aber das wichtigste war, daß der große Erfolg den schreibseligen Verfasser und den klug berechnenden Verleger zu einer langen Reihe ähn-

[1] Ein Brief von 1800 (Bd. I Nr. 20) berichtet z. B. die eben erfolgte Ernennung Beymes zum Kabinetsrat nach Menckens Resignierung. Ein Brief von 1802 erzählt von Lombards Sendung nach Brüssel. Im „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“ II Nr. 45 sagt Cölln selbst, die erste Hälfte des ersten Teils der Vertrauten Briefe sei 1806 in Schlesien geschrieben.

[2] Lettres confidentielles sur les relations intérieures de la cour de Prusse depuis la mort de Frédéric II. T. I, II et III. In Kommission bei Heinrich Gräff.

licher Publikationen anreizte, welche den Einfluß der „Vertrauten Briefe“ weithin bis ins unberechenbare steigerten. Vor allem sind hier die „Neuen Feuerbrände“ zu nennen, welche sich schon auf dem Titel als „Marginalien zu den Vertrauten Briefen von demselben Verfasser“ ankündigen. Im Jahre 1803 hatte der aus Österreich nach Schlesien geflohene ehemalige Kapuziner Ignaz Feßler eine Zeitschrift unter dem Titel „Feuerbrände, ein Journal für Tugend und Laster“ herausgegeben[1], aber ohne Eindruck zu machen. Cölln nahm den die Neugier reizenden Titel wieder auf und vermehrte die Wirkung durch die marktschreierische Form des hochroten Umschlags, auf welchem man Herkules dargestellt sieht, der mit Schwert und Feuerbränden die Häupter der lernäischen Hydra vernichtet. Die „Neuen Feuerbrände“ erschienen gleichzeitig mit den „Vertrauten Briefen“, gewöhnlich alle Monate in zwanglosen Heften; man hatte also Gelegenheit, neben Aufsätzen allgemeinerer Art auch die Tagesereignisse mitzuteilen, persönliche Angelegenheiten zu besprechen, Entgegnungen aufzunehmen oder zurückzuweisen. Das erste Heft wurde mit Ausnahme *eines* Aufsatzes ganz von Cölln verfaßt, bei den folgenden hatte er, wie bei den späteren Bänden der „Vertrauten Briefe“, mehrere Mitarbeiter, aber von zu geringer Bedeutung, als daß man nach ihrem Namen forschen müßte. Nicht selten, besonders wenn Cölln während längerer Reisen am Druckort gar nicht anwesend war, nahm auch der Verleger die Leitung in die Hand: der Leipziger Buchhändler Gräff. Denn wir brauchen kaum zu bemerken, daß der auf dem Titel genannte Peter Hammer keine wirkliche Person, sondern der Doppelgänger jenes Pierre Marteau ist, der schon im 17. und 18. Jahrhundert, angeblich in Amsterdam und Köln, solche Bücher verlegte, deren

[1] In Kayserś Bücher-Lexikon wird nur der erste und zweite Band, Berlin bei Schmidt, erwähnt. In der Vorrede zu den „Lichtstrahlen“, S. IV, heißt es: „Die alten Feuerbrände, welche ein Exgeistlicher schleuderte, haben keine Feuersbrunst verursacht, weil sie keinen Gegenstand fanden, der sich entzünden ließ“. Vgl. auch „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“ III 323.

Herkunft man verbergen wollte[1]. Die Aufnahme, der buchhändlerische Erfolg war auch bei den „Neuen Feuerbränden“ glänzend. Nicht weniger als 3000 Exemplare wurden binnen kurzem verkauft; mit den Feuerbränden verbanden sich „Pechfackeln“ und „Brandraketen“; eine französische Übersetzung — Tisons d'Hercule — durfte nicht fehlen. Nach der Gewohnheit der Zeit erschien auch seit 1808 ein eigenes „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“, welches aber ganz wie das Hauptblatt Abhandlungen, Neuigkeiten, persönliche Mitteilungen brachte und die buchhändlerischen Anzeigen in eigene Beilagen und ein besonders ausgegebenes Extrablatt verwies. Nur zu bald tritt bei diesen Unternehmungen die Spekulation auf den Geldbeutel der Leser als die Hauptsache hervor. Der Abhub der „Vertrauten Briefe“ kam den „Feuerbränden“, der Abhub der „Feuerbrände“ dem „Intelligenzblatt“ zu gute. Lange Stücke, ganze Aufsätze gelangen nicht selten zweimal zum Abdruck, der Ballast vermehrt sich, die Auswahl wird immer weniger sorgfältig. Gleichwohl enthielten alle diese Blätter auch Lesenswertes, jedenfalls brachten sie gerade das, was die Menge verlangte und was ihren Gesinnungen entsprach: Tadel, Anschuldigungen, an denen Groll und Rachsucht sich befriedigten, daneben Ausführungen, Erzählungen, die auch ein patriotisches Gefühl vergnügen und Hoffnung für eine wenigstens erträgliche Zukunft erwecken konnten. Zu Anfang des sechsten Teils der „Vertrauten Briefe“ verteidigt sich Cölln gegen den Vorwurf, daß er unpatriotische, revolutionäre Gesinnungen geäußert und zu seinem Vergnügen gespottet und gelästert habe. Er habe vor wie nach dem 14. Oktober 1806 mündlich und schriftlich, früher bei den Machthabern, später durch die Öffentlichkeit, dahin gewirkt, daß die Mängel des Staatswesens erkannt und verbessert würden; aber niemals habe er die Achtung gegen den König und seine Gemahlin verletzt. Wenn ihm Militär und Adel, so wie sie be-

[1] Eine neue Schrift über die Firma ist Janmart de Brouillant, Histoire de Pierre du Marteau, imprimeur à Cologne. Paris 1889.

schaffen gewesen, als Ursache des Unglücks erschienen seien, so habe er auch bezüglich dieser Stände die Verdienste der Minoritäten nicht außer acht gelassen[1]. Man braucht diese Versicherung nicht als unwahr zu betrachten, Verbesserungsvorschläge finden sich reichlich genug, z. B. noch im sechsten Bande im 3.—5. Briefe über Verpflegung des Militärs, Besoldung der Offiziere und Verteilung der Steuern. Nur wird dadurch der Tadel, den die Flüchtigkeit und Geschwätzigkeit verdienen, nicht aufgehoben. Als dann die napoleonische Herrschaft in Deutschland sich immer mehr befestigte, als sie in dem Rheinbunde auch Sachsen mit Leipzig, dem Druckort der Cölln-Gräffschen Fabrikationen, umfaßte, zeigten sich auch diese immer unterwürfiger. In den „Vertrauten Briefen" (Bd. VI Br. 6) wird ausführlich nachgewiesen, daß Deutschland untergehen mußte, daß es durch Preußen nicht gerettet werden konnte. „Allein", heißt es weiter, „es kann auch einen Fall geben, in welchem einem Volke seine Niederlage selbst zur Rettung und zum Heil gereicht. In diesem Falle befindet sich gegenwärtig Deutschland. Es ward besiegt, aber nicht von einer Horde roher Barbaren, sondern von der kultiviertesten Nation des Erdbodens; nicht um bloß zum eiteln Siegeszeichen eines übermütigen Kriegers zu dienen, sondern um zu einem neuen, schönen Leben emporzublühen. . Man kann unmöglich verkennen, daß die Wendung, welche sein Schicksal genommen, im allgemeinen erwogen, die günstigste ist, welche es unter solchen Umständen immer nehmen konnte. Deutschlands Niederlage ist für die deutsche Nation das Medium, wodurch sie zur Teilnahme an der französischen Revolution und zu den Vorteilen gelangt, welche

[1] Vgl. auch „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden" II 357 ff. Beim Anzuge der Franzosen hatte Cölln in Schlesien den Plan einer allgemeinen Volksbewaffnung angeregt und, um ihn an höchster Stelle zu befürworten, eine Reise nach Königsberg unternommen. Er fand aber kein Gehör. 1808, nach dem Abzuge der Franzosen, wurde er auf Veranlassung Steins wegen Verbreitung von Unzufriedenheit und Offenbarung von Staatsgeheimnissen verhaftet und nach Glatz abgeführt, entfloh aber nach Österreich und erhielt 1811 von Hardenberg Restitution. Vgl. Venturini, Chronik des 19. Jahrhunderts V 408; Pertz a. a. O. II 142.

dieſelbe in Abſicht auf die beſſere Einrichtung und Verwaltung der Staaten hervorgebracht hat.“

Dementſprechend bringen auch die „Neuen Feuerbrände“, welche ſich mittlerweile unter K. K. franzöſiſche Cenſur geſtellt hatten, im 13. Heft[1] einen Aufſatz mit der Überſchrift: „Was hat Napoleon für Deutſchland gethan?“ Nach einer rühmenden Aufzählung aller Verdienſte ſchließt derſelbe mit dem Wunſche, Napoleon möge ſich zum Kaiſer der Deutſchen krönen laſſen und der erſte Heros ſein, welcher die Deutſchen zu einer Nation erhöbe; kein Deutſcher würde dagegen etwas einwenden. In dem 18., letzten, Hefte[2] folgt dann die Erklärung: „An das Publikum! Unſere Journale: Neue Feuerbrände und Intelligenzblätter zu den Neuen Feuerbränden, führen jetzt den Titel: Friedenspräliminarien und Intelligenzblatt zu den Friedenspräliminarien.“ Der Zweck der „Vertrauten Briefe“ und der „Neuen Feuerbrände“, heißt es weiter, ſei erfüllt, die Ideen zu Preußens Reorganiſation ſeien dargelegt, die Materialien zur Geſchichte des Krieges vollſtändig geſammelt. Man müſſe jetzt den Faden an dem Punkte wieder aufnehmen, wo Napoleon durch den Tilſiter Frieden faſt den ganzen Kontinent für ſeinen längſt beabſichtigten Zweck gewonnen habe, England zum Frieden zu zwingen und durch einen neuen Völkerbund ein neues europäiſches Föderativſyſtem zu begründen. Sei dies geſchehen, ſo würden die „Friedenspräliminarien“ den Namen „Europäiſcher Völkerbund“ annehmen, bis dahin würden ſie in der bisherigen Weiſe, insbeſondere über die äußern und innern Verhältniſſe der konföderierten [Rheinbund-] Staaten berichten, um ſo zuverläſſiger, als der rühmlichſt bekannte Herausgeber des „Rheiniſchen Bundes“, Hofkammerrat Winkopp, als Mitherausgeber in die Redaktion eingetreten ſei.

So endete das angeblich aus preußiſch-patriotiſchen Geſinnungen hervorgegangene Unternehmen mit einer Verherrlichung napoleoniſcher Zwingherrſchaft, für welche damals weder zeitliche

[1] Bd. V (1808) S. 137.

[2] Bd. VI, Heft XVIII, S. 148 (1808). Der Titel lautet ſeit dem 16. Heft: „Neue Feuerbrände zum Brennen und Leuchten“.

noch räumliche Schranken zu bestehen schienen. Dem nationalen Bewußtsein konnte wenig Förderung daraus erwachsen, und wenn von den Wünschen und Vorschlägen des Herausgebers bei der neuen Ordnung des Staates einige zur Ausführung gelangten, so bleibt doch der Zweifel, ob das seiner Anregung zu verdanken sei. Die Schriften Arndts, die Reden Fichtes und Schleiermachers gehen von so verschiedenen Gesichtspunkten aus, sind von einem soviel höheren Geiste durchweht, daß man sie nicht einmal zur Vergleichung heranziehen darf. Nur darin lag eine Art von Verdienst, daß die gespannte Neugier in einer Menge nicht unwichtiger, aufklärender Mitteilungen Befriedigung fand, und ein wirklicher Vorteil war es, daß zur öffentlichen Erörterung staatlicher Dinge vielleicht zum erstenmal in Preußen sich Gelegenheit bot. Wie wichtig, ja wie unerläßlich war es für die folgende große Entwicklung, daß politische Interessen in weiten Schichten der Bevölkerung sich verbreiteten! Dafür hat unter einer Flut von Schriften keine so rasch und mannigfaltig gewirkt, als die Publikationen Cölln's; von Gegnern wie von Freunden wird dies anerkannt, wenn sie auch im Urteil über den innern Wert seiner Arbeiten weit auseinandergehen. Die angesehensten kritischen Journale Deutschlands, die Hallesche und die Jenaische Litteraturzeitung, beachten sorgfältig alles, was über den Fall und die Zustände der preußischen Monarchie veröffentlicht wurde. An der Spitze von zwanzig Schriften dieser Art bespricht das erstgenannte Blatt[1] die „Vertrauten Briefe" und die „Neuen Feuerbrände" eingehend, aber sehr ungünstig. Die Unzuverlässigkeit, Flüchtigkeit und die mangelhaften Kenntnisse des Verfassers finden den herbsten Tadel, und man bedauert, daß selbst das Richtige durch Beimischung so vieler falschen Angaben alle Glaubwürdigkeit verliere. Der Recensent der Jenaischen Litteraturzeitung[2] meint dagegen, die „Vertrauten Briefe" erhöben sich durch Ton und Gehalt hoch über die Mehrzahl ähnlicher Schriften

[1] Jahrgang 1808, III 937—972, Nr. 372—376 vom 20.—24. Dezember.

[2] Jahrgang 1807, III 513, Nr. 216 vom 15. September; Jahrgang 1808, II 441—485, Nr. 132—137 vom 6.—11. Juni.

zu einem historischen Dokument. Er rühmt den Wert des Materials, die genaue Bekanntschaft des Verfassers mit dem Finanz- und Steuerwesen, findet auch in den „Feuerbränden“ und selbst in dem „Intelligenzblatt“ lesenswerte Artikel, sowenig die auffallenden Mängel, die Geschwätzigkeit, das unnütze Anekdotenwesen, die häufigen Widersprüche, ihm entgehen. Cölln selbst erkannte, daß in seinen Schriften vieles mangelhaft sei; zu wiederholten Malen spricht er in den „Neuen Feuerbränden“ den Wunsch aus, daß man ihm Berichtigungen zusenden und Gelegenheit bieten möge, frühere Irrtümer zu verbessern. Aber es waren nicht bloß einzelne Irrtümer, sondern Geist und Richtung des ganzen Unternehmens, welche eine Reihe von Schriften und Zeitschriften hervorriefen, die schon durch den Namen „Löscheimer“, „Feuerschirme“, „Wassereimer“, „Löschinstrumente“ sich als Widersacher der „Neuen Feuerbrände“ erklärten[1]. Und die gefährlichsten Angriffe erfuhr Cölln von Leuten, die weniger durch verschiedene Denkungsart als durch persönliche Gereiztheit zu seinen Gegnern wurden.

Ihren Grundansichten nach hätten Schriftsteller wie Buchholz und Held recht wohl, wie Cölln ihnen vorschlug, an den „Neuen Feuerbränden“ sich beteiligen können. Der „Neue Leviathan“ wurde auch von Cölln hoch verehrt, und die Grundsätze

[1] Die verhältnismäßig bedeutendste unter diesen Zeitschriften ist das auf dem Umschlag als „Feuerschirme“ bezeichnete „Vaterland, Beiträge zu einer Geschichte der Zeit, Versuche zur Veredlung des Nationalgeistes und zur Erhebung der Kunst und Industrie“. 6 Hefte in 2 Bänden. Berlin 1807—1809. Herausgeber oder doch einer der Herausgeber war der damals noch sehr jugendliche Fr. W. Gubitz. Heft I S. 64 findet sich ein heftiger Ausfall gegen die „Heroftraten, welche Feuerbrände unter den allenthalben vorhandenen Brennstoff werfen und die Geheimnisse, die sie durch ihr Dienstverhältnis erfahren haben, pflichtwidrig der ganzen Welt vertraut mitteilen“. Ein Abschnitt, der unter der Aufschrift „Suum cuique“ (I 93 ff.) die unmäßigen Schmähungen gegen die Armee zurückweist, gereicht dem Verfasser zum Verdienst. Heft V S. 94 findet sich eine mehr wort- als inhaltreiche Widerlegung der Gallerie Preußischer Charaktere. Das Beste des ganzen Werkes ist vielleicht der vortreffliche Holzschnitt neben dem Titel des ersten Bandes.

dieſes Buches finden in den „Vertrauten Briefen“ beinahe unbedingte Zuſtimmung[1]. Aber Buchholz, voll Hochmut und Selbſtüberſchätzung, ſah auf Cölln als einen geſchwätzigen, ihm gar nicht vergleichbaren Vielſchreiber herab und beneidete ihm gleichwohl den Erfolg ſeiner Schriftſtellerei. Weit entfernt, dazu beitragen zu wollen, lehnte er unter dem Vorwande, der „renommiſtiſche Titel“ gefalle ihm nicht, Cölns Anerbieten ab und mag auch Held bewogen haben, ſich den „Neuen Feuerbränden“ fernzuhalten. Für Held kam noch ein beſonderer Grund hinzu. Seine politiſche Thätigkeit wurzelte in dem Streit gegen Hoym und die Verſchleuderungen in Polen; ſeine ganze Exiſtenz hatte er an die Entlarvung dieſer Übelthaten geſetzt. Cölln verehrte im Gegenteil Hoym als ſeinen Gönner, hatte deshalb ſchon in früheren Schriften Äußerungen zu ſeinem Lobe gethan, die Held als beleidigend für ſich ſelbſt betrachtete. In den „Vertrauten Briefen“ (Bd. I Br. 28) heißt es ſogar, daß Held gern läſtere, und die Schriften gegen Hoym werden Schmähſchriften genannt (Bd. I Br. 23), Pfeile, die ſeine Feinde unter den Großen, d. h. Struenſee, durch bezahlte oder verleitete Schriftſteller vergebens auf ihn abdrücken ließen.

Der ſo angehäufte Zunder geriet auf ganz unerwartete Weiſe in Brand. Während ſeines Prozeſſes im Sommer 1801 hatte Held eine Zuſammenſtellung der in Polen verſchenkten Güter angefertigt und zu ſeiner Rechtfertigung ſeinen Richtern überreicht. Das Manuſkript hatte er nicht veröffentlicht, aber, wie es ſcheint, ohne Vorſicht Abſchriften davon nehmen laſſen, deren eine von einem litterariſchen Freibeuter, einem ſogenannten Hofrat Reuſchle, dem Buchhändler Stiller in Roſtock für 50 Friedrichsdor, angeblich im Auftrage Helds, verkauft war. Held that nach ſeiner Entlaſſung alles mögliche, um den Druck zu verhindern, der ihn aufs neue hätte ins Gefängnis führen können; aber Stiller verlangte Entſchädigung und verkaufte, um ſie zu erhalten, das

[1] Über den Urſprung freundſchaftlicher Beziehungen zwiſchen Buchholz und Cölln vgl. „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“ II 356.

Manuskript im Jahre 1807 an den Buchhändler Gräff, den Verleger der „Neuen Feuerbrände“. Dieser Mensch, einzig bedacht, durch ärgerliche Enthüllungen neue Leser zu gewinnen, ließ das Verzeichnis, ohne Rücksicht auf Held, ohne Vorwissen Cölln's, der sich auf einer Reise befand, in den „Neuen Feuerbränden“ (Heft II S. 65 fg.) abdrucken, wo es in Erinnerung an das „schwarze Buch“ den Namen des „schwarzen Registers“ erhielt und alsbald zu bitteren Klagen und Gegenklagen Veranlassung gab. Held, der Reklamationen fürchten mußte, geriet mit Recht in heftigen Zorn. Ohne zu bedenken, daß Cölln schwerlich so beleidigende Angaben gegen Hoym würde veröffentlicht haben, stellte er ihn in einem polternden Briefe voll beschimpfender Ausdrücke zur Rede[1]. Cölln rächte sich, indem er in den „Neuen Feuerbränden“ (Heft III S. 129) den Sachverhalt darlegte und zugleich in dem Heldschen Register eine Anzahl von „Lügen und Gemeinheiten“, insbesondere die Anschuldigungen gegen Hoym und Köckritz, berichtigte[2]. Es folgte noch eine Reihe von Erklärungen in- und außerhalb der „Neuen Feuerbrände“, dann ein grober Briefwechsel zwischen Held und Cölln, in welchen auch Buchholz hineingezogen wurde. Endlich veröffentlichte Held über den ärgerlichen Handel eine eigene Streitschrift, welche dem Publikum diese Blütenlese schriftstellerischer Höflichkeiten vor Augen stellte, begleitet von endlosen Schmähungen, die, teils begründet, teils ganz albern, gegen die Person des Gegners, dann auch gegen die „Vertrauten Briefe“ und die „Neuen Feuerbrände“ sich richteten[3].

---

[1] Held an Cölln, 15. Juli 1807, S. 89 der gleich anzuführenden Streitschrift.

[2] Das Intelligenzblatt II Nr. 45 enthält einen Brief Hoyms an Cölln vom 6. Juli 1807, worin ein Entschuldigungsschreiben des letzteren genehmigt wird.

[3] „Über und wider die Vertrauten Briefe und die Neuen Feuerbrände des preußischen Kriegsrates v. Cölln“ von H. H. L. v. Held, 1808, ohne Druckort. 224 S. 8°. Vgl. dagegen im „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“ II Nr. 44: „Einige Erklärungen des Herrn Kriegs- und Domänenrats v. Cölln an Herrn v. Held“.

Für Cölln lag kein großer Nachteil in Schriften eines ehrlichen, aber in allem, was er vornahm, so unglaublich ungeschickten Schriftstellers wie Hans v. Held. Man könnte sagen, dieser arme Mensch habe nur das eine Mal in seinem Leben sein Ziel nicht verfehlt, als er sich im Alter von 77 Jahren wegen eines von ihm nicht verschuldeten, aber doch zu ersetzenden Kassendefekts eine Kugel ins Herz jagte. Mittlerweile war aber für Cölln eine gefährlichere Konkurrenz hervorgetreten. Der eitle Buchholz, der es schon in früherer Zeit der Regierung nicht verzeihen konnte, daß sie seine mit der Unfehlbarkeit eines Propheten vorgetragenen Lehren nicht beherzigte, fand es jetzt noch unverzeihlicher, daß ein Skribent wie Cölln in der Öffentlichkeit das große Wort führen und die Honorare, die einem weit Besseren gebührten, einstecken wollte[1]. An unverbesserlichem Hochmut wurde Buchholz vielleicht nur noch von Massenbach übertroffen. Dieser Mann, der durch Unfähigkeit und Charakterschwäche das Unglück bei Jena zum großen Teil, die Schmach bei Prenzlau mehr als jeder andere verschuldet hatte, war weit entfernt, sich bescheiden zurückzuhalten. Durch den Edelmut des Prinzen von Hohenlohe, der die ganze Verantwortung auf sich nahm, war er der verdienten Strafe entgangen. Jetzt benutzte er seine Muße, um die leitenden Personen mit aufdringlichen Ratschlägen zu behelligen und mit angeborener Geschwätzigkeit seine Ansichten, Erinnerungen und Erlebnisse in die Öffentlichkeit zu bringen. Vor allem kam ihm darauf an, die Schuld an jenen beiden Ereignissen von sich auf andere zu wälzen. Dazu sollte neben der eigenen die Feder des ihm nahe befreundeten Buchholz dienen. Dieser veröffentlichte zunächst in den früher

[1] Der General v. Minutoli erzählt in den „Beiträgen zu einer künftigen Biographie Friedrich Wilhelms III.", Berlin 1843, S. 107, Buchholz habe sich an Köckritz gewendet, um durch dessen Vermittlung die Stelle eines Geheimen Kabinetsrats zu erlangen; seine späteren Schmähungen gegen den Generaladjutanten seien gerade dadurch hervorgerufen, daß dieser Wunsch unerfüllt blieb. Bei dem Charakter Buchholzens klingt diese Erzählung, für welche sich Minutoli auf Köckritz selbst beruft, gar nicht unwahrscheinlich.

von Posselt herausgegebenen „Europäischen Annalen“ im September 1807[1] eine geschickt geschriebene Biographie, welche Massenbachs Charakter und Fähigkeiten in das günstigste Licht stellte; die Kapitulation von Prenzlau erschien darin als ein Mißgeschick, das, durch den Drang der Verhältnisse unvermeidlich herbeigeführt, weder Massenbach noch einem anderen zur Last fiel. Um die besonderen Absichten kräftiger zu verfolgen und dem Einfluß Cölln's entgegenzuwirken, wünschte man indessen ein eigenes Blatt. Deshalb stifteten Buchholz, Massenbach, der Breslauer Professor Schummel[2] und andere eine Verbindung, welcher sie den bescheidenen Namen: „Historisch-politisch-militärisches Institut“ beilegten und in den „Lichtstrahlen“, angeblich in Hamburg und Leipzig — in Wahrheit bei Sander in Berlin — gedruckt, ein Organ gaben[3]. Auch hier deutete schon der Titel auf den Gegensatz zu den „Neuen Feuerbränden“ hin, denselben Gegensatz, welchen Fr. K. v. Moser durch den Wahlspruch: „Leuchten, nicht zünden“ ausdrückte und welcher dann noch bestimmter in der „Vorerinnerung“ hervorgehoben wird. Die „Neuen Feuerbrände“, heißt es boshaft, seien in merkantilischer Hinsicht vortrefflich, in moralischer aber höchst gefährlich. Sie würden die Leidenschaften aufregen und einen Krieg aller gegen alle entzünden: die Lichtstrahlen sollen dagegen neben den Leidenschaften die Vernunft reden lassen und aufmerksam machen, daß ein vollendeter Umsturz das Übel nur verschlimmern könne. Die drei Hefte des ersten Bandes bringen eine Anzahl weit ausholender Vorträge des Professors Schummel über den dritten Koalitionskrieg; das übrige rührt meistens von Massenbach und Buchholz her. Massenbach, stets nur mit sich selbst beschäftigt,

[1] Europäische Annalen, Jahrg. 1807. Tübingen. III 251—273.

[2] Auch Schummel war ein Gegner Cölln's, hatte gegen ihn lateinische Knüttelverse verfertigt. Intelligenzblatt III Nr. 32 S. 249.

[3] „Lichtstrahlen. Beiträge zur Geschichte der Jahre 1805, 1806 und 1807. Eine Zeitschrift in freien Heften, von einer Gesellschaft wahrheitsliebender Militärpersonen, Civilbeamten und Gelehrten.“ 1. Band, 3 Hefte, Hamburg und Leipzig (?), in dem historisch-politisch-militärischen Institut. 1807—1808.

beleuchtet in einer langen Auseinandersetzung nicht ohne Sachkenntnis eine ihm nicht ungünstige Schrift des später so bekannt gewordenen Generals Rühle von Lilienstern über den Feldzug von 1806, oder er sucht vielmehr eine ihm sehr mißfällige Recension dieses Buches in der Jenaischen Litteraturzeitung zu widerlegen[1]. In einem zweiten Artikel wendet er sich mit großem Aufwand von Pathos und Deklamation gegen eine unter der Chiffre C. v. W., Weimar 1807, veröffentlichte Schrift des späteren Feldmarschalls v. Müffling: „Über den Operationsplan der preußisch-sächsischen Armee im Jahre 1806". Die eigentliche Spitze richtet er dabei gegen Blücher, den er einen Heros, einen Agamemnon, einen Achilles nennt, aber dann unter Mitteilung eines Briefes (S. 160) beschuldigt, er habe durch die Weigerung, in der Nacht des 27. Oktober von dem Dorfe Ganzer nach Prenzlau zu marschieren, den verlassenen Hohenlohe zur Kapitulation des folgenden Tages genötigt. Blücher antwortete in der Spenerschen Zeitung vom 30. Januar 1808 mit derben Worten und richtete an den anonymen Verfasser, „der ein und dieselbe Person lieben, ehren, achten, verleumden und belügen könne", die Aufforderung, „seinen Namen zu spendieren". Daraufhin gab Massenbach im dritten Heft der „Lichtstrahlen" (S. 569), jetzt mit Unterzeichnung seines Namens, eine Erklärung, welche unter vielen Redensarten beteuerte, „er würde Blüchers Kniee umfassen, wenn dieser den Befehl des Fürsten Hohenlohe befolgt hätte". Die Anschuldigung blieb also bestehen, und wir müssen ihr noch mehr als einmal wieder begegnen.

Was Buchholz für die „Lichtstrahlen" lieferte — eine Bio-

[1] Vgl. Lichtstrahlen I 3: „Aufschlüsse über den Preußischen Feldzug im Oktober 1806. Antikritik einer in der Jenaischen Allgemeinen Litteraturzeitung [Jahrg. 1807, Nr. 113 u. 114] abgedruckten Recension des Buches: Bericht eines Augenzeugen [R. v. L.] von eben diesem Feldzuge [Tübingen 1807, bei Cotta]". Verfasser der gegen Massenbach zuweilen recht bitteren Recension war unzweifelhaft der damalige Hauptmann im Generalstabe des Herzogs von Braunschweig, v. Müffling.

graphie Heinrichs von Bülow, Aufsätze über den Adel und den preußischen Staatsrat —, bleibt dem Umfange nach hinter Massenbachs Beiträgen zurück und bewahrt in der That jene Ruhe und Mäßigung, welche das Vorwort in Aussicht stellt. Wozu aber dieser Mann fähig war, wenn er, durch keine äußere Rücksicht gehindert, seinen Neigungen die Zügel schießen ließ, zeigte sich nur zu bald.

Zu Anfang 1808 erschien ohne Namen des Verfassers mit dem Druckort „Germanien“ zugleich in deutscher und französischer Sprache ein Buch: „Gallerie preußischer Charaktere“, welches in der ersten Abteilung Militärpersonen, darunter Köckritz, den Herzog von Braunschweig, den Prinzen Louis Ferdinand, Möllendorff, Rüchel, Blücher und Massenbach, in der zweiten Kabinetsräte, Staatsminister und Gelehrte, insbesondere Beyme, Lombard, Schulenburg, Hardenberg, Hoym, Stein, Bülow, Joh. v. Müller und zuletzt Friedrich Buchholz charakterisierte. Buchholz hatte seinen Namen nicht genannt und sich sogar einige Mühe gegeben, ihn zu verstecken; aber das Geheimnis ließ sich nicht lange bewahren. Schon die in der französischen Übersetzung der Rückseite des Titels eingeprägten Buchstaben „H. P. M. Institut“ deuteten darauf hin, daß das Buch aus der Werkstatt des „historisch-politisch-militärischen Instituts“ hervorgegangen sei. Die Artikel „H. v. Bülow“ und „Massenbach“ stimmten großenteils wörtlich mit den gleichnamigen Artikeln überein, welche Buchholz in den „Lichtstrahlen“ (I 61) und in den „Europäischen Annalen“, an letzterem Orte mit der Unterschrift: „F. B.“, veröffentlicht hatte. Vor allem war es dann die Schreibweise, die Übereinstimmung der „Gallerie“ mit den von Buchholz anderswo ausgesprochenen Urteilen, welche den Verfasser kennzeichneten[1].

[1] Im „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“ finden sich schon in Bd. I Nr. 2 S. 9 deutliche Hinweise auf Buchholz; in Bd. I Nr. 41 S. 321 wird bemerkt, der Verfasser sei gar nicht unbekannt, und in Bd. II Nr. 45 S. 356 heißt Buchholz ausdrücklich der Verfasser der Gallerie. Verleger war der Berliner Buchhändler Sander, ein Mann seines Nebenbuhlers Gräff würdig, wenn er, wie Held in einem Briefe an Müchler vom 15. April

Mit Buchholz waren aber noch andere, insbesondere Massenbach und Held, in zweiter Linie beteiligt. Für die militärische Gallerie hat unzweifelhaft Massenbach den größten Teil des Materials geliefert. Die Artikel über Rüchel und Blücher sollten ihm dazu dienen, sich noch einmal von den Flecken der verlorenen Schlacht und der schmachvollen Kapitulation zu reinigen. Unverhohlen wurden jetzt die beiden Generale als die Schuldigen angeklagt. Dazu kamen die bittersten Bemerkungen gegen den Prinzen Louis Ferdinand und andere von Massenbach besonders gehaßte Personen. Manches, was er in den Berliner Gesellschaften auszuplaudern pflegte, war so vollständig mit seinen eigensten Worten wiederholt, daß jeder Leser notwendig auf ihn verfiel. Schon die Rücksicht auf sein Dienstverhältnis mochte ihn darum veranlassen, am 4. Februar in die „Lichtstrahlen" am Schluß des dritten Heftes eine Erklärung einzurücken. In der „Gallerie", schreibt er, würden einige Anekdoten angeführt, die er im Kreise vertrauter Freunde erzählt haben könne und die einiger Berichtigungen bedürften; er will sich aber für jetzt nicht darauf einlassen, überhaupt über das Buch weder Lob noch Tadel äußern. „Wozu das ängstliche Forschen nach dem Namen des Verfassers?" fragt er; „fürwahr, wäre ich der Verfasser, ich würde mich nennen." Massenbach scheint aber noch ferner unangenehme Folgen befürchtet zu haben; am 13. Februar richtete er einen offenen Brief an den Verfasser der „Gallerie" unter dem Schein, als sei ihm derselbe unbekannt: er wirft ihm Mißbrauch des Vertrauens und eine grausame, unverzeihliche Indiskretion vor. Die Anekdoten seien zum Teil verstümmelt, unvollständig, folglich der Wahrheit nicht ganz ge-

1808 andeutet, dem Minister Stein schrieb, er habe sich mit Herausgabe der Gallerie ein Verdienst um die Königliche Familie erworben, weil er die sie betreffenden Artikel weggelassen habe (Varnhagen a. a. O. VII 285). Dem Verleger erwuchsen aus der Veröffentlichung mancherlei Unannehmlichkeiten. Davon zeugt u. a. der Brief Johannes v. Müllers an Frau Sander im Dezember 1808, vielleicht auch der Brief Zacharias Werners an Chamisso vom 14. Februar 1808. Dorow, Denkschriften und Briefe. Berlin 1838. I 72, 97.

mäß. Niemals würde er über den Prinzen Louis und den General Geusau, auch nicht über Hohenlohe, Rüchel und Möllendorff in solchem Tone gesprochen haben[1].

Ganz unwahr wird man diese Erklärung, welche übrigens zu drei Vierteilen wieder aus leeren Deklamationen besteht, nicht nennen dürfen. Buchholz war viel zu sehr von seiner geistigen Überlegenheit durchdrungen, als daß er von irgend jemand eine Vorschrift oder Einschränkung geduldet hätte. Er benutzte gern fremde Mitteilungen, aber so, wie es seinem eigenen Sinne entsprach; immer blieb er der Herausgeber, für das Gute wie für das Schlechte des Buches verantwortlich. Massenbach fand sogar in dem ihm selbst gewidmeten Artikel die unliebsame Bemerkung, der Oberst habe durch eigenmächtiges Vorgehen die Zwietracht zwischen Hohenlohe und dem Herzog von Braunschweig genährt — vielleicht ein Hauptgrund für den bittern Ton des offenen Briefes.

Mit Helds Beteiligung an der „Gallerie“ verhält es sich ebenso. Bald nach ihrem Erscheinen — am 1. Februar 1808 — schreibt er dem ihm befreundeten Schriftsteller Müchler[2], dieser möge doch versuchen, den Verfasser herauszubringen. Er erkenne in dem Buche eine Menge Stellen aus seinen Privatbriefen an Archenholz; die Schilderung des Köckritz sei beinahe ganz von ihm, ebenso in dem Artikel Beyme alles, was einen Tadel enthalte, desgleichen in den Artikeln Prinz Louis, Rüchel und Schulenburg. Vermutlich hat Held nur den Schein angenommen, als sei der Verfasser ihm unbekannt; entweder wollte er Buchholz nicht verraten oder zu erkennen geben, daß er selbst an der Veröffentlichung nicht unmittelbar, aber doch mittelbar beteiligt sei. Mit seinen Ansprüchen scheint er die Autorrechte Massenbachs in etwas zu verletzen, dagegen möchte ich ihm an dem Artikel über Buchholz nicht geringen Anteil zuschreiben. Die ausführliche Darstellung der politischen Grundsätze, durch welche

[1] Erklärung des Obersten von Massenbach über das Buch: Gallerie Preußischer Charaktere. Frankfurt und Leipzig 1818. 32 S. 8°.

[2] Varnhagen a. a. O. S. 282.

Europa gerettet werden könnte, ist schwerlich etwas anderes als die Auseinandersetzung, durch welche Held von dem Verfasser des Leviathan „aus der Nacht in das Licht" gestellt wurde und die dann von dem bewundernden Zuhörer in Gesprächsform aufgezeichnet und früher oder später dem geistigen Urheber zu freier Benutzung übergeben war.

Von Held einer Indiskretion oder zu scharfer Ausdrucksweise beschuldigt zu werden, brauchte Buchholz nicht zu fürchten; denn für Helds takt- und maßlose Leidenschaft waren auch die härtesten Vorwürfe gegen persönliche oder politische Gegner noch nicht hart genug. Massenbachs Erklärung, die derselbe ihm zugeschickt hatte, nannte er einen ekelhaften Wisch, den die Feigheit diktiert habe. „Sollen denn die Suetone immer warten, bis die Cäsaren tot sind?" ruft er aus. An der „Gallerie" fand er nur zu tadeln, daß die Hauptcharaktere fehlten, daß Phulln zu nahe getreten, Beyme zu sehr geschont sei[1]; am wenigsten mochte ihm gefallen, daß auch Hoym, der Gegenstand seines bittersten Hasses, glimpflich behandelt war. Übrigens würde man Buchholz zu viel Ehre erweisen durch die Annahme, er habe in seinem Buche das Ärgste und Gehässigste ungesagt gelassen. Von allen Erzeugnissen der Tageslitteratur berühren wenige so widerwärtig wie die „Gallerie", gerade weil sie von einem Manne herstammt, der an Bildung, Kenntnissen, Fähigkeiten nicht zu den gewöhnlichen gehörte. Die einzelnen Artikel sind von verschiedenem Wert. Die Portraits des Herzogs von Braunschweig und Heinrichs von Bülow sind mit Verständnis und nicht ohne Wohlwollen gezeichnet; in andern, z. B. Rüchel, Blücher, Köckritz, macht die Abneigung Massenbachs sich wahrnehmbar; wo es sich um Haugwitz, Lombard und Beyme handelt, war Buchholz so rücksichtslos, aus der Steinschen Denkschrift, die er wohl durch Massenbach erhalten hatte, die schmähenden Behauptungen im vollen Wortlaut mitzuteilen, unter dem Beifügen, sie seien dem Memoire eines preußischen Staatsministers

[1] Held an Rüchler, 15. April, bei Varnhagen a. a. O. S. 285.

entnommen (S. 267). Am ärgsten wurde dem Prinzen Louis Ferdinand mitgespielt, der sich des Vergehens schuldig gemacht hatte, sich mit Massenbach zu entzweien und Buchholzens Auseinandersetzungen einmal nur oberflächlich anzuhören. Die widerwärtigsten, offenbar von Massenbach mitgeteilten Erlebnisse waren mit breitem Behagen erzählt, die anstößigsten Einzelheiten wenigstens durch Anfangsbuchstaben und Punkte kenntlich gemacht und nichts gespart, um den gefallenen Helden als Menschen und Feldherrn zu brandmarken. Man erkennt in diesem Buche, bis zu welchem Grade Eigenliebe und Gehässigkeit auch einen Menschen verblenden können, der sich rühmte, daß er kein Gemüt, sondern nur einen Geist besitze und niemals Leidenschaft, sondern stets kaltes Raisonnement walten lasse. Denn neben manchen treffenden und sogar geistvollen Bemerkungen werden doch in dem Schlußartikel über Buchholz die Phantasieen über die notwendige Universalmonarchie und den europäischen Kongreß zur Aufrechthaltung des Seevölkerrechts in Malta wieder aufgetischt. Von dem Prinzen Louis Ferdinand heißt es in allem Ernste, er habe als ein vollendeter Catilina nach der Herrschaft gestrebt, ja, er würde den König, falls das Gefecht bei Saalfeld und der Krieg gegen Frankreich einen glücklichen Ausgang genommen hätten, vom Throne gestürzt haben (S. 75, 83).

Ein Buch, so frech, so herausfordernd, so voll von Gift und Galle gegen Personen, die den Mittelpunkt des Tagesgespräches bildeten, mußte zahlreiche Gegner finden. In dem Artikel über Schulenburg (S. 300) war Cölln ein „einfältiger Schriftsteller“ (écrivailleur inepte, S. 242) genannt; aber es hätte dieses Angriffs nicht bedurft, um die „Neuen Feuerbrände“ zu einer Erwiderung herauszufordern. Als die „Gallerie“, heißt es in dem ausführlichen Artikel: „Bemerkungen über die Gallerie Preußischer Charaktere von einem Freunde der Wahrheit und des Vaterlandes“, in den öffentlichen Blättern angekündigt worden, habe man ihr mit Ungeduld entgegengesehen, und ihr Erscheinen habe die größte Sensation erregt. Dann wird mit vollem Recht „die Schmäh- oder kleinliche Rachsucht“ des Verfassers und die Aufnahme

„mehrerer sehr faden Bemerkungen sowie ganz unwahrer oder roher Anekdoten" getadelt, endlich berichtigt man, meistens mit gutem Grunde, die einzelnen Artikel über die militärischen Personen[1]. Rüchel wird in einem eigenen Aufsatz gegen die Beschuldigungen Massenbachs verteidigt, dessen Beteiligung an der „Gallerie" nicht verborgen blieb[2].

Niemand wurde durch das Erscheinen des Buches heftiger erbittert als Gentz, der damals in Böhmen in einem Kreise von Gesinnungsgenossen verweilte und sorgfältig alle Äußerungen des politischen Lebens in Preußen beobachtete. Anfang März kam die Gallerie nach Prag, wurde eifrig besprochen, und an der Tafel der Herzogin von Kurland wäre es zwischen ihr und Gentz beinahe zu einem Wortwechsel gekommen, als die Herzogin Miene machte, das Buch zu verteidigen. Sie fand aber die ganze Tischgesellschaft, sogar ihre eigenen Töchter, gegen sich gerüstet, und als Gentz mit Abscheu von der ungeheuren Menge verruchter Schriften sprach, die aus dem Kadaver der preußischen Monarchie wie ekelhafte Würmer aus der Fäulnis hervorgingen, mußte sie selbst gestehen, daß das neue Phänomen unter die schrecklichsten gehöre. Einige Tage später schickte Gentz das Buch seinem Freunde, dem spätern hannoverschen Minister v. Ompteda. „Sie werden es", schreibt er dazu, „nicht ohne reges Interesse, aber auch nicht ohne innern Abscheu lesen. In mehreren Portraits ist leider nur zu viel Ähnlichkeit und Wahrheit. Der Verfasser oder vielmehr Redacteur dieser Gallerie ist der bekannte Friedrich Buchholz, der Chef der neuen revolutionären Schule, von dessen früheren Produkten Sie vermutlich schon einiges gelesen haben:

[1] Intelligenzblatt I Nr. 41 ff. Die „Bemerkungen" erschienen auch als besondere Schrift.

[2] „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden" I Nr. 30—35; Nr. 45 S. 360 enthält eine Erklärung Cölln's „An den Obristen von Massenbach": er werde sich schwerlich von dem Verdachte reinigen können, an dem „Pasquill" teilgenommen zu haben. Im Intelligenzblatt II Nr. 5 giebt Cölln dagegen eine Ehrenerklärung: er sei überzeugt, daß Massenbach an der Gallerie nicht beteiligt, sondern nur von einem falschen Freunde ausgehorcht sei.

ein Kerl ohne Gemüt, ohne Liebe, ohne Religion, ohne irgend ein menschliches oder geselliges Gefühl — aber von einem scharfen und gewandten Verstande und einer Leichtigkeit und Fruchtbarkeit in der Komposition, die ihn im höchsten Grade gefährlich macht. Der Stoff zu dieser Gallerie ist ihm durchaus von Massenbach geliefert worden“ [1]. Ganz richtig hatte Gentz das wahre Verhältnis durchschaut, und als der ihm befreundete Rühle von Lilienstern in einem Briefe geäußert hatte, die „Gallerie“ sei nicht von Buchholz, antwortete Gentz am 18. April 1808 [2]: „Daß Buchholz der Redacteur dieser Schandschrift war, ist nun wohl so gewiß, als daß 2 mal 2 = 4 ist — wenn anders dieser Satz noch heute zu den gewissen gehört. Der Lieferant des Stoffes war freilich ein anderer; und ohne je darüber das geringste positive Datum besessen oder auch nur das leiseste Gerücht vernommen zu haben, überzeugte ich mich aus innerer Anschauung auf der Stelle, daß nur ein Mensch in der Welt zugleich unterrichtet und gottlos genug sein konnte, um Buchholz zu diesem Buche zu instruieren. Dieser Mensch war natürlich Massenbach, dem Sie hoffentlich nach diesem letzten Excess von Schändlichkeit auch noch den Grad von Protektion entzogen haben werden, welchen Sie ihm bis hieher angedeihen ließen [3]. An Verstand fehlt es der Bestie nicht; denn seine Aufsätze gegen Müffling in den Lichtstrahlen sind, außer Ihrem Bericht, ohne allen Zweifel das Geist- und Lehrreichste, was über den Feldzug von 1806 noch geschrieben ward. Aber ein Abgrund von Bosheit, wie er in diesem Gemüte wohnt, ist selbst in unsern Zeiten selten und mit Ausnahme der Matadors der Revolution, Robespierre, Couthon, Collot d'Herbois u. s. w., nie zum Vorschein gekommen.. Das ist der wahre Aufschluß über den Fall der

[1] F. v. Ompteda, Politischer Nachlaß des hannoverschen Staats- und Kabinetsministers Ludwig v. Ompteda. Jena 1869. I 362.

[2] Schlesier, Schriften von Fr. v. Gentz. Mannheim 1838. I 322.

[3] Massenbach hatte zu Rühle v. Lilienstern persönliche Beziehungen; wahrscheinlich war er sogar an dem „Bericht eines Augenzeugen“ mittelbar oder unmittelbar beteiligt. Vgl. Lehmann, Scharnhorst I 534 ff.

preußischen Monarchie, daß solche Henkersknechte eine Rolle darin spielen konnten. Massenbach und Buchholz umspannen den ganzen Kreis menschlicher Verruchtheit; dieser durch die barbarische Kälte, mit welcher er, von nicht gemeinen Fähigkeiten, obgleich einem oft schiefen, manchmal verrückten Kopfe geleitet, das ganze künstliche, kostbare Gewebe des alten gesellschaftlichen Lebens Faden vor Faden auseinanderreißt; jener durch die höllische Wut, mit welcher er alles, was Achtung oder Schonung verdiente, den Hunden und Geiern der Verwüstung preisgiebt."

Leider kann man dies Urteil, so hart es klingt, nicht ungerecht nennen. In früheren, glücklicheren Tagen hatte Massenbach durch sein enthusiastisches Gebahren, seinen Redefluß, der wenigstens zuweilen durch Kenntnisse und echtes Gefühl gehoben wurde, selbst scharfblickende Männer und Frauen für sich eingenommen. Noch im Sommer 1807 konnte er dem spätern Bischof Eylert, dem Freunde Friedrich Wilhelms III., sich günstiger darstellen, als er verdiente[1]. Aber wenn das Unglück edle, kräftige Naturen stählt und erhebt, so brachte es bei Massenbach den Grundzug seines Wesens, eine eitle Selbstsucht, welcher nichts heilig war, und eine niedrige Gesinnung, die vor dem Gemeinsten nicht zurückbebte, zur nackten Erscheinung. Im Frühling 1810 hatte er, wenn es erlaubt ist, in eine spätere Zeit hinüberzugreifen, die Schamlosigkeit, an die Königin Luise eine Geldforderung zu richten mit der Drohung, er würde sonst die geheimsten Unterredungen mit ihr und dem Könige in seinen Memoiren veröffentlichen. Und in jener trüben Zeit, wo alles, was den Zorn Napoleons hätte reizen können, um jeden Preis zu vermeiden war, erkaufte man in der That das Schweigen des Nichtswürdigen durch mehrere tausend Thaler[2]. Im Jahre 1817 war er abermals frech genug, Friedrich Wilhelm III. eine Schmähschrift zuzuschicken mit dem Antrage, der König solle

[1] Eylert, Charakterzüge aus dem Leben Friedrich Wilhelms III., I 248, 253 ff.

[2] Boyen, Erinnerungen II 56.

durch eine beträchtliche Geldsumme das zu erwartende Honorar des Verlegers überbieten und dadurch den Druck verhindern. Aber jetzt hatten die Zeiten sich geändert. Massenbach wurde in Frankfurt a. M. verhaftet, von einem Kriegsgericht zu langwieriger Festungshaft verurteilt und die Strafe erst 1826, ein Jahr vor Massenbachs Tode, vom Könige durch Begnadigung aufgehoben.

Was Gentz in der Gallerie wohl am meisten empörte, war der „scheußliche Artikel“ gegen den ihm so nahe verbundenen Prinzen Louis Ferdinand. Eine der frechen darin erzählten Anekdoten wurde von Lombards Freund Ancillon, der dabei gelobt war, öffentlich für eine aus der Luft gegriffene Verleumdung erklärt. Man bemerkt aber mit Vergnügen, daß auch von ganz Unbeteiligten das nichtswürdige Machwerk nach seinem wahren Wert geschätzt wurde, und abgesehen von den Äußerungen Helds wird man nicht leicht einem Worte der Billigung begegnen. Die „Jenaische Litteraturzeitung“[1] nennt die Gallerie ein geschickt geschriebenes Pasquill, einen traurigen Beweis, bis zu welchem Grade die Entehrung der Schriftstellerei von guten Köpfen getrieben werden könne. Die Stimme des Publikums habe über das Beginnen schon gerichtet, der Verleger sei verantwortlich gemacht, das Buch — von der Friedens-Vollziehungskommission — konfisziert worden. In der „Halleschen Litteraturzeitung“[2] macht man sich lustig über die fehlerhafte Sprache des angeblich französischen Originals, und nach einem strengen Tadel gegen die verleumderische Unzuverlässigkeit des Inhalts wird der Schlußartikel, in welchem Buchholz sich selbst als genialen Autor und die Theorieen des „Neuen Leviathan“ als Panacee der europäischen Politik hatte verherrlichen lassen, mit treffendem Witz verspottet. Der Recensent, unter dem Schein, als habe er gerade das Gegenteil einer Verherrlichung in dem Artikel gefunden, nennt ihn „eine Bouffonnerie im Geschmacke des Aristophanes,

[1] Jahrgang 1808, I 509, Nr. 64 vom 16. März.
[2] Jahrgang 1808, I 985, Nr. 124 vom 28. April.

worin ein Ex-Professor, Friedrich Buchholz, die Hauptrolle als Arlequin Empereur romain spiele. „Er wird aufgeführt", heißt es weiter, „wie er aus einem Dachstübchen in Berlin die ganze moralisch-politische Welt observiert und reguliert. Es wird zu verstehen gegeben, daß er über sein unter dem Titel „Der Neue Leviathan" gedrucktes Buch närrisch geworden; und der hämische Verfasser läßt ihn gar zuletzt aufs Wahrsagen verfallen. Ein Mensch, der von seiner Zinne herab predigt: Mir nach, Ihr von Osten und Ihr von Westen, ist freilich ein lächerlicher Gegenstand: es ist aber allzugrausam, ihn so durchzunehmen, wie hier geschieht."

Trotz des weit höheren litterarischen Wertes fand die „Gallerie" längst keine Zahl von Lesern wie die „Vertrauten Briefe" oder die „Feuerbrände". Aber sie regte mehrere ähnliche Schriften an, leider zumeist durch ihre schlechten Eigenschaften. Am häufigsten findet man neben ihr erwähnt die „Charakteristik Friedrich Wilhelms III. und der bedeutendsten Personen an seinem Hofe, gesammelt und bekannt gemacht von M. W. [Angeblich] Aus dem Französischen übersetzt 1808." Aber neben der „Gallerie" sollte dies untergeordnete Machwerk nicht genannt werden. Der Verfasser hat aus halb wahren und halb verstandenen, zum Teil ganz albernen und unsaubern Geschichten einen Teig zusammengeknetet, dem nur der verdorbenste Geschmack sich ohne Ekel zuwenden kann. Nicht selten tragen die geschilderten Personen: Köckritz, sein Kammerdiener Naguel, Triebenfeld, Mencken, Rüchel, Haugwitz und der jüdische Banquier Ephraim, in fingierten, behorchten Gesprächen ihre Weisheit oder Bosheit zu Markte. Den Hauptinhalt bilden, wie man schon aus diesen Namen schließen wird, die Verschleuderungen in Polen und der Krieg gegen Frankreich. Daß man dem Verfasser oder seinen Quellen nachforschte, haben beide nicht verdient.

Den „Neuen Feuerbränden" muß man als Verdienst anrechnen, daß sie sich auch der angegriffenen Personen zuweilen annahmen und ihnen Gelegenheit und Raum zu einer Berichtigung

nicht versagten[1]. Mehr als einer machte davon Gebrauch; mehr als einer hielt es aber auch für notwendig, mit Apologieen in besonderen Schriften hervorzutreten, so die Gräfin Lichtenau und der Geheimrat Veitel Ephraim. Von Massenbachs unruhiger Betriebsamkeit, von Haugwitzens und Hardenbergs Aufzeichnungen ist schon Rede gewesen. Alle diese Schriften hatten aber miteinander gemein, daß sie sich vornehmlich mit der Person des Autors beschäftigten; Hardenbergs Denkwürdigkeiten, die einen weiteren Horizont eröffneten, konnten, weil sie geheim blieben, keinen Einfluß auf die Zeitgenossen üben, sollten auch am wenigsten eine Rechtfertigung des bis 1806 herrschenden Systems versuchen. In dem, was früher angeführte Zeitschriften zu diesem Zwecke oder zur Versöhnung und Beschwichtigung der Gemüter vorbrachten, blieben meistens Kraft und Erfolg weit hinter dem guten Willen zurück. Die Jenaer Litteraturzeitung bemerkt mit verdientem Spotte, Wasser enthielten die Löscheimer, Wassereimer und ähnlichen Institute genug, aber es lösche nicht, und zuweilen schütteten sie auch in ihrem heiligen Eifer Öl in die Flammen[2]. An einer Schrift, die den leidenschaftlichen Angriffen eine wohlwollende und zugleich sachkundige Verteidigung gegenüberstellte, würde es gänzlich fehlen, wenn nicht Lombard die Lücke ausfüllte.

III.

Man hätte dem ehemaligen Geheimen Kabinetsrat nicht verübeln dürfen, wenn er wie die bisher genannten Autoren vorerst an seine eigene Rechtfertigung gedacht hätte. Kein anderer von sämtlichen Beteiligten war in solcher Weise angefeindet worden. Ein Vorspiel bildeten die Berichte der Diplomaten, welche wir auf den früheren Blättern kennen lernten. Dazu kam im Spät-

[1] Es finden sich sogar Artikel zu Gunsten Triebenfelds (XI 81), des Gouverneurs von Magdeburg (XI 88) und der Gräfin Lichtenau (Intelligenzblatt III Nr. 35 u. 36).

[2] Jahrgang 1808, II 472, Nr. 135 vom 9. Juni.

herbſt 1805, als Preußens Anſchluß an die Koalition die große Frage bildete, eine Flugſchrift, die gerade in den höchſten Kreiſen eifrig und von den Gleichgeſinnten mit Bewunderung geleſen wurde[1]. Der Verfaſſer, Graf d'Antraigues, ein franzöſiſcher Emigrant, der in ruſſiſche Dienſte getreten war, bediente ſich einer damals ſehr beliebten Fiktion, indem er aus einer von ihm neuentdeckten Handſchrift des Polybius ein bis dahin unbekanntes Fragment zu veröffentlichen vorgab, während die leicht durchſichtige Hülle den wahren Verfaſſer und die Perſonen, welche er auftreten ließ, nicht verbarg. Er ſchildert eine Verhandlung am Hofe des Königs Antiochus von Syrien — Friedrich Wilhelms III. —, der ſich entſcheiden ſoll, ob er nach Hannibals Rate ſeinem früheren Nebenbuhler, dem bedrängten König Philipp von Macedonien, — Franz II. — gegen den Angriff der Römer helfen wolle. Ein greiſer Miniſter Kalliſthenes, der ſeine Züge dem Grafen Schulenburg, vielleicht auch Hardenberg entlehnt, Schüler des großen Nikanor — Friedrichs II. —, ſetzt die Notwendigkeit auseinander, der alles verſchlingenden Eroberungsſucht des Flaminius — Bonaparte — eine Schranke zu ziehen. Eindringlich verweiſt er auf die Verbindung mit dem mächtigen Könige der Parther Arſaces — Alexander —, der zwiſchen Philipp und Antiochus hintrete mit den Worten: „Laßt mich die Welt retten und helft mir bei dieſem Unternehmen!" Kalliſthenes findet aber Gegner in dem immer ſchwankenden Feldherrn Ariarathes — dem Herzog von Braunſchweig — und in Heraklides von Byzanz — Haugwitz —, dem früheren Miniſter des Auswärtigen, „welcher trotz ſeines Rücktritts einen unheilvollen Einfluß bewahrte". Beiden Männern wird nicht geſchmeichelt, Haugwitz erſcheint als laſterhafter Schwächling, als plumper Lügner, als Söldling des Auslands, Sklave des Kabinets, als ein Gewürm, das nur in giftſchwangeren Moräſten ſich wohl fühlt. Aber Ausbund aller politiſchen Schlechtigkeit iſt der Kabinetsſekretär Polykrates, dem wir den

[1] Traduction d'un fragment du XVIII. livre de Polybe, trouvé dans le monastère St. Laure au mont Athos par le comte d'Antraigues. Leipzig 1805; eine deutſche Überſetzung St. Petersburg (?) 1806.

Namen Lombard nicht erst beizufügen brauchen. Ein elender Sophist, verkündet er die Grundsätze der Hölle, die Ausgeburten der Mord- und Räuberhöhlen. Nach ihm muß für die Fürsten die Moral verstummen, nur der Vorteil und das Recht des Stärkeren kommt in Betracht. Philipp ist ein lästiger Nachbar, man überlasse ihn also seinem Schicksal; das einzig Kluge ist die Neutralität, um mit dem Sieger die Beute zu teilen und den Besiegten mitzuplündern. Kleine Eingriffe muß man sich von den Römern gefallen lassen und die ihnen mißliebigen Personen entfernen. Nach der Beratung folgt Polykrates dem Könige in sein Kabinet; hier weiß er die geheimen Neigungen anzufachen, welche die Könige vor den Augen der Welt zurückdrängen, aber im vertraulichen Umgang mit Sklaven nicht verbergen. Dabei findet der Verfasser willkommene Gelegenheit zu einem Ausfall gegen das Kabinet, dessen Einfluß Syrien dem Untergang entgegenführte. Treffend unterscheidet er die Wirksamkeit dieser Institution unter dem großen Nikanor und dem gegenwärtigen Fürsten. Jetzt haben die Kabinetssekretäre als thätige Werkzeuge einer Partei sich der Geschäfte bemächtigt; alles lassen sie durch ihre Hände gehen, so daß der Staat, sobald sie bestochen sind, kein Geheimnis mehr hat und seine Politik die Politik seiner Feinde wird.

An schneidender Schärfe und Bitterkeit wäre es nicht wohl möglich, diese Schilderung zu übertreffen. Aber nun erfolgte die Katastrophe; ein unglücklicher Stern trieb Lombard in die Gewalt seiner Feinde, und nicht mehr in satirischen Anspielungen, nein, handgreiflich äußerte sich die Volkswut in Berlin, in Stettin, in Kolberg, auf der Straße und im Gefängnis. Dementsprechend nahm auch die erstarkende Zunft der Pamphletisten seinen Namen offen zur Zielscheibe ihrer schärfsten und giftigsten Geschosse. Verhältnismäßig am glimpflichsten behandeln ihn die „Vertrauten Briefe“. In einer angeblich 1802 geschriebenen Beurteilung (Bd. I Br. 22) wird Lombard ein liebenswürdiger Roué genannt, der für alles Gute und Böse gleichgültig geworden sei. Er hänge dem französischen System an, teils weil er ein Franzose

sei, teils weil jeder, der das preußische Staatsinteresse begriffen habe, dafür sein müsse. „Zu Bubenstreichen", schließt der Brief, „zur Verräterei, Bestechung u. s. w. halte ich diesen Mann nicht fähig." In dem Bericht über seine Verhaftung (Bd. I Nr. 35) wird die böswillige Verzögerung einer nach Petersburg bestimmten Depesche wenigstens bezweifelt und die Art, wie man Lombard mißhandelte, unanständig und dumm genannt. Dagegen überbietet sich die „Charakteristik Friedrich Wilhelms III. und seines Hofes" in Schmähworten. Lombard erscheint als entnervter Sybarite, als junger, schwindsüchtiger Greis, rückenmarksleidend, weil von Jugend auf den schändlichsten Lüsten ergeben (S. 96, 206). Noch verletzender waren die Äußerungen in der „Gallerie", weil sie ausdrücklich als das Urteil eines preußischen Staatsministers — jeder mußte dabei auf Stein verfallen — bezeichnet waren. Es läßt sich denken, daß im mündlichen Verkehr die gedruckten Anschuldigungen teils schon vorweggenommen, teils noch überboten wurden. Man nannte die Summe — 6000 Napoleondor —, durch welche Lombard bei der Sendung nach Brüssel bestochen sei. Die albernsten Fabeln waren ersonnen, um ihn für die Verzögerung der russischen Hülfe verantwortlich zu machen. Garlieb Merkel erzählt in seinen Erinnerungen[1] als keckſten und ärgſten Streich des Hochverrats, Lombard habe dem Obersten Krusemarck im September 1806 bei der Sendung nach Petersburg einen Vetter als Reisediener aufgenötigt; von diesem seien die dem Gesandten mitgegebenen Depeschen, gerade als Krusemarck sie überreichen wollte, gestohlen worden. Man mußte eine neue Ausfertigung durch einen Kurier aus Berlin kommen lassen; darüber vergingen ein paar Wochen, und die russische Armee erschien erst auf dem Kampfplatz, als alles verloren war. Sollte Lombard zu alledem schweigen? Wenn er im August 1806 durch die „Apologie" sich vor seinem Könige zu rechtfertigen suchte, so war es jetzt doppelt geboten, vor der Öffentlichkeit so

[1] „Darstellungen und Charakteristiken aus meinem Leben". Leipzig 1839 u. 1840. II 252. Auch Merkel macht zu dieser Erzählung den Zusatz: „wenn wahr".

schmachvolle Verdächtigungen zurückzuweisen. Um so höher muß man ihm anrechnen, daß er gleichwohl sich selbst beinahe aus den Augen verlor, daß ihm vor allem am Herzen lag, über den Staat, über den König, dem er seine Dienste gewidmet hatte, das Urteil zu berichtigen. Schon ihm Herbst 1807 in Köslin muß die Arbeit ihn andauernd beschäftigt haben, denn bereits zu Anfang des nächsten Jahres erschien in Frankfurt und Leipzig bei Friedrich Nicolai ein kleines Buch: „Matériaux pour servir à l'histoire des années 1805, 1806 et 1807. Dédié aux Prussiens par un ancien compatriote“. Es bildet den Abschluß für die politische Thätigkeit des Verfassers; schon deshalb, aber auch wegen seiner Bedeutung für die litterarische Bewegung jener Tage müssen wir mit dem Inhalt uns bekannt machen.

In der Vorrede wendet sich Lombard an die Preußen, als ein Mitbürger, der, bald durch weite Meere von ihnen getrennt, noch einen letzten Abschiedsgruß zurücklasse. „Ich habe euern Fall gesehen“, fährt er fort, „und er hat mein Herz zerrissen; aber ich habe auch gehört, wie die Unwissenheit und der Haß euch beurteilten, und die Entrüstung gab mir die Feder in die Hand. Elende Schriftsteller folgen einer dem andern, um euch in den Kot zu ziehen; der Patriot seufzt und schweigt. Die Verleumdung ist leicht, aber die Begründung der Wahrheit ist schwer. Ich habe euch ein Denkmal lassen wollen, das durch die Erinnerung an eure Vergangenheit euch einen Augenblick trösten könnte.“ Lombard bedient sich der französischen Sprache, weil sie ihm für den Ausdruck die bequemere war und damit, wie er sagt, auch Fremde ihn verstehen könnten. Gewiß hatte er dabei einen Leser vor allen übrigen im Sinne. Preußens Schicksal lag in Napoleons Hand; von ihm hing es ab, das eiserne Joch, das auf dem Lande lastete, zu erleichtern. Lombards Beziehungen zu dem Kaiser legten den Gedanken nahe, ob es möglich sei, durch eine Darstellung der Umstände, welche Preußen in den Krieg trieben, wenigstens den persönlichen Groll des

Siegers zu mildern. Bei der Beurteilung des Buches darf man dieſen Zweck nicht aus den Augen verlieren.

Es zerfällt in drei Teile. Der erſte ſchildert die inneren Zuſtände Preußens (S. 1—65), der zweite die Politik der Neutralität bis 1805 (S. 65—100), der dritte die Entſtehung der neuen Koalition, das Verhältnis Preußens zu den ſtreitenden Mächten, endlich die Kataſtrophe von Jena bis zum Tilſiter Frieden (S. 100—205). Den Anfang bildet eine Charakteriſtik Friedrich Wilhelms III., ſicher eine der beſten, die geſchrieben wurden, das Gute hervorhebend, ohne die Schwächen zu verhehlen. „Zufolge einer unerklärlichen Sonderbarkeit des menſchlichen Geiſtes", heißt es vom Könige, „hat dieſer eigentümliche Menſch trotz der Meinung, die er von ſich ſelbſt haben mußte, trotz der zwanzigmal wiederholten Erfahrung, daß von allen ſeinen Ratgebern ſein eigener Takt der ſicherſte ſei, ſich niemals an den rechten Platz zu ſetzen vermocht." Nach dieſem Geſtändnis, welches einen Hauptgrund aller Übel aufdeckt, ſchildert Lombard im einzelnen, wie der König das durch ſeinen Vater zerrüttete Finanzweſen wieder ordnete, Handel und Induſtrie begünſtigte, der Rechtspflege ungeſtörten Lauf ließ. Nur ein einziges Mal, gegen die Gräfin Lichtenau, machte der König eine Ausnahme; aber er ehrte dabei mehr die Sittlichkeit, als er die Formen verletzte. Die Richter beſaßen den Mut einer Meinung; wer hört einen Kircheiſen ohne Verehrung nennen? Bezüglich der Armee ſagt Lombard, ſie ſei früher ebenſo blind bewundert als ſpäter unwürdig verleumdet worden; ſie habe große Fehler gehabt, aber die Urſache ſei in der urſprünglichen Einrichtung zu ſuchen, nicht in der Dummheit oder Nachläſſigkeit der Regierung. Nur ſchüchtern verteidigt er noch die früher ſo lebhaft von ihm verfochtene Anſicht, daß man die Offiziere aus dem Adel nehmen müſſe. Die Hauptmängel findet er in dem bis dahin unvermeidlichen Werbeſyſtem, in den zahlreichen Befreiungen vom Militärdienſt, dem überläſtigen Train und der Beförderung nach dem Alter. Dem Könige blieben dieſe Mängel nicht verborgen, und vieles hat er verbeſſert. Die Armee war

auch nicht schlechter als unter Friedrich dem Großen, nur weit überholt durch die französische Armee unter Napoleon. Große Verdienste erwarb sich der König um Handel und Industrie; er förderte die Wissenschaft und die freie Bewegung der Geister; in Berlin vollendete Johannes v. Müller unter den Augen eines Fürsten die Geschichte eines freien Volkes, überdachte Alexander v. Humboldt die Ergebnisse seiner Reisen, begründete Thaer die Schule der Landwirtschaft. Es folgt dann die merkwürdige, wenn auch nicht ausreichende Rechtfertigung der Kabinetsregierung, welcher wir in dem frühern manches entnahmen, verbunden mit einer Charakteristik der Kabinetsräte, des Generals Köckritz und der hervorragenden Minister. Daß Lombard Beymes Vorzüge ins Licht stellt und die Fehler seines Gönners Haugwitz übergeht, muß man ihm zu gute halten; auch von Stein, seinem heftigsten Gegner, redet er mit Anerkennung. Über sich selbst urteilt er: „Man hat von diesem Manne viel zu viel Gutes während seines Glückes und viel zu viel Böses nach seiner Verabschiedung (retraite) gesagt. Wie ich ihn gekannt habe, war er verständig (sage), für die Zukunft seines Vaterlandes scharfsichtiger als andere und ein durchaus ehrlicher Mann, übrigens träge, weil immer leidend, und ohne Ehrgeiz, weil er träge war.“

Der zweite Abschnitt, eine Verteidigung der preußischen Neutralität bis 1805, ist der schwächste Teil des Buches. Er leidet an denselben Fehlern, die man dem Manifest von 1806 vorwerfen kann, wenn auch treffende Bemerkungen, besonders über den Eigennutz der Russen und Engländer, nicht mangeln. Um so bedeutender ist der dritte Abschnitt, die Darstellung des Krieges und der Niederlage Preußens. Mit berechneter Stärke betont Lombard die fortdauernde Neigung des Königs für die Neutralität und die Festigkeit, mit welcher er die aufdringlichen Versuche der Russen selbst auf die Gefahr eines Krieges zurückwies. Sehr vorsichtig, aber doch nicht ohne das Beleidigende des Vorgangs anzudeuten, wird dann der Durchmarsch durch Ansbach besprochen und die Weisheit des Königs hervorgehoben, welcher durch rechtzeitigen Verzicht auf die Neutralität der fränkischen

Fürſtentümer der Gefahr einer Verletzung vorbeugen wollte. Den Vertrag mit Rußland nennt Lombard das Todesurteil Preußens. Noch einmal vermochte Haugwitz nach der Schlacht bei Auſterlitz durch den Vertrag vom 15. Dezember die drohende Gefahr abzuwenden. „Es iſt unbegreiflich", fährt Lombard fort, „daß es in Preußen Menſchen und ſogar wahre Patrioten gab, blind genug, um nicht zu erkennen, daß ein Federſtrich der Monarchie eingebracht hatte, was man durch Siege nicht hätte erwerben können. Weshalb nahm man den Vertrag unter Bedingungen an, die nur das Gift von ihm übrig ließen? Es war das zweite Todesurteil für Preußen." Haugwitz ging nach Paris, um die Fehler wieder gut zu machen, an welchen er allein keine Schuld trug. Aber Napoleon wurde ein anderer Mann, als er hörte, was geſchehen war; er glaubte, ſich über den Charakter des Königs getäuſcht zu haben, mit einem Wort, ſeit jenem Zeitpunkt war er Preußen feindlich geſinnt. Gleichwohl entwaffnete man die Armee und ſah ſich dann um ſo mehr gezwungen, den nachteiligen Vertrag vom 15. Februar anzunehmen. Das Bündnis konnte kein wahres ſein, Napoleon verfolgte in Deutſchland ſeinen Weg, ohne Preußen zu beachten. In Berlin ſtieg die Erbitterung aufs höchſte. Man ging ſoweit, dem Könige diejenigen ſeiner Diener, welche man für Friedensapoſtel hielt, als Verräter hinzuſtellen; aber der König blieb unerſchütterlich, bis er hörte, daß Napoleon Hannover den Engländern geben wolle. Lombard erlaubt ſich nunmehr den Zweifel, ob die franzöſiſchen Verſprechungen von den engliſchen Geſandten erfunden oder vielleicht nur leere Worte geweſen ſeien. „Es wäre entſetzlich", fährt er fort (S. 156), „wenn der König ſich wegen eines Irrtums ins Verderben geſtürzt hätte." Aber die Nachricht kam aus einer Quelle, die man für zuverläſſig hielt; dem König blieb nur die Wahl, mit Ehren zu fallen oder als Feigling dazuſtehen. Und bei dieſer Frageſtellung wurde der vorſichtigſte Mann auf einmal der entſchloſſenſte; die Armee zog an die Grenze, und der Krieg war unvermeidlich, denn ſchon der Koſten wegen konnte Preußen nicht lange gerüſtet bleiben. Nun hätte man, da die

Verzweiflung zum Kriege trieb, sich auch wie ein Verzweifelter schlagen müssen; bei dem Mißverhältnis der Kräfte hätte man doch nicht gesiegt, aber vielleicht die Achtung des Feindes und die Grundlage eines ehrenvollen Friedens gewonnen. Statt dessen ging man vor, als sei der Sieg gewiß und der Friede nah; die Nation schien ein Fest zu feiern, da sie doch nur wie Leonidas und seine Spartaner ein Totenfest hätte feiern dürfen. Vielleicht, meint Lombard, hat der Widerspruch zwischen den Entschlüssen und den Wünschen des Königs ihn halb und halb über die Folgen der Bewaffnung getäuscht und zu der Hoffnung verleitet, daß man doch noch sich versöhnen könne. Das würde einigermaßen die Mängel der Rüstungen erklären; aber stets bleibt die Sorglosigkeit der Militärbehörden unverzeihlich. Der Herzog von Braunschweig — Lombard hat ihn in wenigen Sätzen meisterhaft gezeichnet — füllte als oberster Befehlshaber seinen Platz nicht aus. Die Armee, vortrefflich und voll Mut, kämpfte tapfer, aber in schlecht gewählter Stellung und ohne Zusammenhang; zehn Tage nach der Schlacht zog Napoleon in Berlin ein. Bei der allgemeinen Flucht und Verwirrung glaubte das Volk in seiner Verzweiflung, der Staat sei verraten. Die ersten Diener des Königs wurden abscheulich verleumdet, die Offiziere sollten Feiglinge gewesen sein, und doch war in Wahrheit nur eine schlecht geführte Armee von einer stärkeren, gut geführten geschlagen. Freilich die Ereignisse, welche folgten, die Kapitulationen der Festungen, der fliehenden Heeresteile lassen sich nur dadurch erklären, daß man den Kopf völlig verloren hatte. Der König mußte Frieden suchen, er war bereit, auf harte Bedingungen einzugehen. Aber Napoleon hatte mittlerweile den ganzen Umfang seines Sieges erkannt; in dem neuen politischen System, das er zu begründen dachte, fand Preußen keine Stelle mehr; er bot keinen Frieden, sondern nur noch einen Waffenstillstand, der Preußen vernichtet hätte. Mit Recht lehnte der König ab; der Krieg begann von neuem, und bei den Waffenthaten der noch unberührten ostpreußischen Division fühlte man sich wieder unter den Preußen von 1756. Aber die Ungeschick-

lichkeit der russischen Generale führte zur Schlacht bei Friedland und zum Frieden von Tilsit. „Niemals", sagt Lombard, „selbst seit den Verträgen Roms mit den besiegten Königen, hat ein so tragischer Frieden einen so unglücklichen Krieg beschlossen." „O, Friedrich Wilhelm, o mein edler König", ruft er aus, „werde Herr deines Schmerzes, wenn du kannst!", und es folgt dann in einer langen Tirade die Aufforderung, der König möge in seinem Gewissen, seiner engelsgleichen Seele Trost suchen. Er habe das Unglück nicht verschuldet, der Friede von Tilsit sei ein Erbteil, von seinem Vorgänger hinterlassen. Jetzt soll der König zurückkommen, alle Herzen fliegen ihm entgegen, er wird langsam die Wunden heilen und das Unglück trösten. Dies führt den Verfasser auf die Lage der ruinierten Provinzen, die er in eindringlichen, man könnte sagen kläglichen, Worten auseinandersetzt; es klingt beinahe weinerlich, wenn er die Preußen auffordert, sie, die früher die Athener Deutschlands sein wollten, sollten jetzt seine Spartaner werden. „Für die Gegenwart", schließt er, „beschränken wir unsere Wünsche darauf, den Himmel zu bitten, daß der Sieger uns bald unsere traurige Ruhe zurückgebe. Napoleon hat seinen Sieg ausgenutzt; er hat an uns die Rache genommen, die er für gerecht hielt; aber er kann nicht unsern vollständigen Untergang wollen. Er wird die großen Gesichtspunkte seiner Politik mit dem Mitleiden, das er unserm Unglück schuldet, in Übereinstimmung bringen und so edelmütig sein, als er groß ist. Seine tapferen Soldaten werden im süßen Vaterlande ihre Leiden erzählen, und wir werden einen Augenblick die unsrigen vergessen, wenn wir unsern König wiedersehen."

Es wäre ungerecht, nach diesem kläglichen Schluß das ganze Buch zu beurteilen; nach Form und Inhalt verdient es unter den politischen Schriften der Zeit einen Ehrenplatz. Wenn die meisten Schriftsteller in persönlichen Ausfällen, in widerwärtigen Schmähungen sich ergehen, so bleibt Lombard streng bei der Sache. Niemals stellt er sich selbst in den Vordergrund, benutzt nicht einmal die Gelegenheit, seine Verhaftung und die Ehren-

erklärung, die er erhielt, zu erwähnen. Nur die Schilderung des Kabinets läßt bemerken, daß er in eigener Sache redet; im übrigen hat er die Mängel wie die Vorzüge der preußischen Verwaltung meistens richtig dargestellt. Gerade, weil er tadelt, gewinnt auch sein Lob an Bedeutung, aber aus seinem Tadel spricht niemals die Schadenfreude des Hasses, sondern der aufrichtige Schmerz der Vaterlandsliebe. Am meisten gereicht dem Buche wie dem Verfasser eine weichliche Schwäche zum Vorwurf, die vor jedem festen Entschluß zurückscheut. Dadurch wird besonders die Rechtfertigung der Neutralität so erbärmlich. Jeden Krieg hält Lombard mit der Niederlage für gleichbedeutend. Preußen wird als ein künstlich aufgeschraubtes Staatswesen geschildert, zu schwach, einem wirklichen Großstaat zu widerstehen; und doch hatte es mehr als einmal den Österreichern sich gewachsen gezeigt; es hatte trotz der angeblich so ungünstigen Stellung in Polen dem Zorne Pauls I. die Stirn geboten. Gewiß durfte Preußen auf einen Einzelkampf mit Frankreich sich nicht einlassen; aber war deshalb jeder günstige Erfolg ausgeschlossen, wenn es, wohl vorbereitet, mit mächtigen Bundesgenossen zu den Waffen griff? Zu Lombards Entschuldigung gereicht es jedoch, daß er öffentlich nicht sagen wollte, was er Gentz gegenüber nicht verhehlte, daß der König aus der Neutralität schlechterdings nicht herauszubringen war. Dazu kommt die schon angedeutete Rücksicht auf den französischen Kaiser. Man könnte das Buch als eine Denkschrift für Napoleon bezeichnen. Alles ist darauf berechnet, dem Allgewaltigen milde Gesinnungen einzuflößen, seine Forderungen als unerschwinglich darzustellen, seinen Groll gegen Friedrich Wilhelm zu beschwichtigen. Schon aus diesem Grunde muß Lombard alles vermeiden, was Napoleon argwöhnisch und bedenklich machen könnte. Er darf nicht reden von Widerstand gegen fremde Unterdrückung, von einem kräftigen Aufschwung, um die verlorene Größe wiederzugewinnen; er predigt nur Duldung, Gehorsam, Sparsamkeit und verfehlt doch nicht nach der Schilderung der zerrütteten Finanzen anzudeuten, daß einzig ein König wie Friedrich Wilhelm III. und ein Minister

wie Stein dem ausgesogenen Lande noch einiges zur Befriedigung der französischen Forderungen abgewinnen könnten. Es bedarf nicht der Versicherung Hardenbergs, um überzeugt zu sein, daß Lombard seine Schrift Napoleon übersandte.

Daß er auch dem Könige von seiner Arbeit Kenntnis gegeben und wenigstens Beyme das Manuskript vorgelegt habe, ist kaum zu bezweifeln. Friedrich Wilhelm konnte sich freilich durch einzelne Stellen verletzt fühlen, wenn er öffentlich als Gegenstand des Mitleids — Lombard gebraucht sogar den unschicklichen Ausdruck „l'infortuné" — hingestellt wurde. Im übrigen war das Buch gewiß nach seinem Sinne, insbesondere darin, daß es jedes scharfe Wort gegen die Franzosen und jede gewaltsame Aufregung des nationalen Gefühls vermied. Gewiß hat es auch die Gesinnungsgenossen erfreut und gehoben, ja selbst manchem Gegner Achtung abgewonnen; das glänzendste Zeugnis stellt ihm der am meisten befähigte Beurteiler aus. Wenig später als die „Gallerie preußischer Charaktere" war die Lombardsche Schrift an Gentz gelangt, und noch unter dem Eindrucke der Schmähungen gegen den Prinzen Louis Ferdinand wurde er durch den Ton der neuen Veröffentlichung um so angenehmer berührt. Am 16. März fordert er Ompteda dringend auf, sich die „Matériaux" zu verschaffen. „Dies ist die wichtigste Schrift", setzt er hinzu, „die in dieser ganzen Periode zum Vorschein kam. Sie enthält eine Apologie des Königs von Preußen und seines politischen Systems; daß sie für uns also nicht befriedigend sein kann, versteht sich von selbst. Aber sie ist nichts destoweniger das Werk eines äußerst verständigen, vortrefflich unterrichteten, durchaus konsequenten Kopfes; dabei ist sie mit großer Würde und in einer ausgezeichneten Sprache geschrieben; edler und besser wird der König nie, weder vor Welt noch Nachwelt, verteidigt werden"[1]. Merkwürdig, daß Gentz den Autor nicht erkannte; er meint, nur ein Mensch in Berlin könne die Schrift verfaßt haben, Jouffroy, der ehemalige Gouverneur der jüngeren Prinzen, der stets mit

[1] Ompteda, Politischer Nachlaß I 369.

dem Könige in einem vertrauten Umgange gestanden habe und oft von ihm insgeheim konsultiert worden sei. Gentz erhielt, wie wir sehen werden, bald Gelegenheit, diese Vermutung zu berichtigen. Auch Archenholz nennt in der „Minerva“ [1] die „Matériaux“ ein Meisterwerk, das in einem kleinen Umfang über alles zur neuesten Geschichte Gehörige sich zweckmäßig verbreite; seine Bewunderung ist so unbedingt, daß sie durch einige Einschränkungen für den Leser beinahe gewinnen würde. Kaum weniger günstig urteilt auch das „Politische Journal“ [2] über das „merkwürdige Buch“. „Der Verfasser“, heißt es, „hat nicht alles gesagt, weil die Pflicht es ihm nicht erlaubte; aber was er sagte, ist wahr. Zwar hat er sich nicht genannt; aber sein Werk selbst ist sein Bürge, die Wahrheit hat ihren Charakter, und ein geübtes Auge läßt sich nicht leicht täuschen.“ Dann folgt, wie in der „Minerva“, auf 13 Seiten ein das Wichtige gut bezeichnender Auszug.

Natürlich rief ein Buch dieser Art neben dem Lob auch den Tadel hervor, des Inhalts wie des Verfassers wegen. Denn Lombards Name blieb nicht lange verborgen. Das „Politische Journal“ nennt ihn schon in einer Nachschrift im Märzheft (S. 302), und eine Kritik, welche sich durch fünf Nummern des „Intelligenzblatts zu den Neuen Feuerbränden“ zieht, vermehrt dadurch ihre Bitterkeit, daß sie gegen den anonymen, aber, wie sie durchblicken läßt, recht wohl bekannten Verfasser gerade auf Grund seines eigenen Buches sich ausläßt. Daß in dieser Kritik den Ansichten Lombards über die innere Verwaltung widersprochen wird, läßt sich denken, und wenn die Hinneigung zu Frankreich keinen Tadel findet, so erhebt sich gegen Haugwitz und Lombard doch der Vorwurf, daß sie ihre Überzeugung nicht kräftiger zur Geltung gebracht hätten [3]. Ebenso absprechend äußert sich eine

[1] Jahrgang 1808 I 544—556.

[2] Jahrgang 1808 S. 278—291.

[3] „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“ II Nr. 4—8. Unter den persönlichen Vorwürfen findet sich S. 37 die alberne Behauptung, „es sei in Berlin bekannt, daß der Graf Finckenstein — der zu keiner Zeit

wie Stein dem ausgesogenen Lande noch einiges zur Befriedigung der französischen Forderungen abgewinnen könnten. Es bedarf nicht der Versicherung Hardenbergs, um überzeugt zu sein, daß Lombard seine Schrift Napoleon übersandte.

Daß er auch dem Könige von seiner Arbeit Kenntnis gegeben und wenigstens Beyme das Manuskript vorgelegt habe, ist kaum zu bezweifeln. Friedrich Wilhelm konnte sich freilich durch einzelne Stellen verletzt fühlen, wenn er öffentlich als Gegenstand des Mitleids — Lombard gebraucht sogar den unschicklichen Ausdruck „l'infortuné" — hingestellt wurde. Im übrigen war das Buch gewiß nach seinem Sinne, insbesondere darin, daß es jedes scharfe Wort gegen die Franzosen und jede gewaltsame Aufregung des nationalen Gefühls vermied. Gewiß hat es auch die Gesinnungsgenossen erfreut und gehoben, ja selbst manchem Gegner Achtung abgewonnen; das glänzendste Zeugnis stellt ihm der am meisten befähigte Beurteiler aus. Wenig später als die „Gallerie preußischer Charaktere" war die Lombardsche Schrift an Gentz gelangt, und noch unter dem Eindrucke der Schmähungen gegen den Prinzen Louis Ferdinand wurde er durch den Ton der neuen Veröffentlichung um so angenehmer berührt. Am 16. März fordert er Ompteda dringend auf, sich die „Matériaux" zu verschaffen. „Dies ist die wichtigste Schrift", setzt er hinzu, „die in dieser ganzen Periode zum Vorschein kam. Sie enthält eine Apologie des Königs von Preußen und seines politischen Systems; daß sie für uns also nicht befriedigend sein kann, versteht sich von selbst. Aber sie ist nichts destoweniger das Werk eines äußerst verständigen, vortrefflich unterrichteten, durchaus konsequenten Kopfes; dabei ist sie mit großer Würde und in einer ausgezeichneten Sprache geschrieben; edler und besser wird der König nie, weder vor Welt noch Nachwelt, verteidigt werden"[1]. Merkwürdig, daß Gentz den Autor nicht erkannte; er meint, nur ein Mensch in Berlin könne die Schrift verfaßt haben, Jouffroy, der ehemalige Gouverneur der jüngeren Prinzen, der stets mit

[1] Ompteda, Politischer Nachlaß I 369.

dem Könige in einem vertrauten Umgange gestanden habe und oft von ihm insgeheim konsultiert worden sei. Gentz erhielt, wie wir sehen werden, bald Gelegenheit, diese Vermutung zu berichtigen. Auch Archenholz nennt in der „Minerva“ [1] die „Matériaux“ ein Meisterwerk, das in einem kleinen Umfang über alles zur neuesten Geschichte Gehörige sich zweckmäßig verbreite; seine Bewunderung ist so unbedingt, daß sie durch einige Einschränkungen für den Leser beinahe gewinnen würde. Kaum weniger günstig urteilt auch das „Politische Journal“ [2] über das „merkwürdige Buch“. „Der Verfasser“, heißt es, „hat nicht alles gesagt, weil die Pflicht es ihm nicht erlaubte; aber was er sagte, ist wahr. Zwar hat er sich nicht genannt; aber sein Werk selbst ist sein Bürge, die Wahrheit hat ihren Charakter, und ein geübtes Auge läßt sich nicht leicht täuschen.“ Dann folgt, wie in der „Minerva“, auf 13 Seiten ein das Wichtige gut bezeichnender Auszug.

Natürlich rief ein Buch dieser Art neben dem Lob auch den Tadel hervor, des Inhalts wie des Verfassers wegen. Denn Lombards Name blieb nicht lange verborgen. Das „Politische Journal“ nennt ihn schon in einer Nachschrift im Märzheft (S. 302), und eine Kritik, welche sich durch fünf Nummern des „Intelligenzblatts zu den Neuen Feuerbränden“ zieht, vermehrt dadurch ihre Bitterkeit, daß sie gegen den anonymen, aber, wie sie durchblicken läßt, recht wohl bekannten Verfasser gerade auf Grund seines eigenen Buches sich ausläßt. Daß in dieser Kritik den Ansichten Lombards über die innere Verwaltung widersprochen wird, läßt sich denken, und wenn die Hinneigung zu Frankreich keinen Tadel findet, so erhebt sich gegen Haugwitz und Lombard doch der Vorwurf, daß sie ihre Überzeugung nicht kräftiger zur Geltung gebracht hätten [3]. Ebenso absprechend äußert sich eine

[1] Jahrgang 1808 I 544—556.

[2] Jahrgang 1808 S. 278—291.

[3] „Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden“ II Nr. 4—8. Unter den persönlichen Vorwürfen findet sich S. 37 die alberne Behauptung, „es sei in Berlin bekannt, daß der Graf Finckenstein — der zu keiner Zeit

lange Recenſion in den „Europäiſchen Annalen“, die ich nach dem Inhalt und den Eigenheiten des Stils, beſonders wegen der Einmiſchung klaſſiſcher Citate, Fr. Buchholz zuſchreiben möchte. Sehr geſchickt werden die Blößen aufgedeckt, welche Lombard bei der Darſtellung der Kabinetsregierung und in ſeiner eigenen Charakteriſtik ſich gegeben hatte. Der Haupttadel richtet ſich auch hier dagegen, daß Haugwitz und Lombard nicht entſchiedener ſtatt des neutralen ein freundſchaftliches Verhältnis zu Frankreich zur Bekämpfung der engliſchen Seetyrannei herbeiführten, beſonders nach dem für Preußen ſo vorteilhaften, durch Napoleons Wohlwollen zugeſtandenen, aber von Haugwitz nicht kräftig verteidigten Vertrage vom 15. Dezember 1805[1].

Gerade den entgegengeſetzten Vorwurf erhebt ein Kritiker, welcher ohne Nennung ſeines Namens eine eigene kleine Schrift von 48 Seiten: „Bemerkungen über die Matériaux u. ſ. w.“, Frankfurt und Leipzig 1808, veröffentlichte. Zuerſt zollt er freilich dem würdigen Ton und der patriotiſchen Wärme des beſprochenen Buches volle Anerkennung, nicht ohne einen Seitenblick auf „die Sophiſten, welche — wie Buchholz — angefangen haben, rhetoriſche Buden in Berlin aufzuſchlagen, als Vordenker der Hauptſtadt zu agieren und heilbringende Worte für Geld auszuſpenden“. Aber gegen den Inhalt kann er ſchwerwiegende Bedenken nicht unterdrücken. Lombard, meint er, gehe über die wirklichen Mängel der Verwaltung, insbeſondere über das Formenweſen, das den Geiſt getötet habe, zu leicht hinweg; er verweiſt auf die Lebensbeſchreibung Struenſees von Held, nach welcher der Miniſter an fünf Wochentagen ſo ſehr von Sitzungen in Anſpruch genommen war, daß es ihm unmöglich wurde, ſich mit dem Gedanken an etwas Größeres zu beſchäftigen. Es folgt dann eine eingehende Darſtellung der preußiſchen Politik von um ſo größerer Wirkung, je mehr die gebildete, ruhige Sprache und der ſittliche Ernſt den

Lombards Vorgeſetzter war — den ehemaligen Schreiber Lombard entweder aus dem Bett oder aus luſtigen Geſellſchaften holen laſſen mußte, wenn er eine Depeſche abſchreiben laſſen wollte“.

[1] Europäiſche Annalen 1808, Juniheft, S. 238—261.

Verfasser von den meisten Tagesschriftstellern unterscheiden. Der öftere Hinweis auf Hannover, „bei dessen Namen jeder preußische patriotische Staatsbürger in Ewigkeit hin zurückbeben müsse“, die Art, wie er Hardenberg in Schutz nimmt und Haugwitz die Zweideutigkeiten des Haager Traktats von 1794 sowie die Scheinvorteile des Schönbrunner Vertrags zum Vorwurf macht, lassen auf einen Hannoveraner, einen Gesinnungsgenossen Rehbergs oder Brandes', schließen; jedenfalls gehört die Recension zu denen, die auch der Angegriffene nicht ohne Achtung vor einem solchen Gegner lesen kann.

Dasselbe gilt von zwei andern Urteilen, die um so mehr ins Gewicht fallen, als sie, wie es scheint, von persönlich ganz Unbeteiligten herrühren. Wir sahen, wie die Hallesche und die Jenaische Litteraturzeitung in der Schätzung der „Vertrauten Briefe“ weit voneinander abweichen; in Bezug auf die „Matériaux“ stimmen sie überein. Der Jenaer Recensent[1] sieht in dem Buche das Werk, welches von allen erschienenen über Preußens Fall den besten Aufschluß gebe; immer werde es für spätere Geschichtschreiber seinen Wert behalten, wenn man die elenden Broschüren, womit Deutschland überschwemmt worden sei, längst vergessen habe. Allerdings sei es die Stimme einer Partei, aber Entwurf, Komposition und Ausführung zeugten von vielem Verstande und nicht geringer Kunst. Nach der Halleschen Litteraturzeitung[2] sind die Matériaux von allen Schriften über die Geschichte der Jahre 1805—7 die wichtigste sowohl durch den innern Gehalt als durch die Art der Darstellung. Der Verfasser zeige sich nicht bloß als ein gefühlvoller, seinem Könige und Staat innigst ergebener, sondern auch als ein geistvoller Mann. Es bleibe aber die Frage, ob seine Ansicht als wahre Geschichte auf die Nachwelt übergehen könne. Als Antwort folgen die naheliegenden, meistens auch in der Jenaer Litteraturzeitung vorgebrachten Einwände gegen Lombards Auffassung sowohl der innern als

[1] Jahrgang 1808, IV 73 ff., Nr. 239 u. 240 vom 12. u. 13. Oktober.
[2] Jahrgang 1808, I 1001 ff., Nr. 126 u. 127 vom 29. u. 30. April.

der äußern Verhältniſſe. Bezüglich der Kabinetsregierung wird als ein Mangel hervorgehoben, daß die Kabinetsräte durchaus keinen Anteil an der Verwaltung beſaßen, mithin die Geſchäfte, über die ſie entſcheiden ſollten, nur aus den Berichten der Departementschefs, alſo nur ſtückweiſe, kennen lernten: eine ſcharfſinnige Bemerkung, freilich nur auf Beyme, nicht auf Lombard anwendbar. Die Ungeſchicklichkeit bei der Eröffnung des Krieges gegen Frankreich findet ſcharfen Tadel; hier kennt der Recenſent die tieferen Gründe nicht, im übrigen iſt er ſehr gut unterrichtet und deutet an, daß er noch mehr wiſſe, als er ſchreibt. Man könnte an Dohm als Verfaſſer denken. Zum Schluß wird bemerkt, bei dem Anſehen, welches die beredte und geiſtvolle Darſtellung den Matériaux erwerben werde, ſei es nötig geweſen, wenigſtens einigen Zweifel entgegenzuſtellen, um zu verhindern, daß die Urſachen eines beiſpielloſen Unglücks nicht *ausſchließlich* da geſucht würden, wo ſie nach Anſicht des Recenſenten nicht einmal *vorzüglich* zu finden ſeien.

Weit heftiger, ja mit Leidenſchaft äußert ſich ein damals noch ſehr jugendlicher Schriftſteller, Friedrich v. Raumer, der Schüler Johannes v. Müllers, in den „Heidelberger Jahrbüchern“[1]. Nicht mit Unrecht tadelt er Lombards fataliſtiſche Geſinnung, die den Untergang Preußens von Anfang an als unvermeidlich hinſtelle und nicht die Fehler der Menſchen, ſondern die Macht der Verhältniſſe dafür verantwortlich mache. Von der inneren Verwaltung, von dem Kabinet iſt kaum die Rede, nur die äußere Politik wird dem herbſten, nicht ſelten gerechten Tadel unterworfen, aber einſeitig, ohne Rückſicht auf die wirklich vorhandenen Schwierigkeiten und ſogar oberflächlich. Denn auf den Kern der Frage einzugehen, verboten ſchon die Zeitverhältniſſe. Statt von der Zwingherrſchaft Napoleons zu reden, kann Raumer nur antike Schriftſteller gegen die Eroberungsſucht der Macedonier und Römer anführen; gern benutzt er insbeſondere die Philippiſchen Reden des Demoſthenes, von denen die erſte früher von

[1] Jahrgang II (1809), Heft 13, S. 193—210.

Niebuhr, gewiß mit Beziehung auf die Gegenwart, ins Deutsche übertragen war. Nicht ohne Grund macht er auch Beyme für die Maßregeln der äußeren Politik verantwortlich; aber beinahe noch mehr als gegen Haugwitz richtet sich sein eigentlicher Groll gegen Lombard. Mit bitterem Hohne hält er ihm mit Berufung auf seine eigenen Worte vor, daß selbst ein Anteil an der Lenkung der Begebenheiten Europas die „Faulheit“ nicht überwunden oder begeistert habe; einem Kabinetsrat könne man vielleicht etwas Schändlicheres, aber unmöglich etwas Erbärmlicheres nachsagen. Was er selbst über Lombards persönliche Erlebnisse vorbringt, zeugt nicht gerade vorteilhaft für den künftigen Geschichtschreiber. Lombard, dem Übersetzer der Äneide, soll jede klassische Bildung gemangelt haben, er soll Napoleon bei Übernahme des Kaisertums beglückwünscht und im November 1805 Haugwitz nach Wien begleitet haben. Von Hardenberg ist nur einmal die Rede und zwar mit einer gewissen Vorliebe von seiner für ihn so bedeutungsvollen Erwiderung auf den Schmähartikel des Moniteur im April 1806; die Verantwortlichkeit wird durchaus Haugwitz und Lombard aufgebürdet. Gerade dadurch mochte sich Hardenberg angenehm berührt fühlen. „Ich habe Ihren Aufsatz“, sagte er dem Verfasser, „mit größtem Beifall gelesen, ehre Ihre Ansicht, Ihre Gesinnung, die Kraft Ihres Ausdrucks; ich muß Sie festhalten in meiner Nähe.“ Und die Folge war, daß er Raumer in das Ministerium, bald sogar in seinen nächsten Umgang zog[1].

Denn niemand war durch die „Materialien“ mehr gereizt als Hardenberg. Lombard hatte sich zwar zur Aufgabe gemacht, jedes verletzende Wort zu vermeiden; aber man darf nicht vergessen, daß gegen ihn und seine Freunde das Zerwürfnis mit Hardenberg den Kernpunkt der gefährlichsten Anfeindung bildete. In der Charakteristik Hardenbergs heißt es, derselbe würde in ruhigeren Zeiten ein guter Minister geworden sein (S. 61), aber, einmal aus dem Gleichgewicht gebracht, sei er nicht mehr Herr

[1] Friedrich v. Raumer, Lebenserinnerungen. Leipzig 1861. I 108. Vgl. auch I 240 den Dankbrief des Herrn v. Berenhorst.

seiner selbst gewesen; man habe dann wohl gesagt, er besitze mehr Energie als sein Kollege, denn in den Staatskrisen sei es der vernünftige Mann, der für schwach gelte, weil die Heftigkeit der Stärke gleiche. Lombard hatte ferner, der neuesten Forschung vorgreifend, zuerst ausgesprochen, daß Frankreich, wenn es von Haugwitz abgehangen hätte, seine natürlichen Grenzen nicht würde überschritten haben. Er hatte bei zwei Vorgängen, die er als Hauptfehler der preußischen Politik bezeichnete, nämlich bei dem Festhalten an der fränkischen Neutralität im September 1805 (S. 114) und bei der voreiligen Entwaffnung im Januar 1806 (S. 146), mit starker Betonung hinzugefügt, daß Haugwitz damals in der Ferne war. Daneben findet sich noch einiges, das, dem Unbeteiligten vielleicht nicht auffällig, von Hardenberg als Anzüglichkeit empfunden wurde. Man kennt sein lebhaftes Selbstgefühl, die mehr und mehr von ihm und andern genährte Überzeugung, in dem Kampfe gegen Napoleon die Lage stets richtig beurteilt zu haben. Daß jetzt Haugwitz, der gehaßte Gegner, über ihn gestellt wurde, kränkte ihn tiefer als die ärgste Beleidigung. Man erzeigte Lombard zu viel Ehre, wollte man ihm das unvergleichliche Verdienst zuschreiben, Hardenberg zur Abfassung seiner Denkwürdigkeiten angereizt zu haben. Aber daß er dazu mitwirkte, läßt sich durch viele Stellen erweisen. Ist doch Lombards Buch das einzige, mit welchem Hardenberg sich fort und fort beschäftigt, das er mit sichtlicher Erbitterung zu widerlegen sucht. Schon zu viele Meinungsverschiedenheiten wurden in dem früheren hervorgehoben, um noch mehrere hier zur Erörterung zu bringen. Das Recht liegt nicht immer auf derselben Seite; aber sicher hat der Kabinetsrat gegen den Minister niemals eine so ungereimte Anschuldigung ausgesprochen, als der Minister gegen den Kabinetsrat, wenn er ihn nach der Grenzverletzung Bernadottes des geheimen Einverständnisses mit den französischen Gesandten beschuldigte. Ein Glück für Lombard, daß die Denkwürdigkeiten erst ans Licht traten, als es an Mitteln der Richtigstellung nicht mehr fehlte.

Aber durch die „Matériaux“ fühlte sich noch ein anderer

verletzt, der nicht gewohnt war, die Eingebungen des Ärgers und der Eitelkeit in seiner Brust oder im Schreibpult zu verschließen. Lombard hatte von den schmachvollen Vorgängen nach der Schlacht bei Jena schonend, aber doch deutlich gesprochen und die Kapitulationen von Küstrin und Stettin als „unverzeihliche Feigheit“ gebrandmarkt. „Beide Schändlichkeiten“, setzt er hinzu, „vermehrten den tiefen Eindruck, den einige Tage früher das rätselhafte Betragen des Fürsten von Hohenlohe gemacht hatte. Ein General voll Ehre und Patriotismus, im Begriff, die Oder zu erreichen, in einer unangetasteten Gegend, wo die Franzosen nach ihm alles im Überfluß fanden, mit reichlichem Schießbedarf versehen, wie es einer der würdigsten Artillerieoffiziere vor kurzem dargethan, — ergiebt sich einer feindlichen Avantgarde, während seine eigenen Soldaten mit dem Aufschrei der Verzweiflung sich zum Schlagen erbieten! Diesen Feldherrn nach unvollständigen Anzeigen beurteilen, ihn richten wollen, hieße in die Klasse der elenden Winkelrichter herabsinken. Er selbst mag einst den Schleier lüften, der über dieses unglückliche Ereignis gebreitet ist“[1]. So lange konnte Massenbach aber nicht warten; immer von neuem kam er auf die alten Streitpunkte zurück. Seine Aufsätze in den „Lichtstrahlen“ und andern Blättern hatten mehrfach eine derbe Abfertigung gefunden; Scharnhorst, der von ihm zwar nicht genannt, aber als Blüchers Generalquartiermeister in versteckter Weise angegriffen war, hatte ihn ruhig und sachgemäß widerlegt, Blücher ihm sogar mit einem Kriegsgerichte gedroht[2]. So entschloß er sich, noch einmal in zwei offenen Sendschreiben an Rüchel und Blücher aus-

[1] Deutsche Ausgabe der Matériaux S. 221—222.

[2] Minerva 1808, I 274. Rüchel ließ sich öffentlich mit Massenbach nicht ein; er begnügte sich, in seinem „Pflichtmäßigen Bericht“ an die von dem Könige zur Beurteilung der Kriegsoperationen am 27. November 1807 eingesetzte Immediatkommission vom 1. Juli 1808 (bei Dorow, Krieg, Litteratur und Theater. Leipzig 1845. S. 31, 61 ff.) den Verleumdungen Massenbachs entgegenzutreten. Für das einzelne dieser Streitigkeiten sei noch verwiesen auf Lehmann, Scharnhorst I 425, 431, 457, 533.

einanderzusetzen, daß man bei Jena einen glänzenden Sieg würde erfochten haben, wenn Rüchel, wie er gekonnt und gesollt, zwei Stunden früher bei Vierzehnheiligen erschienen wäre, und daß die Kapitulation bei Prenzlau dem Ungehorsam Blüchers zur Last falle. Nichts konnte ihm gerade während einer solchen Beschäftigung ungelegener erscheinen als die eben angeführte Stelle in den „Matériaux", und in seiner redseligen Art dehnte er die Erwiderung gleich zu einem Sendschreiben von 42 Seiten aus, das er zugleich mit den Sendschreiben an Rüchel und Blücher veröffentlichte[1]. Sonderbarerweise gesteht er in diesem Schreiben zu, was er bisher als Verleumdung betrachtete, daß er nämlich infolge so vieler furchtbaren Eindrücke, durch Anstrengungen und Entbehrungen den Kopf verloren hatte und in krankhafter Aufregung das unselige Wort „Kapitulation" aussprach, das er bei ruhiger Überlegung, „ausgeruht, gesättigt", nicht über die Lippen gebracht hätte. Den Hauptteil seiner Schrift bildet aber ein langer, zuweilen an Wahrheit und wahre Beredsamkeit streifender Gallimathias, dem gemäß Haugwitz und Lombard durch ihre schwächliche, nichts vorhersehende Politik den übeln Anfang und Ausgang des Feldzugs, den Untergang des Heeres und des Staates verschuldeten. Bei der Beurteilung der „Matériaux" verfällt Massenbach, was bei ihm nicht befremden kann, in sonderbare Widersprüche. In dem Sendschreiben, das in achtungsvollem Tone anhebt, versichert er, das Buch habe ein schönes Licht über den Charakter des Königs verbreitet, und sagt für diesen „Balsam" Dank. Die Vorrede behauptet dagegen, in keiner Flugschrift sei die Majestät des Thrones in höherem Grade beleidigt worden als von Lombard, und später wird ihm vorgeworfen, er stoße trotz aller Milde und Sanftmut dem Könige den Dolch in die Brust. An einer Stelle heißt es, Be-

[1] „Des Obersten von Massenbach, Generalquartiermeisterlieutenants, drei Sendschreiben an die Herren Generallieutenants von Blücher und von Rüchel und an den Geheimen Kabinetsrat Herrn Lombard. Nebst dessen Erklärung über das Buch: Gallerie Preußischer Charaktere". Frankfurt und Leipzig 1808.

ruhigung der Gemüter sei die schöne Tendenz der „Matériaux“; bei dieser Erkenntnis erwacht in Massenbachs Herzen die ehemalige Freundschaft, und er glaubt, daß er jetzt den Verfasser wieder lieben könne. Beinahe auf derselben Seite liest man aber, daß Lombard durch die unvorsichtige Aufdeckung der begangenen Fehler in der Brust jedes Patrioten einen namenlosen Schmerz erneuert und den Staat aufs höchste gefährdet habe. Daneben fehlt es nicht an den persönlichen Bosheiten, mit denen Massenbach selbst Freundschaftsversicherungen zu würzen versteht.

In Lombards Nachlaß findet sich noch der Entwurf einer Erwiderung, welche durch Ruhe, Mäßigung und eine billige, beinahe freundschaftliche Schonung des Gegners sich vorteilhaft von dem Angriff unterscheidet. Glücklich weist Lombard den Vorwurf unzeitiger Enthüllungen zurück. Nach dem Tilsiter Frieden, sagt er, hätte man am besten geschwiegen und, von gegenseitigen Beschuldigungen absehend, den Blick auf die Zukunft statt auf die Vergangenheit gerichtet. „Aber gerade Massenbach gab das Signal zu einer verderblichen Publicität, trat als Ankläger zweier Waffenbrüder auf, lieferte nach eigenem Geständnis einem treulosen Freunde den ersten Stoff zu einer Schrift, die Preußen in den Augen des Siegers tiefer erniedrigt hat als selbst seine Niederlage. Schamlose und feile Schriftsteller versuchten von Tag zu Tage das Band zwischen dem Könige und seinem Volke zu zerreißen; alles Üble, das durch die Publicität bewirkt werden konnte, war geschehen; nur getröstet hatte sie noch nicht. Da war vielleicht die Frage erlaubt, ob nicht einmal von einem Unterrichteten die Wahrheit bekannt gemacht werden dürfe, rein, unverhohlen, klar, wie sie aus dem Herzen der Liebe fließt, um wohlzuthun, nicht um zu töten.“ Es würde von geringem Nutzen sein, die etwas breite Widerlegung ungereimter Vorwürfe hier zu wiederholen; nur eine Stelle ist merkwürdig, weil sie über das Verhältnis der Kabinetsräte zum Könige die Auffassung der Nächstbeteiligten erkennen läßt. Massenbach hatte Lombard nicht allein das Ungeschick der politischen

Maßnahmen, sondern auch die geringe Vorsorge für den Festungsbau zum Vorwurf gemacht. „Mit unbeschreiblichem Erstaunen", erwidert Lombard, „habe ich gelesen, wie wenig Sie mit unserem ehemaligen Geschäftsgange und mit den Grenzen des Berufes und des Wirkens in dem Leben unserer Geschäftsmänner bekannt sind. Wehe dem Lande, wo einem öffentlichen Diener, auf welcher Stufe er auch stehen mag, die Verantwortlichkeit werden kann, die Sie mir aufladen wollen. Ein Regent, von der Natur fürstlich ausgestattet, mit echter Wahrheitsliebe und reinem Sinn, erlaubt, weil er selbst denkt, auch seinen Dienern, zu denken, nimmt an, weil er wiedergiebt, und wirklich kann an seiner Seite, ohne der Würde der leitenden Intelligenz das mindeste zu vergeben, der Vertraute mit Kopf und Herz mächtig wirken fürs gemeine Wohl. Allein unter einem solchen Fürsten bleiben die Hauptverhältnisse unverrückt. Ihm ist eigene Überzeugung Bedingung des Wollens; seinen Dienern ist Wahrheit Bedingung des Einflusses und der Erhaltung. Unter einem solchen Fürsten hütet sich der Diener, welcher in dem Kreise, den sein Verstand übersieht, nützen will, vor Ausflügen in fremde Gebiete. Er schweigt, ist Diplomatik sein Fach, zu militärischen Plänen; er will, ist er Soldat, weder den Thronerben erziehen noch die Politik leiten noch die innere Organisation des Staates umschaffen. Verirrt er sich über die Grenzen, welche Pflicht und bescheidenes Selbstgefühl ihm anweisen, so büßt er sehr bald für die Blößen, die er gab, so dankt er es sich allein, wenn er selbst in dem Kreise, wo er, berufen und brauchbar, Befriedigung des schönen Ehrgeizes finden konnte, das Zutrauen vermißt und seine Kräfte gelähmt sieht." Der Erwiderung, wie sie vorliegt, fehlt der Schluß, und ich weiß nicht, ob sie jemals beendigt oder gedruckt wurde. Vielleicht hielt es Lombard für kein übergroßes Unglück, mit Rüchel und Blücher zusammen, wenn auch in solcher Weise, genannt zu werden. Leider findet sich keine Äußerung, wie er mit dem Erfolg seines größeren Werkes zufrieden war. Die früher angeführten Zeugnisse gaben ihm den Beweis, daß es in den Kreisen, auf die es eigentlich wirken sollte, seine Wirkung nicht

verfehlte. Auf die große Menge, die sich durch die „Vertrauten Briefe“ fesseln ließ, hatte er kaum gerechnet; sagt er doch in der Vorrede, allen, die ihn lesen würden, sei die fremde Sprache, in welcher er schreibe, geläufig. Aber schon die bald geforderte deutsche Übersetzung bezeugt, daß jene Vermutung zu bescheiden war. Früh erkannte man die historische Bedeutung der Schrift. In der gleichzeitigen „Chronik des neunzehnten Jahrhunderts“ von Venturini wird sie an mehreren Stellen beinahe wörtlich ausgeschrieben, Bignon und Lucchesini, auch Mansos nach siebenzig Jahren noch immer lesenswerte Geschichte des preußischen Staates benutzen sie als eine Hauptquelle. Noch 1824 wollte ihr kein Geringerer als Clausewitz die Ehre erzeigen, sie in einem Werke über den Krieg von 1806 wieder abdrucken zu lassen, weil sie ihm „zum Faden seiner eigenen Bemerkungen gedient hatte“ [1]. Freilich stand er mit einer solchen Anerkennung damals beinahe allein; denn über den Kämpfen und Triumphen der Freiheitskriege war die Litteratur der Unglücksjahre, wenn sie nicht unmittelbar für den großen Zweck der Befreiung wirkte, mehr und mehr vergessen; sogar die Autorschaft Lombards wurde zweifelhaft. Erst mit dem Interesse, das sich in neuester Zeit dem ersten Jahrzehnt Friedrich Wilhelms III. wieder zuwendete, haben auch namhafte Geschichtschreiber die „Matériaux“ als das anerkannt, was sie dem Titel nach sein möchten, als einen wertvollen „Beitrag zur Geschichte der Jahre 1805, 1806 und 1807“. Ja, man hat Lombards Auffassung wohl in größerem Maße zugestimmt, als es in den früheren Kapiteln des vorliegenden Buches geschehen konnte.

[1] Clausewitz, „Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe“, in den Kriegsgeschichtlichen Einzelschriften, herausgegeben vom Großen Generalstabe. Heft 10. Berlin 1888. S. 465.

UNIVERSITY

IV.

Wenn Lombards litterarische Thätigkeit von ungeschwächter Geistesfrische zeugt, so trat dagegen in seinem körperlichen Befinden mehr und mehr die Nachwirkung alter Leiden und der neuen erschütternden Katastrophe hervor. In der Vorrede des Buches bemerkt er, um seine Autorschaft zu verbergen, er werde bald in einer andern Welt zwar kein neues Vaterland, aber Ruhe suchen. Unwillkürlich mochte dabei die Ahnung der ewigen Ruhe in ihm aufsteigen. Um seine Gesundheit zu stärken, begab er sich im Juni 1808 nach Teplitz. Noch einmal erlebte er eine Reihe von heitern Tagen. Ein scherzhafter Brief an seinen Sohn in lateinischer Sprache und ein andrer, in welchem sieben Sprachen sich ablösen, geben von seiner Stimmung Zeugnis[1]. Sein lebhaftes Naturgefühl fand in der anmutigen Gegend immer neue Anregung, und nach soviel bittern Erfahrungen mochte es ihm doppelt wohlthun, daß er in der vornehmsten Gesellschaft mit Freundlichkeit, ja mit Auszeichnung aufgenommen wurde. In einem Briefe vom 9. Juli rühmt er die gute Wirkung der Bäder, von denen er eben das 19. genommen hatte. Die Ankunft der befreundeten Familie Jordan erfreute ihn; „denn", schreibt er seiner Frau, „der Mensch ist für den Menschen gemacht, und soviel Vergnügen ich auch bei meinen Spaziergängen fand, und obgleich ich so glücklich bin, die Sinne eines Kindes und eine seltene Empfänglichkeit für die einfachen Freuden bewahrt zu haben, so kehrte ich doch oft mit schwerem Herzen zurück und empfand eine unbestimmte Traurigkeit. Übrigens hätte es nur von mir abgehangen, den hiesigen Aufenthalt weniger einförmig zu machen. Der Prinz von Ligne hat mich mit Freundlichkeiten überhäuft; die Prinzessin Clary hatte sogar die Güte, mir den Schlüssel eines für ihre Familie reservierten Gartens und eines reizenden Pavillons zu geben, welcher das ganze Thal beherrscht.

[1] Lombards Briefe an seinen Sohn August vom 20. Juni und 9. Juli 1808 im Nachlaß.

Alle, denen ich begegne, thun das Äußerste, mich zu verbinden, und ohne meinen festen Entschluß, allem zu widerstehen und mich in tiefe Dunkelheit einzuhüllen, hätte ich mir eine Existenz verschaffen können, um welche andere mich beneiden würden.“ „Seit Ankunft der Jordans“, wiederholt er am 12. Juli, „bin ich zufriedener mit mir. Das Unglück der Kircheisens hatte mich in tiefe Trauer versenkt. Meine Bekanntschaften vermehren sich. Der alte Prinz von Dessau, der ehrenwerteste unserer unglücklichen deutschen Fürsten, war kaum angekommen, als er mich rufen ließ. Er bezeigte mir eine wahrhaft väterliche Freundlichkeit. Sein Kabinetsrat, mein alter Freund Rhode, dessen sich besonders Beyme erinnern wird, verläßt mich wenig[1]. Der Prinz von Ligne macht sogar Verse zu meiner Ehre; alles das läßt mich aber meinem schönen Teplitzer Thal nicht ungetreu werden, in welchem ich jeden Winkel kenne und jedem Bach, einem um den andern, meine Verehrung bezeuge.“ „Heute“, heißt es ferner, „nehme ich das 22. Bad, morgen, Mittwoch, in 8 Tagen das letzte; Samstag, sicher Sonntag werde ich wieder da sein. Der Gedanke an Rückkehr beschäftigt mich schon Tag

[1] Von den in diesen Briefen erwähnten Personen ist der Fürst von Ligny allbekannt; die Fürstin Clary wird in den Briefwechseln jener Jahre auch in den Tagebüchern von Gentz nicht selten erwähnt. Vgl. Tagebücher von Fr. v. Gentz, mit einem Vor- und Nachwort von Varnhagen v. Ense. Leipzig 1861. S. 37, 55, 60, 218, 220. Johann Ludwig Jordan, geb. zu Berlin am 3. September 1773, ein Angehöriger der französischen Kolonie, wurde am 29. Januar 1799 als Geheimer Sekretär im Ministerium des Auswärtigen angestellt, durch den Einfluß seines Gönners Hardenberg zu wichtigeren Geschäften berufen und im Juli 1810 zum vortragenden Rat ernannt. Er starb am 4. September 1848 als preußischer Gesandter in Dresden (vgl. Bailleu in der Allgem. Deutschen Biographie XIV 506). — Friedrich Leopold von Kircheisen, geb. zu Berlin am 28. Juni 1749, war unter Svarez als einer der eifrigsten Mitarbeiter bei der Abfassung des allgemeinen Landrechts thätig, wurde 1809 als Nachfolger Beymes Präsident des Kammergerichts und am 9. Juni 1810 Justizminister bis zu seinem Tode am 18. März 1825. Von acht Kindern wurden den Eltern fünf durch Krankheit entrissen; wahrscheinlich deutet Lombards Brief auf einen Trauerfall dieser Art hin (vgl. Teichmann in der Allgem. Deutschen Biographie XV 789).

und Nacht. Ich tauge nichts mehr, wenn ich nicht bei Dir bin. Alle Vergnügen genieße ich nur halb; bei jeder schönen Aussicht, in jedem Augenblick der Freude kommen mir die Thränen in die Augen; denn ich sage mir, Du hättest sie teilen können."

Es kann befremden, daß Lombard bei der Aufzählung seiner neuen Verbindungen den Mann nicht erwähnt, dem er sie wahrscheinlich zum großen Teil verdankte. Gentz war im Sommer 1808 von Prag nach Teplitz gekommen und dort mit Lombard zusammengetroffen, der, wie es in dem Tagebuch (S. 62) heißt, „von der preußischen Koterie wie ein Aussätziger geflohen wurde". „Es gereichte mir", erzählt Gentz weiter, „zur großen Befriedigung, diesem Manne, der mir in den Zeiten seiner Macht wesentliche Dienste geleistet und mit dem ich im Jahre 1806 so wichtige Geschäfte getrieben hatte, hier, unter so ganz veränderten Umständen, Trost erweisen zu können; und es gelang mir wirklich, ihm seinen Aufenthalt sehr zu erleichtern und zu versüßen." Sicher haben die „Matériaux" nicht selten den Gegenstand der Unterhaltung gebildet; über den Verfasser konnte Gentz nunmehr, wenn es noch nötig war, das Richtige erfahren. Dagegen sah er sich bald darauf veranlaßt, einen ihn selbst und Lombard betreffenden Irrtum bezüglich eines andern Schriftstücks zu berichtigen. Der „Nürnberger Korrespondent", eine in Süddeutschland sehr verbreitete Zeitung, brachte in einem „Von der Donau, 21. Juli" datierten Artikel die boshafte Nachricht: der bekannte Schriftsteller Gentz halte sich zur Zeit in Teplitz auf; das preußische Kriegsmanifest, dessen Verfasser er sei, habe ihn so sehr angegriffen, daß er noch jetzt die Folgen davon empfinde und sich auf Anraten verständiger Ärzte ins Bad begeben habe; er selbst solle wünschen, sich im Lethe baden zu können[1].

[1] Vgl. in W. A. Schmidts Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. Berlin 1844. I 289: „Ungedrucktes Schreiben Friedrichs von Gentz an den Redacteur des Nürnberger Korrespondenten, mitgeteilt von C. Fl. Seebode". Der Angriff befindet sich in der Nummer vom 26. Juli 1808, der berichtigende Artikel in der Nummer vom 16. August.

Für Gentz war diese plumpe Anfeindung in einem Blatte, zu dessen Freunden und Förderern er gehörte, unter den damaligen Verhältnissen doppelt widerwärtig. In einem viele Seiten füllenden Schreiben an den Redacteur verwahrte er sich am 6. August gegen den faden Scherz, daß seine Vergangenheit ihn ein Bad im Lethe wünschen lasse, und verlangte eine Berichtigung der irrtümlichen Angaben. „Ich bin nicht der Verfasser des preußischen Kriegsmanifestes“, schreibt er. „Aus guten Gründen gehe ich hier in keine nähere Beurteilung des mir fälschlich zugeschriebenen Manifestes ein und erkläre mich nicht darüber, ob und inwiefern ich es mir zur Ehre rechnen würde oder nicht, es verfaßt zu haben. Nur soviel füge ich hinzu: die Personen, welche der französischen Regierung im ersten Augenblick die Meinung beibrachten, ich sei der Verfasser dieses Manifestes, wußten bestimmt, daß ich es nicht war, und griffen zu der Lüge, um den wahren Verfasser, der sich, wie sie glaubten, in einer großen Gefahr befand, zu retten. Seit langer Zeit ist dieser letztere nicht bloß der französischen Regierung, sondern allen unterrichteten Personen in Frankreich und Deutschland bekannt; nur Unwissenheit oder Bosheit kann heute noch mich mit ihm vermengen.“

Für Lombard lag in der Sache kein Grund, sich öffentlich zu äußern. Den Artikel der Nürnberger Zeitung hat er auch nicht mehr in Teplitz gelesen. Ende des Monats war er wieder in Berlin, wo er am 4. August 1808 in öffentlicher Sitzung der Akademie die Preisfragen für das Jahr 1810 verkündete. Einigermaßen mag es seinem Einflusse zuzuschreiben sein, daß an demselben Tage seine Freunde, die Professoren Erman und Spalding, als Mitglieder aufgenommen wurden. Gewiß hat er auch nicht widerstrebt, daß man den Grafen Daru zum Ehrenmitgliede ernannte, wenn auch die eigentliche Anregung zu diesem Beschluß von dem Minister Stein ausging, der den vielvermögenden französischen Kommissar bei den Verhandlungen über die preußische Kontribution in bessere Stimmung zu versetzen

wünschte[1]. Auch im folgenden Jahre war es Lombard, der die Sitzungen vom 26. Januar und 3. August eröffnete. Für die Hebung des Instituts hat er schwerlich etwas Bedeutendes unternehmen können. Die Mittel waren in einem Maße beschränkt, daß die in den Sitzungen verlesenen Abhandlungen nicht ferner gedruckt werden konnten; zweimal wurde das Archiv von den französischen Gewalthabern erbrochen und die darin befindlichen Papiere zum Teil zerstreut oder vernichtet[2]. Als man im Jahre 1810 zu der Neuordnung der akademischen Verhältnisse schritt, konnte Lombard nicht mehr daran teilnehmen. Am 3. August 1809 hatte er noch in schönen Worten der Trauer über die lange Abwesenheit des Königspaares Ausdruck gegeben: bald darauf nahmen die Leiden, welche ihn während des Sommers nicht verlassen hatten, in solchem Maße zu, daß sie eine andauernde Thätigkeit unmöglich machten. Er bat um seine Entlassung und erhielt sie am 30. Oktober durch das folgende Kabinetsschreiben:

„Mein lieber Geheimer Kabinetsrat Lombard. Ich lasse den am 17. des Monats Mir von Euch angezeigten Gründen, weshalb Ihr den Posten eines Generalsekretärs bei der Akademie der Wissenschaften niederzulegen wünscht, Gerechtigkeit widerfahren und erteile daher zu der von Euch beabsichtigten freiwilligen Resignation gern Meine Erlaubnis. Ich wünsche, daß Ihr in der von Euch jetzt gewählten gänzlichen Zurückgezogenheit für Eure Gesundheit Herstellung oder Erleichterung findet, und werde Euch die Pension von 1500 Thalern, welche bisher schon ganz aus Meiner Kasse genommen werden mußte, aus dieser ferner zahlen lassen. Hiernach habe Ich den Finanzminister instruiert,

---

[1] Pertz a. a. O. II 106.

[2] Abhandlungen der Königl. Akademie der Wissenschaften in Berlin aus den Jahren 1804—11. Nebst der Geschichte der Akademie in diesem Zeitraum. Berlin 1815. Vorrede und S. 8 ff. Die Beraubung der Kunstsammlung, des Naturalienkabinets, der Bibliothek durch Bignon bedauert eine Kabinetsordre an die Akademie vom 21. September 1808. Preuß. St.-A.

auch dem Minister des Innern von Eurer Resignation Nachricht gegeben. Ich verbleibe 2c. Friedrich Wilhelm.“

Nur 2 Monate später, am 23. Dezember 1809, kehrte die königliche Familie nach Berlin zurück; aber in der öffentlichen Sitzung, welche am 2. Januar 1810 zur Feier des Ereignisses stattfand, war Lombard nicht mehr anwesend. Castillon, der Direktor der philosophischen Abteilung, hielt die Eröffnungsrede, der Konsistorialrat Erman sprach von den Verdiensten des Großen Kurfürsten um das Wiederaufblühen der durch den dreißigjährigen Krieg verwüsteten Länder. Selbst seinem Freunde Spalding mag Lombard ungern die Ehre überlassen haben, die Rückkehr der königlichen Familie durch eine patriotische Ode zu feiern; doch sollte dem durch Krankheit gebeugten Manne bald darauf eine Begegnung mit dem königlichen Paare zu teil werden, die, rührend und erhebend, für manches, was geschehen war, einen versöhnenden Abschluß bildete. König und Königin, erzählt ein jüngerer Zeitgenosse[1], begegneten auf einer Spazierfahrt im Tiergarten Lombard und seiner Frau. Sie stiegen aus dem Wagen; die Königin ging auf Lombard zu, reichte ihm die Hand und sagte: „Je vous ai fait tort, Monsieur Lombard, pardonnez-moi“. Lombard fühlte sich tief ergriffen, vor Thränen konnte er kaum antworten. Das Wiedersehen war zugleich ein Abschied auf immerdar. Zwei Personen, verschieden durch ihre Stellung und früher durch ihre Gesinnungen, waren jetzt durch den Krieg in allem, was ihnen teuer war, aufs tiefste getroffen und beide schon gezeichnet von der Hand des Todes, dem die Königin nach wenigen Monaten erliegen sollte und dem auch Lombard mit raschen Schritten entgegenging. Sein öffentliches Leben war beendet; wir haben ihn nur noch in seinen häuslichen und persönlichen Verhältnissen auf kurze Zeit zu begleiten.

[1] Vgl. G. von Le Coq: „Einige kritische Bemerkungen zu dem Werke von Pertz: Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein“, in der Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde 1874 XI 741.

Zwölftes Kapitel.

Stein und Hardenberg, 1807—1810.

I.

Ehe wir aber dem trüben Ausgang dieses Lebensweges uns zuwenden, haben wir die Schicksale der Institution ins Auge zu fassen, mit welcher Lombards Name enger als irgend ein anderer verknüpft ist, und indem wir den Wandlungen des königlichen Kabinets bis zu seiner neuen Gestaltung folgen, entfaltet sich auch vor uns die Thätigkeit derjenigen Männer, durch welche Preußen nach der Katastrophe des Jahres 1806 wieder zu Ansehen und Macht erhoben wurde. Nach Lombards Rücktritt blieb Beyme, wie wir sahen, der einzige Kabinetsrat; auf ihn übertrugen sich denn auch, wenigstens für einige Monate, Einfluß, Sorge, Mühen in verstärktem Maße. Wir verließen ihn in Memel im April 1807, als der König sich zum erstenmal von seinem Kabinete trennte und von Hardenberg in das Feldlager des Zaren begleiten ließ. In dem Briefe vom 10. Juli, durch welchen der abscheidende Minister in des Königs Auftrage Stein zur Rückkehr in preußische Dienste einladet, giebt er Beyme das Zeugnis, er habe es mit der Versöhnung aufrichtig gemeint; ungesäumt habe er der leitenden Stellung Hardenbergs zugestimmt, niemals auf die Geschäfte ferner Einfluß geübt oder zu üben versucht und die Versicherung gegeben, daß er gleich

nach dem Frieden um seine Entlassung bitten werde[1]. Steins Entschluß blieb nicht lange zweifelhaft; was zwischen ihm und dem Könige sich ereignet hatte, war nicht der Art, daß es zwei edle Männer, die für ihre Wünsche nur ein Ziel kannten, dauernd hätte trennen müssen. Aber bis zur Ankunft des neuen Ministers vergingen noch Monate. Während dieser Zeit trat Beyme von selbst wieder in seine frühere Stellung, schon deshalb, weil keiner ihn ersetzen konnte, keiner ihm an Erfahrung, an Einsicht in den Zusammenhang der Geschäfte gleichkam. Man hatte für die oberste Verwaltung des Innern und der Finanzen als interimistische Behörde eine kombinierte Immediatkommission gebildet, in welcher besonders die schon von Hardenberg berufenen und ihm persönlich nahestehenden Räte Klewitz, Altenstein, Schön und Stägemann wirksam wurden. Beyme brachte in derselben an jedem Morgen die im Kabinet eingegangenen Sachen zum Vortrag[2]. Neben der Immediatkommission bestand unter dem verdienstvollen Minister von Schrötter das preußische Provinzialministerium als Überbleibsel des Generaldirektoriums[3] und unter dem General Scharnhorst die neugebildete Militär-Reorganisations-Kommission. Unter ihren Mitgliedern ist außer Gneisenau und Grolmann hier noch der Oberst v. Lottum zu nennen. Nicht als ob er mit gleicher Thatkraft oder nur in gleichem Sinne wie jene vorzüglichen Männer gewirkt hätte, sondern weil ihm nach dem Abgange des Obersten Kleist, der seine Entlassung schon im Juli erbeten und am 18. August erhalten hatte, die Stelle eines Generaladjutanten und der Vortrag beim Könige einstweilen übertragen wurde[4]. Wenn früher die Entwicklung der Monarchie wesentlich von dem

[1] Ranke a. a. O. V 535.

[2] Ranke a. a. O. IV 111 ff.; Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg von 1806 bis 1808. I 442; Aus den Papieren des Ministers Theodor v. Schön. Halle 1875. I 38.

[3] Ernst Meier, Die Reform der Verwaltungsorganisation unter Stein und Hardenberg. Leipzig 1881. S. 153.

[4] Lehmann, Scharnhorst II 8, 10, 26, 642. Kabinetsjournal zum 18. August 1807. Preuß. Geh. St.-A.

Kurfürstentum Brandenburg ausgegangen war, nahm jetzt die Neugestaltung bei den Zuständen der Provinz ihren Anfang, welche dem Königreich den Namen gegeben hatte; war es doch diese Provinz, welche sich allein noch unter der freien Verwaltung preußischer Behörden befand. Der König und seine Räte stimmten überein in dem Gefühle, daß nur eine durchgreifende Reorganisation des gesamten Staatswesens in solchen Bedrängnissen Rettung bringen könne. Dabei war es kein geringer Vorteil, daß man gerade bei dem wichtigsten Punkt an alte Überlieferungen anknüpfen konnte; kam es doch vor allem darauf an, einen kräftigen Bauernstand zu schaffen, den gesunkenen Wert des Grundbesitzes wieder zu heben und dadurch für die Neubildung einer militärischen Macht Mannschaften und Geldmittel zu gewinnen. Von jeher hatten die preußischen Könige der Landeskultur, insbesondere den bäuerlichen Verhältnissen, ihre Teilnahme zugewendet. Manches war im Laufe eines Jahrhunderts erreicht; wenige Monate nach Friedrich Wilhelms III. Thronbesteigung hatte eine Kabinetsordre vom 25. Juli 1798 die Aufhebung der erblichen Unterthänigkeit nicht allein für die Bauern auf den Domänen, sondern auch für die auf den Privatgütern als notwendig anerkannt. Seitdem hatte die Gesetzgebung nicht stille gestanden; aber erst jetzt, im Sommer 1808, wurden dem Könige von dem Provinzialminister Schrötter, sodann von der Immediatkommission durchgreifende, umfassende Vorschläge unterbreitet. Die Erbunterthänigkeit wurde demgemäß aufgehoben; Adlige konnten ohne Beeinträchtigung ihres Standes bürgerliche Gewerbe treiben, Bürger und Bauern nach Belieben ihren Stand vertauschen, bürgerliche, bäuerliche und adlige Grundstücke von jedem ohne Unterschied des Standes besessen werden. Der König erklärte sich am 23. August[1] mit diesen Grundsätzen nicht nur einverstanden, sondern wünschte ihre Ausdehnung auf den ganzen Bereich der Monarchie, und nach ein-

[1] Pertz a. a. O. II 17. Der Wortlaut der an den Minister von Schrötter gerichteten Kabinetsordre im Kabinetsjournal und bei Bassewitz a. a. O. I 634.

gehenden Erörterungen war es bereits zu einem förmlichen Gesetzentwurf gekommen, als Stein am 30. September in Memel anlangte[1]. Gleich bei den ersten Besprechungen zeigte sich der König geneigt, dem neuen Minister die oberste Leitung aller Civilangelegenheiten zu übertragen, auch für die Neubildung des Staates den von Stein vorgelegten Plan, welcher im wesentlichen mit Hardenbergs Entwürfen übereinstimmte[2], zu genehmigen. Nur Beymes Stellung rief wie vordem einen Gegensatz hervor. Stein verlangte seine Entfernung, und Beyme selbst bat in einem würdig gehaltenen Briefe, der König möge ihn entlassen, da Stein unentbehrlich, und die Stimmung vieler, besonders aus dem Adel, ihm, dem bürgerlichen Kabinetsrat, nicht günstig sei[3]. Aber der König war noch immer nicht geneigt, von dem Manne seines Vertrauens sich zu trennen. Es kam zu Erörterungen, die ein Brief des Generals Köckritz an Beyme vom 4. Oktober als „hin und wieder etwas stürmisch" bezeichnet; selbst die Königin mußte Stein in den dringendsten Worten beschwören, er möge nicht die Geduld verlieren, Beyme werde gewiß entfernt werden, sobald der König nach Berlin zurückkehre[4]. Am 4. Oktober einigte man sich endlich in der Weise, daß Beyme zum Chefpräsidenten des Kammergerichts ernannt wurde[5], aber vorerst in der Umgebung des Königs blieb. Freilich mit beschränkter Wirksamkeit; die laufenden Eingaben sollten, nachdem

[1] R. Stadelmann, Preußens Könige in ihrer Thätigkeit für die Landeskultur. Bd. III u. IV. In den Publikationen aus den Preußischen Staatsarchiven Bd. XXV u. XXX. Berlin 1885, 1887. — G. Fr. Knapp, Die Bauernbefreiung. Leipzig 1887. I 81 ff., 115 ff., 125.

[2] Vgl. Brief des Königs an Hardenberg vom 2. Oktober 1807 bei Ranke a. a. O. III 533.

[3] Beyme an den König, 3. Oktober, bei Bassewitz a. a. O. I 454.

[4] Der von Pertz a. a. O. II 38 im Faksimile mitgeteilte Brief der Königin, undatiert und von Pertz in eine spätere Zeit verlegt, stamm wahrscheinlich aus den ersten Tagen des Oktober 1807.

[5] Bassewitz a. a. O. I 457 ff. Am 5. Oktober trat Stein sein Amt an; am 7. wird die Ernennung durch Königl. Erlaß den Behörden angezeigt, an demselben Tage wünscht Stein Beyme zu „seiner neuen Bestimmung" Glück.

sie an den König gelangt und von Köckritz erbrochen waren, an Stein gesendet werden und Beyme nur diejenigen Sachen zur Bearbeitung erhalten, welche von dem Minister ihm zugewiesen würden[1]. Dagegen erhielt Stein eine Stellung, wie sie vor ihm in Preußen nur Hardenberg während weniger Monate eingenommen hatte. Die Leitung aller Civilangelegenheiten war ihm anvertraut; deshalb waren die bestehenden Verwaltungsbehörden, das preußische Provinzialministerium, das einstweilige Justizministerium, die Immediatkommission sowie die Friedens-Vollziehungskommission ihm unterstellt, und er trug ihre Berichte dem Könige vor; ferner hatte er in den Konferenzen des Auswärtigen Ministeriums Vorsitz und Stimme, leitete die Geschäfte der Immediatkommission, die Generalkassen, die Staatsbuchhalterei, Bank und Seehandlung, nahm an den Beratungen der Militärkommission teil und war endlich berechtigt, von allen Behörden des Landes Auskunft zu fordern. In Bezug auf die Geschäftsordnung bestimmte man, Stein solle dem König viermal wöchentlich Vorträge halten in Gegenwart des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Grafen Goltz, des einstweiligen Generaladjutanten und eines Kabinetsrats, welcher als Leiter der Kabinetskanzlei die Ausfertigung der Kabinetsordres besorgen würde[2].

Schon in Nassau hatte Stein, vielleicht in dem Vorgefühl, er könne wieder an die Spitze der Geschäfte berufen werden, einen ausführlichen Plan über die zweckmäßige Bildung der Verwaltungsbehörden in Preußen ausgearbeitet. Er knüpft an die Denkschrift vom April 1806 wieder an. Damals hatte er gegen eine fehlerhafte Institution, das königliche Kabinet, beinahe ausschließlich sich gewendet, Abhülfe in der Wiederbelebung des Staatsrates gefunden und nur mit kurzen Worten auf die Bildung von fünf Fachministerien hingewiesen. Im Juni 1807, zu Nassau,

[1] Ranke a. a. O. IV 129; Pertz a. a. O. II 8.

[2] Pertz a. a. O. II 9; ebenda in den Beilagen S. 625 ff. Steins Bericht an den König vom 3. Oktober und Kabinetsordre an Stein vom 4. Oktober.

entwirft er einen vollständigen Organisationsplan der Verwaltungsbehörden. Eingehend schildert er die Mängel des Generaldirektoriums, die aus der Vermischung des Real- und Provinzialsystems hervorgingen; abermals weist er die sämtlichen dem Generaldirektorium zustehenden Geschäfte in zwei Hauptabteilungen dem Finanzministerium und dem Ministerium des Innern zu. Aber auch die verschiedenen Zweige jener Hauptabteilungen werden namhaft gemacht und abgegrenzt, und indem Stein hervorhebt, daß die veränderte Verfassung der obersten Behörden auch eine Umbildung der Provinzialbehörden erfordere, kommt er zu Vorschlägen, welche seinem Entwurfe recht eigentlich den Stempel aufdrücken. Unter den ganz veränderten Verhältnissen, nach den furchtbaren Niederlagen kam es darauf an, den Staat neu zu beleben, die Kräfte zu erhöhen; dies sollte erreicht werden durch eine möglichst umfassende Beteiligung aller Stände und Einwohner am öffentlichen Wesen. War doch ein Hauptfehler des früheren Systems, daß es die gesamte Staatsverwaltung ausschließlich dem Beamtenstande überließ. Neben ihm wurden nur die Großgrundbesitzer auf den Kreistagen, die niedersten Volksklassen durch die Militärpflicht in den Dienst des Staates gezogen, während die unendliche Mehrheit besonders der gebildeten Klassen nur als Steuerzahler zu dem Staate in unmittelbare Beziehung trat. Daher die Teilnahmlosigkeit des Volkes, die Haltlosigkeit der Behörden, Schäden, welche während des letzten Krieges so verderblich sich erwiesen hatten. Mit kräftigen Worten schildert Stein die Nachteile einer Regierung bloß durch besoldete Beamte; er wünscht für die Verwaltung der Provinzen sowie der Städte und Landgemeinden die darin angesessenen Eigentümer zur Mitwirkung heranzuziehen, indem sie teils zu Kreis- und Landtagen zusammentreten, teils als gewählte Deputierte an den Beratungen der königlichen Behörden teilnehmen[1].

[1] Denkschrift „Über die zweckmäßige Bildung der obersten und der Provinzial-, Finanz- und Polizeibehörden" bei Pertz a. a. O. I 415—438.

Von einer Nationalrepräsentation ist in dieser Denkschrift noch nicht die Rede; auch kann es auffallen, daß die für eine selbständige Verwaltung der Landgemeinden so notwendige Heranbildung eines zahlreichen freien Bauernstandes für die älteren preußischen Lande noch nicht in Aussicht genommen wird; nur für die polnischen Provinzen bringt Stein die Befreiung der Mediatstädte von dem Einfluß der Grundherren, die persönliche Freiheit des Bauernstandes und die Ablösung der bäuerlichen Lasten, endlich die Aufhebung der Patrimonialgerichte in Vorschlag. Aber man darf daraus nicht schließen, Stein habe in den deutschen Provinzen das, was er in den polnischen für unerträglich erklärte, erhalten wollen[1]. Als ihm die früher erwähnten Arbeiten der Immediatkommission in Memel vorgelegt wurden, trat er im wesentlichen dem von Stägemann verfaßten Entwurfe bei, stimmte für Ausdehnung des Gesetzes auf die ganze Monarchie, und nach einem Vortrag, den er am 8. Oktober dem Könige hielt, wurde das „Edikt den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend" am 9. Oktober vollzogen. Von Martini 1810 an sollte überall, auf den königlichen Domänen nach der Kabinetsordre vom 28. Oktober schon vom 1. Juni 1808 an, jede Eigenhörigkeit, Leibeigenschaft und Erbunterthänigkeit aufhören[2].

Auch für die Einrichtung der Behörden fand Stein bereits Vorarbeiten. Hardenberg hatte seine Ansichten darüber in einer umfangreichen Denkschrift ausgesprochen. Er beschränkt sich nicht, wie Stein in dem Nassauer Entwurf, auf die Umbildung der inneren Verwaltung; er behandelt das ganze Staatswesen, zu-

[1] So sucht Schön in seiner Selbstbiographie (Aus den Papieren des Ministers Theodor v. Schön. Halle 1875. I 41) die Sache darzustellen, indem er den Ruhm der Verordnung vom 9. Oktober 1807 für sich allein in Anspruch nimmt.

[2] Sammlung der für die Königl. Preußischen Staaten erschienenen Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27. Oktober 1810. Berlin 1822. S. 170, 174. Pertz a. a. O. II 21, 28.

nächst die äußere Politik, dann die Grundverfassung des Innern, das Militärwesen, die Polizei, die Finanzen, Religion, Justiz und endlich die Geschäftspflege[1]. Seit Anfang August hatte er in Riga an dem Werke gearbeitet, von Altenstein für den ganzen Bereich der Denkschrift, von Niebuhr insbesondere über Finanzen und Handel sich ausführliche Gutachten geben lassen. Altensteins Gutachten füllt nicht weniger als 158 Folioblätter[2], seine schwerfällige, etwas phrasenhafte Darstellung unterscheidet sich nicht zu ihrem Vorteil von dem klaren und belebten Ausdruck Hardenbergs; doch fand sie den vollen Beifall des Ministers, der sie insbesondere bei seinen Ausführungen über die Organisation der Behörden zur Grundlage nahm und zugleich mit der eigenen Arbeit dem Könige übersandte. Nach den Erfahrungen, die man gemacht hatte, in der bedrohlichen Lage, in welcher sich der Staat noch immer befand, war es natürlich, daß man auf Einheit und Kraft der Leitung das Hauptgewicht legte. Altenstein schlägt deshalb vor, einen Premierminister an die Spitze der Verwaltung zu stellen, der stets das Ganze übersehen und in alles kräftig eingreifen könne. Nur das Kriegswesen und die äußeren Angelegenheiten sollen durch besondere Minister, die übrigen Departements bloß durch durch Geheime Staatsräte, wenn auch selbständig und mit voller Verantwortlichkeit, geleitet werden. Auch Hardenberg entscheidet die Frage, ob der König als oberste Behörde ein Conseil oder einen ersten Minister anstellen solle, unter den obwaltenden Verhältnissen in letzterem Sinne. Er will zwar wie für Krieg und Auswärtiges, so auch für Justiz und Unterricht „der Opinion und des Wohlstandes wegen" besondere Minister ernannt wissen; aber ihre Wirksamkeit und Verantwortlichkeit soll sich auf ihre Fächer beschränken. In dem Premierminister

[1] Denkschrift über die Reorganisation des preußischen Staates vom 12. September und das schon vom 7. September datierte begleitende Schreiben Hardenbergs an den König bei Ranke a. a. O. IV 5* bis 100*.

[2] Ranke a. a. O. IV 4*. In einer zweiten von E. Meier a. a. O. S. 161 benutzten Handschrift des Geh. Staatsarchivs werden sogar 440 ungebrochene Folioseiten ausgefüllt.

oder, wie Hardenberg ihn nennen möchte, in dem Staatskanzler, findet die ganze Verwaltung ihre Einheit. Von einem Staatsrat oder einem gemeinschaftlich beratenden Ministerium nimmt Hardenberg, wie Altenstein, Abstand; sollte man später, bemerkt er, eine solche Einrichtung besser finden, so lasse sie sich ohne Störung der Maschine bald bewerkstelligen[1]. Daß Hardenberg dem Staatskanzler eine so entscheidende Stellung einräumte, beruhte gewiß auf der Erinnerung an den Wirkungskreis, welchen er in den letzten Monaten seiner amtlichen Thätigkeit ausgefüllt hatte. Aber man kann nicht sagen, daß er seine Vorschläge auf seine Person oder den eigenen Vorteil berechnet hätte; war es doch Stein, der neu berufene Minister, welchem das Amt des Staatskanzlers einzig zufallen konnte. Aber Stein lebte noch in den Ideen, die er bis zu seinem Abgange im Januar 1807 so warm verfochten hatte, und in diesem Sinne äußerte er sich am 15. Oktober in einem Promemoria über das ihm vorgelegte Gutachten Altensteins. In der Hand eines ersten Ministers, meint er, erhalte die oberste Leitung mehr Kraft und Einheit, aber durch eine kollegialische Behandlung einen steteren Gang, der von Übereilungen frei sei und eine größere Mannigfaltigkeit der Ansichten gestatte. „Einem Manne", fährt er fort, „übertrage man die Umformung der Regierungsverfassung; ist dieses bewirkt, so übertrage man die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten einem Staatsrat, der unter dem überwiegenden Einfluß eines Präsidenten steht"[2]. Begreiflicherweise wollte Stein dem Könige auch einen selbständigen Organisationsplan vorlegen. Wieder wurde Altenstein mit der Ausarbeitung beauftragt; man erkennt seine Ausdrucksweise, wenn er auch nach Steins Ideen arbeitet und einige Stellen der Nassauer Denkschrift wörtlich aufgenommen hat. An der Spitze steht auch hier das Prinzip, die möglichste Einheit und Kraft in der obersten Leitung zu vereinigen, so sehr, daß selbst auf die Bildung eines eigentlichen

[1] Ranke a. a. O. IV 90* ff.
[2] Pertz a. a. O. II 31.

Staatsrats vorläufig verzichtet wird, wenn auch Stein bei der Ansicht verharrt, daß derselbe in späterer Zeit große Vorteile bieten werde. Die zusammenfassende Leitung des Ganzen ruht demgemäß in der Hand des Ministers des Innern und der Finanzen; er hält auch dem Könige im Kabinet den Vortrag nicht allein über die Sachen seines eigenen Ressorts, sondern auch über sämtliche allgemeine Staatsangelegenheiten. Er wohnt ferner den Vorträgen der übrigen Minister und der Abteilungschefs bei, welche auf ihr besonderes Fach sich beschränken. Man sieht, daß der König auf solche Weise zu den höchsten Beamten in unmittelbaren Verkehr trat; für die frühere Art der Kabinetsregierung blieb kein Raum mehr; ein Kabinetsrat nebst zwei Kabinetssekretären sollte unter Leitung des ersten Ministers die Ausfertigungen und einzelne weniger wichtige Geschäfte erledigen[1]. Wie in dieser Organisation auch die Grundsätze einer kollegialischen Verwaltung zur Geltung gelangen sollten, tritt in der Denkschrift nicht deutlich hervor. Der ganze Plan sollte überhaupt nur ein vorläufiger sein und dem Könige eine allgemeine Übersicht ermöglichen. Einstweilen blieb Stein in der beinahe diktatorischen Stellung, die ihm fast in allen Verwaltungszweigen anfangs Oktober eingeräumt war. Wenn er auf die Wehrhaftmachung der Nation, soweit das rein Technische in Betracht kam, keinen unmittelbaren Einfluß äußerte, so lag darin kein Nachteil; General Scharnhorst löste diese Aufgabe mit unvergleichlicher Meisterschaft. Selbst daß die diplomatische Vertretung Preußens den schwachen Händen des Grafen v. d. Goltz verblieb, war unter den damaligen Verhältnissen beinahe ein Vorteil; jeder Versuch, sich dem Willen des französischen Kaisers zu entziehen, würde bei so unzureichenden Kräften die unheilvolle Lage wahrscheinlich nur verschlimmert haben.

Was für Stein aber bald in den Vordergrund trat und alle anderen Sorgen zurückdrängte, war die Notwendigkeit, die An-

[1] Bericht Steins an den König über die oberste Leitung der Geschäfte vom 23. November 1807 bei Pertz a. a. O. II 38 und Anhang S. 642—670.

sprüche der Franzosen zu befriedigen und dadurch endlich das Land von feindlicher Besatzung zu befreien. Napoleon, der die preußischen Provinzen als Pfand gegen die Eroberungen Englands und die Ansprüche Rußlands in seiner Macht behalten wollte, suchte durch stets gesteigerte, unerschwingliche Geldforderungen die Räumung zu verzögern und die letzten Hülfsquellen des Landes zu erschöpfen. Um die Verhandlungen der „General-Friedens-Kommission" mit dem Grafen Daru selbst zu leiten, begab sich Stein am 29. Februar 1808 auf mehrere Monate nach Berlin, und jetzt trat aufs neue Beymes Unentbehrlichkeit hervor. Als er Mitte Mai wegen dringender Familienangelegenheiten eine Reise nach Berlin zu machen wünschte, genehmigte der König das Gesuch nur mit dem Zusatze, daß Beyme die Rückkehr Steins erwarten möge. „Ihre Gegenwart", schreibt der König am 12. Mai, „ist von dem größten Nutzen, da Sie der einzige von den Mich umgebenden Personen sind, der die Verbindung des Ganzen mit seinen einzelnen Teilen vor Augen hat, worauf jetzt soviel ankommt. Sie sind ein Mann, der sich Meines Vertrauens stets vollkommen würdig gezeigt hat, und Sie wissen, daß Ich Sie jederzeit ebenso geschätzt als geachtet habe. Bleiben Sie Ihrer Denkungsart treu, so werden sich Meine Gesinnungen gegen Sie nie verändern"[1]. Darauf richtet Beyme am selbigen Tage ein Schreiben an den König, in welchem er in der Art eines Mannes, der seiner Sache sicher ist, die lange Abwesenheit Steins und dessen Verhandlungen mit Daru einer Beurteilung unterzieht. „Zu gleicher Zeit", fährt er fort, „werden dadurch hier alle Geschäfte paralysiert, und das zu einer Zeit, wo es die höchste Notwendigkeit ist, die wichtigsten Beschlüsse zu fassen und Einrichtungen auf den Fall einer gänzlichen Erschöpfung aller Ressourcen zu treffen; zu einer Zeit, wo die auswärtigen Angelegenheiten die höchste Weisheit und Besonnenheit in der Be-

[1] Paul Hassel, Geschichte der Preußischen Politik 1807 bis 1815. Leipzig 1881. Erster Teil (1807—1808). S. 561. Bei Bassewitz a. a. O. I 460 ist das Schreiben vollständig mitgeteilt, aber unrichtig vom 12. März datiert.

ratung und die größte Konsequenz und Thätigkeit in der Ausführung erfordern, sich aber in der Hand eines Mannes [des Grafen v. d. Goltz] befinden, der selbst der gemessensten Direktion bedarf und dessen Geschäftsführung ich nicht ohne die höchste Besorgnis vor den Folgen sehen kann." Es folgt die Bitte, der König möge Stein befehlen, vor Ende des Monats zurückzukehren[1]. Noch einmal war in der Person Beymes das alte Kabinet in seiner früheren Bedeutung hervorgetreten, und man muß gestehen, daß die letzten Tage seiner Existenz ihm nicht zur Unehre gereichen.

Als Stein am 31. Mai in Königsberg wieder angekommen war, schrieb der König an Beyme, er könne nun der von ihm gewünschten Abreise nichts mehr entgegenstellen. „Was das Schicksal des gesamten Kabinetspersonals betrifft", fährt der König fort, „so fordere ich Sie hiermit auf, Mir offiziell die Vorschläge einzureichen, wie diese treuen Staatsdiener nach ihren Verdiensten und Fähigkeiten am zweckmäßigsten und füglichsten unterzubringen sind, um das Nötige deshalb bestimmen zu können. Vorzüglich ungern vermisse Ich aber einen so erprobten, obgleich so oft verkannten, rechtschaffenen, thätigen und treuen Staatsdiener, als Sie Mir gewesen sind."

So erfolgte nun endlich die Auflösung der so lange angefochtenen Behörde; Beyme überreichte noch vor seiner Abreise die verlangten Vorschläge, welche sämtlich vom Könige genehmigt wurden. Da die drei Kabinetsräte schon andere Verwendung gefunden hatten, handelte es sich nur noch um die Kabinetssekretäre. Coulon und Allouchery wurden dem Bureau des Ministeriums des Auswärtigen überwiesen, Villaume zur kurmärkischen Kammer, in welcher er früher Assessor gewesen war, seinem Dienstalter entsprechend, als Rat zurückversetzt[2], einzig

[1] Haffel a. a. O. I 562.

[2] Bassewitz a. a. O. I 461. Villaume starb 1833 als Direktor im Kassendepartement des Finanzministeriums.

Niethe für die geringe Zahl der noch übrigbleibenden Expeditionen in seiner Stellung behalten. Alle Kabinetsangelegenheiten wurden in einem besonders zu diesem Zweck gebildeten Kabinetsbureau des Ministers v. Stein bearbeitet. Den Vortrag beim Könige hatten Stein, Goltz, Scharnhorst, Räte, die an der Spitze eines Geschäftszweiges standen, und einige besonders dazu berufene Personen, wie der Geh. Oberfinanzrat Sack und der Kammergerichtsrat Albrecht. Von einer Kabinetsregierung im früheren Sinne läßt sich von jetzt an nicht mehr reden.

In den ersten Tagen des Juni begab sich Beyme nach Berlin und verweilte meistens auf seiner schönen Besitzung in Steglitz. Das Amt des Kammergerichtspräsidenten trat er auch jetzt nicht an, blieb dagegen in einem vertraulichen Briefwechsel mit dem Könige, und so hatte er unter anderem am 26. Juli über die aufdringlichen Versuche des Generals v. Zastrow zu berichten, der sich wegen seines vermeintlichen Einflusses auf Napoleon als Retter des Staates und als Minister des Auswärtigen wieder anbot[1]." Schon der Ton des Briefes beweist, daß Beyme die Wünsche des Generals keineswegs begünstigte, und noch weniger war er geneigt, an den Intriguen teilzunehmen, welche den mit Begeisterung geliebten, aber auch schon viel gehaßten Minister v. Stein aus seiner Stellung zu verdrängen suchten. Seitdem er als 23jähriger Assessor an der Abfassung des Allgemeinen Landrechts sich beteiligt hatte, war er stets für Fortschritt und Reformen eingetreten; von Stein hatte ihn nur die verschiedene Ansicht über den Nutzen des Kabinets getrennt. Jetzt, da das Kabinet beseitigt war, hinderte nichts die beiden Männer zusammenzugehen. Auch bei dem Könige war kein Wechsel zu besorgen. Wie früher an seinen Kabinetsräten, so hielt er jetzt allen feindlichen Einflüssen gegenüber an seinem Minister fest, und alles spricht dafür, daß Stein in Übereinstimmung mit dem Könige seine großen Reformpläne hätte durch-

[1] Hassel a. a. O. I 206 u. 563 ff.; vgl. auch Pertz a. a. O. II 191 ff. und Bassewitz a. a. O. I 463.

führen können, hätte nicht ein unglückliches Ereignis, leider nicht ohne sein Verschulden, seiner Thätigkeit ein rasches Ziel gesetzt. Jeder weiß, daß ein Brief, welchen er unter dem 15. August an den Fürsten Wittgenstein gerichtet hatte, von den Franzosen dem unzuverlässigen Boten, einem Assessor Koppe, auf der Reise bei Spandau abgenommen wurde. Kaum war der Brief, welcher von einer Volkserhebung in Deutschland redete, mit heftigen Ausfällen gegen den Autor im Moniteur, dann auf französischen Befehl im „Telegraphen" und in den beiden Berliner Zeitungen veröffentlicht, als Stein selbst erkennen mußte, daß seine Stellung unhaltbar geworden sei. Schon am 21. September bat er um seine Entlassung[1]. Zum Glück bewahrte der König auch in diesem gefährlichen Augenblick Ruhe und Festigkeit. Er hätte wohl Ursache gehabt, über die ihn selbst bloßstellende Unvorsichtigkeit seines Ministers zu zürnen; aber statt sich zu einem übereilten Entschlusse fortreißen zu lassen, wartete er ab, was Napoleon thun würde, und gab dadurch dem Minister noch zwei Monate Zeit, den Fortgang seiner Reformen zu beschleunigen. Selten ist im preußischen Staatsleben ein Zeitraum so gut benutzt worden.

Gleich nach seiner Rückkehr aus Berlin hatte Stein sich entschlossen, den am 23. November 1807 vorgelegten Organisationsplan wenn auch nur teilweise zur Ausführung zu bringen. „Da die fortdauernd unentschiedene Lage der öffentlichen Verhältnisse noch nicht gestattete, die bereits vorläufig entworfene Organisation sämtlicher Verwaltungsbehörden eintreten zu lassen", so sollte der Geschäftsgang wenigstens interimistisch vereinfacht, ein Vereinigungspunkt gewonnen, und Ersparnisse herbeigeführt werden. Zu diesem Zwecke unterbreitete Stein am 7. Juni dem Könige eine Reihe von Vorschlägen, welche am 25. Juli genehmigt und in einer besonderen Verordnung vom 25. August

[1] Pertz a. a. O. II 237. Der Brief an Wittgenstein mit den Bemerkungen des Journal de l'Empire vom 9. September nach der Übersetzung im Berliner Telegraphen vom 18. September 1808 bei Hassel a. a. O. I 581.

weiter ausgeführt wurden[1]. Das preußische Provinzialministerium blieb bestehen. Seinem Leiter, dem Freiherrn v. Schrötter, wurden auch die geistlichen und die Unterrichtsangelegenheiten übertragen, die Justiz verblieb seinem Bruder, dem Kanzler von Preußen, das auswärtige Departement dem Grafen v. d. Goltz. Dagegen wurde außer mehreren Kassenverwaltungen auch die Immediatkommission nunmehr aufgelöst. An ihre Stelle trat unter Steins persönlicher Leitung ein „General-Finanz- und Polizei-Departement" für alles, was auf die Verwaltung des Innern und der Finanzen Bezug hatte, namentlich für jede neue Gesetzgebung und Einrichtung. Statt des alten Kriegskollegiums dachte man eine Militärkommission in zwei Abteilungen, für Militärverfassung und Kommando unter Scharnhorst und für die ökonomische Verwaltung unter dem Obersten v. Lottum, zu errichten[2]. Aber dieser Plan kam vorerst nicht zur Ausführung: Stein konnte sich damit begnügen, daß seit dem Juni an Lottums Stelle Scharnhorst dem Könige über die wichtigen militärischen Angelegenheiten Vortrag hielt[3]. Im übrigen blieb die Einrichtung des Kabinets unverändert. Immer gab es damals nach einem spätern Briefe Steins an Beyme[4] noch 13 „immediate" d. h. unmittelbar unter dem König stehende Behörden. Alle Departements und Behörden sollten aber — das war das Wesentlichste der neuen Verfügung — dadurch den gewünschten Vereinigungspunkt erhalten, daß ihre Vorsteher, von einem Rat begleitet, wöchentlich zu einer Generalkonferenz unter dem Vorsitze Steins zusammenträten, um über die Gesetzgebung und Sachen von allgemeinem Interesse zu entscheiden. Man erkennt aus dieser Anordnung, welche Stellung Stein einzunehmen

---

[1] Vgl. „Plan zu einer interimistischen verbesserten Einrichtung des Geschäftsganges und Vorschriften für den Geschäftsgang bei den gemeinschaftlichen Arbeiten der obersten Staatsverwaltungsbehörden". Pertz a. a. O. II 116, 117 und 128.

[2] Bassewitz a. a. O. I 466 ff.

[3] Lehmann a. a. O. II 38; Boyen, Erinnerungen I 340.

[4] Vom 2. Januar 1809, Bassewitz a. a. O. I 630.

dachte, ehe die Veröffentlichung des Briefes seinen baldigen Rücktritt vorhersehen ließ. Die oberste Leitung war ihm vorbehalten, aber zugleich durch die Generalkonferenz und die Vorträge aller Minister beim Könige der Grundsatz einer kollegialischen Verwaltung bewahrt.

Es ist hier nicht der Ort, die Thätigkeit dieser neuen Behörden im einzelnen zu verfolgen. Den Geschäftsgang möge nur ein Beispiel, gerade das wichtigste, veranschaulichen. Die Städteordnung, ein Lieblingsplan Steins und der Idee nach schon in der Nassauer Denkschrift angedeutet, gelangte nach vielfachen Erörterungen und Veränderungen, denen sie im Provinzialdepartement unterworfen wurde, am 9. September in den wesentlichsten Punkten zu der Gestalt, welche sie bis heute bewahrt hat. Am 18. September wurde sie dem Generaldepartement vorgelegt, den Räten Altenstein und Schön zur Bearbeitung zugewiesen und am 4. Oktober beraten. Nachdem dann das Provinzialdepartement sich am 12. noch einmal geäußert hatte, kam sie am 19. Oktober vor die Generalkonferenz; dort erst wurde der Beschluß gefaßt, sie sogleich auf alle Städte der Monarchie auszudehnen, und dies Ergebnis am 9. November in einem Immediatbericht von Stein und Schrötter dem Könige unterbreitet[1].

Aber schon wankte der Boden unter den Füßen des Ministers. Nicht in den innern, sondern in den äußern Verhältnissen lag die Gefahr. Unter dem Eindruck des aufgefangenen Briefes hatte der in Paris verweilende Prinz Wilhelm am 8. September einen Vertrag unterzeichnen müssen, in welchem Napoleon die rückständige Kriegskontribution willkürlich auf 140 Millionen Franken feststellte und noch andere für Preußen höchst beschwerliche Forderungen beifügte. Von Stein ließ sich nicht erwarten, daß er zur Annahme des Vertrages raten werde; gleichwohl gab der König am 29. September mit schwerem Herzen die Genehmigung, ohne Stein zu befragen, und ließ durch

[1] Ernst Meier a. a. O. S. 299 ff.

den Grafen v. d. Goltz die Ratifikation nach Erfurt bringen, wo vom 27. September bis 14. Oktober die berühmte Zusammenkunft Napoleons mit dem Zaren stattfand. Friedrich Wilhelm mochte hoffen, gerade dadurch seinen Minister halten zu können und den Zorn des französischen Kaisers besänftigt zu haben, der auch in der That auf Verwendung Alexanders den Betrag der Kontribution um 20 Millionen Franken verringerte. Aber ein Brief, den Goltz am 9. Oktober, am Tage nach der ersten Audienz, an Stein richtete, ließ nur zu deutlich erkennen, daß der Minister in seiner bevorzugten Stellung nicht bleiben könne. Napoleon hatte sich über den „höllischen Brief" in den heftigsten Worten geäußert; Goltz riet, der Minister möge den preußischen Dienst verlassen und nur insgeheim, etwa durch einen gleichgesinnten Nachfolger, seine Ansichten zur Geltung bringen. Unter Vorlegung dieses Schreibens bat Stein am 18. Oktober nochmals um seine Entlassung und zugleich um die Erlaubnis, dem Könige einen auf die veränderten Verhältnisse berechneten Verwaltungsplan zu unterbreiten sowie die geeigneten Personen vorzuschlagen. Den Rat, ganz aus dem Dienste zu scheiden, mochte er aber nicht befolgen; in dem neuen Plane, meinte er, werde sich wohl eine Stelle finden, in welcher er, ohne in den Vordergrund zu treten, auch ferner nützen könne. Der König wünschte jedoch in einem Schreiben vom 20. die Entscheidung zu verschieben bis zur Ankunft des russischen Kaisers, der noch am selben Tage in Königsberg eintraf. Sei es, daß Napoleon ihm gegenüber freundlicher als gegen Goltz sich geäußert hatte oder daß Alexander dem Könige etwas Angenehmes zu sagen wünschte, er sprach die Ansicht aus, der französische Kaiser werde zufrieden sein, wenn Stein sich von den auswärtigen Angelegenheiten zurückzöge; von seiner Teilnahme an der innern Verwaltung erwarte er Vorteile für die raschere Abzahlung der Kontribution. Stein möge seinen Posten aufgeben, aber sich in ein Verhältnis setzen, in welchem er seinen Einfluß beibehalte[1].

[1] Pertz, II 246, 258; „Weitere Beiträge und Nachträge zu den Papieren des Ministers Theodor von Schön". Berlin 1881. S. 50, 57, 61.

Stein war damit einverstanden; am 28. Oktober legte er dem Könige den neuen Verwaltungsplan mit den auf die vorliegenden Verhältnisse berechneten Veränderungen vor. An dem neu zu bildenden Staatsrat sollten auch Mitglieder ohne bestimmten Geschäftskreis, insbesondere abtretende Minister teilnehmen; unter ihnen dachte Stein eine Stelle zu finden. Bloß im geheimen thätig zu sein, wie Goltz es geraten hatte, hielt er nicht für zweckmäßig, nicht einmal für möglich, besser, meint er, wäre es, ihn des Dienstes ganz zu entlassen. Der König verschob nochmals die Entscheidung, bis Goltz aus Berlin zurückgekehrt sei[1].

Indessen regten sich aber in Berlin wie in Königsberg die Freunde und Gegner Steins, unter den letzteren niemand eifriger als der frühere Minister von Voß, der von Stein selbst an die Spitze der Friedenskommission gestellt war[2], aber jetzt in unbedingter Unterwerfung die einzige Rettung und in Steins Reformen den Ruin seines Standes, ja den Untergang des Staates erblickte. Auch zwischen dem Minister und der Königin war eine Art von Verstimmung eingetreten, weil Stein eine Reise des Königspaares nach Petersburg, zu welcher Kaiser Alexander eingeladen hatte, teils der Kosten wegen, teils aus politischen Gründen nicht befürworten wollte Aber weder dieser Gegensatz noch die angezettelten Intriguen[3] haben den König — das läßt sich mit Gewißheit sagen — von seinem Minister abwendig gemacht. Nur in Bezug auf die auswärtige Politik gingen mehr und mehr die Wege auseinander; mehr und mehr mußte der König erkennen, daß die Beibehaltung Steins mit den größten Gefahren für den Staat verbunden sei, daß seine

---

[1] Die benutzten Urkunden bei Pertz a. a. O. II 260, 262; Haffel a. a. O. I 284, 567, 576.

[2] Schreiben des Königs an Stein, 15. Mai 1808, bei Haffel a. a. O. I 563.

[3] Nachrichten darüber in der Abhandlung „Der Sturz des Freiherrn vom Stein“ von Alfred Stern in dem gleich anzuführenden Buche S. 3 ff.

unruhige Heftigkeit einen baldigen Bruch mit Frankreich herbeiführen würde, von welchem doch der Kaiser von Rußland so dringend abgeraten hatte. In solcher Bedrängnis wandte sich Friedrich Wilhelm, wie es schon in früheren Jahren geschehen war, von dem Minister im Amt an einen vormaligen Berater in der Ferne. Hardenberg war auch nach seinem Rücktritt durch seine Vertrauten, Altenstein und Nagler, von allen Vorgängen am Hofe aufs genaueste unterrichtet. Steins Ungestüm erfüllte ihn mit Besorgnis. Schon am 8. Oktober schrieb er an Altenstein aus Tilsit, wo er seit mehreren Monaten in ruhiger Muße an seinen Denkwürdigkeiten arbeitete, er sehe nicht ein, wie der Minister Stein auf seinem Posten bleiben könne, ohne Napoleons Eifer gegen Preußen zu reizen[1]. Als Hardenberg sich zur Rückkehr nach Tempelberg anschickte, wußte man es einzurichten, daß er — am 10. November — auf der Durchreise durch Königsberg mit dem Königspaare zusammentraf. Es war ein Wiedersehen voll ergreifender Erinnerungen, aber von kurzer Dauer, und bei dem Könige ließ es den Wunsch zurück, mit dem Manne, welchem er damals das meiste Vertrauen schenkte, noch einmal ausführlicher die Lage besprechen zu können. Nagler mußte dem Minister nachreisen, und tags darauf erfolgte bei dem Dorfe Kalgen, eine Meile von Königsberg, ein zweites Zusammentreffen bei stürmischem Wetter auf freiem Felde. Denn dahin war es gekommen, daß der König von Preußen von den beiden Männern, die er am wenigsten entbehren konnte, den einen von sich schicken, den andern öffentlich zu sehen vermeiden mußte. Was dort besprochen wurde, hat Hardenberg in einem Bericht weiter ausgeführt, den er am 13. November dem Könige aus Braunsberg übersandte. Man braucht sich nur die Lage und den Charakter des Königs vorzustellen, um beim Lesen dieser Denkschrift zu empfinden, daß sie wie aus dem Herzen Friedrich Wilhelms geschrieben war. Bei aller Anerkennung für die Verdienste Steins hält Hardenberg doch seine öffentliche Ent-

[1] Haffel a. a. O. I 293, 567.

lassung und seine Entfernung aus der Residenz für unumgänglich, widerrät auch seine Beibehaltung als Staatsrat, da sie Napoleon aufs neue reizen werde. Nötigen Falls möge der König von Stein ein schriftliches Gutachten fordern. Als Zielpunkt der preußischen Politik hält auch Hardenberg den Befreiungskampf gegen Napoleon im Auge; aber die Zeit sei noch nicht gekommen; für jetzt müsse man alles, was die Franzosen argwöhnisch machen könne, sorgfältigst vermeiden. In Bezug auf die innere Verwaltung und die neu anzustellenden Personen stimmen Hardenbergs Ansichten mit den Vorschlägen Steins zwar nicht vollkommen, aber doch der Hauptsache nach überein; nur betont er mit Entschiedenheit, daß man mit Vorsicht, ohne das monarchische Ansehen zu schädigen, zu Werke gehen müsse[1]. Ungefähr gleichzeitig mit dieser Denkschrift traf auch Goltz, aus Berlin kommend, in Königsberg ein. Er hatte am 9. November in Berlin mit Daru einen Vertrag unterzeichnet, wieder mit schweren Opfern, da Napoleon die auf Verwendung Alexanders scheinbar erlassenen zwanzig Millionen durch eine neue Zinsberechnung gleich zur Hälfte wieder zurückforderte. Was er über die Stimmung der Franzosen mitteilte, bestätigte nur die Notwendigkeit, den Rücktritt Steins nicht länger zu verzögern. Davout, der Befehlshaber aller in Deutschland befindlichen französischen Truppen, hatte sogar die vertragsmäßig bestimmte Räumung Berlins davon abhängig gemacht, daß Stein vor Ende des Monats entlassen würde[2]. Erst jetzt sprach der König, wie es scheint, mit Stein von seiner Entfernung als einer traurigen Notwendigkeit. Man darf Schön glauben, wenn er in seinen Denkwürdigkeiten erzählt[3], daß Stein sich in dieser Zeit in einem Zustande höchster Aufregung befunden habe; es

[1] Denkschrift Hardenbergs vom 12. November 1808 bei Hassel a. a. O. I 294, 568.

[2] Hrubi — der österreichische Geschäftsträger — an Stadion, 23. November 1808, bei Hassel a. a. O. S. 300.

[3] In der zweiten, etwa 1844 ausgearbeiteten Selbstbiographie; vgl. „Weitere Beiträge" S. 57.

war kein geringes Opfer, ein Werk zu verlassen, an das die edelsten Hoffnungen sich knüpften. Länger als eine Woche läßt sich der Widerstreit der Freunde und Gegner Steins noch verfolgen. Noch am 24. November schreibt Goltz dem Minister von Voß, von dem Rücktritte Steins hänge das Wohl des Staates wesentlich ab. Königsberg sei in diesem Augenblick und seit mehreren Wochen ein Schauplatz von Intriguen und Kabalen, wie es ähnliche vielleicht nie gegeben habe. Stein selbst erkläre, er sei im Begriff zurückzutreten, aber er zögere doch von einem Tage zum andern; wahrscheinlich wolle er vorher noch für einen Organisationsplan der inneren Verwaltung die Genehmigung des Königs erwirken[1]. Man sieht aus diesem Briefe, was man auch sonst vermuten könnte, daß es Stein vor allem darauf ankam, von seinem großen Werke soviel als möglich sicherzustellen, und es konnte ihm zum Troste gereichen, daß der König keineswegs geneigt war, mit der Person auch das System zu wechseln. Am 19. November erhielt die Städteordnung, wozu auch Hardenberg dringend geraten hatte, die königliche Bestätigung; und am 24., gleichzeitig mit der Entlassung des Ministers, wurde die neue Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden von Friedrich Wilhelm unterzeichnet[2].

Es ist Steins Meisterwerk, das er, aus seinem eigensten Geiste hervorgegangen, durch die Denkschrift im April 1806 vorbereitet und seitdem in schweren Kämpfen gefördert, zum Teil ins Leben gerufen hatte, weit mehr, als man sich gewöhnlich unter einer Verordnung dieser Art vorzustellen pflegt, eine wahre Erneuerung nicht bloß der Verwaltung, sondern in diesem preußischen Beamtenstaat der Verfassung. Von den Bestimmungen sind manche bereits in dem vorläufigen Organisationsplan vom 23. November 1807 und in der Verordnung

[1] Alfred Stern, Abhandlungen und Aktenstücke zur Geschichte der preußischen Reformzeit 1807—1815. Leipzig 1885. S. 32.

[2] Vgl. Verordnung die veränderte Verfassung der obersten Verwaltungsbehörden in der Preußischen Monarchie betreffend, abgedruckt bei Pertz a. a. O. II 689—739.

vom 25. Juli 1808 enthalten; aber was damals nur in Aussicht gestellt oder teilweise und interimistisch angeordnet wurde, konnte jetzt, da der bevorstehende Abzug der Franzosen die Staatsgewalt wieder frei machte, vollständig und in abgeschlossener Form zur Anwendung kommen. So erscheint denn auch der Staatsrat, dessen Einrichtung im vorhergehenden Jahre noch verschoben werden mußte und der dann in der Generalkonferenz nur unzureichenden Ersatz gefunden hatte, jetzt in seiner vollen Bedeutung als Mittelpunkt des Staatsorganismus. Er besteht aus den königlichen Prinzen, den fünf Ministern und aus Geheimen Staatsräten, die kein besonderes Departement führen und durch das Vertrauen des Königs berufen werden. Minister, welche ihre Stelle mit Erlaubnis des Königs niedergelegt hatten, sollten unter diesen einen Platz finden. Dazu kamen Geheime Staatsräte, welche den einzelnen Zweigen eines Hauptdepartements vorstanden, ferner die Chefs der beiden Abteilungen des Kriegsministeriums, ein Geheimer Legationsrat und ein Geheimer Justizrat, der Staats- und Kabinetssekretär, endlich als Zuhörer Geheime Referendarien, die sich für den höheren Staatsdienst ausbilden sollten. Die Anordnung sämtlicher Verwaltungsgrundsätze und zugleich die oberste Leitung und Kontrolle der Verwaltung steht dem Staatsrat zu; vor ihn gehören insbesondere alle Gegenstände der Gesetzgebung, allgemeine Einrichtungen, gemeinsame oder zwischen verschiedenen Departements streitige Angelegenheiten. Dazu kommen noch alle Gegenstände, für welche die Minister die Sanktion des Königs einholen müssen, namentlich die Besetzung bestimmter höherer Stellen, außergewöhnliche Gehaltsregulierungen; der Staatsrat erhält von den Ministern jährlich eine Darstellung von dem Zustande ihrer Geschäftszweige und Rechnungsablage. Man sieht, er ist nicht bloß eine beratende, sondern zugleich eine verwaltende und leitende Behörde. Den Vorsitz führt der König, wenn er anwesend ist, in seiner Abwesenheit ein vom Könige ernannter Minister, welcher auch in Anwesenheit des Königs die specielle Leitung der Geschäfte und Verhandlungen besorgt. Die Be-

ratungen erfolgen in kollegialischer Form; jedes Mitglied hat eine Stimme; im Fall der Anwesenheit entscheidet der König mündlich, sonst wird der Beschluß ihm vorgelegt oder, wenn dies unnötig ist, sogleich danach verfahren.

Die einzelnen Hauptzweige der Verwaltung werden als Abteilungen des Geheimen Staatsrats betrachtet und in einer Zusammenstellung, gegen die sich logisch wohl etwas einwenden ließe, als Kabinet, sodann als Ministerium des Innern, der Finanzen, des Auswärtigen, des Krieges und der Justiz unterschieden. Das Kabinet tritt auch in der neuen Verordnung bedeutsam hervor; aber es ist nicht mehr das alte. Die bisher — d. h. seit Juni 1808 — von ihm bearbeiteten Sachen gehen zum größeren Teile an den Staatsrat über. Es bleiben ihm die Ausfertigungen der Sachen, welche der Staatsrat zur allerhöchsten Vollziehung einreicht, bloße Gnadensachen, welche nach den Umständen nur an die Hauptdepartements oder in wichtigen Fällen an den Staatsrat remittiert werden, Beschwerden über Mitglieder oder Verfügungen des Staatsrats, die gewöhnlichen auswärtigen Angelegenheiten, das Detail der Militärsachen, endlich Übersichten, welche der König vom Staatsrat über die ganze Verwaltung erhält. Mitglieder sind die Minister, die Geheimen Staatsräte, welche der König aus besonderem Vertrauen oder wegen des Vortrags einer zu ihrem speciellen Departement gehörigen Sache beruft, die Chefs der beiden Hauptabteilungen des Departements des Kriegsministers und der Geheime Staats- und Kabinetssekretär. Der König besorgt die Verteilung der Sachen selbst und bestimmt die Vortragstage sowie die Mitglieder, welche sich dazu einfinden sollen. Die minder erheblichen Ausfertigungen übernimmt der Kabinetssekretär, die übrigen derjenige, welcher den Vortrag hatte; sie werden dann vom Kabinetssekretär dem Könige zur Vollziehung vorgelegt. Aus dem Subalternenpersonal des Staatsrats werden besondere Personen ausgewählt, um die Geschäfte des Kabinets, die kleineren Expeditionen, Journal- und Registraturführung zu besorgen. Ein Sekretär

befindet sich stets in der Nähe des Königs, expediert kleine Hofsachen und besorgt das Depeschieren an die Mitglieder des Kabinets. Auch für den Fall, daß sich der König nicht in Berlin, sondern in Potsdam, Charlottenburg oder auf Reisen befindet, sind Anordnungen getroffen. — Weiter werden dann die Abteilungen des Innern, der Finanzen, des Auswärtigen und der Justiz in ihren einzelnen Gliederungen genau bestimmt; die Geschäfte des Kriegsministeriums sollen von einer Kommission der militärischen Geschäftsverwaltung nach einem von dem Könige genehmigten besondern Plane geführt werden. Alle Abteilungen stehen dadurch, daß die Minister sämtlich dem Könige im Staatsrat oder im Kabinet Vortrag halten, mit ihm in nächster Verbindung. Aber auch für die Art und über den Gegenstand dieser Vorträge enthält die Instruktion höchst bedeutsame Vorschriften. Sie bestimmt genau die Befugnisse und das Verhältnis der Minister zum Könige und zum Staatsrat. Hat man die Journale der früheren Kabinetsregierung vor Augen, so wird es schwer, für die unmittelbare Einwirkung des Monarchen irgend eine feste Grenze zu finden; die Instruktion unterscheidet dagegen bestimmt, welche Gegenstände der Minister dem Urteile des Königs oder des Staatsrats unterbreiten und welche er selbständig erledigen soll. Dadurch wird nicht allein der Unsicherheit, sondern auch dem in den früheren Denkschriften über das Kabinet so häufig beklagten Übelstande abgeholfen, daß man den Regenten mit einer Überzahl geringfügiger Dinge behelligte. Von jetzt an wurde es auch unmöglich, daß der Regent und der Minister in den auswärtigen Angelegenheiten eine verschiedene, vielleicht sogar eine entgegengesetzte Politik befolgten. Denn der Instruktion gemäß leitet der Minister selbst und unmittelbar alle Geschäfte des auswärtigen Departements; er führt die Korrespondenz mit den fremden und eigenen Gesandten, aber durchaus in Übereinstimmung mit den Entschließungen des Königs, welchen er in der genauesten Übersicht und Kenntnis sämtlicher auswärtigen Verhältnisse erhalten muß. Den Schluß der Instruktion bildet eine Bestimmung über die Oberrechenkammer und das „Plenum der wissenschaftlich-technischen Deputationen sämt-

licher Departements", Behörden, welche unmittelbar unter dem gesamten Staatsrat standen.

Stein mochte sich in der That, wie das Nachwort es ausspricht, der Hoffnung hingeben, daß die neue Organisation, verbunden mit einer sorgfältigen Auswahl der anzustellenden Persönlichkeiten, das Glück des Staates dauerhaft begründen könne. Wäre nur diese Auswahl nicht gar zu sehr erschwert worden! Hatte sie doch schon in dem ganzen Plane gerade an der wesentlichsten Stelle eine Veränderung herbeigeführt! Wenn Stein auch nach seiner Grundanschauung einem ersten Minister keine so große Bedeutung beilegen wollte, wie Hardenberg seinem Staatskanzler, so erkennt man doch aus den früheren Entwürfen, daß er sich durch die Übernahme des Innern und der Finanzen, durch die Leitung des Staatsrats und eine bevorzugte Stellung im Kabinet den überwiegenden Einfluß sichern wollte. Diesen Plan machte die Erbitterung Napoleons gegen ihn unausführbar. Der einzige Mann, welcher statt seiner als erster Minister hätte eintreten können, Hardenberg, war gleichfalls durch Napoleons Willen ausgeschlossen. Darin hat man gewiß den Hauptgrund zu suchen, daß nunmehr das Departement des Innern und der Finanzen in zwei Ministerien zerlegt wurde, daß ein erster Minister in der Verordnung gar nicht mehr hervortritt. Stein mochte darin um so weniger einen Mangel empfinden, als er bei Einreichung des Entwurfs am 28. Oktober den leitenden Einfluß noch immer für sich selbst in der Stellung eines Geheimen Staatsrats zu bewahren hoffte. Aber auch diese Hoffnung wurde vereitelt; Stein mußte aus dem Staatsdienst, sogar aus Königsberg sich entfernen. Um so mehr kam es auf die Wahl der Personen an, welche auch in seiner Abwesenheit seine Ideen zur Geltung bringen und vollenden konnten. Schon am 28. Oktober hatte Stein den König um Erlaubnis gebeten, ihm darüber Vorschläge machen zu dürfen, und in den folgenden Wochen mag diese Frage die Parteien nicht am wenigsten in Bewegung gesetzt haben. Daß Goltz und Scharnhorst ihre Stellungen an der Spitze der auswärtigen und der Kriegsange-

legenheiten behielten, lag in der Natur der Verhältnisse. Für das Innere hatte Stein den ihm befreundeten Kammerpräsidenten in Marienwerder, Grafen Dohna-Schlobitten, vorgeschlagen, zum Minister der Finanzen Schön, zum Justizminister Beyme. In der Vereinigung hätten die drei Männer ihren Posten ausfüllen können; Schöns entschiedener, durchgreifender Charakter würde dem hochsinnigen, aber schwer und langsam sich entschließenden Dohna die nötige Anregung gegeben haben. Aber Schön hatte sich in jener Zeit sehr lebhaft für Stein, nicht bloß für die innern Reformen, sondern auch für seine äußere Politik ausgesprochen. Er hatte sich gegen die Reise des Königs nach Petersburg erklärt und am 14. Oktober[1] sogar jene absonderliche Eingabe an Stein unterzeichnet, nach welcher die Annahme des Pariser Vertrags vom 8. September von der Entscheidung einer erst zu berufenden reichsständischen Versammlung abhängen sollte. Dazu kam, daß der Geheime Rat Nagler, der durch seine Schmiegsamkeit bei dem Könige und noch mehr bei der Königin Einfluß gewann, sich eifrig bemühte, seinen Schwager Altenstein emporzubringen. In Hardenberg besaßen beide einen alten Gönner; so erklärt es sich, daß die Braunsberger Denkschrift vom 12. November, welche sehr ausführlich über die anzustellenden Personen handelt, Altenstein zum Finanzminister vorschlägt. Über Schön bemerkt Hardenberg, er werde als Geheimer Staatsrat mit großem Nutzen bei einem oder mehreren Geschäftszweigen dienen können; zum Provinzialchef oder Präsidenten sowie auch zum Minister sei er nicht geeignet.

Offenbar hatte der König, als dieses Gutachten eintraf, Hardenberg bereits mehr als Stein und jedem andern sein Vertrauen zugewendet. Die in der Denkschrift vorgeschlagenen Maßregeln kamen beinahe ohne Ausnahme zum Vollzug. Altenstein

[1] Pertz a. a. O. II 250 nennt die Unterzeichneten, Scharnhorst, Gneisenau, Nicolovius, Süvern, Schön, Grolmann, Röckner, die „Häupter der Verwaltung"; es sind aber die Mitglieder des geheimen Bundes, von welchem Schön („Weitere Beiträge und Nachträge zu den Papieren des Ministers v. Schön". Berlin 1881. S. 61) redet.

wurde Finanzminister, Schön im Ministerium des Innern als Geheimer Staatsrat dem Departement für Handel und Gewerbe vorgesetzt; nur bezüglich des Justizministers mag die Neigung des Königs zu seinem alten Vertrauten den Ausschlag gegeben haben. Nicht der von Hardenberg empfohlene Kanzler von Preußen, der Bruder des in den Ruhestand tretenden Provinzialministers von Schrötter, sondern Beyme wurde nach Steins Vorschlag Justizminister und Großkanzler.

Wenn Stein bezüglich der anzustellenden Personen nicht immer durchdrang, so gab auch die königliche Unterschrift des Organisationsplanes noch keine Sicherheit, daß er seinem ganzen Inhalt nach zur Ausführung kommen werde; denn der König bemerkte in dem begleitenden Briefe vom 24. November 1808, man müsse damit warten, bis die Rückkehr nach Berlin erfolgt sei[1]. Und wie viele andere Entwürfe waren noch unausgeführt? Es fehlte noch die der Städteordnung entsprechende Ordnung der Landgemeinden, die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und Patrimonialgerichtsbarkeit und insbesondere die ständische Vertretung, welche den Schlußstein des Werkes bilden sollte. Stein hatte öfters gewünscht, seine umfassenden Pläne einmal im Zusammenhange und in ihrer Gesamtheit hervortreten zu lassen. So war schon Ende September mit Genehmigung des Königs in einer Hamburger und einer Königsberger Zeitung eine Darstellung der Reformen, welche schon erfolgt waren und erfolgen sollten, veröffentlicht. Ähnlichen Inhalt hatte die Proklamation an das Volk, welche von Stein im Oktober und zuletzt am 6. November dem Könige vorgelegt war, aber die Zustimmung desselben nicht erlangt hatte[2]. Jetzt bei dem plötzlichen Abschluß seiner Thätigkeit mochte den großen Organisator nochmals der Wunsch ergreifen, das, was er gewollt hatte, in einem Dokumente zusammengestellt zu sehen und den Mitstrebenden als Erinnerung und Mahnung zu hinterlassen. Einer Anregung des Ministers folgend oder zuvorkommend, verfaßte Schön in jenen

[1] Pertz a. a. O. II 299.
[2] Pertz a. a. O. II 265.

bewegten Tagen das Rundschreiben an die obersten Behörden, welches unter dem Namen des „Testaments des Freiherrn vom Stein" so berühmt geworden ist. Mit Recht, denn in eindrucksvoller, würdiger Sprache faßt es zusammen, was dem Minister wie seinen Freunden und, man kann hinzufügen, auch dem folgenden Geschlechte als wünschenswertes Ziel vor der Seele stand. Dies Dokument, obgleich schon vom 24. November datiert, war das letzte, welches Stein am Morgen des 5. Dezember kurz vor seiner Abreise unterzeichnete[1]. Auch in Berlin, wo er am 12. Dezember ankam, suchte der unermüdliche Mann seinem Werke Freunde zu erwerben. Vor allem war es der frühere Gegner, aber jetzt von ihm empfohlene Justizminister Beyme, dem er in mündlichen Unterredungen und am 2. Januar 1809 in einem ausführlichen Schreiben das der Sorge zumeist Bedürftige — Anordnung der Reichsstände, die Landgemeindeordnung, Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit — ans Herz legte[2]. Beyme ging auf Steins Absichten ein, und dieser selbst hoffte, aus Breslau, wo er zunächst seinen Aufenthalt nehmen wollte, die Sache fördern zu können. Aber mitten unter solchen Bestrebungen traf ihn die Achtserklärung, welche Napoleon am 16. Dezember von Madrid aus gegen ihn geschleudert hatte. Am 5. Januar in der Nacht verließ er Berlin; in Österreich mußte er eine Zuflucht suchen.

II.

An Steins Persönlichkeit knüpft sich für immer die Neugestaltung des preußischen Staatswesens. Von den Reformen, die seinen Namen tragen, sind manche nicht von ihm ausgegangen. Das Gesetz über die Aufhebung der Erbunterthänigkeit war beinahe abgeschlossen, als er in Königsberg eintraf; selbst

[1] Über das Rundschreiben vgl. Pertz a. a. O. II 295, 309, 617 Note 107; „Aus den Papieren Schöns" I 58, III 220. „Zu Schutz und Trutz am Grabe Schöns. Von einem Ostpreußen". Berlin 1876. S. 258 ff. „Weitere Beiträge" S. 59.

[2] Bassewitz a. a. O. I 630.

die Städteordnung wurde größeren Teils nicht unter seiner Leitung ausgearbeitet. Aber Stein war der Mittelpunkt, um welchen Gleichgesinnte sich sammelten, vor dem die Gegner zurücktreten mußten, der auch dem Könige Halt und den festen Willen gab, manche längst gehegte Absicht zur That zu machen. Was Stein gewesen war, zeigte sich am deutlichsten, als er sich entfernt hatte. Nicht als ob der König oder irgend eine der leitenden Persönlichkeiten die bestimmte Absicht gehabt hätte, auf dem Wege der Reformen stillzustehen, aber es fehlte die eigentlich bewegende Kraft. Was noch geschah, war nur eine Nachwirkung fremder Antriebe, nicht einer selbständigen Überzeugung entsprungen. Von den neuen Ministern, die am 25. November ernannt wurden, war Graf Dohna, wie wir schon andeuteten, seinem Posten nicht gewachsen. Im Jahre 1813, bei der Erhebung des Volkes, hat er in seiner heimatlichen Provinz große Dienste geleistet; jetzt konnte er infolge unaufhörlichen Forschens und Prüfens nicht zu einem Entschluß gelangen. Und Altenstein war nicht der Mann, ihm auszuhelfen. Ein tüchtiger Arbeiter unter Hardenbergs Leitung, fehlten ihm doch eigene Ideen und selbständige Thatkraft; mit Stein hatte er schon wegen seines umständlichen Wesens niemals recht auskommen können. Finanzgeschäfte waren ihm zudem wenig vertraut, seine Ernennung wurde für die ganze Organisation verhängnisvoll. Beyme hätte nach seinen Fähigkeiten, seiner Vergangenheit, bei dem Vertrauen, das der König in ihn setzte, die Seele des Ministeriums werden sollen; aber auch er erfüllte nicht die Hoffnungen, welche Stein in ihn gesetzt haben mochte. Immer muß ihm unvergessen bleiben, wie er auch in der trübsten Zeit den Wert geistiger Bildung geschätzt, wie er der Wissenschaft und ihren Vertretern, vor allem der Stiftung einer großen neuen Landesuniversität wärmste Teilnahme zugewendet hat. Aber es war nicht seine Sache, auf einem bestimmten Felde nach einem umfassenden Plane schöpferisch thätig zu sein. In der Kabinetsordre, welche ihn am 25. November zum Großkanzler und nunmehr einzigen Justizminister ernannte, verwies der König bezüglich des Geschäfts-

kreises auf die Steinsche Instruktion, bezeichnete auch als Hauptaufgabe, ganz den Anregungen Steins folgend, die Aufhebung der gutsherrlichen Polizeigewalt und der Patrimonialgerichtsbarkeit. Aber sowenig Beyme in den folgenden Jahren unthätig gewesen ist, gerade die Hauptsachen rückten doch nur langsam vor, und von den eingreifenden Organisationsplänen, die er im Gespräch mit Freunden zuweilen in Aussicht stellte, hat sich bisher nicht einmal eine Spur auffinden lassen[1]. Da nun auch Goltz nicht der Mann war, einen vorherrschenden Einfluß auszuüben, Scharnhorst sich auf das Militärwesen beschränkte, so fehlte es durchaus an einer leitenden Persönlichkeit, und dieser Mangel wurde um so fühlbarer, als die neue Organisation so, wie sie ins Leben trat, gar keinen Vereinigungspunkt für die Leiter der einzelnen Geschäftszweige bot. Wir sahen, wie der König am 24. November 1808 die vollständige Ausführung des von ihm vollzogenen Organisationsplanes bis zu seiner Rückkehr nach Berlin aussetzte. Statt der Steinschen Vorlage veröffentlichte man am 16. Dezember ein Publikandum, welches nach einer späteren Äußerung des Ministers Dohna nur das enthielt, was dem Publikum über die Veränderung der obersten Verwaltungsbehörden zunächst bekannt werden sollte[2]. Es verkündete zum erstenmal die vollständige Durchführung des Realsystems, die Einsetzung der fünf Fachministerien, öffentlich in gesetzlicher Form[3], be-

[1] Bassewitz, Die Kurmark Brandenburg während der Jahre 1809 und 1810. Aus dem Nachlasse des Verfassers herausgeg. von Karl v. Reinhard. Leipzig 1860. [IV] S. 617. — Die Kabinetsordre vom 25. November 1808 zuerst bei Preuß, Lebensgeschichte Friedrichs des Großen. Berlin 1833. III 531, und danach bei Bassewitz a. a. O. IV 630. Über Beymes Thätigkeit als Minister urteilt Stölzel a. a. O. II 408 ff. weit gerechter als Beseler in dem Aufsatz: „Die Justizgesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III.", in den Preußischen Jahrbüchern 1865, XV 155.

[2] Immediatbericht des Grafen Dohna vom 6. Juli 1810 bei E. Meier a. a. O. S. 190.

[3] Gesetzsammlung von 1806—1810 S. 361. — Der Nachweis, inwiefern diese und andere Reformen der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung ihr Vorbild in anderen Ländern, besonders in Frankreich und den Rheinbundstaaten fanden, geht über den Bereich dieses Buches hinaus. Die Frage nach dem Wert des Real- und Territorialsystems war übrigens in

ſchränkte ſich aber dann darauf, für den Bereich des früheren Generaldirektoriums, alſo für das Departement des Innern und der Finanzen, die einzelnen Abteilungen und Sektionen aufzuzählen. Daß dabei die Beſtimmungen über die Kompetenz der Miniſterien, das Verhältnis der Miniſter zum Könige und zum Staatsrat nicht wiederholt wurden, erklärt ſich ſchon durch den von Dohna hervorgehobenen Zweck der Verordnung. Bei der Ernennung Beymes hatte der König indeſſen für das Juſtizminiſterium, wie wir uns erinnern, die Steinſche Inſtruktion vom 24. November als maßgebend anerkannt, für das Miniſterium des Auswärtigen war ſchon am 21. September 1808, alſo noch unter Steins Amtsführung, ein Regulativ erlaſſen. Die Konſtituierung des Kriegsminiſteriums und damit die völlige Beſeitigung des Oberkriegskollegiums erfolgte durch ein beſonderes Publikandum vom 18. Februar[1]. Dem früheren Plane entſprechend, bildete man zwei Hauptabteilungen, die eine, das allgemeine Kriegsdepartement, unter Scharnhorſt, die zweite, das Militär-Ökonomiedepartement, unter Lottum. Die Generaladjutantur in der früheren Bedeutung nahm damit eine Ende. Scharnhorſt als Chef der erſten Abteilung oder ein ihn vertretender Stabsoffizier hatte dem Könige über die Angelegenheiten der erſten Abteilung dasjenige vorzutragen, was früher den Hauptgegenſtand für die Vorträge des Generaladjutanten gebildet hatte. Thatſächlich war er der wirkliche Kriegsminiſter, aber der einfache, beſcheidene Mann verzichtete gern auf den Titel, um die Empfindlichkeit älterer Generale, die ohnehin weder ihm noch ſeinen Reformplänen geneigt waren, nicht zu reizen.

Preußen noch nicht endgültig entſchieden. Noch in den Jahren 1817 und 1821 kam ſie ernſtlich wieder zur Erörterung und erſt 1824 zur Entſcheidung. In ausführlichen Denkſchriften ſprachen ſich unter anderen die Oberpräſidenten v. Vincke und v. Schön zu Gunſten der Provinzialminiſter, Wilh. v. Humboldt für das Realſyſtem aus. Vgl. Dorow, Erlebtes. Leipzig 1845. III 296; Treitſchke, Deutſche Geſchichte II 198 ff., III 234 ff., 419 ff., 770; die Denkſchriften bei Dorow a. a. O. IV 275; Dorow, Job v. Witzleben. Leipzig 1842. S. 13; „Weitere Beiträge aus den Papieren Schöns“ S. 172 ff.

[1] Geſetzſammlung von 1806—1810 S. 536.

Waren in Bezug auf die einzelnen Ministerien die Absichten Steins zur Ausführung gebracht, so fehlte doch, was nach seinem Plane den Vereinigungspunkt bilden sollte. Grundsätzlich war der Staatsrat als „die oberste allgemeine Leitung" anerkannt (§ 1), aber „die näheren Bestimmungen über seine Organisation und Verfassung" für einen unbestimmten Zeitpunkt vorbehalten. Der Staatsrat war Steins eigentümlichstes Erzeugnis, und man kann sich vorstellen, wie es einem Manne gerade von seinem Charakter zur Freude gereicht hätte, in dem Meinungsaustausch so vieler bedeutender Männer seine mächtige Persönlichkeit zur Geltung zu bringen oder auch bessern Gründen eines andern nachzugeben. Dem König konnte dagegen eine solche Versammlung wenig Reize bieten. Den Vorsitz selbst zu übernehmen, würde er sich schwerlich getraut haben; noch weniger war es ihm genehm, wenn die wichtigsten Beschlüsse in seiner Abwesenheit gefaßt und ihm zur Bestätigung vorgelegt wurden, die dann zu verweigern schwer werden mochte. Den Forderungen Steins hätte er nachgegeben; aber Hardenberg entsprach gewiß seinem innersten Wunsche, wenn er in der Denkschrift vom 12. November die Errichtung eines „größeren Staatsrats" für eine Sache von sekundärer Bedeutung erklärte, an die man später denken könne, was denn auch eine Kabinetsordre vom 6. Dezember, am Tage nach Steins Abreise, ausspricht[1]. In der That muß man zweifeln, ob eine so vielköpfige Behörde, wie der Steinsche Staatsrat, die nicht bloß beratend, sondern leitend und regierend eintreten sollte, in jenen bedrängten, rasche Entscheidung und vorsichtige Verschwiegenheit fordernden Zeiten am Platze war. Aber mit Recht hat Stein in dem schon angeführten Briefe an Beyme vom 2. Januar 1809 bedauert, daß ohne Not in der Kabinetsordre vom 6. Dezember auch die Generalkonferenz, der passendste Ersatz des Staatsrats, aufgehoben wurde. Nur Sachen, welche zwischen verschiedenen Ministerien streitig waren, sollten von den Chefs dieser Ministerien und ihren Departementschefs, Sachen, welche in alle Verwaltungszweige eingriffen, von sämtlichen Ministern

[1] Bassewitz a. a. O. IV 105.

unter der Firma „Staatsministerium" gemeinschaftlich beraten werden. Da nun der König die militärischen Verhältnisse mit Scharnhorst und dem noch immer in seiner Nähe befindlichen Köckritz, die auswärtigen Angelegenheiten mit Goltz in seinem Kabinet zu besprechen pflegte, Beyme einen beträchtlichen Teil des folgenden Jahres in Berlin verbrachte, so ergiebt sich schon daraus, daß es nur selten zu einer gemeinschaftlichen Beratung kommen konnte. Unter solchen Verhältnissen mochte man sogar das früher so arg geschmähte Kabinet vermissen, in welchem Beyme für die innere Verwaltung eine Art von Zusammenhang aufrechterhalten hatte, während der für den Vortrag der Civilangelegenheiten neu berufene Kammergerichtsrat Albrecht nur untergeordnete Bedeutung besaß.

Von dem Geschäftsgang, welcher sich in den Überbleibseln der alten Institution meistens noch den früheren Formen gemäß erhalten hatte, ist uns von einem der dabei Beteiligten eine Schilderung hinterlassen. Der Major v. Boyen, unter den jüngeren Offizieren einer der begabtesten, war von Scharnhorst in die Reorganisationskommission, dann in das Allgemeine Departement des Kriegsministeriums berufen und anfangs 1810 dem Könige für den Militärvortrag im Kabinet empfohlen worden. Was er mitteilt, ist so anschaulich und lehrreich, daß man es gern in den wesentlichsten Punkten, soweit als möglich in seinen eigenen Worten, hier finden wird. Nur bleibt dabei zu berücksichtigen, daß die charakteristische Zeichnung Friedrich Wilhelms einzig für jenen Zeitraum gelten darf, in welchem der König, durch eine Kette der herbsten Unglücksfälle verbittert und sorgenvoll, gegen Menschen und Verhältnisse der Gegenwart mißtrauisch, für die Zukunft beinahe hoffnungslos geworden war.

Ohne Rückhalt hebt Boyen die vorzüglichen Eigenschaften des Königs, sein natürliches Wohlwollen, sein Rechtsgefühl, seine Pflichttreue, seine persönliche Tapferkeit hervor. Er war auch, heißt es weiter, ganz gut unterrichtet und hatte durch sein gutes Gedächtnis obenein eine Menge Notizen sich gesammelt, aber vereinzelt; denn es war nicht seine Sache, über dergleichen

nachzudenken und Folgerungen daraus zu ziehen. Obwohl er — wie es ja auch zahlreiche Schriftstücke beweisen — recht gut deutsch und französisch schrieb, war er doch im Sprechen weniger geschickt und begnügte sich hier mehr mit einzelnen unzusammenhängenden Sätzen, so daß es selten über einen ernsten Gegenstand zu einer fortgesetzten Unterhaltung kam. Sein vorwiegendes Interesse ging auf das Militärwesen, jedoch zumeist auf den Dienst im kleinen, das Exerzieren, die Uniformen; eigentlich stellte er sich nur auf den Standpunkt eines Obersten. In dem Gange der politischen Geschäfte hatte er große Erfahrungen gesammelt, aber meistens negativer Art; er wußte die schwachen, besorglichen Seiten herauszufinden, aber ohne etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen. Aufmerksam las er die eingehenden Depeschen, kritisierte sie oft bitter, aber immer nur wegen einzelner Stellen, ohne am Schlusse alles zu einem Hauptergebnis zusammenzufassen. Über die Ressortverhältnisse sowohl der Regierung wie der Justiz war er hinreichend orientiert, ohne in das Innere eingedrungen zu sein. Die neueren staatswissenschaftlichen Ansichten waren ihm fremd geblieben, aber den Wunsch, die unteren Stände von ihren Lasten zu befreien und in ihrem materiellen Wohlsein zu heben, hegte er wirklich.

Zwischen sieben und acht Uhr kam der König in ein in jedem Schlosse eingerichtetes Vortragszimmer; hier erwarteten ihn oder fanden sich bald ein Köckritz, der zum Militärvortrage bestimmte Offizier und der Geheime Kabinetsrat Albrecht[1], zuweilen auch der Geheime Staatsrat v. Klewitz. Friedrich Wilhelm ließ selten auf sich warten, und wenn es vorkam, entschuldigte er sich mit Angabe des Grundes. Er brachte die abends vorher bei ihm eingelaufenen Briefe mit und fand auf einem Tisch die während der Nacht und am Morgen eingegangenen, von dem Kabinetssekretär Niethe gesammelten Sachen. Friedrich Wilhelm öffnete jeden Brief selbst, sah ihn schnell

[1] Albrecht wurde erst am 13. Dezember 1810 förmlich zum Geheimen Kabinetsrat ernannt; er blieb im Amte bis wenige Monate vor seinem Tode, am 27. Mai 1835. Gütige Mitteilung aus dem Geh. St.-A.

durch und war bei seinem sehr guten Gedächtnis bald orientiert: nur einzelne Sachen, die ihm wichtiger schienen, nahm er an sich, das übrige wurde zusammengelegt. Während dieser Zeit begann der Militärvortrag, und alle Mitglieder des Kabinets legten zugleich die nach den Bescheiden des vorigen Tages ausgefertigten Kabinetsordres auf den Tisch des Königs; denn damals herrschte noch die von Friedrich dem Großen herstammende Sitte, im Verlaufe von 24 Stunden jedesmal die im gestrigen Vortrage bestimmte Antwort dem Könige vorzulegen. „Der König hörte, selbst beim Erbrechen der neuen Sachen oder dem nachher vorzunehmenden Unterschreiben der Kabinetsordres, immer aufmerksam dem Vortrage zu und begriff die Sache ganz gut. . Solange es Gegenstände betraf, die ihn zu keinem neuen Entschluß drängten und sich nach bestehenden Gesetzen entscheiden ließen, war sein Urteil gerecht und klar, immer zur Milde geneigt; er erlaubte nicht allein dem gerade Vortragenden, sondern auch den andern anwesenden Räten Einwendungen zu machen, die, wenn sie mit einiger Zartheit im Ausdrucke vorgetragen wurden, oft seinen schon ausgesprochenen Entschluß, wenn ihm dies richtiger schien, abänderten." „Bei dem gewöhnlichen Gange des Vortrages hatte er sich sehr in seiner Gewalt, sagte selten jemandem dabei etwas Unangenehmes und suchte es, wenn es ja geschehen war, bald nachher in der Regel wieder gut zu machen. . Leider veränderte sich alles, sobald von einem neuen großen, wichtigen Entschluß die Rede war. Der König schien dann plötzlich ein ganz anderer Mensch zu werden; er sprach unzusammenhängender wie sonst, war heftig und gab sowohl den ihm vorgetragenen Gründen als seinen früheren eigenen Worten oft andere Deutungen." Ein Übelstand lag auch darin, daß Friedrich Wilhelm III. zwar die ganze königliche Gewalt, wie Friedrich der Große, in Anspruch nahm, aber niemals weder dem Militär noch Civil zusammenhängende Anleitungen gab, wie die Dinge gemacht werden sollten; er äußerte nur einzelne Wünsche oder begnügte sich mit der Kritik einzelner mißfälliger Stellen und verlangte, ohne das Ganze zu

verwerfen, Veränderungen und Einschaltungen, die zuweilen dem Zwecke des Gesetzes widersprachen.

Waren die Vorträge meistens nach zwei bis drei Stunden beendet, so nahm Köckritz die vom Könige eröffneten neu eingegangenen Sachen, die Kabinetsräte die vollzogenen Kabinetsordres, und alle gingen in das Vorzimmer zurück. Hier sollte eigentlich Köckritz die neuen Sachen verteilen, überließ das Geschäft aber dem alten Sekretär Niethe, der es, als die Haupt- und Staatsaktion seines Geschäftslebens, mit einer ans Lächerliche grenzenden Wichtigkeit ausführte. Man wird übrigens schon bemerkt haben, daß das hier geschilderte Verfahren großenteils nur für die minder wichtigen Sachen zur Anwendung kam, welche von dem stellvertretenden Offizier oder dem Kabinetsrat erledigt werden konnten. Die bedeutenden Angelegenheiten wurden nach der von Stein seit dem Juni und im November 1808 eingeführten Anordnung von den Ministern oder Departementschefs dem Könige vorgetragen. Scharnhorst, als eigentlicher Kriegsminister, konnte, so oft er wollte, zum Vortrag sich einfinden, er kam gewöhnlich zweimal die Woche, Lottum einmal, auch alle übrigen Minister pflegten einmal in der Woche ihren Vortrag zu halten, anfangs mit dem Kabinetsvortrage gemeinschaftlich, später allein, wenn derselbe beendet war[1].

Aber diese Vorträge, wenn sie auch jeden einzelnen Minister in Verbindung mit dem Könige setzten, ließen doch die Minister untereinander ohne Vereinigung. Am meisten empfand wohl Beyme in seiner vereinzelten Stellung im Justizministerium den Mangel und den Abstand gegen die frühere Zeit, als er selbst im Kabinet alle Fäden der inneren Verwaltung in der Hand gehalten hatte. Er war es denn auch, der dem Könige am 25. August 1809, als der Krieg in Österreich mit seinen Wechselfällen zu einheitlichem Entschluß und raschem Handeln mahnte, in einem Immediatbericht einen Verbesserungsvorschlag

[1] Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls von Boyen II 15 ff., 27 ff.

unterbreitete. Anknüpfend an die Verordnung vom 6. Dezember 1808 bedauert er ganz im Sinne Steins, daß sie für die Staatsverwaltung gar keinen Vereinigungspunkt gebildet habe. Denn wenn auch über die Gegenstände, welche in alle Ressorts eingreifen, sämtliche Minister unter der Firma „Staatsministerium" gemeinschaftlich hätten beraten und berichten sollen, so gebe es doch solcher Gegenstände so wenige, daß im Laufe des ganzen Jahres das Staatsministerium als solches nicht versammelt gewesen sei. Um den Vereinigungspunkt zu finden, müsse man entweder den Staatsrat ins Leben rufen oder das Staatsministerium an dessen Stelle setzen. Der Staatsrat, heißt es dann mit vollem Rechte, könne nur als beratende, nicht als verwaltende Behörde und am wenigsten unter den gegenwärtigen Verhältnissen förderlich sein. Es bleibe also nur der zweite Weg; deshalb und um dem Staatsministerium den Charakter eines Centrums der gesamten Staatsverwaltung zu geben, solle man die Abteilung für Kultus und Unterricht zu einem eigenen Ministerium gestalten und das Ressort des Staatsministeriums auf alle Gegenstände, welche Stein dem Staatsrat zugewiesen habe, sowie auf die auswärtigen und die Kabinetsangelegenheiten ausdehnen[1]. In den Beratungen, die aus diesem Plane hervorgehen mußten, würde der Urheber desselben voraussichtlich den überwiegenden Einfluß gewonnen haben. Aber diesen Beweggrund darf man ihm nicht unterschieben; eine unbefangene Würdigung wird das vorgeschlagene Auskunftsmittel als das einzig ausführbare, durch den Gang der Entwicklung geforderte anerkennen. Der König scheint jedoch gegen alles, was einer Beratung in größerem Kreise ähnlich sah, eine Abneigung empfunden zu haben; er zögerte, und das Jahr ging zu Ende, ehe eine Entscheidung erfolgte. Im nächsten Frühling kam Beyme auf seinen Vorschlag zurück. In einem Immediatbericht vom 31. März setzte er nochmals auseinander, daß der von Stein beabsichtigte Staatsrat dem Geiste der monarchischen Regierungs-

[1] Stölzel a. a. O. II 408, 412.

form widersprechend und nicht geeignet sei, das Staatsruder im Sturme der Zeit mit Kraft zu führen. An seiner Stelle möge das Staatsministerium wöchentlich zu einer gemeinsamen Sitzung auf dem Schlosse sich versammeln, mit Zuziehung der bei den Vortragssachen beteiligten geheimen Staatsräte. Neben Beyme hatten nunmehr alle seine Kollegen den Bericht unterzeichnet, auch der König gab seine Zustimmung. Aber zu spät; gerade als die Aussicht eines erfolgreichen Wirkens sich eröffnete, war das Ministerium bereits dem Sturze nahe.

Das Ministerium Dohna-Altenstein wird gewöhnlich nicht günstig beurteilt, schon deshalb, weil es den Vergleich mit dem großen Vorgänger nicht ertragen kann. Immerhin waren die anderthalb Jahre seines Bestehens für Preußen nicht verloren. Die Städteordnung trat in Wirksamkeit; noch aus Steins Hinterlassenschaft ergingen zur Ordnung für die Provinzen die Instruktion für die Oberpräsidenten vom 23. Dezember und die „Verordnung wegen verbesserter Einrichtung der Provinzial-Polizei- und Finanzbehörden" vom 26. Dezember 1808[1]. Oberpräsidenten und Regierungen traten an die Stelle der früheren Kriegs- und Domänenkammern, wogegen die Landes-Justizkollegien zweiter Instanz, bis dahin wenig passend als Regierungen bezeichnet, den Namen Oberlandesgerichte erhielten. Schön, mit seiner Stellung unzufrieden, ließ sich im Mai 1809 als Regierungspräsident nach Gumbinnen versetzen; aber Wilhelm von Humboldt konnte als Chef des Departements für Unterricht und Kultus durch die Stiftung der Berliner Universität für den Befreiungskampf beinahe ebenso wirksame Waffen schmieden als Scharnhorst an der Spitze des Kriegsministeriums. In ruhigen Tagen, unter gewöhnlichen Verhältnissen hätte eine solche Regierung ausreichen und befriedigen können. Alles in allem gerechnet, kann man sogar in der Entfernung Steins eher einen Vorteil als einen Nachteil finden. Es giebt Zeiten, besonders

[1] Sammlung der Gesetze und Verordnungen von 1806 bis zum 27. Oktober 1810. Als Anhang zu der seit dem Jahre 1810 edierten Gesetzsammlung f. d. K. Pr. Staaten. Berlin 1822. S. 373, 464.

im Kriege, wo Unthätigkeit der schwerste Fehler ist; es giebt aber auch Zeiten, in denen Geduld, Zurückhaltung, Sammlung allein vor Unheil bewahren können. Stein würde bei seinem leidenschaftlichen Sinne Preußen bald wieder in einen Krieg mit Frankreich gestürzt haben, einen Krieg, der nach aller Wahrscheinlichkeit zur Vernichtung des Staates und gewiß nicht zur Wiedereroberung des linken Rheinufers geführt hätte. Jetzt nahm der König, dem Rate Alexanders folgend, keinen Anteil an dem Kampfe, den Österreich im Sommer 1809 ruhmvoll, aber unglücklich gegen Napoleon führte. In der Umgebung des Königs, selbst im Ministerium war die Neigung vorherrschend, die vielleicht letzte Gelegenheit zur Befreiung Preußens nicht ungenutzt zu lassen, und es kam in der That dahin, daß man, um Rüstungen zu machen, die vertragsmäßigen Kontributionen an Napoleon nicht mehr entrichtete. Nur der Wille des Königs zog schließlich doch das Verhältnis zu Rußland allen übrigen vor. Viele und treffliche Männer haben diese Entscheidung damals mißbilligt; aber der Erfolg hat ihr Recht gegeben. Preußen konnte sich sammeln; die Rückkehr des Hofes nach Berlin im Dezember 1809 — eigentlich ein Zugeständnis an Frankreich — verlieh doch dem neugeordneten Staatswesen wieder den Anschein von Festigkeit. Aber nun forderte Napoleon mit unerbittlicher Härte die während der Kriegszeit rückständig gebliebenen Kontributionen. Die Provinzen waren erschöpft, eine Anleihe im Auslande vorerst nicht zu bewerkstelligen; Altenstein wußte kein Auskunftsmittel. Schon mehrmals hatte Napoleon geäußert, wenn der König ihn nicht bezahlen könne, müsse er ihm eine Provinz abtreten oder eines gewaltsamen Eingreifens gewärtig sein. Um das Schlimmste zu vermeiden, entschlossen sich die Minister Anfang März 1810, dem Könige die Abtretung eines Teils von Schlesien zu empfehlen. Beyme scheint den ersten Anstoß gegeben zu haben, und mit Erstaunen erfährt man, daß selbst Scharnhorst einer Maßregel zustimmte, welche die Erhebung Preußens wahrscheinlich für immer unmöglich gemacht hätte. Am 10. März, als zum letzten Male der Geburtstag der Königin

gefeiert wurde, richtete der König an Altenstein die trübe Frage, ob es kein anderes Mittel gebe, Napoleon zu befriedigen. Altenstein verneinte bestimmt. Da erinnerte sich der Fürst Wittgenstein eines früher von Hardenberg angedeuteten Planes. In der Nacht vom 11. auf den 12. März entwarf er eine Denkschrift, in welcher er die Abtretung eines Landesteils mit den Pflichten des Staatsoberhauptes als unvereinbar bezeichnete, aber zugleich die Hoffnung aussprach, daß eine Art von Nationalbank die nötigen Gelder verschaffen würde, wenn man nur die Ausführung dieses Unternehmens dem rechten Manne, nämlich Hardenberg übertrüge. Dem König war jeder Ausweg willkommen; er hatte zu seinen Ministern seit längerer Zeit das Vertrauen verloren und eine neue Schmälerung des Staatsgebietes noch kurz vorher als einen Fall bezeichnet, in welchem man alles an alles setzen müsse[1]. Er wußte, daß Hardenberg die Lage des Staates längst nicht so trübe ansah als die Minister; gern hätte er ihn wieder berufen, wäre nicht das strenge Verbot Napoleons ein Hindernis gewesen[2]. Als die Minister am 14. März ein zwei Tage früher entworfenes ausführliches Gutachten vorlegten, erklärte der König es für unzureichend begründet; die Königin schrieb an demselben Tage an Hardenberg, der sich eben bei seinem Bruder im Hannoverschen befand, und lud ihn ein, nach Berlin zu kommen. Hardenberg antwortete am 6. April, daß nur das Verbot Napoleons ihn abhalte, sich sogleich zur Verfügnng zu stellen. In der ersten Unterredung mit dem Könige zu Beeskow am 14. April gab er dem Bedauern Ausdruck, daß man im vergangenen Sommer durch die Zurückhaltung der Kontributionen Napoleon zu gerechten Beschwerden Veranlassung geboten habe. Die Gründung einer Bank und eine Zwangsanleihe, meinte er, könnten die nötigen Summen herbeischaffen; eine Gebietsabtretung sei durchaus zu vermeiden. In einer zweiten Unterredung, die am 2. Mai auf der Pfaueninsel bei Potsdam stattfand, sprach

[1] Ranke a. a. O. IV 216 ff.

[2] Der französische Gesandte St. Marsan berichtet darüber schon am 26. Juli und 4. August 1809, Stern a. a. O. S. 295 ff.

er sich aufs neue gegen den Altensteinschen Finanzplan und im Laufe des Gespräches für die Entlassung aller Minister aus, da sie sich durch den Antrag, Schlesien abzutreten, ihrer Stellung unwürdig gemacht hätten. Der König suchte seine Räte zu entschuldigen, aber in der Hauptsache war er mit Hardenberg einverstanden; es fragte sich nur, ob Napoleon zustimmen würde. Zum Glück für Preußen bot die Ernennung Hardenbergs auch für den französischen Kaiser Vorteile. Denn die Wegnahme Schlesiens konnte ihn mit Österreich, die Vernichtung Preußens mußte ihn mit Rußland in neue Zerwürfnisse verwickeln, die er eben jetzt zu vermeiden wünschte. Sollte weder das eine noch das andere geschehen, so mußte ihm ein Minister willkommen sein, der die geforderte Kontribution zu entrichten versprach. Der König hatte schon früher über Hardenbergs Berufung dem französischen Gesandten St. Marsan Andeutungen gemacht; im April wandte sich auch Hardenberg an diesen, und am 1. Mai glaubte St. Marsan seinem Herrn versprechen zu dürfen, daß Hardenberg als erster Minister aufrichtig dem französischen System sich anschließen und die Kontribution, für welche Scharnhorst, Altenstein, Beyme, Nagler absichtlich die Mittel nicht hätten finden wollen, rechtzeitig aufbringen werde[1].

Ende des Monats kam die zustimmende Antwort Napoleons in Berlin an. Mit den lebhaftesten Worten drückte die Königin Hardenberg ihre unaussprechliche Freude aus; der König schreibt, er werde ihn mit aller Macht bei der strengen Ausführung der beschlossenen Maßregeln unterstützen; nur wünscht er Beibehaltung der im Dienst befindlichen Minister, die wohlgesinnt, wenn auch in einer falschen Richtung begriffen seien. Aber Hardenberg war jetzt entschlossen, sich den Weg, welchen er zu gehen hatte, völlig frei zu machen. Er stellte dem Könige vor, die an sich so schwierige Aufgabe dürfe ihm nicht erschwert werden; er könne nicht seine Zeit im Kampfe gegen widerstrebende, feindselige Persönlichkeiten

[1] St. Marsan an Champagny, 1. Mai und 8. Mai; Hardenberg an St. Marsan, 5. Mai, bei Stern a. a. O. S. 312 ff.

verlieren. Beyme scheine zwar als Minister der Justiz von den eigentlichen Geschäften entfernt, aber er werde auch von diesem Posten aus sich den Absichten Hardenbergs widersetzen. In einer Konferenz am 4. Juni willigte der König in die Veränderung des Ministeriums, und zum zweitenmale trat Hardenberg, jetzt mit noch größerer Machtfülle als vor drei Jahren in Bartenstein, als Staatskanzler, erster Rat im Kabinet und Präsident des Gesamtministeriums an die Spitze der Geschäfte[1]. Die nächste Folge war, daß Beyme, Nagler und Altenstein ihre Entlassung erhielten[2]. Goltz und Dohna, von denen Hardenberg keinen Widerstand zu befürchten hatte, blieben einstweilen in ihrer Stellung; auch Scharnhorst, der bis dahin zwischen seinen Kollegen und Hardenberg vermittelt hatte, wäre wohl an der Spitze des Kriegsministeriums geblieben, hätte nicht Napoleon ausdrücklich seine Entlassung begehrt. Als Chef des Generalstabs behauptete er im wesentlichen den früheren Einfluß; sein Nachfolger im Ministerium, der Oberst und Geheime Staatsrat Hake, war angewiesen, bei allen wichtigen Verfügungen seiner Anordnung zu folgen[3]. Die Finanzen übernahm Hardenberg selbst. An Beymes Stelle trat Kircheisen, den Hardenberg schon in der Braunsberger Denkschrift anderthalb Jahre früher ehrenvoll erwähnt hatte, als Justizminister ein; aber der Titel Großkanzler fiel weg, weil er neben dem des Staatskanzlers sich sonderbar ausgenommen hätte. Hardenberg mag oft bedauert haben, daß, gerade durch seinen Einfluß, nicht, wie Stein vorgeschlagen hatte, Schön, sondern Altenstein zum Finanzminister befördert war. Kaum war er selbst zu seiner Würde gelangt, als er am 8. Juni Schön von

[1] Ranke a. a. O. IV 229 ff. Die Ernennung Hardenbergs durch Kabinetsordre vom 4. Juni 1810 in „Weitere Beiträge aus Schöns Papieren" S. 78 ff. Dankschreiben Hardenbergs an Napoleon vom 7. Juni bei Stern a. a. O. S. 320.

[2] Die vom 4. Juni datierte Kabinetsordre mit der Entlassung Beymes bei Stölzel a. a. O. II 414.

[3] Lehmann, Scharnhorst II 312 ff., 321 f. Auch Scharnhorst mußte sich zu einem Rechtfertigungsschreiben verstehen, das durch Hardenberg dem französischen Gesandten übermittelt wurde.

Gumbinnen nach Berlin berief, um ihm zuerst eine Abteilung im Ministerium des Innern, später das Finanzministerium anzubieten. Aber Schön war mit den Finanzplänen Hardenbergs nicht einverstanden, wenn er auch nicht wie Niebuhr das Verderben des Staates und den Umsturz des Thrones darin erblickte. Beide Männer zogen sich zum großen Mißvergnügen Steins[1] von Hardenbergs Verwaltung zurück, Schön im August auf seinen Posten nach Gumbinnen, Niebuhr, um an der Berliner Universität seine Vorlesungen über römische Geschichte zu halten.

Im einzelnen haben wir auf die Finanzpläne Hardenbergs nicht einzugehen, obgleich sie den Ausgangspunkt seines Ministeriums bilden und seiner Verwaltung den Stempel aufdrücken. Wenn Stein vornehmlich eine Reform der Verfassung erstrebte, so ist Hardenberg wesentlich ein socialer Reformator. Aber noch mehr, als in dem Charakter der beiden Männer, ist dieser Unterschied in den Verhältnissen begründet, unter denen sie wirkten. Hardenberg war allerdings weit mehr als Stein den Ideen des Liberalismus zugethan, soweit sie sich nämlich mit einer entschieden bureaukratischen Neigung vereinigen lassen. Aber seine finanziellen und socialen Bestrebungen gingen aus dem Drange der Zeitumstände hervor, aus der Notwendigkeit, die französischen Forderungen zu befriedigen und zu dem Ende die Steuerkraft des Landes zu erhöhen, was wieder die Beseitigung der socialen Hemmnisse und die Entfesselung der volkswirtschaftlichen Kräfte zur Voraussetzung hatte. Das Edikt über die Finanzen des Staats vom 27. Oktober 1810 bildet das eigentliche Programm der Hardenbergschen Verwaltung; einerseits verspricht es eine neue Steuerverfassung: gleichmäßige Verteilung der Grundsteuer unter Beseitigung aller Exemtionen, Vereinfachung des bisherigen Abgabenwesens, Verteilung aller Staatslasten auf alle Unterthanen, andererseits Gewerbefreiheit und weitere Erleichte-

[1] „Aus Schöns Papieren", Bd. I, Anlagen S. 119 ff.; „Weitere Beiträge" S. 81 ff.: Pertz a. a. O. II 505. Sehr verschieden lautet Steins Urteil in der Autobiographie bei Pertz a. a. O. Bd. VI, 2. Hälfte, Beilagen S. 174.

rungen des Verkehrs[1]. Indessen, was für uns hier in Betracht kommt, ist die Fortbildung der Verfassung: der vorläufige Abschluß jener Entwickelung, die wir auf den vorhergehenden Blättern darzustellen versuchten.

Das Ministerium Altenstein war nicht bloß wegen der persönlichen Eigenschaften seiner Mitglieder hinter den gehegten Erwartungen zurückgeblieben, sondern auch wegen seiner ungenügenden Organisation. Graf Dohna selbst hat in dem schon erwähnten Immediatbericht vom 6. Juli 1810 hervorgehoben, der Mangel eines Staatsrats habe die größten Übelstände herbeigeführt. In der Kabinetsordre vom 4. Juni 1810 wird denn auch Hardenberg ausdrücklich beauftragt, den bisherigen Geschäftsgang einer Prüfung zu unterwerfen. Der König versichert, er habe keineswegs die Absicht, die im Jahre 1808 eingeführte Organisation der Staatsverwaltung umzustoßen; er wünsche nur, daß das Mangelhafte verbessert oder ergänzt, und daß ein Zusammenhang hergestellt werde. Auch Hardenberg weist bereits in dem Schreiben an Schön vom 8. Juni 1810 auf die Durchführung der Instruktion vom 24. November 1808, insbesondere auf die Herstellung des Staatsrats hin. Natürlich mußte es ihm erwünscht sein, seine eigenen Befugnisse als Staatskanzler genau festgestellt zu sehen. Er berief deshalb, um einen neuen Organisationsplan zu entwerfen, eine Kommission, an deren Arbeiten auch Schön sich noch beteiligte. Aus ihren Beratungen und einem Entwurfe, der auf der Grundlage der Steinschen Instruktion von Schön zu

[1] Der erste Teil dieses Programms erhält seine Ausführung insbesondere durch das Edikt vom 28. Oktober 1810 über die neuen Konsumtions- und Luxussteuern, das Stempelgesetz vom 20. November 1810, das Gesetz vom 30. Oktober 1810 über die Säkularisation der geistlichen Güter und durch das Edikt wegen Erhebung einer Vermögens- und Einkommensteuer vom 24. Mai 1812 — der zweite Teil durch das Gewerbesteueredikt vom 2. November 1810 und die Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse. Schon in der noch aus Steins Verwaltung hervorgegangenen „Geschäftsinstruktion der Regierungen" vom 26. Dezember 1808 §§ 34 und 50 sind übrigens die Grundsätze der Verkehrs- und Gewerbefreiheit deutlich ausgesprochen. Vgl. Bornhak, Geschichte des Preußischen Verwaltungsrechts. Berlin 1886. III 152 ff., 175 ff.

Papier gebracht, aber von Hardenberg gänzlich umgearbeitet war, ging dann am 27. Oktober die „Verordnung über die veränderte Verfassung aller obersten Staatsbehörden in der preußischen Monarchie" hervor, nicht unwürdig, das neugegründete preußische Gesetzblatt zu eröffnen.

Mit Recht kündigt sich diese Verordnung an als eine Vervollständigung des Publikandums vom 16. Dezember 1808. Sie wiederholt nicht allein die Bestimmungen über die Ministerien des Innern und der Finanzen, sondern enthält auch die Grundsätze für den Geschäftskreis der Minister der Justiz und des Auswärtigen. Nur bezüglich des Kriegsministeriums wird auf eine frühere Verordnung verwiesen. Ein besonderer Abschnitt handelt über die Befugnisse der Minister und Departementschefs und ihre Kompetenz im Verhältnis zueinander und zum Könige. Vor allem wird der in dem Publikandum nur verheißene Staatsrat nunmehr angeordnet. Er besteht aus den königlichen Prinzen, die das 18. Jahr erreicht haben, dem Staatskanzler, den Staatsministern und den Abteilungschefs der Ministerien des Innern und der Finanzen, aus einem Staatssekretär, der das Protokoll führt und die von dem Staatskanzler zu vollziehenden Beschlüsse kontrasigniert, endlich aus Mitgliedern, die aus besonderem Vertrauen des Königs — nicht auf Lebenszeit, sondern auf bestimmte Frist oder für einen bestimmten Gegenstand — berufen werden. Schon in der Zusammensetzung zeigt sich eine Abweichung von der Verordnung vom 24. November 1808; aber von viel größerer Bedeutung ist die Verschiedenheit des Wirkungskreises. Der Staatsrat ist nicht mehr eine verwaltende und regierende, sondern ausschließlich eine beratende Behörde. Alle Vorschläge zu neuen Gesetzen, Verfassungs- und Verwaltungsnormen sowie zur Aufhebung und Abänderung von vorhandenen gelangen durch den Staatsrat zur königlichen Sanktion; er entscheidet über Gegenstände, bei welchen ein gemeinschaftliches Interesse verschiedener Ministerien, aber keine Vereinigung zwischen ihnen stattfindet, und erhält jährlich von den Ministern schriftliche Darstellungen ihrer Verwaltung. Der Staatsrat beschließt

nach Stimmenmehrheit; jedes Mitglied hat eine Stimme; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Staatskanzlers. Einmal wöchentlich sollte sich der Staatsrat versammeln; in der That hat er sich aber in den nächsten sechs Jahren nicht versammelt; denn trotz der gesetzlichen Anordnung wurde die wirkliche Einsetzung doch wieder verschoben, konnte auch bei der Stellung, die dem Staatskanzler zufiel, entbehrt werden.

In der Berufung dieses höchsten Beamten liegt das praktisch Bedeutende und Neue der Verordnung. Ganz aus Hardenbergs Geiste ist das Amt hervorgegangen. Die Steinsche Instruktion bot hier keinen Anhaltspunkt, eher Hardenbergs Denkschrift vom 12. September 1807, welche auch den Namen zum erstenmal in Vorschlag bringt, sodann die Stellung, welche er selbst während einiger Monate und Stein während der Dauer seines zweiten Ministeriums innegehabt hatte. Aber niemals, auch nicht unter Friedrich I., hatte ein Minister eine solche Machtvollkommenheit in seiner Hand vereinigt, und selten ist einem Manne eine solche Genugthuung widerfahren wie Hardenberg, der, nachdem er drei Jahre früher dem französischen Machthaber hatte weichen müssen, jetzt sogar von Napoleon als der beste Vermittler zwischen Preußen und Frankreich anerkannt wurde. Sein Selbstgefühl, mächtig gehoben, begünstigte die ihm angeborene Neigung, der erste zu sein und keinen andern neben sich zu dulden. Was er in der Denkschrift vom 12. September 1807 für Stein gefordert hatte, wurde jetzt in weit reicherem Maße ihm selbst zu teil. Als Staatskanzler hatte er, wie die Verordnung sagt, die Oberaufsicht und Kontrolle über alle Zweige der Verwaltung; von jeder Behörde konnte er Rechenschaft fordern, ihre Verfügungen suspendieren oder im Auftrage des Königs durch eigene Verfügungen ersetzen. Er führte den Vorsitz im Staatsrate und war der erste Rat im königlichen Kabinet. Das letztere blieb auch nach der neuen Verordnung bestehen, der Geschäftsgang wurde folgendermaßen festgestellt: Alle an den König eingehenden Sachen sollten im Kabinet eröffnet werden; der König bestimmte, was er sogleich selbst entscheiden wollte. Das

übrige wurde in Militär- oder in Hof- und Civilsachen eingeteilt und insgesamt, mit Ausnahme der rein militärischen Angelegenheiten, dem Staatskanzler zugesendet. Dieser wählte aus, was er selbst dem Könige vorzutragen wünschte, und überwies das übrige teils dem Kabinetsrat, teils den Ministern und Departementschefs zur Bearbeitung. Der Staatskanzler hielt dem Könige Vortrag, so oft er es für nötig erachtete, und war bei den Vorträgen der übrigen Minister, welche wöchentlich einmal erscheinen sollten, und der besonders berufenen Departementschefs gegenwärtig. Auch von den Sachen, die der König ohne weitere Befragung entschieden hatte, mußte ihm Kenntnis und selbst von den rein militärischen Sachen wenigstens ein Auszug aus dem Journal gegeben werden. Die königlichen Entscheidungen wurden von demjenigen ausgefertigt, der den Vortrag gehalten hatte, gelangten aber dann sämtlich zur Reinschrift in das Bureau des Staatskanzlers. Schon nach diesen Bestimmungen besaß Hardenberg in seiner Eigenschaft als Staatskanzler in der gesamten Verwaltung und insbesondere im Kabinet den vorwiegenden Einfluß. Dieser wurde aber für seine Person noch außerordentlich gesteigert. Denn außer dem Ministerium der Finanzen übernahm er auch, da Dohna am 17. November seinen Abschied erhielt, das Ministerium des Innern. Die Departementschefs dieser beiden Ministerien hatten zwar insofern die Stellung eines Ministers, als sie für ihre Abteilung die Verantwortung trugen und direkt an den König berichteten; aber in wichtigen und allgemeinen Dingen hatten sie die Anweisungen des Staatskanzlers einzuholen, zum Vortrag im Kabinet kamen sie nur in außerordentlichen Fällen, und ihre schriftlichen Berichte wurden zuerst Hardenberg vorgelegt, der sie mit seinem „vidi“ versah oder seine abweichende Meinung beifügte. Auch im Ministerium des Auswärtigen fand bei dem nachgiebigen Charakter des Grafen Goltz der Wille Hardenbergs keinen Widerspruch. Der Staatskanzler erhielt zudem von allen Verhandlungen des Departements Kenntnis; einmal wöchentlich wohnte er den Beratungen desselben bei, und wenn dem Könige, der sich gleichfalls die diplo-

matische Korrespondenz vorlegen ließ, von dem Minister des Auswärtigen Vortrag gehalten wurde, geschah es in Gegenwart des Staatskanzlers. Der Staatskanzler unterzeichnete mit dem Minister die Koncepte der Verfügungen an die preußischen Gesandten und die wichtigeren Noten an fremde Gesandte. Auch das übrige wurde ihm zur Kenntnisnahme mitgeteilt[1]. Bedenkt man ferner, daß ein eigentlicher Kriegsminister gar nicht vorhanden, der Justizminister auf sein Fach beschränkt war, so ergiebt sich, daß Hardenberg nicht nur der erste, sondern eigentlich der einzige Minister war, von dem die ganze Verwaltung mit alleiniger Ausnahme der Militärorganisation Anregung und Leitung erhielt. In der That war auch die Verordnung vom 27. Oktober 1810 so sehr auf seine Person berechnet, daß sie nicht einmal genau zwischen seinen Befugnissen als Staatskanzler und denen unterscheidet, die ihm noch außerdem übertragen wurden. Eine ungeheure Verantwortlichkeit! Nur ein Mann von dem starken, immer hoffnungsreichen, zuweilen etwas leichtsinnigen Selbstvertrauen Hardenbergs konnte sie in so bedrängten Zeiten auf sich nehmen. Ruhmvoll und zum Wohle des Staates hat er sie getragen. Ratem commotis rexit in undis[2] — durch stürmische Wogen hat er das Fahrzeug gelenkt — durfte man mit Recht als Sinnspruch auf eine Denkmünze setzen, die, zur Feier seines 70. Geburtstages am 31. Mai 1820 geprägt, auf der einen Seite das Brustbild des Staatskanzlers, auf der anderen eine

[1] Der Minister konnte, wie auch die Instruktion vom 24. November 1808 bestimmt, die preußischen Gesandten bescheiden, und zwar im eignen Namen; nur „wenn es darauf ankommt, von den früher gegebenen Vorschriften Abweichungen oder die Verfolgung wichtiger Gegenstände aufzugeben", soll die Ausfertigung der Regel nach vom Könige vollzogen werden. Nach einer gütigen Mitteilung aus dem Geh. Staatsarchiv wurden jedoch auch nach dem Jahre 1808 die Berichte in der Regel formell an den König gerichtet, selbst wenn sie an den Minister des Auswärtigen adressiert waren. Die Erlasse an die Gesandten wurden ebenfalls im Namen des Königs ausgefertigt, ohne daß der König sie deshalb immer unterschrieben hätte. Über das in neuester Zeit übliche Verfahren vgl. Beilage Nr. XXVIII.

[2] Bei Vergil, Äneide V 868 endigt der Hexameter:
ipse ratem nocturnis rexit in undis.

römische Triere zeigt. Nach langem Zwischenraum kam wieder Einheit und Festigkeit in den Gang der Verwaltung; man fand Mittel, die Forderungen der Franzosen wenn nicht zu erfüllen, doch zu befriedigen und die Existenz des Staates selbst in den Drangsalen der Jahre 1811 und 1812 zu behaupten bis zu jenen Märztagen von 1813, wo der König die wiedergesammelte Kraft und die lange verhaltene Begeisterung des Volkes zum Befreiungskampfe aufrufen konnte.

Die Verordnung vom 27. Oktober 1810 hat die Umwandlungen des Staates überdauert; in den Grundzügen ist sie in unserm heutigen Staatswesen noch erkennbar. Aber wie sie auf besondere Verhältnisse berechnet war, so haben sich auch mit dem Wechsel derselben große Veränderungen an ihr vollzogen. Als Preußen aus den Napoleonischen Kriegen an Gebiet und Einwohnern beträchtlich vergrößert hervorgegangen war, als man mit ruhiger Besonnenheit die neuen Erwerbungen in den Organismus des Staates einfügen, so vielen socialen und politischen Anforderungen gerecht werden oder entgegentreten mußte, erkannte man aufs neue den Wert einer großen beratenden Behörde, zusammengesetzt aus den durch Verdienst und Fähigkeit hervorragenden Staatsdienern. Man empfand ihn um so mehr, als die Entwicklung ständischer Einrichtungen nach den unerfreulichen Erfahrungen Hardenbergs im Jahre 1811 für lange Zeit verschoben und auch seit dem Jahre 1823 durch die Provinziallandtage nur langsam gefördert wurde. Als Marschall des westfälischen Landtags mag Stein lebhaft den Unterschied dieser Institution von dem, was im Jahre 1808 ihm vorschwebte, empfunden haben. Dagegen hatte eine Kabinetsordre vom 3. Juni 1814 die Absicht ausgesprochen, den Staatsrat sobald als möglich in Thätigkeit zu setzen. Dies geschah durch die Verordnung vom 20. März 1817 im wesentlichen nach den Grundsätzen der Verordnung vom 27. Oktober 1810. Der Staatsrat bewährte sich als ein wirksames Glied in der Entwicklung des Staatswesens; was von seinen Verhandlungen bekannt geworden ist, giebt den Beweis, daß es den Mitgliedern weder an

durchdringendem Scharfblick noch an Freimut fehlte. Und wenn er vor dem Jahre 1848 in mancher Beziehung als Ersatz für parlamentarische Verhandlungen gelten konnte, so hat man auch in neuester Zeit in dem konstitutionellen Staat seine Wiederbelebung keineswegs für überflüssig erachtet.

Im Gegensatz zum Staatsrat mußte die Stellung Hardenbergs an Bedeutung allmählich verlieren. Wie hätte ein einzelner Mann dauernd eine solche Arbeitslast bewältigen können! Man begann damit, das Ministerium des Innern in die Ministerien des Innern und der Polizei zu zerlegen, ihnen sowie dem Finanzministerium eigene Leiter zu geben und allmählich auch die früheren Abteilungen zu selbständigen Ministerien zu erweitern. Begreiflicherweise stand auch der König in gereiftem Alter, nach so großen Erfolgen, soviel eigenen Erfahrungen seinem Staatskanzler und seinen Ministern anders gegenüber als in den Zeiten des Unglücks und der Erniedrigung. Beyme — seit 1814 wieder im Staatsdienst — erhielt nach der berühmten Denkschrift gegen die Karlsbader Beschlüsse mit Boyen und Humboldt 1819 seine Entlassung. Auch Hardenberg mußte nach dem Willen des Königs nur zu sehr einem System sich anbequemen, das gewiß nicht seinem Wunsche entsprach. Die Neuordnung der Finanzen konnte er im Frühjahr 1820 noch nach eigenem Plane durchsetzen, aber für die große Frage der Reichsstände, welche in den nächsten Jahren zur Entscheidung kam, reichten Kraft und Einfluß des alternden Staatsmannes nicht mehr aus. Als er am 26. November 1822 aus dem Leben schied, dachte man für die Nachfolge zuerst an den früheren Minister v. Voß, der bereits am 18. September zum Vicepräsidenten des Staatsministeriums ernannt war, und nach seinem baldigen Tode am 30. Januar 1823 an den Feldmarschall Kleist von Nollendorf, den ehemaligen Generaladjutanten. Aber auch Kleist starb schon am 17. Februar, und der König empfand hinfort weder Neigung noch Bedürfnis, einen Staatskanzler auch nur mit ähnlicher Machtvollkommenheit wie Hardenberg zu ernennen. Er selbst gab jetzt der Verwaltung die Einheit, und das nach der

Kabinetsordre vom 3. Juni 1814 vervollständigte und gemei
sam beratende Staatsministerium übernahm, wie es Beyme sich
im Sommer 1809 vorgeschwebt hatte, die Befugnisse, welc
Stein dem Staatsrate als einer höchsten administrative
Behörde zuweisen wollte. Der persönliche Verkehr mit de
Könige blieb auf das Notwendigste beschränkt. Bis zum Jah
1848 hatten nur einzelne Minister, meistens als Kabinetsminist
von den übrigen unterschieden, den regelmäßigen Vortrag im Ka
binet, bis die konstitutionelle Verfassung, welche alle Minister i
unmittelbaren Verkehr mit dem Könige setzt, diesen Unterschied weg
fallen ließ. Gleichzeitig verschwanden die Kabinetsordres für Civil
sachen, weil alle Regierungsakte des Königs nach der Verfassung
(Art. 44) der Gegenzeichnung eines verantwortlichen Ministers be
dürfen. Auch in Militärangelegenheiten blieb der Name nur inso
weit üblich, als sie keinen gesetzlichen oder normativen Charakter
tragen. Das Kabinet selbst blieb bestehen; es zerfiel bis zum
Tode Friedrich Wilhelms III. in zwei Abteilungen — später
als zwei besondere Kabinete unterschieden — für die Civil- und
die Militär-Angelegenheiten; der letzteren Abteilung, vornehmlich
„für die persönlichen Angelegenheiten" bestimmt und meistens
mit der gleichbenannten Abteilung des Kriegsministeriums ver-
bunden, stand ein Generaladjutant des Königs vor, der ersteren
ein Geheimer Kabinetsrat, welcher die den Ministern nicht vor-
behaltenen Sachen vorzutragen und ihre Ausfertigung zu be-
sorgen hatte[1]. Nach dem Abgange Albrechts konnte Lombards
Schwager und vertrautester Freund, der Geheime Kabinetsrat
Karl Christian Müller, von 1834—1846 sich in diesem Amte
die Zufriedenheit zweier Könige erwerben[2].

[1] Nach einer gütigen Mitteilung Sr. Excellenz des Herrn Dr. v. Lucanus, Chef des Geheimen Kabinets Sr. Majestät des Kaisers und Königs für die Civilangelegenheiten, ist eine besondere Instruktion für den Geschäftsgang in neuerer Zeit nicht erlassen worden; noch immer dient die Verordnung vom 27. Oktober 1810 als Grundlage. Über spätere Veränderungen in der Zusammensetzung des Kabinets vgl. Beilage Nr. XXIX.

[2] Vgl. Beilage Nr. XXX.

Dreizehntes Kapitel.

Lombards letzte Lebensjahre.

Im vorigen Kapitel hatten wir Lombards Namen nicht zu erwähnen. Bei der Umbildung der preußischen Verwaltung konnte er weder Einfluß äußern noch Verwendung finden. Hätte sich sein Briefwechsel mit hochgestellten Freunden erhalten, so würde er über das Getriebe der Parteien in jenen Tagen oder wenigstens über Lombards eigene Ansichten gewiß interessanten Aufschluß geben. Aber wir sind auf die Familienkorrespondenz beschränkt; neben ihr ist nur ein Brief von Haugwitz mit Lombards Antwort noch vorhanden. Der Minister hatte sich nach seiner Verabschiedung im November 1806 auf seine Güter nach Schlesien zurückgezogen. Stein machte es ihm später zum Vorwurf, daß er inmitten der französischen Heere sich aufhalte. Aber der König antwortet am 7. September 1807 sehr gnädig auf die Glückwünsche, welche Haugwitz zu seinem Geburtstag gesandt hatte; er spricht seine Freude aus, daß die bayerischen Generale nach den Befehlen ihres Souveräns Haugwitz mit Achtung behandelt hätten und daß er sein Betragen ganz nach den Wünschen des Königs habe regeln können. Er begreift und billigt auch, daß Haugwitz seinen Sohn zur Ausbildung nach Wien geschickt habe[1]. Aber bald sah sich der entlassene Minister in allerlei Unannehm-

[1] Eine Abschrift des Briefes in Lombards Nachlaß.

lichkeiten verwickelt. Stein hatte am 24. Dezember 1807 den mit der Provinzialverwaltung in Schlesien betrauten Geheimen Rat von Massow ermächtigt, Gutsbesitzer, welche das Verbot der Wollausfuhr nicht geachtet hätten, insbesondere Haugwitz und den Feldmarschall Kalckreuth, zur Strafe zu ziehen; daran mögen sich andere unfreundliche Maßregeln der untern Behörden geknüpft haben. Am 31. Dezember 1809 richtet Haugwitz nach zweijährigem Schweigen ein Schreiben an Lombard, worin er sich über die ihm widerfahrenen Kränkungen beklagt und die Vermittlung des alten Freundes bei dem Großkanzler Beyme in Anspruch nimmt. Er stand eben im Begriff, seinen Sohn, der die Universität Heidelberg beziehen sollte, nach Leipzig zu begleiten. „Wie ich in die Nähe von Berlin komme", schreibt er, „erneuern sich einige Erinnerungen. Die der Freundschaft werden mir immer teuer bleiben; andere müßten mich überleben, aber es scheint, daß man sich bemüht, sie in Vergessenheit zu bringen. Was mich angeht, so werde ich stets im Gedächtnis halten, was ich unter Friedrich Wilhelm II. gewesen bin, und ich schulde seinen Manen, über meinem Haupte keinen Argwohn schweben zu lassen, welcher meine Ehre angreift. Ich habe ein Recht, zu erwarten, daß die Nachwelt mir einen Platz in der Geschichte seiner Regierung nicht versagen wird. Und warum sollte ich es verhehlen? — es liegt mir wenig daran, daß sie die Verträge aufzählt, die ich abgeschlossen habe, oder daß sie die Ausdehnung der Provinzen hervorhebt, welche während meines Ministeriums mit der Monarchie verbunden wurden; aber ich halte darauf, daß sie der Reinheit meines Willens und der Aufrichtigkeit meines Charakters Gerechtigkeit widerfahren lasse." Lombards Antwort beweist, wie sehr er die Gefühle des Grafen teilte. „So sind die Menschen", setzt er hinzu, „aber um Gottes willen, lieber Graf, verwechseln Sie nicht mit ihnen unsern unglücklichen Herrn. Der Brief, denn er Ihnen geschrieben hat, ist von ihm; der andere, welcher Sie so tief verletzte, ist von jenem harten Manne, dessen kurze Macht durch Fehler gekennzeichnet wurde und mit Thorheiten endigte. Beyme, auf den Sie rechnen

können, weil er Sie in der Nähe gesehen hat, und weil er zu der geringen Zahl von Menschen gehört, welche bei unserm Unglück auch über dessen Gründe nachdenken, Beyme ist überzeugt, daß ein Wort von Ihnen, in würdigem Tone gehalten, hinreichen wird, um von der alten Freundschaft des Königs die Genugthuung zu erwirken, die Ihnen gebührt. Anfangs wollte er Ihren Brief dem Könige mitteilen, aber dann hat er gedacht, für Ihren Charakter und Ihre Beziehungen sei es passender, sich unmittelbar an Seine Majestät zu wenden. Wenn wir beide uns über die Gesinnungen des Königs nicht täuschen, so werden Sie diesen vortrefflichen Fürsten in jedem Augenblick Ihres Lebens so finden, wie Sie ihn in den Zeiten unseres Ruhmes gekannt haben."

Das Beispiel des Grafen Haugwitz mochte mitwirken, daß auch Lombard seinen ältesten Sohn die neu erblühende, von Berlin aus gern besuchte Universität Heidelberg beziehen ließ. Dieser Sohn hatte sich zur Freude der Eltern entwickelt in dem Maße, daß er mehr und mehr der Mutter mit Rat, dem Vater mit mancherlei Hülfleistungen zur Hand gehen konnte. Lebhaft fühlten beide, wieviel sie durch seine Entfernung verloren; um so eifriger suchten sie sich durch einen Briefwechsel zu entschädigen, der eben deshalb die ergiebigste Quelle für Lombards letzte Lebensjahre wird. Es ist unmöglich, diese Blätter vor Augen zu haben, ohne sich angezogen zu fühlen durch das Bild eines Familienlebens, welches unter allen Verhältnissen seine einigende Kraft bewährt und unter dem Druck der schwersten Prüfungen neue Stärke zu gewinnen scheint. Die Mutter zeigt sich dem Sohne gegenüber liebevoll, nachsichtig, aber dabei verständig und, wenn es sein muß, zu durchgreifendem Handeln bereit. Selbst in dem fehlerhaften Deutsch, das sie an Stelle der französischen Muttersprache jetzt gebraucht, findet sie nicht selten einen glücklichen Ausdruck für ihre Gefühle; die Art, wie sie des kranken und dadurch zuweilen von Sorge und Trübsinn befallenen Mannes erwähnt, zeugt von einer ebenso zarten als tiefen Empfindung. Lombard selbst begiebt sich niemals seiner Würde als

Vater und Familienhaupt, auch bei dem faſt freundſchaftlichen Verhältnis, in das er ſich zu ſeinem Sohne ſtellt. Seine Ratſchläge und Ermahnungen ſind immer auf das Tüchtige und Edle gerichtet, und ſelbſt unter den Leiden der Krankheit ſteht er nicht an, Bequemlichkeit und eigenen Vorteil dem Wohle des Sohnes zu opfern. Im Frühling 1810 war ihm wenigſtens zeitweilig eine Erholung vergönnt. Gleich in dem erſten Briefe vom 21. April meldet die Mutter dem noch auf der Reiſe befindlichen Sohne, der Vater ſei tags vorher mit dem Profeſſor Erman nach Potsdam, Zehdenick und weiter ins Land geritten; ſie erwarte ihn erſt Ende der nächſten Woche zurück. Wenig ſpäter, am 9. Juni, hatte ſie von der Erhebung Hardenbergs, von den großen Veränderungen zu melden, die, ſo wichtig für den ganzen Staat, für die Familie Lombard von beſonderer Bedeutung waren. Die Entlaſſung Beymes wurde freilich dadurch einigermaßen erſetzt, daß auch der neue Juſtizminiſter von Kircheiſen und ſeine vortreffliche Frau zu den genaueſten Freunden des Hauſes gehörten. Die Mutter begleitet das Ereignis nur mit dem Wunſche: „Es gebe der Allgütige, daß alle Veränderungen, die wir ſchon erlebt haben, und alle, die wir noch erleben werden, zum Beſten des Vaterlandes gedeihen mögen.“ Für Beyme ſelbſt ſieht ſie in dem Wechſel beinahe einen Vorteil, weil er die unfreiwillige Muße benutzen könne, um mit ſeiner Familie den Sommer und Herbſt in der Schweiz, den nächſten Winter in Italien zu verleben. Ernſter faßt Lombard in einem Briefe vom 18. Juni die Sache auf. „Den Sturz meines edeln Freundes Beyme“, ſchreibt er, „haſt Du durch die öffentlichen Blätter erfahren. Er fiel mit dem ganzen Miniſterium, nicht daß *er* mit demſelben die Schuld ſeiner Unthätigkeit geteilt hätte, ſondern weil ſeine Exiſtenz und Anſehen nicht vereinbar ſchienen mit der Allgewalt, die man dem jetzigen Großdignitär beſtimmte. Wohl ihm, der mit reinem Herzen und Gewiſſen zeitig abtritt von der undankbaren Bühne, ſich ſelbſt genug durch eigene Mittel und Herr durch ſein Vermögen über die Wahl des künftigen Glücks. Du wirſt in wenigen Tagen die Freude

haben, ihn zu sehen, denn sein Weg nach der Schweiz, wo er den Sommer zubringt, führt ihn über Heidelberg." „In dem Hause von Kircheisen ist seit seiner Erhebung zu dem Posten eines Justizministers ein gewaltiger Tumult. Noch haben sie ihrer Größe nicht recht froh werden können; denn sie haben viel häusliches Leid . . Übrigens sind sie nach wie vor die liebevollen Leute, zu würdig ihres Glücks, um sich durch dasselbe irre machen zu lassen."

Um die Reise mag Lombard nicht weniger als seine Frau den Freund beneidet haben. „Lange", heißt es in demselben Briefe, „hatte ich die Hoffnung genährt, diesen Monat bei Dir zu schließen; noch vor acht Tagen machte der Gedanke Deiner Mutter innigste Freude. Wichtige Rücksichten haben das Opfer verlangt, und ich versuche wie immer, auch jetzt mit Hingebung zu tragen. Sie tröstet sich mit der Möglichkeit, im künftigen Jahre zu ersetzen, was in dem laufenden aufgegeben wurde; aber die Jahre eilen, das müde Glück sinkt tiefer mit jedem Wechsel, und ich gewöhne mich immer mehr daran, für verloren zu halten, was nicht lebt und erst kommen soll. — Du fehlst uns sehr, besonders mir, dem Verwahrlosten, der Freund, Diener, Führer, Sekretär und Hofmeister zugleich verlor. An sonstigen Ursachen des Grams würde es übrigens mir auch in dieser Zeit nicht gemangelt haben, hätten nicht Erfahrung und Würdigung des Wirklichen im Leben mir längst das Herz mit einem aere triplici umpanzert." Der Sohn, wünscht er, möge die Ferien zu einer Reise an den Bodensee benutzen; für die Mittel werde gesorgt werden. Zugleich ermahnt er ihn aber, mit dem ihm ausgesetzten, man muß sagen, für die damalige Zeit reichlichen Jahresgelde von 600 Thalern Haus zu halten. Die ihm befreundeten Söhne des Präsidenten v. Gerlach seien mit 500 Thalern bequem ausgekommen. „Mögest Du aber auch uneringnert bedenken", fährt er fort, „daß es sich in Deinem Alter wohl zieme, daß es für das ganze Leben Kraft im Tragen, Trost im Leiden, doppelte Empfänglichkeit im Genuß hervorbringe, wenn man sich daran gewöhnt, eine große Freude durch kleine

Opfer vorzubereiten, und des schlechten Neckarweins lieber weniger trinkt, um an dem herrlichen Bodensee alles zu erschöpfen, womit das Gefühl schwelgen kann." Es befremdete Lombard, daß der Sohn von seiner Aufnahme in Heidelberg, von seinen Bekanntschaften, von der Wirkung seiner Empfehlungsbriefe gar nichts geschrieben hatte. „Was die dortige Natur Dir sein würde", schreibt er, „wußte ich, denn ich kannte sie, und wehe dem Gemüt, das sie unerschüttert ließe! Beziehungen auf Menschen sind aber dem Menschen die wichtigsten. In diesem Hauptverhältnisse des Lebens Dir zu folgen, hätte für mich ein überwiegendes Interesse. Finde mich nicht ab mit dem, was ich überall wie in Deinem Briefe finden kann! Deine Geschichte ist es, was meine Neugier, meine Wünsche, meine Hoffnungen spannt; diese ist in Deinem Gefühl für den Menschen und in Deinem Begriffe von ihm. Das übrige ist das Spiel im Leben, häufig eine sehr schöne, selbst eine edle Zierde desselben, immer aber Nebensache, unterworfen dem großen Interesse, das allein unser Schicksal macht." „Ich hoffe", sagt er zum Schluß, „daß Du Deine Humanitäten nicht versäumst. Gieb dieses unglaubliche Mittel der Freude in allen Lagen, des Trostes bei jeder Entbehrung nicht mutwillig aus den Händen! Täusche Dich nicht mit der Idee, daß Du sie einst wieder vornehmen könnest, auch nach einer langen Unterbrechung. Noch warst Du nicht fest genug in den alten Sprachen, um nicht der steten Übung zu bedürfen. Hörst Du keinen Professor in diesem Fache?"

Ein Vater, der seinen Sohn während der Universitätsjahre beraten will, könnte solche Mahnungen zum Muster nehmen; gleich der folgende Brief enthält eine schöne Lehre für den künftigen Beamten. Der Sohn hatte über die Entlassung des verehrten Ministers in heftigen Worten sich geäußert und sogar zu der Drohung verstiegen, er wolle dem undankbaren Vaterlande den Rücken wenden. Aber die Mutter erwidert ihm am 30. Juni: „Deine Gedanken, künftig einmal in fremde Dienste zu treten, billige ich keineswegs; rechtliche Menschen müssen ihrem Vaterlande dienen, auch wenn sie es nicht so können, wie sie es

wünſchen oder nach ihren Fähigkeiten vermöchten. Zweitens kommen die wichtigſten Angelegenheiten der Menſchen gewöhnlich ganz anders zu ſtehen, als man es ſich denkt, und drittens giebt es bei allen Völkern und unter einer jeden Regierung etwas, was nicht ſo iſt, wie es ſein ſollte. Laß daher, ich bitte Dich, den böſen Gedanken fahren, und bleibe Dir und Deinem Vaterlande getreu im Glück ſowie im Unglück!" Lombard ſelbſt bemerkt in einer Nachſchrift: „Hüte Dich vor Unmut — denn in der Ferne wird er leicht ungerecht —, immer aber vor ſolchen Ausbrüchen desſelben, wie ſie Dein letzter Brief enthielt. Mein edler gefallener Beyme giebt hier das Beiſpiel der duldenden Ehrfurcht, der unter den Schlägen des Schickſals treu bleibenden Liebe. Es giebt heilige Pflichten, die nicht den Ausgang berechnen, ſich ſelbſt aber genug ſind. Indes — Dein Alter empfindet lebhaft; es ſei. Traure, wenn Du nur liebſt! Zürne, wenn Du nur ſchweigſt!" Beyme, der den Brief in Heidelberg ſelbſt in die Hände des Sohnes gab, wird dieſen Lehren nicht widerſprochen haben.

In den erſten Tagen des Juli trat auch Lombard mit ſeiner Frau und den beiden Töchtern ſeines Hauswirts Claude eine Reiſe nach Teplitz an, wo er mit Kircheiſen zuſammentraf und beinahe fünf Wochen verweilte. „Die Bäder", ſchreibt er am 19. Juli, „greifen mich an; übrigens aber lebe ich auf in der göttlichen Gegend, in der reinen Gebirgsluft, unaufhörlich mich bewegend und meinen gottlob noch friſchen Sinn an der ſchönen Natur labend." Auch jetzt legt er ſeinem Sohne wieder dringend ans Herz, neben den juriſtiſchen Fachſtudien die Philoſophie und die alten Sprachen nicht zu vernachläſſigen. Wenn er keine philologiſchen Vorleſungen hören könne, ſolle er wenigſtens geloben, jeden Tag ein Kapitel des Tacitus zu leſen, nicht oberflächlich, denn das würde nichts nützen, ſondern ſo, daß kein einziger Zweifel übrigbleibe; das ſei wenig, aber doch eine Übung, die ihn, ſtrenge befolgt, vor Rückſchritten retten werde. Nach Beendigung der Kur folgte um die Mitte des

Auguſt noch ein Aufenthalt in Karlsbad; vor dem Schluß des Monats war Lombard wieder in Berlin.

Unterdeſſen hatte Auguſt ſeine Ferienreiſe angetreten und mit jugendlichem Unternehmungsgeiſt vom Bodenſee über Zürich und den Gotthard bis nach Mailand ausgedehnt. Auf dem Rückweg hatte er in Lauſanne Beyme und deſſen Frau getroffen, welche ſich nach dem Ausdruck des Heidelberger Studenten auch in der Schweiz ſchon „ſo bekannt wie ein bunter Hund gemacht hatte". Zur großen Freude der Eltern berichtete das Ehepaar von dem guten Ausſehen und Benehmen des jungen Lombard, der dann über Neuenburg und Biel die Rückreiſe antrat und Mitte Oktober wieder nach Heidelberg gelangte[1]. Er blieb dort auch während des nächſten Winters; zum erſtenmal ſeit 18 Jahren mußte die Mutter am 27. November ihren Geburtstag in Abweſenheit des Lieblingsſohnes begehen. Wie ſchmerzlich ſie ihn vermißte, zeigt ein Brief, am 3. Dezember um Mitternacht geſchrieben. Lombard befand ſich zu ſo ſpäter Stunde noch in einem Freundeszirkel; ſchon daraus erſieht man, daß ſein Befinden ſich gekräftigt hatte. In einer Nachſchrift vom folgenden Tage klagt er zwar über ſeine Geſundheit, hegt aber doch die Hoffnung, den im vergangenen Sommer vereitelten Plan einer Schweizerreiſe im nächſten Jahre zur Ausführung zu bringen, wenn nur die beſchränkten Mittel es geſtatteten; von dem Sohn erbittet er genaue Angaben, wie hoch wohl die Koſten für einen Fußgänger ſich belaufen würden. Was ihm dieſe Berechnung ſo wichtig machte, waren nicht zum wenigſten die Hardenbergſchen Steuergeſetze, welche ihm ſchwere Opfer auferlegten. „Bei uns", ſchreibt er am 4. Dezember, „iſt eine Umwälzung erfolgt, gegen die die Kataſtrophe von Jena nichts war. Von der ehemaligen Verfaſſung iſt keine Spur mehr übrig. Begriffe, die man ſonſt um keinen Preis hätte antaſten mögen, ſind unter die Füße getreten, die neuen Laſten kaum erſchwinglich. Aber die Einbildung, gewohnt an

[1] Vgl. Tagebuch Auguſt Lombards; Brief der Mutter v. 26. Oktober.

das Ungeheure, scheuet vor keiner Erscheinung mehr zurück. Man seufzt über das Vaterland und fügt sich in den eigenen Schmerz. Es hat einmal nicht anders sein können. Schade nur, daß Hardenbergs Vorgänger zwei schöne Jahre, ohne einen Schritt zu thun, vergehen ließen. Schon wäre ein Teil des Guten bewirkt, ein Teil des Bösen überstanden." Die Worte erinnern an die Klagen eines märkischen Edelmanns, der zu Berlin im Kasino nach Vorlesung des Edikts vom 9. Oktober 1807 ausgerufen hatte: „Lieber noch drei verlorne Auerstädter Schlachten!" [1]. Sie beweisen aber auch, daß Lombard die neuen Steuern, wenngleich er sie drückend fand, doch als notwendig anerkannte. Was ihm in vielen Bedrängnissen Trost gab, war wieder die Beschäftigung mit den Klassikern. Mit großer Freude vernahm er, daß der Sohn bei dem alten Voß eine Vorlesung über Theokrit besuche; er selbst beschäftigte sich mit einer Übersetzung der Horazischen Satiren, welche rasch vorrückte und nach dem Urteil der Freunde ihm besser als alles Frühere dieser Art gelungen war. Nach ihrer Beendigung dachte er sogar an eine Reise nach Paris, um dort die Früchte seiner Mühen zu ernten. „Mag der Traum mich trügen", ruft er aus, „er war doch selbst ein Genuß!" Nur zu bald ging er zu Ende. Am 13. Januar 1811 klagt die Mutter, der Vater sei bereits seit sechs Wochen von einem beständigen Husten geplagt, und in tiefer Betrübnis schreibt sie am 5. Februar: „Dein armer Vater kämpft noch immer gegen denselben bösen Husten, der ihn schon vergangenen Winter so sehr quälte; ich fange an zu befürchten, daß am Ende sein ganzer, schon so sehr entkräfteter Körper durch die immerwährende Erschütterung zu Grunde geht. Was ich dabei leide, kannst Du Dir leicht denken. Wenn mich nicht der Gedanke an Gottes Allmacht und Güte aufrechterhielte, so müßte ich ganz verzweifeln." Lombards Hoffnung war noch immer auf die Reise gerichtet; „mein Leben ist ein langsamer Tod", klagt er in der Nach-

[1] „Weitere Beiträge aus den Papieren Schöns" S. 51.

schrift; „die Schweiz, die Schweiz! Dort sagt eine innere Stimme mir, dort ist Rettung!“ Sein erster Ausgang, als er sich wieder etwas stärker fühlte, war zu einem Banquier, um eine Geldsendung für August zu besorgen. Aber schon nach wenigen Wochen warf ihn ein neuer Anfall seines Leidens wieder auf das Krankenlager, diesmal mit solcher Heftigkeit, daß man an seiner Genesung verzweifelte; erst am 15. April kann die Mutter schreiben, daß die ärgste Gefahr vorüber sei. Im Mai wurde der beinahe aufgegebene Gedanke einer Schweizerreise wieder rege. Aber jetzt trat ein anderes Hindernis hervor in der Sorge, die Reisekosten möchten unerschwinglich sein. Lombards Vermögen war zum großen Teil in Neumärkischen Schuldverschreibungen angelegt, welche infolge der Kriegsnot seit dem März 1810 keine Zinsen mehr eintrugen[1]. Dazu kamen Verluste anderer Art; die Mutter spricht einmal die Befürchtung aus, man werde kaum die Hälfte des Vermögens retten können. Unter solchen Bedrängnissen, die im Gemüte des schwer Kranken eine doppelt trübe Färbung erhielten, rieten ihm treue und einflußreiche Freunde, besonders Ancillon und Kircheisen, sich an die Gnade des Königs zu wenden. In dem Charakter Friedrich Wilhelms III. ist es ein schöner Zug, daß er Personen, denen er einmal seine Zuneigung geschenkt hatte, nicht leicht vergaß und, weit entfernt, ihnen das Unglück vergangener Tage aufzubürden, sie nach wie vor gern durch ein Zeichen seines Wohlwollens erfreute. So hatte auch Haugwitz für die vermeintlichen Kränkungen der Jahre 1808 und 1809 bald Genugthuung erhalten. In voller Herzensfreude kann Lombard am 19. Februar 1811 seinem Sohne schreiben: „Weiß [der junge] Haugwitz, daß sein redlicher Vater die Freude gehabt hat, von seinem König in Schlesien als alter, bewährter Freund wiedergefunden zu sein? Stundenlang sind sie zusammen allein gewesen. Meinem Herzen ein Balsam!“ Als Lombard im August 1807 seine Entlassung erhielt, lag

[1] Brief der Mutter am 13. Januar 1811.

es in der Absicht des Königs, daß seine Einkünfte nicht geschmälert werden sollten, da die Stelle des Sekretärs der Akademie, wie sein früheres Amt, mit einem Einkommen von 3000 Thalern ausgestattet war. Nur zur Vorsorge und als Aushülfe wurde ihm während der Übergangszeit ein Wartegeld von jährlich 1500 Thalern auf die königliche Kasse angewiesen. Da jedoch die Akademie während der fremden Herrschaft den größten Teil ihrer Einkünfte einbüßte, so hat auch Lombard das ihm zukommende Gehalt niemals bezogen, und nachdem er von der neuen Stelle zurückgetreten war, sah er sich für immer auf die Hälfte seines früheren Einkommens beschränkt. Zu verschiedenen Malen hatten sowohl Beyme als Altenstein ihn angeregt, den König an frühere Zusagen zu erinnern. Er hatte sich nicht dazu entschließen können; aber jetzt, am 22. Mai, richtete er an den König das folgende Schreiben[1]:

„Ich habe geglaubt, Ew. Majestät würden von mir nicht ferner reden hören, als wenn Sie meinen Tod erführen. Die schöne Maiensonne täuscht noch einmal meine Berechnungen, und ohne mir die Hoffnung auf Gesundheit wiederzugeben, kündigt sie mir unbestimmte Verlängerung meiner Leiden an. Daraus entspringt in meinen letzten Entschließungen ein Wechsel, den ich bedaure. Ich dachte einen Brief zu hinterlassen, in dem ich Ew. Majestät für meine Familie anflehte; jetzt flehe ich Sie für mich selber an.“ Er schildert dann seine Verluste; wenn aber seine Lage sich so ungünstig gestaltet habe, so liege die Schuld nicht am Könige, der ihm stets ein väterlicher und gerechter Herr gewesen sei und beim Rücktritt in das Privatleben die Versicherung erteilt habe, daß er an Einkommen nichts verlieren solle. Ohne ein Wort der Klage, sei er zu sterben entschlossen gewesen, denn es habe ihm widerstrebt, mit seinen Leiden einen Gebieter zu behelligen, den die eigenen nur zu schwer bedrückten. Aber — der Schluß des noch erhaltenen Entwurfes fehlt, muß

[1] Vgl. Beilage Nr. XXVI.

jedoch überzeugend genug gewesen sein, denn der König antwortet bereits am 30. Mai:

„Mit vielem Bedauern habe Ich durch Ihren Brief vom 22. dieses Monats von Ihrem leidenden Gesundheitszustande Nachricht erhalten. Es wäre Mir leid, wenn er durch Entbehrungen noch drückender würde, und erhöhe Ich gern Ihre gegenwärtige Pension vom 1. Mai dieses Jahres ab um jährlich 1500 Thaler. Die bezüglichen Anweisungen sind dem General-Kassendepartement zugegangen. Indem Ich mich freue, zu Ihrer Zufriedenheit beizutragen, hege Ich aufrichtige Wünsche für Ihre Genesung."

Hardenberg scheint bei dieser Gelegenheit, alten Groll vergessend, seinen wohlwollenden Charakter bewährt zu haben; denn Lombard fühlte sich veranlaßt, gleich am Tage, nachdem die erfreuliche Nachricht ihm zugekommen war, ein besonderes Dankeswort an den Minister zu richten. „Ew. Excellenz", schreibt er, „beginnen heute ein neues Jahr. Möchten Sie Gelegenheit finden, den ersten Tag desselben wie den letzten des gestern beschlossenen Jahres durch eine glückliche Handlung zu feiern, die einen Glücklichen macht. Das sind die Freuden für ein Herz wie das Ihre. Könnten Sie doch in meinem Herzen lesen, mir bliebe dann nichts mehr zu wünschen."

Sonderbare Worte in dem Munde eines so schwer Leidenden! Die Krankheit verschlimmerte sich wieder; die Reise in die Schweiz mußte verzögert werden. Im Juli bezog die Familie eine Wohnung am Thiergarten, um frische Luft und Spaziergänge in der Nähe zu haben. Erst im August entschloß sich Lombard auf wiederholtes Andringen seiner Frau und seiner Freunde, während des nächsten Winters einen Aufenthalt im Süden zu nehmen. Hardenberg scheint nochmals für ihn eingetreten zu sein und Hindernisse aus dem Wege geräumt zu haben; Lombard schreibt ihm am 22. August: „Ew. Excellenz überhäufen mich mit Wohlthaten; dank Ihrer Güte kann ich abreisen. Wenn ich zurückkehre, werde ich Ihren Namen niemals ohne Rührung aussprechen; kehre ich nicht zurück, so werde ich meine letzten glück-

lichen Augenblicke Ihnen verdankt haben." Tags darauf teilt die Mutter dem Sohne einen bestimmten Reiseplan mit. Man dachte Berlin am 27. August zu verlassen und über Leipzig und Frankfurt in etwa 8 Tagen Heidelberg zu erreichen, dort einige Zeit zu verweilen und dann durch die Schweiz den Weg nach Nizza zu nehmen, um im nächsten Sommer, wenn Gott Leben und Gesundheit schenke, über Paris nach Deutschland zurückzukehren. Eduard, der jüngere Sohn, sollte sie begleiten; gern hätte die Mutter auch August mitgenommen, von dessen Beistand der kranke Vater so große Erleichterung sich versprechen durfte. Aber Lombard wollte, gerade weil ihm selber kein langes Leben mehr vergönnt schien, das Fortkommen seines Sohnes nicht verzögern; er trat mit seinen Wünschen zurück, und August erhielt die Wahl, während des Winters seine Studien in Heidelberg oder an der kaum begründeten Universität Berlin fortzusetzen.

Am bestimmten Tage wurde, wie es scheint, die Reise angetreten; aber schon in Leipzig stellte sich heraus, wie schwer und langsam man vorankomme. Die Mutter mußte nach Heidelberg melden, daß der Tag der Ankunft sich nicht bestimmen lasse. „Dein armer Vater", schreibt sie, „liegt jetzt ganz ermattet auf dem Sofa; kaum hat er die Kraft, seinen August grüßen zu lassen. Du wirst ihn sehr verändert finden; laß es Dir aber nicht merken, denn er ist so reizbar, daß alles einen tiefen Eindruck auf ihn macht." Über die fernere Reise in Deutschland wissen wir nur, daß August die Eltern von Heidelberg bis Heilbronn begleitete. Am 22. September gelangte man nach Zürich, wo ein Aufenthalt von fünf Tagen genommen wurde. Die Mutter schreibt entzückt von dem Eindrucke der großartigen Natur; sie fand einen freundlichen Führer in einem der ausgezeichnetsten Kenner der Alpenwelt, dem Arzt und Naturforscher Johann Gottfried Ebel[1], einem geborenen Schlesier, seit 1810

[1] Joh. Gottfried Ebel, geb. 6. Oktober 1764 zu Züllichau im preußischen Schlesien, gest. 8. Oktober 1830 in Zürich, verfaßte unter anderem eine „Anleitung auf die angenehmste und nützlichste Art in der Schweiz zu reisen" (1793). 1810 erschien die dritte Auflage dieses Werkes.

in Zürich ansässig, der wahrscheinlich schon in den achtziger Jahren mit Lombard bekannt geworden war. Nach viertägiger Fahrt wurde am 30. September Bern erreicht, das durch seine stattlichen Gebäude und seine herrliche Lage die Reisenden beinahe noch mehr als Zürich entzückte. Auch Lombard konnte zuweilen im warmen Sonnenschein auf der Terrasse vor dem Münster an der unvergleichlichen Aussicht auf die Alpenkette sich erfreuen. Hauptzweck des Aufenthalts war, den jüngeren Sohn in einer landwirtschaftlichen Anstalt, dem damals hoch berühmten Fellenbergschen Institut zu Hofwyl in der Nähe von Bern, unterzubringen. „Gestern", schreibt die Mutter am 2. Oktober, „haben wir die Bekanntschaft des Herrn von Fellenberg gemacht: er war hier und hat uns besucht. Ein angenehmer, guter Mann mit einer recht einnehmenden Physiognomie. So eben hat er uns die Bedingungen zugeschickt." Als man sich geeinigt hatte, wurde die Reise fortgesetzt in einem Wagen, der endlich in Bern statt der hölzernen Federn eiserne erhielt, leider zu spät, weil das heftige Stoßen der Brust des Kranken bereits äußerst nachteilig geworden war. Lombard fühlte sich so entkräftet, daß die Frau befürchtete, ihn nicht mehr bis Nizza bringen zu können; dazu kam eine sich steigernde Reizbarkeit bei den kleinen Widerwärtigkeiten, von denen in damaliger Zeit kein Reisender verschont blieb. Leidlicher, als sich erwarten ließ, gelangte man dann doch über Murten und Lausanne nach Genf und am 27. Oktober nach Nizza. Eine schöne Wohnung in einem Garten nahe dem Meere, an der großen Straße, die nach Frankreich führt, war bald gefunden; die wiedererlangte Ruhe that dem Kranken wohl, täglich konnte er am Morgen und am Nachmittag zwischen den Orangebäumen, die den Garten zierten, in der warmen Sonne sich auf- und abbewegen. Die Frau faßte wieder einige Hoffnung oder nahm wenigstens in den Briefen, welche Lombard zu lesen verlangte, den Schein der Hoffnung an. Sie schreibt von Ausflügen, die man in der Umgegend machen, von einem Sommeraufenthalt in Interlaken, der die Kräfte wiederherstellen werde. Aber ein Brief vom 27. November 1811

ist von trüben Ahnungen erfüllt. Die Schwäche des Kranken, sein schmerzlicher Husten dauerten fort; Besuche konnte er nicht empfangen; selbst die Anstrengung, sich aus dem Hause ins Freie zu begeben, kostete schon Überwindung. Aber alles, was die zarteste Liebe ersinnen kann, wurde ihm von der treuen Pflegerin zugewendet; unermüdlich wachte sie über ihm und wußte sogar den eigenen Kummer vor ihm zu verbergen. Ihr einziger Trost waren die Briefe des Sohnes August, der seit dem Oktober in Berlin studierte und die Erlaubnis zu erwirken dachte, sich schon im nächsten Frühling, also nach nur zwei Universitätsjahren, der ersten Staatsprüfung zu unterziehen. Aber wie selten waren die Briefe in damaliger Zeit, und wie lange ließen sie sich oft erwarten! Die Mutter schreibt gewöhnlich alle Monate, der Sohn alle 14 Tage, und wenn ein Brief zur Ankunft nur zwanzig Tage braucht, macht er eine ungewöhnlich schnelle Reise. In den trüben Dezembertagen hatte man wochenlang vergeblich auf Nachrichten gehofft, als am 23. Dezember plötzlich Briefe von den Söhnen, Beyme, Kircheisen, Müller und anderen Freunden auf einmal eintrafen. „Acht Briefe mit einem Mal", antwortet Lombard selbst; „das ist am Ende der Welt eine Begebenheit. Ich verschlinge sie trotz dem Fieber, die Mutter tanzt um mich herum; auf acht Tage ist Vorrat da zu Freude und Gespräch. Kircheisens Aufnahme, so sehr sie Dich rührt, wundert mich gar nicht. Sie galt — nicht Deinen schönen Augen — sondern ihrer Freundschaft für uns, die unter keinen Umständen sich verleugnet hat; Beymes Brief ist auch ganz nach dem alten Stil. Mache Dich würdig solcher Gönner!" Lombard saß, als ihm diese Freude zu teil wurde, eben am Schreibtisch mit einem langen Briefe beschäftigt, an dem er seit einer Woche täglich ein Stück geschrieben hatte. Es war eine Art politischen und religiösen Testaments, das bei den Berliner Freunden, denen August davon Kenntnis gab, einen tiefen Eindruck machte. Leider scheint es bei diesem Rundgange nicht in die Hände des ersten Empfängers zurückgekehrt zu sein; denn nur die letzte Seite des Briefes, welche von den Erlebnissen des Tages handelt, hat sich erhalten.

Die Mutter sagt in einer Nachschrift: „Wohl hat Dein Vater recht, wohl sind sie beklagenswert zu nennen, die Unglücklichen, deren Glaube nicht bis zu einer höheren, alles leitenden Vorsehung reicht. Ich für mein Teil danke täglich Gott, daß dieser Strahl seines Geistes mein Inneres erhellt; denn unaussprechlich elend wäre mein Schicksal ohne diesen festen Glauben an seine alles umfassende Liebe."

Das neue Jahr brachte Lombard keine Besserung; ein Brief der Mutter vom 24. Januar 1812 ist der traurigste in der ganzen Reihe, der einzige, in welchem sie gebeugt und beinahe hoffnungslos ihrem Schmerze vollen Ausdruck giebt. Seit einem Monat fehlten die Nachrichten; Lombard war seit drei Wochen nicht aus dem Hause, kaum aus dem Bette gekommen, und bei dem einzigen Versuche, auszufahren, nur fünfzig Schritt vom Hause durch heftige Krämpfe zur Rückkehr gezwungen worden. „Seine Nächte", schreibt die Mutter, „die [bisher] zwar schlaflos, aber frei vom Husten waren, sind nun über alles schrecklich; ich habe diese Nacht nicht eine Stunde hintereinander geschlafen, und doch schlafe ich nicht in demselben Zimmer. Ich bin einigemal aufgestanden, weil ich glaubte, seine Brust müßte zerspringen; daß ich dies alles aushalte, ist ein Wunder, und ich kann dem Himmel nicht genug für die Wohlthat danken, daß ich ohne Nachteil meiner Gesundheit es kann. Freilich wird es wohl nachkommen; allein mag es doch, wenn mich der Allgütige nur solange bei Kräften erhält, als Dein armer Vater mich braucht. . Schrecklicher als der Tod ist mir der Gedanke, meinen unglücklichen Freund hier in meinen Armen sterben zu sehen, hier, wo ich, fremd und verlassen, keinen Menschen habe, der meinen Schmerz teilen könnte. Keiner von uns wird den andern trösten, jeder allein für sich weinen und seinen Kummer in sich selbst verzehren."

Aber schon wenige Tage später hat sie sich gefaßt, und in einem Briefe vom 1. Februar bittet sie wegen ihrer Klagen beinahe um Entschuldigung. Ein Brief Augusts vom 23. Dezember war nach fünf Wochen, am 27. Januar, endlich an-

gekommen. Lombards Befinden gab wieder einen Schimmer von Hoffnung. Im Frühling dachte er an den Genfer See zu gehen und in Lausanne mit den Söhnen, wenn der ältere die Prüfung bestanden habe, zusammenzutreffen. August wollte, um den Dispens zu erhalten, an den König schreiben; die Mutter giebt ihm den verständigen Rat, durch den Onkel Adolf dessen Freund, den Geheimen Kabinetsrat Albrecht, für die Angelegenheit zu gewinnen. Einen andern Rat, den nur ein feinfühlendes Herz erteilen konnte, spricht sie in folgenden Worten aus: „Ich hoffe, Dein nächster Brief wird eine Antwort auf Deines armen Vaters langen Brief sein. Habe ich mich denn so schlecht ausgedrückt, daß Du es nie begriffen hast, daß mein Wunsch ist, Du wendest Dich in allen Deinen Briefen an Deinen Vater hauptsächlich? Glaube mir doch, es kränkt ihn, daß Du Dich so selten an ihn wendest; er ist krank, daher mußt Du ihm diese kleine Schwäche verzeihen. Denn natürlicher ist es freilich, daß Du mir antwortest, da ich Dir beinahe allein schreibe. Dies kannst Du aber im Laufe des Schreibens doch; nur fange mit ›Lieber Vater‹ an. Ach, Du glaubst es nicht, wie zart man mit einem Kranken umgehen muß, wenn man ihm nicht weh thun, wenn man nicht mit harter Hand die vielen wunden Stellen berühren will. Wo der Körper soviel leidet, leiden alle Fähigkeiten des Geistes mit."

Einige Wochen vergingen ohne Veränderung. Man hatte Mut genug, die Abreise in die Schweiz auf Ende April festzusetzen. Selbst ein schwacher Nachklang der früheren Heiterkeit, der einzige in all diesen Briefen, findet sich, wenn die Mutter am 26. Februar erzählt: „Manchmal zwingt mich Dein guter Vater, etwas auszugehen oder auszureiten; ja, ja, mein Herr, auszureiten, und was Sie noch mehr wundernehmen wird, ist, daß ich auf einem Esel reite mit einem Stallknecht, der zu Fuße hinterdrein läuft und das Tier antreibt; denn so will es hier die Sitte, und das Sprichwort sagt: sittlich, schicklich. Dies ist die einzige Art, die hiesigen wirklich schönen Gegenden kennen zu lernen." Auch am 7. März wird die Hoffnung der Reise noch

festgehalten. Lombard hatte nach langer Zwischenzeit einmal wieder eine halbstündige Spazierfahrt gemacht. Sehnsüchtig berechnet die Mutter den Zeitpunkt des Zusammentreffens mit ihren Söhnen; aber es zeugt für Lombards energischen Willen, daß er als Bedingung festhält, August müsse vorerst die Prüfung bestehen und seine Anstellung in Berlin erwirken. Auf das peinlichste waren deshalb Vater und Mutter überrascht, als der Sohn in einem Brief vom 28. Februar einfließen ließ, wenn man ihm mit dem Examen Schwierigkeiten mache, werde er vielleicht, ohne darauf zu warten, seine Reise in die Schweiz antreten. „Ich hoffe zu Gott", schreibt die Mutter am 20. März, „daß dieses nicht der Fall sein wird; denn es würde uns, besonders Deinem armen Vater, vielen Kummer geben; er ist böse, und ich kann es ihm freilich nicht so ganz verdenken, weil er Dir nur bedingungsweise diese Reise erlaubt hatte." Aber die Besorgnis wurde rasch genug zerstreut; Mitte März hatte der Sohn die Prüfung glücklich bestanden, und ein Brief vom 6. April enthält die frohen Glückwünsche der Eltern. Auch Lombards Kräfte schienen sich um diese Zeit zu heben; er konnte täglich zwei Stunden ausfahren. Ende des Monats dachte er über Aix, Avignon, Valence, Grenoble die Reise an den Genfer See anzutreten. Unterdessen hatte der Sohn von Berlin über Heidelberg den Weg in die Schweiz genommen, um mit dem jüngeren Bruder in Hofwyl zusammenzutreffen. Gern hätte er die Eltern in Nizza aufgesucht; Lombard lehnte es jedoch ab, der Kosten willen, und weil er mit einer den Brustleidenden oft eigenen Hast darauf drängte, an einen andern Ort zu kommen. Aber dieser Wunsch sollte ihm nicht mehr erfüllt werden. Statt die nahe Abreise zu melden, schreibt die Mutter den Söhnen am 24. April: „Ich habe Euch eine traurige Nachricht zu geben; Euer armer Vater ist so krank, daß er schwerlich die Reise wird machen können. Dennoch soll ich Euch nicht herkommen lassen, weil er noch immer zu reisen gedenkt. Ich habe darüber mit ihm vor einer Stunde eine lange Unterredung gehabt und ihn flehentlich gebeten, Euch kommen zu lassen und bis zu Eurer

Ankunft ganz ruhig hier zu bleiben. Allein er entgegnete mir, er hätte schon zu lange hier gewartet, er müsse eilen wegzukommen, wenn er nicht hier sterben wolle. Darauf ließe sich nun freilich manches antworten; allein ich muß schweigen, weil ich nicht sagen darf, was ich in meinem traurigen Sinn denke, daß nämlich ich nicht glaube, daß wir wegkommen, oder, wenn er durchaus fortreiset, er unterwegs stirbt. Dies, meine armen Kinder, ist leider auch die Meinung des Arztes." Und wenige Stunden später konnte sich auch Lombard dieser Meinung nicht mehr verschließen. Um sieben Uhr Abends fügt die Mutter noch hinzu: „Soeben erklärt mir Euer armer Vater, daß er sich außer stande fühlt, die Reise zu unternehmen, und daß ich Euch schreiben soll, herzukommen. Kommt also, meine Teuren, und möchtet Ihr nicht zu spät kommen! Eilt, was Ihr könnt; ich bleibe auf jeden Fall hier, bis Ihr kommt."

Aber selbst die größte Eile hätte die Söhne nicht mehr an das Krankenbett, nicht einmal an den Sarg des Vaters führen können. „Ihr armen, armen Kinder, Ihr kommt zu spät", schreibt die Mutter am 29. April. „Es hat dem Höchsten gefallen, Euren guten Vater von dieser Welt zu fordern. Er starb gestern um vier Uhr des Morgens nach einer zwölfstündigen, durch seine Krämpfe sehr schmerzhaften Agonie. Dieser für uns so ganz unersetzliche Verlust hat mein Herz gebrochen. Kommt, meine Teuren, kommt bald und rettet Eure Mutter von dem jeden Lebensquell zerstörenden Gram. Ich habe Euch am 24. d. Mts. auf Eures Vaters Geheiß geschrieben, unverzüglich hierher zu kommen; er hoffte, Euch noch zu sehen. Der Allgütige, der ihm diese letzte Freude versagte, wird ihn, so laßt uns hoffen, in einer besseren Welt entschädigen."

Vierzehntes Kapitel.

Lombards Charakterbild.

Lombard zählte nur 45 Jahre, als er für immer die Augen schloß. Und doch lag ein Leben hinter ihm, so reich an Prüfungen, Erfahrungen, Erfolgen und Mißgeschick, wie es wenigen zu teil wird. Wer kann sich eines trüben Eindrucks erwehren, wenn er diese Existenz in ihrem Zusammenhange, in ihrem Ergebnis betrachtet? Wir sehen einen Mann von bedeutenden Fähigkeiten in einer Stellung, welcher er nicht gewachsen ist, Ereignissen gegenüber, denen auch ein Stärkerer wahrscheinlich erlegen wäre.

Lombards Talent war ursprünglich mehr ein litterarisches als ein politisches. In der Wirksamkeit eines Geheimen Kabinetsrats — wäre sie gewesen, was sie eigentlich sein sollte — hätten die beiden Fähigkeiten sich ergänzen und unter einem kräftigen Leiter, unter einem Könige, wie Friedrich dem Großen, Vortreffliches leisten können. Aber Friedrich Wilhelm III. in seinem jugendlichen Alter vermochte nicht Lehrer und Meister zu sein; er konnte von seinem Kabinet allenfalls erhalten, was er wünschte, aber nicht, was er eigentlich bedurfte, nämlich durchschlagenden Rat, der ihm Kraft zu mutigen Entschlüssen und Beharrlichkeit in der Ausführung gegeben hätte. In der Apologie führt Lombard zu seiner Entschuldigung an, daß er als Kabinetsrat eigene Meinungen gar nicht zu äußern habe; aber in den

Matériaux sagt er offen heraus, die Kabinetsräte seien in Wahrheit Minister gewesen. Das Übel lag gerade darin, daß sie zwar den Einfluß, aber weder die Verantwortlichkeit noch die Autorität eines Ministers besaßen, also zur Nachgiebigkeit trotz besserer Überzeugung nur zu leicht sich neigen konnten. Daß Lombard die preußische Politik selbständig in wichtigen Fällen bestimmt hätte, läßt sich nicht erweisen, sowenig, wie es sich von Haugwitz und Hardenberg in dem Jahrzehnt vor 1807 erweisen läßt; man kann nur sagen, daß er die bei dem Könige schon vorhandene Neigung, sich jedes kräftigen Widerstandes gegen Napoleon zu enthalten, noch bestärkt habe. Gewiß mit dem schlimmsten Erfolge im Herbst 1805; im Oktober 1806 lag der Fehler mehr darin, daß man zu rasch und unvorbereitet losschlug, als daß man zu lange gewartet hätte, und an diesem Fehler tragen die Gegner der Regierung größere Schuld als diejenigen, welche man als Leiter verantwortlich machte.

Kein Biograph wird im stande sein, Lombard als einen großen Politiker oder als frei von den Schwächen erscheinen zu lassen, welche zum Niedergange des alten Staatswesens führten. Was aber seine Person, seinen Charakter angeht, so ist in der Beurteilung schon seit einigen Jahren eine Veränderung zu seinen Gunsten eingetreten. Die Kabinetsregierung, an sich betrachtet, war ein Übelstand; aber man kann nicht sagen, daß Lombard durch Böswilligkeit oder Intriguen die Nachteile gesteigert hätte; ja es möchte vielleicht schwer geworden sein, für seine Stellung eine weniger schädliche Persönlichkeit zu finden. Welch ein Vorteil war es schon, daß der Kabinetsrat und der Minister des Auswärtigen in gutem Einverständnis blieben! Mögen auch Gegensätze zuweilen unvermeidlich gewesen sein: Lombard hat sich jederzeit als dankbaren Freund bewährt und konnte in der Apologie mit gerechtem Selbstgefühl sich darüber aussprechen. Bei den Streitigkeiten mit Hardenberg lag die Ursache zum Teil in den politischen Verhältnissen, im übrigen weit mehr auf seiten des Ministers als des Kabinetsrats. Lombards Briefe sind stets in verbindlichem Tone gehalten, dem Unterschied des

Ranges sich anbequemend, aber gleichwohl entfernt von Kriecherei und zuweilen mit einem Freimut geschrieben, der ihnen recht wohl ansteht. Es giebt kein untrüglicheres Zeichen eines niedrigen Charakters, als wenn jemand auf Kosten eines abwesenden Freundes dem gegenwärtigen Machthaber schmeichelt und fremde Zwietracht zu eigenem Vorteil auszubeuten sucht. Lombard zeigt sich stets bemüht, vorhandene Zerwürfnisse auszugleichen, nicht allein zwischen Haugwitz und Lucchesini, wo allenfalls eigenes Interesse ihn hätte leiten können, sondern auch zwischen Haugwitz und Hardenberg. Nur ein Beispiel sei hier erwähnt, weil es früher Gesagtes in helleres Licht stellt. Nach der Wegführung Humboldts, als der König sich zum großen Mißvergnügen Hardenbergs an Haugwitz gewendet hatte, führte der letztere Klage, daß man ihm trotz der Befehle des Königs die Auszüge aus den Depeschen, welche ihn auf dem laufenden erhalten sollten, aus dem Departement des Auswärtigen längere Zeit nicht zugesandt habe. Hardenberg, leicht gereizt, wollte die Sache an den König bringen und sogar mit seinem Rücktritt drohen, ließ sich aber durch Beyme beschwichtigen und begnügte sich mit einem Schreiben an Haugwitz, welches die Unterlassung erklären und entschuldigen sollte. Es war in freundschaftlichem Ton gehalten, nur hatte er einfließen lassen, der Graf habe sich in seiner Antwort bezüglich der Humboldschen Angelegenheit „très adroitement“ aus der Sache herausgezogen, ein Ausdruck, der freilich „klug“, aber auch „pfiffig“ im niedrigen Sinne bedeuten konnte, ja nach Hardenbergs Absicht bedeuten sollte. Da ihm an dem Urteil der beiden Kabinetsräte in diesem Streite sehr gelegen war, hatte er ihnen das Schreiben mitgeteilt. Lombard spricht in einem Briefe vom 17. November 1804 seine Freude aus, daß man die Sache, ohne den König darin zu verwickeln, freundschaftlich beilege. „Ich bin überzeugt“, schreibt er, „daß Ew. Excellenz den besten Weg eingeschlagen haben. Nur da Sie nach Ihrem Charakter und Ihrer Handlungsweise mit Recht verlangen können, daß man Ihnen gegenüber keine Hintergedanken habe, so gestatten Sie mir, Ihnen zu gestehen, daß eine alte und achtungswerte

Gewohnheit mir eine Herzensfreude aus allem macht, was meinen alten Wohlthäter rechtfertigen kann, und daß die Unterlassung der Sendungen mir zum wenigsten ebenso erstaunlich scheint als die Empfindlichkeit, welche er darüber bezeigt. Ihr Brief ist ein Meisterstück von Vernunft und Ruhe; das einzige Wort, das mir darin auffällig war, ist ein gewisses „adroitement", das man in einem doppelten Sinne auslegen kann." Hardenberg fühlte das Treffende dieser Bemerkungen; er antwortet am nächsten Tage, sein Brief an Haugwitz sei schon auf die Post gegeben, als er Lombards Schreiben empfangen habe. „Andernfalls", setzt er hinzu, „würde ich Ihnen das Wort „adroitement" gern geopfert haben, obgleich ich es, wie ich freimütig gestehe, absichtlich gewählt habe." Er ergeht sich dann noch weiter in Klagen über Haugwitz. Aber in Bezug auf Lombard bemerkt er: „Ihre Gesinnungen gereichen Ihnen zur Ehre und machen Sie würdig, zuverlässige Freunde zu finden. Rechnen Sie mich darunter mit vollem Vertrauen" [1].

Auf die alberne Behauptung, Lombard habe, von den Franzosen bestochen, an dem Sturze seines Vaterlandes gearbeitet, brauchen wir kaum noch einzugehen. Sicher gab er dem Könige wenn nicht den besten Rat, der sich geben ließ, doch den besten, den er zu geben wußte. Was hätte ihm auch Napoleon zum Ersatz für seine Stellung in Preußen bieten können? Nachweisbar hat er, abgesehen von dem Portrait, das er in Brüssel beim Abschiede erhielt, nur einmal ein bedeutendes Geschenk von der französischen Regierung empfangen, die 1000 Louisdor nach dem Abschluß des Vertrages vom 23. Mai 1802, also bei einem Anlaß, wo damals, wie er in seiner Apologie mit Recht sagen konnte, alle Welt gab und alle Welt annahm [2]. Wenn die Denkschriften Steins und der Prinzen gleichwohl von Bestechung

[1] Die Briefe Lombards und Hardenbergs im Preußischen Staatsarchiv und in der Beilage Nr. XIX 4 und 5.

[2] Lucchesini erhielt damals 50000 Franken. Peter Lombard schreibt ihm am 27. November 1802, sein Bruder fertige eben die Kabinetsordre aus, durch welche die Annahme gestattet werde. Preuß. St.-A.

reden, so bezeugen sie nur die leidenschaftliche Aufregung der Zeit. Zu bemerken bleibt jedoch, daß jene häßliche Sitte, Staatsbeamte nach der Abschließung eines Vertrags mit Trinkgeldern zu belohnen, wenn auch allgemein üblich, doch schon Gegner gefunden hatte. Während Stein an der Spitze der Kriegs- und Domänenkammer in Münster stand, sollten drei der dortigen Beamten, die Geheimen Räte v. Rappard, Forckenbeck und Druffel, nach dem Abschluß einer Auseinandersetzung mit den Fürsten, welche wie Preußen durch ehemals münsterische Landesteile entschädigt waren, im Sommer 1804 ein Ehrengeschenk von 1000 Karolin erhalten. Stein hatte die Annahme untersagt und war dadurch in einen Gegensatz zu Haugwitz geraten[1]. Er mag deshalb auch die Annahme jener 1000 Louisdor durch Lombard strenge beurteilt haben, ohne den allgemeinen Brauch in Betracht zu ziehen. Aber auch nach der strengsten Auffassung hatte er kein Recht, Lombard der Bestechlichkeit anzuklagen, für die sich nicht der Schatten eines Beweises findet. Daß andere Vorteile, etwa litterarische Ehren, Lombard seinen Pflichten untreu gemacht hätten, läßt sich ebensowenig behaupten; ist ihm doch die gewünschte Berufung in das französische Institut nicht einmal zu teil geworden.

Immer bleibt es möglich und nach Lombards mitteilsamer, nicht immer taktvoller Art sogar nicht unwahrscheinlich, daß er im Verkehr mit Bignon und Laforest über die inneren Verhältnisse des Hofes offener als nötig oder vorteilhaft sich ausgelassen hat, obgleich sich auch dafür nicht einmal bestimmte Beweise finden. Was man ihm am meisten und vielleicht mit dem größten Recht zum Vorwurf machte, waren seine Mitteilungen an Laforest, welche dieser in den Depeschen vom 26. Januar und 4. Februar 1806, gewiß zum Teile wörtlich, für Talleyrand aufzeichnete. Aber wenn der König in diesen Mitteilungen nichts Anstößiges fand und nicht ohne Grund bemerkte, Lombard habe so gesprochen, um den französischen Ge-

[1] Vertz a. a. O. I 264 ff.

ſandten irre zu führen[1], ſo wird man ſie allenfalls noch als unpaſſend, aber ſicher nicht als verbrecheriſch bezeichnen dürfen. In den Zeiten einer eigentlichen Kriſe, zum Beiſpiel nach der Wegführung Rumbolds im Oktober und November 1804, hat ſich Lombard der franzöſiſchen Geſandtſchaft meiſtens fern gehalten. In ähnlicher Weiſe bemerkt man beinahe mit Erſtaunen, daß er nach der Rückkehr aus Italien, ſeit dem Auguſt 1805, Monate verſtreichen läßt, ohne mit Laforeſt und Duroc brieflich oder mündlich nur ein Wort zu wechſeln. Am 6. Oktober hat er dem franzöſiſchen Geſandten noch für die nach Italien mitgegebenen Empfehlungsſchreiben zu danken. Hardenberg macht es Lombard zum Vorwurf, daß er nach der Gebietsverletzung der fränkiſchen Fürſtentümer dem franzöſiſchen Geſandten am 7. Oktober einen Beſuch abgeſtattet habe. Er giebt zu erkennen, daß Lombard mit Laforeſt und Duroc unter einer Decke geſteckt habe, und geht ſoweit, den Wortlaut eines anonymen Briefes mitzuteilen, nach welchem der Geh. Kabinetsrat als eine Schlange ohne Treue und Glauben für ſeine verräteriſchen Umtriebe der ſtrafenden Gerechtigkeit verfallen ſoll[2]. Aber niemals iſt eine alberne Verleumdung ſchlagender widerlegt worden. Denn aus Laforeſts Depeſche vom 9. Oktober ſieht man, daß Lombard bei dem erſten Beſuche, den er am frühen Morgen im Auftrage des Königs abſtattete, von der Gebietsverletzung noch gar nichts wußte, und daß er ſpäter nur deshalb noch einmal in das Geſandtſchaftshotel zurückkehrte, um mitzuteilen, er könne den König nicht in der Weiſe, wie er früher angenommen hatte, zufriedenſtellen. Wenn den Franzoſen gleichwohl bekannt war, was ſchon tags vorher in Potsdam in Abweſenheit Lombards ſich ereignet hatte, ſo haben ſie es offenbar nicht durch Lombard, ſondern durch einen andern Zuträger erfahren. Dasſelbe läßt ſich in den meiſten Fällen nachweiſen, in denen Laforeſt etwas eigentlich Geheimes mitteilt, z. B. wenn er am 20. Juli 1805, alſo zu

[1] Ranke a. a. O. II 439, 605.
[2] Ranke a. a. O. II 268.

einer Zeit, als Lombard sich in Italien befand, über eine geheime Konferenz bei dem Könige eingehende Nachrichten giebt, die ihm unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses anvertraut waren[1]. Hardenberg beklagt es mit Recht als ein Übel solcher Konferenzen, daß die Verhandlungen nicht Geheimnis blieben; er bemerkt, es sei leicht gewesen, den Herzog von Braunschweig auszuholen, und Köckritz habe gar nicht schweigen können[2]. Der Horcher und Zuträger, dessen sich die französische Gesandtschaft vornehmlich bediente, war der Banquier Veitel Ephraim. Dieser Mann, eine der charakteristischen Persönlichkeiten Berlins, hatt schon seit den Tagen des Baseler Friedens seine aufdringliche Vielgeschäftigkeit in französischen Dienst gestellt. Im Jahre 1797 beging Sieyès, als er seinen Gesandtschaftsposten in Berlin eben angetreten hatte, die Ungeschicklichkeit, durch Ephraim dem Grafen Schulenburg sagen zu lassen, er wünsche nicht mehr mit Haugwitz, bei dem er kein Gehör fand, sondern mit Schulenburg, der doch gar keine Vollmacht besaß, zu unterhandeln. Die Folge war eine dauernde Spannung zwischen Sieyès und Haugwitz[3], und man kann denken, daß der Minister dadurch für den Zwischenträger nicht freundlicher gestimmt wurde.

---

[1] Bailleu a. a. O. II 350.

[2] Ranke a. a. O. II 357.

[3] Haugwitz an Finckenstein, 25. August 1797, bei Bailleu a. a. O. I 234; vgl. auch meine „Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französischen Revolution. III 67. Am genauesten berichtet über den Vorfall das Tagebuch des Generals Kinkel zum 10. Juni 1799. Während eines Besuches bei Schulenburg wandte sich das Gespräch auf frühere Zeiten: „Il fut question du zèle de Mr. de Haugwitz pour la guerre, et en repetant qu'il tenait à une passion personnelle, Mr. de Schulenburg dit: c'est moi, qui suis auteur de cette haine vengeresse. En arrivant ici, Sieyès s'est adressé à Mr. de Zastrow. Celui-ci ne voulait travailler à l'exclusion de Mr. de Haugwitz. Le Ministre Français m'envoya alors le juif Éphraim, pour m'engager à devenir l'organe de sa négociation. J'ai aussitôt averti Mr. de Haugwitz de tout, en lui donnant le choix de parler au Roi lui-même, s'il ne préferait que ce fut moi". . Cette découverte „perdit Sieyès sans retour auprès du Roi, de Haugwitz et de Zastrow, et Haugwitz en fut plus affermi dans la confiance du monarque". St.-Archiv im Haag.

Dieſer fiel ſpäter auch bei Sieyès in Ungnade, dagegen ſchreibt Laforeſt am 30. Juli 1803, Ephraim, der von ſeinen Vorgängern mit Recht beiſeite geſetzt ſei, beſuche ihn häufiger und wiſſe immer ganz genau, wie es mit den Verhandlungen zwiſchen Preußen und Frankreich ſtehe[1]. Ephraim hatte ſich bei Köckritz eingeniſtet, der ihn wie einen Bedienten behandelte, aber ihn nur zu viel erfahren ließ und nicht ſelten in einer für andere läſtigen Weiſe begünſtigte. So ſchickte er ihn im September 1803 an Lombard, weil Ephraim ſich gerühmt hatte, er könne die wahren Abſichten der Franzoſen bezüglich Hannovers mitteilen. Lombard ſchreibt ärgerlich an Hardenberg, der damals Haugwitz vertrat: „Ich habe die dumme Gefälligkeit für Herrn v. Köckritz gehabt, Ephraim anzuhören, ihm aber ſtrenge unterſagt, ein Wort weiter über die Sache zu reden. . Ich habe wenig Vertrauen zu ſolchen Dolmetſchern ohne Beruf und beſonders zu dieſem“[2]. Ephraim ſetzte jedoch ſein Treiben fort. Er war es nach Hardenbergs Meinung, der dem franzöſiſchen Geſandten von der wichtigen Konferenz am 9. Dezember 1805 die erſte Nachricht gab; polizeiliche Berichte ſagen aus, daß er um jene Zeit beinahe täglich mit der franzöſiſchen Geſandtſchaft verkehrte, während Lombard vom 7. Oktober bis zum 10. Dezember mit Laforeſt nicht ein Wort gewechſelt hatte[3]. In den folgenden Monaten, wo es ſo ſehr darauf ankam, die Beziehun-

[1] Bailleu a. a. O. II 193.

[2] Lombard an Hardenberg, 14. und 15. September 1803. Preuß. St.-A. Ephraim behauptet, die Franzoſen ſeien dem Rate des Königs gemäß zu einer Übereinkunft geneigt. Preußen könne Kuxhaven beſetzen. Je crois peu à ces interprètes sans vocation et surtout à celui-ci. Surtout je ne crois à la chose. Les Français savent que leur ennemi exige pour première condition que leurs troupes s'éloignent des bords du fleuve, et Buonaparte s'est expliqué vis-à-vis de moi d'une manière tranchante sur l'impossibilité de cette mésure. D'ailleurs il n'est pas de leur intérêt, de nous mêler dans leurs affaires et de nous établir par-là dans une position, où nous serions alors juges dans des questions, qu'ils veulent décider seuls. Aber Köckritz meint, man dürfe nichts vernachläſſigen; deshalb könne man auch Ephraim weiter ausholen.

[3] Ranke a. a. O. II 357; Bailleu a. a. O. II 416, 420.

gen zu Frankreich freundlich zu gestalten, scheint man gleichwohl eine Art von Verpflichtung gegen Ephraim gefühlt zu haben; in Form eines Schulderlasses wurde ihm sogar ein Geldgeschenk von 3000 Thalern zu teil[1]. Erst als er beim Ausbruch des Krieges den verdächtigen oder lästigen Verkehr mit der französischen Gesandtschaft nicht aufgab, hielt Haugwitz für nötig, ihn am 24. September verhaften zu lassen. Ephraim wurde nach Küstrin abgeführt und dort nach damaliger Sitte einer rohen Behandlung unterworfen, gewiß mit mehr Grund als Lombard, obgleich sich auch von ihm nicht behaupten läßt, daß er in verbrecherischer Absicht als Spion gedient hätte[2]. Personen, die sich für diesen Zweck anboten, fehlten niemals, und in der Wahl der Mittel war man auf keiner Seite wählerisch. St. Marsan konnte schon am 17. April 1810 aufs genaueste über die geheime Zusammenkunft des Königs mit Hardenberg am 14. April berichten, und der Graf Panin erhielt im Sommer 1797 durch einen bestochenen Kammerdiener Caillards von dem

[1] Kabinetsordre vom 15. Mai 1806 an die Dispositionskasse: „Ich habe dem Geheimen Rat Ephraim die 3000 Thaler, die er auf den von der Seehandlung vom 24. Dezember 1799 erhaltenen Vorschuß von 5000 Thalern noch schuldet, erlassen. Nach dem Antrage des Staatsministers Stein wird die Dispositionskasse die 3000 Thaler der Seehandlung erstatten." Daß der Minister gegen die ursprünglich beabsichtigte Schädigung des ihm unterstellten Instituts berechtigten und nicht erfolglosen Widerspruch erhoben hatte, erkennt man aus einer Kabinetsordre desselben Tages an Stein. Er wird von der neuen Verfügung in Kenntnis gesetzt mit dem Bemerken, daß er recht habe, wenn er dafürhalte, daß das Vermögen der Seehandlung sich zu Geschenken nicht eigne, vielmehr es nötig sei, daß sie dasselbe zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten gegen ihre Gläubiger zusammenhalte. Preuß. St.-A.

[2] Vgl. „Über meine Verhaftung und einige andere Vorfälle meines Lebens" von B. B. Ephraim, Königl. Preuß. Geh. Rat. Berlin 1807, eine Schrift, die von der zudringlichen Eitelkeit und mangelhaften Bildung ihres Verfassers zeugt, aber in der Hauptsache auf Wahrheit zu beruhen scheint und auch aus früherer Zeit manche nicht unbedeutende Mitteilungen enthält. Eine Recension in den Berliner Monatsheften, Februar 1808 S. 123, wird im „Intelligenzblatt z. d. N. Feuerbränden" I 132 Lombard zugeschrieben. — Vgl. auch Ompteda a. a. O. I 183 und Kabinetsordre vom 30. September an den Stadtpräsidenten Büsching. Preuß. Geh. St.-A.

gesamten Depeschenwechsel des Direktoriums mit dem Gesandten Kenntnis[1]. Die Öffnung der Briefschaften betrieb man in Berlin nicht so kunst- und regelmäßig, wie etwa in Paris oder in Wien, und nicht so plump, wie in Petersburg; mehrere Jahre scheint sie ganz unterblieben zu sein. Am 24. April 1804 spricht aber Lombard in einem Briefe an Hardenberg den Wunsch aus, er möge Laforests Depeschen durch den Oberpostdirektor Seegebarth öffnen lassen, wofür sich denn auch in der Folge mehrere Beispiele finden.

Wir haben diese Verhältnisse etwas eingehender besprochen, weil in ihnen die Quelle so vieler Anschuldigungen zu suchen ist, die gewiß mit Unrecht gegen Lombard erhoben wurden. Hätte er nur den Personen und Verhältnissen gegenüber stets ein richtiges Taktgefühl besessen! es hätte ihm manchen Vorwurf ersparen, auch den Wert seiner amtlichen Arbeiten wesentlich erhöhen können. Nur zu häufig hat man die Empfindung, daß der Verfasser mehr durch Gefühl und persönliche Eindrücke als durch kühle Berechnung und staatsmännischen Blick geleitet wird; aber daneben muß man anerkennen, daß er über einen Reichtum der Sprache, eine Feinheit und zuweilen Anmut und Kraft des Ausdrucks verfügt, wie sie selten den Urhebern solcher Schriftstücke, im damaligen Preußen wahrscheinlich keinem andern, zu Gebote standen. Und wenn einem Herrscher wie Napoleon gegenüber das Übermaß von Schönrednerei und Empfindsamkeit schon deshalb, weil es durchaus seinen Zweck verfehlen mußte, unerfreulich wirkt, so konnten dagegen die sentimentalen Freundschaftsergießungen des Zaren schwerlich besser als mit Lombardscher, zuweilen echter, zuweilen nur vergoldeter Münze bezahlt werden.

Daß Lombard als politischer Schriftsteller etwas hätte leisten können, hat er in späterer Zeit durch die Matériaux und schon im Jahre 1792 durch die Briefe aus dem Lager in der Champagne bewiesen. Mehr als einer von ihnen ist von litterarischem Wert. Den „schönen Brief vom 8. Oktober" zählt

[1] Stern a. a. O. S. 312. F. v. Martens, Recueil VI 255.

ein feiner Kenner französischer Geschichte und Litteratur, Arthur Chuquet, „zu dem Wahrsten und Ergreifendsten, was über den Feldzug gesagt sei“[1]. In Lombards Entwicklung wird man aber stets wieder darauf hingewiesen, daß sie ihren Ausgangspunkt von seiner poetischen Begabung nahm; und so drängt sich auch die Frage auf, von welcher Art diese Begabung, die ihm den Weg zu seiner politischen Stellung bahnte, denn gewesen sei. Aber die Gefahr eines unbilligen Urteils liegt nahe, weil Lombards Talent, so frühzeitig es auch hervortrat, niemals zur vollen Reife gelangte. Die beträchtliche Zahl seiner Jugendgedichte ließ ihn in den Augen seiner Umgebung als „ein junges Genie“ erscheinen, eine Bezeichnung, die, wie wir sahen, selbst von Friedrich II. wiederholt wurde. Leider ist jene Tragödie, die man dem großen Könige vorlegte, verloren gegangen. Die Sammlung von Gedichten, welche Lombard im Jahre 1786 unter dem Titel: „Poésies de Jean Lombard 1783—86“ zusammenstellte, enthält, wie früher erwähnt, mehrere Gelegenheitspoesieen, die Gedichte an Bitaubé, auf den Tod des Herzogs Leopold von Braunschweig, Übersetzungen aus der Äneide, aus den Satiren des Juvenal, eine Heroide: „Dom Karlos und Elisabeth“ und die Ode „à la gloire“. Alle zeugen von einem leichten Gebrauch der gebundenen Rede; aber ich könnte nicht sagen, daß ich einen Beweis von wahrhaft dichterischer Kraft darin gefunden hätte. Gerade die hoffnungsreichste Entfaltung im 19. Jahre des Dichters wird durch den Eintritt in den königlichen Dienst und die angestrengte Arbeit im Kabinet unterbrochen. Dazu kam noch der Übelstand, daß die Sprache, welche ihm für den poetischen Ausdruck zunächst lag, in dem Lande, das er bewohnte, nicht Volkssprache, sondern nur das Idiom kleinerer Kreise war, also unvermeidlich von der ursprünglichen Feinheit und Frische mehr und mehr verlor. Lombard wandte sich vornehmlich der Übersetzung zu. Die erste Veröffentlichung

[1] A. Chuquet, Valmy. Paris 1887. S. 242: un des précis les plus vrais et les plus saisissants de la campagne.

dieſer Art: „Poésies d'Ossian, traduites de l'Anglois 1789“, war noch in keinem Exemplar wieder aufzufinden, ſo daß es unentſchieden bleibt, ob Deninas überaus günſtige Beurteilung (oben S. 9) ihren Wert richtig beſtimmt. Der Abbé fügt noch die Bemerkung bei, bezüglich Lombards und eines italieniſchen Schöngeiſtes in ähnlichen Verhältniſſen habe man öfters die Frage aufgeworfen, ob Souveräne nicht beſſer thäten, Leute von ſolcher Begabung in eine unabhängige Lage zu verſetzen, wo ſie ihrer Neigung folgen und ihrem Vaterlande durch geniale Schöpfungen Ehre machen könnten, als ſie in einem Amte zu verwenden, wo zwei Drittel ihrer mechaniſchen Beſchäftigung nur dahin wirkten, das Feuer, von dem ſie beſeelt ſeien, zu erſticken. Wahrſcheinlich würden andere in einer Kanzlei ebenſoviel leiſten wie Herr Lombard; aber ſehr wenig geiſtvolle Leute würden Verſe machen wie er.

Die bald folgende Überſetzung des Pfauſchen Werkes über den Kriegszug der Preußen in Holland diente ebenſoſehr einem politiſchen als einem litterariſchen Zweck. Nach den Proben, die ich vergleichen konnte, hat ſie ſprachlich große Vorzüge vor dem Original; der etwas ſchwerfälligen deutſchen Satzbildung gegenüber nehmen die klaren, gerundeten Perioden der Übertragung ſich um ſo vorteilhafter aus. Aber Lombard ſtellt ſich ſeinem Vorbild frei gegenüber, ſchiebt kleine Sätze ein, um andere auszulaſſen, ſo daß zuweilen ſogar der Sinn darunter leidet. Gleich zu Anfang des Werkes werden die eigentümlichen Schwierigkeiten, welche die holländiſchen Waſſerbauten dem Angreifer entgegenſtellen, von Pfau richtig und ſcharf hervorgehoben, dagegen von Lombard ſo ſehr verwiſcht, daß der Autor billig ſich dagegen hätte verwahren können. Zwei Jahre vorher hatte Lombard den Feldherrn, den Herzog von Braunſchweig, in einem Gedichte gefeiert, das auch in den Druck gegeben, aber noch nicht wieder aufgefunden wurde. Wahrſcheinlich war es nicht ohne politiſchen Gehalt und würde dann der patriotiſchen Ode gleichen, welche Lombard zur Feier der Vermählung des Prinzen Wilhelm mit der Prinzeſſin Marie von Heſſen-Homburg

am 26. Januar 1804 in der Akademie recitierte. In 23 sorgfältig ausgefeilten sechszeiligen Strophen schildert er die Segnungen des Friedens, von denen die junge Gemahlin empfangen werde. Diese sollen an den bescheidenen Ufern der Spree Ersatz bieten für die Herrlichkeiten des Rheins, der „parjure à nos ancêtres“ die Drangsale des Krieges nicht abwehren konnte. In Preußen findet sie ein Volk, welches denkt, findet sie die heilige Freiheit, welche nicht mit mörderischem Eisen ihre Hände entweiht. Aber wenn man den ruhenden Adler zur Rache anreizt, so wird das Volk Friedrichs erstehen und sein junger Held, sein König, umgeben von seinen Brüdern, wird es zu neuen Siegen führen[1].

Das Beste, was von poetischen Arbeiten aus Lombards Feder hervorging, ist unzweifelhaft die Übersetzung des vierten Buches der Äneide und der erste Akt eines Trauerspiels „Alexis“. Von der Übersetzung ist schon die Rede gewesen. Ob Lombard nach dem ersten jugendlichen Versuch der „Virginie“ sich bald wieder an einen dramatischen Stoff gewagt habe, kann ich nicht angeben. Am 10. Juli 1804 schreibt Peter Lombard an Luccheſini: „Mein Bruder arbeitet gegenwärtig an einem Trauerspiel. Er hat mir einige Stellen daraus vorgelesen, voll von schönen Gedanken und einer Poesie, die, ich wage es zu sagen, unseres göttlichen Racine würdig ist.“ Es kann gewiß als Anzeichen eines wirklichen Berufes gelten, wenn jemand unter so aufreibenden amtlichen Arbeiten, unter so schweren körperlichen Leiden Neigung und Mut bewahrt, ein Drama anzufangen. Nur die vier Scenen des ersten Aktes liegen in einer sauberen Reinschrift vor, wahrscheinlich dieselben Blätter, welche Lombard laut dem Stettiner Protokoll im Oktober 1806 auf der Flucht aus Berlin mitnahm. Ich möchte den geretteten Schatz nicht dem Manuskripte vergleichen, welches Camoens, ans Ufer schwimmend, als seine teuerste Habe aus dem Schiff-

[1] „Ode patriotique. — À son Altesse Royale madame la Princesse Guillaume de Prusse, née Princesse de Hombourg.“ à Berlin, chez J. F. Unger.

bruch rettete; gewiß sind aber manche Dramen im Druck erschienen, welche im ersten Akt nicht entfernt die Vorzüge des „Alexis" aufweisen. Das Stück ist, wie schon der Titel vermuten läßt, dem unglücklichen Sohne Peters des Großen gewidmet. In der ersten Scene äußern der Bischof von Rostow, ein bedenklicher Greis, und der junge, leidenschaftliche Kosakenhetmann Mazeppa ihren Groll gegen den Zaren, der die alten russischen Sitten durch die verhaßten Formen des Auslandes zu verdrängen sucht. Sie setzen ihre Hoffnung auf Alexis, der eben nach langjähriger Verbannung aus der Fremde heimgekehrt ist. Mazeppa möchte sogleich losschlagen, Rostow günstigere Zeiten abwarten, bis die nur scheinbar beigelegte Zwietracht zwischen Vater und Sohn wieder in hellen Flammen ausgebrochen sei. Nun tritt Alexis auf, und es wird nicht ungeschickt dargestellt, wie in seiner Seele der Groll um eine zerstörte Jugend mit der Hoffnung streitet, vielleicht doch in ein leidliches Verhältnis zu dem gefürchteten Vater und Herrscher zu treten. Den Ausschlag giebt voraussichtlich das Mitleid und die Liebe zu der verstoßenen Mutter, welche im Gewahrsam des Bischofs in klösterlicher Gefangenschaft traurige Tage fristet, während eine Nebenbuhlerin auf dem Throne triumphiert. Mit der durch den Bischof klug berechneten Verabredung, daß Alexis seine Mutter nachts im tiefsten Geheimnis besuchen werde, schließt das Gespräch, oder vielmehr es wird unterbrochen durch Lefort, den Günstling des Zaren, der aber nicht nach der Gewohnheit solcher Leute das Feuer anzuschüren, sondern durch verständiges Zureden den Sohn mit dem Vater zu versöhnen trachtet. Weitere Scenen sind nicht erhalten. Am 24. Januar 1805 las Lombard einen Auszug seiner Tragödie in der Akademie; gleichwohl muß man zweifeln, ob er einen beträchtlichen Teil ausgearbeitet habe, da er bei der Flucht nur die Reinschrift dieses ersten Aktes in Sicherheit brachte. Unter den Aufregungen der nächsten Monate und Jahre gewann er schwerlich die Sammlung wieder, die ein dramatisches Werk in Anspruch nimmt. Im Frühling 1807 zu Köslin schrieb er zum Zeitver-

treib des erkrankten jüngeren Sohnes deutsche Fabeln; aber dem älteren Sohne, der sie in Berlin zu lesen wünschte, meldet er bescheiden genug, sie seien nicht wert, daß man das Postgeld dafür bezahle. Weit günstiger urteilte er über seine letzte schriftstellerische Leistung, die Übertragung einiger Satiren des Horaz, welche ihm noch im Winter 1810—1811 die Leiden der Krankheit versüßte. Aber diese Arbeit steht hinter den Übersetzungen aus der Äneide weit zurück; sie ist mehr eine freie Bearbeitung als eine Übersetzung, und die weitschweifige Ausdrucksweise, der Grundfehler Lombardscher Schriften, ist am wenigsten geeignet, von der nachdrücklichen Kürze und dem treffenden Witz des Originals eine Vorstellung zu geben.

Ein Mann, dessen Urteil etwas gelten muß, Friedrich Ancillon, sprach bald nach Lombards Tode der Witwe den Wunsch aus, sie möge die im Nachlaß noch vorfindlichen litterarischen Erzeugnisse ihres Mannes zu seinem und zum Ruhme Preußens veröffentlichen und sein schönes Talent nicht in Vergessenheit geraten lassen. Diesen Plan noch erweiternd, dachte August Lombard in späteren Jahren, eine Sammlung von Poesieen seines Vaters herauszugeben; eine Vorrede wurde sogar schon zu Papier gebracht. Aber es müssen Hindernisse eingetreten sein, und Lombards böser Stern waltete auch hier wieder vor; denn bis heute pflegt man ihn nur als faden Dichterling zu erwähnen, während er dem Rechte nach in „der französischen Litteratur im Auslande" eine wenn nicht ausgezeichnete, doch wenigstens achtbare Stelle ansprechen könnte.

Aber würde ihm mit einer litterarischen Anerkennung gedient sein, wenn er daneben die vernichtenden Urteile gegen seinen Charakter, gegen seinen sittlichen Wandel hören müßte? Würde er wie der Frelon des französischen Lustspiels ausrufen: „On peut attaquer mes mœurs, mais pour ma réputation d'auteur je ne le souffrirai jamais"[1]? Niemals sind in Preußen gegen einen Staatsmann im Amte solche Ausdrücke gebraucht worden wie in den Denkschriften Steins und der

[1] Voltaire, L'Écossaise IV 1.

Prinzen gegen Lombard. Ein Mann, welcher den Geschmähten vielleicht noch persönlich kannte, der im Ministerium des Auswärtigen so lange und so hervorragend thätige Geheime Rat v. Le Coq, hat in neuerer Zeit gegen diese Beschuldigungen Verwahrung eingelegt; der Widerspruch zwischen Steins Worten und seiner eigenen Erinnerung erschien ihm so auffallend, daß er annahm, Stein habe sich in der Person geirrt und den Kabinetsrat mit seinem jüngern Bruder, dem Legationsrat Peter Lombard, verwechselt. „Der Kabinetsrat", setzt er hinzu, „war zu der Zeit, als Stein ihn dem Könige als einen völlig entsittlichten, entnervten Roué schilderte, seit länger als zwölf Jahren mit einer von ihm zärtlich geliebten Frau, der Tochter eines seiner Zeit sehr angesehenen Architekten, des Oberbaurats Gilly, glücklich verheiratet, und niemand außer Stein hat ihm bei seinen Lebzeiten während seiner Ehe einen ausschweifenden Lebenswandel nachgesagt[1]. Gewiß ist dies Zeugnis an sich nicht ohne Wert;

[1] Gustav v. Le Coq, Einige kritische Bemerkungen zu dem Werke von Pertz, „Das Leben des Ministers Freiherrn vom Stein", in C. Rößlers Zeitschrift für preußische Geschichte, 1874, XI 740. Es muß auffallen, daß ein der Familie Lombard nahestehender Mann, in Berlin und in der französischen Kolonie aufgewachsen, gleichwohl über verwandtschaftliche Verhältnisse eine so irrige Angabe machen konnte. In dem Kirchenbuch erscheint Dorothée Chrétienne Gilly née le 27me de Novembre 1767 à cinq heures et demie du soir als Tochter des Charles Guillaume Gilly, chirurgien, né de Schwedt, und der Marie Elisabeth Burchardt née de Berlin. Der Oberbaurat Gilly trug den Vornamen David. Ich verdanke diese genauen Notizen durch gütige Vermittlung des Herrn Dr. Béringuier Herrn Dr. Georg Violet in Berlin. Clausewitz a. a. O. S. 450 erzählt, Lombards Schwiegervater sei Regimentschirurgus gewesen und habe zu Anfang seiner Laufbahn als Compagniechirurg sich auch mit dem Rasieren befaßt. Der Kabinetsrat, welcher aus seiner geringen Herkunft niemals ein Geheimnis machte, habe, um seine Frau zu necken, wohl gefragt: „Quel vers préférez-vous, ma chère: l'hirondelle d'une aile rapide frise la surface des eaux, ou: rase la surface des eaux? Le premier me rapelle mon père, et le second le vôtre." Die Anekdote entspricht dem einfachen und anspruchslosen Wesen Lombards; im übrigen sind die von Clausewitz zusammengestellten biographischen Angaben voll von Irrtümern; Lombards Briefe an seine Braut und der Umstand, daß die Schwester einen jungen Beamten mit so viel versprechenden Aussichten

aber abgesehen von dem Irrtum über Lombards Schwiegervater, stimmt auch die Schlußbehauptung, wie wir gesehen haben, mit den Thatsachen nicht überein. Denn in diplomatischen Berichten wie in Flugschriften finden die Anklagen Steins ihren Vorklang und Wiederhall, und bei den zahlreichen Berührungen des Ministers mit Lombard ist eine so starke Verwechslung wie die bezeichnete nicht denkbar. Stein selbst hat allerdings in späteren Tagen sein Urteil gemildert. Als sein Freund Hanns von Gagern in dem Buche: „Mein Anteil an der Politik" sich sehr geringschätzig über Haugwitz und Lombard geäußert hatte, schreibt ihm Stein am 16. Januar 1823:„ Seicht und schwachköpfig war weder Haugwitz noch Lombard. Beide hatten vielen Verstand, letzterer viele klassische Gelehrsamkeit, gründliche Kenntnis der französischen Litteratur, nicht gemeines Dichtertalent; beide waren unmoralisch und Roués, Lombard von niedrigem Herkommen, eines Perrückenmachers Sohn — daher sagte er: ‚Mon père de poudreuse mémoire' —, in der liederlichen Schule Ritzens und der Lichtenau gebildet"[1]. Aber gerade die Billigkeit, welche in der ersten Hälfte dieses Urteils hervortritt, kann die zweite Hälfte um so gewichtiger erscheinen lassen, welche doch ausdrücklich die Beschuldigung sittenlosen Lebenswandels und der Verbindung mit der Lichtenau wiederholt.

Demgegenüber zeigt Lombards Briefwechsel mit Frau und Kindern das Bild eines Familienlebens, wie es inniger, herzlicher kaum gedacht werden kann. Und dieses Bild bleibt jeder Zeit dasselbe, und es erhält nicht etwa durch einen einzelnen Charakterzug, sondern durch die Summe aller Eigenschaften, welche unter Nächstverwandten sich wirksam erweisen, seinen Ausdruck. Lombard ist nicht allein der feurigste Liebhaber, der zärtlichste Gatte, er ist zugleich der dankbarste Sohn, der hülfreiche Bruder, zur Zeit der Bedrängnisse ein sparsamer, aber

wie K. Chr. Müller heiratete, machen nicht den Eindruck ärmlicher Familienverhältnisse.

[1] Gagern, Mein Anteil an der Politik. IV: Die Briefe des Freiherrn v. Stein an den Freiherrn v. Gagern. Stuttgart 1833. S. 128.

für die Seinen immer noch freigebiger Familienvater, gern bereit, eigene Vorteile und Bequemlichkeiten zu opfern, einfach in seinen Genüssen, den höchsten Genuß in den Freuden suchend, welche die Natur ihren Begünstigten gewährt. Er wäre der ärgste und zugleich der geschickteste Heuchler gewesen, hätte er so viele täuschen und solange einen falschen Schein, das gerade Gegenteil der Wahrheit, zur Schau tragen können.

Fiele nicht das eine Zeugnis Menckens aus dem Jahre 1797 so schwer in die Wagschale, so würde ich den ähnlichen, die aus Gesandtschaftsberichten und Denkschriften angeführt wurden, wenig Gewicht beilegen. Denn es war in jener Zeit so allgemeine Sitte, politische Gegner in ihrem persönlichen Charakter anzugreifen, daß ein den gegnerischen Parteien so unbequemer Mann wie Lombard diesem Schicksal nicht entgehen konnte. Auch Mencken war zu der Zeit, als er schrieb, verbittert und gegen Lombard, vielleicht gerade in Erinnerung der früheren Freundschaft, doppelt verstimmt; aber was aus seinem Munde kommt, kann nicht als leere Erfindung betrachtet werden. Die Jahre von 1793—1797 sind, wie früher bemerkt, in Lombards Leben die am wenigsten bekannten. Wer vermag dafür einzustehen, daß in dem damaligen Berlin ein Mann sich immer streng in den Schranken der Sittlichkeit gehalten habe? Auch die dienstliche Thätigkeit brachte Gefahren; jahrelange Trennung hat sich seit den Zeiten des trojanischen Krieges für eine junge Ehe selten förderlich erwiesen. Aber nimmt man alles zusammen, so scheint mir der Ausdruck Menckens eine Übertreibung in sich zu schließen, und das Geschrei der folgenden Jahre kann die zahlreichen für Lombard günstigen Zeugnisse um so weniger entkräften, als gerade unter den Anschuldigungen Steins mehr als eine der Wahrheit erweislich widerspricht. Gesellige Beziehungen Lombards zu dem jüngeren Ritz, an welchen auch Mencken verbindliche Briefe richtete, waren schon durch die gemeinsame Beteiligung an den Arbeiten des Kabinets nahe gelegt; sie werden auch in Lombards Nachlaß durch eine nach damaliger Sitte auf ein seidenes Band gedruckte Geburtstags-

gratulation bezeugt[1]. Aber die Gräfin Lichtenau ſtellt jede, auch die loſeſte Verbindung mit Lombard ausdrücklich in Abrede, und wie kann man behaupten, Lombard habe „ſeine Zeit in dem Umgang leerer und erbärmlicher Menſchen mit Spiel und Poliſſonnerieen vergeudet“? Den Kreis, in welchen er zuerſt verkehrte, wo man ihn liebte und ſchätzte, bildeten die Predigerfamilien der franzöſiſchen Gemeinde, und Männer, wie Ancillon, die beiden Erman, Henry, erſcheinen wie in den Jugendbriefen, ſo auch in den wechſelnden Ereigniſſen der letzten Jahre als die nächſten Freunde. Dazu kamen die vertrauteſten Beziehungen zu Beyme, Spalding, dem chriſtlich frommen Kircheiſen, und es darf gewiß als ein günſtiges Zeichen gelten, daß Lombard, ſoweit man ſehen kann, mit einziger Ausnahme der vielleicht raſch vorübergehenden Entfremdung Menckens, in ſeinem Leben keinen Freund verloren hat.

In der That, wenn Lombard für ſo viele Anfeindungen entſchädigt werden konnte, ſo geſchah es durch die Liebe und Treue, welche Familie und Freunde in allen Stürmen des Lebens und über das Grab hinaus ihm bewahrten. Die Witwe hatte, wie die zuletzt angeführten Briefe ſchließen laſſen, die beiden Söhne in Nizza erwartet. Von dort aus gab ſie dem Könige von dem Todesfall und ihrer Lage Nachricht, und Friedrich Wilhelm bewährte wieder ſein Wohlwollen, indem er ihr, um die Anhänglichkeit des verſtorbenen Gatten zu ehren, ſchon am 24. Mai die für jene Zeit ſehr hohe Penſion von jährlich 500 Thalern ausſetzte[2]. Ancillon, damals Erzieher des Kron-

[1] Um nichts zu übergehen, ſei hier noch auf Maſſenbachs Memoiren III 8, 12 verwieſen, ſo wenig Gewicht auch den Worten eines gewerbsmäßigen Verleumders beizumeſſen iſt.

[2] „Je partage la perte de Votre mari, et j'aime à reconnaître après sa mort son attachement et les services qu'il m'a rendus, par une pension annuelle de 500 écus, qui Vous sera assignée par le Conseiller privé d'État, Baron d'Oelssen, dès le jour où celle de feu Votre mari a cessé.

Potsdam le 24 May 1812.

Frédéric Guillaume.

prinzen, war für sie eingetreten; er wurde auch mit der Übersendung des königlichen Schreibens beauftragt und begleitete es am 4. Juni mit einer Würdigung des Verstorbenen. „Sie haben einen schweren Verlust erlitten", heißt es darin; „er war der zärtlichste Gatte; er war Ihrer würdig. Ihnen bleibt der süße Trost, sein Leben verschönert und ihm bis zum letzten Seufzer die zarteste, unermüdlichste Pflege gewidmet zu haben. Seine Freunde verlieren einen zuverlässigen Freund, der in keiner Lage sich ihnen gegenüber jemals verleugnet hat. Sein schönes Talent war sein geringstes Verdienst; ich habe keinen reineren, edelmütigeren, uneigennützigeren Menschen gekannt; auf der Höhe des Glückes hat er — das würde allein für seinen Ruhm genügen — die größte Einfachheit bewahrt und niemals die andern vergessen; im Unglück hat er der Verleumdung die Würde des Schweigens entgegengestellt und sich selbst nicht vergessen" [1].

Gewiß wird ein Brief, unmittelbar nach dem Tode eines abgeschiedenen Freundes an dessen Gattin gerichtet, mit dem Lobe nicht geizen; aber unmöglich hätte ein vernünftiger Mensch, wären die Schmähungen gegen Lombard auch nur zur Hälfte begründet, solche Worte gebrauchen können. Und so mögen sie, wenn sie nicht unbedingt gelten, doch zur Bestätigung des Urteils dienen, das in diesen Blättern zum Ausdruck kam.

Im Sommer 1812 finden wir die Mutter mit den Söhnen wieder in Berlin, wo August seine Laufbahn als Beamter begann. Allein der ruhige Fortgang wurde durch die ungeheuren Ereignisse der Zeit unterbrochen, und war es dem Vater nicht vergönnt, die glückliche Wendung zu erleben, so ziemte es um so mehr den Söhnen, mit vollem Feuer der Jugend ihre Liebe für das unterdrückte, jetzt endlich wieder aufatmende Vaterland zu bethätigen. Schon im Frühling 1807, in der größten Bedrängnis, hatte August, damals erst fünfzehnjährig, für den

À la veuve du Conseiller privé Lombard à Nice." Lombards Nachlaß.

[1] Der Brief in Lombards Nachlaß und in der Beilage Nr. XXVII.

Kriegsdienst sich angeboten und sogar eine Ernennung zum Fähnrich erhalten. Eben wollte er den Versuch machen, sich von Berlin nach Königsberg durchzuschleichen, als der Friede von Tilsit Hoffnungen solcher Art auf mehrere Jahre zerstörte. Aber die Zeit der Befreiung kam. Von dem Aufrufe, in welchem der König am 17. März aus Breslau sein Volk zu den Waffen rief, hatte August durch den Minister Kircheisen schon einige Tage vor der Veröffentlichung Kunde erhalten. Mit seinem sechzehnjährigen Bruder Eduard und mit zwei Universitätsfreunden, dem späteren Minister v. Rochow und dem späteren Gesandten in Madrid, Freiherrn von Liebermann, nahm er Extrapost, und Tag und Nacht reisend gelangten die vier als die ersten Berliner Freiwilligen nach Breslau. Scharnhorst, der mit dem Vater stets in guten Beziehungen geblieben war, empfing August auf das freundlichste, gebrauchte ihn einige Zeit bei seiner Korrespondenz und eröffnete ihm in der Adjutantur glänzende Aussichten. Aber der junge Mann hatte keinen lebhafteren Wunsch, als rasch gegen den Feind geführt zu werden. Er trat in das brandenburgische, einst von Zieten befehligte Husarenregiment, weil er aus der Korrespondenz wußte, daß es zur Vorhut bestimmt sei, wurde schon im ersten Feldzuge zur Belohnung für eine rühmliche Waffenthat zum Offizier befördert und zu Anfang des neuen Jahres an die Spitze einer Schwadron gestellt, die er bis in die Nähe von Paris führte[1]. Freilich hatten die ausgestandenen Strapazen seine Gesundheit für immer zerrüttet, aber die Versäumnisse in seiner juristischen Laufbahn brachte er bald wieder ein. Schon 1819 wurde er von Kircheisen zum Kammergerichtsrat bestimmt; Beyme, dem das Gerichtswesen der westlichen Provinzen zur Neuordnung übertragen war, schickte ihn jedoch an den Rhein. Er wurde Oberprokurator in Kleve, dann in Koblenz und schon am 31. Juli 1831 — erst 39 Jahre alt — als Mitglied des rheinischen Kassations-

[1] Aus einer Denkschrift Augusts Lombards an den Justizminister von Kamptz vom 25. August 1834.

hofes nach Berlin berufen. Eine bedeutende Zukunft wäre ihm sicher gewesen, hätte nicht ein früher Tod am 19. Mai 1836 seinem Leben ein Ziel gesetzt.

Die Mutter war ihm nur wenige Jahre, am 9. Juni 1832 vorausgegangen. In ihrem Briefwechsel mit den Söhnen wird des Vaters niemals ohne schmerzliche und zärtliche Erinnerung gedacht. Noch am 8. Juni 1822 schickt sie einem Freunde in Nizza eine kleine Summe, um die Cypressen auf dem einsamen Grabe Johann Wilhelm Lombards wieder anzupflanzen.

Beilagen.

Beilage I (zu S. 6).

Empfehlungsschreiben des Oberkonsistorialrats Erman für Lombard an Friedrich II.,

6. März 1786. Preuß. Geh. St.-A. Rep. 96. 402 B.

Entre les élèves du Collège Royal Français qui ont achevé leurs humanités et leur philosophie, et ne sont pas encore entrés dans quelque emploi civil ou ecclésiastique, je n'en connais point, qui me paraisse convenir mieux aux vues de V. M. que le jeune Lombard. Né avec d' heureux talents, il les a cultivés avec la plus grande application. Il a la conception aisée, s'est nourri de la lecture des auteurs du bon siècle de la littérature Française et a obtenu par quelques compositions en prose et en vers l'approbation des connaisseurs. Il est d'un caractère solide, d'une conduite pure et irréprochable et son goût dominant pour l'étude, ainsi que l'honnête ambition de son cœur me sont un garant qu'il ne se rendra jamais indigne des bontés du plus respectable et du meilleur de tous les maîtres.

Beilage II (zu S. 15).

Lombard an Luccheſini,

Schumla, d. 29. Nov. 1790. Preuß. Geh. St.-A.

Aus Luccheſinis Nachlaſſe iſt der „Briefwechſel des Marcheſe mit dem Geh. Kabinetsrat J. W. Lombard und deſſen Bruder Peter (Leonce) Lombard 1790—1806" in einem ſtarken Aktenhefte (Rep. 92 Lucches. 35) geſammelt. Der hier im Auszuge mitgeteilte Brief iſt der erſte; er beginnt:

„Le souvenir flatteur, dont vous daignez m'honorer m'encourage à profiter de cette occasion, pour m'y rappeller encore. Veuillez accepter mes respectueuses félicitations sur votre arrivée dans ce pays-ci.“ Könnten Sie doch, wenn Sie wieder ſcheiden, alles, was wir von hier aus über unſere Leiden geſchrieben haben, als Übertreibungen anſehen. Lombard giebt dann eine Schilderung ſeiner Lage. Sowohl der Graf v. Luſi wie der Oberſt v. Götze beſitzen große Talente; aber wenn andere Kollegen durch niedere Leidenſchaften getrennt wurden, ſo hat dieſe beiden ein Übermaß von Eifer für den Dienſt getrennt. Götze iſt ausdrücklich beauftragt, die militäriſchen Bewegungen des Großveziers zu leiten. Luſi beruft ſich dagegen auf einige Stellen der königlichen Befehle und auf die enge Verbindung der politiſchen Angelegenheiten mit den kriegeriſchen Maßnahmen und hält ſich aus dieſem Grunde berechtigt, auch über die letzteren ſein Urteil abzugeben. „La froideur de ces deux Messieurs commence à éclater en plaintes et en murmures vis-à-vis de moi, et peut-être mes prières ont seules empêché jusqu'ici leur brouillerie. Ma situation est des plus désagréables et mon rôle vraiment pénible. Confident des chagrins de l'un et de l'autre, je dois les appaiser tour à tour.“ Wenn der Graf über ein „objet militaire“ zuerſt gefragt wird, giebt er ſeine Anſicht ab; Götze denkt oft anders, ſchweigt aber in Gegenwart der türkiſchen Miniſter. „Je tâche de ramener le premier en habillant couleur de rose chaque propos que tient l'autre. Je console celui-ci par l'espérance de notre prochain départ, mais, si cette dernière ressource m'échappe, je tremble que les ministres d'ici . . ne s'apperçoivent bientôt de leur mésintelligence.“ Nichts würde dem Könige größeren Schaden bringen. Dazu kommt die vollkommene Nutzloſigkeit des Aufenthalts des Grafen in Schumla. „Vu l'espèce d'esclavage où l'on nous tient et l'ignorance de la langue“, bleibt es ihm verborgen, wenn die Türken etwas vornehmen wollen, was den Intereſſen des Königs entgegen iſt; noch weniger kann er etwas dagegen thun, da der Vezir die Befehle des Divan noch ſicherer als die Mahomets ausführt. Darum „vous ne regretterez sûrement pas les vœux, que vous exprimez vous-même dans vos lettres pour le retour du Comte. — Mais ce retour peut-il s'y déterminer? Vous verrez par sa lettre quels sont les ordres de S. M. Les Turcs sont à la vérité dans les quartiers d'hiver, mais les Russes n'y sont pas. La campagne est-elle finie?“ Herr v. Luſi fragt Luccheſini um ſeine Meinung, ob er zurückkehren darf oder nicht; der Beſcheid wird für ihn entſcheidend ſein, „et j'ai cru qu'avant de le donner, les détails que cette lettre renferme vous paraîtraient peut-être intéressants“. — Lombard ſchuldet ſowohl Luſi als Götze Achtung, „et à l'un d'eux plus que cela pour les pro-

cédés vraiment nobles, qu'il a eus vis-à-vis de moi". Er berichtet nur von einem Streit, der beide ehrt; aber er bittet doch den Marquis, nichts zu ihrer Kenntnis gelangen zu lassen. Deshalb schließt er mit der Andeutung: „Le comte de Lusi recevant les paquets qui arrivent ici et ne me cachant pas une des lettres qu'on lui adresse, je n'en puis moi-même recevoir une seule dont il ignore le contenu".

Beilage III (zu S. 27).

Lombard an seine Frau.

Aus Lombards Nachlaß.

de Haans, entre Ste Ménéhould et Châlons,
le 24 Septembre 1792.

A peine rendu à moi-même après les singuliers événements dont ma vie semble devoir être éternellement semée, je me hâte, chère et tendre amie, de te les apprendre, dans la crainte que d'autres ne me devancent et ne te les présentent sous un jour qui allarmerait ta tendresse.

Le 19. de ce mois le Roi, partant du village de Massieux avec toute son armée pour déloger l'ennemi d'un poste très important, laissa tous ses équipages en arrière, qui formèrent sous l'escorte d'un corps de cavallerie ce qu'on appelle en allemand une Wagenburg, c'est-à-dire une enceinte de voitures, rangées l'une à côté de l'autre. Nous passâmes toute la nuit au bivouac; le lendemain nous entendîmes commencer la canonade qui devint bientôt si terrible que nous pouvions à peine maîtriser nos inquiétudes. Quelques personnes de l'état civil de l'armée proposèrent d'aller à cheval reconnaître ce qui se passait. Je les suivis; des chasseurs, quelques hussards se joignirent à nous, et la troupe grossit bientôt assez pour qu'on crut ne rien risquer à s'engager plus avant. Je commençai à avoir des doutes; cependant nous étions trop loin déjà pour pouvoir m'en retourner seul. Nous gagnâmes une montagne d'où nous vîmes distinctement les armées rangées en bataille et le feu des batteries. Ceux qui m'accompagnaient s'obstinèrent à s'y arrêter. Je fus forcé enfin à prendre le parti de la retraite, avec un certain Rimpler, quartier-maître de l'artillerie que Henri connaîtra. Nous avions fait à peine une demie mille qu'en arrivant sur le sommet d'une montagne, nous apperçûmes tout d'un coup dans le

fonds et à une portée de fusil seulement une vingtaine de cavaliers qui venaient sur nous. Nous étions médiocrement montés. Rimpler voulut tourner bride. Je l'arrêtai: en lui disant que c'étaient peut-être des Autrichiens et que dans tous les cas la fuite, au lieu de nous sauver, nous exposerait à une mort inévitable. Je disais si vrai, que ceux qui avaient formé précédemment notre société furent tous dans la même heure massacrés ou pris. Nos chevaux étaient épuisés par une longue course; le moindre mouvement nous eût attiré une décharge générale à la portée de laquelle nous étions déjà. Je m'arrêtai tout court, et toute la bande fondit sur moi le sabre levé. *Qui vive?* me crièrent-ils. *Tout ce que vous voudrez*, répondis-je, *je suis votre prisonnier.* C'étaient des hussards français qui ne donnent plus de quartier aux Prussiens. Mon ton calme leur en imposa; ils se contentèrent de m'arrêter. Ma bourse, ma montre, ma bague, mes éperons, mon cachet, tout ce que j'avais sur moi fut leur butin et, en satisfaisant leur cupidité, contribua peut-être à appaiser leur soif de sang. Ils me conduisirent au corps dont ils s'étaient détâchés. Quatre mille hommes étaient rangés en bataille dans la plaine, avec 4 pièces de canon, précisément entre notre armée et nos bagages, dans un endroit par conséquent où je pouvais sans trop d'imprudence ne pas supposer d'ennemis. Nous arrivâmes aux volontaires nationaux. Le moment le plus critique m'y attendait. Mon habit bleu, ma veste rouge, quelques mots français que je ne pus éviter de prononcer, me firent prendre pour un émigré français. Aussitôt partit le cri général: *à la lanterne! il faut lui couper la tête. lui arracher les entrailles.* J'essayai d'abord de me faire entendre, mais le bruit étouffant ma voix, je pris mon parti et tombai dans une insouciance profonde à laquelle je ne puis comparer aucune autre situation de ma vie. Les hussards qui me menaient, voyant tous les fusils dirigés contre moi et les instruments de mon supplice se préparer, piquèrent des deux et m'amenèrent à bride abattue au Général Duval qui réussit à en imposer à ces misérables. Ayant appris qui j'étais, il me traita avec la plus grande politesse, me garda à ses côtés et il me fallut errer le reste du jour avec cette troupe, ayant déjà été 8 heures à cheval, sans manger, ni boire, et défendu seulement par l'apathie dont je t'ai parlé de mille mouvements cruels qui eussent dû me poursuivre. Arrivé à une métairie où Duval avait son quartier, je n'y pris qu'un quart d'heure de repos et fus sur le champ remis à cheval pour être conduit au Général Dumouriez à Ste Ménéhould. Nous fûmes toute la nuit en route, parce que nous

accompagnions quelques voitures chargées de blessés; le vent, la pluie étaient horribles. Dépouillé de mon manteau, de mes gants, l'étourdissement seul m'empêcha de succomber. Je passai la journée du lendemain en prison, sans voir personne qu'un aide de camp du Général qui avait la commission d'examiner, si je n'en imposais pas sur ma qualité, et de tâcher, au cas contraire, de profiter pour quelque découverte des lumières qu'on me supposait, ou de me gagner par l'appât des plus séduisantes promesses. En attendant on ignorait mon sort chez nous; on avait des nouvelles soit de la mort, soit de la captivité de toutes les personnes parties avec moi; personne ne savait des miennes. Le Roi, tout blessé qu'il eût pu être de mon imprudence, en fit demander et réclama ma personne. Dès lors on me combla d'honnêtetés. On me donna un logement agréable, une garde d'honneur, la table. Je n'en profitai pas. Je n'avais plus de besoin. Je fus trois jours sans manger et sans dormir et ne m'en appercevais pas.

Quelques jours auparavant les Prussiens avaient enlevé à Varennes un certain George, membre de l'assemblée constituante, qui avait joué un rôle dans l'affaire de l'arrestation du Roi de France. Il était en prison à Verdun et l'on s'était apperçu que nous attachions du prix à sa personne. Les Français y en attachaient plus encore, parce que c'était un de leurs plus enragés et plus punissables jacobins. Ils pensèrent qu'il fallait profiter de l'occasion de ma prise pour obtenir sa délivrance. Le Général Dumouriez me fit dire que j'écrivisse au Roi que ce serait à ce prix seul que je serais renvoyé, qu'au reste je partagerais en tout le sort du prisonnier et que, si le plan était tel, que les moteurs de la révolution Française eussent à craindre pour leurs vies, la mienne répondrait de celle de George. Je le fis, mais, au lieu de demander au Roi ma délivrance, je le suppliai de ne point écouter sa bonté, de ne point faire céder ses plans politiques à mon intérêt personnel et de m'abandonner à mon sort. Les princes Français crièrent en vain de ce qu'on voulait leur arracher leur victime; l'humanité du Roi l'emporta et ce bon maître consentit à tout pour me racheter. Je fus ramené de nuit pour me sauver de la fureur du peuple et je suis arrivé hier ici harassé, affamé, épuisé, mais sain, un peu honteux seulement, pénétré de reconnaissance pour le meilleur des maîtres et riche de mille expériences sur lesquelles je rumine encore sans pouvoir trop fixer jusqu'ici mes jugements.

J'avais écrit avant mon avanture une longue lettre qui heureusement n'était point partie. Il faudra chanter la palinodie sur bien des points. Vous apprendrez dans peu de sin-

guliers événements. Je ne tarderai pas à te revoir, et cette espérance me console seule des chagrins amers auxquels mon patriotisme m'expose.

Ton idée et la crainte que tu n'apprisses par d'autres les commencements de mon malheur m'ont cruellement tourmenté et me font écrire en hâte ces lignes. Je n'écrirai plus guères. Je suis découragé et triste. Puissé-je t'être rendu et me livrer après les orages de ces dernières années au paisible sentiment du tendre amour que je te conserverai éternellement.

Lombard.

Beilage IV (zu S. 38).

Lucchesini an Friedrich Wilhelm II.,
Frankfurt, 21. Dezember 1792.
Preuß. Geh. St.-A. Rep. 92 Lucches. 12.

Der Kabinetsrat Mencken bittet in dem beiliegenden Schreiben um einige Tage Urlaub nach Potsdam, um „soigner à la fois sa santé qui en a un bésoin réel, et ses affaires qui se ressentiraient d'une plus longue absence. Si celles de V. M. pouvaient souffrir de son départ, je ne me serais point chargé de sa requête. Ayant deux personnes qui travaillent avec moi, j'ose intercéder, Sire, en faveur du Sr. Mencken, pour qu'il obtienne la permission qu'il sollicite. L'équité et l'amour de la vérité m'obligent aussi à fixer l'attention bienfaisante de V. M. sur le sort du Secrétaire de Cabinet Lombard. Ce sujet d'une capacité non ordinaire, d'une activité étonnante, d'un zèle sans bornes, et déjà dépositaire discret de tous les secrets politiques de l'état, n'a que 600 écus d'appointements par an.

Ne serait-ce aussi juste que prudent à l'occasion de la retraite prochaine du Conseiller Beyer, que V. M. assignât au Sr. Lombard pour augmentation de sa pension les 1000 écus qui retomberont à Votre disposition, Sire, après l'arrangement projeté d'une pension de 2000 écus de retraite pour le Conseiller Beyer, qui jouissait actuellement de 3000 écus de pension comme Conseiller de Cabinet. — J'ose assurer V. M. sur mon honneur, que le Sr. Lombard mérite cette grâce, et que sa qualité de secrétaire déchiffrant la justifie en plein."

UNIVE

Beilage V (zu S. 38).

Lombard an den Geh. Kabinetsrat Laspeyres,

Frankfurt, 26. Dezember 1792.
Preuß. Geh. St.-A. Rep. 96. 258 D.

Monsieur Mencken, „absolument inactif dans les commencements de la campagne et très peu occupé depuis que le Ms. de Lucchesini nous a joints", hat erst durch die Unterstützung des letzteren die langersehnte Erlaubnis zurückzukehren erhalten, „sur l'assurance donnée par son Excellence au Roi que je suffisais au travail". Beyer, dessen Stellung alle diese Zeit sehr unangenehm gewesen ist, sieht sich „sans ouvrage presque, exposé à toute la gêne de sa place, sans aucun des dédommagements qui l'en eussent consolé"; er wünscht Ruhe und die Erlaubnis abzureisen. „Ses occupations aussi étaient retombées sur moi pendant les 3 semaines que le Roi m'avait eu seul près de sa personne et je fis l'expérience des ressources dont la nécessité rend capable. Cette épreuve accoutumait d'avance S. M. à l'idée du vœu", den Herr Beyer schon lange heimlich nährte, nämlich „une espèce de retraite qui en conservant au Roi le droit de l'employer dans des occasions particulières et à lui-même la majeure partie de ses appointements, l'éloignât cependant de ce collège qui fut le cabinet et qu'on appelle encore improprement ainsi". Wahrscheinlich verwirklicht sich dieser Plan. Nach Beyers Abreise übertragen sich dann seine Obliegenheiten auf Lombard. Aber das Dechiffrement wird ganz über seine Kräfte gehen. Hoffentlich wird jedoch Lucchesini beim Könige die Sendung Coulons erwirken; dieser braucht nicht selbst zu schreiben, da Beyers Sekretär „pour le mécanique du travail" zurückgelassen werden wird. „J'y dois gagner considérablement, à ce qu'on assure encore, pour la partie des appointements." Lombard bedauert, daß ihn die Veränderungen „d'un ami bien cher et d'un homme auquel l'habitude au moins m'attachait" berauben. Die Lage ist traurig: „souvenirs, regrets, finances, tout contribue à y assombrir les idées".

Beilage VI (zu S. 52).

Disposition Friedrichs II.

vom 13. Februar 1768.
Preuß. Geh. St.-A. Rep. 96. 402 A.

Sr. Königlichen Majestät allerhöchste Disposition, wie es hinführo in Ansehung der Cabinets Expeditions gehalten und die Arbeit dabey repartiret werden soll.

„Zuförderſt ſollen die eingekommene chiffrirte Sachen entſiegelt werden und die Depeches aus der Türkey, Rußland, Öſterreich, Engeland, Pohlen und Schweden, zur Zeit der vorſeyenden Reichs Tage in beyden letzten Reichen, aber ſonſt nicht, dem Geheimen Kriegs-Rath Laspeyres zum dechiffriren zugeſtellet werden, und ſoll der zu verpflichtende Geheime Secretaire Breton die Depeches aus Holland, Dänemark und dem Wurtembergſchen zur Chiffre Arbeit übernehmen."

Bei einer Erkrankung des Laspeyres „muß der Geheime Rath Coeper das Dechiffrement der auf ihn repartirten Depeches, bis daß Höchſt Se. Königl. Majeſtät in Anſehung des p. Breton dieſerhalb nach denen Umſtänden anderweit disponiret haben werden, übernehmen. Wann hiernechſt der Geh. Kriegs Rath Laspeyres und der Geh. Secretaire Breton mit dem Dechiffriren und Chiffriren der Depeches occupirt ſeind; ſo müſſen ſie, um ihrer Sache gewiß zu ſeind, ſorgfältig darauf halten, daß Niemand frembdes zu ihnen gelaſſen werden müſſe, und da nicht alltäglich zu dechiffrirende Sachen einkommen, ſo kann der p. Breton, nachdem es die Zeit vergönnet, mit auf andere Arbeit gezogen und bey denen Expeditions der von Sr. Königl. Majestät aus dem Extract ertheileten Ordres und Antworthen gebrauchet werden. Die Directorial-Sachen[1] anlangend, ſo iſt höchſt Sr. Königl. Majestät intention, daß der Geheime Rath Galster ſelbige, um das befohlene darauf zu expediren, erhalte. Wann übrigens Sr. Königl. Majestät geheime Ordres, betreffend die armée oder an die Regimenter, ergehen zu laſſen geruhen, ſo iſt höchſt deroſelben Wille, daß der Geheime Rath Müller und der Geheime Krieges Rath Laspeyres, ſonſt aber Niemand, mit darann ſchreiben ſollen.

Potsdam, den 13. Februar 1768. (gez.) Friedrich.

---

[1] Unter Direktorialſachen hat man hier die Angelegenheiten des Generaldirektoriums zu verſtehen; an das niederſächſiſche Kreisdirektorium darf nicht gedacht werden. Es iſt kein Fall bekannt, in welchem Friedrich II. eine niederſächſiſche Kreisdirektorialſache aus dem Kabinet erledigt hätte. Die „inneren Angelegenheiten", welche in einer archivaliſchen Aufzeichnung als dritte Abteilung dem „Auswärtigen" und den „Militaria" entgegengeſetzt werden, umfaſſen die Immediatkorreſpondenz mit den beiden Centralminiſterien (Generaldirektorium und Juſtizdepartement), mit den Oberpräſidenten der beiden ſchleſiſchen Kriegs- und Domänenkammern, mit den Kriegs- und Domänenkammern überhaupt, ſoweit die Kammern und Regierungen (d. h. die Gerichtsbehörden) direkt, nicht etwa durch Vermittlung des Generaldirektoriums oder des Juſtizdepartements, an das Kabinet berichten. Gütige Mitteilung des Herrn Profeſſors R. Koſer.

Beilage VII (zu S. 57).

Schreiben Wöllners über die Einrichtung des Kabinets, vermutlich an Bischoffwerder.

Frühling 1786. Preuß. Geh. St.-A. Acta des Kabinets Friedrich Wilhelms II., Rep. 96, 208 C.

Wöllner kommuniziert seinem „liebsten Freund" seine Gedanken über eine „neue Einrichtung des Kabinets", damit er eventuell dem Könige daraus vortrage oder sonst davon einen Gebrauch mache.

I.

Zur Vollkommenheit des Kabinets glaubt er vier Stücke rechnen zu müssen: 1. alles muß darin mit der tiefsten Verschwiegenheit bearbeitet werden; 2. alle eingehenden Sachen müssen zur Kenntnis des Herrn kommen; 3. alle Protektion der Kabinetsräte muß wegfallen, „weil dies nur den Weg bahnt zu Bestechungen 2c. und ofte viel unerlaubte Dinge zum Schaden des Ganzen und zur Unterdrückung einzelner Particuliers ausgeführet und durchgesetzet werden"; 4. die Arbeit im Kabinet muß „äußerst simplificiret" werden.

II.

In wichtigen Staats-Angelegenheiten ist nichts gefährlicher, als wenn solche vor der Zeit aus dem Kabinet „transpiriren"; auch bei kleinen Dingen kommen Unannehmlichkeiten vor. Darum möge a. S. Königl. Hoheit „bei der neuen Vereidigung der Cabinets-Räthe, ihnen die höchste Ungnade und härteste Strafe auch bei der mindesten Uebertretung dieses wichtigen Punktes . . Höchstselbst androhen". b. Jeder Kabinetsrat soll für seinen Sekretär selbst haften, und bei Vergehungen soll Kassation und Festung oder noch schwerere Strafe erfolgen. c. Ein Großes zur Geheimhaltung der Kabinetsarbeiten würde beitragen, wenn kein Kabinetsrat mehr in seinem eigenen Hause, sondern alle nur im Schlosse, in einem besonderen Zimmer, zu dem allein der älteste Kabinetsrat den Schlüssel hat, expedieren lassen dürften. In diesem Zimmer auf dem Schloß könnte auch die Kabinets-Registratur sein. „Dies ist in der That ein Hauptpunkt, denn sonsten sind wenigstens in Particulier-Angelegenheiten, alle Nachrichten vor die Gebühren zu haben; und ich weiß selbst bei Eichels Zeiten einige Fälle, wo man in Berlin des Morgens schon Abschriften von Cabinets-Ordres erhielt, die den Abend erst mit dem Jäger von Potsdam ankamen . ."

III.

„Ein wohlgeordnetes Cabinet muß so eingerichtet werden, daß der Landes-Herr sicher ist, daß von den eingehenden Sachen nichts

zurückgehalten und untergeschlagen werden kann; sondern alles und jedes zu seiner Kenntnis kommen, und ihm vorgeleget werden muß."

„Der verstorbene Cabinets-Rath Eichel war in diesem Stück ein sehr dreister und gefährlicher Mann. Er hatte viel Kopf und Talente, und eine große Kenntnis der Staats-Angelegenheiten, und der jedesmaligen geheimen Trieb-Federn in den Cabinetten der auswärtigen Höfe. Seine Emissarien waren allenthalben, die der König damals gern bezahlte. Er hatte ofte die wichtigsten Nachrichten, davon unsere eigene Gesandten und das auswärtige Departement nichts wußten. Sein durchdringender Blick umfassete und durchforschte alles, und der König war stets durch ihn von allem zu rechter Zeit avertiret. Dies war seine gute Seite. Natürlicher Weise mußte der König einen so nützlichen Mann schätzen und lieben und ihm sein Vertrauen schenken. Dies Vertrauen misbrauchte er nie im Großen, aber desto mehr im Kleinen zu seinen Privat-Absichten." Sein Herz taugte nichts, er war ein „höchst unmoralisch böser Mensch"; er besaß nämlich einen unersättlichen Stolz, und diesem Götzen opferte er alles auf. „Blos aus Stoltz réfusirte er an Hertzbergs Stelle, Ministre bei dem auswärtigen Departement zu werden; denn es war ihm angenehmer, alle andere Ministres vor sich kriechen zu sehen, als selbst Ministre zu sein. Seine Collegen im Cabinet beherrschte er despotisch, und war über seine Authoritaet so eifersüchtig, um bei dem mindesten Anschein, daß der König zu diesem oder jenem im Cabinet auch ein Zutrauen hatte, sogleich ihren Untergang zu beschließen." Nölte und Wasserschleben wurden auf diese Weise Schlachtopfer der Gnade des Königs. Seine Unversöhnlichkeit gegen den, „der seinem Stoltz nicht Weyrauch streute", kannte jeder, und „angesehene Leute sprachen oft laut aus, daß des Königs Ungnade nicht so fürchterlich sei als die Ungnade von Eichel."

„Ich entwerfe das Portrait von diesem großen Mann um deswillen so ausführlich, damit es desto begreiflicher werde:

wie es möglich gewesen, daß zu denen Zeiten manche Sachen, die Eichel nicht vor dem Könige gebracht wissen wollte, auch schlechterdings niemals zu des Königs Kenntnis und Wissenschaft gelangten."

Dies „dreiste Unternehmen" ist ihm auch immer geglückt, nur ein einzig Mal hat ein Landedelmann den König angetreten und sich beschwert, daß er auf 12 Briefe keine Antwort erhalten, während dem Könige die Sache des Edelmanns ganz unbekannt war. „Dergleichen Verfahren ist doch aber in einem Lande, da der König jedem Unterthan erlaubt, sich gerade an ihn zu wenden, sehr traurig." Das einzige Mittel zur Abhülfe ist: „Daß alle und jede eingehende Briefe vorhero gar nicht in die Hände eines Cabinets-Raths kommen, als bis sie in den Händen des Königs gewesen sind".

„Gegenwärtig ist, soviel ich weiß, die Marche des Cabinets folgende: als 1. Alle und jede an den König gerichtete Briefe werden an den Geh. Rath Müller abgegeben. 2. Dieser packt sie in ein verschlossenes Portefeuille und schickt solches an den König. 3. Der König lässet durch jemand alle darin enthaltene Briefe in seiner Gegenwart aufmachen, lieset die von den Dicasteriis und machet eigenhändige Marginalia, welche mit sothanen Marginalien an die Dicasteria zurückgehen. Die übrigen Briefe, welche er nicht Lust hat durchzulesen, giebt er in einem Haufen zusammen an Stelter zum morgenden Vortrag. 4. Stelter sortiret sie zu Hause, und schickt diejenigen, welche für den Geh. Rath Müller gehören, diesem zu. Beide Cabinets-Räthe machen aus diesen Briefen ganz kurtze Extracte. Müller giebt seinen Bogen Extracte den folgenden Morgen an Stelter, und dieser lieset solche benebst den seinigen dem Könige vor, welcher dann Ja! oder Nein! darauf verfüget. 5. Den Nachmittag werden die hiernach expedirte Cabinets-Ordres dem Könige zur Unterschrift vorgeleget, und gehen noch den nehmlichen Tag ab."

Zur Verhütung aller unerlaubten Cabinets-Manoeuvres würde folgendes dienen: 1. müßte „der täglich von Berlin kommende Jäger seine Brief-Tasche gerade auf das Schloß in dem Vorzimmer abgeben, und das Postamt zu Potsdam eben dieses mit den übrigen Briefen, so von andern Orten einlaufen, thun. 2. Alle diese Briefe würden sogleich in des Königs Zimmer auf einem besondern Tisch hingelegt, wo sie Seine Majestät zu jeder Stunde erbrechen und lesen könnten. 3. Wenn es hier Ihre K. Hoh. gefiele, eine einzige Sache zu thun, nehmlich, auf allen denjenigen Briefen, wobei Höchstdieselben keine Marginalia machten, sondern solche den Cabinets-Räthen zum Vortrag hingäben, Höchsteigenhändig

eine Zahl oder Nummer

zu schreiben; so würde dieser einzige Umstand, alles Unterschlagen oder Zurückhalten der Briefe mit einmahl verbieten, weil jeder fürchten muß, daß sich der König die Anzahl dieser Briefe notiret habe, und also bei dem Vortrage am folgenden Tage keiner fehlen darf. 4. Was aber jeden etwanigen bösen Cabinets-Rath noch ferner hiebei im Zaum halten würde, wäre dieses, wenn befohlen würde:

daß bei denen zur Unterschrift vorgelegten Cabinets-Ordres, allemahl der eingelaufene Original-Brief wieder mit vorgeleget werden müßte, welches bisher nicht geschehen ist;

alsdann müßte jeder besorgen, im Fall er dreiste genug gewesen wäre, die Sache falsch vorzutragen, daß der König bei der Vollziehung der Cabinets-Ordre, diesen oder jenen Brief noch Allerhöchst selbst nachlesen, und die gegebene Ordre damit vergleichen könnte." Vor dieser Einrichtung würde selbst „der dreiste Eichel gezittert haben".

IV.

„Kein Cabinets-Rath muß Protectiones ertheilen können. Hierin waren Eichel und Galster sehr berühmt und zugleich unerträglich.“ Ihre Feinde erhielten auch die kleinste, unschuldigste Sache niemals vom König. „Zuletzt wird ein solches Cabinet eine öffentliche Boutique, in welcher mit der Gnade des Königs Handel und Wandel getrieben wird.“ Durch die obige neue Einrichtung würde auch diesem Unwesen schon ein Riegel vorgeschoben; „aber das sicherste, liebster Freund! ist das vortreffliche Hertz und die Vaterliebe unseres künftigen Königs gegen alle seine gute Unterthanen, welche uns gewis von keinem Cabinets-Rath wird tiranniſiren lassen. Wenn nur einmahl ein Exempel statuiret wird, so wird sich jeder Unterdrücker des Volks daran spiegeln.“

V.

„Alle Cabinets-Arbeiten müssen auf allgemeine Sätze reduciret und dergestalt simplificiret werden, daß der König nicht nöthig hat, die Zeit auf das Detail zu verwenden. — Anjetzt hat der König sich die Geschäfte des Cabinets außerordentlich dadurch erschweret und vervielfältiget: 1. daß er bei dem Finanz-Wesen das Generaldirectorium nicht auf dem vorigen Fuß eines Collegii gelassen; sondern erlaubt hat, daß jeder Minister in seinem Departement für sich handeln können. Hierdurch sind gleichsam so viel General-Directoria entstanden, als Finanz-Ministres sind; denn ein jeder derselben hat besondere Anfragen zu thun, muß besondere Ordres erhalten ꝛc. 2. Daß er die Regie völlig unabhängig gemacht, und nicht die ganze weitläufige Branche des Zoll- und Accise-Wesens unter dem General-Direktorio gelassen, wodurch sich die immediaten Arbeiten des Cabinets sehr vermehret haben. 3. Daß er das Forst-Departement vom General-Directorio abgerissen, und solches daher ebenfalls unmittelbar aus dem Cabinet dirigiren müssen. 4. Daß er seine neuen Etablissements, nehmlich die Banque, Seehandlung, und Tabacs-Administration jedes besonders immediate unter das Cabinet gesetzt hat. 5. Daß er bei dem Militaire die große Armée im Détail übersehen wollen; denn obgleich die eingeführten Inspectiones ihm die Arbeit haben erleichtern sollen, so glaube ich doch nicht, daß er seinen Endzweck ganz erreicht haben wird, sondern vielleicht mancherlei Uebels daraus entstanden ist. 6. Daß er in vielen andern Dingen ebenfalls nicht das Allgemeine sondern nur stets das Détail ergriffen, und zwar auf die Art, daß er beständig in Dingen Instructiones geben wollen, die er unmöglich wissen können, wodurch die Leute vom Métier confuse gemacht wurden, und daher unzählige Anfragen und Einwendungen in's Cabinet bringen mußten, um sich nicht gegen ausdrückliche Cabinets-Ordres responsable zu machen, die doch ofte mit der Natur der Sache stritten und gar nicht exekutiret werden konnten. 7. Daß er beständig in das

Weſpen-Neſt der Justiz herumgeſtöhret, im Grunde niemals den Geſetzen ganz freien Lauf gelaſſen, ob er es gleich immer thun wollte; ſondern wenn alles im beſten Gange war, ſtets wieder mit Macht-Sprüchen und neuen Veränderungen dazwiſchen fuhr, wodurch denn am Ende nichts als Verwirrung entſtehen konnte, die ihn nöthigten, unzählige Cabinets-Ordres zu geben, um die unendlichen Klagen einzelner Particuliers zu beantworten, welche in's Cabinet unaufhörlich hineinſtürmten." S. K. Hoh. wird dereinſt um die Hälfte weniger Arbeit haben, wenn ſie Wöllners Vorſchläge acceptiert:

„a. Dem General-Direktorio die alte Form unter Friedrich Wilhelm wiederzugeben; ſo daß die Ministres nicht mehr getrennet arbeiten, ſondern alles collegialiſch nach den meiſten Stimmen in allen Départements gleichförmig arrangiret werden muß. Alsdann gehet die ganze große Machine ihren geraden ſichern Gang ungehindert fort, und nur in außerordentlichen Fällen dürfen Anfragen zur Entſcheidung des Königs in's Cabinet kommen.

b. Eben dieſem General-Direktorio alles, was zum Finanz Fache gehöret, unterzuordnen, nehmlich das Forſt-Departement, die Banque, das Zoll- u. Accise-Weſen, die Tabacks-Adminiſtration (wofern dieſe bleiben ſoll), die in das neue Commerz-Collegium umgeſchaffene Seehandlung ꝛc.

c. Wenn Höchſtdieſelben geruhen, den neuen vortreflichen Gedanken zu executiren, ein Conseil de Guerre zu établiren, davon Sie, liebſter Freund! mir einmahl eine Idée machten, und die ich nach meinen geringen Einſichten ganz unverbeſſerlich finde.

d. Bei der Juſtiz den Geſetzen ſtets freien Lauf zu laſſen, und nur einmahl vor allemahl dem Groß-Canzler ſtrenge anzubefehlen, über die Verwaltung einer ungekränkten Juſtiz ſorgfältig zu wachen, bei Strafe Höchſter Königlicher Ungnade, wenn Partheilichkeit des Gross-Canzlers oder dergleichen entdeckt und erwieſen werden ſollte.

e. Die Angelegenheiten der Particuliers, aus dem Cabinet ſtets an die Dicasteria, theils zur Décision, theils zum gutachtlichen Bericht zu remittiren, und im letztern Fall nicht ehender aus dem Cabinette antworten zu laſſen, bis dieſer gutachtliche Bericht von dem Dicasterio, darunter die Sache gehöret, eingelaufen iſt. Durch dieſen letztern Umſtand würde zugleich dem großen Uebel der erſchlichenen Cabinets-Ordres vorgebeuget werden."

Auf dieſe Art würden jährlich Hunderte von Kabinetsordres erſpart. Zum Schluß ſpricht Wöllner noch eine Idee aus, dahingehend, daß der älteſte Kabinetsrat „alle Quartale oder alle halbe Jahre Sr. K. H. eine Liſte von allen oder wenigſtens von den wichtigſten in dieſen 3 oder 6 Monathen ergangenen Cabinets-Ordres vorzulegen habe, ſonderlich derjenigen, die noch nicht executiret wären". Hierdurch würden die Dikaſterien und die Miniſter be-

ſtändig kontrollieret werden, da dem Könige nichts aus dem Gedächtnis entwiſchen könne. „O, mein liebſter Freund! beten Sie nur unaufhörlich für das Leben und die Geſundheit dieſes guten Königs, den uns Gott geſchenket hat. Er wird gewis unter dem Segen Gottes ganz vortrefflich regieren, und ſeine Unterthanen glücklich machen. Hätte ich ein tauſendfaches Leben, ſo wollte ich es mit Freuden in ſeinem Dienſte aufopfern, und ich weiß, daß Sie ebenſo denken. Leben Sie wohl! — Wöllner."

Beilage VIII (zu S. 68).

Bericht des Miniſters Grafen v. d. Schulenburg an den König vom 30. Mai 1792. Aus demſelben Aktenhefte.

Schulenburg dankt zunächſt für das Vertrauen des Königs. „La lecture de la correspondance que j'ai l'honneur de renvoyer à V. M. m'a fait voir que les plans de ce misérable allaient encore bien plus loin que je n'osais l'imaginer. C'est une nouvelle preuve de l'audace de ces gens, et elle montre jusqu' à quel point ils portent leurs intrigues. Ils attaquent principalement les femmes parce que leurs têtes sont plus faciles à monter et qu'ils croient par elles opérer sur les hommes.

Je désirerais bien pouvoir proposer à V. M. un Sujet, qui puisse remplacer le Sieur Mencke au quartier général, puisqu' effectivement le désir qu'on témoigne qu'il suive V. M. le rend suspect; mais j'avoue ne trouver personne, le Département ne pouvant pas se passer du Conseiller privé Lecoq, si les affaires à Berlin ne doivent pas en souffrir. En attendant, si V. M. ordonne que le Sr. Mencke reste à Potsdam, il faudra de manière ou d'autre nous arranger au quartier général. Si au contraire V. M. permet qu'il La suive, j'ose Lui répondre que je le veillerai de si près, qu'il ne m'échappera pas, au cas qu' effectivement sa conduite ne soit pas sans reproche; cependant, je dois avouer que je ne me permets pas encore de le croire, des gens du calibre du Sr. Leuchsenring dirigeant souvent leurs batteries sur la seule espérance de gagner des personnes dont ils sont encore loin de se trouver les maîtres et uniquement d'après l'idée qu'ils se forment de leur caractère. Le Baron de Reck et le Sieur

Mencke sont l'un et l'autre frondeurs, et il est plus que probable que c'est de ce principe qu'on est parti en voulant se servir d'eux, quoique d'ailleurs le premier soit certainement, comme V. M. le sait Elle-même, un des hommes les plus honnêtes de Ses États."

Beilage IX (zu S. 54, 71 u. 81).

Denkschrift einer dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm naheſtehenden Perſon „Über die Führung der Geſchäfte im Kabinet".

Herbſt 1797. Preuß. Geh. St.-A. Acta betreffend „Wichtige Stücke kurz vor und nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III." Rep. 92 Fr. W. III. B. VII a 4.

Soviel dem Verfaſſer bekannt geworden, ſind zur Zeit des höchſtſeligen Königs — alſo Friedrichs II. — die Geſchäfte im Kabinet zu Anfang in der Art betrieben worden, daß der König ſelbſt ſämtliche eingegangene Sachen erbrochen, ſie durchgeſehen, darauf dekretiert und ſie dann den Kabinetsräten zur Expedition übergeben hat. Nach der Tafel ſind ihm dann die „Expeditions ſelbſt" zur Unterſchrift zugeſandt worden. Dem König iſt jedoch nicht immer gegenwärtig geweſen, „was in ein oder der andern Sache vorausgegangen ſei, worüber auch oftmals die Cabinets-Räthe, die nicht darauf vorbereitet geweſen, keine richtige Auskunft haben geben können, und wenn ſie nachmahls ſich auch aus den Akten belehret, ſo haben ſie nicht wagen dürfen, die Expedition zurückzuhalten und gegen den einmahl genommenen Beſchluß Vorſtellungen zu machen". Später ſind darum die eingegangenen Sachen, nachdem ſie in der Kammer des Königs erbrochen worden, „einem der Cabinets-Räthe zugeſchickt worden, welcher ſie unter die übrigen Räthe vertheilt und ſich über deren Inhalt mit ihnen beſprochen hat, worauf ein jeder ſodann aus denen zu ſeinem Ressort gehörige Sachen einen Extract formirt, darüber bei S. M. mündlichen Vortrag gemacht und Allerhöchſt deſſen Résolution als Decret zur Seite geſetzt". Die chiffrierten Berichte der Geſandten wurden dem Könige en clair vorgelegt, und dann nach „Hinzufügung ſeines erlauchten sentiments" dem Kabinets-Miniſterio zur Wahrnehmung der erforderlichen Maßregeln zugeſandt. In dieſem Geſchäftsgang hat der Nachteil gelegen, daß die Kabinetsräte, weil alle Sachen dem Könige nur in ihrem Extrakt vor Augen kamen, nach Belieben Geſuche protegiren oder zurückweiſen konnten, wovon häufige Beiſpiele den Beweis geliefert.

Ursprünglich sind die Geschäfte der Kabinetsräte in folgende Branchen zerfallen: „in Militair-Angelegenheiten, Cammeral- und Finanz-Sachen, in Justiz-, geistliche- und Armen-Sachen, Cassen- und Gnaden-Sachen, Déchiffrement und französische Correspondenz". Dazu hat noch einer der Räte das Amt Königs-Wusterhausen zu respizieren gehabt.

„Bey Antritt der Regierung Sr. M. des Königs — Friedrich Wilhelms II. — sind die Geschäfte in folgender Art festgesetzt worden: Es haben nehmlich Allerh. S. M., alle eingegangene Sachen selbst erbrochen, auf denen Sachen, deren Inhalt klar zu Tage gelegen, das Decret eigenhändig darauf gesetzt und unter denen Cabinets-Räthen zu gleichen Theilen zur Expedition vertheilt, über solche aber, die sich auf andere Gegenstände bezogen oder die einer näheren Beleuchtung bedurften, haben Sie Sich durch den Cabinets-Rath v. Beyer mündlichen Vortrag machen lassen. Ueber Justiz-Sachen ist auch zuweilen der Cabinets-Rath Mencke zum Vortrag gezogen worden. Alle Militair-Angelegenheiten, haben des Königs M. dem General-Adjutanten, theils per Decret, theils um darüber mündlichen Vortrag zu machen, zugeschickt. Der Cabinets-Secretair Lombar[d] hat das Déchiffrement, alle auswärtige Angelegenheiten und die französische Correspondenz besorgt." Der mündliche Vortrag der Kabinetsräte ist indes späterhin mehr und mehr und zuletzt gänzlich unterblieben, „so daß gegenwärtig sämtliche Civil-Angelegenheiten ohne Distinction dem Cabinets-Rath v. Beyer und Cabinets-Secretair Lombar[d], durch ein eigenhändiges Decret begleitet, zugeschickt werden. Nur die Etats- und Cassen-Sachen erhält der Cabinets-Rath v. Beyer, und die auswärtigen Angelegenheiten und die französische Correspondenz, in so ferne solche nicht auf Militairische Gegenstände Bezug hat, erhält der Cabinets-Secretair Lombar[d] ungetheilt zur Expedition." In dem militärischen Geschäftsgang hat sich nichts geändert, Kabinets-Rat Mörs hat das Amt Wusterhausen, Laspeyres ist emeritus, nur, wenn S. M. in Potsdam sich aufhalten, werden alle für den König nach Berlin gesandte Sachen ihm zugeschickt, und von ihm holt sie ein Königl. Leibjäger nach Potsdam ab. „Hiernächst befindet sich auch der Cabinets-Rath Mencke außer aller Activität." Was die Kabinetsräte expedieren, geht zu Mittag mit der Signatur „Unterschrifts-Sachen" zurück, wird von dem Privatsecretär Kühne dem König vorgelegt, und die Kabinetsräte versenden dann die Ordres. „Aus diesem Verfahren entstehet das Inconvenienz, daß die bey des Königs M. eingehende Sachen, welche der Geh. Cämmerier Ritz entsiegelt und worauf nachmahls Allerh. dieselben jederzeit ein eigenhändiges Decret setzen, wenn solche auf vorhergegangene Berichte oder Verfügungen Bezug haben, nicht allemahl dem nehmlichen Cabinets-Rath oder dem General-Adjutanten, der zuerst darinn gearbeitet hat, zur Expedition zugeschickt werden,

weil von denen eingehenden Sachen kein Journal geführet und angemerkt wird, wem sie zur Expedition zugeschickt worden."

Es folgt eine längere Auseinandersetzung über die Etats und Kassen-Verhältnisse. Kein Minister kann ohne besondere Approbation des Königs eine Ausgabe bewilligen, die nicht auf dem Etat steht; „sonsten die Ober-Rechen-Cammer solche nicht passiren lassen darf". Den Etat legen die Minister gegen Trinitatis dem Könige persönlich vor; dabei ist jedoch eine specielle Durchsicht nicht möglich, und damit sie nun keinen Posten ohne weiteres einrücken können, müssen sämtliche Etats zuerst dem Präsidenten der Oberrechenkammer zur Durchsicht zugeschickt werden, damit er sie kontrasigniere. Dies setzen die Kabinetsordres vom 4. Novbr. 1796 und 18. Jan. 1797 an den Präsidenten der Oberrechenkammer bestimmt auseinander. Der Militäretat wird nach der neuen Einrichtung von dem General-Adjutanten mit dem Präsidenten der Oberrechenkammer vorher persönlich durchgesprochen und dann von dem letzteren kontrasigniert. „Bei der sog. Minister-Revue ist der Cabinets-Rath v. Beyer gegenwärtig, um die darauf Bezug habende Cabinets-Ordres anzufertigen. Die Etats-Ueberschüsse fließen in die Dispositions- oder Hof-Staats-Casse, welche immediat unter der alleigenen Verwaltung Woellners steht." — Die Gesandten schicken ihre Berichte in duplo an das Ministerium und den König; Justizsachen aber, die an das auswärtige Ministerium gehen, werden nur an dieses gerichtet, und das auswärtige Ministerium erhält auf schriftlichen Bericht an den König Bescheid.

Aus der Vergleichung des vormaligen und des jetzigen Geschäftsganges würde nun folgendes Resultat zu ziehen sein:

„Zum Hauptaugenmerk würde zu nehmen seyn, alles auf einen einzigen Punkt zu concentriren, von wo aus die Geschäfte in einem völligen Zusammenhang geordnet und betrieben würden. Da es nun aber moralisch unmöglich ist, daß der Regent, so sehr Allerhöchst derselbe sich auch den Geschäften wittmen möge, dies große Werk ohne irgend einer Beyhülfe mit der erforderlichen Ordnung und Praecision zu betreiben im Stande ist, da Ihm sonst keine Zeit übrig bleiben würde, die eigentlichen Angelegenheiten des Staates, wovon jene Geschäfte nur Accessoire sind, wahrzunehmen; so würde es nothwendig seyn, daß S. M. der König einen Mann auswählen, der Allerh. Ihr ganzes Vertrauen besitzet, um ihn immediat unter Ihren Augen das Ganze mit bearbeiten zu lassen. Dieser Mann, dessen Haupteigenschaften sich vorzüglich auf der erprobtesten Rechtschaffenheit und auf einer natürlichen richtigen Beurteilung gründen müssen: würde alle eingehende Sachen indistinctement erbrechen, sie ihrem Inhalt gemäß sortiren, in besondere Umschläge, worauf das Ressort, wozu sie gehören, bemerkt ist, legen, und nachdem eine jede Pièce extractweise in ein Haupt-Journal eingetragen worden, das Ganze Sr. M. dem Könige vorlegen. Allerh. dieselben würden

solche sodann Allerh. selbst durchsehen, auf die Sachen, welche keiner weiteren Erörterung bedürfen, das Confirmative oder Négative Décret in kurzen Worten setzen, und sie mit den übrigen, worüber ein ausführlicher Vortrag erforderlich seyn dürfte, den Cabinets-Räthen und dem General-Adjutanten zuschicken." Diese werden dann die entschiedenen Sachen sofort expedieren, über die andern sich zum mündlichen Vortrag vorbereiten, wobei sie sich auch öfters Data von den ressortierenden Departements werden einholen müssen.

Zur Bearbeitung der Geschäfte würde der Generaladjutant für die militärischen Angelegenheiten, ein Kabinetsrat für sämtliche Civilangelegenheiten ohne Ausnahme und ein Kabinetsrat für die auswärtigen Angelegenheiten hinreichend sein. „Die Führung der Geschäfte unter mehre Personen zu vertheilen, scheint aus dem Grunde nicht anräthig zu sein, weil die verschiedenen Fächer so sehr in einander greifen, daß es schwer hält, einen richtigen Zusammenhang dabey wahrzunehmen; denn wenn die Cabinets-Räthe auch das genaueste Concert unter sich beobachten, so lassen sich die Akten doch nicht füglich theilen, ohne daß sie bey den ein- oder den andern incomplet werden; oder sie müßten Abschriften davon nehmen, welches nur die Arbeit multipliziret, ohne den mindesten Nutzen zu gewähren." So z. B. spielt der Etat in alle „in den Ressorts vorkommende Geschäfte" hinein; die Militärsachen sind dagegen bereits von den übrigen getrennt. Kommen aber Fälle vor, wo diese drei Geschäftsmänner noch eine Besprechung nötig fänden, so wäre das viel leichter als bei mehr Personen zu bewirken.

„Alle fertige Expeditions würden sodann dem Cabinets-Rath oder derjenigen Person, so die eingehende Sachen entsiegelt, — dem aber noch ein Secretair zur Führung des Haupt-Journals zugeordnet werden müßte: — zugeschickt, damit derselbe davon Kenntnis nehmen und in dem Haupt-Journal, neben den vorerwähnten Extract bemerken könne, unter welchem Dato die Antwort auf die eingereichte Vorstellung expedirt worden: worauf er sie des Königs Majestät zur Unterschrift vorlegt und sodann denen Expedienten zur weiteren Besorgung remittiret. Alle Cabinets-Ordres, welche S. M. auf Allerh. eigenen Beschluß erlassen, müssen ebenfalls in dem Haupt-Journal extractweise eingetragen werden, auch muß .. angezeigt werden, wenn Sachen an den ressortirenden Behörden puré remittiert werden, um die Supplicanten nach den feststehenden Gesetzen zu bescheiden, damit solches in selbigen ebenmäßig angemerkt werden könne." Auf diese Weise könne nichts liegen bleiben, und die Expedienten ständen unter einer gewissen Kontrolle. Sollte der eine Kabinetssekretär für die Civilangelegenheiten nicht genügen, so sollen ihm 2 Sekretäre und ein Kanzlist, der zugleich die Registratur besorgt, beigegeben werden, und ebenso dem Kabinetsrat für die auswärtigen Angelegenheiten zwei Sekretäre, die zugleich beim De-

chiffrieren helfen könnten. Es müßten hierzu aber solche Leute gewählt und vom Könige bestätigt werden, daß der älteste Sekretär nötigen Falls den Kabinetsrat völlig vertreten könne.

Beilage X (zu S. 80).

Der Geh. Kabinetsrat Mencken[1] an Köckritz,

den 11. Oktober 1797.

Preuß. Geh. St.-A., aus demselben Aktenheft.

Mencken giebt den lange versprochenen Aufsatz, soweit es bei seinen gesunkenen Geistes- und Körperkräften möglich war. Er ist mit den jetzigen Leuten unausführbar. Beyer ist zu einer Ratsstelle nach dem Plane zu unzuverläßlich, zu leidenschaftlich, zu kenntnisleer, Lombard mit wirklich großen Talenten, Kenntnissen, außerordentlicher Thätigkeit, unglaublicher Leichtigkeit im Arbeiten ist zu flüchtig, zu unsicher in seinen Grundsätzen und vor allem zu unsittlich, die Sekretäre Coulon und Allouchery sind bloß zum Chiffrieren und Dechiffrieren zu gebrauchen und nicht einmal zu Expeditionen. „Ich selbst bin für izt zu aller anhaltenden Arbeit untüchtig, kann keine Viertelstunde anhaltend denken und schreiben, und da dieser Zustand schon so lange dauert und an einer tiefliegenden Krankheits-Ursache hängt, so darf ich gar nicht hoffen, binnen mehreren Monaten Geschäfte mit der erforderlichen Thätigkeit verwalten zu können." Er schlägt darum den Geheimen Rat Siebmann beim Departement der auswärtigen Angelegenheiten und den Geheimen Rat Sostmann beim Departement des Ministers Blumenthal im Generaldirektorium vor. „Uebrigens wiederhohle ich noch einmahl meine schon öfters gegen Ew. Hochwohlg. geäußerte Meinung, daß man im Anfange nicht passiv genug zu Werke gehen kann. Veränderungen — viel Veränderungen sind nothwendig, aber sie müssen mit größter Ueberlegung und im Zusammenhange mit einem Ganzen gemacht werden, sonst geht der Staat trotz der herrlichen Aussicht auf seinen künftigen Beherrscher doch unausbleiblich zu Grunde. Der Cabinets-Gang muß anfänglich auch noch den alten Schlendrian gehen, die eigentlichen Cabinets-Geschäfte sind nur Bischoffswerder, Zastrow, Lombard bekandt, und also wird mit diesen vor das erste fortgearbeitet werden müssen: aber alles, was wichtigen Einfluß

[1] Durch seine am 24. Februar 1790 geborne Tochter Luise Wilhelmine, welche sich am 7. Juli 1806 mit dem Rittmeister a. D. Karl Wilhelm Ferdinand von Bismarck vermählte, ist Mencken der Großvater des Fürsten Bismarck; vgl. Bailleu in der Allg. Deutsch. Biographie XXI 314.

haben kann, muß vor das erste von der Hand gewiesen werden. Auch setze der König dem Heere der Gnadesuchenden alle seine Standhaftigkeit entgegen." „Den heutigen Nachrichten zufolge müssen wir täglich der Katastrophe gewärtig sein. Ew. H. W. glauben nicht, wie sehr mich der Gedanke ängstigt, da mich eine stärkere Crisis meiner Krankheit noch schlechterdings in meine vier Pfähle verbannt und die wenige Thätigkeit, die mir blieb, vollends lähmt. Was wird man von mir denken, wenn man mich gleich anfangs so unbrauchbar findet?"

— —

Beilage XI (zu S. 79).

Denkschrift Menckens über die Einrichtung des Kabinets.

Beilage des vorstehenden Briefes vom 11. Oktober 1797.

Die meisten Regenten des Preußischen Hauses haben ihre Ehre darin gesucht, die Übersicht ihrer Landesregierung selbst zu führen, ohne einen Premierminister. Keiner ist hierin weiter gegangen als Friedrich II. Es folgt eine Schilderung des Verhältnisses zwischen Friedrich und seinem Ministerium ohne neue Züge. „Friedrich hatte sich strenge Grundsätze gebildet, unter welche er jedes Geschäft zu ordnen wußte, oder unter welchen die Geschäfte sich biegen mußten." Der Grundsätze konnten natürlich nicht sehr viele sein, und wenn nun auch das Ganze in unverrückter Ordnung erhalten wurde, so litt doch manches einzelne Geschäft dabei offenbar Gewalt, sowie die Wohlfahrt manches Individui. In der früheren Zeit vermochten ihn mehreres Zutrauen zu den Menschen, verbunden mit seinem edlen Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit öfters zu einer Modification des Grundsatzes. In späteren Zeiten machten dagegen „Rauhigkeit des Alters, Mistrauen in die Menschen, von denen er häufig betrogen worden war, und die Furcht, sich bei sinkenden Kräften mehrere Arbeit zuzuziehen, seine Grundsätze eisern, und er suchte die Wahrheit nicht mehr im Detail der Sache, sondern im Grundsatze."

Ein zweites Mittel zur Bestreitung der ungeheuren Arbeit lag in der unglaublichen Tyrannei, die sein Geist über seinen Körper ausübte. „Der Mensch ward ganz vom Könige unterdrückt. Empfänglich für jeden Genuß, wozu ein reizbarer Körper, eine gefühlvolle Seele, ein höchst verfeinerter Geist, eine blühende Einbildungskraft ihn aufforderten, wußte er allem Genuß zu entsagen" und seinen Körper in eine kleine, pedantische, ihm selber unangenehme Geschäfts-

ordnung zu zwingen, „wenn sie das würken sollte, was er dadurch würken wollte und würkte".

„Seine Cabinets-Arbeit begann mit frühem Morgen. Sein erstes Geschäft waren die auswärtigen Sachen. Er hatte die eingelaufenen und dechiffrirten Depeschen .. bereits gelesen, und nun dictirte er dem dazu bestimmten Cabinets-Secretair die Antwort auf jede Depesche, wichtig oder unwichtig, vom ersten Buchstaben an bis auf den letzten ganz in extenso, zuweilen mehrere Bogen zu einer Antwort. Hierauf dictirte er einem andern Secretaire die Antworten auf die einländischen eingelaufenen Sachen, Berichte der Collegien, Finanz-, Rechnungs-Sachen, und dergleichen, deren er auch wohl einige bereits eigenhändig durch Marginalien decretirt hatte. Während dieser Zeit war von einem 3. Secretaire ein kurzer Extract von kleineren unwichtigeren Briefen, Gnaden-Gesuchen und dergleichen angefertiget worden; dieser ward ihm noch vorgelesen, und sogleich jede darauf befindliche Sache mit einem Paar Worten decretiret." Die expedierten Sachen wurden von Friedrich noch am selben Nachmittag unterzeichnet. Er erbrach alle eingelaufenen Sachen selber.

Es ist klar, daß bei diesem Geschäftsgang viel fertig gebracht werden konnte, aber wie es Friedrich möglich war, seinen großen Geist einer so sklavischen Ordnung zu unterwerfen, ist schwer begreiflich. — Der Nutzen einer solchen Behandlung liegt zu Tage: „Ordnung in der Administration, Schnelligkeit in der Ausführung, Wachsamkeit der Staats-Diener, Verhinderung der Misbräuche u. a." — Aber auch die Nachteile waren groß. Manche Sachen wurden durch die zu rasche Behandlung unvollkommen geendet und nicht immer in dem erforderlichen Zusammenhang bearbeitet. Die Gesichtspunkte der Staatsleitung lagen ausschließlich im Kopf des Königs; die Staatsdiener mußten sie erraten und rieten oftmals falsch. Manche Individuen litten ungerecht, und andere wußten durch irrige Vorstellungen Begünstigungen sich zu verschaffen. Ja, es konnte sogar einer der zu bloßen Schreibmaschinen gebildeten Kabinetssekretäre „durch Zusammenstellung der Geschäfte, durch Aufmerksamkeit auf die Laune des Tages" u. a. den Willen des Königs beschleichen. Die Bildung selbst denkender Geschäfts- und Staatsdiener, die den Departements als wahre Chefs hätten vorstehen können, und deren eine jede gut organisierte Regierung bedarf, wurde gänzlich verhindert. Die Minister und Präsidenten „sollten blos handeln und ausführen, und selbst in der Ausführungs-Art ließ er ihnen selten die Hände frei." Sobald daher der Kopf fehlte, der für sie gedacht hatte, und sie selbst die Geschäfte ihres Departements in großen Übersichten fassen und leiten sollten, „da fand sich, freimüthig gesprochen, im Grunde kein einziger, der seinen Pflichten gewachsen gewesen wäre".

Die Schäden dieser Geschäftsführung zeigten sich schon in den letzten Jahren des Königs selber, besonders in den entfernteren Pro-

vinzen, wohin sein Auge nicht mehr allerwärts durchdringen konnte. „Seine Grundsätze reichten für die sich mehrenden Complicationen der Staatsmaschienen nicht mehr hin, zum Theil waren sie auch, für den Geist der Zeit und der Menschen, die sich bereits merklich zu verändern anfingen, zu alt und zu rauh." In seinem Alter wären keine Abänderungen seines Systems von ihm zu erwarten gewesen. „Aber es ist gar nicht zu zweifeln, daß, wenn er in diesem Augenblicke in seiner vollen Jugendkraft auf dem Throne säße, er es selbst unmöglich finden würde, den Staat, sowie er jetzt existirt, nach seiner vorigen Art zu regieren, und in seinem noch so einzigen Kopfe, wiederum das Ganze und das Detail, allein zu concentriren." Es ist darum ein unbilliges Vorurteil, zu meinen, man könne den Staat noch heute regieren, „wie jener in Jahrtausenden einzige Mann den seinigen nur in den besondern Verhältnissen seines Zeitalters regieren konnte." Der Landesherr würde dem Namen nach regieren, „allein Intriguants aller Art würden unter dem Nahmen des Herrn würken können, was sie wollten, und zwar welches das schlimmste ist, ohne Verantwortlichkeit".

Man muß also auf eine solche Einrichtung des Kabinets und der Kabinetsgeschäfte denken, „welche den jetzigen Zeiten und Verhältnissen angemessen ist, und dem Landesherrn die Möglichkeit sichert, die Regierungs-Geschäfte seiner Staaten im Allgemeinen zu übersehen, und zu leiten, und vom Detail richtige Kenntnisse erhalten zu können, so oft er sie haben will, um Mißbräuche zu verhindern". Zur Erreichung dieses Zieles kommt es zunächst auf eine zweckmäßige Organisation des Kabinetspersonales an. „Die Glieder desselben müssen einander collegialisch subordinieret sein, denn ohne Subordination kann keine Ordnung stattfinden." Das Kabinet könnte bestehen aus

„1) Zwey würklichen Cabinets-Räthen, die die ganze Cabinets-Arbeit nach des Landesherrn Willen übersehen und dirigieren, auch alleine für den richtigen Gang der Geschäfte dem Herrn verantwortlich sein müssen.

Unter ihnen ständen

2) drei Cabinets-Secretaire,

3) ein Registrator,

4) ein Canzellist oder Copist.

Von den beiden Räthen wäre immer nur Einer gewissermaßen dejour: das heißt, einer alleine dirigierte die Geschäfte, und wäre dafür responsable, bis die Direktions-Zeit des andern Raths einträte; am füglichsten würde diese Direktion von einem Monate zum andern abwechseln." Als Gründe für diese Alternierung führt Mencken an:

Die Verantwortlichkeit des einzelnen wird dadurch koncentriert, weil sie jeder für seine Direktionszeit allein zu tragen hat. Der

König kann ferner leichter entdecken, wenn einer oder der andere sich etwas zu schulden kommen ließe. „Es erleichtert hauptsächlich diesen Männern beträchtlich ihre saure Arbeit und besonders das beständige Bereithalten zu den Befehlen des Herrn: jeder trägt die Hauptbeschwerlichkeiten des Dienstes nur einen Monat lang, und gewinnt einen Monat, um sich an Geist und Körper bei leichterer Arbeit wieder zu erholen."

Die beiden Subjekte müssen mit ganz besonderer Sorgfalt ausgesucht werden. „Es gehören unumgänglich Männer von durchaus redlichen Herzen dazu, begabt mit einem schlichten und festen Sinn für Wahrheit und Gerechtigkeit, mit erprüfter Anhänglichkeit an den König und Staat, mit durchaus gesundem Verstande und hinlänglicher Kenntnis der Geschäfte und Menschen, und von durchaus anständigen Sitten und Lebens-Wandel. Sie sind schwer zu finden solche Subjekte, weil sie sich nicht vordrängen. Aber es giebt ihrer hin und wieder, und der Herr, dem es ein Ernst ist, sie zu suchen, wird sie finden. Dahingegen müssen sie auch mit ehrenvollen Zutrauen behandelt, bis zum Ueberfluß bezahlt, und hin und wieder durch schmeichelhafte Ermunterungen und Beifall des Herrn erfreuet werden, die jedoch durch keine vorzügliche Begünstigung des einen vor dem anderen ihr notwendiges Einverständnis zu den Geschäften stöhren könnte; welches Einverständnis bei zwei Männern solcher Denkungsart von selbst statt finden wird." Im Alter ist ihnen eine sichere Retraite zu gewähren. „Sie müssen zu jeder Zeit das Recht haben, auch unaufgefordert, dem Herrn ihre Meinung über Geschäfte sagen zu dürfen. Ihre Verantwortlichkeit hingegen für vorsetzlichen Mißbrauch des in ihnen gesetzten Vertrauens, und ihre Strafe dafür müssen äußerst strenge sein. Auch möchte es gut sein, als Prinzip festzusetzen, daß sie nie zu einer Staats-Minister Stelle gelangen können. Dies wird sie veranlassen, ihren Ehrgeitz ganz auf die würdige Verwaltung ihrer Stelle zu konzentrieren." Auch die Sekretäre müssen redliche, gesittete und unterrichtete junge Leute sein; sie müssen „gut bezahlet werden, Ihre Ascension zu den Rathsstellen bei Vacanz stehe als Möglichkeit, nicht aber als eine Art von Recht feste".

In Bezug auf die Einrichtung und den Gang der Geschäfte ist die Hauptsache, daß sie „mit pünktlicher Ordnung, mit Ueberlegung und im gehörigen Zusammenhange betrieben werden". Dies wird aber unmöglich, wenn dem Landesherrn selbst die Geschäfte drückend werden, wenn er „jeden Tag, jede Stunde seines Lebens ihnen aufopfern, mit ihnen zu Bette gehen und mit ihnen aufstehen muß". Darum soll der Landesherr seine Regierungsgeschäfte nur darin bestehen lassen:

„Die Grundsätze, nach welchen die Geschäfte von seinen administrirenden Departements verwaltet, und seine Unterthanen

behandelt werden sollen, zu übersehen, mit fester Hand aufrecht und zusammenzuhalten, und vorsetzliche Abweichungen davon und Mißbräuche nie ungeahndet zu lassen; dagegen aber die Anwendung dieser Grundsätze und des Details, seinen Staatsdienern mit Zutrauen zu überlassen, und nur gelegentlich sich darum zu bekümmern, um sicher zu sein, daß ordnungsmäßig und mit Redlichkeit verfahren werde."

Die Minister und Präsidenten sind mit großer Überlegung zu wählen; ihnen ist dagegen wieder die Ernennung ihrer Untergebenen zu überlassen, wenn auch mit einigen Einschränkungen, da sie sonst für ihre Dienstführung nicht volle Verantwortlichkeit haben können, „die doch als ein Hauptpfeiler der Ordnung im Staate betrachtet werden muß". — Es folgen nun einzelne praktische Ratschläge. Die häuslichen Geschäfte des Fürsten sollen von den Kabinetsgeschäften scharf getrennt werden, ebenso die rein militärischen Angelegenheiten, wenn sie nicht zur Staatsökonomie gehören. Das Detail der auswärtigen Geschäfte und die gewöhnliche Korrespondenz mit den Gesandten soll dem Ministerium des Auswärtigen überlassen bleiben, einzelne wichtige Fälle ausgenommen. Dafür mag der Minister wöchentlich einen Bericht abstatten. — Der König soll nie unbedingt mündliche Supplikationen oder solche von Deputationen bewilligen.

Für erledigte Pensionen oder Präbenden u. dgl. sollen im Kabinet Listen verdienstlicher Personen vorhanden sein; ein unbedingtes Gnadengesuch, von keinen Verdienstlichkeitsgründen unterstützt, soll in der Regel abgeschlagen werden. Die „Projektmacher" soll man an die betreffenden Departements verweisen. — Wenn zu der Handhabung dieser und anderer Grundsätze eine allmähliche Abstellung der „ungeheuren Mißbräuche" in den Landeskollegien und Departements käme, so würde die ganze Verwaltung „gewissermaßen wiedergebohren". Darauf geht Mencken aber nicht weiter ein; er will nur noch die zweckmäßigste Einrichtung des Kabinets, wie sie aus diesen Voraussetzungen folgt, darlegen: „Der Herr setze nur zwey, höchstens drei Tage in der Woche bestimmt, und wo möglich auch bestimmte Stunden, zu seinen Arbeiten im Cabinet fest." Es wird dies zur Erledigung der Arbeit hinreichend sein; die meisten Geschäfte dulden einen solchen kleinen Verzug und können infolgedessen reiflich überlegt werden. „Der Landesherr räume dem Cabinet so nahe als möglich seinen Wohnzimmern zwei Zimmer ein. Das eine sei das Arbeitszimmer des Cabinets, und enthalte seine Registratur. In dem andern erwarten die Cabinets-Räthe an den Arbeitstagen zur bestimmten Stunde den Herrn und seine Befehle, machen ihm Vorträge, über die an dem Tage zu expedirenden Sachen, nach einem bereits angefertigten Extracte, notiren seine Decrets, übergeben Sachen zur Unterschrift u. dgl. In diesem Zimmer befindet sich

ein wohl verwahrtes Spinde, zu welchem Niemand den Schlüssel hat, als der Herr, und die Cabinets-Räthe."

„Der Herr lasse an ihn gerichtete Briefe ohne Ausnahme in sein Zimmer niederlegen, erbreche sie alle oder zum Theil, decretiere nach Lust und Gefallen einige oder mehrere mit kurzen Marginalien und lasse täglich, sowohl die eröffneten (decretiert oder nicht), als auch die uneröffneten in das oben benannte Spinde durch einen zuverläßigen Hausofficianten tragen, oder noch besser in einem von ihm selbst zu verschließenden Kästchen, wozu die Cabinets-Räthe alsdann ebenfalls den Schlüssel haben müssen, in jenem Spinde beisetzen."

„An jedem Morgen versammle sich das Cabinet in dem ihm angewiesenen Zimmer. Die Räthe begeben sich unverzüglich in das andere Zimmer, nehmen die in dem Spinde vorhandenen Sachen heraus, lassen die Decrete sogleich durch die anwesenden Cabinets-Secretaire expedieren, erbrechen die uneröffneten Briefe, fertigen über diese, sowie über die offenen und decretierten einen kurzen Extract zum Vortrage am eigentlichen Cabinets-Tage."

„Finden sich dringende oder wichtige Sachen darunter, so geben sie unverzüglich dem Herrn Nachricht davon."

„Die zur Unterschrift fertig gewordenen Expeditionen, oder andere Unterschriftssachen, ingleichen den kurzen Extract, legen sie, wenn es kein Cabinets-Tag ist, wieder in das Spinde, für den Fall, wenn der Herr auch außer dem Cabinets-Tage, Zeit und Belieben fände, ein oder anderes von dem vorbereiteten zu decretiren, oder zu unterschreiben."

„Ueber die an jedem Tage abgefertigten Sachen fertiget der Registrator einen Tagezettel an. Von wichtigen Expeditionen wird Abschrift genommen, durch den Canzellisten; von den unwichtigen das Decret kurz bemerkt, und ein Repertorium darüber angefertiget."

Auf diese Weise kann alles in Ordnung betrieben und von dem Herrn übersehen werden; es werden alle sich widersprechenden Kabinetsordres vermieden. Wenn mal eine Kabinetsordre durch andere außerhalb des Kabinets expediert würde, so müßten die Expedienten gehalten sein, davon dem Kabinet sogleich Mitteilung zu machen. So, meint Mencken, würden sich die Grundlinien zu einer ordentlichen Einrichtung des Kabinets gestalten, und wenn sie genehmigt würden, so könnte diese Skizze zu einem vollkommenen Plan erweitert werden.

Beilage XII (zu S. 83).

General Rüchel an Köckritz,

23. November 1797.

Preuß. Geh. St.-A., aus demselben Aktenheft.

„Mein Freund! So wahr als ein Gott im Himmel lebt, ich möchte ihm küssen. Point für Point Charakterzug — Warheit — und so wird es gehen — und anders nicht. Nicht die unseelige Mittelstraße, in der sich jede Kreatur vermischt — sondern Relief — Belohnung und Strafe ist das einziege Mittel der Anspannung unter denen Menschen in einer praktischen Welt. Die Bemerkung über die innere und äußere Ehre — Beförderungen — dem Vorzug der nützlichen Künste für die speculativen — der Landwirthschaft — Gnadensachen sind so richtig als Gold — der kizliche Punkt über die Klagen der Unterthanen einzig auseinandergesezt, wenn man auch hin und wieder einen freundlich hört, in der Regel erst die Instanzen, und dann der Trohn — bald ein Rapport von dem Landes Collegio, bald die Sache wenigstens revidirt im Kabinette nach Einschickung sämtlicher Acten — bald eine Unpartheiische Commission und zwar eine militairische, oder doch wenigstens gemischte, so kann kein Schleicher auf der Intrigue zählen, weil Niemand weiß, welchen Gang die Sache nimmt. In der Regel sind die großen Justiz-Collegia gut, außer der Bach, worinn das Metall fließt — die Magistrate aber und kleinen Junkers schlecht und feil — das einzige Mittel ohne Kosten ist, unvermuthet schleunige Revisionen, und die Furcht. Ein Publicandum wird eine herrliche Sensation machen, besonders taugen einige Kammern nicht, worunter vorzüglich die von Hamm und Stettin. Die Leuthe haben keine gute Gesinnung: Zur Probe meine eigene Klage, über, wie ich hoffe, gerechte Sache. Die Leuthe hassen das Militair und dienen schlecht. Sie schreiben viel und thun nichts. Die Armee ist zurückgesezt, und der schöne Nazional-Geist beynahe verdorben. Ich hoffe zu Gott, er wird bey dem Ernst und den Gesinnungen unseres jungen aber hoffnungsvollen Königs besser werden. Du spaßest wohl mit mich, lieber Köckritz, wenn Du schreibst, ich soll seine Gedanken prüfen — ich bin, und zwar im äußersten Grade gerührt!"

Es folgen eingehende Bemerkungen über verschiedene Militärpersonen, ein neues Exerzierreglement, Tabaksadministration u. dgl. „Da Wöllner annoch bis zum neuen Etate die Dispositions- und Hofstaats-Casse behält; so ist noch Zeit zum überlegen, wie am besten der General-Extract vom ganzen Staate für den König anzufertigen ist. Weil nun alles seinen guten Gang geht, und ein Mensch ein Mensch bleibt und irren kann, so ist wohl das sicherste sowohl über diese General-Controlle als auch über die andern Finanz-Gegenstände: die geschicktesten und erfahrensten Geheimen Finanz-

Räthe als Arbeiter des ihnen aufzugebenden Stoffes überhaupt, Schulenburg und Hoym als Censores, der König Decisor. Borgsteedte, Beyer, Ernsthausen, Gerlach, Mencken sind theils geschickte, theils erfahrene Männer, und haben, was eine Hauptsache ist, die Reputation des ganzen Publikums für sich.

An die neue Organisation des Cabinets wird, wenigstens auf dem Papiere vorläufig näher gedacht werden müssen. Behielte nun auch Mencken als ein kluger Kopf das Haupt Departement der Finanzen,

der König behülfe sich mit Lombard als Cabinets-Secretair der politischen Correspondenz, weil er einen ganz fürtrefflichen, herrlichen Kopf und einen ganz brillanten Styl hat in beiden Sprachen, und reservirte sich da, wo er nicht jedesmahl den Minister kommen lassen wollte, wegen des Leichtsinns von Lombard auch annoch Mencken zu seiner prompten Conversation, weil er in diesem Fache gleichfalls routiniret ist, so fehlte dannoch

der allerdings sehr nöthige Rath des Justiz-Departement: der Präsident Massow zu Stettin, einer der rechtschaffensten, geschicktesten und arbeitsamsten Männer des ganzen Landes, ist nur für Pommern unersetzlich, und ein wahrer Minister Candidat.

Kircheisen aus Berlin ist wohl gleichfalls eine solche Reserve nach der Achtung des ganzen Publikums für sein Verdienst. Vielleicht schlägt Reck ein würdigeres Subjekt hiezu vor.

Sonst ist der Kriegsrath Bielcke zu Stettin, der das Justiz-Fach der Kammer hat, auch ein vorzüglich organisierter Mann am Kopf und Herz.

Ich nenne blos die Nahmen, die ich weiß, als ein Corps de Reserve für das Gedächtniß.

Gute Nacht. Ich küsse Dich.

Berlin, den 23. Nov. 1797. Dein Freund u. s. w."

Beilage XIII (zu S. 84).

Denkschrift Rüchels: „Einige Gedanken über die Führung des großen Geschäftsganges und die Klassifikation der Geschäfte im Kabinet".

Beilage zu dem vorstehenden Briefe. Auf dem ersten weißen Blatt als Titel: „Einige Gedanken, ein Monologue". Die Denkschrift füllt 14 Folioseiten; ein kurzer Auszug genügt.

Preußen wurde groß unter der Regierung ausgezeichneter Fürsten. Nicht „Colossalische Etendue . . nicht bloße Weisheit, auch sie ist ein Traumbild: aber ernste Ausübung der Gesetze — warme Vaterlandsliebe — eine active Cultur und Veredlung seiner Natur- und Kunst-Produkte, nebst ihrer regelmäßig zweckmäßigen

Verwendung — der Geist der Ordnung — der systematische Geschäftsgang — das unverbrüchliche und steife Festhalten dieser regelmäßigen Maschine — und ihr Point Central die Ressorts derselben in ewig angespannter Thätigkeit zu erhalten, solche zu Controlliren und zu übersehen — diese bewürkten durch die Dauer der Zeit die sichtbaren Vorzüge des preußischen Staats!" Trotzdem aber, setzte auch die Vorsicht auf den Thron eines Volkes einen zweiten Friedrich den Großen — „regierte auch dieser unsterbliche Mann im vollem Sinne selbst, und war durch beydes, durch seinen seltenen Geist, und seine außerordentliche Thätigkeit das erste Point Central unter seines gleichen". . so kommen doch darin „alle die unterschiedenen Meynungen überein — der Staat braucht zu seinen unterschiedenen Geschäften redliche Männer: und wer fühlt zu dem Maniement so großer und ausgedehnter Geschäfte ein solches Bedürfniß mehr, als ein aufgeklärter und handelnder König". Das Militär, das Finanzwesen — diese Pilaren des Staates — die Politik, die Justiz sind die vier Hauptdivisionen des Ganzen. Aus dem point central muß der König, dieser „milde, aber auch kraftvolle Dictator" den ganzen Geschäftsgang der Ressorts kennen, das Große desselben leiten; weil es aber „einem einzelnen Menschen physisch und moralisch unmöglich ist, in das jedesmahlige Wesen der Details einzudringen, so erwächst nun aus dieser zweiten Nothwendigkeit, das Daseyn des sogenannten Cabinets".

„A la tête einer jeden Branche von Geschäft, einen Mann ausfindig zu machen, dessen Kopf für selbiges nicht allein richtig organisiret — dessen Fleiß beinahe unermüdend — dessen Seele unbestechbar ist — einen Mann, der nicht das Winckel Vertrauen des Monarchen allein unter dem simplen entehrenden Favoriten Nahmen, sondern auch zu gleicher Zeit das Vertrauen und die Achtung des Publikums besitzt, und mit einem Worte der Arbeit ganz gewachsen ist —" das ist das erste und schwierigste Studium eines Königs, hat doch selbst Friedrich der Einzige darin geirrt. Ist es aber gelungen, „so ist die große Controlle für seine absolut nothwendige Uebersicht des Ganzen da". Kommt dann irgendwo ein Mißbrauch vor, „so hat der König seine erprobten Männer für eine jede Branche, er kann sich die Akten einhändigen lassen, sie diesem Manne übergeben, der solche in seiner Branche gründlich zu bearbeiten die Fähigkeit hat, der den Geist der Nazion, sowie die innere Verfassung der Landes-Collegien kennt. Der Status causae wird unter denen Augen des Monarchen Licht und Wahrheit erhalten, der König wird entscheiden und imponieren, da wo es nöthig thut, daß die Bösen erzittern."

Es muß also außer dem Generaladjutanten ein „redlicher und geschickter Cabinets-Rath für jede Branche gewählt werden, nemlich:

Der eine für die Finanz-Angelegenheiten und denen mit ihnen in Verbindung stehenden weltlichen Civil-Gnaden-Sachen.

Der zweyte für die auswärtige Correspondenz.

Der dritte für die Justiz-, Geistliche- und Armen-, wie auch Pupillen-Sachen.

Indem der vierte Rath, welcher gewöhnlich das Amt Wusterhausen zu inspiziren pflegt, die übrigen Suppliquen von niederm Schlage besorgen könnte: ist einem jeden expedirenden Rathe das nöthige und ebenso gewählte Secretariat nebst dem Canzellisten untergeordnet."

Betreffs der Zeit, Einteilung und Ordnung wird von Rüchel folgendes vorgeschlagen: Wenn der König neben seinem eigenen Appartement, „dergestalt, daß er zu jeder Zeit, mit einem Schritte in dasselbige seyn könnte", dem Kabinet ein Zimmer einräumen wollte, so könnten dorthin alle Sachen gebracht werden, und es wäre in das Belieben des Königs gestellt, sie „zu erbrechen, zu lesen, darüber zu decretiren, oder sich zur Rücksprache zu asserviren, je nachdem ihm solches möglich ist". Es müßte nun an jedem Morgen ein General Distributeur nebst einem Secretär, Männer, von deren Redlichkeit der König von vornherein überzeugt sei, und wie sie ihm gewiß schon vor der Seele schwebten, alle die vom König noch nicht gelesenen Briefe erbrechen, sie in Departements rubricieren, sie mit der Nummer „der Branche in questio" versehen und sie zu Paketen sortieren. „Zu gleicher Zeit nennt er diese Nummer, wie auch den Nahmen des Verfassers laut, welches Beydes der dabey gegenwärtige Secretär . . in wenig Worten in das General-Journal einträgt." Ebenso geschieht es mit den vom Könige schon erbrochenen Sachen. Wenn dann der Generaladjutant und die Räte ihre Pakete erhalten haben, so muß ihnen Zeit gelassen werden, [dieselben], „schleunige Sachen, die mit Cito bemerkt sind, ausgenommen, diesen Tag zu durchlesen, nach Maaßgabe ihrer Wichtigkeit durchzudenken, und erst des folgenden Morgens, ein jeder in seiner Branche persönlich Sr. Majestät die Extracte vorzulegen, das Allerhöchste Decret abzuwarten, oder da, wo es nöthig ist, solches nach seinem Gewissen, mit seiner Anmerkung zu begleiten. Dinge, die gründlicher durchstudirt, und nicht so leicht entschieden werden können, meldet der vortragende Rath dem Könige sogleich, nebst der Anzeige, warum solche noch einen Tag länger zurückgeblieben sind." Wenn eine Rückfrage an die Departements nötig ist, so müßte dem Publikum, um es von der Sorgfalt und Promptitude des Kabinets überzeugt zu halten, wenigstens mit einigen Zeilen Nachricht gegeben werden. Mit den Extracten bringen die Räte auch die fertigen Expeditionen mit, wobei der König nach Belieben die Expedition mit dem Dekret, sowie den Extract mit dem Originale vergleichen kann. Bei den expedierten Sachen muß in dem „generellen Expeditionsbuche" ein Signum gemacht werden, daß die Sache abgemacht ist. „Weil dieses all-

gemeine Journal aber zu generell ist, um für die Nachfrage den Grund der Dinge darin aufzusuchen; so ist sowohl der General-Adjutant, wie auch der expedierende Rath verbunden, ein etwas vollständigeres Journal seiner separaten Expeditionen für sich zu führen . ., wo der Extract zugleich sein pourquoi hat, in mehr oder geringerem Extenso nach der Wichtigkeit des Objekts, wie denn noch insbesondere in seltenen Dingen, von einer ganz außerordentlichen Erheblichkeit, die Copie der Sache völlig zu nehmen und beyzulegen wäre."

Die Formation des Kabinets ist von größter Bedeutung; jedoch muß sie noch einen kleinen Aufschub dulden, einmal weil die Wahl der expedierenden Sekretärs ebenso sorgfältig zu erfolgen hat wie die der Räte, da sie ja diese bei Krankheit ohne weiteres müssen vertreten können; andererseits findet es vielleicht S. M. für gut, „von der alten Organisation einige Glieder aus dem Cabinet zu versetzen", deren Dasein jedoch noch so lange von Nutzen sein könnte, bis die „Untersuchungen mit der sogenannten Gräfin von Lichtenau, die Dispositions- und Hofstaats-Cassen Rechnungen des in allem Betracht Geistlichen Ministers von Woellner, und mehrere Dinge dieses Gelichters, . . abgemacht sind, wovon die Männer der alten Organisation hie und da, schlechthin einiges Licht geben müssen: denn sie mögen sagen, was sie wollen, so müssen sie den Geschäftsgang kennen."

Auch in Bezug auf „die Totalité [des Volkes]", die „keine Gleichgültigkeit, sondern Impressionen will", „ist es von der alleräußersten Wichtigkeit von der Welt, die Betrüger zu entlarven und mit Festigkeit zu verachten". Aus diesen Gründen muß der „interimistische Geschäftsgang zur Aufräumung des Caos" einen lebhaften Gang gehen; „sind die jetzigen expedierenden Räthe der Meinung, daß sie das leisten können, desto besser die simplicité: können sie solches mit Promptitude und Schnelligkeit nicht, so bedürfen sie durchaus, und zwar schleunig, so vieler, wenigstens interimistischer Gehülfen, als der Kreislauf der Geschäfte erfordert." Ist die Untersuchung beendigt, und das neue Cabinet nebst Adjutantur organisiert, dann wird, „langsam und gleichsam Schritt für Schritt", „mit Hülfe der Umsicht, der Arbeit und der Zeit, insensiblement der große Berg verschwinden, den S. K. M. zu dem Antritt Ihrer Regierung in voller Warheit vor sich gefunden haben, dessen Stoff aber, so wie dessen Ausdehnung, über die Grenzen dieser Schrift ist" [1].

[1] Auf einem Quartbogen findet sich noch ein „Vorschlag zu einem regulären Geschäftsgange des Cabinets" von „einem unbedeutenden Diener". Das Schriftstück trägt weder Datum noch Unterschrift, rührt aber nach einer archivalischen Bemerkung von dem am 21. Februar 1798 angestellten Geh. Kabinetssekretär Niethe her. Es enthält nur wenig bedeutende Vorschläge.

Beilage XIV (zu S. 88).

Die Bestallung Beymes als Geheimer Kabinetsrat, 21. Februar 1798.

Das Preuß. Geh. Staatsarchiv bewahrt ein Aktenheft, betitelt: „Acta betr. die Bestellung des Cammergerichts-Raths Beyme zum Geheimen Cabinets-Rath". Rep. 9. L. 3 b.

Es beginnt mit einem Schreiben Menckens vom 17. Februar 1798 an den Geh. Kriegsrat Frentzel (Geh. expedierenden Sekretär im Ministerium des Auswärtigen). Es sei, so heißt es darin, Sr. K. M. von Preußen „wegen einer mit der Masernkrankheit, von welcher Höchstdieselben befallen worden sind, verbundenen großen Schwäche und Empfindlichkeit der Augen" unmöglich, zu unterschreiben, und darum beauftrage Sie das Departement der auswärtigen Angelegenheiten „den Kammergerichts-Rath Beyme, welchen Höchstdieselben zu Dero Geheimen Cabinets-Rath ernannt haben, in dieser Qualität zu vereiden und die erforderliche Bestallung für denselben auszufertigen". Frentzel erhielt jedoch die Kabinetsordre, durch welche Beyme zum Geh. Kabinetsrat ernannt wird, erst am 21. Februar $4^1/_2$ Uhr Nachmittags durch den Grafen Haugwitz. Er fertigte sofort die schon vorbereiteten Bestallungen für Beyme und den gleichzeitig zum Geh. Kabinetssekretär ernannten Niethe aus und sandte sie an Finckenstein zur Revision. „In der Bestallung des Hr. Beyme", bemerkt er, „habe ich nothwendig in ganz andern Terminis eingehen müssen, als in der des Hr. Niethe, da es in die Augen fallend ist, daß ein Cabinets-Rath eine weit größere Wirksamkeit haben muß, folglich seine Pflichten auch größer seyn müssen."

Es folgt dann in dem Aktenhefte die Bestallung Beymes. Im Eingange wird unter den gewöhnlichen Formeln Beyme „in Betracht seiner Uns angerühmten Geschicklichkeit, Rechtschaffenheit und sonstigen guten Eigenschaften" zum Geheimen Kabinetsrat ernannt. Dann heißt es weiter: „Wir thun auch solches hiemit und Kraft dieses, dergestalt und also, daß Uns und Unserm Königlichen Hause derselbe ferner allerunterthänigst treu, gehorsam und gewärtig seyn; Unsern Nutzen und Bestes überall suchen und befördern; Schaden und Nachteil aber, so viel an ihm ist, warnen, verhüten und abwenden helfen; insbesondere das ihm anvertraute Amt eines Geh. Cabinets-Raths treu, fleißig und mit der strengsten Gewissenhaftigkeit verwalten; in allen Angelegenheiten, welche er Uns zum Vortrag bringen wird, den Inhalt derselben der Wahrheit gemäß darstellen; wenn Wir seinen Rath verlangen, Uns selbigen nach seinem besten Wissen, Einsicht und Ueberzeugung eröfnen, nie die Wahrheit verdunkeln, oder aus einem einseitigen oder gar unrichtigen Gesichtspunkte vorstellen; in allen Stücken aber stets das Wohl des Landes und des Staats vor Augen haben; keiner Partei zu Liebe oder zu Leide

etwas vortragen, bitten und ſuchen; von den Parteien ſelbſt aber oder von ganzen Corporationen, oder von wem es irgend ſonſt ſeyn möge, nie Geſchenke oder Gaben, unter was für einen Vorwand ſie ihm auch angeboten werden möchten, annehmen, ſondern in allen Dingen ſo handeln, wie er es vor Gott, ſeinem Gewiſſen und vor Uns ſelbſt verantworten kann; von den zur Ausfertigung ihm anvertrauten und anvertrauten Sachen oder andern Arbeiten, ſie mögen innere oder auswärtige Landes-Angelegenheiten betreffen, Niemand, dem es zu wiſſen nicht gebühret, weder mündlich, noch ſchriftlich, entdecken, communiciren und offenbahren, ſondern alles, bis in ſein Grab verſchwiegen halten, auch ſonſt in allen ſeinem Thun und Laſſen ſich dergeſtalt erweiſen und betragen ſoll, wie es einem getreuen und rechtſchaffenen Geh. Cabinets-Rath und mit den geheimeſten Angelegenheiten betrauten Königlichen Diener wohl anſtehet, eignet und gebühret, auch ſeine geleiſtete Eidespflichten es erfordern, und Unſer gnädigſtes Vertrauen deshalb zu ihm gerichtet iſt.“ Dahingegen ſoll er auch alle Rechte eines Geh. Kabinetsrats genießen, ſowie das „von Uns beſonders beſtimmte Gehalt“, worin ihn S. M. jederzeit ſchützen werden. „Des zu Urkund u. ſ. w.

Berlin, den 21. Februar 1798.

ad contrasignandum

Finckenstein, Alvensleben, Haugwitz.“

Den weit einfacher gehaltenen Eid hatte Beyme gemäß einer von ihm herrührenden Aufzeichnung tags vorher 1/2 1 Uhr Mittags in einer Konferenz des Departements des Auswärtigen, in Gegenwart der Miniſter Finckenſtein, Alvensleben und Haugwitz, actu corporali abgeleiſtet.

Beilage XV (zu S. 90).

Haugwitz an Friedrich Wilhelm III.,

Berlin, den 3. März 1798.

Preuß. Geh. St.-A., aus dem Aktenheft: „Wichtige Stücke kurz vor und nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III.“

„V. M. a si bien su apprécier le prix de l'ordre dans le travail et dans l'organisation de Son Cabinet; mais à mon très humble avis il reste une branche d'occupation dans le Cabinet dont jusqu' à présent Elle n'a point déterminé le mode. Ce sont les affaires étrangères.“ Wollte Gott, daß ſie nur eine ſekundäre Aufmerkſamkeit erforderten, und daß die väterlichen und reinen Geſinnungen Ew. M. hinreichten, um Frieden und Glück der Unterthanen zu ſichern. Aber nicht alle Souveräne und noch weniger alle Regierungen denken wie Ew. Maj.; man muß ſie überwachen und ihren argliſtigen Abſichten rechtzeitig die Waffe der Unterhandlung entgegenſtellen.

Ebenso wie die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erfordert auch die Expedition die Aufmerksamkeit Ew. Majestät. „Vous avez senti, Sire, que ce qui surtout accélère le travail, le perfectionne et en établit d'une manière sûre la responsabilité, c'est la distribution. Plus la nature de l'ouvrage est déterminée, plus V. M. peut attendre du Serviteur qu'Elle en charge. Les expéditions politiques, traitées secondairement par un des Conseillers actuels, ne pourraient qu'en souffrir, perdre de leur précision et du degré de perfection que V. M. est en droit d'exiger. Elles méritent bien un homme qui exclusivement s'en occupe et que d'autres affaires ne forcent pas à traiter superficiellement celle-ci.

J'ose donc proposer à V. M. de nommer dans Son Cabinet un Conseiller dont la partie politique fasse la destination essentielle.

Si V. M. daigne m'écouter sur le mode du travail de ce nouveau Conseiller privé de Cabinet, j'ose Lui proposer encore:

1. que tout ce qui a trait aux affaires étrangères lui fut adressé, pour en faire rapport à V. M., recevoir Ses ordres et soigner d'après eux les expéditions nécessaires.

2. que ce fut lui qui présentât à la Signature de V. M. les dépêches expédiées par le Ministère pour les envoyés au dehors et qui les fît repasser à Berlin, cachetées par lui, pour que restant toujours au courant de tout, il pût mettre dans son travail de la suite et de la précision.

3. qu'il fut dépositaire de toutes les dépêches, qui entrent immédiatement à V. M., qu'il en tienne le regître et qu'il en soit responsable.

4. que pour cet effet on lui fasse parvenir de huit en huit jours les dépêches dont V. M. aura pris lecture de peur qu'un plus long intervalle ne le rendît étranger à l'objet de son travail."

„Je crois du reste pouvoir me faire garant, que le Sieur Lombard remplira avec une intelligence particulière et en fidèle serviteur le poste, que V. M. lui assignerait, et j'ose croire que Son intention serait, de le nommer pour cet effet Son Conseiller privé de Cabinet."

Beilage XVI (zu S. 100).

Aufzeichnung des Generals Kinkel.

März 1799.

Das niederländische Staatsarchiv im Haag bewahrt ein

Tagebuch des Generals v. Rinkel über eine Reise, die er, um die Interessen des Hauses Oranien zu fördern, im Frühling 1799 nach Berlin unternommen hatte. Größere Stücke daraus denke ich demnächst an einem anderen Orte zu veröffentlichen: die folgenden Bemerkungen haben bei der Stellung Rinkels eine mehr als billige Schärfe erhalten, sind aber für die vorliegende Darstellung von Interesse.

Rinkel kam am 2. März 1799, Samstag Nachmittag, nach Braunschweig. Am Sonntag, den 3., sprach er den Herzog, der durch eine lange Entschuldigung sich selbst anklagte. Haugwitz, sagte er, sei jetzt ganz verändert; aber leider sei er nicht der Minister, sondern nur der Geschäftsmann des Königs. Das Vertrauen des Königs besitze vor allem Köckritz und nach ihm Zastrow; beide seien gegen den Krieg. Der Herzog machte ganz den Eindruck wie schon im Feldzug von 1787: „que la nature lui avait prodigué des talents à pure perte en le privant de toute énergie“.

Freitag, den 8., kam Rinkel über Potsdam nach Berlin. Mittwoch, den 13., besuchte er den Prinzen Georg von Hessen, der sehr freimütig über den König sprach. „Tout en rendant justice à ses sentiments et à ses principes, il dit que la médiocrité de ce prince l'effrayait. Cette cause était aussi le soutien des personnes qui environnaient sa personne. Il redoutait infiniment les gens d'une certaine capacité et d'esprit. Son habileté était employée à éviter toute espèce de discussion. Il sentait qu'il ne pouvait la soutenir et qu'un Roi qui est le maître ne peut pas impunément se laisser convaincre sur le parti qu'il doit prendre. Mr. de Zastrow, Mr de Kœckritz. un certain Mr. Menke, secrétaire en sous-ordre, sont les personnes qui ont de l'influence sur l'esprit du monarque. Le premier ne manque pas d'esprit, mais uniquement [occupé de ramasser] une grande fortune, il plie ses opinions à celles qui sont les plus favorisées. Mr. de Kœckritz est extrêmement borné. Il oppose la guerre par une espèce de philanthropie qui tient à la religion. . . Les enragés pour la guerre prétendent que Mr. Menke est acquis à la France. S'il ne l'est pas par corruption, il l'est par persuasion. Que faut-il augurer d'une monarchie, où le prince sent son insuffisance à la conduire dans l'orage, et où il éloigne et redoute ceux qui en seraient capables en son nom?“ Preußen hat einen Ludwig XIV. und Ludwig XV. gehabt; möge es keinen Ludwig XVI. erhalten!

Beilage XVII (zu S. 133).

Lombards Präbende in Herford.

Über die Abtei Herford vgl. Heinrich Berghaus, Deutschland

vor hundert Jahren, I 1 406. Leipzig 1859. Das Kapitel bestand aus einer Dekaniſſin, Küſterin und einer Anzahl Chanoineſſen fürſtlichen und gräflichen Standes, zudem aus vier adeligen oder auch wohl bürgerlichen Stiftsherren und zwei bürgerlichen Diakonen. Nach einer Mitteilung des preußiſchen Domänendirektors Kramer aus Paderborn vom 17. April 1816 an Adolf Lombard waren im Jahre 1802 folgende Präbendare vorhanden: Die Dekaniſſin Prinzeſſin von Schwarzburg-Sondershauſen, die Küſterin Prinzeſſin von Naſſau-Uſingen, die Kapitulare: Droſt v. Exlerde, Droſt v. Eller, Obriſt v. Wrede und Herr v. Cloſter, ſowie die Diakonen Amtmann Boſe und Senior Johanning. Von dieſen ſtarb zuerſt der Obriſt v. Wrede am 5. Auguſt 1807. Die Einkünfte ſeiner Präbende beſtanden in 285 Scheffeln Getreide und etwa 55 Thalern bar. Im Jahre 1808 ſuchte Lombard in den Beſitz der Präbende zu gelangen, aber vergebens, weil nach einem unbatierten Antwortſchreiben des weſtfäliſchen Juſtizminiſters Simeon der König Jerome durch ein Dekret vom 10. Januar dernier [1808] die Exſpektativen aufgehoben und durch ein Dekret vom 5. Februar alle Beſitzergreifungen ſuſpendiert habe[1]. Auch ſpätere Verhandlungen des Bruders Adolf, der Witwe und des älteſten Sohnes mit der weſtfäliſchen Entſchädigungskommiſſion und den wieder eingeſetzten preußiſchen Behörden in den Jahren 1812—1817 blieben, ſoviel ſich aus den Akten erſehen läßt, ohne Erfolg.

Beilage XVIII (zu S. 211).

Peter Lombard an Lucchesini,
Berlin, 10. Juni 1806.

Ein Augenleiden, von welchem er ſchon in Paris befallen wurde, hindert ihn noch jetzt am Leſen und Schreiben, ſo daß er ſich einer fremden Hand bedienen muß.

„Le Comte [Haugwitz] n'a pas oublié la promesse qu'il vous a faite au sujet de Mr. de Tarrach. Les nuages qui planent sur le Levant, ajoutant à l'intérêt de la mission de Constantinople et celle de Stockholm ne devant pas être remplie de sitôt, S. E. compte proposer votre beau-frère pour la première. . .

L'appel du Comte de Keller vous aura prouvé, chère Excellence, que les projets dont le Comte vous a parlé à Paris s'en sont allés en fumée. Il est arrivé ici tout plein de son idée;

[1] Über die genannten Dekrete vgl. Goecke und Ilgen, Das Königreich Weſtfalen. Düſſeldorf 1888. S. 90.

mais ses vœux et son plan ont chaviré contre la répugnance que le Roi éprouve pour tout ce qui s'appelle innovation. Quinze jours s'étaient écoulés déjà depuis ses propositions et les refus du monarque, lorsqu'un léger évènement a ranimé ses espérances. De petites avanies, éprouvées sous les yeux même du maître, de la part du peuple courtisan, lui avaient tout-à-coup inspiré la crainte de ne pouvoir plus servir l'Etat avec utilité. Trop fier pour se démettre d'un poste qu'il a illustré, mais trop patriote pour se préférer à la chose publique, il avait conçu un plan, capable de remplir l'un et l'autre objet. Il voulait se donner un collègue assez estimé du public pour se concilier les suffrages de tous les partis, et assez raisonnable pour consentir au partage du travail de Cabinet, en le chargeant d'ailleurs de tout ce qui tient à l'éclat et à la représentation. Vous seul, chère Excellence, lui paraissiez réunir les qualités requises. Il vous proposa: les débats furent vifs. Il faillait choisir entre un bien et un mal. Malheureusement la partie n'était pas égale. Le Comte, en désirant votre rappel, paraissait ne plaider que sa propre cause, ceux qui voulaient vous conserver à Paris semblaient plaider la cause de l'intérêt public et furent seuls écoutés. Battu sans être convaincu, votre ami se retourna vers un autre côté. Entre Jacobi et Keller le choix n'était pas difficile; le second était désœuvré et le premier pouvait encore être utile à Londres. Keller fut appellé à Berlin. Son début n'eut rien de brillant, mais ne contredisait en rien l'idée qu'on s'était faite de son caractère: celui d'un bon homme. Le calme fut court. Soit influence étrangère, soit bêtise, le nouveau ministre annonça bientôt les prétentions les plus exagérées. Le Comte qui se fût fait un véritable plaisir de tout partager avec vous, parce que par-là même que vous eussiez pu prétendre à tout, vous n'eussiez rien demandé: le Comte, dis-je, ne voulait accorder que ce qu'il ne pouvait refuser. De là une lutte vraiment comique, excepté pour celui qui n'a pas les rieurs de son côté. Il y a un mois que cela dure et personne ne sait encore comment cela finira. Le Comte sent la faute qu'il a faite, depuis surtout que les esprits sont calmés et qu'il recueille les fruits de ses travaux et que l'estime et que la reconnaissance du Roi et de tous les honnêtes gens le consolent de la haine que lui ont vouée les sots et tous les gentillâtres qui croient que leur origine remonte à celle du monde parce que leurs châteaux ont des portes et des fenêtres.

Keller parait sentir également tout le ridicule de sa conduite; mais il sent en même temps qu'il s'est trop avancé

pour pouvoir reculer avec honneur. La dernière tentative qu'il a faite lui prouvera le peu de prix qu'on attache à ses services. Ayant extorqué au Roi, il y a trois semaines, la promesse d'un entretien particulier, il vient de le sommer d'en fixer le jour. S. M. lui a fait répondre qu' Elle ne voyait pas d'inconvénient à ce qu'il lui fit part par écrit des réflexions qu'il pouvait vouloir lui soumettre. Ce dernier trait prouvera au Comte Keller le peu qu'il a à attendre de l'inclination particulière du monarque. S'il refuse le cercle étroit d'activité qu'on lui offre, comme nous l'espérons tous, nous en voilà débarrassés; s'il accepte, il se donne un démenti qui n'affaiblira pas l'opinion qu' on a conçue ici de sa médiocrité. Voilà l'historique d'un événement sur lequel on a déjà formé bien des conjectures et dont on rirait bien, si l'on en connaissait, comme nous, les fils et les détails. En attendant, quoiqu'il arrive, soyez bien persuadé, chère Excellence, que cette nomination n'influera en rien sur les affaires. Keller n'est pas un homme à sortir de sa sphère, tandis que le crédit et la considération de notre cher ministre augmentent tous les jours. Il a senti enfin que pour faire goûter au maître les travaux du rang élevé où le sort l'a fait naître, il fallait y attacher de l'importance. D'après cette conviction il ne se passe presque pas de jours où le ministre n'aille relancer le monarque, qui, déjà loin de fuir, comme autrefois, les occasions de le voir, semble trouver du plaisir à les faire naître. Voilà l'exacte vérité. Notre ami commun a voulu que ce fût moi qui vous donnât ces détails; il connaît d'un côté et mon aversion pour la fausseté et de l'autre la confiance que vous daignez m'accorder et dont je suis si fier. Entre les chagrins qu'a déjà occasionnés au Comte de Haugwitz l'arrivée du Comte de Keller, il ne manquerait plus que celui de vous savoir des doutes sur son amitié pour vous et sur sa bonne foi. Veuillez, cher et bon ami, le rassurer à cet égard dans votre première lettre . . .

La mission Prussienne à Londres reçoit aujourd'hui l'ordre de quitter l'Angleterre. La conduite du baron de Jacobi a été, dans ces derniers temps, celle d'un écolier et d'un énergumène ensemble. Ses dépêches serviront un jour à constater la patience et la bonté du Roi. Sous Napoléon il serait déjà au Temple et ce ne serait pas là son acte de sévérité le moins juste. Fox et Consorts n'ont jamais critiqué avec plus de sévérité et d'indécence la politique de la Prusse.

Mon frère vous embrasse de cœur et d'âme. Il a renoncé cette année-ci à faire un voyage, afin d'acquérir les moyens de faire un jour celui qu'il projette depuis tant d'années."

Nächsten Sonntag geht die Königin nach Pyrmont; der König bleibt in ihrer Abwesenheit zu Charlottenburg. Grüße an die Marquise und „aux chers rejetons du couple aimable que j'aime tant".

Unterschrieben: „votre ancien élève Leonce[1a].

Beilage XIX.

Aus dem Briefwechsel zwischen Lombard und Hardenberg,

1804—1806. Nr. 1—13.

Auf dem Preußischen Geh. Staatsarchiv finden sich zwei Bände: „Acta, betr. Preußens politisches, in spec. Neutralitäts-System im Jahre 1804. Rep. 92. Hardenberg. E. 5 u. 6". Der ältere Titel lautet: „Berichte des Staats- und Cabinets-Ministers Frhrn. v. Hardenberg an des Königs Majestät. — Correspondance mit den Geh. Cabinetsräten v. Beyme und Lombard, und mit den Ministern und Gesandten v. Schrötter, Graf Haugwitz, Goerz, Schulenburg, Marquis Lucchesini, Baron Jacobi-Klöst, Laforest und v. Alopäus." Die zwischen Lombard und Hardenberg gewechselten Briefe sind von letzterem zum Teil in seine Denkwürdigkeiten aufgenommen; dem Originalmanuskript haben Duncker und Bailleu wichtige Nachträge entlehnt; auch die folgende Nachlese könnte noch einiges Interesse bieten.

1 (zu S. 138).

Lombard an Hardenberg, 12. Juni 1804.

Il faut qu'on tourmente beaucoup S. M. de l'idée que nous nous sommes précipités dans l'acte de reconnaissance du nouvel Empereur. Il m'en a reparlé aujourd'hui; mais avec sa justesse d'esprit ordinaire il a refuté lui-même d'une manière victorieuse des objections que la passion seule peut élever. .

Le comte Haugwitz m'écrit, qu'il a été très malade de l'usage des bains de souffre, qu'il renonce à ceux de Landeck, et qu'il sera de retour les premiers jours du mois prochain.

[1] Der als Unterschrift häufig wiederkehrende Name könnte dem Helden der „Delphine", eines bekannten Romans der Frau von Staël entlehnt sein, wenn er sich nicht in den Werken der Frau v. Genlis finden sollte.

2 (zu S. 140).

Lombard an Hardenberg, Landeck, den 30. Juli 1804[1].

„Monsieur le Comte de Haugwitz nous quitte. Jusqu'au dernier moment je me suis obstiné à ne pas y croire. Il a choisi d'autres confidents que moi. Je le félicite, s'il a des amis sur lesquels il puisse compter davantage encore.

Le premier hommage que je doive à un caractère tel que le vôtre, Monsieur, c'est l'aveu de ma profonde affliction. Je tiens au ministre que nous perdons par tous les liens de la reconnaissance et du respect. On ne voit pas sans un serrement de cœur se relâcher par l'éloignement une relation qui fit le charme de douze années.

Mais mon second hommage (et celui-là me console de vous avoir dû le premier), mon second hommage, ou V. E. me connaît mal ou Elle l'a préjugé de même: Je félicite l'Etat du successeur que le Roi donne à mon ami, et je me félicite moi-même d'avoir un juge dont le suffrage sera fait pour m'honorer et dont je ne puis perdre l'estime tant que je conserverai la mienne.

Respect, docilité, reconnaissance, voilà les sentiments, Mr. le Baron, dont je vous offre dès à présent le tribut. Je voudrais oser déjà en nommer un autre. Du moins je me rendrai digne, que V. E. un jour m'en honore. Il ne tient pas à elle, que je n'aie l'orgueil d'y prétendre dès aujourd'hui."

3 (zu S. 148).

Lombard an Hardenberg, undatiert, vermutlich vom 31. Oktober 1804.

„J'ai eu une semaine très désagréable et je n'en prépare pas une heureuse à V. E. Quant à moi, j'en ai l'habitude et mon indifférence est à peu près imperturbable, lorsque j'ai le sentiment de n'avoir fait que mon devoir.

Le roi est inquiet, comme toujours dans les temps de crise. Par un contraste singulier, il a alors, avec un attachement invincible à son idée, le besoin d'écouter tout le monde. Hier, il m'ordonna d'expliquer le cas au C. de Haugwitz, et de demander son opinion. Mais ma lettre n'eut pas le bonheur de plaire à S. M., car elle posait la question si distinctement qu'elle la préjugeait. Le roi en a fait une autre de main propre, dont je vous envoie la copie. Il y préjuge bien autrement la chose, et met le C. de Haugwitz si ouvertement sur la voie, qu'il faudra à ce ministre tout son patriotisme

[1] Bald nachher, aber doch einige Tage später, als S. 140 angegeben wurde, trat Lombard die Rückreise nach Potsdam an.

pour ne pas se laisser séduire[1]. Sur les débris de ma lettre le Roi avait écrit le billet ci-joint. Une délicatesse mal entendue m'aurait interdit toute objection, puisque je suis l'un des intéressés. Je n'en ai cru que le devoir et j'ai couru chez S. M. Si V. M., lui ai-je dit, avait donné cet ordre il y a quinze jours, c'eût été une simple nouveauté, qui n'eût frappé qu'un moment. Pour juger de ce qu'on en va penser aujourd'hui, qu' Elle se dise, quelle est l'association d'idées qui le Lui inspire aujourd'hui. Effrayée des obligations que Sa déclaration Lui impose, Elle veut les atténuer autant que possible. Ne pas l'entourer des formes qui accompagnent un traité c'est à Ses yeux la placer dans une autre catégorie. Mais l'empereur Alexandre qui a l'intérêt contraire, que doit-il en conclure dans le moment où il s'agit de la première application?

Cette réflexion me paraît d'une force irrésistible. Elle n'a point frappé le Roi. A moins, m'a-t-il dit, que l'on n'ait déjà formellement accepté et en mon nom et en alléguant mon assentiment, on me fera un plaisir extrême de refuser.

Il n'y a plus moyen de s'en dédire et par mille raisons je serais en désespoir, qu'il n'y eût pas de forme qui sauvât la décence. Peut-être V. E. n'a rien dit encore, peut-être dans le cas contraire pourra-t-Elle prendre occasion de la déclaration personnelle de Czartoriski pour dire que le Roi l'ayant apprise, lorsqu'il s'est agi de rendre les présents, y avait singulièrement applaudi et demandé qu'on en fît autant. Enfin, Mr. le Baron, je vous abandonne la chose, mais je vous conjure par l'amour de Dieu, de l'arranger coûte qui coûte sur le vœu du Roi. Voici ma bague."

4 (zu S. 471).

Lombard an Hardenberg, 17. November 1804.

„Le mémoire du Comte Haugwitz m'avait fait pressentir le sujet de l'entretien de Steglitz. Je suis intimément convaincu, que V. E. s'est prescrit la marche la plus sage. Je crains tellement tout ce qui pourrait s'en écarter, que je ne me suis point empressé, je l'avoue, de redemander le mémoire, pour Lui en faire part. J'espère en très peu de jours voir V. E. et L'en entretenir. En attendant, si Son caractère et Sa marche Lui donnent droit d'exiger, qu'on n'ait pas d'arrière-pensée pour Elle, permettez-moi, Mr. le Baron, de vous avouer qu'une vieille et respectable habitude me fait une jouissance de tout ce qui justifie mon ancien bienfaiteur, et

[1] „Le roi" bis „séduire" abgedruckt bei Ranke a. a. O. II 95.

que l'interruption qu'on s'est permise dans Vos ordres me paraît du moins aussi étonnante que la sensibilité qu'il en témoigne. Je voudrais que la circulaire, dont Vous faites un si heureux usage envers lui, justifiât tout le monde aussi complètement, que V. E. elle-même.

Le seul mot qui m'ait frappé dans Sa lettre, chef-d'œuvre de raison et de calme, c'est un certain adroitement. Il est à double entente et peut-être dans un autre sens que le reste."

5 (zu S. 471).

Hardenberg an Lombard, 18. November 1804.

„Ma lettre au Comte Haugwitz était à la poste, quand je reçus la vôtre d'hier, sans quoi je vous aurais volontiers fait le sacrifice du mot adroitement, quoique je vous avoue avec franchise, que je l'ai choisi exprès. Personne ne désirerait plus que moi de pouvoir trouver le Comte justifié, mais cela est difficile, quand je combine les faits et les circonstances. Je n'ai jamais discontinué de lui donner des preuves de l'amitié la plus loyale, j'ai mis dans mes procédés la plus grande déférence et délicatesse. Pourquoi ne pas me rendre la pareille et me donner des sujets de défiance dont je ne puis me défendre? L'ami et l'homme droit m'aurait parlé de la lettre du Roi et de la manière dont il voyait la chose, et aurait aimé à la discuter avec moi; sa lettre aurait été conçue dans un esprit tout-à-fait différent. Enfin, c'est l'ensemble de la conduite du Comte qui me peine. Vos sentiments vous honorent et vous rendent digne de rencontrer des amis sûrs. Comptez-moi parmi ceux-ci avec une conviction entière."

6 (zu S. 149).

Lombard an Hardenberg, undatiert, von fremder Hand geschrieben, wahrscheinlich am 19. November 1804.

„Le Roi est aux nues; moi je suis piqué de ce que V. E. a prévu si juste; car je Vous l'avoue, je suis encore à me demander sur quoi Son tact appuyait l'espérance, qu'il n'a jamais quittée. J'aurais cru à la chute du ciel avant de croire à cette issue."

7 (zu S. 150).

Lombard an Hardenberg, 20. November 1804.

„Il en est un peu des Ministres de Cabinet comme des généraux d'armée. Que leur sert de prouver la sagesse de

leurs combinaisons, si le succès ne justifie pas ces dernières? Je n'avais pas douté du talent que V. E. apporterait dans Son nouveau poste, mais je ne connaissais pas encore Sa fortune. Le triomphe d'aujourd'hui surpasse tout ce que l'on avait droit d'attendre. Ce n'est pas seulement le fait, la mise en liberté de Rumbold, mais lisez cette lettre et tombez des nues. Le Roi n'a pas voulu se dessaisir de l'original, comptant le montrer à la Reine, mais je me suis dit Votre impatience et n'ai pas voulu quitter le château, sans tirer pour Vous la copie ci-jointe.

Le seul point de la non-admission des agents Anglais à Hambourg aura ses épines. Mais Napoléon nous annonce par Talleyrand des ouvertures plus précises sur sa relation avec l'Angleterre en général et il faut les attendre, pour juger cet objet-là. On peut donc dans l'intervalle regarder l'affaire comme conclue et tout à notre satisfaction. Le Roi approuve, que Knobelsdorff soit instruit dans le sens de Votre rapport, et V. E. voudra bien préparer pour demain le Courier, afin qu'il se charge en même temps des dépêches au Marquis. Si Elle l'approuve et me le marque ce soir, je présenterai au Roi une réponse à l'Empereur des Français qui, sans entrer dans aucune discussion, et réservant celles-ci aux Ministres, exprime la profonde sensibilité et la reconnaissance du Roi. En vérité, Napoléon mérite bien qu'on aille au-devant de lui."

P.S. „L'observation essentielle que le Roi m'a faite, c'est qu'il faut surtout éviter la jactance et ne pas se donner l'air d'un triomphe: annoncer tout simplement le fait aux deux Ministres, transcrire dans la gazette de Berlin sous l'article Paris l'annonce du Moniteur et rien que cela, ne pas montrer la lettre même et faire du tout aussi peu de bruit à l'issue qu'on en a fait au commencement. Je crois même, qu'il serait bon, que les gazettes fussent instruites dès demain. J'ai le cœur si plein, que je donnerais l'impossible pour être une heure à Vos côtés."

8 (zu S. 151).

Hardenberg an Lombard, undatiert, vermutlich vom 20. November 1804.

„César, les généraux d'armée, les médecins, les amants et, si vous voulez, les ministres de Cabinet — tous ont besoin de fortune. Heureux les derniers, quand ils en ont de bonnes, lorsqu'il s'agit de la tranquillité d'un souverain chéri et des intérêts les plus précieux de sa monarchie. Notre triomphe est dû en grande partie à l'excellente lettre sortie de votre plume.

Je vous suis infiniment obligé de la prompte communication de celle de Napoléon au Roi. Elle est intéressante sous plusieurs rapports. Je retiens la dépêche à Lucchesini et j'en préparerai une autre. Le courier devancera toujours la poste et je voudrais pouvoir gagner quelques moments pour réfléchir. Peut-être viendrai-je demain au soir tard à Potsdam. En attendant préparez toujours la réponse à l'Empereur des Français selon vos idées. Les observations du Roi sont infiniment sages. Je me glorifie de les avoir pressenties. Notre marche doit être marquée au coin de la simplicité. Vous verrez par les gazettes de demain, que j'ai eu le bonheur de rencontrer les idées de S. M."

9 (zu S. 173).

Lombard an Hardenberg, Potsdam, 16. Oktober 1805.

Repos. 92. Hardenberg E. 6.

„Je joins à la lettre du Roi celle de l'Empereur des Romains[1]. . Fera-t-elle sur vous la même impression que sur moi, ou me trompé-je en la trouvant un chef-d'œuvre de naturel, de vérité et de loyauté?

Puissiez-vous demain placer le Roi à la hauteur du moment! Je vous l'avoue, j'ai eu de la peine à me convaincre au sujet de l'occupation du Hanovre, parce que j'y voyais, ce qu'en effet on doit y voir, une déclaration de guerre. Mais par cette même raison précisement, du moment où la mesure est resolue, je trouve, que c'est trop peu faire. Il faudra se battre dans quatre semaines. Que sera-ce alors, que 35 bataillons?"

10 (zu S. 188).

Lombard an Hardenberg, den 24. Januar 1806.

Rep. 92. Hardenberg E. 8. Acta betreff. Preußens veränderte Politik u. s. w. 1806.

Das von Hardenberg (Ranke a. a. O. II 435) mitgeteilte Billet „A peine j'eus reçu u. s. w. — tout est conclu" hat noch den Zusatz: „J'ai été chez V. E. prendre Ses ordres. J'ai appris avec douleur qu'Elle souffre[2]. J'ai dû respecter Son sommeil et m'empresse de Lui apprendre par ces deux lignes, de quoi il est question, en Lui abandonnant le devoir, d'en faire rapport à S. M."

---

[1] Der von Hardenberg (Ranke a. a. O. II 298) erwähnte Brief, welchen Haugwitz am 16. Oktober aus Wien mitgebracht hatte.

[2] Hardenberg bemerkt am Rande: „j'étais très malade".

11 (zu S. 190).

Lombard an Hardenberg, den 24. Januar 1806.

Das von Hardenberg (Ranke a. a. O. II 437) mitgeteilte Billet „Voici ce qui est décidé — par courier et lettre de cabinet“ [1] hat nur noch den Zusatz: „J'ai promis pour dimanche mon mémoire au Roi. Je l'enverrai auparavant à V. E. Je me chargerai des lettres à Alexandre et à l'Electeur. Votre état vous fait-il désirer que je me charge aussi de la dépêche à Haugwitz?“

12 (zu S. 192).

Lombard an Hardenberg, den 25. Januar 1806.

„Le Roi part dans ce moment pour Potsdam. Il emporte la minute de la lettre à Alexandre et d'une autre qu'il m'a prescrite ce matin même pour le Grand-duc Constantin. Il a craint, que ce prince, parti à l'instant même du développement, ne crût, qu'on a voulu lui en faire mystère, et le courier qui va à Petersbourg annoncer l'arrivée du Duc aura ordre de remettre sur la route le paquet au Prince.

Le Roi copie de sa main les deux lettres. Il me les renverra de Potsdam. V. E. les aura à l'instant même. Voici celle à l'Electeur de Saxe. . Le Roi veut que la même communication confidentielle se fasse à l'Electeur de Hesse.

J'écrivais hier du château au milieu du bruit. J'ai oublié une chose essentielle. Pour constater notre arrangement définitif avec la France et la manière dont il envisage la dépêche de Talleyrand, le Roi veut que le courier à Haugwitz emporte le présent pour Duroc“ [2]. Man muß bei Jordan das Beste aussuchen, eine Dose zu wenigstens 5—6000 Thaler. Lombard will die Denkschrift für den Herzog von Braunschweig schreiben.

„Voici encore un papier qui m'a été envoyé par Laforest. Ce Ministre s'est fait annoncer ce matin chez S. E. Mr. le Comte de Schulenburg.

Au reste il n'y a eu qu'une voix hier pour envisager les nouvelles de Munic dans le sens où V. E. les a présentées au Roi [3]. Votre état nous a tous vivement affectés, mais plus que tout autre »miserum qui miseris« etc. Votre constitution physique est admirable, vous enterrerez deux géné-

[1] Die Worte: „l'électeur de Hesse de même“ sind ein Zusatz Hardenbergs.

[2] Bei Ranke a. a. O. II 437 findet sich noch der Zusatz: „et destine le même présent à Laforest“.

[3] Hardenberg bemerkt dazu am Rande: „J'étais malade, mais je croyais aussi à ce que Laforest croyait“.

rations; mais permettez-moi de vous le dire, votre âme a une activité, qui vous fatigue. Amitié, honneur, devoir, tout ce qui est noble, est violent en Elle, et si c'est le moyen d'être tendrement aimé, ce n'est pas celui de se porter bien. Puisséje recevoir par le porteur les nouvelles que je désire!

J'ai l'honneur etc. Lombard."

„Tous les ordres pour le retour des armées sont donnés déjà, et l'invitation à Tolstoy de marcher par le Mecklenbourg sur Stettin, ainsi qu' à Bennigsen de s'en retourner par la Prusse méridionale est signée, de l'expédition de Kleist."

13 (zu S. 195).

Lombard an Hardenberg, Mitte Februar 1806.

„Nous dormirons encore quelques jours. Le reveil seraitil consolant ou terrible? Quant à moi, j'attache à un seul et dernier criterium la fixation de mes idées. C'est Hameln. S'ils en sortent au jour stipulé, ils n'ont pas livré un gage pareil sans le projet d'être fidèles. S'il s'élève des discussions et que des détails fournissent des prétextes de délais et de couriers, je croirai tout perdu."

Beilage XX (zu S. 232).

Die Denkschrift Steins in der doppelten Fassung.

Man pflegt die Erzeugnisse unserer großen Dichter von den ersten Anfängen durch alle Wandlungen bis zur Vollendung zu verfolgen. Sollte es nicht auch unsere Aufmerksamkeit verdienen, wie eins der merkwürdigsten Aktenstücke preußischer Geschichte von seinem Urheber für verschiedene Zwecke verschieden gestaltet wurde? Durchweg erkennt man in der Überarbeitung eine bessernde Hand und zugleich die bestimmte Absicht, die Eingabe den Augen des Königs genehm zu machen.

Nur einige der wichtigsten Veränderungen sind im Folgenden zusammengestellt.

Natürlich geht in der älteren, für den Freundeskreis bestimmten Denkschrift das Schreiben an den König nicht voran, sogar der Titel scheint erst in der späteren Fassung hinzugefügt. Dagegen fehlt in dieser letzteren bei der Erwähnung Friedrich Wilhelms II. der Hinweis auf „seine weibliche Umgebung"; und in der Folge wird niemals von „der Gräfin Lichtenau", sondern stets nur von „der Ritz" oder „der Ritzischen Familie" gesprochen. Daß „die Mitglieder

des Kabinets jeder Gefahr entrückt seien", daß es „allein darauf ankomme, ihre Zustimmung zu erhalten", widersprach gerade dem, was der König Hardenberg gegenüber geäußert hatte; wahrscheinlich deshalb ist es weggefallen. Wenn früher gesagt wurde, die Gewalt sei ein „Raub" einer „untergeordneten Influenz" geworden, so tritt dafür die mildere Bezeichnung „Eigentum" ein, und der König lebt nicht mehr in „gänzlicher Abhängigkeit von seinen Umgebungen", sondern „Abhängigkeit von seinen Umgebungen ist Folge seiner Abgeschiedenheit". — Bei der Charakteristik der Personen ist bezüglich Beymes im Ausdruck nur wenig, im Sinn nichts geändert. Lombards Beurteilung ist noch etwas verschärft, da er neben den übrigen auch mit dem Ehrentitel eines „Roués" und mit „gänzlicher physischer Lähmung" statt mit „physischer Lähmung" ausgestattet wird. Dagegen ist die Charakteristik Haugwitzens wesentlich gemildert. Sein Leben ist jetzt eine Folge von „Äußerungen von Verderbtheit" statt von „Verworfenheiten"; er „vergeudet seine Kräfte" statt in „tierisch sinnlichen" nur in „sinnlichen Genüssen und statt eines „schamlosen Lügners" ist er „ein Mann ohne Wahrhaftigkeit" geworden[1]. Daß der Ausfall gegen Köckritz gestrichen wurde, ist bereits bemerkt.

Drei notwendige Folgen der beschriebenen Übelstände treten in der älteren Fassung hervor; 1. „das Mißvergnügen der Bewohner des Staats; 2. das Sinken der Achtung des Monarchen; 3. die Notwendigkeit einer Veränderung"; die zweite Folge wird später nicht mehr genannt. — In den Vorschlägen für die künftige Verwaltung lassen sich verschiedene kleine Änderungen und eine genauere Bestimmtheit des Ausdrucks bemerken, wahrscheinlich eine Frucht der Beratungen mit Schrötter. — Natürlich fehlt am Schlusse die Aufforderung, daß man die Einwilligung des Königs durch eine gemeinsame Erklärung herbeiführen solle; doch wird auch jetzt noch auf die Möglichkeit hingewiesen, „daß dem redlichen Staatsbeamten nichts übrig bleibe, als seine Entlassung zu nehmen", und ein neu hinzukommender Schlußsatz erinnert an den Fall der französischen

[1] Um diese Kraftausdrücke nicht zu überschätzen, muß man in Steins Autobiographie (Pertz VI, 2. Hälfte Beilagen, S. 174) die Charakteristik Hardenbergs zum Vergleich heranziehen, welche in einem kaum weniger schmeichelhaften Tone gehalten ist. — Lombards Apologie (o. S. 248) sucht gerade die Vorwürfe, welche Stein gegen Haugwitz erhebt, zu widerlegen: aber dies Zusammentreffen kann ein zufälliges sein, giebt wenigstens keinen sicheren Beweis, daß Lombard oder der König im August 1806 von der Denkschrift Kenntnis gehabt hätten. Einige Bruchstücke hat Lombard aber sicher Anfang 1808 in der „Gallerie preußischer Charaktere" gelesen (oben S. 362), und zwar in der älteren Fassung. — Ich verweise noch auf J. R. Seeley, Life and Times of Stein. Cambridge 1878. I 273, obgleich ich gerade an dieser Stelle mit dem verdienstlichen Werke übereinstimme.

und sardinischen Monarchie, welcher „für den aufmerksamen Beobachter die traurigsten Erwartungen rechtfertige".

Beim ersten Blick kann man für wahrscheinlich halten, daß Stein seine Denkschrift in der verbesserten, für den König bestimmten Form nebst dem begleitenden Schreiben der Königin vorgelegt habe. Dies nimmt auch Pertz (a. a. O. I 331) an und erzählt weiter (S. 338), der König, auffallenden Schritten abgeneigt, habe die von seiner Gemahlin ihm überreichte Denkschrift nicht gnädig aufgenommen; sie sei ganz ohne Erfolg geblieben. Aber läßt sich von einem Staatsbeamten wie Stein annehmen, daß er eine dienstliche Angelegenheit von der äußersten Wichtigkeit durch eine Hofdame an die Königin und dann wieder durch Frauenhand an den König habe bringen wollen? Aus dem merkwürdigen, im 10. Kapitel öfters benutzten Schreiben Hardenbergs an Wittgenstein vom 4. Juli 1806 geht zudem unzweideutig hervor, daß die ältere Form an die Königin gelangte. „Der Minister Stein", schreibt Hardenberg (Ranke a. a. O. III 106), „ließ der Königin durch die Frau von Voß ein Memoire überreichen, welches er mit Veränderung einiger gegen den General Köckritz gerichteter Stellen willens war, dem König offiziell zuzuschicken." Es ist nicht abzusehen, weshalb Hardenberg den Ausfall gegen Köckritz erwähnte, wenn nicht das der Königin überreichte Schriftstück diesen Angriff enthielt, was nur bei der älteren Fassung der Fall war. Aus dem Briefe Hardenbergs und noch mehr aus der Antwort Wittgensteins vom 13. Juli geht ferner hervor, daß die Königin die Denkschrift, ohne sie dem Könige zu zeigen, beiseite legte. Hardenberg hatte wenigstens am 4. Juli noch nichts von einer Wirkung auf den König gehört und Stein wahrscheinlich gar keine Antwort erhalten; ohne Zweifel hatte Hardenbergs Brief den besonderen Zweck, die Ansicht der Königin über den Schlußantrag Steins zu erfahren. Wittgenstein antwortet, der Aufsatz des Ministers vom Stein habe den Beifall der Königin, nur seien die Ausdrücke zu heftig und leidenschaftlich abgefaßt; er würde daher, wenn er hiervon nicht gereinigt würde, mehr schaden als nützen. Indem aber die Königin dann eine Eingabe von mehreren, auch von hochstehenden Militärs unterschrieben, als nützlich bezeichnet, empfiehlt sie doch wesentlich den Steinschen Vorschlag, und die dadurch angeregte Denkschrift der Prinzen und Generale läßt sich insofern als ein Ergebnis der ältern Steinschen Denkschrift auffassen.

Auf dem Geh. Staatsarchiv — Repos. 9 J. 3 — befindet sich die „Darstellung der fehlerhaften Organisation des Kabinets" in der von Pertz veröffentlichten Form. Das Manuskript stammt aber nicht aus dem Nachlaß Friedrich Wilhelms III. In beiden Formen zeigt das Schriftstück eine auffallende Ähnlichkeit mit den Vorstellungen, welche Hardenberg mündlich dem Könige am 15. April gemacht zu haben behauptet (oben S. 212). Möglich, daß seine An-

fichten auf die Denkſchrift von Einfluß geweſen ſind, aber ebenſowohl könnte er ſeine Memoiren unter dem Einfluß der Denkſchrift aufgezeichnet haben.

Beilage XXI (zu S. 237).

Peter Lombard an Lucchesini,
Berlin, den 3. Auguſt 1806.

„Le Comte Haugwitz ne paraît pas satisfait de vos lettres. Il croit y remarquer un fond de chagrin que son estime et ses autres sentiments pour vous exagèrent peut-être. Seriez-vous effectivement mécontent, auriez-vous quelque sujet d'affliction? Je ne conçois pas qu'on puisse ne pas être content de soi, quand toutes les personnes dont le suffrage doit nous en orgueillir, sont contents de nous.

Une échappée de soleil a percé un instant le nuage qui depuis si longtemps obscurcissait l'horizon. Le Sr. Oubril est arrivé ici comme une bombe. Ce n'a été que quelques heures après le passage du Sr. Ruffin que nous avons appris le motif de cette apparition subite. Voilà donc les deux colosses de l'Ouest et de l'Orient rapatriés; on nous fait espérer une paix aussi prochaine entre la France et l'Angleterre, mais quoique l'exemple de la Russie dût dissiper mon incrédulité, j'avoue que je ne conçois pas comment la fière Albion pourrait se décider à la signer dans un moment où il est question de l'envahissement du Portugal et de ses colonies, car on assure que l'Espagne médite également la conquête du Brésil. Enfin patience; on assure que l'incertitude ne sera pas longue.

Le Comte Haugwitz ne s'occupe dans ce moment que du nouveau système, qui va changer entièrement, quant à l'Allemagne, les relations de la Prusse. Le traité avec la Hesse est à la veille d'être signé, le Comte de Goertz est attendu ici pour travailler à celui avec la Saxe; nous aurons donc aussi notre Confédération. Tout ce que je crains, c'est que la délicatesse du Roi l'empêche de frapper de grands coups et qu'il n'obtienne sur les Etats, parties intégrantes de cette nouvelle association, l'ascendant et la prépondérance que Napoléon va exercer sur celle du Rhin.

Les notions recueillies par le major de Krusemarck ne nous laissent pas de doutes sur l'acceptation d'Alexandre du traité signé à Paris. La seule clause concernant l'intégrité des Provinces Ottomannes suffira pour l'y déterminer. La reine est arrivée à Charlottenbourg le 1. de ce mois. L'usage

les Eaux lui a fait un bien merveilleux; elle est plus belle que jamais.

Humboldt wird sofort beim Könige von Neapel accreditiert werden; Laforest hat es formell gefordert. Knobelsdorff muß Ende dieses Monats nach Konstantinopel abreisen.

Beilage XXII (zu S. 238 u. 242).

Über Lucchesinis Bericht vom 29. Juli und das Schreiben an Haugwitz vom 6. August 1806.

Die Depesche Lucchesinis, welche in Berlin so große Unruhe erregte und den Entschluß zur Mobilmachung, also zum Kriege herbeiführen half, ist weder in der Reinschrift auf dem preußischen Geheimen Staatsarchiv noch im Entwurf in Lucchesinis Nachlaß zu finden. Vermutlich wurde sie wie auch ein Schreiben Lucchesinis vom 2. August 1806 im November 1806 in dem großen Brande zu Graudenz von Haugwitz vernichtet. In Lucchesinis Bulletin vom 25.—28. Juli (Bailleu a. a. O. II 492) wird Hannover nicht erwähnt, sondern im Gegenteil bei der Verhandlung des Lord Yarmouth von dem „secret impénétrable sur les conditions“ gesprochen. Bailleu (II S. LXXVI) datiert die Depesche vom 25. oder 28. Juli; nach dem Berichte Laforests vom 19. August (Bailleu II 530) scheint sie vom 29. Juli datiert zu sein, und dieser Tag wird festgestellt durch die Angabe von Gentz in dem Tagebuch aus dem Feldzug von 1806. Gentz hatte von Haugwitz Lucchesinis Depeschen vom 22. und 29. Juli erhalten (Gentz' Schriften, herausgegeben von Schlesier, II 213, 228. Mannheim 1838). Bignon a. a. O. V 387, welchem Lefebvre (II 341; 2. Aufl. 1866, II 325) folgt, führt allerdings eine Stelle jener Depesche wörtlich an; dies erklärt sich aber daraus, daß er dieselbe in dem Bericht Laforests vom 12. August (Bailleu II 519), der eine Mitteilung des Grafen Haugwitz wiedergiebt, gefunden hatte.

Von dieser für den Gang der Ereignisse so bedeutsamen Depesche ist das (S. 242) erwähnte Schreiben vom 6. August, welches den Zorn Napoleons erregte, wohl zu unterscheiden. Aber bis in die neueste Zeit sind beide nicht selten für ein und dasselbe gehalten oder miteinander verwechselt worden. Ranke (Hardenberg I 614 und 616) bezeichnet irrig die Depesche vom 29. Juli als diejenige, welche Napoleon in die Hände gefallen sei. Die französischen Schriftsteller, denen nur der Brief vom 6. August seinem Hauptinhalt nach bekannt war, machen dagegen diesen Brief für das ganze Unheil verantwortlich, so insbesondere Bignon V 389, der zugleich

gegen Lucchesini den Vorwurf erhebt, daß er die eigentliche Gefahr gar nicht oder doch nicht rechtzeitig erkannt, dagegen seinen Hof durch leere Traumbilder in den Krieg getrieben habe. Schon die Vergleichung der Daten hätte ergeben, daß ein zu Paris am 6. August geschriebener Brief die Berliner Mobilmachung vom 9. August nicht veranlassen und ebensowenig, wie Lefebvre angiebt, am 7. August nach Berlin gelangen konnte. — Ich fand den vollständigen Entwurf des Briefes 1882 in Lucchesinis Nachlaß und konnte die Hauptstellen in dem akademischen Programm: „Zwei neue Quellen zur Geschichte Friedrich Wilhelms III.", Bonn 1882, S. 17 und Anmerkung 12, S. 27 mitteilen. „Voilà un plaisant conseil, que celui qu'on donne au roi de Prusse, de se rendre à Saint-Pétersbourg", schließt der zornige Brief Napoleons an Talleyrand vom 8. August (Corresp. de Napoléon XIII 71). Am 27. Mai 1808 erzählte Fouché dem damaligen preußischen Gesandten, Freiherrn von Brockhausen, der preußische Legationsrat Roux, der eben aus Paris verwiesen war, habe den Brief, durch welchen Lucchesini den Krieg in Berlin entzündet habe, am Tage, nachdem er geschrieben worden, ausgeliefert. „C'est lui qui m'a fourni le lendemain la lettre par laquelle le marquis de Lucchesini a allumé la guerre chez vous"; vgl. Paul Haffel, Geschichte der preußischen Politik 1807—1815. Berlin 1881. I 502. Eine Behauptung Fouchés, besonders gegen jemand, den er ausgewiesen hatte, kann aber nicht als Beweis einer solchen Anklage gelten. Auf Roux würde sie doppelt schwer lasten, weil der König ihm mehrmals in finanziellen Bedrängnissen zu Hülfe gekommen war. So bewilligt er ihm am 22. Oktober 1803 in einem Billet an Lucchesini 3000 Thaler (Preuß. Geh. Staatsarchiv). Den wahren Hergang bezeichnet deutlich genug der folgende, einer Abschrift des Briefes im Pariser Ministerium des Auswärtigen beigefügte archivalische Vermerk: „Cette lettre .. était incluse dans le paquet du baron de Malsbourg et adressée au directeur des postes hessoises à Francfort avec prière de la faire passer sur-le-champ par estafette à Berlin" (Bailleu a. a. O. II 504). Offenbar wurde das Paket von der Polizei geöffnet und von dem Briefe eine Abschrift genommen.

Beilage XXIII (zu S. 288).

Protokolle über Lombards Verhaftung.

„Actum Stettin den 20. Octbr. 1806. Nachmittags um 1 Uhr. Der Herr Landrath von Krause eröfnete dem Unterschriebenen in Gegenwart des Herrn Lieutenant und Adjudanten von Alvensleben.

daß er von Ihro Königl. Hoheiten den Prinzeßinnen von Oranien und von Solms den Auftrag erhalten habe, auf Befehl Ihro Majeſtät der Königin ſich ſofort der Papiere des arretirten Cabinetsrath Lombardt zu verſichern, und da er wünſche, daß die Ausrichtung dieſes Auftrags in Gegenwart eines zweiten öffentlichen Beamten erfolge, ſo requirirte er den Unterſchriebenen Director und Regierungs Rath von Hempel „bei der Beſchlagnahme der Papiere des p. Lombardt gegenwärtig, zu ſein. Da der p. v. Krause die Richtigkeit ſeines Auftrags, auf Ehre und Pflicht verſicherte: ſo fand Unterſchriebener kein Bedenken dem Antrag des p. v. Krause zu genügen und ihn mit dem von Alvensleben ins engliſche Hauß zum Gaſtwirth Giese zu begleiten. Man fand in der zweiten Etage auf der Stube sub Nr. 5 die Ehefrau des Cabinets Rath Lombardt und ihre zwey Kinder, imgleichen den mitgebrachten Bedienten Gottlieb Dietrichs aus dem Beerenburgſchen gebürtig, gegenwärtig. Auf Befragen zeigte die p. Lombardt, ſo ruhig und unbefangen zu ſein ſchien, an, daß ihr Ehemann auf Anraten des Herrn Stadtpreſidenten Büsching zu Berlin, der ihr zu erkennen gegeben habe, daß er daſelbſt für die Mißhandlungen des Pöbels nicht weiter ſicher ſein würde, den Freitag Nachmittag den 17. d. M. mit ihren 2 Kindern und dem vorgedachten Bedienten von Berlin abgereiſt ſey, geſtern Abend hier eingetroffen wäre und ihr Ehemann heute Vormittag gegen 10 Uhr zu Ihrer Majeſtät der Königin gegangen, jedoch nicht wieder zurück gekommen ſey, ſondern ihr nur habe wiſſen laſſen, daß er dringende Geſchäfte hätte und vor heute Abend nicht zu Hauſe kommen würde. Alles ſo ſie in der Eil von Berlin hätten mitnehmen können, befände ſich in der einzigen Stube, ſo ſie bewohne. Sämtliche Papiere und Briefſchaften, ſo ihr Mann mit ſich genommen habe, befänden ſich in der auf dem Tiſche offen liegenden Mappe, und außerdem hätte ſie 2 Koffer mit Wäſche, Kleidungs Stücke und unentbehrlichen Bedürfniſſen mit ſich genommen. In die Mappe von Leder wurden nun auch noch diejenigen Papiere, ſo die p. Lombardt für ihre privat scripturen ausgab, imgleichen zwey öffentliche Siegel ſo auf dem Tiſche lagen, gelegt, und demnächſt ſowohl dieſe Mappe als ein großer Koffer, nachdem er zuvor verſchloſſen worden, mit dem privat Pettſchaft des p. von Krause und des p. Lombardt belegt, der zweite Koffer aber, worin ſich nach der richtig befundenen Anzeige der p. Lombardt bloß Wäſche befand, imgleichen die in der Stube befindliche Schreib-Comode, ſo leer war, außer Siegel gelaßen. Nachdem man ſoweit gekommen, fand ſich annoch der Herr Major von Linckersdorff imgleichen der Herr Hauptmann von Blanckenburg in Auftrag des Commandanten der hieſigen Feſtung, des Herrn General Major v. Knobelsdorff ein, zeigten an, daß ſie die Papiere

und Sachen des p. Lombardt in Beschlag nehmen solten, genehmigten das schon geschehene und drückten den vorgedachten Privat Siegeln auf der Mappe und dem verschlossenen Koffer annoch das öffentliche Siegel des hiesigen Gouvernements bey, überzeugten sich auch, daß in den beiden Mantelsäkken des Bedienten nichts weiter als Kleidungs Stücke und Wäsche, in dem mitgebrachten Wagen aber gar nichts befindlich sey. Die Mappe nebst dem Schlüssel dazu und den Schlüsseln zu dem versiegelten Koffer, imgleichen das privat Siegel des p. Lombardt, wurde dem Herrn Gen. Lieutenant von Romberg zur Aufbewahrung übergeben, der versiegelte Koffer aber von dem Gastwirth Giese besonders verschlossen. Der Bediente Dietrich wurde von der Militär Wache abgeführt. Auf Ansuchen der p. Lombardt wurde ihrem Manne annoch ein Mantel und das nötige Nachtzeug durch einen Gefreiten übersandt, von ihr auch gleich angezeigt, daß ihr Ehemann krank und schwächlich sey, das Fieber habe, und sie dringend bitte, für seine Pflege zu sorgen. Dem Gastwirth Giese wurde noch aufgegeben, von der Lombardschen Familie, ohne Genehmigung des Königl. Gouvernements, Niemand aus dem Hause zu lassen, für deren Bequemlichkeit und Bedürfnisse aber möglichst zu sorgen, der p. Lombardt aber ward zu ihrer Beruhigung gesagt, daß diese Maasregeln zu ihrer eigenen Sicherheit abzwekten. Von dieser ganzen Verhandlung ist in Begleitung des L. R. v. Krause Ihro Königl. Hoheiten der Prinzeß von Oranien und von Solms mündlich Bericht erstattet und alles, so geschehen, aufs vollkommenste genehmiget worden. U. S.

v. Hempel. v. Krause."

„Actum Stettin den 23. October 1806. Nachmittags um 5 Uhr.

In Gegenwart des Herrn Majors v. Linckersdorff von Seiten des Königl. Gouvernements und meiner des Director und Regierungs Rath von Hempel von Seiten der Regierung.

Nachdem der Königl. Geheime Cabinets Rath Lombardt durch die heute Morgen durch eine Estaffette eingegangene Allerhöchste Cabinets Ordre vom 22. d. M. seines Arrestes wiederum entlassen worden und darauf angetragen hatte, seine unter Siegel genommenen Papiere und Effecten wiederum zu entsiegeln und insofern sich darunter keine Königl. und Staats Sachen befänden, solche zu seiner eigenen Legitimation durchzusehen und zu diesem Geschäft die neben bemerkten Personen von dem hiesigen Gouvernement resp. befehligt und requiriret worden; so fanden sich solche zur Ausrichtung desselben in der Wohnung des p. Lombardt ein. Die Mappe, so dem Königl. Gouvernement versiegelt übergeben worden,

imgleichen der verſiegelte Koffer war bereits auf die Stube des G. C. R. Lombardt zurück gebracht. Die aufgedrückten öffentlichen und privat Siegel wurden als unverſehrt anerkannt und befunden, und nachdem auf den Antrag des p. Lombardt die Mappe geöfnet worden, legte derſelbe zuvörderſt ſämtliche Papiere, ſo Königl. und Staats Sachen betrafen, zurück, und dieſe wurden auf ſein Verlangen zuſammen gepakt und, nachdem ſie mit einem Bindfaden umſchlungen worden, durch 4malige Bedrükkung mit dem Gouvernements und 3malige Bedrükkung mit dem Regierungs Siegel verſchloſſen, auch von dem G. C. R. Lombardt noch beſonders angenommen, daß er dieſe eingeſiegelten Staatspapiere entweder Sr. Majeſtät dem Könige zur eigenhändigen Eröfnung übergeben oder ſolche doch nur auf den eigenhändigen Special Befehl Sr. Majeſtät des Königs eröfnen werde.

Außerdem befanden ſich in dieſer Mappe noch die General-Charte von den Königl. Preuß. Staaten, die Charte vom Eichsfelde und die Charte von Deutſchland, eine Menge von privat Rechnungen und eine Vermögens Berechnung vom 1. April 1805, wornach der G. C. R. Lombardt ſein Activ Vermögen, mit Ausſchluß ſeines Hauſes in Potsdam und ſeiner Mobilien, auf 29 060 Rthlr. berechnet hat. Ferner fand ſich darin der erſte Act zu einem franzöſiſchen Trauer Spiel, das Reglement und Statut für das Capitulum Münſter in Herforth, die Papiere und Berechnungen der Vicarie Präbende in Münden und mehrere dieſe Stiftungen betreffende Papiere. Diejenigen Scripturen, ſo die Frau G. C. R. Lombardt als ihre privat Scripturen bezeichnet hatte und mit in die Mappe gelegt worden waren, enthielten freundſchaftliche Briefe, Wirthſchaftsangelegenheiten, privat und Seehandlungs Obligationen imgleichen Wechſel und ſolten der Anzeige nach, den Betrag des auf 29 060 Thlr. berechneten Vermögens ausmachen.

Die Siegel, womit der Koffer belegt worden, befanden ſich ebenfals, unverſehrt, und nach erfolgter Eröfnung und Durchſicht des Koffers fand ſich darin weiter nichts als Kleidungs-Stücke, Wäſche und Lebensbedürfniſſe. Der G. C. R. Lombardt und deßen Gemalin erkannten an, ſämtliche unter Siegel und in Beſchlag genommenen Sachen unverſehrt zurück erhalten zu haben und der p. Lombardt bath nur noch

1. ihm die, von Seiner Majeſtät dem Könige in der Cabinets Ordre vom 22. d. M. anbefohlene öffentliche Genugthuung ſo ſchleunig als möglich angedeihen zu laßen, und
2. ihm zu ſeiner Legitimation vidimirte Abſchrift des Verſiegelungs- und Entſiegelungs-Protocolls ertheilen zu laßen.

Es ist hierauf das Protocoll vorgelesen, genehmigt und von sämtlichen Anwesenden unterschrieben worden.

Joh. Wilhelm Lombard
D. Lombard

v. Linckersdorff
Major und Plaz Major.

v. Hempel
Director und Reg. Rath als Commissarius der Königl. Regierung.

Beilage XXIV (zu S. 284).

Peter Lombard an Lucchesini,

Graudenz, den 7. November 1806.

„J'avais déjà la mort dans l'âme quand vous nous quittâtes"; aber ich mußte den Becher des Unglücks bis auf die Hefe leeren. „Il me restait un frère adoré qui seul aurait pu me consoler encore des malheurs de la patrie, et j'ignore s'il vit encore. Il était arrivé à Berlin quelques jours avant la nouvelle de la bataille du 14. Depuis son retour de Bruxelles on l'avait cru dans les intérêts de la France et on le haïssait en conséquence. Sa subite apparition à Berlin fut regardée comme une disgrâce et on s'en réjouit comme d'un premier succès. La joie ne fut pas longue, la nouvelle de nos désastres fut un coup de foudre pour les pauvres Berlinois et d'autant plus attérant qu'ils n'avaient rêvé que victoires et succès. Le récit de nos pertes parut fabuleux. Il devait naturellement, y avoir de la trahison en jeu, ne fut ce que pour sauver l'honneur des armes Prussiennes. Cette opinion enfantée par les sots, accréditée par les méchants, circula bientôt dans tout Berlin. Mais où trouver le traître? Hélas il s'était livré lui-même entre les mains de ses ennemis. On voulait une victime et on choisit mon frère, on l'accusa d'avoir trahi le secret de l'Etat et celui de nos opérations militaires. L'acharnement devint tel que Mr. Büsching lui-même lui conseilla de quitter la Capitale en lui faisant dire qu'il savait pour sûr que le peuple avait résolu d'assiéger sa maison. Il en avait déjà le projet; il partit pour Stettin. Arrivé dans cette ville, il apprend que la Reine s'y trouve également, qu'elle y est sans conseils, sans nouvelles, il croit de son devoir d'aller lui demander Ses ordres. Il en est reçu avec toutes les démonstrations de l'intérêt le plus [vif]. Deux heures après arrivent les Princesses d'Orange, de Solms et de Weimar; il se retire et un quart d'heure

après on vient lui dire que la Reine a ordonné de l'arrêter, sous prétexte de le sauver de la fureur du peuple. Et en plein jour, au milieu d'une foule immense, toujours prête à tomber sur lui, il est mené au corps de garde. Il y reste trois grands jours, il y serait peut-être encore. si un heureux hazard n'eût dévoilé au roi ce traitement barbare. La colère qu'a manifestée S. M. a été une première réparation pour le pauvre prisonnier, les ordres les plus pressants pour son élargissement ont été expédiés sur le champ à Stettin. Dans la lettre du Cabinet adressée au Magistrat de cette ville, S. M. s'est exprimée sur le compte de mon frère de la manière la plus flatteuse, la plus honorable. Toutes les autorités ont été rendues responsables de sa sûreté. Mais le coup était porté et il n'a pas voulu rester une minute dans une ville où son honneur avait éprouvé une flétrissure aussi éclatante. Il s'est réfugié à Colberg. Au départ de sa dernière il allait quitter encore ce dernier asyle; j'ignore ce qu'il sera devenu depuis; il craint également les Russes et ses compatriotes. Dans le moment où j'écris, il est victime peut-être de la méchanceté [ou] des préjugés des uns ou des autres." Lucchesini als Lombards ältester Freund wird gebeten, die über ihn verbreiteten Irrtümer zu berichtigen.

Beilage XXV (zu S. 331).

Beurlaubung und Pension Lucchesinis und anderer Staatsbeamten.

Schladen berichtet in seinem Tagebuch (S. 99) zum 9. Januar 1807: „Der Marquis Lucchesini hat gestern Königsberg höchst unzufrieden mit dem General v. Zastrow verlassen, um sich nach Italien zu begeben." Ebenso schreibt Bassewitz a. a. O. I 360, ohne Angabe einer Quelle: „Der Marquis Lucchesini und einige Räte des auswärtigen Departements, die mit dem Benehmen des Generals v. Zastrow als Minister der auswärtigen Angelegenheiten nicht einverstanden waren, erhielten die gewünschten Entlassungen und gingen nebst dem frühern Geheimen Kabinetsrat Lombard am 9. und 10. Januar 1807 von Königsberg nach Italien und Berlin." Dagegen findet sich in Lucchesinis Nachlaß auf dem Geheimen Staatsarchiv ein Blatt mit chronologischen Notizen, welches mit den Worten beginnt: „je suis parti le 3 Janvier de Königsberg." Dies würde zu dem Umstande passen, daß der folgende Entwurf der Beurlaubung vom 2. Januar datiert ist:

„Quoiqu'il m'en coûte, je ne puis me refuser aux raisons

qui vous font désirer de partir pour aller dans le sein de votre famille, donner quelque mois à votre santé et à vos affaires. Emportez-y la conviction que rien n'affaiblira dans ma mémoire le souvenir de vos services, et que je m'applaudirai du moment, où vous pourrez me les consacrer encore. Vous ferez bien cependant de diriger votre route de manière à ne point toucher les postes français. Sur ce je prie etc."

Der Entwurf ist von Lombard geschrieben und trägt, anscheinend von der Hand des expedierenden Sekretärs, die Adresse: „A mon ministre d'Etat, Marquis Lucchesini."

Einige Notizen aus dem Kabinetsjournal über die späteren dienstlichen Verhältnisse Luccheſinis und einiger andern in diesem Buche häufig erwähnten Beamten wird man hier nicht ungern finden. Die plötzliche Abreise eines so hochstehenden, eben von einer wichtigen Sendung zurückkehrenden Diplomaten mag den Glauben hervorgerufen haben, er sei in Ungnade entlassen und ganz aus dem Staatsdienste geschieden. Wie es scheint, richtete der Geheime Oberfinanzrat v. Schlabrendorf, der am 10. Januar 1807 nach Steins Abgang zum Leiter des Finanzdepartements ernannt war, an das Kabinet die Anfrage, wie es mit den Zahlungen an Luccheſini zu halten sei. Darauf erwidert Beyme am 16. April, Luccheſini sei nicht verabschiedet, sondern nur, weil er nicht habe beschäftigt werden können, bis zu einer glücklicheren Wendung beurlaubt. Für den durch die plötzliche Abberufung aus Paris wegfallenden Gehalt habe er im Februar Entschädigung erhalten. Die Pension von 6000 Thalern bleibe unbedenklich weiter zu zahlen, da der Aufenthalt im Auslande von dem Könige in den huldvollsten Ausdrücken bewilligt worden sei. Die Geldmittel waren damals noch in dem Maße vorhanden, daß man in Bezug auf Gehälter und persönliche Zuwendungen keine übermäßigen Beschränkungen sich auflegen mußte. Aber nun kamen der unheilvolle Friede und die unerschwinglichen Forderungen der Franzosen. Schon um zu sparen, erhielten nicht wenige Beamte, die bis dahin nur beurlaubt waren, ihre Entlassung, z. B. nach einer Kabinetsordre vom 26. August der frühere Großkanzler von Goldbeck, die Minister von der Reck und v. Reden. Mit ihnen schied am selbigen Tage auch der Graf von der Schulenburg, der, noch im Dezember in der nächsten Umgebung des Königs wirksam, in den folgenden Monaten mehr und mehr in den Hintergrund getreten war. Nach dem Frieden ernannte ihn der König zum Chef der General-Friedens-Vollziehungs-Kommission, welche auf Grund des Artikels 6 der Konvention vom 12. Juli 1807 mit dem Kommissar Napoleons die etwa noch streitigen Punkte in Berlin ausgleichen sollte[1]. Aber schon am 14. August des vergangenen Jahres hatte Rüchel in einer

[1] Bassewitz a. a. O. I 439.

Denkschrift an den König geäußert: „Schulenburg hat leider das Schicksal, sich mehrmals zu entfernen, wenn der Wirbel der Zeiten droht“ [1]. Der Graf lehnte am 27. Juli 1807 ab, wahrscheinlich weil die Gesinnungen Napoleons ihm bereits bekannt waren. Nach einem Machtgebot, das sich nicht zum wenigsten gegen Preußen richtete, sollten Personen, die in den Rheinbundstaaten geboren waren, nicht in fremdem Staatsdienst bleiben oder ihre Besitzungen in dem Geburtslande aufgeben. Schulenburg, dessen Familiengüter in dem mit Westfalen vereinigten Teile des magdeburgischen Gebietes lagen, sah sich dadurch in die übelste Lage versetzt. Das Gebot wurde freilich willkürlich gehandhabt und z. B. gegen Stein nicht zur Anwendung gebracht. Aber bezüglich Schulenburgs schrieb Napoleon am 5. August dem Minister Clarke: Schulenburg müsse mit dem Souverän gehen, in dessen Gebiet seine Besitzungen lägen, oder dieselben aufgeben; er könne auch nicht als preußischer Kommissar angenommen werden, wenn er sich nicht in Preußen niederlasse und seine Güter aufgebe; denn sonst sei er kein Preuße. Vor diese Wahl gestellt, besaß der Graf nicht die Geistesstärke, so zu handeln, wie es einer rühmlichen Vergangenheit am meisten entsprochen hätte. Am 25. August schreibt Napoleon dem Marschall Soult, Schulenburg habe sich entschlossen, Westfale zu werden [2]. Noch mehr als diesen Entschluß muß man bedauern, daß ein Mann, der drei preußischen Königen mit Auszeichnung gedient hatte, sich nicht scheute, in dem neuen, aus preußischem Raube aufgerichteten Staatswesen am 5. Mai 1808 die Stelle eines Staatsrats und Präsidenten der Kriegssektion anzunehmen [3].

Der Minister v. Hoym hatte durch Kabinetsordre vom 22. Dezember 1806 in sehr gnädigen Ausdrücken eine ostensible Verabschiedung erhalten, damit er von den in Schlesien einrückenden Franzosen nicht zur Eidesleistung gezwungen werden könne. Es blieb ihm anheimgestellt, wie weit er davon Gebrauch machen wolle. Am 3. August wird ihm aber auf eine Anfrage erwidert, seine Rückkehr zum Amte sei nicht thunlich, nachdem er in so viele Unannehmlichkeiten mit den Franzosen verwickelt worden sei. Die Verwaltung sei dem Kammerpräsidenten v. Massow übertragen [4]. Am 30. August erhielt Hoym seine Entlassung; aus Gram darüber soll er, wie auch das Intelligenzblatt zu den Neuen Feuerbränden (III Nr. 1) andeutet, am 22. Oktober 1807 gestorben sein.

Am 18. September wird dem Grafen von der Goltz und

---

[1] Ranke a. a. O. V 382.
[2] Corresp. de Napoléon XV 590, 680.
[3] Bassewitz a. a. O. I 446.
[4] Bassewitz a. a. O. I 443.

Schlabrendorf durch Kabinetsbefehle auch Luccheſinis Entlaſſung angezeigt. Es war damit eine Herabſetzung ſeines Dienſteinkommens von 6000 Thalern auf eine Penſion von 1000 Thalern verbunden. Nicht als hätte man ihn ungnädig behandeln wollen, ſondern weil die äußerſte Sparſamkeit unerläßlich wurde[1]. Die Kabinetsordre vom 18. September giebt auf eine Anfrage Schlabrendorfs bezüglich der Penſionen ausführliche Anweiſungen. Verſchiedene Perſonen werden auf zwei Drittel oder die Hälfte des früher Bezogenen herabgeſetzt, beſonders wenn ſie im Auslande ſich aufhalten. Zuerſt wird Luccheſini genannt, deſſen Penſion im Betrage von 1000 Thalern das Maximum der überhaupt bewilligten Zahlungen enthalte. Der frühere Sänger Graſſi in Siena wird von 500 Thalern auf 250 geſetzt. Dagegen heißt es: „g. In Rückſicht des ehemaligen Lakai Rauch ſoll es, da, was er in Rom zur Fortſetzung ſeiner Studien als Bildhauer während eines ſechsjährigen Aufenthalts bekommt, keine Penſion, ſondern als ein Stipendium anzuſehen iſt, ganz beim alten bleiben.“

Über die wirkliche Entlaſſung des Grafen Haugwitz waren die Urkunden und eine beſtimmte Nachricht noch nicht aufzufinden.

Beilage XXVI (zu S. 459).

Lombard an den König,
22. Mai 1811.

„Sire, j'ai cru que V. M. n'entendrait plus parler de moi que pour apprendre ma mort. Ce beau soleil de Mai trompe encore une fois mes calculs, et sans me rendre l'espérance de la santé, m'annonce une prolongation indéfinie de souffrances.

Il en résulte un changement qui me chagrine dans mes dernières résolutions. Je comptais laisser après moi une lettre pour V. M. où je L'aurais imploré pour ma famille, et maintenant c'est pour moi que je L'implore.

Sire, je suis dans le besoin. En vain j'ai espéré mourir avec mon secret. Le mal croît depuis des années. Déjà mes privations sont dures, mais je touche à des embarras plus graves. La moitié du peu que j'avais acquis est en papiers sans valeur, le reste ne m'offre que des ressources précaires,

[1] Über Luccheſinis ſpätere Schickſale vgl. das Bonner Univerſitätsprogramm: „Zwei neue Quellen zur Geſchichte Friedrich Wilhelms III.“, S. 8 ff.

lentes et presque toujours disputées. C'est avec ma pension qu'il faut suffire à peu près à l'éducation coûteuse de mes deux fils et à mes propres besoins, que mon état ne me permet pas de borner, comme d'autres le pourraient.

Si telle est ma situation, ce n'est pas Votre faute, Sire. Vous avez été constamment pour moi un maître juste et paternel. Quand par des raisons dont V. M. seule était juge, Elle me rendit à l'état de particulier, Elle daigna me donner l'assurance que je n'y perdrais rien; que j'aurais à l'académie les appointements de Mérian, qui faisaient à peu près mes trois mille écus d'autrefois, et seulement jusqu'à ce que l'affaire fût en règle, Elle m'assigna 1500 écus d'attente sur ses propres caisses. Je n'ai jamais touché que cette moitié, ce fût ma faute. Je m'étais promis de finir mes jours sans qu'il fût échappé de ma bouche un mot de plainte ou de demande, car d'un côté il m'était odieux d'entretenir de mes peines un maître qui n'avait que trop des siennes, et de l'autre il est un orgueil estimable ou faux qui fait abhorrer la plainte à l'honnête homme, quand il souffre sans l'avoir mérité.

Beyme, le premier organe des promesses de V. M., a voulu les Lui rappeller plus d'une fois, j' y ai constamment mis obstacle. Mr. d'Altenstein l'a voulu également, je m'y suis opposé de même. J'en appelle au témoignage de tous deux."

Beilage XXVII (zu S. 487).

Ancillon an Lombards Witwe,

Berlin, den 4. Juni 1812.

Madame, c'était donc en vain que nous espérions de la beauté du climat de Nice le rétablissement de la santé de notre ami. Les dernières nouvelles que nous avions reçues nous avaient réjouis, la force de sa constitution nous rassurait; sa mort nous a saisis de surprise et de douleur, comme si nous n'avions pas craint depuis longtemps de le perdre.

Vous avez fait, madame, une perte cruelle; car c'était l'époux le plus tendre; il était digne de Vous. Vous avez la douce consolation, d'avoir embelli sa vie, et de lui avoir rendu jusqu' à son dernier soupir les soins les plus délicats et les plus assidus.

Ses amis perdent un ami sûr et qui dans toutes les si-

tuations ne s'est jamais démenti à leur égard. Son beau génie était son moindre mérite; j'ai connu peu d'hommes plus purs, plus généreux, plus désintéressés; ce qui suffirait pour son éloge: dans une haute fortune il a conservé la plus grande simplicité et n'a jamais oublié les autres, dans le malheur il a opposé à la calomnie la dignité du silence et ne s'est pas oublié lui-même.

Il vivra toujours dans le cœur de ses amis, mais Vous ne devez pas permettre, Madame, qu'il meure tout entier pour le monde littéraire. Il doit y avoir beaucoup de richesses dans son portefeuille; entre autres morceaux précieux, il a laissé une traduction en vers des satyres d'Horace. Vous devez à sa mémoire et à l'honneur de la Prusse, de publier tout ce qui reste du beau talent qu'il avait pour la poèsie.

Je vous dois de la reconnaissance, Madame, de ce que Vous avez bien voulu m'associer aux démarches que Vous avez faites auprès de S. M. Je sais apprécier le prix de cette confiance et j'ai tâché d'y répondre. Le Roi a donné des regrets sincères à la mémoire de monsieur votre époux, et m'a chargé de Vous envoyer la lettre ci-jointe, en me témoignant, combien il déplorait sa perte. Ce qu'il fait pour Vous, Madame, est bien peu sans doute, si l'on pense au mérite et aux services de M. Lombard; mais vous jugerez avec votre délicatesse ordinaire que c'est tout ce que les circonstances actuelles permettaient au Roi de faire.

Veuillez, Madame, m'accorder la continuation de votre confiance; soyez persuadée que vous ne sauriez me donner de témoignage d'estime plus flatteur, qu'en m'honorant de vos commissions.

J'ai l'honneur, d'être avec la considération la plus distinguée

Madame

Votre très humble Serviteur

Ancillon.

Beilage XXVIII (zu S. 445).

Über die Formen des Schriftwechsels zwischen Regierung und Gesandten in neuester Zeit.

Herrn Geheimen Legationsrat Dr. Paul Kayser bin ich zu lebhaftem Danke verpflichtet für die folgenden Mitteilungen, welche erkennen lassen, wie es mit einigen auch für den Inhalt der

Depeschen nicht unwichtigen Formen bis in die neueste Zeit gehalten wurde.

Nach einem Schreiben des Geh. Kabinetsrats Albrecht an den Staatskanzler vom 26. Februar 1818 bemerkte Se. Maj., „daß die einkommenden Berichte Höchstihrer Gesandten teils an des Herrn Fürsten Staatskanzlers, teils an des Herrn Ministers der Ausw. Angelegenheiten Excellenz, teils an S. M. unmittelbar adressiert seien. Graf Goltz zu Paris richte z. B. seine Berichte allemal an S. D., andere Gesandte allemal an S. M. Ein Unterschied zwischen den Herren Gesandten an großen oder kleinen Höfen finde hierbey, wie S. M. bemerkt hätten, nicht Statt, und entstehe die Frage, ob die Wahl der Adresse in der Willkühr der Herrn Gesandten beruhe, oder dieserhalb ein Grundsatz ausgesprochen sey. Hierüber verlangen S. M. Auskunft. Obwohl die Sache nicht erheblich sey, wollen S. M. doch, daß hierüber ein gleichmäßiges Prinzip beobachtet werde."

Hierauf wird Hofrat Heim im Auswärtigen Ministerium aufgefordert, die Ursachen der Verschiedenheit zu untersuchen. Er berichtet am 28. Februar 1818:

„Früher vollzogen S. M. alle an die Herren Gesandten gegangenen Dépêchen Höchstselbst. Dadurch kam es, daß die gesandtschaftlichen Dépêchen ebenfalls an S. M. mit „Sire" gerichtet waren. Dieser älteren Form sind bis izt die Herren von Humboldt, v. Hatzfeldt, v. Miltitz, Graf Dohna, Graf Grote, von Schöler, Niebuhr, v. Tarrach, von Krusemarck, Graf Flemming ꝛc. treu geblieben. Die Instruktionen der meisten dieser Herren sind auch von S. M. Allerhöchsteigenhändig vollzogen.

Auf ihren Couverten ist iedesmal sehr richtig bemerkt:

à l'ouverture du Ministère des Affaires étrangères

Die Instruktion für den Herrn Grafen Goltz zu Paris haben S. M. nicht vollzogen."

Der König wird hiervon benachrichtigt und befiehlt ein allgemeines Prinzip. Es ergeht hierauf ein Cirkular des Staatskanzlers d. d. Glienicke, 12. Mai 1818 an alle Königlichen Gesandten, Minister-Residenten und Chargés d'affaires im Auslande:

„Da während des Krieges und zu einer Zeit, wo ich oftmals von dem Hauptquartier S. M. des Königs getrennt war, eine Verschiedenheit in den Adressen und Curialien der gesandtschaftlichen Berichte Statt gefunden hat; da mehrere, der älteren Vorschrift gemäß, unter unmittelbarer Aufschrift an S. M. den König, andere dagegen unter meiner Adresse abgegangen; es aber unter den gegenwärtigen Umständen angemessen ist, den älteren Gebrauch wieder in Kraft zu setzen und sämmtlichen Kgl. Gesandtschaften im Auslande als eine allgemeine Norm zur genauesten Nach-

achtung zu empfehlen; so ersuche ich Ew., von nun an und sofern es nicht bereits bei der Ihnen anvertrauten Gesandtschaft beobachtet wird, alle Berichte politischen Inhalts unter Adresse S. M. des Königs

Au Roi

à l'ouverture du Ministère des aff. étr. etc. oder deutsch: Zur Erbrechung des Ministeriums d. a. A. abgehen zu lassen.

In dem Kontext wird Sire, Votre Majesté, oder deutsch: Allerdurchlauchtigster ꝛc. Ew. K. Majestät gesagt."

Dann folgen Bestimmungen über Numerierung, Datum, Papierformat, Chiffre, und am Schlusse heißt es:

„In den Haupt-Bericht werden auch hinfüro, der Vorschrift gemäß, nur rein politische Gegenstände aufzunehmen, über andere dagegen, welche zum Ressort der 2. und 3. Section des Ministeriums d. a. A. gehören, künftig nach wie vor vermittelst besonderer P. S. und unter der bisher üblichen Aufschrift zu berichten seyn."

Über jene „Hauptberichte" verfügt ein Cirkularerlaß vom 2. Juni 1843 noch folgendes:

„Was zunächst den Inhalt oder die Gegenstände anlangt, welche sich überhaupt dazu eignen, in diejenigen Berichte aufgenommen zu werden, welche an des Königs Majestät Allerhöchstselbst gerichtet werden, so sind dies

1. rein politische Gegenstände,
2. Hofnachrichten, soweit sie überhaupt Interesse haben,
3. andere allgemein interessante Gegenstände,
4. solche Gegenstände, welche S. M. den König speziell und persönlich interessiren könnten."

Gegenwärtig werden die Berichte in der Regel an den Reichskanzler gerichtet. Auch in dem Falle, daß Mitteilungen über reine Hofangelegenheiten direkt an S. M. gerichtet würden, gehen sie stets unter der Adresse des Reichskanzlers ein und werden dann von diesem S. M. vorgelegt.

Beilage XXIX (zu S. 448).

Das Kabinet seit dem Tode Hardenbergs.

Eine Darstellung der Gestaltung und Wirksamkeit des Kabinets seit Hardenbergs Tode würde eingehende schwierige Untersuchungen erfordern und weit über den Bereich dieses Buches hinauswachsen. Nur zur Übersicht und ohne Anspruch auf Vollständigkeit lasse ich einige Notizen folgen, welche ich dem gütigen Entgegenkommen höchster Behörden verdanke. Daneben diente als Hauptquelle das sorg-

fältig zusammengestellte, leider seit 1806 nicht Jahr für Jahr erschienene Preußische Hof- und Staatshandbuch, sodann eine als Manuskript in einer beschränkten Zahl von Exemplaren veröffentlichte Schrift des Geheimen Oberregierungsrats Georg Wilhelm von Raumer: „Übersicht der Veränderungen in der obersten Verwaltung des Staates unter der Regierung des Hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III. Majestät von 1797 bis 1840". Berlin 1846. 48 S. 4°. Der Verfasser war als Direktor des Geheimen Staatsarchivs und Herausgeber des Staatshandbuchs reichlicher als jeder andere mit den nötigen Hülfsmitteln ausgestattet, gleichwohl erklärt er seine Aufgabe für eine sehr mühsame und fordert zu Berichtigungen auf, die sich in der That in mehreren Fällen geben ließen. Immerhin bietet seine Schrift überaus dankenswerte Belehrung und einigermaßen Entschädigung dafür, daß Klaproths auf den früheren Blättern so oft benutztes Verzeichnis der Geheimen Staatsräte von 1605 bis 1804 noch keinen Fortsetzer gefunden hat.

Das Handbuch von 1818 S. 23 führt auf: Geheimes Kabinet des Königs. „Den Vortrag darin hat vorerst der Staatskanzler Fürst Hardenberg; die allgemeinen Militärangelegenheiten werden dem Könige zweimal die Woche von dem Kriegsminister Generallieutenant v. Boyen unmittelbar vorgetragen." Den Vortrag hatten ferner: 1. für die Civilangelegenheiten der Geheime Kabinetsrat Albrecht, 2. für die Militärangelegenheiten der Generalmajor v. Witzleben, Direktor des 3. Departements des Kriegsministeriums[1]. Mehrere Beamte für die Expeditionen, darunter noch der Geheime Kabinetssekretär Niethe, sind den oberen Beamten beigegeben.

Nach Hardenbergs Tode, als auch der Minister von Voß am 30. Januar, der Feldmarschall von Kleist am 17. Februar 1823 gestorben waren, mußte eine neue Bestimmung getroffen werden. Das Staatshandbuch für 1824 (S. 25) nennt als Vortragende nur Albrecht und Witzleben, läßt auch während der Regierung Friedrich Wilhelms III. eine Veränderung nur in den Personen erkennen; für Albrecht tritt 1835 Müller ein, für Witzleben 1838 der Generalmajor und Generaladjutant v. Neumann, „Vorsteher der Abteilung für persönliche Angelegenheiten im Kriegsministerium"[2]. Nach

[1] Job v. Witzleben, geb. am 20. Juli 1783, durch seinen Charakter, durch militärische und politische Befähigung in gleichem Maße ausgezeichnet war schon seit dem 27. Oktober 1817 als Vorstand des Militärkabinets in der Nähe des Königs beschäftigt, also noch bevor er am 5. Juni 1818 zum Generaladjutanten, am 13. Juni 1818 zum Direktor der Abteilung für persönliche Angelegenheiten im Kriegsministerium ernannt wurde. (Vgl. Dorow, Job v. Witzleben. Leipzig 1842. S. 44, 63 ff. — Raumer, Übersicht u. s. w. S. 30.)

[2] Witzleben wurde im Oktober 1833 mit der Leitung des Kriegsministeriums beauftragt, an Stelle des Generals v. Hake, der am 10. No-

einer gütigen Mitteilung aus dem Geheimen Civilkabinet erfolgte jedoch nach Hardenbergs Abscheiden auch in der Organisation insofern eine Veränderung, als die Abteilung für Civilangelegenheiten in zwei Abteilungen gesondert wurde. In der ersten brachte ein Minister die staatlichen Angelegenheiten, in der zweiten der Geheime Kabinetsrat die eigentlichen Kabinetssachen vor. Im Grunde war die Sonderung nur eine formelle Anerkennung dessen, was thatsächlich unter Steins Ministerium im Juni 1808 nach der Auflösung des alten Kabinets eingetreten war und in der Schilderung Boyens (o. S. 433) sowie in der angeführten Bemerkung des Staatshandbuchs von 1818 angedeutet wird. Der Minister, welcher in dieser ersten Abteilung zuerst und bis zum Tode Friedrich Wilhelms III. die Geschäfte führte, war der General Graf v. Lottum, bis dahin Chef des Schatzministeriums, welches nunmehr mit dem Finanzministerium vereinigt wurde[1]. Eine Kabinetsordre vom 20. April 1823 überweist ihm „den Vortrag der allgemeinen Landesangelegenheiten, die zur Allerhöchsten unmittelbaren Bestimmung oder Entscheidung gelangen, sowie solcher Sachen, welche Seine Majestät außerdem dazu geeignet finden". Der Geschäftsgang war der, daß die meisten Departementsminister über die Angelegenheiten ihres Geschäftskreises schriftlich an den König berichteten; nach dem Vortrage Lottums erfolgte dann die Entscheidung. Der Minister des Auswärtigen, der noch immer durch den Titel „Kabinetsminister" ausgezeichnet wurde, und der Kriegsminister hatten aber außerdem regelmäßigen Vortrag, und wenn der König in einer bestimmten Angelegenheit den Vortrag

---

vember 1833 sein Amt niederlegte, das er nach Boyens Entlassung am 4. Januar 1820 angetreten hatte (Raumer a. a. O. S. 36, 46). Die förmliche Ernennung Witzlebens erfolgte nach Angabe Raumers am 9. Mai, der Amtsantritt am 1. Juni 1834; sein Gesundheitszustand nötigte ihn, am 19. März 1837 seine Entlassung zu nehmen; er starb am 9. Juli 1839 (Dorow a. a. O. S. 84). Statt seiner soll, wie Raumer (S. 38) mitteilt, der Oberst v. Lindheim von 1833 bis Juni 1840 die Militärvorträge übernommen haben.

[1] Lottum, den wir im Sommer des Jahres 1807 als Mitglied der Militär-Reorganisations-Kommission kennen lernten, war seit dem 10. Januar 1809 Chef des Militär-Ökonomie-Departements bis zum 17. Februar 1810, wo Hake an seine Stelle trat. Als der König im Januar 1813 Berlin verließ, wurde nicht wie 1790, 1792 und 1806 ein sogenannter „großer Staatsrat" eingesetzt, sondern am 20. Januar eine Ober-Regierungskommission, welcher außer Goltz und Kircheisen, den Geheimen Staatsräten Schuckmann und Bülow auch Lottum angehörte. Am 20. März wurde er Generalintendant der Armee (Raumer a. a O. S. 24), blieb aber seit dem 24. Juni 1815 ohne bestimmte Funktion, bis er am 13. Oktober 1818 mit der Leitung des am 8. November 1817 errichteten Schatzministeriums beauftragt wurde und dieses Ministerium am 11. März 1819 übernahm (Raumer a. a. O. S. 34). Die Kabinetsordre vom 16. Mai 1823 (Gesetzsammlung S. 109), welche das Schatzministerium wieder mit dem Finanzministerium vereinigte, bestimmt, daß Lottum gleichwohl die Verwaltung des Staatsschatzes, das Münzwesen und die Generalkontrolle der Finanzen behalten solle.

eines Ministers wünschte, ließ er denselben zu sich einladen. Auch mit Albrecht, Witzleben und dem ihm noch immer sehr nahestehenden Fürsten Wittgenstein — seit dem 11. Januar 1819 Minister des Königlichen Hauses[1] — pflegte Friedrich Wilhelm III. die allgemeinen Staatsangelegenheiten und die wichtigeren Fragen der auswärtigen Politik zu besprechen. Die Auswahl war also reichlich genug und ganz von dem Belieben des Königs abhängig. Der Titel „Kabinetsminister" war dabei nicht das Entscheidende; Lottum, Witzleben und Wittgenstein haben ihn niemals geführt, und wer ihn führte, war deshalb noch nicht zum persönlichen Verkehr mit dem Könige berufen. Friedrich Wilhelm liebte es einmal nicht, mit Ministern, denen er sich nicht innerlich nahe fühlte, in mündliche Erörterungen sich einzulassen. Ein merkwürdiges Beispiel geben dafür die Aufzeichnungen des auf den früheren Blättern mehrmals erwähnten Wirklichen Geheimen Rates, auch Gesandten in Konstantinopel und Stockholm, Gustav v. Le Coq[2]. Nach Ancillons Tode am 19. April 1837 wurde der Freiherr v. Werther, bis dahin Gesandter in Paris, am 5. Juni zum Nachfolger ernannt. Etwa 14 Tage nach seinem Amtsantritt sollte der neue Minister eine Audienz vom Könige erhalten und gleich nach Beendigung derselben für Le Coq, der deshalb schon im voraus zu dem Minister beschieden war, eine Instruktion ausgefertigt werden. Herr v. Werther kam jedoch in übler Stimmung nach Hause und hatte gar nichts mitzuteilen. Die Audienz war nämlich, wie Fürst Wittgenstein später Le Coq erzählte, ohne jedes Ergebnis verlaufen, da der König nach einigen Minuten gegenseitigen Schweigens sich entfernt hatte. Seitdem, erzählt Le Coq, versuchte Werther niemals wieder, dem Könige persönlich Vortrag zu halten. Aber nichts wäre irriger, als daraus zu schließen, Friedrich Wilhelm habe den auswärtigen Angelegenheiten geringes Interesse entgegengebracht; er verfolgte, wie gerade Le Coq hervorhebt, aufs schärfste den Gang der Politik. Auf den Berichten der Gesandten und Geschäftsträger pflegte er durch Randbemerkungen seine Urteile und Willensmeinungen in prägnantester Weise kund zu geben; und seine Korrekturen in den von Le Coq entworfenen königlichen Handschreiben an fremde Souveräne und Fürstlichkeiten bekundeten

[1] Wittgenstein führte vom 3. Juni 1814 bis 1818 das Polizeiministerium; am 11. Januar 1819 wurde er davon entbunden und zum Minister des Königlichen Hauses und für die Hofsachen und höheren Hofchargen ernannt, das Polizeiministerium mit dem Ministerium des Innern vereinigt.

[2] Vgl. Karl Emil Gustav v. Le Coq in der von dem Verein für die Geschichte Berlins herausgegebenen Sammlung „Namhafte Berliner" Nr. 8 1882, Vermischte Schriften Bd. 1. Ancillon war wegen Kränklichkeit des Grafen Bernstorff, der am 13. Oktober 1818 das Ministerium des Auswärtigen erhalten hatte, am 4. August 1831 zum Staatssekretär und am 13. Mai 1832 nach Bernstorffs Entlassung zum Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ernannt (Raumer a. a. O. S. 46).

stets den feinsten Takt und die gründlichste Kenntnis der französischen Sprache.

Unzweifelhaft hatten Albrecht und Witzleben schon in den letzten Jahren Hardenbergs eine weit über ihren eigentlichen Amtskreis reichende Wirksamkeit, insbesondere der General auf die allgemeinen Staatsangelegenheiten einen Einfluß, wie er früher von Kleist nicht entfernt in gleichem Maße ausgeübt war. Daß dadurch keine Unzufriedenheit hervorgerufen wurde, erklärt sich teils durch die Persönlichkeit der beiden Männer, teils durch die allgemein verbreitete Überzeugung, daß die höchste Entscheidung jetzt wirklich von dem Könige ausging, und vor allem dadurch, daß das Kabinet nicht mehr wie früher in den Gang der Verwaltung willkürlich eingriff. Für die Form der Kabinetsordres bleibt nach wie vor das Unterscheidende, daß sie allein vom Könige ohne Gegenzeichnung eines Ministers unterzeichnet werden. Dem Inhalte nach können sie nicht allein Anordnungen für den besonderen Fall, sondern auch allgemeine Bestimmungen umfassen. Wenn der § 10 der Einleitung des Allgemeinen Landrechts bloß für Gesetze die Publikation als Bedingung der rechtlichen Verbindlichkeit fordert, so muß auch für die Kabinetsordre, insofern sie dem Inhalte nach in das Gebiet des Gesetzes fällt, dieselbe Bedingung festgehalten werden. Die Gesetzsammlung bringt denn auch seit dem Jahre 1810 eine beträchtliche Zahl von Kabinetsordres dieser letzteren Art.

Noch im ersten Jahre Friedrich Wilhelms IV., 1841, zeigt das Staatshandbuch (S. 37) dasselbe Geheime Kabinet mit den beiden Abteilungen unter Müller und Neumann. Als Hülfsarbeiter wird neben Müller der Kabinetsrat Uhden genannt, der schon unter Friedrich Wilhelm III. mit Immediatvorträgen betraut und deshalb am 5. September 1838 vom Kammergerichtsrat zum Geheimen Justizrat, aber nicht zum Kabinetsrat befördert war (Raumer a. a. O. S. 39). Eine veränderte Organisation tritt 1843 hervor und deutet auf eine gesteigerte, weitergreifende Thätigkeit. Man findet zuerst ein „Geheimes Kabinet Sr. Maj. des Königs für die Civilangelegenheiten"; daneben ließ Friedrich Wilhelm IV., der schon als Kronprinz ein eigenes Militärkabinet besaß, ein zweites „Geheimes Kabinet für die Militärangelegenheiten" unter dem Generalmajor und Generaladjutanten v. Neumann gesondert aufführen. Das Civilkabinet zerfällt wieder in zwei Abteilungen. Die erste Abteilung wird gebildet durch zwei Geheime Staats- und Kabinetsminister, Generallieutenant und Generaladjutant v. Thile und Graf v. Alvensleben — der erstere am 9. März 1841, der zweite am 24. März 1842 ernannt —, ferner durch drei vortragende Räte: den Geheimen Oberjustizrat v. Duesberg, Direktor im Kultusministerium und Mitglied des Staatsrats, den Geheimen Oberfinanzrat Schaumann und den Geheimen Oberfinanzrat Freiherrn v. Patow; die beiden ersten

sind zugleich vortragende Räte bei dem Staatsministerium. In der zweiten Abteilung findet man wie vorher neben dem Geheimen Kabinetsrat Müller den Kabinetsrat Uhden[1]. Die Zahl der Neben- und Unterbeamten für Expedition, Registratur und Kanzlei ist beträchtlich vermehrt und vermehrt sich weiter in der Folgezeit. So findet man 1846 den Legationsrat Alfred v. Reumont dem Kabinet „attachiert", wesentlich zu dem Zwecke, dem Könige über litterarische Dinge Bericht zu erstatten, eingesandte Schriften durchzusehen, ferner die Antworten des Königs, namentlich italienische und französische, zu entwerfen.

Von den beiden vortragenden Ministern war Alvensleben ohne besonderes Portefeuille, nachdem er im Finanzministerium, das er seit dem 12. Januar 1835 leitete, den Freiherrn v. Bodelschwingh zum Nachfolger erhalten hatte. Dieselbe Kabinetsordre vom 24. März 1842 (Ges.-S. S. 112), welche ihm „einen Teil der Vorträge bei dem Könige in allgemeinen Landesangelegenheiten" überträgt, entbindet ihn von dem Amte des Finanzministers. Thile leitete nur das Departement des Schatzes und der Münze. Beide waren aber Mitglieder des Staatsministeriums, also in der Lage, über das, was zur gemeinschaftlichen Beratung kam, aus eigener Erinnerung dem Könige Vortrag zu halten. Thile blieb bis zum 19. März 1848 in Thätigkeit, Alvensleben schied am 3. Mai 1844 aus dem Staatsdienst, und eine Kabinetsordre von demselben Tage (Ges.-S. S. 114) erklärt, daß an seiner Stelle der bisherige Staats- und Finanzminister v. Bodelschwingh zum Staats- und Kabinetsminister ernannt sei, um mit dem Staats- und Kabinetsminister v. Thile den Vortrag in den allgemeinen Landesangelegenheiten zu übernehmen. Durch Kabinetsordre vom 10. Juli 1846 wird Bodelschwingh „mit Beibehaltung der Eigenschaft eines Kabinetsministers" zum Minister des Innern ernannt.

Die Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Graf v. Maltzan (30. August 1841), Freiherr v. Bülow (21. März 1842) und Freiherr v. Canitz (29. Septbr. 1845 — Ges.-S. S. 599 — bis 19. März 1848) führten zwar den Titel „Geheimer Staats- und Kabinetsminister", ohne aber dem Kabinet im engeren Sinne anzugehören.

Dieser Organisation macht das Jahr 1848 ein Ende. 1851 erscheint nur ein Geheimes Kabinet des Königs ohne weiteren Zusatz unter dem Geheimen Kabinetsrat Illaire, welcher schon seit 1846 neben Müller und nach dessen Rücktritt allein diese Stelle eingenommen hatte. Das Militärkabinet wird nicht mehr erwähnt. Erst 1859, mit der Regentschaft des Prinzen von Preußen, erscheint neben

[1] Als Uhden durch Kabinetsordre vom 25. September 1844 (Gesetzsammlung S. 451) zum Justizminister ernannt wurde, führte er den Titel eines Geheimen Kabinetsrats.

dem Civilkabinet unter dem Geheimen Kabinetsrat Illaire, dem Geheimen Oberregierungsrat Costenoble, vortragendem Rat im Ministerium des königlichen Hauses, und dem Kabinetsrat Niebuhr, vortragendem Rat im Staatsministerium, wieder ein besonderes Militärkabinet unter dem „vortragenden Offizier", Generalmajor v. Manteuffel.

Nach einer gütigen Mitteilung aus dem Reichsmarineamt wurde durch Allerhöchste Ordre vom 28. März 1889 auch ein Kaiserliches Marinekabinet errichtet, unter dem Flügeladjutanten, Kapitän zur See Freiherrn von Senden-Bibran, welcher dem Kaiser die Marineangelegenheiten in demselben Umfange vorträgt wie der Chef des Militärkabinets die Armeeangelegenheiten.

Eine Instruktion, welche den Gang und die Verteilung der Geschäfte genau geregelt hätte, ist in neuerer Zeit, wie schon früher bemerkt, nicht ergangen. Aber wenn auch die Verordnung vom 27. Oktober 1810 nicht ausdrücklich aufgehoben wurde, so hat sich doch, selbst abgesehen von dem Wegfall des Kanzleramtes, die Bedeutung des Kabinets wesentlich verändert. Unter dem absoluten Königtum war das Kabinet eine Staatsbehörde, welche zwischen dem Monarchen und den Centralbehörden vermittelte, und durch welche der Monarch ganz selbständig eigentliche Regierungsakte vornehmen konnte. Das mußte aufhören, seitdem die Verfassung (Artikel 44) für alle Regierungsakte die Gegenzeichnung eines Ministers forderte und jeden Minister als höchsten verantwortlichen Leiter seines Departements mit dem Könige in unmittelbare Verbindung setzte. Die Minister wurden zunächst in Bezug auf den selbständigen Vortrag einander gleichgestellt, wenn auch der eine von seinem Rechte seltener als der andere Gebrauch machte. Dabei scheint aber, wie in früheren Zeiten, das Bedürfnis eines stärkeren Einheitspunktes hervorgetreten zu sein. Obgleich der Präsident des Staatsministeriums an sich nicht der Vorgesetzte seiner Kollegen, sondern nur mit der formellen Leitung der Geschäfte des Staatsministeriums in seiner Gesamtheit beauftragt ist, so erging doch am 8. September 1852, als der Freiherr v. Manteuffel seit dem 19. Dezember 1850 die Stelle des Ministerpräsidenten bekleidete, ein Erlaß, welcher in mancher Beziehung an die Verordnung vom 27. Oktober 1810 zu Gunsten Hardenbergs erinnert. Dem Ministerpräsidenten soll mehr als bisher eine allgemeine Übersicht über die verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung und dadurch die Möglichkeit gewährt werden, die notwendige Einheit darin seiner Stellung gemäß aufrechtzuerhalten und dem Könige über alle wichtigen Verwaltungsmaßregeln Auskunft zu geben. Deshalb wird bestimmt:

1. Über alle Verwaltungsmaßregeln von Wichtigkeit, die nicht schon nach den bestehenden Vorschriften einer vorgängigen Beschlußnahme des Staatsministeriums bedürfen, hat sich der betreffende Departementschef vorher mündlich oder schriftlich mit dem Minister-

präsidenten zu verständigen. Letzterem steht es frei, nach seinem Ermessen eine Beratung der Sache im Staatsministerium, auch nach Befinden eine Berichterstattung darüber an den König zu veranlassen.

2. Wenn es zu Verwaltungsmaßregeln der angegebenen Art der königlichen Genehmigung bedarf, so ist der erforderliche Bericht vorher dem Ministerpräsidenten mitzuteilen, welcher denselben mit seinen etwaigen Bemerkungen dem Könige vorzulegen hat.

3. Wünscht ein Verwaltungschef über Gegenstände seines Ressorts dem Könige unmittelbar Vortrag zu halten, so hat er den Ministerpräsidenten davon vorher in Kenntnis zu setzen, damit derselbe, wenn er es nötig findet, solchen Vorträgen beiwohnen kann. Nur die regelmäßigen Immediatvorträge des Kriegsministers bleiben von dieser Bestimmung ausgeschlossen.

Inwieweit dieser Erlaß bis zum Jahre 1866 zur Anwendung gekommen ist und in späteren Jahren der Anwendung noch bedurfte, vermag ich für jetzt noch nicht anzugeben.

Unter dem konstitutionellen System wurde das Kabinet, wie man richtig bemerkt hat, das persönliche Bureau, das große Privatsekretariat des Königs[1]. Der Geheime Kabinetsrat für die Civilsachen trägt dem Könige die sogenannten Gnadensachen vor, zu denen auch die Begnadigungen in Straffachen gehören, und bearbeitet solche Angelegenheiten, die, ohne in die eigentliche Staatsverwaltung einzugreifen, für den König ein persönliches Interesse haben. Nach dem Berichte der Centralkommission der zweiten Kammer vom 14. Januar 1850 holte er außerdem in einigen minder wichtigen oder besonders eiligen Verwaltungssachen die Entschließung des Königs ein[2]. Bei den Regierungshandlungen hat das Kabinet jetzt rechtlich keine Mitwirkung mehr. Der König kann sich aber des Kabinetsrats zu formellen Geschäften bedienen, z. B. zur Absendung eines ihm zugegangenen Gesuches an den zuständigen Minister, der darüber Bericht erstatten soll, oder zur Mitteilung seiner Entschließungen auf schriftliche Berichte der Minister. Zudem werden alle schriftlichen Immediatberichte der Reichs- und Landesbehörden dem Regenten durch das Kabinet vorgetragen. Nur bezüglich der politischen Sachen des auswärtigen Amtes und des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten steht dem Staatskanzler oder dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes stets der Vortrag zu. Zu demselben Zwecke pflegt der Kaiser auf Reisen von einem Mitgliede des auswärtigen

[1] Hermann Schulze, Preußisches Staatsrecht. Leipzig 1872. I 295. Rönne, Preußisches Staatsrecht. Leipzig 1863. II 50.

[2] Stenographische Berichte der zweiten Kammer 1849—50, IV 2057. Die Zahl der Geheimen Kabinetsräte war damals, wie erwähnt, von zwei auf einen vermindert. Nach der Erklärung des Regierungskommissars gelangten aber noch immer jährlich gegen 30 000 Sachen an das Civilkabinet, weshalb eine Verminderung der Subalternbeamten unstatthaft schien.

Amtes begleitet zu werden, eine Anerkennung der besonders nahen Beziehungen, welche von jeher zwischen dem „Departement der auswärtigen Affairen“ und dem Regenten bestanden. In jener Thätigkeit des Kabinetsrats liegt allerdings die Möglichkeit, einen Einfluß auf die königlichen Entschließungen auszuüben; aber rechtlich kommt ein solcher Einfluß nicht in Betracht[1], und er wird auch thatsächlich dadurch vermindert, daß die Minister in den meisten Fällen den Entwurf der zu erlassenden königlichen Entschließung ihrem Berichte gleich beilegen. Von der Regel, daß alle Regierungshandlungen der Gegenzeichnung bedürfen, besteht jedoch eine Ausnahme bezüglich der Armeebefehle. Bis zum Jahre 1861 war das Verfahren schwankend. Um Irrtümer und Zögerungen zu vermeiden, wurde durch den von dem Könige und dem Kriegsminister v. Roon unterzeichneten Erlaß vom 18. Januar 1861 (Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung 1861 S. 73) grundsätzlich festgestellt: Alle der Armee bekannt zu machenden Ordres behalten den Charakter des militärischen Befehls; es sollen aber weder die Stellung des Kriegsministers noch verfassungsmäßig bestehende Normen alteriert werden. Im einzelnen wird folgendes bestimmt: 1. Armeebefehle sowie Ordres, welche der König in Militärdienstsachen oder Personalangelegenheiten erläßt, werden ohne Gegenzeichnung expediert . . . 4. Ordres, welche die Militärverwaltung im allgemeinen oder in ihren einzelnen Zweigen betreffen, sowie alle andere Ordres in Armeeangelegenheiten, welche die Etats alterieren oder sonst einen Regierungsakt enthalten, sollen wie bisher vor der Absendung mit der Gegenzeichnung des Kriegsministers versehen werden.

Dementsprechend kommt auch der Ausdruck Kabinetsordre für militärische Befehle noch häufig zur Anwendung; ja, nach einer gütigen Mitteilung, für welche ich Herrn Geheimen Kriegsrat Lehmann verpflichtet bin, heißen alle in persönlicher Form ausgehenden Allerhöchsten Befehle, ohne Unterschied, ob sie der Gegenzeichnung bedürfen oder nicht, ob sie auf Vortrag des Kriegsministers oder des Chefs des Militärkabinets erlassen wurden, Allerhöchste Kabinets-Ordres. Im Text der Schriftstücke bedient man sich, wenn auf einen früheren oder gleichzeitigen formellen Befehl dieser Art Bezug genommen wird, des Ausdrucks „Ordre“, zuweilen auch „Kabinetsordre“. In dem Ministerialblatt für 1879 S. 42 wird auf eine „Allerhöchste Kabinetsordre“ vom 18. Januar 1877 betreffend die Organisation des Kadettencorps verwiesen, die im Ministerialblatt 1877 S. 79 als „Allerhöchste Ordre“ bezeichnet und nach dem Könige von dem Kriegsminister v. Kameke unterzeichnet wird. Für Civilsachen ist dagegen die Bezeichnung Kabinetsordre weggefallen; die Bescheide, welche der König durch den Geh. Kabinetsrat erläßt,

[1] Bornhak, Preußisches Staatsrecht II 391 ff. Freiburg 1889.

heißen in der Regel Kabinetsschreiben. Die letzte eigentliche Kabinetsordre in der Gesetzsammlung ist, wenn ich nicht irre, vom 16. März 1848 datiert: ein Verbot der Pferdeausfuhr, an den Minister v. Canitz und den Finanzminister v. Duesberg gerichtet und im Gesetzblatt vom 31. März S. 74 veröffentlicht. Dann folgt noch S. 99 die letzte als solche bezeichnete Kabinetsordre vom 8. April in dem Gesetzblatt vom 15. April: eine Ermäßigung der Portotaxe, für den Finanzminister und das Generalpostamt bestimmt. Aber hier zeigt sich schon der Einfluß der konstitutionellen Ansichten, denn die Kabinetsordre wird dem Herkommen widersprechend zugleich von Friedrich Wilhelm und dem neu eingetretenen Minister Hansemann unterfertigt. Dasjenige, was früher wohl den Inhalt für eine Kabinetsordre in allgemeinen Staatsangelegenheiten gebildet hätte, wurde von jetzt an meistens als Allerhöchster Erlaß bezeichnet, erhielt aber — soweit es in der Gesetzsammlung erschien — nach der Unterschrift des Königs stets auch die Gegenzeichnung eines Ministers. Es giebt allerdings in der Gesetzsammlung zwei Allerhöchste Erlasse, vom 25. März 1848, welche ausschließlich von dem Könige unterzeichnet sind. Dies erklärt sich aber wahrscheinlich dadurch, daß es sich hier noch um zwei alte Kabinetsordres handelt, die man, als sie am 15. April (Gesetzsammlung S. 97) publiziert wurden, nicht mehr mit dem zu jener Zeit wenig populären Namen, sondern lieber als „Allerhöchste Erlasse" betiteln wollte. Einer zu Anfang desselben Blattes veröffentlichten, schon am 4. Februar — also vor den Märztagen — von dem Könige vollzogenen Kabinetsordre hat man freilich den zuständigen Namen gelassen. Genau bestimmt scheint der Sprachgebrauch auch in der Folge nicht zu sein. Der Allerhöchste Erlaß vom 8. Juli 1871 (Ges.-S. S. 293): Die Aufhebung der besonderen Abteilungen für evangelischen und katholischen Kultus im Kultusministerium, wird im Text selbst „Ordre" genannt. Im Ministerialblatt für 1884 S. 161 (nicht in der Gesetzsammlung) findet sich eine „Allerhöchste Ordre" vom 20. Juni, betreffend die Veränderung des Namens der Stadt Königshütte, unterzeichnet „Wilhelm" und „Puttkammer". Der früher mitgeteilte Erlaß vom 8. September 1852 wurde von dem Reichskanzler als „Allerhöchste Ordre", von den Zeitungen meistens irrtümlich als „Kabinetsordre" bezeichnet.

Beilage XXX (zu Seite 448).

Der Geh. Kabinetsrat Karl Christian Müller.

Einige biographische Angaben, zum Teil dem Nekrolog im preußischen Staatsanzeiger vom 11. März 1849 entlehnt, dürfen hier eine Stelle finden. Karl Christian Müller, geb. zu Berlin am

28. Mai 1773, wurde schon am 12. Mai 1799 Kammergerichtsrat, 1814 in das Justizministerium berufen, 1816 zum Geheimen Oberjustizrat ernannt. Im Jahre 1798 — nach einem Briefe vom 25. Mai 1805: „heute vor 7 Jahren" — hatte er die Schwester der Frau Lombard, Susanne Gilly, geheiratet, deren früher Tod (oben S. 157) die zwei Familien in so tiefe Trauer versetzte. Als Erzieherin seiner beiden Kinder trat Justina Forster, die Tochter des berühmten, 1798 in Halle verstorbenen Reisenden Johann Reinhold Forster, die Schwester Georg Forsters, in sein Haus, bis er im Jahre 1812 mit ihrer Nichte Wilhelmine, der Tochter des Professors Sprengel in Halle, eine zweite Ehe schloß. Das Ehepaar Lombard erhielt die Nachricht von der beabsichtigten Verbindung noch in Nizza. Müller blieb mit der Familie seines ersten Schwagers, mit dessen Kindern und Enkeln stets in herzlichstem Verkehr, konnte ihnen auch infolge seiner bedeutenden Stellung nicht selten förderlich sein. Denn zu Anfang 1834 wurde er zur Unterstützung Albrechts in das Königliche Kabinet berufen und am 24. November 1834 zum Geheimen Kabinetsrat ernannt. Zwölf Jahre genoß er das unbedingte Vertrauen Friedrich Wilhelms III. und seines Nachfolgers; 1846 mußte er infolge eines Schlagflusses um seinen Abschied bitten, bewahrte aber Geistesfrische und Gesundheit bis zu seinem Tode am 20. Februar 1849. Der Frau Präsidentin Eichhorn in Trier verdanke ich das folgende Schreiben Friedrich Wilhelms IV., welches die Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rat am Tage des 50jährigen Dienstjubiläums begleitete. Es läßt besser als eine lange Auseinandersetzung das Verhältnis des Königs zu seinem Kabinetsrat erkennen.

„Sanssouci, 5. Juli 1844. Theuerster Müller! Wir waren gestern schon fast unterwegs um Ihnen im Augenblick Ihrer Abreise unsere anticipirten Glückwünsche und jeder eine kleine praktische Gabe zu bringen, als die Uhr uns belehrte, daß Sie schon auf dem Bahnhof seien. Das hat meiner Frau und mir *sehr leid* gethan, aber der Vortrag des Kriegsministers war daran Schuld. Nun sende ich Ihnen den Geh. Cämmerer Schöning, damit Sie durch diese Zeilen unsere regrèts erfahren, und damit er Ihnen das Portrait des theuren seeligen Königs überbringe, womit ich Sie bitte Ihr Zimmer zu schmücken.

Mein ganzes Herz ist bei Ihnen heute, bester Müller. Ich hätte Sie so gern an Ihrem Ehrentage umarmt. Man glaubt, daß mein Arm weit reicht. Bis Friedrichsfelde reicht er halt nicht!

Ich verbitte mir **ernstlichst** jede Antwort durch Tinte und Feder. Heute *müssen* Sie ungeschoren bleiben. Mögen Sie einen recht erquicklichen Tag genießen. Elise vereint ihre allerherzlichsten Wünsche mit den meinigen, an deren Ächtheit Sie nicht zweifeln, theuerster Müller. Gott erhalte Sie mir, und Ihnen noch recht recht

recht lang Ihren heitern Sinn, dieſes Kind eines edlen, reinen Lebens. Auf frohes Wiederſehen! Fr. Wilhelm.

P. S. Wegen der bockſteifen Cabinetsordre, die Sie heute ſchlucken müſſen, bitt' ich hier förmlich um Verzeihung; man verſichert aber, es gehöre dazu. Wenn ſie Ihnen nur nicht „wirklichen geheimen" Kummer macht, ſo tröſt ich mich ſchon.

Wenn Sie des Königs Züge im Bilde betrachten, ſo denken Sie dabei an mich, und daß es einer der tauſend Danke iſt, die ich ihm ſchulde, daß ich Sie von ihm habe."

Regiſter.

Die Zahlen bezeichnen die Seiten.

Albrecht, Kammergerichts- und Geh. Kabinetsrat 410 430 431 433 444 448 465 533 555 557 558 564.

d'Alembert 4.

Alexander I., Kaiſer von Rußland 110 111 121 123 131 138 143 154 155 156 160 161 165 166 174—177 180—183 192 200—204 225 236 240 242 260—262 264 283 284 293 294 296 304 325 327—329 341 370 398 414—417 436 477 532 536 540.

— Markgraf von Ansbach und Baireuth 74.

Alopäus, Max v., ruſſiſcher Geſandter 111 120 122 154 165 166 202 260 283 530.

— Frau v., Gemahlin des ruſſiſchen Geſandten 203.

Alexis, Willibald 125.

Allouchery, Kabinetsſekretär 70 79 409 511.

Altenſtein, Miniſter 396 399 405 406 413 416 423 426 435—439 441 459 551.

Alvensleben, Finanz- und Kabinetsminiſter 558, 559.

Alvensleben, Lieutenant 285 542 543.

— Miniſter des Auswärtigen 73 74 91 524.

Amalie, Herzogin v. Sachſen-Weimar 3.

Ancillon, Friedrich, Lombards Freund, Erzieher des Kronprinzen, Miniſter 3 6 10 41 271 338 367 458 482 486 487 551 552 557.

Angern, Miniſter 306.

d'Antraigues, Graf 370.

Anton, Erzherzog 158.

Archenholz 345 361 381.

Ariſtophanes 367.

Arndt, E. M. 352.

Auerswald, Präſident v. 313.

Augereau, Marſchall 238.

Auguſt, Prinz von Preußen 256 257.

Baader, J. 135 179.

Backhoff, General 67.

Bailleu, Paul, Geh. St.-Archivar XXII XXVII 79 95 96 98—104 106 107 112—114 118 119 122—124 129 131 132 134 136 138 139 141 144 146 149 151 157 161 177 181—183 186 190—192 197 199

204 205 209 220 233—239 242 244 248 252 254 262 263 265 270 280 291 293 296 393 474 475 511 530 541 542.
Bassewitz 224 286 295 306 308 314 317 339 399—401 408—410 412 425 427 429 547—549.
Baudissin, Graf, dänischer Gesandter 141.
Bauer, Pädagog 133.
Beguelin, Geheimrat v. 225 314.
Beheim-Schwarzbach, Max 2.
Behnisch, Erzieher des Kronprinzen 67.
Bennigsen, russischer General 294 305 322 325 328 537.
Berenhorst 385.
Berghaus, Heinrich 526.
Béringuier, Richard 2 483.
Bernadotte, Marschall 168 169 171 386.
Bernays, Michael 8.
Bernoulli, Mitglied der Akademie 119.
Bernstorff, Minister 557.
Berthier, Marschall 243 262.
Bertrand, General 325.
— P. 179 239 273 280.
Bertuch, Druckereibesitzer 274.
Beseler, Karl Georg 427.
Beurnonville, General, französischer Gesandter XXVII 109—114 118 119.
Beyer, Geh. Finanzrat v. 519.
— Heinrich v., Geh. Kabinetsrat 18 38 40 53 62 68 65 66 70 71 79 87 498 499 508 509 511.
Beyme, Frau des Geh. Kabinetsrats 213 228 317 321 456.
— Karl Friedrich v., Geh. Kabinetsrat 87—89 141 162 168 170 181 184 188 190 198 199 208—213 217 219—227 245 247 251 253 256 258 259 286 290 291 294 295 297—303 306 310 312—316 318 319 321—328 334 335 341 344 345 347 359 361 362 375 380 384 385 393 398 399 401 402 408—410 412 423—430 433—439 447 448 450—456 459 463 470 486 488 522—524 530 538 548 551.
— Mila, Tochter des Geh. Kabinetsrats 317 321.
Bielcke, Kriegsrat 519.
Bignon, französischer Diplomat IX XXVII 119 120 132 153 161 164 179 239 241 273 274 334 391 396 472 541.
Bischoffwerder, Generaladjutant 44 57 61 63—65 70 71 75 79 90 501 504 506 511.
Bismarck, Fürst 52 511.
— Karl Wilh. Ferd. v., Rittmeister 511.
Bitaubé, Paul Jérémie, Mitglied der Akademie 4 5 478.
Blankenburg, Hauptmann 285 543.
Blücher, General 234 237 238 258 280 292 358 359 360 362 387 388 390.
Blumenthal, Minister 511.
Bocquet, Fräulein 41.
Bodelschwingh, Minister 559.
Boden, Minister 48.
Bohm, Frau Legationsrat v. 133.
Boileau 117.
Bonaparte, Joseph, König v. Neapel 240 541.
Borck, Adrian Bernhard v., Minister 48 49.
Borcke, Kaspar Wilhelm v., Minister 49.
Borelly, Schriftsteller 37.
Borgstede, Geh. Finanzrat 224 519
Bornhak, Konrad 441 562.
Bose, Amtmann 527.
Boyen, H. v., Feldmarschall 218 219 310 366 412 430 431 433 447 555 556.
Brandes, hannoverscher Staatsmann 383.
Braunschweig, Karl, Erbprinz v. 31.
— Leopold, Herzog v. 3 4 478.

Braunschweig, Karl Wilhelm Ferd., Herzog v. 9 16 23—25 31 33 35 36 98—100 122 144 162 172 173 175 180 183 184 188—192 200—203 258 262 278 280 282 290 358 359 361 362 370 377 474 479 526 536.
— -Öls, Herzog v. 221 248.
Bray, Ritter v., bayrischer Gesandter 99 100 134 140 203 241 242 334.
Breteuil, Minister 24.
Breton, Kabinetssekretär 52 500.
Brockhausen, Ernst v., preußischer Gesandter 542.
Brown, Leibarzt 314.
Bucher, Lothar 359.
Buchholz, Friedrich, Schriftsteller 340 344 353—368 382.
Budberg, General, russischer Minister 260.
Bülow, Heinrich v., Schriftsteller 289 340 341 359 362.
Bülow, Minister 559.
Bülow, Staatsrat 556.
Burchardt, Marie Elisabeth 483.
Bürger, Gottfried August 3.
Burke, Edmund 271.
Büsching, Stadtpräsident 283 476 543 546.

Caillard, Gesandter 476.
Cambacérès, Konsul 124.
Camoens 480.
Canitz, Minister 559 563.
Carmer, Großkanzler 76 90.
Caro 88.
Cäsar, Julius 338 534.
Castillon, Mitglied der Akademie 119 337 338 397.
Cesarotti, Schriftsteller 8.
Chamisso 286 360.
Champagny, Minister 438.
Chanvier, Schriftsteller 37.
Chardoillet 31.
Chodowiecky, Daniel Nikolaus, Maler XIII 10.
— Jeanne, geb. Barez, Frau des Malers 10.
— Wilhelm, Maler, Sohn der vorigen XIII 10.
Chuquet, Arthur 30 31 33 478.
Clarke, Minister 549.
Clary, Prinzessin 392 393.
Claude, Hauswirt Lombards 455.
Clausewitz, Militärschriftsteller 391 483.
Clerfayt, General 23 26.
Closter, Präbendar in Herford 527.
Coeper, Kabinetsrat 51 52 500.
Cohen, Familie 352.
Cölln, Friedrich v., Schriftsteller 345—350 352—357 363 364.
Colloredo, Graf Franz v., österreichischer Minister 144 154 156 165.
Collot d'Herbois 365.
Corneille 117.
Cosmar 45.
Costenoble, Geh. O.-R.-Rat XXVIII 560.
Cotta, Verleger 340.
Coulon, Kabinetssekretär 39 65 66 70 79 157 409 499 511.
Couthon 365.
Creutz, Ehrenreich Bogislav, Minister 48.
Czartorisky, Fürst Adam, russischer Minister 260 532.

Danton 30.
Daru, Graf, französischer Kommissar 395 408 417.
Davidson, Alexander s. Lange, Julius.
Davout, General 417.
Dechen, Oberberghauptmann 311.
De Clercq 168 242.
Demosthenes 384.
Denina, Abbé 8 9 479.
Denis, Schriftsteller 8.

Dessau, Fürst v. 393.
Dieckmann, Kurier 130.
Dietrichs, Bedienter Lombards 543 544.
Dohm, Christian Wilhelm v., preußischer Staatsmann 54 56 57 384.
Dohna, Graf v., Minister 397 423 426—428 435—439 441 444.
— Gesandter 553.
Dolgoruki, Fürst Peter 166.
Dönhof, Graf, Adjutant 290.
Dörnberg, Freiherr v., Justizminister 2.
Dorow 360 387 428 555 556.
Dorville, Kapitän 282.
Drake, englischer Agent 142 149.
Drouet, Postmeister v. Varennes 31.
Druffel, Geheimer Rat 472.
Duesberg, Geh. O.-J.-Rat, Minister 558, 563.
Duhan du Jandun, Geheimer Rat 49.
Dumouriez, General 23—26 28—30 32—34 108 496 497.
Duncker, Max 176 181 186 190 195 530.
Düroc, General 107 122 124 164 165 167 169 170—172 176 181 183 191 194 290—292 294 473 536.
Düval, General 28 496.

Ebel, Johann Gottfried, Naturforscher 461.
Eckardt, Julius 181.
Eichel, August Friedrich, Kabinetsrat 50 51 56 58—60 501--504.
Eichhorn, Frau Präsidentin 564.
Elisabeth, Königin v. Preußen 564.
Eller, Drost v., Präbendar in Herford 527.
Enghien, Herzog v. 137 272.
Ephraim, Veitel, Banquier 368 369 474—476.
Erman, Oberkonsistorialrat, Mitglied der Akademie 4 6 7 10 39 41 338 397 486 493.
Erman, Paul, Professor, Mitglied der Akademie XXVII 3 6 10 39 267 332 395 452 486.
Ernsthausen, Geheimer Finanzrat 519.
Exlerde, Drost v., Präbendar in Herford 527.
Eylert, R. Fr., Bischof 82 366.

Fabri, Professor Dr. 170.
Fellenberg, Institutsvorsteher 462.
Feßler, Ignaz, Schriftsteller 348.
Fichte, Johann Gottlieb, Philosoph 352.
Finckenstein, Minister 7 49 53 73 74 91 381 474 523 524.
Fleischer, Buchhändler 341.
Flemming, Graf, Gesandter 553.
Forckenbeck, Geheimer Rat 472.
Formey, J. H. S., Sekretär der Akademie 336.
— Johann Ludwig, Arzt 336.
Fortair, Adjutant Dumouriez' 29 32.
Fouché, Minister 542.
Fox, Minister 236 529.
Forster, Georg 564.
— Johann Reinhold 564.
— Justina 564.
Franchetti, Augusto, Historiker VII.
Franz II., Kaiser 17 158 165 180 182 272 370 371 535.
Frentzel, Kriegsrat 522 523.
Friedlaender, Archivrat XII.
Friedrich I., König v. Preußen 46 337 443.
Friedrich der Große X XIII 4 6 7 8 13 48—62 65 67 72 76 78 83 88 92 93 125 129 175 183 216 217 221 222 336 337 346 347 370 371 375 427 432 468 478 480 493 499 500 502—504 507 512—514 520 549.
Friedrich III., Deutscher Kaiser XII 334.
Friedrich August, Kurfürst v. Sachsen 536.

Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg 45 397.
Friedrich Wilhelm I., König XI 46—48 50 55 58 73 89 92 214—216 505.
Friedrich Wilhelm II. VI VIII XI 7 12 14 16—20 23 24 25 27 29—33 36—41 44 52 57 58 61—76 89—94 217 252 295 343 374 378 450 494 495 497—499 503—505 508 509 537 549.
Friedrich Wilhelm III. III—VI VIII XI XII XXVIII 6 27 44 67 70 75—78 80—84 86—94 96—109 111—114 117—119 122 123—135 137—157 160—168 170—175 177 178 180—189 191 192 194—205 207—214 216—225 227 229 231—238 235 237—239 241 242 244—262 264 265 267—269 271—273 275 276—279 282—310 313—331 334—338 340 343 344 349 356 363 366—368 370—381 382 387—391 396—402 404—424 426—439 441—449 451 458—460 465 468—476 480 483 486 488 507 518 519 522—526 528—539 542 545 547—558 564 565.
Friedrich Wilhelm IV. 133 448 486 558 559 563 565.

Gagern, Freiherr Hans v., Staatsmann 484.
Galster, Kabinetsrat 52 56 60 500 504.
St. Genêt, Gesandtschaftssekretär 274.
Genlis, Frau v., Schriftstellerin 41 42 115 116 530.
Gentz, Frau, geb. Gilly 271.
— — geb. Ancillon 271.
— Friedrich v. 178 254 259 262 269—281 284 340 364 365 367 379—381 393—395 541.
Georg, Prinz v. Hessen 100 526.
George, Maire von Baremme XXVII 30 31 497.
Gerlach, Präsident 453 519.
Geusau, General 291 294 361.
Giese, Gastwirt 543 544.
Gilly, Karl Wilh., Arzt, Lombards Schwiegervater 9 11 483 484.
— David, Oberbaurat 483.
Girard, Pierre, de Villars, Mitglied der franz. Kolonie 2.
Gneisenau, Feldmarschall 286 395 423.
Göcke, R. 235 527.
Goltz, August Friedrich Ferdinand, Graf von der, Minister 201 232 258 262 297 329 330 402 407 409 410 412 414 415 417 418 422 427 430 436—439 444 445 549 556.
— Karl Heinrich Friedrich, Graf von der, preußischer Diplomat, † 13. October 1822 553.
Goldbeck, Justizminister 344 548.
Görne, Minister 53.
Goertz, Graf, Gesandter 238 530 540.
Goethe 3 26 29—31 67 85 181.
Götze, Oberst v. 14 494 495.
Gräff, Heinrich, Buchhändler 347 348 350 355 359.
Grassi, Sänger 550.
Grenville, Sir Thomas, Gesandter 95 98 99.
Grolmann, General 399 423.
Großmann, Archivrat Dr. 385.
Grote, Gesandter 553.
Gubitz, Fr. W., Schriftsteller und Kupferstecher 358.
Gustav III., König von Schweden 53.
Gustav IV., König von Schweden 154 234 261 328.

Hake, Oberst, Geheimer Staatsrat und Minister 439 555 556.

Hammer, Peter (Pierre Marteau), pseudonymer Buchhändler 346 348 349.

Hanſemann, Miniſter 563.

Hardenberg, Freiherr v., Bruder des Staatskanzlers 437.

— Karl Auguſt, Fürſt v. III IV VII IX—XII XXVIII 73—75 86 91 100 131 132 136—142 144—157 159 161—176 178 180—192 195 196 198 199 201—214 216 223 225 226 232 233 245—249 251 252 254 255 258 259 260 261 270 283 285 286 288 289 297—301 303—305 309 315 316 318 328—330 334 335 339 342 350 359 369 370 380 383 385 386 393 398 399 401 402 404—406 416—418 422—424 426 427 429 437—447 452 456 457 460 469—471 473—477 530—539 541 553—556 558 560

Harnier, Legationsrat 191.

Harrowby, Lord, Geſandter 206 207 209 233.

Haſſel, Paul X 408—411 415—417 542.

Hatzfeldt, Geſandter 553.

Haugwitz, Chriſtian Heinrich Kurt, Graf v. VI X XII 17 24 36 40 41 48 73—75 89—91 93—105 109—113 120 122—124 130—132 134—137 139—141 147 148 156 163 164 173—175 177—187 189 191—199 201 205—207 210—212 217 220 226—228 233 235 237—242 245—256 258 259 261—265 267 269 270 273 274 276 277 279—281 286 290 291 294 296 297 298 301 305 309 313 314 316 323—325 333 362 368—370 375 376 381—383 385 386 388 449—451 458 469—472 474—476 484 523 524 526—533 535 536 538 540 541 550.

Haugwitz, Sohn des Miniſters 449 450 458.

Heim, Hofrat im Miniſterium des Auswärtigen 553.

Häuſſer, Ludwig IX 179.

Hawkesbury, Lord, Miniſter 149.

Heinitz, Miniſter 223.

Heinrich, Prinz, Bruder Friedrichs II. 51.

— — Bruder Friedrich Wilhelms III. 256 257 258 291 294.

Heinſius, Litterat 339.

Helbig, kurſächſiſcher Legationsrat 211.

Held, Hans v., Schriftſteller 343—345 353—356 360 359—362 367 382.

Hempel, Regierungsdirektor 285 287 543 544 546.

Henry, Geiſtlicher 3 314 332 486 495.

Herder 3.

Hermann, H. 4.

Herrmann, Ernſt, Geſchichtsforſcher 49.

Hertzberg, Graf v., Miniſter 7 12 14 49 53 59 72 73 74 502.

Heſſen-Homburg, Marie, Prinzeſſin v. 120 479 480.

Heuſinger, Kabinetsſekretär 51.

Heymann, General 29.

Hobbes 340.

Hohenlohe, Fürſt v., General 258 280—282 291 356 358 361 387.

Holtzmann, Major v. 219.

Homer 5.

Höpfner 291 293.

Hößler, Kanzleiſekretär 53.

Horaz 457 482 552

Hoym, Miniſter 69 223 343 344 354 355 359 362 519 549.

Hrubi, öſterr. Geſchäftsträger 417.

Hufeland, Arzt 314 316 322.

Hüffer, Wilhelm VII.

Hügel, öſterr. Diplomat 138.

Hugo, Legationsſekretär 282.

Humboldt, Wilhelm v., Minister 428 435 447 541 553.
Humboldt, Alexander v., Naturforscher 338 375.
Hundt, Bankdirektor 306.
Hutchinson, Lord, Gesandter 324.

Jackson, englischer Agent 153.
Jakobi-Klöst, Gesandter 211 528—530.
Janmart de Brouillant 349.
Jariges, Großkanzler 56.
Idler, Professor 332
Jerome, König von Westfalen 527.
Iffland 42.
Ilgen, Geheimer Rat 48.
— Archivar 527.
— Minister 47.
Illaire, Geh. Kab.-Rat 559 560.
Joachim Friedrich, Kurfürst 45.
Johanning, Senior in Herford 527.
Jordan, Johann Ludwig, Geheimer Legationsrat 392 393.
— Kaufmann 536.
Joseph II., Kaiser 12.
Josephine, Gemahlin Napoleons 125 204
Jouffroy, Erzieher preußischer Prinzen 380.
Jourdan, General 168.
Isaacsohn 45
Isabey, Maler 128.
Juvenal 478.

Kalckreuth, Feldmarschall, 23 270 291 294 329 450.
Kameke, Kriegsminister 562.
Kamptz, Justizminister 488.
Karl, Prinz v. Preußen VIII.
Kayser, Paul, Geheimer Legationsrat XIII 552.
Keller, Graf, Gesandter 53 211 247 527 528 529.
Kellermann, General 25 34.
Kinkel, niederländischer General und Diplomat 95 100 136 474 525 526.
Kircheisen, Minister v. 67 332 374 393 439 445 452 453 455 458 463 486 488 519 556.
Klaproth, Chr. A. L. Geheimer Staats- und Kabinetsarchivar 45 73 75 555.
Kleist, General, Gouverneur von Magdeburg 369.
— Hauptmann 257.
— Oberst Generaladjutant und Feldmarschall 188 198 208 212 219 220 237 253 291 294 303 325 326 327 399 447 537 555 558.
Klewitz, Geheimer Staatsrat 399 431.
Knapp, G. Fr. 401.
Knobelsdorff, General, Kommandant von Stettin 285 541 543.
— General und Gesandter 13 143 144 180 191 244 249 254 255 263 265 279 321 534.
Knyphausen, Minister 47.
Köckritz, General 77 78 81—83 88 90 98 100 105 111 114 122 180—182 188 198 208 212 219—221 227 229 231 245 291 294 297 302 305—307 343 344 355 356 359 361 362 368 375 401 402 430 431 433 474 475 511 518 526 538 539.
Konstantin, Großfürst 242 536.
Koppe, Assessor 411.
Koser, Reinhold, Professor XIII 47 49 50 51 52 56 58 500.
Kotschubey, russischer Minister 111.
Kotzebue, Schriftsteller 119 340.
Krämer, Domänendirektor 527.
— Kabinetssekretär 88.
Krauske, Otto 47.
Krause, Landrat 285 542 543 544.
Krüdener, russischer Gesandter 109.
Krug, Kriegsrat 225.

Krusemarck, Oberst und Gesandter 264 282 284 304 372 540 553.
Kuhn, A., Buchhändler 341.
Kühne, Privatsekretär Friedrich Wilhelms II. 71 508.
Kunstmann, Geh. Rat XIII.
Kurland, Herzogin von 364.

Lacanal, Prediger 314.
Lafayette 20 22.
Laforest, französischer Gesandter 119 122 131 132 134 136 144 151 154 161 162 167 169 171 172 176—178 181—183 185—189 191 192 196 197 199 203—205 208 213 214 233 236 237 239 241—244 248 252 260 263 265 282 386 472 473 475 477 530 536 541.
Laharpe, Kritiker 116.
Lang, August, Dr. XIII.
Lange, Julius, Professor (Alexander Davidson) 342 345.
Laspeyres, Kabinetsrat 7 8 10 38 39 51 52 62 63 71 87 271 312 499 500 508.
Laurens, General 291 294.
Lautensack, Kabinetsrat 50.
Lavalette XXVII.
Lavater 228.
Le Coq, Louis Daniel, Geheimer Legationsrat 315.
— Paul Louis, Geheimer Legationsrat 315 321 506.
— Gustav, Wirklicher Geheimrat, Sohn des vorigen 397 483 557.
Lefebvre 164 179 541 542.
Lehmann, Geh. Kriegsrat 562.
— Max XXVIII 47 64 77 178 211 246 365 387 399 412 439.
Lehndorf, Graf v. 133.
Leibnitz 337.
Leopold II., Kaiser 12 16.
L'Estocq, General 305 324.
Leuchsenring, Franz Michael, Schriftsteller 67 68 506.
Leveneur, General 28.
Lichtenau, Gräfin 43 44 64 75 83 228 369 374 484 486 522 538.
Liebermann, Freiherr v., Gesandter 488.
Ligne, Fürst v., 392 393.
Linckersdorff, Platzmajor in Stettin 285 287 543 544 546.
Lindheim, Oberst XXVIII 556.
Lombard, Adolf Ludwig, Geheimer Kriegsrat 2 40 116 157 332 333 465 527.
— Albert, Bruder des Kabinetsrats 2 40.
— August, Sohn des Kabinetsrats V 15 18 38 133 157—160 289 316 320 332 333 392 451—458 461 463—467 482 484 486—489 527 543 551.
— Daniel, porteur de chaise 2.
— Dorothea geb. Gilly, Frau des Kabinetsrats V 9—12 15 18 23 24 26 27 32 38 39 115 116 133 156—158 160 266 267 271 276 283 285 287 289 312—317 320—323 331—334 392 394 397 451—458 460—467 482—484 486 487 489 495 498 527 543—546 551 552 564.
— Eduard, Sohn des Kabinetsrats XIII 2 40 133 316 320 332 333 461—463 465—467 482 484 486—489 543 551.
— Eduard, Enkel des Kabinetsrats V.
— Jean, cardeur de laine 2.
— Jean, maitre perruquier, Vater des Geheimen Kabinetsrats 2 125 484.
— Jean, ouvrier en laine 2.
— Johann Wilhelm, Geh. Kabinetsrat IV—VI VIII X—XIII XXVII 2—4 6—15 18—24 26—35 37—40 43—45 63 65—73 79 83 87—90 93 96—102 104 105—109 111—120 123—130 132—135 137—152

154—164 168 170—175 178 180—185 187 188—192 195—199 201 203 205 208—210 212—214 218—221 226 228 237 239 241 245—253 256 259 261 264—267 270—289 296—298 300 301 309 311—319 321—323 331—339 341 347 359 362 367 369 370—398 448—475 477—489 493—499 508 511 519 525—527 529—538 542—548 550—552 564.

Lombard, Karoline, Frau des Geh. Rev.-Rats August Lombard V.

— Louis, du Languedoc 2.

— Peter, Bruder des Kabinetsrats VIII XXVII 2 40—42 109 112 115 116 123 124 128 129 133 135 139—142 157 159 186 197 211 244 270 280 281 284 289 313—318 320 331 333 471 480 483 493 527 529 530 540 546.

Lombard, Susanne Salome, geb. Monod, Mutter des Geheimen Kabinetsrats 2 4 10 11 15 40.

— Theodor, faiseur de bas 2.

Lottum, Oberst, Geheimer Staatsrat und Minister 399 412 428 433 556 557.

Louis Ferdinand, Prinz v. Preußen 180 182 253—258 276 281 359—361 363 367 380.

Lucanus, Wirkl. Geheimer Rat 448.

Lucchesini, Marchesa v. 590.

— Marchese v., Gesandter VII VIII X XII XXVIII 13—15 24 33 36 38—40 72 106 107 109 110 112 114 115 117 119 123 124 126 128 129 130 131 135 138 139—142 146 148 149 153 157 162 197—199 204 205 208 211 220 233 235 236 238 239 241—244 263 264 270 275 277 279 280 284 289—293 296 297 300 305 317 321 331 391 470 471 480 493—495 498 499 527—530 534 535 540—542 546—548 550.

Ludwig XIV., König von Frankreich 1 22 526.

Ludwig XV., König von Frankreich 526.

Ludwig XVI., König von Frankreich 20 21 24 29 30 33 497 526.

Ludwig XVIII., König von Frankreich (Graf v. Lille) 135 137 138 272.

Luise, Königin von Preußen 137 149 175 180 182 197 201 204 211 214 232 233 245 246 254 257—259 273 276 283—286 288 292 297 305 315 322 329 349 366 397 401 415 416 423 436—438 530 534 539 543 546 547.

Luise, Prinzessin v. Preußen, Fürstin Radziwill 221 253.

Lusi, Graf, Gesandter 13—15 65 494 495.

Mack, General 168 169.

v. d. Malsburg, hessischer Gesandter in Paris 243 542.

Maltzan, Minister 559.

Manso, Geschichtschreiber 43 342 391.

Manstein, General 33.

Manteuffel, Ministerpräsident 560.

— General XXVIII 560.

Mardefeld, Axel v., Minister 49.

Maria Paulowna, Erbprinzessin von Weimar 283 284 546.

Maria Theresia, Kaiserin 179.

Markow, russischer Staatsmann 111.

St.-Marsan, französischer Gesandter 437 438 439 476.

Marschall, Minister 48.

Martens, F. v., Professor in Petersburg 111 122 123 174 204 261 283 297 477.

Massena, General 104.

Massenbach, Oberst 211 291 356—367 369 387—390 486.

Massow, Präsident der Regierung (des Gerichts zweiter Instanz) zu Stettin 519.

Massow, Kammerpräsident 450 549.
Maurenbrecher, Wilhelm 342.
Max Joseph, Kurfürst von Bayern 169 170.
Mayet, Angehöriger der französischen Kolonie 41.
Mehring, D. G. G. 9.
Meier, Ernst 399 405 413 427 443.
Mencken, Anastasius Ludwig, Geh. Kabinetsrat, Großvater des Fürsten Bismarck XXVII 8 18 20 24 38 52—55 63—66 68—70 77—83 87 88 100 217 221 347 368 485 486 498 499 506—508 511 512 516 517 519 522 526.
Menken, Luise Wilhelmine, Tochter des Geh. Kabinetsrats 511.
Merian, Sekretär der Akademie 9 119 335—337 551.
Merkel, Garlieb, Schriftsteller 181 339— 341 372.
Metternich, Fürst, Gesandter 141 142 144 154 156 165.
Meyer, Gerichtspräsident in Warschau 135.
Miltitz, Gesandter 553.
Minutoli, General 356.
Möllendorf, Marschall 172 180 181 191 242 254 359 361.
Moreau, General 168.
Mörs, Kabinetsrat 62 63 71 87 508.
Moser, Friedrich Karl v., Publizist 84—86 357.
— Johann Jakob, Publizist 84.
Moulines, Prediger 6 67.
Müchler, Schriftsteller 359 361 362.
Müffling, Feldmarschall, 358 365.
Müller, Friedrich Wilhelm, Kabinetsrat 7 52 62 63 70 500 503.
— Johannes v. 254 255 273 336 338 359 360 375 384.
— Susanne geb. Gilly, Schwester der Frau Lombard 157 159 564.
— Karl Christian, Kammergerichtsrat, später Geheimer Kabinetsrat 157 159 332 448 463 555 558 559 563 564.
Murat, Joachim 234 238.

Nagler, Geheimer Staatsrat 416 423 438 439.
Naguel, Köckritzens Kammerdiener 368.
Napoleon Bonaparte IV XXVII 107—111 113—116 118 121 122 124——132 135 137 138 142—158 160—165 167—175 177—180 182—189 191—197 199—210 233—240 242—244 247—251 254—257 259—264 267—269 271—277 279 280 290—295 300 304—306 308 311 317 323—325 328—330 336 338—342 344 345 351 366 370 373—380 382 384—386 407 408 410 411 413 414 416 417 422 425 436—439 443 446 469 471 475 477 529 530 534 535 540—542 548 549.
Nassau-Usingen, Prinzessin v., 527.
Neumann, General XXVIII 555 558.
Nicolai, Friedr., Buchhändler 373.
Nicolovius, Geheimer Staatsrat 423.
Niebuhr, B. G., Geheimer Staatsrat, Geschichtschreiber 309 392 405 440 553.
Niebuhr, Marcus, Kabinetsrat 560.
Niethe, Kabinetssekretär 88 219 410 431 433 522 523 555.
Nippold, Friedrich 218.
Noack, Friedrich XII 207 261.
Nölten, Franz Andreas, Kabinetssekretär 51 59 502.
Nostitz, Gesandter 53.
Nowosilzow, russischer Kammerherr 160 161 165.

Olry, bayrischer Geschäftsträger 203.
Ölssen, Geheimer Staatsrat 486.
Ompteda, F. v. 365.
— Ludwig v., hannoverscher Minister

141 211 262 282 297 364 365 380.
Oncken, Wilhelm XII 141 142 144 154 156 165 207 261.
Oranien, Erbprinz v. 95 237 248 256—258 290.
— Erbstatthalter 94 95 103.
— Prinzessin v., Schwester Friedrich Wilhelms III., 283 284 543 544 546.
Orleans, Philipp, Herzog v. 41.
Ossian 8 9 125 337 479.
Otto, französischer Geschäftsträger 100 103—106.
Oubril, russischer Staatsrat 236 237 262 263 540.

Palm, Buchhändler 342.
Panin, russischer Gesandter 95 98 99 476.
Parandier, französischer Agent 41.
Patow, Geh. O.-Finanzrat 558.
Paul I., Kaiser von Rußland 95 108 109 110 379.
Perrot, Kabinetssekretär 53 62 63 65.
Pertz, G. H. 217 224—226 232 256 258 297—300 303 304 308 309 323 350 396 397 400—404 406 407 410—412 415 418 423—425 440 472 483 539.
Peter der Große 481.
Pfau, General 9 479.
Philippson, Martin 62 64 69.
Phull, General 214 257 258 291 362.
Pitt, William 236.
Platner, Professor 341.
Plutarch 338 339.
Podewils, Minister 48 49 51.
Posselt, Herausgeber der europäischen Annalen 357.
Pougens, Charles, Buchhändler 117.
Preuß, J. D. E. 48 55—57 64 222 427.
Printzen, Minister 47.
Puttkammer, Minister 563.

Quintilian 159.

Racine 480.
Radziwill, Fürst 221.
Ranke, Leopold v. III IX XXVIII 17 33 72 74 86 90 131 139 140 144 147 148 150 152 155 156 158 161—164 166 169 171 173—175 178—185 188—192 195 199 201—209 211 212 226 229 232 233 237 246 248 255 258 259 261 264 269 285 286 289 291 293 294 300 302 303 305 323—327 330 335 399 401 402 405 406 437 439 443 473—475 532 535 536 539 541 549.
Rappard, Geheimer Rat 472.
Rauch, Bildhauer 550.
Raumer, Georg Wilhelm v., Geh. O.-R.-Rat XXVIII 555—558.
— Friedrich v., Geschichtschreiber 62 384 385.
v. d. Reck, Minister 66 68 506 548.
Reclam, Angehöriger der französischen Kolonie 41 332.
Reden, Minister 548.
Rehberg, hannoverscher Staatsmann 383.
Reinhard, französischer Minister 106.
— Karl v. 427.
Reumont, Alfred v., Leg.-Rat 559.
Reuschle, Hofrat 354.
Reuß, Fürst, österr. Gesandter 36.
Reuter, B. 215.
Rhode, Kabinetsrat des Fürsten von Dessau 393.
Rimpler, Quartiermeister 27 495 496.
Risi, Rendant 320.
Ritz, Ehemann der Lichtenau 228 484.
— Geheimer Kämmerier 66 485 508.
— Wilhelmine s. Lichtenau.

Robespierre 365.
Röckner, Feldpropst 423.
Rochow, Minister 488.
Romberg, Generallieutenant 544.
Rönne, 561.
Roon, Kriegsminister 562.
Rößler, Konstantin 483.
Rottmann, Buchhändler 8 9.
Roux, Legationsrat 314 321 542.
Rüchel, General 82 83 87 96 98 198 214 217 231 232 247 248 257 258 280 282 299 300 302 303 307 309 315 318 319 343 359—362 364 368 387 388 390 518 519 548.
Ruffin, französischer Kurier 262 540.
Rühle v. Lilienstern, General 358 365.
Rumbold, englischer Agent in Hamburg 143—151 153 163 173 250 293 470 473 534.

Sack, Geheimer Oberfinanzrat 410.
Sander, Buchhändler 357 359 360 367.
— Frau 360.
Sandoz-Rollin, preußischer Gesandter X 104 109 125.
Scharnhorst, General XXVIII 178 211 246 324 365 387 399 407 410 412 422 423 427 428 430 433 435—439 488.
Schaumann, Geh. O.-Finanzrat 558.
Schiller 118.
Schlabrendorf, Oberfinanzrat 308 548 550.
Schladen, Gesandter 187 238 274 281 284 294 296 297 330 547.
Schlegel, August Wilhelm, Schriftsteller 118.
Schleiermacher, Theologe 352.
Schlesier, G. 269 365 541.
Schlichtegroll, Friedrich 54 68 69 70 87.
Schlick, Prediger 314.
Schlieffen, Theodor, Graf v. VIII.
Schmettau, General S. 258.
Schmidt, B. H., Schriftsteller 9.
— W. A., Geschichtsforscher 394.
Schöler, Gesandter 553.
Schöll, Publizist 100.
Schön, Theodor v., Minister XXVIII 399 404 413 414 417 423—425 435 439—442 457.
Schönemann, Charlotte 330.
Schöning, Geh. Kämmerer 564.
Schrötter, Friedrich Leopold, Minister für Ost- und Westpreußen 214 223 231 291 294 327 328 399 400 412 413 424 530.
— Karl Wilhelm, Kanzler 412 424.
Schuckmann, Geh. Staatsrat 556.
Schulenburg-Kehnert, Minister 18 23 24 68 73 74 91 113 132 136 144 162 172 184 190 192 217 223—225 232 282 291 295 300—302 313 318 344 359 361 363 370 474 506 519 530 536 548 549 561.
Schulze, Hermann 561.
Schumacher, Elias, Kabinetsrat 50.
Schummel, Professor 43 357.
Schwarzburg-Sondershausen, Prinzessin v. 527.
Seebode, C. H. 394.
Seegebarth, Generalpostmeister 314 477.
Seeley, J. R. 538.
Senden-Bibran, Kapitän z. See 560.
Siebmann, Geheimer Kriegsrat 79 511.
Sieyès, 41 95 193 474 475.
Simeon, westfälischer Justizminister 527.
Solms, Graf, preuß. Gesandter 49.
— Prinzessin, Schwester der Königin Luise 283 543 544 546.
Soltmann, Geheimer Kriegsrat 79 511.
Soult, Marschall 549.

Spalding, Johann Joachim, Professor 159 395 397 486.
Spencer Smith, englischer Agent 142.
Spielmann, österreichischer Gesandter 36.
Sprengel, Professor 564.
— Wilhelmine 564.
Stackelberg, russischer Gesandter 260 261.
Stadelmann, R. 225 401.
Stadion, österr. Gesandter 112 417.
Stael, Frau v. 530.
Stägemann, Geheimer Staatsrat 399 404.
Starhemberg, Graf Louis, österreichischer Gesandter 259.
Stelter, Kabinetsrat 7 57 503.
Stein, Karl, Freih. vom, preuß. Minister IV XI XXVIII 180 186 209 214 217 223—226 229 231 232 245—247 254 255 257—259 276 283 291 294 295 297—310 315 318 319 326 330 335 344 350 359 360 362 372 375 380 395 397—399 401—404 406—418 422—426 429 433—436 439—443 446 447 449 450 471 472 476 482—485 537—539 548 549.
Stern, Alfred 415 418 437—439 477.
Stiller, Buchhändler 354.
Stinzing, Kaufmann 170.
Stölzel, A. 3 69 76 88 222 259 317 427 434 439.
Struensee, Minister 66 69 103 107 113 223—225 344 354 382.
Süvern, Gymnasialdirektor 423.
Svarez, Karl Gottlieb, Kammergerichtsrat 69 75—77 393.
Sybel, Heinrich v. 6 67 68.

Tacitus, 455.
Talleyrand, Minister XXVII 103 104 112 114 118—120 128—130 132 134 144 146 148 153 177 179 183 184 186—194 197 205 208 235 236 239 241—244 260 263 268 273 280 292 293 329 472 534 536 542.
Tarrach, preußischer Gesandter, Lucchesinis Schwager 527 553.
Teichmann, A. 393.
Thaer, Ministerialrat 375.
Theokrit 457.
Thile, Minister 558 559.
Thürheim, A., Graf 259.
Thulemeier, Minister 48 49.
Tolstoy, General 537.
Topino-Lebrun 31.
Treskow, Freund Lombards 314 321.
Triebenfeld, Kriegsrat 343 344 368 369.
Troschel, Geheimer Kriegsrat und Bürgermeister 53.

Uhden, Geh. Kabinetsrat 558 558.
Ulrike, Königin v. Schweden 53.
Unger, Buchhändler 117 480.

Varnhagen von Ense 286 343 360—362 393.
Venturini 342 350 391.
Vergil XXVII 4 117 337 445.
Villaume, Kabinetssekretär 88 409.
Vincke, Oberpräsident 226 428.
Violet, Dr. Georg 483.
Vockerodt, Geheimer Kabinetsrat 48 88.
Volgand, Kommissionsrat 27.
Voß, Gräfin v. 80 232 286 539.
— Minister 291 294 295 327 328 415 418 447 555.
— Johann Heinrich, Schriftsteller 457.

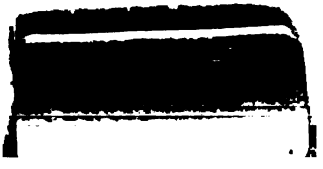
Wasserschleben, Kabinetssekretär 51 59 502.
Wegnern, Kriegsrat 27.
Weinreich, Geheimer Rat 48.
Werner, Zacharias, Schriftsteller 360.

Werther, Minister 557.
Westermann, General 30 31 33.
Wilhelm, Kurfürst von Hessen 238 239 241 264 274 536.
— Prinz von Preußen, Bruder Friedrich Wilhelms III. 120 256—258 291 413 479 480.
— Prinz v. Preußen, König XXVIII 559 563.
Winkopp, Hofkammerrat 351.
Winzingerode, russischer General 154 155.
Wittgenstein, Fürst v., Minister 232 238 245 246 254 411 437 539 557.
Witzleben, Job v., General u. Minister, 428 555—558.
Wohlwill, Adolf, Professor XIII 143 144 153 178 284 289 337 338.
Wöllner, Johann Christoph v., Minister 44 54 57—62 64 65 72 75—77 87 90 501 502 505 506 509 518 522.
Woltmann, Legationsrat XIII 134 179 284 289 337 338.
Woronzow, Alexander, russischer Staatskanzler 113.
— Fürst 95 113 114.
— Simon, Gesandter 113.
Wrangel, Kapitän 322.
Wrede, Oberst, Präbendar in Herford 527.
Württemberg, Herzog von 221.
Wyttenbach, Theologe 5.

Yarmouth, Lord 236 238 239 541.

Zastrow, General und Minister XXVII 70 71 79 90 100 105 155 156 161 219 290 291 293 296 300—304 307 310 318 319 323—328 331 410 474 511 526 547.
Zedlitz, L. v. XXVII.
Zerboni, Kriegsrat 69 342 343 345.
Zieten, General 488.

LIBRARY OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

~~YC 37838~~
YC 37839